Silke Helfrich und Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.)
Commons

Silke Helfrich und Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.)

Commons

Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat

2. Auflage

[transcript]

Informationen über die Heinrich-Böll-Stiftung erhalten Sie unter:
www.boell.de

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

2. Auflage: transcript Verlag, Bielefeld 2014
Dieses Werk erscheint unter der Creative-Commons-Lizenz »BY SA 3.0. unported«:
http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/

Sie dürfen:
- das Werk bzw. den Inhalt vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen
- Abwandlungen und Bearbeitungen des Werkes bzw. Inhaltes anfertigen
- das Werk kommerziell nutzen

Weitere Informationen und Download des Bandes:
www.transcript-verlag.de/commons

Umschlaggestaltung: Kordula Röckenhaus, Bielefeld
Korrektorat: Kirsten Hellmich, Bielefeld
Satz: Justine Haida, Bielefeld
Druck: CPI – Clausen & Bosse, Leck
ISBN 978-3-8376-2835-7

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.
Besuchen Sie uns im Internet: *http://www.transcript-verlag.de*
Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis und andere Broschüren an unter:
info@transcript-verlag.de

Inhalt

Barbara Unmüßig | 13
Vorwort

Silke Helfrich/David Bollier | 15
Commons als transformative Kraft. Zur Einführung

Silke Helfrich | 24
Danke

Kapitel I
Commons. Ein Paradigmenwechsel

Jacques Paysan | 28
Mein steiniger Weg zu den Commons. Ein Rückblick

Andreas Weber | 32
Wirtschaft der Verschwendung. Die Biologie der Allmende

Friederike Habermann | 39
Wir werden nicht als Egoisten geboren

Rob Hopkins | 45
Resilienz denken

Martin Beckenkamp | 51
Der Umgang mit sozialen Dilemmata. Institutionen und Vertrauen in den Commons

Stefan Meretz | 58
Ubuntu-Philosophie. Die strukturelle Gemeinschaftlichkeit der Commons

Silke Helfrich | 66
Das »Betriebssystem« der Commons. Version 0.5

Ugo Mattei | 70
Eine kurze Phänomenologie der Commons

Brigitte Kratzwald | 79
Commons und das Öffentliche. Wem gehören öffentliche Dienstleistungen?

Silke Helfrich | 85
Gemeingüter sind nicht, sie werden gemacht

Michael Heller | 92
Die Tragik der Anti-Allmende

James B. Quilligan | 99
Warum wir Commons von öffentlichen Gütern unterscheiden müssen

Veronika Bennholdt-Thomsen | 107
Subsistenz – Perspektive für eine Gesellschaft, die auf Gemeingütern gründet

Josh Tenenberg | 112
Technik und Commons

Franz Nahrada | 122
Das Commoning von Mustern und die Muster des Commoning. Eine Skizze

Ein Gespräch zwischen Roberto Verzola, Brian Davey, Wolfgang Höschele und Silke Helfrich | 131
Commons: Quelle der Fülle?

Kapitel II
Kapitalismus, Einhegungen, Widerstand

Peter Linebaugh | 145
Commons: Von Grund auf eingehegt

Hartmut Zückert | 158
Allmende: Von Grund auf eingehegt

Liz Alden Wily | 166
Globaler Landraub. Die neue Einhegung

P.V. Satheesh | 177
Transgene Versprechen. Über die Folgen der Gentechnologie in der Landwirtschaft

Antonio Tricarico/Heike Löschmann | 184
Finanzialisierung – ein Hebel zur Einhegung der Commons

Cesar Padilla | 196
Bergbauprojekte bedrohen Gemeingüter. Das Beispiel Südamerika

Maude Barlow | 201
Wasser ist Gemeingut. Vorschläge zu seiner Rettung

Vinod Raina | 206
Was ist rückständig: Subsistenzwirtschaft oder moderne Entwicklung?
Der Widerstand gegen Staudämme

Gerhard Dilger | 215
Belo Monte oder die Zerstörung der Commons

Hervé Le Crosnier | 218
Die Geschichte stottert oder wiederholt sich. Neue Commons, neue Einhegungen

Jonathan Rowe | 224
Wer den Namen bestimmt, definiert die Verhältnisse

Massimo de Angelis | 227
Krise, Kapital und Vereinnahmung – braucht das Kapital die Commons?

Gustavo Esteva | 236
Hoffnung von unten. Das besondere Prinzip des Zusammenlebens in Oaxaca

Lili Fuhr | 244
Neue Deutsche Rohstoffstrategie – eine moderne »Enclosure of the Commons«?

Ana de Ita | 248
Die Zerstörung von Commons durch den Naturschutz

Beatriz Busaniche | 251
Geistige Eigentumsrechte und Freihandelsabkommen. Eine unendliche Geschichte

David Bollier | 259
Globale Einhegungen im Dienste des Imperiums.
Die NATO als »Kommandeur der Commons«

Kapitel III
Commoning – soziale Innovationen weltweit

George Por | 264
Commoning lernen

Christa Müller | 267
Reiche Ernte in Gemeinschaftsgärten. Beim Urban Gardening findet der *Homo oeconomicus* sein Korrektiv

Katharina Frosch | 273
Mundraub? Allmendeobst!

Margrit Kennedy | 275
Leben im Lebensgarten

Thomas H. Greco | 278
Die Rückeroberung der Kredit-Allmende.
Auf dem Weg zur Schmetterlings-Gesellschaft

Stefan Rost | 285
Das Mietshäuser Syndikat

Geert de Pauw | 288
Die Stadt von morgen steht auf Gemeinschaftsland

Beate Küppers | 292
Artabana – Gesundheitsversorgung in die eigenen Hände nehmen

Sabine Lutz | 295
Shared Space: Geteilter Raum ist doppelter Raum

Gerd Wessling | 299
Transition – Initiativen des Wandels

Takayoshi Kusago | 302
Von Minamata lernen. Gut leben in lokalen Gemeinschaften

Mayra Lafoz Bertussi | 309
»Faxinais« und ihre Nutzer. Commons in einem komplexen Verhältnis zum Staat

Gloria L. Gallardo Fernández/Eva Friman | 313
Küstennahe Commons in Chile.
Kompetente Menschen, starke Institutionen, reiche Natur

Shrikrishna Upadhyay | 321
Frischer Wind in den Wäldern.
Gemeinschaftliche Waldbewirtschaftung und Lebenssicherung in Nepal

Papa Sow/Elina Marmer | 328
Salz und Handel am Lac Rose.
Der Lebensunterhalt senegalesischer Gemeinschaften

Gustavo Soto Santiesteban/Silke Helfrich | 335
Der Schaum dieser Tage: Buen Vivir und Commons.
Ein Gespräch

Adriana Sanchez/Silke Helfrich | 344
Der Code ist das Saatgut der Software. Ein Interview

Kapitel IV
Wissensallmende für den gesellschaftlichen Wandel

Christian Siefkes | 348
Peer-Produktion – der unerwartete Aufstieg
einer commonsbasierten Produktionsweise

Carolina Botero Cabrera/Julio Cesar Gaitán | 354
Von Märchen und Autorenrechten

Mike Linksvayer | 359
Creative Commons: Die Wissensallmende in unsere Hände nehmen

Benjamin Mako Hill | 366
Freiheit für Nutzer, nicht für Software

Federico Heinz | 371
Öffentliche Verwaltung braucht Freie Software

Thomas Gegenhuber/Nauman Haque/Stefan Pawel | 375
Linz: Von der Stahlstadt zur Open-Commons-Region.
Wie eine Kommune von einem Bekenntnis zur Allmende profitieren kann

David E. Martin | 378
Innovationen emanzipieren. Global Innovation Commons

Javier de la Cueva/Bastien Guerry/Samer Hassan/Vicente J. Ruiz Jurado | 385
Move Commons: Labels für soziale Initiativen. Ein Vernetzungsinstrument

Philippe Aigrain | 390
Die Grundlagen einer langlebigen,
commonsbasierten Informationsproduktion

Michel Bauwens/Franco Iacomella | 397
Die Peer-to-Peer-Ökonomie und eine neue commonsbasierte Zivilisation

Rainer Kuhlen | 405
Wissensökonomie und Wissensökologie zusammen denken

Kapitel V
Commons produzieren, Politik neu denken

David Bollier/Burns H. Weston | 416
Das Menschenrecht auf eine saubere Umwelt und die Renaissance der Commons

Prue Taylor | 426
Das Gemeinsame Erbe der Menschheit.
Eine kühne Doktrin in einem engen Korsett

Ryan T. Conway | 434
Ideen für den Wandel – der Institutionenvielfalt Sinn geben

Michael J. Madison/Brett M. Frischmann/Katherine J. Strandburg | 443
Von Wissen und anderen Reichtümern. Kulturelle Commons konstruieren

Michel Bauwens | 450
Peer-Produktion und Peer-Governance der digitalen Commons

Esther Mwangi/Helen Markelova | 455
Lokal, regional, global? Mehrebenen-Governance und die Frage des Maßstabs

Gerhard Scherhorn | 466
Die Welt als Allmende. Für ein gemeingütersensitives Wettbewerbsrecht

Ottmar Edenhofer/Christian Flachsland/Bernhard Lorentz | 473
Die Atmosphäre als globales Gemeingut

Julio Lambing | 479
Stromallmende: Wege in eine neue Industriegesellschaft

Dirk Löhr | 487
Das Scheitern der Bodenprivatisierung.
Zum überfälligen Kurswechsel in der Entwicklungspolitik

Alberto Acosta | 493
Die komplexe Konstruktion der Utopie. Ein Blick auf die Initiative Yasuní-ITT

Christine Godt/Christian Wagner-Ahlfs/Peter Tinnemann | 500
Equitable Licensing – den Zugang zu Innovationen sichern

Nikos A. Salingaros/Federico Mena-Quintero | 508
Peer-to-Peer-Stadtplanung: Aus Erfahrung lernen.
Neuere Entwicklungen in der Stadtplanung

Silke Helfrich | 516
Epilog

Sachregister | 520

Vorwort

Eine Politik der Zukunft gestalten – das ist ein hoher Anspruch. Die Heinrich-Böll-Stiftung möchte sie mitgestalten und unterstützt deshalb weltweit Vordenkerinnen und Vordenker, Pionierinnen und Pioniere sozialer und ökologischer Innovationen, die wir für die notwendige Transformation unserer zerstörerischen Wirtschaftsweise dringend brauchen.

Die Protagonisten der Commons-Debatte sind solche Pioniere. Sie engagieren sich lokal und international gegen die weitere Privatisierung und Kommerzialisierung von Natur, Wissen, öffentlichem Raum und für eine andere Form der institutionellen Organisation. Die Commons eignen sich für eine große Erzählung. Ihr Potential besteht darin, soziale Innovation als entscheidenden Hebel gesellschaftlicher Transformation zu entwickeln. Dieser Hebel ist eben nicht technologischer Fortschritt und Effizienzgewinn und auch nicht der Export gesellschaftlicher Partizipation oder demokratischer Institutionen. Bei den Commons, den Gemeingütern, geht es vor allem um die Frage, wie sie durch die Stärkung vertrauensvoller und fairer sozialer Beziehungen geschützt und weiterentwickelt werden können.

Die Heinrich-Böll-Stiftung engagiert sich seit 2007 aktiv für die Commons als Politik der Zukunft. Startschuss waren interdisziplinäre Salongespräche: »Zeit für Allmende«. Zudem entstand im Jahr 2009 – gemeinsam mit Silke Helfrich – die Anthologie *Wem gehört die Welt? Zur Wiederentdeckung der Gemeingüter*. Ein Jahr später wurde dann mit *Gemeingüter – Wohlstand durch Teilen* eine allgemein verständliche Einführung in die Welt der Commons und des Commoning veröffentlicht.

Die Commons-Theorie weiterzuentwickeln, ihre politische Begründung zu verfeinern, Ansätze für eine commons-sensitive Politik auszutauschen und das internationale Netzwerk der verschiedenen Commons-Initiativen zu stärken – das sind unsere Anliegen. Auf der internationalen Konferenz »Constructing a Commons Based Policy Platform«, die wir in Kooperation mit der Commons Strategies Group im November 2010 durchgeführt haben, ist die Idee zu diesem Buch entstanden. Silke Helfrich hat den Grundstein dafür gelegt und David Bollier für die Bearbeitung der englischen Ausgabe gewonnen. Ihnen gilt mein allergrößter Dank.

Dieses Buch richtet sich mit einer Fülle von theoretischen Ansätzen, Analysen und Berichten aus der Praxis an Leserinnen und Leser, die offen sind, sich inspirieren, aber auch irritieren zu lassen, die bereit sind, aus ihren gewohnten Denkmustern und Datenverarbeitungsbahnen auszubrechen, die neugierig und – nicht nur gedanklich – experimentierfreudig sind. Es soll eine Auseinandersetzung mit

dem Thema der gesellschaftlichen und persönlichen Gestaltungsoptionen für die Zukunft provozieren.

Einen endgültigen Bauplan liefert dieser Sammelband nicht. Er ist als Anthologie konzipiert, jeder Beitrag steht also auch für sich allein und reflektiert die Vielfalt der Perspektiven und Zugänge zum Thema.

Sollten Sie Zweifel hegen, ob der Umbau unserer Gesellschaft gegen den Strom überhaupt gelingen kann, dann lassen Sie mich entgegnen: In der Tat, wir wissen es nicht! Aber ohne Experimente, ohne Mut, Neues auszutesten, geht es auch nicht. Wenn die Zweiflerin und der Feigling in uns zu kapitulieren beginnen und die innere Stimme ruft: »Ich fürchte das Schlimmste«, dann muss der Optimist dagegenhalten: »Das Schlimmste fürchte ich auch, denn das Beste zu fürchten, wäre ja wohl komplette Zeitverschwendung.«

Dem Verlag transcript fühlen wir uns sehr verbunden wegen der guten Partnerschaft und der Pionierentscheidung, eine freie Lizenz zu wählen. Wissen einfach zugänglich zu machen und zu vermehren wird so Realität.

Und dieses Buch wäre ohne Silke Helfrich nie Realität geworden. Mir fehlen so manches Mal die Worte, ihren Enthusiasmus zu beschreiben, ihre Überzeugungskraft, ihren Einsatz, den Commons und der Commons-Bewegung zum politischen Durchbruch zu verhelfen.

Die Heinrich-Böll-Stiftung kann sich für die jahrelange fruchtbare Zusammenarbeit mit ihr glücklich schätzen.

Ich wünsche diesem Buch viele interessierte Menschen, die sich von den Texten dieses Bandes zum *Commoning für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat* mitreißen lassen.

Berlin, im Januar 2012

Barbara Unmüßig
Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

Commons als transformative Kraft

Zur Einführung

Silke Helfrich und David Bollier

Die alte Welt treibt durch stürmische Zeiten. Sie wirkt wie ein aus dem Ruder gelaufener Tanker in schwerer See. Eine neue Welt ist nicht in Sicht, aber Leuchtfeuer am Horizont weisen in Richtungen, die wir jederzeit einschlagen können, um dem Sturm zu entkommen. Dieses Buch beschreibt sie. Es handelt von unserer Zukunft.

Überall auf der Welt suchen Menschen nach Alternativen zu der überkommenen Ordnung, die sie umgibt: zentralisierte Hierarchien einerseits und entfesselte Märkte andererseits. Diesen Märkten sind die Staaten, am Steuer eines umweltzerstörenden Wachstums stehend, verpflichtet. Die Suche nach Alternativen findet ihren Ausdruck bei den spanischen Indignados, in den sozialen Konflikten Lateinamerikas, in der Occupy-Bewegung und im innovationsberstenden Internet. Menschen wollen sich nicht nur aus Armut oder von schwindenden Teilhabechancen befreien. Sie suchen auch neue Kommunikationsformen, Produktionsweisen und Regeln, die ihnen Stimme geben und Verantwortung zutrauen.

Die bestehende Ordnung bietet keinen plausiblen Weg in die Zukunft. Wir selbst müssen diesen Weg bahnen! Das Buchprojekt, das Sie jetzt in den Händen halten, ist Teil dieses Prozesses. Die Essays dieses Bandes entfalten das Potential der Commons (der Allmende oder Gemeingüter). Sie weisen Wege und Strategien, um unsere Zukunft neu zu denken und selbstbestimmt zu gestalten. Die Beiträge der bewusst aus den unterschiedlichsten Sphären ausgewählten Autorinnen und Autoren aus 30 Ländern bilden drei Kategorien: erstens diejenigen, die unser theoretisches Verständnis der Commons festigen und erweitern; zweitens diejenigen, die eindringlich Kritik an der zunehmend dysfunktionalen Verquickung von Markt und Staat formulieren; drittens diejenigen, die konkrete Ideen und Projekte vorstellen und zeigen, wie innovativ, machbar und attraktiv Commons sind.

Die Beiträge zur Commons-Theorie und zur politischen Ökonomie (Kapitel I) erkunden unter anderem die »Tragik der Anti-Allmende«, die beschreibt, wie übermäßige, fragmentierte Eigentumsrechte Innovation und Kooperation behindern. Sie erläutern die zentralen Unterschiede zwischen »Gemeingütern« und »öffentlichen Gütern« und analysieren die Weisen, wie Commons elementare Prinzipien der Moderne, des Liberalismus und des Rechts herausfordern. Und sie zeigen, wie das Denken in Commons-Kategorien erkennen lässt, dass die Methodik der

Natur selbst die Commons als stabiles und tragfähiges Paradigma nahelegt; ein Paradigma mit »eigenem Betriebssystem« und eigenen Grundmustern, das noch im Verborgenen liegt und erst allmählich identifizierbar und generalisierbar wird.

Die Kritik konzentriert sich auf die Privatisierung und Kommerzialisierung gemeinsam genutzter Ressourcen; auf die Einhegungen der Commons (Kapitel II). Sie gehören zu den großen unerzählten Geschichten unserer Zeit. Einhegung – das bedeutet Entrechtung von Stadtbewohnern, deren Parks und öffentliche Räume in einem unvertretbaren Ausmaß für gewerbliche Zwecke missbraucht werden. Es bedeutet Enteignung von Millionen von Bauern, deren Leben von der gewohnheitsrechtlichen Nutzung ihres Landes abhängt, insbesondere in Afrika, Asien und Lateinamerika. Es bedeutet, dass Internetnutzern durch sich permanent ausweitende Urheber- und Verwertungsrechte und internationale Verträge Kultur vorenthalten wird. Es bedeutet eine Entmündigung der Bürger in vielen Lebensbereichen.

Überall auf der Welt entstehen Projekte und Innovationen, die auf der Idee der Commons gründen (Kapitel III und IV). Ganz gleich, ob es sich um die gemeinschaftliche Nutzung von Dingen handelt oder um allmähliche Schritte wie beim Aufbau einer chilenischen Fischereiallmende, um die Wiederentdeckung der Obstallmende in Deutschland – die es Menschen erlaubt zu ernten, was der Markt ignoriert – oder um den Versuch der Schaffung einer internationalen Institution des Rohstoffmanagements, die eine megabiodiverse Region in Ecuador vor der Ölförderung und uns alle vor steigenden CO_2-Emissionen bewahren soll. Nicht zu vergessen die aufregenden Innovationen in der digitalen Welt – der rasante Aufstieg von Creative Commons oder die Fülle an Peer-to-Peer-Projekten. Sie alle gewinnen gesellschaftlich an Bedeutung – und an Bekanntheit durch dieses Buch.

Eine »einheitliche Sicht auf die Commons« bieten wir nicht – schließlich wäre das ein Widerspruch in sich. Dafür eröffnet sich den Leserinnen und Lesern ein farbenprächtiges Kaleidoskop von Commons-Perspektiven und Perspektiven auf die Commons. Durch den Sehspalt wird sichtbar, wie Commons als intellektuelles Fundament und politische Philosophie verstanden werden können, die konkrete soziale Praktiken begründen. Man kann die Commons aber auch als (experimentierfreudige) Art und Weise des Seins oder gar als geistige bzw. spirituelle Haltung betrachten. Oder man versteht sie als Weltsicht. Und genau genommen sind Commons all dies zusammen. Um das zu beschreiben, bedarf es eines frischen und modernen Wortschatzes, der die Logik der Commons angemessen abbildet. Diese Logik führt aus der Sackgasse marktfundamentalistischer Politik und stellt unsere Sozial- und Naturbeziehungen in den Mittelpunkt.

Erwarten Sie kein »Gewusst-wie-Handbuch« und noch viel weniger Vollständigkeit. Der Band bleibt trotz aller Fülle ein bescheidener, selektiver Überblick über wichtige Diskussionen und Ansätze zum Thema in diesem historischen Moment. Einige Perspektiven und Themen werden Sie vermissen (so wie wir). Andere sind nur unzureichend beleuchtet – etwa die Rolle der Kunst, die Relevanz der Gender-Dimension, die Einhegung des Weltraums, unsere Handhabe des Äthers (durch Funk und Fernsehen), die Rolle der Arbeiterbewegung und Gewerkschaften, die Bewertung von Zukunftstechnologien wie Nanotechnologie und Geo-Engineering und andere mehr. Doch wer im Laufe der Lektüre lernt, die Welt durch die Brille

der Commons zu sehen, wird diese Brille fortan bei sich tragen. Durch sie ergeben sich vielfältige, individuelle Commons-Begegnungen mit all jenen Themen, die wir nur streifen konnten. Darauf vertrauen wir.

Jenseits von Markt und Staat

Seit Generationen haben Staat und Markt eine enge, ja symbiotische Beziehung entwickelt. Sie verschmolzen schließlich zu dem, was man ein Markt-Staat-Duopol nennen könnte. Markt und Staat verfolgen oft eine gemeinsame Vision von technologischem Fortschritt und Wettbewerb, (zumeist) eingebettet in ein liberales, nominell demokratisches Gemeinwesen, dessen Kern individuelle Rechte und Freiheiten sind. In dieser gemeinsam konstruierten Weltsicht ist die Rollenverteilung komplementär, aber das Bemühen gleich: (de facto unerreichbares) Endloswachstum und Konsumentenzufriedenheit.

Der Markt bestimmt dafür den Preis. Er verwaltet Personen, Kapital und Ressourcen, um materiellen Wohlstand zu generieren. Der Staat repräsentiert den Willen des Volkes, während er zugleich das Funktionieren des »freien Marktes« so einfach wie möglich macht. Das zumindest ist die große Erzählung. Nach diesem Ideal des »demokratischen Kapitalismus« maximiert sich das Wohlbefinden des Konsumenten, der zugleich immer mehr politische und wirtschaftliche Freiheiten genießt.

Historisch gesehen waren Markt und Staat füreinander durchaus fruchtbar. Die Märkte haben die staatlich bereitgestellten Infrastrukturen genutzt und davon profitiert, dass Investitionen und Marktaktivitäten staatlich durchgesetzten Regeln folgen. Ihnen kamen und kommen der kostenlose oder vergünstigte Zugang zu Wäldern, Mineralien, zur Atmosphäre und dem elektromagnetischen Spektrum, zu Forschungsmitteln und anderen öffentlichen Leistungen zu Gute. Der Staat wiederum, so wie er heute verfasst ist, hängt vom Wirtschaftswachstum ab, das auf dem Markt produziert wird. Es ist (potentiell) Quelle für Steuereinnahmen und Arbeitsplätze. Wer politisch Verantwortung trägt, definiert daher das Wirtschaftswachstum als Königsweg zur Verteilung von materiellem Reichtum und sozialen Chancen.

Die multiplen Krisen der Gegenwart, zuletzt die Finanzkrise von 2007/2008, haben jedoch gezeigt, dass die Lehrbuchweisheiten des demokratischen Kapitalismus weitgehend eine Farce sind. Die politischen und persönlichen Verbindungen zwischen den größten Unternehmen und staatlichen Institutionen sind enorm. Der freie Markt reguliert sich so wenig von »unsichtbarer Hand«, wie er ausschließlich privat ist. Er ist weitgehend abhängig von staatlichen Interventionen und Subventionen, von Maßnahmen zur Risikobegrenzung und rechtlichen Privilegien, mitunter auch von militärischer Sicherung der Handelswege und Energiequellen. Dieser Markt vernachlässigt die Präferenzen kleiner Investoren, die Interessen von Menschen mit geringer Kaufkraft und die Natur, so wie der Staat nicht wirklich den souveränen Willen des Volkes repräsentiert. Das System erinnert an ein elitäres Insider-Oligopol. Transparenz ist minimal, Regulierung wird durch Wirtschaftsinteressen korrumpiert, Rechenschaft bleibt politisch manipuliert, und die Mitbestimmung der Bürger beschränkt sich nicht selten auf die Wahl zwischen Teufel und Beelzebub. In einigen Ländern macht sich der Staat zum Juniorpartner von Clans, dominanten Ethnien oder mafiösen Strukturen. In an-

deren zum Juniorpartner eines marktfundamentalistischen Projekts. Fortschreitende Privatisierung, Deregulierung, Budgetkürzungen, expansive private Eigentumsrechte und ungehinderter Investitionszugang sind die Schlagworte dieses Prozesses. Der Staat fungiert hier als Feigenblatt. Eingriffe, die den Marktexzessen vorbeugen sollen, haben meist nur den Effekt von Beruhigungsmitteln. Sie lassen das eigentliche Problem unangetastet. Mehr noch: Sie legitimieren nicht selten die Prinzipien und Verfahrensregeln des Marktes. Am Ende beherrschen die Marktkräfte die wichtigen politischen Themen. In den USA sind Unternehmen als juristische »Personen« sogar berechtigt, Kandidaten für politische Ämter unbegrenzte Mengen an Geld zur Verfügung zu stellen.

Dazu kommt, dass politische Ziele kurzfristig erreicht werden müssen. Die Regierungen von Nationalstaaten (sowie unsere parlamentarischen Vertretungen) erweisen sich deshalb oft als unfähig, in langen Zeiträumen zu denken. Und mit seinen mürben, bürokratischen Strukturen mutet der Staat im Zeitalter der elektronischen Vernetzung ohnehin wie ein chronischer Zuspätkommer an. Nein, die Annahme, der Staat würde und könnte eingreifen, um die Interessen der Menschen zu vertreten, ist eine zerbrechende Illusion.

In dem Maße, wie sich dieses Markt-Staat-Duopol unserer Gesellschaften bemächtigte, korrumpierte sich auch unsere Sprache. Der konventionelle politische Diskurs, selbst ein Artefakt aus einer anderen Zeit, vermag weder unsere Probleme adäquat zu benennen, noch Alternativen zu formulieren oder Visionen zu entwerfen. Die Fallstricke der derzeit dominierenden politischen Sprache sind eng gespannt. Dualismen wie »öffentlich« versus »privat« und »Staat« versus »Markt« gelten als selbstverständlich. Als Erben von Descartes sind wir es gewohnt »subjektiv« von »objektiv« zu unterscheiden und »Individuum« von »Kollektiv«. Wir fassen sie als Gegensätze auf. Auch das sind Relikte – lexikalische Erbschaften, die das Relationale verschleiern, die Tatsache, dass das Eine mit dem Anderen untrennbar verbunden ist. Noch sind diese Dualismen in unser Denken eingegraben. Das wird vor allem spürbar, wenn wir die Probleme der Gegenwart analysieren (oder deren Analyse in den Medien verfolgen) und wenn wir uns das Spektrum an Lösungen vergegenwärtigen, das gemeinhin für plausibel gehalten wird. »Entweder – oder«, heißt es dann. Ganz oder gar nicht. So segnet die Sprache des Kapitalismus dessen Zweckbestimmungen und Machtverhältnisse ab und vernagelt unser Denken mit einem schwer zu durchbohrenden Brett. Deswegen sind Commons so wichtig.

Die transformierende Sprache der Commons

Der Commons-Diskurs überwindet die Kategorien der herrschenden politischen und wirtschaftlichen Ordnung. Er identifiziert die Beziehungen von Belang und deren operative Logik – sowohl in der Art, wie wir produzieren, als auch in der Art, wie wir unsere gesellschaftlichen Verhältnisse ordnen.

Commons bieten uns die Möglichkeit, die Dinge so beim Namen zu nennen, dass wir nicht blindlings die Fiktionen der alten Ordnung wiederholen, etwa: dass nur das Wirtschaftswachstum unsere sozialen Missstände zu lösen im Stande sei oder dass Regulierung die ökologische Krise meistern könne. Wir brauchen ein

Umdenken, neue soziale Praktiken *und* einen neuen Diskurs, so dass sich die Funktionsprinzipien dieser großen Erzählung und mit ihnen eine neue »Regierungsweise« (Governance) durchsetzen können. Nennen wir sie Commonance. Die Governance der Commons.

Worte haben performative Kraft. Sie gestalten die Welt. Deshalb ist es alles andere als Phantasterei, nach einer Sprache zu suchen, die die Grundmuster der Commons-Praxis spiegelt. Diese Praxis nennen wir Commoning. Schon in dem Moment, in dem wir die Sprache der Commons nutzen, beginnen wir, eine andere Kultur zu schaffen. Wir hören auf, Kunden oder Manager zu sein, Businessmodelle, Vertriebsoptimierungspläne und Alleinstellungsmerkmale zu ersinnen oder uns permanent mit den Konkurrenten abzugleichen. Wir beginnen, in Beziehung zu sein, als Commoners, eine Kultur der Treuhänderschaft, Mitverantwortung und Teilhabe für die gemeinsamen Ressourcen zu entwickeln und zugleich das Recht auf die Gestaltung des eigenen Lebensraums und der eigenen Lebensverhältnisse zu verteidigen. Wir erkennen uns als interaktive Akteure größerer Gemeinschaften und Zusammenhänge. Das ist unserer Individualität nicht abträglich, aber es prägt unsere Vorlieben, Perspektiven, Werte und Verhaltensweisen, kurz: wer wir sind.

Wir sind keine isolierten, atomistischen Wesen, keine Amöben, denen nichts Menschliches anhaftet außer utilitaristischen Präferenzen, die auf dem Markt verhandelt werden. Nein: Wir sind kreative, unverwechselbare Individuen als Teil von vielfältigem Größerem. Commoners. Zweifellos haben wir auch unattraktive Züge, die aus individuellen Ängsten und unserem Ego resultieren, aber wir sind in der Lage zur Selbstorganisation und zur Zusammenarbeit. Wir streiten für Fairness und soziale Gerechtigkeit, tragen bei zum Allgemeinwohl und zur Sorge für künftige Generationen.

Die Sprache der Commoners hilft, diesen Anteil in uns zu erkennen und durch die Praxis zu stärken. Sie fordert uns auf, die veralteten Dualismen der Marktkultur und die damit verbundene mechanistische Denkweise zu überwinden – und über die Welt in ganzheitlicher Weise und langfristiger Perspektive nachzudenken. Wer dies tut, sieht, dass das Verhalten des Einzelnen auf andere und auf das Ganze zurückwirkt, und begreift, dass die Entfaltung des Einzelnen die Entfaltung der anderen voraussetzt und umgekehrt. Das sind – selbstredend – komplexe soziale Prozesse.

Der Mythos des Marktes, der den »Selfmademan« feiert, ist absurd. Er ist eine selbstgefällige Täuschung, der die Rolle und die Leistungen der Familie, der Gemeinschaften, der Netzwerke, der Institutionen und der Naturbeziehungen unterschätzt.

Viele Pathologien der heutigen Wirtschaftsweise nähren sich vom Substrat der dualisierenden Sprache. Und tatsächlich erweist sich bei genauerem Hinsehen deren Verwendung für die elitären Wächter des Markt-Staat-Duopols als sinnvoll. Ein Konzern etwa stellt sich in der Regel als »privater« Akteur dar, der über den meisten Problemen der Gesellschaft schwebt. Doch sein Zweck ist einfach: Kosten minimieren, Umsatz maximieren, Gewinne erwirtschaften, Investoren zufriedenstellen. Dies ist seine institutionelle DNA. Sie wurde – im unbarmherzigen Streben nach Wachstum – entworfen, um produzierend Gewinne zu erwirtschaften und dabei die sozialen und ökologischen Schäden (von Ökonomen camouflierend als »externe Effekte« beschrieben) zu ignorieren.

In den letzten Jahren haben sehr viele Menschen die Konsequenzen dieses Denkens und dieser Kultur verstanden: Wir sind in den wichtigsten Lebensbereichen in ein globales Wirtschaftssystem integriert, das soziale Spaltung produziert und endliche natürliche Ressourcen (Öl, Mineralien, Wälder, Fischerei, Wasser) in abstrakte Finanzprodukte verwandelt. Peak Oil, Peak Everything und die globale Erwärmung lassen vermuten, dass diese Dynamik zeitlich begrenzt ist, denn die Natur hat reale Grenzen. Das ist der rote Faden des Dramas, das im nächsten Jahrzehnt zur Aufführung kommt. Die Frage ist, ob der Kapitalismus in der Lage ist, ihn zu erkennen und die realen Grenzen zu respektieren.

Die Prämissen des »demokratischen Kapitalismus« betreffen auch Wissen, Kultur und Informationen. Sie verbreiten sich wie das Licht, schranken- und grenzenlos. Anders als bei endlichen Ressourcen geht es in der Logik des Marktes darum, Kultur, Wissen und Informationen gezielt zu verknappen, um maximalen Gewinn aus immateriellen Vermögenswerten (Worte, Musik, Bilder) zu ziehen. Das ist der Hauptzweck der permanenten Erweiterung von Urheber- und Patentrecht. Dieser Imperativ wird immer deutlicher, denn digitale Technologien haben die Vervielfältigung von Informationen und kreativen Arbeiten im Wesentlichen frei gemacht und damit gewohnte Geschäftsmodelle untergraben.

In allen Bereichen – Soziales, Natur und Kultur – werden Commons, ein wichtiges Mittel zur Befriedigung vieler Grundbedürfnisse, fragmentiert und in den Dienst des globalen Marktes gestellt. Die Natur wird zur Ware; Commoners zu isolierten Individuen, Konsumenten und Arbeitnehmern. Gemeinsame Ressourcen, die niemandes alleiniges Eigentum sind, werden zum Rohstoff für die Herstellung von Produkten für den Verkauf degradiert. Und wenn der letzte Rest monetarisiert ist, gehen die unvermeidlichen Abfälle des Marktes zurück in die Commons. Die Regierung ist damit betraut, diese Reste einzusammeln und die »externen Effekte« zu beseitigen. Dieser Aufgabe kann sie nur unzureichend nachkommen, denn im neoliberalen Paradigma gibt es andere Prioritäten. Sie treiben den heimtückischen Prozess der Einhegung voran. Dabei werden Enteignung und Plünderung häufig als rechtmäßig, vernünftig und fortschrittlich dargestellt.

Ein prominentes Beispiel dafür ist die Welthandelsorganisation, die für Entwicklung durch freien Handel sorgen soll und entsprechend für transparente Regeln und deren Einhaltung auf dem Weltmarkt. Dabei ist sie im Wesentlichen ein System, das die Einverleibung noch nicht kommodifizierter Ressourcen und fragiler Ökosysteme in den Markt sowie die Enteignung der Communities rechtlich legitimiert. Um das durchzusetzen, bedarf es eines zunehmend komplexen Gesetzes- und Verwaltungsapparats, intellektueller Rechtfertigungen und politischer Unterstützung. In anderen Worten: Einhegung muss durch Propaganda, Lobbyarbeit und gezielt gestreute Zwietracht salonfähig gemacht werden. Im Ergebnis werden Lebewesen privatisiert, von Vielfalt geprägte Anbauflächen durch Monokulturen verdrängt, Inhalte im Internet zensiert, Kommunikationsinfrastrukturen kontrolliert, die Grundwasservorräte genutzt, um die Flaschenwasserindustrie zu fördern, indigenes Wissen und Kultur enteignet und sich selbst reproduzierende Nutzpflanzen in sterile Samen verwandelt, die immer wieder nachgekauft werden müssen. Diese Funktionslogik unseres Wirtschaftssystems erfordert ständig neue Ressourcen – die moralisch oder rechtlich allen gehören –, um sie in handelbare Güter umzuwandeln.

Unsere moderne Idee von »der Wirtschaft« wurde durch all dies mit geformt. Auch sie ist geprägt von Dualismen. Es gibt das, was sich rechnet – Dinge, die einen Preis haben – und das, was nicht zählt – Dinge, die qualitative, ethische, subjektive Werte verkörpern. Im Laufe der Zeit kommt die Marktwirtschaft als universelles, ahistorisches, natürliches Phänomen daher, ein Moloch, der irgendwie seit Anbeginn existierte und den niemand kontrollieren kann. Ein System, das zum psychisch sensiblen Subjekt geworden zu sein scheint und geradezu menschliche Züge trägt: Von »nervösen«, »angespannten« und »stark irritierten« oder »erleichterten« und »zufriedenen« Märkten hören und lesen wir täglich in den Medien.

Der Alptraum der Einhegungen hat viele Menschen in Bedrängnis gebracht, denn in dieser Welt genießen unsere ökologischen Lebensgrundlagen, Gemeinschaftlichkeit, Gewohnheitsrecht und Selbstorganisation keinen systematischen rechtlichen Schutz und keine kulturelle Anerkennung.

Generative Commons

Die Debatte über Commons erlaubt es, uns »außerhalb« der dominanten Wirtschaftsweise (und ihrer Dichotomien) zu stellen. Das gelingt nicht nur mit einer neuen Sprache, sondern vor allem mit einer Praxis, die einen umfassenderen Begriff von »der Wirtschaft« (besser: von »dem Haushalten«) spiegelt. Commons fördern Sozialbeziehungen und Gemeinschaftlichkeit. Sie sind jene vielfältigen Formen gemeinsamen Sorgetragens, die für die am *Homo oeconomicus* orientierten Marktökonomen weithin unverständlich bleiben. Sie ermöglichen uns, das Wertvolle des Unveräußerlichen in den Blick zu nehmen: den Schutz gegen die Verbetriebswirtschaftlichung von allem und jedem. Die Beziehungen zur Natur müssen nicht an Verwertung und Extraktion orientiert sein – sie können den Prinzipien der Nachhaltigkeit und Fairness folgen. Für die Menschen der südlichen Hemisphäre sind Commons mehr gelebte Realität als Metapher. Gerade von dort kommen Impulse, um Commons als *Alternative* zum klassischen Entwicklungsdenken zu verstehen.

Immer wieder wurden Commons als Niemandsland, als *res nullius*, angesehen; als Orte ohne Eigentümer und ohne Wert. Doch ungeachtet dieser Tatsache und ungeachtet des häufigen Kurzschlusses, die Commons als »tragisch« abzutun, sind sie unheimlich produktiv. Sie füllen das Reservoir, aus dem wir Leben und Nutzen schöpfen. Das »Problem« ist, dass sich dieser Nutzen nicht einfach messen lässt. Es gibt keine skalare Größe, die ihn misst, so wie der Preis es mit handelbaren Werten tut. Den schöpferischen Prozessen der Commons auf die Spur zu kommen, ist komplexer und langfristiger als für die Mandarine des Marktes denkbar, denn Commons neigen dazu, ihre Gaben in der Dynamik des Lebens selbst zum Ausdruck zu bringen. Wir können sie nicht fixieren. Und schon gar nicht zählen wie Aktien und Inventar. In diesem reichtumschaffenden Prozess des Commoning, geht es nicht darum, Dinge zu produzieren oder Rendite zu erzielen. Es geht um den Erhalt unserer Lebensgrundlagen und die Integrität von Sozialbeziehungen. Es geht um den schöpferischen Prozess selbst und um die gerechte Verteilung des Reichtums, der in den Commons reproduziert wird.

Eine commons-sensitive Architektur von Recht und Politik

Commoners sind sehr verschieden, und sie wissen nicht unbedingt im Voraus, wie ein gemeinsames Ziel vereinbart und verfolgt werden kann. Die einzige verallgemeinerbare Aussage ist daher, dass wir überall (Frei-)Räume für den intensiven und konstruktiven Dialog und für das Ausprobieren von Regeln und Vereinbarungen brauchen.

Die Belastbarkeit der Commons hängt auch davon ab, dass Institutionen und Gesetze diese Vereinbarungen nicht unterlaufen: Wir brauchen Gesetze, Institutionen und eine Politik, die Commoning leichter machen (Kapitel V). Wir brauchen einen Staat, der Allmendeprinzipien aktiv unterstützt und deren Torpedierung sanktioniert, so wie er derzeit das Marktprinzip unterstützt und dessen Übertretung sanktioniert. Commoners müssen ihre Interessen deutlich machen und dazu beitragen, dass Commons-Prinzipien im Mittelpunkt politischer und rechtlicher Innovation stehen. So konstituiert sich beides neu: Bürgerschaft und Governance.

Seitdem die Dysfunktionalitäten des Staates in der Unfähigkeit, die Finanzkrise strukturell zu lösen oder der ökologischen Zerstörung wirksam zu begegnen, deutlich wurden, hat der Staat ein vermehrtes Interesse daran, dass die Menschen Aufgaben übernehmen, die er selbst nicht lösen kann. Doch damit dieser Prozess tatsächlich unseren Lebensinteressen dient und nicht in unverantwortlicher Staatsverschlankung und Vereinnahmung endet, muss der Staat zunächst die Vielfalt kollektiver Eigentumsformen anerkennen und es den Menschen tatsächlich ermöglichen, dass sie Mitbesitzer und -verwalter der Gemeinressourcen sind. In der jüngeren Geschichte hingegen wurden Commons von der Politik ignoriert. Projekte oder Netzwerke waren gezwungen, ihre eigenen Lösungen und Regeln zu entwickeln, um kollektive Rechte zu verteidigen. Prominente Beispiele hierfür sind die General Public License für freie Software (und andere kulturelle Inhalte) sowie Rechtsformen zur gemeinsamen Nutzung von Wohnraum und Land (Land Trusts, Mietshäusersyndikate), Beispiele, in denen Commons, obwohl formal in Privateigentum befindlich, von allen in Besitz genommen werden (»Eigentum außen sorgt für Commons innen« [Rose 2003]). Die Zukunft der Commons wäre vielversprechender, würde der Staat formale Chartas und Rechtsnormen für die Commons vorantreiben und in seine Institutionen einschreiben. Dass wir davon weit entfernt sind, lässt sich an einigen Analysen dieses Bandes deutlich ablesen.

Auch die Marktstrukturen gilt es neu zu erfinden und zwar so, dass die alten, zentralen (oft monopolisierten) kapitalistischen Unternehmensstrukturen nicht die lokalen Alternativen, die solidarischen Ökonomien oder die sozial verantwortlichen Geschäftsmodelle erdrücken. Unternehmen sind durchaus in der Lage, ihre Interessen der Gewinnmaximierung den langfristigen Interessen ihrer Gemeinden und der Menschen unterzuordnen. Community Supported Agriculture (CSA), die Slow-Food-Bewegung und Fair-Trade-Unternehmen sind nur einige Beispiele.

Wo immer Keimformen neuer Commons auftauchen, bilden sie ein Spannungsverhältnis mit dem Bestehenden, denn sie müssen oft innerhalb des existierenden Systems von Recht und Politik bestehen. Die doppelte Gefahr der Kooptierung und Domestizierung ist eine Herausforderung, gegenüber der jedes Projekt sein transformatives Potential behaupten muss. Dabei ist klar, dass es

unter Commoners immer strategische Auseinandersetzungen über die »Reinheit« eines Commons geben wird. Da sind einerseits jene, die möglichst geringe oder keine Schnittflächen mit den Märkten bevorzugen, und andererseits jene, die meinen, ihre Communitys gedeihen gerade in der Wechselwirkung mit den Märkten. In diesem Buch begegnen sie beiden. Der permanente Abgleich zwischen ihnen ist wichtig und kann sehr kreativ sein. Doch auch tiefere philosophische Spannungen innerhalb der Commons-Bewegung sind nicht ausgeschlossen. Diese Spannung wird (und sollte) nie vergehen. Sie wirft wichtige Themen auf, die kontrovers diskutiert werden, doch die alles entscheidende Frage für Commoners ist: Wofür produzieren wir eigentlich?

Die Frage ist einfach zu beantworten: Für das Leben. Bei den Commons – verstanden als Lebensnetz – geht es primär um die Befriedigung von Bedürfnissen und die Erweiterung einer commons-basierten Kultur. In anderen Worten: Es geht darum, dass Commons Commons produzieren. In der Geschichte menschlicher Zivilisation gab es immer eine jeweils dominante Organisationsform. In Stammesgesellschaften war es die Schenk-Ökonomie; in vorkapitalistischen Gesellschaften wie dem Feudalismus die Hierarchie. Chancen wurden auf der Grundlage des sozialen Status verteilt. Im Kapitalismus ist der Markt das primäre System, das sozialen Status, Reichtum und Entwicklungschancen zuteilt. Jetzt, wo die Grenzen des marktfundamentalistischen Kapitalismus überall auf der Welt offenbar geworden sind, stellt sich die Frage, ob sich die Sphäre der Commons so ausweiten kann, dass sie die dominante gesellschaftliche Form wird. Wir hoffen, die Beiträge dieses Buches tragen dazu bei, dass es mehr Forschung zu diesen Fragen gibt und dass Freiräume für Initiativen des Commoning auf allen Ebenen gefördert werden.

Wir leben in einer spannenden Zeit. Sie gehört zu den seltenen historischen Momenten, in denen alte, verkrustete Denkkategorien (auf-)brechen und Neuem Platz bieten. Doch jeder Übergang zu einem neuen Paradigma setzt voraus, dass genügend Menschen aktiv Teil der Geschichte werden und sich diese neuen Kategorien – in ihrer und durch ihre Lebenspraxis – aneignen. Hoffnung für unsere Zukunft liegt allein in den Menschen.

Wir sind auf Kooperation geeicht. Dies prädestiniert uns, eine vielfältige Kultur des Commoning zu entwickeln. Tatsächlich erlebt die Sprache der Commons auch deshalb einen Aufschwung, weil sie in uns Resonanz erzeugt. Sie berührt uns. Sie spornt uns an, die beengende politische Kultur und Denkweise abzuschütteln, die das Markt-Staat-Duopol uns aufzwingt.

Literatur

Rose, Carol M. (2003): Romans, Roads and Romantic Creators. Traditions of Public Property in the Information Age, in: *Law Contemporary Problems,* 66, Winter/Frühjahr.

Danke

Es hat mehr als ein Jahr gedauert, um dieses Buch zu produzieren, und ein Jahrfünft, um es vor dem inneren Auge entstehen zu lassen. Es hat die Gedanken von vergangenen und lebenden Generationen gebraucht, um es zu verdichten, und eine Hundertschaft, um es so zu gestalten, wie es jetzt ist. Das Ergebnis ist das Werk vieler Menschen, bei denen ich mich herzlich bedanke. Allen voran David Bollier, mein Kollege und »fellow commoner« aus Amherst (USA), mit dem ich auch die englischsprachige Ausgabe dieses Sammelbandes produziere. Mit David konzipiere ich, wage ich mich vor, verwerfe wieder, tausche Zweifel und Befürchtungen aus. Es ist eine unschätzbar wertvolle Zusammenarbeit.

Da sind die vielen Autorinnen und Autoren aus aller Welt. Manch persönliche Bekanntschaft hat die Kommunikation vereinfacht, andere Kontakte entstanden aus weit verzweigten Netzwerken in der Welt der Wissenschaft und der Sozialen Bewegungen. Wieder andere wurden aus den Untiefen des Internets zu Tage gefördert und ergaben einen fruchtbaren Austausch. Es ist uns gemeinsam gelungen, dem unerbittlichen Takt des Zeitplans zu folgen. Die Beiträge der Autoren samt aller Debatten zu Entwurfs- und Endfassungen haben mich immer wieder damit versöhnt, endlos vor dem Bildschirm zu sitzen.

Ich hatte ein sachkundiges, gewissenhaftes und engagiertes Übersetzerteam. Die Zusammenarbeit mit Sandra Lustig, Brigitte Kratzwald, Katharina Frosch, Thomas Pfeiffer und Martin Siefkes hat mir viel Spaß und einige gefallene Groschen gebracht. Ein Riesendankeschön dafür! Zum Übersetzungsgelingen beigetragen haben auch Andreas Weber, Jacques Paysan und Paul Helfrich. Auch ihnen: Danke! Stefan Tuschen hat in der Endphase entscheidend zur Fertigstellung des Gesamtwerks beigetragen und mit ihm Wolfgang Burggraf, Stefan Meretz und Brigitte Kratzwald, die wertvolle Hinweise zur Abrundung der Einleitung gegeben haben.

Irgendwann Ende 2010, wir hatten soeben gemeinsam eine große Internationale Commons-Konferenz bewältigt, saß ich im einzigen Sessel der Wohnung von Heike Löschmann von der Heinrich-Böll-Stiftung und schwadronierte von der Struktur eines Buches, das man »unbedingt mal machen muss«. Die Struktur hat sich seither mehrfach verändert. Die großartige Unterstützung von Heike Löschmann nicht. Sie hat den Entstehungsprozess dieses Bandes von Anfang an begleitet. Ich bin ihr für das intensive Mitdenken und die wunderbare Zusammenarbeit sehr verbunden. Dank gilt auch ihrem Team in der Heinrich-Böll-Stiftung, insbe-

sondere Simone Zühr und Joanna Barelkowska, sowie dem Lektor Bernd Rheinberg. Barbara Unmüßig aus dem Vorstand der Stiftung förderte (und forderte) seit 2007 das intensive Nachdenken über eine neue Politik jenseits von Markt und Staat. Das war Antrieb und Ermutigung für uns. Im Namen der Commons Strategies Group geht ein großes Dankeschön an sie.

Oft nörgelte ich zu Hause darüber, dass ein Artikel fast fertig erscheint – und es doch nicht ist; dass die Neufassung eines Gedankens in deutscher Sprache so viel Kraft brauchen kann wie die sorgfältige Durchsicht eines ganzen Beitrags. Meine Familie hat es ermunternd hingenommen.

Sicherlich kann ich nicht jeden beim Namen nennen. Es sind einfach zu viele, aber ich freue mich, dass unseren Lesern und allen, die zum Gelingen dieses Buches beigetragen haben, das hier versammelte Wissen unter einer Copyleft-Lizenz weitergegeben werden kann. Es ist ein großes Glück, dass wir für die Publikation nicht einfach einen Verlag gefunden haben, sondern einen Kooperationspartner, der den Mut hat, ins Offene zu gehen. Karin Werner und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vom transcript Verlag gilt mein ganz besonderer Dank. Experimentierfreude und neue soziale Praktiken braucht diese Welt.

Jena, im Januar 2012

Silke Helfrich

Die Definition von Wahnsinn ist:
wieder und wieder das Gleiche zu tun – und zu erwarten,
dass dabei jedesmal anderes herauskommt.
Rita Mae Brown

Kapitel I

Commons.
Ein Paradigmenwechsel

Mein steiniger Weg zu den Commons

Ein Rückblick

Jacques Paysan

> Die Pyrenäen. Sie sind nicht allzu hoch – ihre Linien sind sanft geschwungen, der scharfe Grat ist hier selten, und alle Kuppen sind rund. Es ist wie erstarrte Musik in diesen Höhenzügen.
> *Kurt Tucholsky, 1927*

Wir stehen auf dem Col de Peyreget, wo ein kleines Schild eine Höhe von 2.320 m über dem Meeresspiegel anzeigt. Nicht allzu hoch also, ich bin trotzdem außer Atem. Vermutlich ist aber nicht der Berg daran schuld, sondern meine mangelhafte Kondition. Die runden Kuppen kann ich nicht sehen. Sie dösen im Morgennebel vor sich hin. Es duftet nach Thymian und feuchtem Gras. In der Ferne hört man Schafglocken.

»Dort unten«, sage ich und zeige ins Tal. Sie blickt suchend in die Tiefe.

»Siehst du sie?«, frage ich. »Die Schafe! Die Schafe von Garrett Hardin.«

Sie verdreht die Augen.

»Garrett Hardin? Lass mich bloß mit Garrett Hardin in Ruhe«, gibt sie zurück und macht sich an den Abstieg. Ich schaue ihr nach und muss lachen.

Als wir uns kennenlernten, hatte ich noch nie von Hardin gehört. Auch nicht von seinem »Nutzenoptimierer«, der so lange Vieh auf die Weide treibt, bis die leergefressene Grasnarbe verödet – von der »Tragedy of the Commons« also.

»Commons?« Ich hatte keine Ahnung, was das sein sollte.

Ich schaue zurück zu den Schafen und nehme einen Schluck aus der Wasserflasche. Dann folge ich ihr.

Seit unseren ersten Gesprächen über die Commons hat sich mein Blick in die Welt dramatisch verändert. Ich habe einen klaren Standpunkt zu den Commons: Commons? Einfach genial!

Es war ein steiniger Weg bis zu diesem Punkt. Dagegen war unser Aufstieg zum Col de Peyreget ein Zuckerschlecken. Am schwersten tat ich mich mit dem Unterschied zwischen »Ressourcen« und »Commons«. Dieser Lernprozess erinnert mich an das Bild, in dem man entweder zwei Gesichter oder eine Vase sieht. Das dominierende Bild verdrängt die komplementäre Kontur aus unserer Wahrnehmung – bis der Groschen fällt. Dann sind beide Aspekte plötzlich problemlos erkennbar. Ist es nicht erstaunlich? Die Commons verstecken sich in Missverständnissen, wie die Bergkuppen im Nebel.

Was also sind Commons?

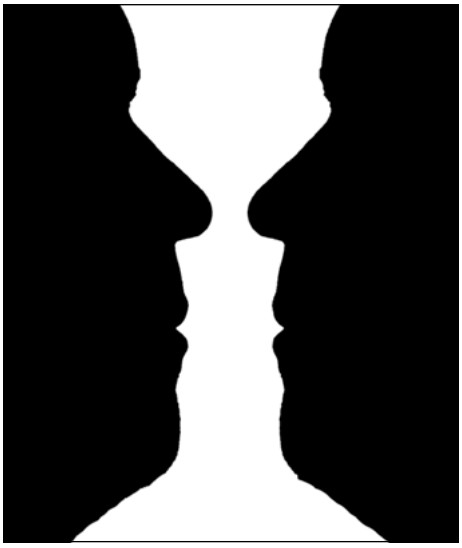
Eine Wiese, auf der die Hirten gemeinsam ihre Schafe weiden? Nein?

Eine Sozialbeziehung, die den Zugang der Schafe zur Wiese regelt?

Damals stöhnte ich und raufte mir die Haare. Was sollte das sein: eine Sozialbeziehung, auf der die Schafe weiden?

Mein Groschen fiel erst mit ei-nem Beispiel, das wenig mit Politik und Schafen zu tun hat: dem Bergsteigen!

Ich bleibe stehen und lausche. Aus der schroffen Felswand, an deren Fuß wir gera de wandern, hört man das Klirren der Karabiner und die Rufe der Kletterer, die ihre Kräfte mit der Schwerkraft messen.



Einst eine Extremsportart, treibt das Klettern heute Tausende in Hallen und Felswände. Der Berg und die Route bilden die Ressource. Die aktiven Kletterer, das sind die »Commoners«, die sich eigenständig auf komplizierte Regelwerke geeinigt haben: Verhaltensregeln und Schwierigkeitsgrade. Einfach war das nicht – und konfliktfrei schon gar nicht. Aber heute sind die Differenzen überwunden. Die Kletterer kümmern sich um die Routen, sorgen für stabile Verankerungen, die vor gefährlichen Stürzen bewahren, zeichnen Routenskizzen

und bezeichnen die Passagen mit einfallsreichen Namen. Auch Konflikte mit Naturschützern versucht man einvernehmlich zu lösen, was manchmal die Hilfe von Behörden erfordert.

Schutzrechte und Patente gibt es nicht. Im Gegenteil: Die Cracks unter den Kletterern erfinden ständig neue Routen und laden alle Welt dazu ein, sich daran zu versuchen. Dabei gilt die Regel: »Don't leave footsteps! – Ermögliche nachfolgenden Kletterern, die Route in dem Zustand zu entdecken, in dem du sie entdeckt hast.« Einige der so entstandenen Routen sind weltberühmt, wie »The Nose« am El Capitan im kalifornischen Yosemite-Nationalpark. In Tausenden von Jahren aber, wenn die Kletterer längst ausgestorben sind, werden diese Felsen dort immer noch stehen. Ein Commons sind sie dann nicht mehr, denn das Commons ist die Sozialbeziehung: der Klettersport und nicht der Fels.

Meine Begleiterin ist längst über alle Berge, und ich müsste mich sputen, um sie einzuholen. Stattdessen stolpere ich durchs Geröll, versunken in philosophische Betrachtungen. Aber die Commons haben mir eben die Augen geöffnet. Und wie!

Heute sehe ich überall Commons. In jedem Park, in dem Menschen zusammen Boule spielen, ein Glas Wein trinken und reden. An den Wasserquellen in Baktapur, wo die nepalesischen Frauen lange Schlangen mit ihren Wasserkrügen bilden und dort nach für uns unsichtbaren Regeln Trinkwasser abfüllen. Wenn ich mit meinem Sohn zum Angeln gehe oder mit Ärzten über satellitengestützte Telemedizin diskutiere, mit deren Hilfe ein Arzt in Zentralafrika die Expertise von Kollegen in Großbritannien nutzen könnte, wenn, ja wenn wir die Nutzung dieser Expertise als ein Commons und nicht als eine kommerzielle Dienstleistung organisieren würden. Das Kaleidoskop der Commons ist bunt, und die Liste der Möglichkeiten, die ich sehe, wächst mit jedem Gedanken.

Unten im Tal blöken die Schafe. »As a rational being«, schrieb Hardin 1968, »each herdsman seeks to maximize his gain.« Als rationales Wesen versucht also jeder Schäfer seine Gewinne zu maximieren? Als sei der Schäfer dümmer als das Schaf. Als wäre er nicht imstande, sich mit Kollegen auf Regeln zu einigen, die eine nachhaltige Nutzung der Wiese im Interesse aller sichern. Wie bizarr erscheint mir heute dieser Kurzschluss im Gehirn, der uns blind macht für die Tatsache, dass Menschen sich kooperativ verhalten wollen, wenn auch andere dies tun. Das unselige Bild vom Nutzenmaximierer versperrt uns die Sicht auf die Commons wie ein Brett vor dem Kopf.

Mir fällt ein Satz ein, den ich vor zwanzig Jahren in meiner Dissertation geschrieben habe: »Seit Charles Darwin 1871 die gemeinsame Abstammung von Mensch und Affe postulierte, hat der Mensch versucht seinen prinzipiellen Unterschied zum Affen zu definieren« (Paysan 1994). Damals kam es mir gar nicht in den Sinn, die Frage selbst zu beantworten, aber heute erscheint mir die Lösung dieses Problems ganz einfach. Es ist das Broca-Areal, das Sprachfeld der Hirnrinde, das nur beim Menschen existiert. Und die Sprache ist das wichtigste Werkzeug der Kooperation. Jeder Wurm mit seinem Strickleiternervensystem kann konkurrieren, und wenn es nur um ein Erdloch ist. Was aber den Menschen ausmacht, ist die Fähigkeit zur vorausschauenden Kooperation auf abstraktem Niveau und in höchster Perfektion.

Beim Versuch, meine Begleiterin einzuholen, stolpere ich über einen Stein und lande unsanft auf dem Boden. Alles zu seiner Zeit, denke ich und setze mich ins Gras. Die Thematik ist komplex und nicht im Gehen zu lösen. Auch Konkurrenz braucht ihren Raum. Ungeteilte Aufmerksamkeit zum Beispiel ist ein hart umkämpftes Gut. Wenn es um Anerkennung und Zuneigung geht, findet Kooperation oft ein jähes Ende. Im Vergleich zu den potentiellen Problemen in einer Paarbeziehung ist die Frage, wie wir unseren Umgang mit Algorithmen und Melodien, mit Rezepten, Literatur und wissenschaftlicher Erkenntnis, mit geistigem Eigentum, Autorenrechten und dem Zugang zu Badestränden und Bildung regeln könnten, ja geradezu ein Kinderspiel. Aber wer sagt eigentlich, dass es einfach sein muss?

Apropos schwierig! Die härtesten Auseinandersetzungen hatten wir um Patente und über das Copyright.

»Warum sollte jemand von einem Text profitieren, den er frech von mir abgekupfert hat?«, fragte ich noch vor kurzem empört.

»Warum eigentlich nicht?«, denke ich heute. »Solange er mich als Autor nennt.«

Was Tucholsky betrifft, so zitiere ich ihn jedenfalls oft und gerne – und sein Werk ist inzwischen gemeinfrei und von verwertungsrechtlichen Bürden erlöst.

»Erlöst vom Gebirge«, so schrieb er 1927, »– erlöst vom Klettern und Steigen. In meinem Herzen liegt eine kleine Flocke, eben geboren, ein Ei: Sehnsucht nach den Pyrenäen.«

Literatur

Paysan, Jacques (1994): GABAA-Rezeptor-Subtypen als Area-Marker in der Ontogenese des cerebralen Neocortex, Universität Zürich.

Tucholsky, Kurt (1927): Ein Pyrenäenbuch, Rowohlt.

Abbildungen

Fotos: Jacques Paysan

Jacques Paysan (Deutschland) ist promovierter Neurobiologe und Commons-Fan und lebt in München. Ein Teil der Geschichte aus seinem Beitrag ist auf dem Blog http://pyrenaeen.wordpress.com illustriert.

Wirtschaft der Verschwendung

Die Biologie der Allmende

Andreas Weber

Öko-logisch: Die wahre Ökonomie der Biosphäre

Es gibt eine seit Milliarden von Jahren erfolgreiche Allmendewirtschaft: die Biosphäre. Deren Öko-*logie* ist jener irdische Haushalt von Energie, Stoffen, Wesen, Beziehungen und Bedeutungen, der die menschengemachte Öko-*nomie* enthält und erst ermöglicht. Licht, Sauerstoff, Trinkwasser, Klima, Boden, Energie versorgen auch den *Homo oeconomicus* der Gegenwart, der sich nach wie vor von Erzeugnissen der Biosphäre ernährt.

Die Natur ist das gemeinwirtschaftliche Paradigma par excellence. Damit meine ich nicht nur, dass der Mensch mit den übrigen Wesen während einer überwältigenden Zeitspanne nach den Standards einer Commons-Wirtschaft zusammenlebte. Ich bin vielmehr überzeugt, dass die Beziehungen innerhalb der Biosphäre nach Allmendegesichtspunkten verlaufen. Darum kann uns die Natur eine schlagkräftige Methodologie für die Allmende als eine neue natürliche und soziale Ökologie liefern. Eine solche »existentielle Ökologie der Allmende« soll hier skizziert werden.

Wirtschaftsliberalismus als heimliche Metaphysik des Lebens

Aber von welcher Natur ist die Rede? Um den Haushalt der Lebewesen ohne die Lasten der liberalistischen Ökonomie bzw. Natur-Metaphorik zu betrachten, ist es zunächst nötig, Öko-*logie* und Öko-*nomie* des natürlichen Haushaltens neu zu verstehen. Wir können dabei in der Natur eine Entfaltungsgeschichte der Freiheit erkennen, zu der hin sich autonome Subjekte in gegenseitiger Abhängigkeit entwickeln. Diese Auffassung steht freilich im Gegensatz zum gängigen Bild des Lebens und Stoffaustausches in Biologie und Wirtschaftslehre.

Wenige Modelle der Wirklichkeit waren in den letzten 200 Jahren so eng miteinander verschwistert wie die Theorie der Natur und die Theorie unseres Haushaltens. Beide Disziplinen fanden ihre heutige Form im viktorianischen England, beide prägten die entscheidenden Metaphern der jeweils anderen. Das führte dazu, dass Zustände der Gesellschaft auf den Kosmos abgebildet und die dort naturwissenschaftlich gewonnenen Erkenntnisse wieder auf die Gesellschaft projiziert wurden.

So lieferte Thomas Robert Malthus, ein politischer Ökonom, mit der Idee von Überbevölkerung und Ressourcenknappheit dem Biologen Charles Darwin das entscheidende Puzzlestück für die These vom »Überleben des Fittesten«. Diese erhob »Daseinskampf«, »Konkurrenz«, »Wachstum« und »Optimierung« stillschweigend zu Axiomen unseres Selbstverständnisses. Biologischer, technischer und sozialer Fortschritt werden allein aus der Summe einzelner Egoismen geboren: Im immerwährenden Wettkampf erschließen sich Arten (Firmen) ihre Nischen (Märkte) und erhöhen so ihre Überlebenschancen (Gewinnmargen), während schwächere (weniger effiziente) zugrunde gehen (Konkurs anmelden). Die daraus entstandene Wirtschafts- und Bio-Metaphysik enthält jedoch weniger eine »objektive Weltbeschreibung« als ein Urteil der Zivilisation über sich selbst.

Die Ökonomie sah sich zunehmend als harte Naturwissenschaft. Sie leitete ihre Modelle aus Biologie und Physik ab – bis hin zum mathematischen Begriff des *Homo oeconomicus*. Dieser – ein maschinengleich seinen Nutzen maximierender kooperationsfeindlicher Egoist – entwickelte sich zum heimlichen Modell des Humanen.[1] Umgekehrt profitierte auch die Evolutionsbiologie von ökonomischen Modellen. Das »egoistische Gen« ist kaum etwas anderes als ein auf die Biochemie zurückgespiegelter *Homo oeconomicus* (vgl. Dawkins 1978).

Man könnte die Allianz zwischen Biologie und Wirtschaft eine »ökonomische Naturideologie« nennen. Diese regiert heute unser Verständnis von Mensch und Kosmos. Sie definiert sowohl unsere körperliche Seite (den *Homo sapiens* als gengesteuerte Überlebensmaschine) als auch unseren gesellschaftlichen Aspekt (den *Homo oeconomicus* als egoistischen Nutzenmaximierer). Die Ratio hinter dem Wettkampf ums Überleben ist immer rival und exklusiv[2]: Es geht darum, so viele Mitspieler wie möglich auszuschalten und sich das größte Stück vom Kuchen zu sichern, kurz: den anderen Leben zu stehlen. Geistesgeschichtlich war die Neuerfindung der Natur als ökonomischer Konkurrenz- und Optimierungsprozess eine zentrale Figur in der Einhegung der Allmende. Sie geht als geistige »enclosure« den realen Enteignungen und Vertreibungen voraus und legitimiert sie. Historisch fallen die ersten Umwandlungen von Gemeineigentum in Privatkapital in die frühe Neuzeit (ca. 1500-1800). In derselben Epoche brach sich im Denken die Vorstellung des französischen Denkers René Descartes Bahn, dass der menschliche Geist mit dem Körper nichts zu tun habe, dass dieser bloße Sache sei, ein mechanischer Automat, so wie alle übrigen nichtmenschlichen Lebewesen auch. Eine solche Auffassung ist die Absage an jede Form der Verbundenheit. Die Natur ist hier das Reich blinder Kausalzusammenhänge und somit für die menschliche Selbsterfahrung als Bezugspunkt nicht mehr verfügbar – so wie der gräfliche Wald immer weniger für den zum Tagelöhner herabgestuften Bauern verfügbar war. Die Idee, dass die unmenschlichen Kräfte von Optimierung und Selektion das Reich der »bloßen Dinge« und damit letztlich auch uns beherrschen, ist nur die kon-

1 | Zum *Homo oeconomicus* siehe den Beitrag von Friederike Habermann in diesem Buch (Anm. der Hg.).

2 | Die Begriffe »Rivalität« und »Exklusivität« werden im Beitrag von Silke Helfrich ab S. 85 erläutert (Anm. der Hg.).

sequente Steigerung dieses Grundmodells der Entfremdung, des Grundmusters einer seelischen Exklusion.

Die Einhegung der einst allen frei verfügbaren Natur reicht bis tief in unsere Psyche hinein. Unter Kontrolle geriet zunehmend auch die innere Wildnis des Menschen, der sich immer weniger als verkörperter Teil des wachsenden Ganzen versteht und sich somit in seinen Erfahrungen und Gefühlen vom Rest des Kosmos isoliert erfährt – bis hin zur heute gängigen Idee, Natur existiere nur als Begriff, nicht als Realität, während sie real zerstört wird.

Die ökonomische Naturideologie schließt Wildnis, die sich von selbst vervollkommnet und die keinem Wesen gehört, aus der menschlichen Empfindung aus. Keine über die Prinzipien von Konkurrenz und Optimierung hinausgehende Beschreibung kann noch Allgemeingültigkeit beanspruchen. Eine solche ist nichts als schöne Illusion, der »in Wahrheit« die Triebkräfte des erbarmungslosen Wettbewerbs zugrunde liegen. Liebe reduziert sich auf die Wahl des besten Fortpflanzungspartners, Kooperation erscheint als Trick im Ressourcenwettkampf und künstlerischer Ausdruck als »Ökonomie der Diskurse«.

Die Enteignung bemächtigt sich des *Homo sacer* (Giorgio Agamben), jenes tiefsten Kerns individueller Unversehrtheit im Menschen, der die verletzliche Leiblichkeit, die pure Körperexistenz des Menschen enthält. In ihrer letzten Konsequenz droht die Einhegung der Allmende somit zu Biopolitik zu werden.

Natürlicher Antikapitalismus

Eine anderes Haushalten wird greifbarer, wenn sich nachweisen lässt, dass Biologie anders funktioniert als ein Optimierungswettkampf. Ein neues Bild ist tatsächlich überfällig, denn mittlerweile wird in der Biologie selbst die Geltung des Paradigmas »Alle gegen alle« in Frage gestellt. Der biologische Kosmos – und darin auch das Bild des Menschen – wandelt sich von einem Schlachtfeld feindlicher Optimierungsmaschinen zu einem Reigen von Subjekten, denen ihr eigenes Existieren etwas bedeutet und die ihre Existenzen in einem bedingten Wettbewerb und unter »schwacher Kausalität« miteinander aushandeln.

Diese Wandlung ergibt für die Schlagwörter des »biologischen Liberalismus« folgendes Bild:

1. *Effizienz*: Die Biosphäre ist nicht effizient. Warmblüter verbrauchen über 97 Prozent ihrer Energie allein zur Unterhaltung des Körpers. Die Photosynthese erreicht einen lächerlichen Wirkungsgrad von rund sieben Prozent. Fische, Amphibien und Insekten müssen oft Millionen von Eiern legen, damit ein einziger Nachkomme überlebt. Statt effizient zu sein, ist die Natur redundant: Sie macht mögliche Verluste durch unvorstellbare Fülle und atemberaubende Verschwendung wett. Sie ist nicht sparsam, weil die Grundlage aller Arbeit, die Sonnenenergie, als Geschenk vom Himmel fällt.[3]

3 | Weitere Beispiele finden sich im Gespräch zwischen Brian Davey, Silke Helfrich, Wolfgang Höschele und Roberto Verzola in diesem Buch (Anm. der Hg.).

2. *Wachstum*: Die Biosphäre wächst nicht. Die Menge der Biomasse erhöht sich nicht. Der Durchsatz steigert sich nicht: Die Natur betreibt eine »Steady-State-Ökonomie«[4]. Auch die Zahl der Arten vermehrt sich nicht notwendig, sie nimmt in manchen Epochen zu, in anderen wieder ab. Was sich aber erhöht, ist die Vielfalt von Erfahrung: Empfindungsarten, Ausdrucksweisen, Erscheinungsvarianten. Die Natur gewinnt somit nicht an Masse, sondern an Tiefe.
3. *Konkurrenz*: Noch nie ist nachweislich eine neue Art aus der Konkurrenz um eine Ressource entstanden. Arten werden vom Zufall geboren: Durch überraschende Mutationen, durch die Isolation einer Gruppe vom Rest ihrer Artgenossen, durch unerwartete Symbiosen, also durch Kooperation. Erhöhte Konkurrenz allein – etwa um einen begrenzten Nährstoff – bewirkt biologisch Verödung.
4. *Knappheit*: Die grundlegende energetische Ressource der Natur, das Sonnenlicht, ist im Überfluss vorhanden. Auch eine zweite entscheidende Ressource, die Zahl ökologischer Beziehungen und neuer Nischen, ist nach oben unbegrenzt. Eine hohe Zahl von Arten und die Vielfalt der Beziehungen zwischen ihnen führen in einem Lebensraum nicht zu verschärfter Konkurrenz und Dominanz eines »Stärkeren«, sondern zu mehr Beziehungen zwischen den Arten und damit zur Steigerung der Freiheit bei Zunahme gegenseitiger Abhängigkeit. Je mehr verschwendet wird, desto größer ist der Reichtum.
5. *Eigentum*: In der Biosphäre existiert er nicht. Nicht einmal der eigene Körper gehört einem Individuum – sein Stoff wechselt und wird dauernd durch Sauerstoff, CO_2 oder Nahrung ersetzt. Sprache ist von der Gemeinschaft der Sprecher hervorgebracht worden. Die Wildnis des von selbst Gewordenen, über das der Einzelne nicht verfügt, durchzieht dessen innerste Identität. Jede Individualität, jedes inmitten anderem Leben gelungene eigene Leben, ist somit einer sowohl biologischen als auch symbolischen Allmende geschuldet.

Commons-Elemente der Biosphäre

Im Laubwald gelten andere Regeln des individuellen und des gemeinschaftlichen Gedeihens als in einer Trockenwüste, denn in der Natur entfalten sich Subjekte unter jeweils komplexen und lokal-spezifischen, immer wieder neu entstehenden Beziehungen. Die Gesamtheit dieser Entfaltungen ist der Lebensraum, den die Wesen nicht einfach nutzen, sondern dessen Bestandteile sie sind. Ihr Gedeihen ist an das Gedeihen des gemeinsam hervorgebrachten Systems gekoppelt. Dessen Gesundheit liegt auf einem von Augenblick zu Augenblick neu errungenen prekären Gleichgewicht zwischen zu viel Autonomie des Einzelnen und zu strengen Zwängen durch das Ganze. Die jeweiligen Erscheinungsweisen dieser Balance sind die sinnlichen Formen der Natur – jene Schönheit des Lebendigen, welche die meisten Menschen mit dem Gefühl von Sinn und Zugehörigkeit erfüllt.

Die Natur als Ganze ist das Paradigma eines Haushaltes der Gemeingüter. Nichts ist in ihr Monopol, alles ist Open Source. Nicht das egoistische Gen ist die

4 | Zustand einer Wirtschaft, bei dem alle relevanten Größen relativ zueinander konstant sind (Anm. der Hg.).

Quintessenz des Organischen, sondern der offenliegende Quelltext jeder genetischen Information. Auch die Gene, die heute patentiert werden, sind natürlicherweise nicht rival und nicht exklusiv, und nur so bringen sie Neuheit zustande. Die DNA konnte sich in so viele Spezies verästeln, weil alle ihren Code nutzen dürfen, weil jeder das für ihn Sinnvollste daraus basteln kann. So besteht das menschliche Erbgut zu etwa einem Fünftel aus den Genen von Viren. Wie es in der Natur kein Eigentum gibt, so gibt es auch keinen Abfall. Alle Verfallsprodukte sind Nahrung. Jedes Individuum macht sich, wenn es stirbt, einem anderen zum Geschenk, so wie es selbst durch die Gabe des Sonnenlichts seine Existenz empfangen hat. Zwischen Geben und Nehmen herrscht ein Zusammenhang, in dem Produktivität Verlust bedingt.

In der ökologischen Allmende stehen eine Vielzahl unterschiedlicher Individuen und Arten in mannigfachen Verbindungen – Kooperation und Konkurrenz, Partner- und Beuteschaft, Produktivität und Destruenz. Sie alle folgen jedoch einem übergeordneten Gesetz: Langfristig hat nur solches Verhalten Bestand, welches dem Ökosystem Produktivität ermöglicht und das Netz der Beziehungen nicht schlagartig zerstört. Das Individuum kann sich nur selbst realisieren, wenn sich das Ganze realisiert. Ökologische Freiheit gehorcht dieser Notwendigkeit. Je tiefer die Bezüge im Ganzen des Systems werden, desto mehr schöpferische Nischen bieten sich für die einzelnen Teilnehmer.

Allmende als Lebensbeziehung

Eine genaue Analyse der Ökonomie der Natur ist in der Lage, eine Ontologie der Allmende zu liefern; das heißt: eine allgemeine Theorie der Funktionsprinzipien oder Muster der Allmende,[5] welche die Unterscheidung zwischen »materiell« und »sozial« zu integrieren im Stande ist. Natürliche Prozesse definieren die Richtschnur, um den Umgang mit dem verkörperten, materiellen Aspekt unserer Existenz in eine »Kultur unserer Lebendigkeit« zu verwandeln. Der Begriff der »Allmende« (oder »Commons«) liefert das verbindende Element zwischen dem »Natürlichen« – der von selbst werdenden Welt der Wesen und Arten – und dem »Sozialen« oder »Kulturellen« – der Sphäre der vom Menschen mittels symbolischer Systeme, Diskurse und Praktiken *gemachten* Dinge. Die Natur in ihremgenuinen Allmendecharakter zu verstehen ist ein Weg, uns selbst neu zu verstehen, und zwar sowohl in unserer biologischen wie in unserer sozialen Lebendigkeit.

Wenn die Natur tatsächlich ein Allmendesystem ist, besteht konsequenterweise die einzige Möglichkeit, ein beglückendes Verhältnis zu ihr aufzubauen, in einem Haushalt der Gemeingüter. Die Selbstrealisation der Art *Homo sapiens* ist in einem Allmendesystem gut aufgehoben, da Kultur die arttypische Realisierung unserer Lebendigkeit ist. Eine Gemeinschaft (zwischen Menschen und nichtmenschlichen Akteuren) nach dem Prinzip der Commons zu organisieren heißt

5 | Zur Idee universeller Muster von Commons-Prozessen siehe den Beitrag von Franz Nahrada in diesem Buch (Anm. der Hg.).

stets, individuelle Freiheit in und mit der Freiheit der Gemeinschaft zu erhöhen (siehe Tabelle).

Tabelle: Existentielle Auswirkungen verschiedener Arten des Haushaltens

Neoliberalismus	**Darwinismus**	**Allmende (ökologisch/sozial)**
Konzentration	Verdrängung	Vielfalt
Abhängigkeit	Ressourcenabhängigkeit	Freiheit in Bezogenheit
Fragmentierung	Sequentielle Optimierung	Integration
Kunden	Überlebenskämpfer	Subjekt der Gemeinschaft
Lokal vs. global	Lokal	Lokal und global (holistisch)
Gelingen = Verdrängung	Gelingen = Verdrängung	Gelingen = Kompromiss
Patente	Beute- und Abwehrmechanismen	Open source
Sieger: wer am meisten Ressourcen besitzt	Sieger: wer die höchste relative Nachkommenzahl hat	Sieger: wer am tiefsten mit der Gemeinschaft verwoben ist
Effizienz	Effizienz	Vielfalt der Ausdrucksformen
Monopol	Dominanz	Selbstausdruck als Kultur
Egos in feindlicher »Umwelt«	Arten unter »Selektionsdruck«	Prekäre Gemeinschaft der Individuen
System der Trennung		**Netz der Teilhabe**

Die Wirklichkeit ist, anders als unsere dem Dualismus verhaftete Kultur annimmt, nicht in die zwei Substanzen des deterministisch gedachten Materiellen, der Biophysik, und des freiheitlich verstandenen Immateriellen, der Kultur und Gesellschaft, gespalten. Lebendige Wirklichkeit hängt vielmehr immer und auf jeder Ebene vom Gelingen einer prekären Balance zwischen Autonomie und Bezogenheit ab – von einem schöpferischen Prozess, in dem historisch und lokal einmalige Prinzipien für die Steigerung des Ganzen durch die Selbstrealisierung des Einzelnen geschaffen werden und umgekehrt. Es sind Funktionsprinzipien, die eine stets fragile Balance zwischen dem Einzelnen und der Gemeinschaft zum Ziel haben. Diese Grundsätze gelten für die Autopoiese, die Selbstherstellung des Organischen, ebenso wie für eine gelungene menschliche Beziehung, für das Gedeihen eines Ökosystems genauso wie für gelingendes Wirtschaften im Einklang mit den Stoffhaushalten der Erde. Es sind die Gesetze der Allmende.

Der Allmendegedanke ist somit das vereinende Band für eine Weltsicht, die nicht länger vom Gegensatz Natur – Gesellschaft/Kultur ausgeht, sondern von den vielfältigsten Gemischen zwischen Kulturen und Naturen. Er hebt die Konkurrenz zwischen dem Ökologischen und dem Sozialen auf. Im Kern einer jeden Existenz, die sich der Allmende verpflichtet, liegt die Problematik, wie das Gedeihen des Einzelnen unter Steigerung des ihn enthaltenden und tragenden Ganzen realisierbar ist. Genau an diesem Punkt kehren die theoretischen Überlegungen in die Praxis zurück, in die Rituale und Idiosynkrasien des Vermittelns, Kooperierens, Sanktionierens und Einigens. Auch hier ist die Praxis der Allmende nichts anderes als die Praxis des Lebens.

Literatur

Dawkins, Richard (1978): Das egoistische Gen, Reinbek bei Hamburg.

Andreas Weber (Deutschland) ist promovierter Biologe, Philosoph und Autor. Sein Denken und Schreiben dreht sich um die Beziehung zwischen menschlichem Selbstverständnis und der Natur. Er lebt in Berlin und Varese/Italien. Seine Aktivitäten kann man unter http://autor-andreas-weber.de verfolgen.

Wir werden nicht als Egoisten geboren

Friederike Habermann

Die Frau schreibt einen Brief, doch dann fällt ihr der Stift zu Boden. Sie beugt sich über den Schreibtisch und versucht, nach ihm zu greifen, schafft es aber nicht. Da erkennt der kleine Junge, dass er ihr helfen kann. Er geht zum Stift, hebt ihn auf und reicht ihn der Frau.

Es handelt sich um ein Experiment mit 20 Monate alten Kindern: In einer ersten Phase zeigen sich fast alle hilfsbereit gegenüber Erwachsenen, denen Gegenstände entgleiten und die sich scheinbar vergeblich bemühen, sie wieder aufzuheben. Danach werden die Kinder willkürlich auf drei Gruppen verteilt: In der ersten reagiert die erwachsene Person gar nicht auf die Hilfe des Kindes, in der zweiten lobt sie das Kind und in der dritten belohnt sie es mit einem Spielzeug. Ergebnis: Während die Kinder der ersten und zweiten Gruppe weiterhin wie selbstverständlich helfen, zeigen die Kinder der dritten Gruppe überwiegend nur noch dann Hilfsbereitschaft, wenn sie dafür belohnt werden (Warneken/Tomasello 2008).

»Die Szene ist rührend«, beginnt der Philosoph Richard David Precht in seinem Buch *Die Kunst, kein Egoist zu sein* sein Kapitel »Was Geld mit Moral macht«. Gemeint ist zunächst ein ganz ähnlicher Versuch mit 14 Monate alten Kindern, die Erwachsenen helfen, eine Schranktür zu öffnen (Precht 2010: 314ff). Wer möchte, kann sich diese Experimente des Leipziger Max-Planck-Instituts für Evolutionäre Anthropologie im Internet anschauen.[1] Doch das mit der dritten Kindergruppe findet sich dort nicht, und offen gestanden: Ich würde es nicht sehen wollen. Es wäre mir zu traurig.

In einem Artikel mit dem Titel *Der Gummibärcheneffekt* über »monetäre Anreize für Mitarbeiter« findet sich im Internet auf der »Plattform für Innovationskultur« folgendes »Debakel, das der Wissenschaft lange bekannt ist«: »Man erzähle auf einem Kindergeburtstag eine spannende Geschichte von Piraten, Drachen und einem versunkenen Schatz. Anschließend lässt man die Kinder Bilder zur Geschichte malen. Die Kinder stürzen sich auf das Papier und zeichnen passioniert Piratenbuchten, Seeungeheuer und detaillierte Flotten von Piratenschiffen. Nun wird das Experiment variiert, und man führt ein Incentive-System

1 | Webseite des Max-Planck-Instituts: http://email.eva.mpg.de/~warneken/video (Zugriff am 17.07.2011).

ein. Für jedes fertige Bild bekommt das Kind ein Gummibärchen. Zunächst ist die Begeisterung groß, doch schlagartig werden zwei Typen von Kindern sichtbar: Die Künstlerpersönlichkeiten arbeiten weiter mit gleichem Eifer an ihren Kunstwerken und nehmen die Belohnung als positiven Nebeneffekt mit. Die Unternehmerpersönlichkeiten hingegen steigen in die Massenproduktion ein: Nach dem Motto ›Punkt, Punkt, Komma, Strich – fertig ist das Mondgesicht‹ werden die Bilder immer schlampiger und schneller produziert. Als Zeichen ihres Erfolges türmen die Unternehmerpersönlichkeiten Gummibärchen vor sich auf. Die völlig in ihren Bildern vertieften Künstlerpersönlichkeiten nehmen im Augenwinkel die Gummibärchenberge der Kollegen wahr und verlieren langsam, aber sicher die Lust an den Details ihrer Werke [...]. Es folgt die letzte Phase des Experiments: Die Spielregeln werden erneut geändert, erklärt, dass die Gummibärchen aufgebraucht sind. Schlagartig verlieren nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Künstler ihre Motivation. Die Einführung und Abschaffung eines Incentive-Systems hat aus einer hoch motivierten Rasselbande einen mies gelaunten Mob gemacht.«[2]

Experimente mit Erwachsenen laufen auf Ähnliches hinaus. So hatte der Ökonom Uri Gneezy bemerkt, dass im Kindergarten seiner dreijährigen Tochter die Einführung einer Strafgebühr für Eltern, die ihr Kind nachmittags zu spät abholten, nicht zu dem gewünschten Ergebnis führte. Daraufhin ließ er gemeinsam mit seinem Kollegen Aldo Rustichini in Haifa, Israel, in zehn anderen Kindergärten prüfen, wie viele Eltern zu spät kamen. Dann wurde ab einer Verspätung von zehn Minuten jeweils ein Bußgeld von zehn Schekel (etwa zwei Euro) eingeführt. Ergebnis: Nun kamen im Schnitt mehr als doppelt so viele Eltern zu spät. Und selbst nachdem das Bußgeld wieder abgeschafft wurde, blieb es dabei. Was vorher eine soziale Qualität gewesen war – die betreuende Person nicht warten zu lassen –, war nunmehr zu einer Quantität degradiert, die das Verantwortungsgefühl noch weniger stimulierte. Dass es das »Zuspätkommen« dann wieder »umsonst« gab, mag den Eltern wie ein Sonderangebot erschienen sein (Gneezy/Rustichini 2000).

Precht spricht von der »seltsamen Macht des Geldes«: Es zerstöre in uns »den Sinn für [...] die individuellen Qualitäten, für das Seltene und Flüchtige, für den Moment, für die Nähe und so weiter. Alles klingt farblos und indifferent, wo das Geld den Taktstock schwingt. Das Leben erscheint völlig versachlicht – so sehr, dass alles außer dem Geld an Bedeutung verliert« (Precht 2010: 319).

Auch von Wirtschaftswissenschaftlern durchgeführte Kooperationsspiele mit Erwachsenen widersprechen zunächst dem ihrer Disziplin zugrunde liegenden Menschenbild des *Homo oeconomicus*, welcher stets auf den eigenen Vorteil bedacht ist; stattdessen zeugen sie von der Neigung, sich fair zu verhalten – allerdings nur solange, bis der erste Egoist auftritt (vgl. Precht 2010: 394f)[3]. Dabei ist es keine Überraschung, dass beim Vergleich mit anderen Studierenden die Studie-

2 | Siehe unter: http://www.die-erfinder.com/innovationskultur/der-gummibarchen-effekt-monetare-anreize-sind-fuer-mitarbeiter-nicht-alles (Zugriff am 16.08.2011) (Rechtschreibfehler im Zitat wurden korrigiert).

3 | Precht bezieht sich hier auf Experimente von Ernst Fehr.

renden der Wirtschaftswissenschaften die ersten sind, die in solchen Spielsituationen die Kooperation aufgeben und unkooperative Strategien beginnen: Der *Homo oeconomicus* ist das, was sie tagtäglich lernen.

An dem größten derartigen Experiment nehmen wir alle teil: die moderne Geldwirtschaft. Auch ihr liegt das Menschenbild des *Homo oeconomicus* zugrunde. Dieser wird im Duden-Fremdwörterbuch (2005) beschrieben als »der ausschließlich von wirtschaftlichen Zweckmäßigkeitserwägungen geleitete Mensch«. Zudem bezeichne er gelegentlich »den heutigen Menschen schlechthin« – denn, siehe oben, die Reduktion des Lebens auf Verwertbarkeit, Egoismus und Konkurrenz ist das, was wir alle tagtäglich lernen.

In seinem Buch *Homo oeconomicus* verteidigt der Volkswirtschaftler Gebhard Kirchgässner diesen als »gar nicht so unsympathisch«, verhalte er sich doch ebenso »desinteressiert vernünftig« wie der Priester und der Levit im Gleichnis vom barmherzigen Samariter, die den Mann, der unter die Räuber gefallen war, sahen und vorbeigingen: Soweit er zu seinem »Nächsten« nicht in einer besonderen Beziehung stehe, bedeute es ihm nichts, ob es diesem gut oder schlecht gehe (Kirchgässner 2000: 47). Eben dies sei der Vorteil der modernen ökonomischen Theorie: »Sie geht von einem realistischen Menschenbild aus und [...] behauptet nicht, dass sie unter anderen Bedingungen ›besser‹ werden« (ebd.: 27). Precht kommt zu einem anderen Schluss: »Strenges und hartes Nutzenkalkül, Rücksichtslosigkeit und Gier sind nicht die Haupttriebkräfte des Menschen, sondern das Ergebnis einer gezielten Züchtung. ›Den Ursprung des Egoismus durch kapitalistische Zuchtwahl‹ könnte man diesen Prozess nennen in Anlehnung an das berühmte Hauptwerk von Charles Darwin« (Precht 2010: 394).

Feministinnen diskutieren seit über zwei Jahrzehnten einen poststrukturalistischen Ansatz, der die Tatsache, dass der Mensch mit seinem sozialen Kontext verwoben ist, ebenso theoretisch zu fassen versucht wie die andere Tatsache, dass Menschen diesen Kontext selbst immer wieder konstruieren und ihn dabei verändern. Deshalb sind unsere Körper und (Mit-)Gefühle nur zusammen mit all dem denkbar, was uns prägt; aber dennoch sind wir mehr als ein leeres Blatt, welches rein passiv vom gesellschaftlichen Diskurs beschrieben wird (Habermann 2008). Sicher sind wir keine autonom denkenden und empfindenden Individuen, sondern mit unserem ganzen Sein Teil unserer Gesellschaft. Woher aber sollte Mitgefühl kommen, wenn nicht aus uns Menschen?

Erkenntnisse der Epigenetik zeigen, wie unsere Biologie, einschließlich unserer Gene, gar nicht gedacht werden kann ohne die jeweiligen Umwelteinflüsse. Der kanadische Arzt und Autor Gabor Maté betont, niemand sei zu trennen von der Umgebung, in der er oder sie aufwachse. Die allein genetische Argumentation erlaube, nicht zu hinterfragen, was es an sozialen, politischen oder ökonomischen Bedingungen gebe, indem man sich auf eine fundamentale und unveränderliche menschliche Natur berufe. Entsprechend unterliege unserer auf Wettbewerb ausgelegten Gesellschaft der Mythos, Menschen seien von Natur aus kompetitiv, individualistisch und eigennützig. Im Gegenteil aber sei nur in einer einzigen Hinsicht von menschlicher Natur zu sprechen, und das sei die Existenz bestimmter menschlicher Bedürfnisse: »Wir haben als Menschen ein Bedürfnis nach Gesellschaft und engem Kontakt; danach, geliebt zu werden, Anschluss zu haben, ak-

zeptiert zu werden, gesehen zu werden; für das angenommen zu werden, was wir sind. Wenn dieses Bedürfnis erfüllt wird, entwickeln wir uns zu mitfühlenden und kooperativen Menschen, die Empathie für andere haben.«[4] In unserer Gesellschaft sei aber oft das Gegenteil zu beobachten – was zu anderen Charaktereigenschaften führe.

Ohne diese als essentiell und ahistorisch vorauszusetzen, wird auch im poststrukturalistischen Feminismus davon ausgegangen, dass sich solche Bedürfnisse, sofern sie unerfüllt bleiben, als Melancholie in der Psyche eines Subjekts niederschlagen. Hanna Meißner spricht von einem »Verlust, der nicht betrauert werden kann, weil er als Verlust gar nicht bewusst ist, da die verlorene oder ausgeschlossene Lebensoption im Rahmen der symbolischen Ordnung als mögliche Option gar nicht denkbar ist« (Meißner 2008: 30).

Was dies für eine Suche nach einer glücklicheren Gesellschaft bedeutet, ist offensichtlich. Jedes Mal, wenn behauptet wird, es könne keine bessere Gesellschaft geben und kein weniger auf Selbstsucht beruhendes Wirtschaftsmodell, denn »die Menschen seien nun mal so«, können wir – mit Richard David Precht – entgegnen: »Wir werden nicht als Egoisten geboren, wir werden dazu gemacht« (Precht 2010: 316).

Die Erkenntnis, dass materielle Belohnungen den Charakter verderben, so Precht, habe etwas zutiefst Verstörendes. Schließlich beruhe unser ganzes Wirtschaftssystem auf einem solchen Tauschhandel. Und wenn Ökonomie die Fortsetzung der Ethik mit anderen Mitteln ist, wie dies unter anderem von dem Ökonom Karl Homann behauptet wird – was ist das dann für eine Ethik, wegen der täglich Zigtausende Menschen verhungern? Jene, die nicht genügend zum Tausch anzubieten hatten.

Entsprechend lautet die Frage, wie Menschen sich ohne eine, auch von Precht als illusorisch dargestellte, »Großkritik unseres gesamten Wirtschaftssystems« dieser seltsamen Macht des Geldes entziehen können sollten? Zu Recht bezeichnet der Sozialpsychologe Harald Welzer die sogenannte »Realpolitik« als »Illusionspolitik«, wenn man sieht, wie sehr vor dem Ausmaß der weltweiten gesellschaftlichen Katastrophen die Augen verschlossen werden. Insofern sei nur utopische Politik realistisch: »Fetischisierung und Sakralisierung von Wachstum und solchen im Grunde genommen Pseudokonzepten aus der Vergangenheit führen zu illusionären Wirklichkeiten – wie Realpolitik wirklich nur die Herstellung einer Illusion eines Status quo ist, der gar nicht mehr existiert. Das heißt, was im Moment Realpolitik ist, ist Illusionspolitik, und was Utopismus ist, ist Realismus – weil utopisches Handeln bzw. eine utopische Handlungsmaxime sind insofern ja realistisch, als sie davon ausgehen, so wie jetzt können wir einfach nicht weitermachen, und es muss einen ganz fundamentalen Wandel geben, und zwar keinen Wandel [...] im Kontext bestehender Praktiken, sondern was wir brauchen ist eine Veränderung des Rahmens selber, der Praktiken selber.«[5]

---

4 | Zitat aus dem Film »Zeitgeist – Moving Forward« (2011); siehe unter: http://www.youtube.com/watch?v=AQNktvqGkkQ (Zugriff am 19.08.2011).

5 | Harald Welzer auf der Utopia-Konferenz 2009; siehe unter: http://www.youtube.com/watch?v=Ov-gnuj3wY8&feature=related (Zugriff am 16.08.2011).

Welzer antwortet auf Prechts Frage nach einer sozialen und ökologischen Radikalerneuerung auf demokratischem Weg mit einem Plädoyer für die Veränderung »kultureller Praxis« – man müsse sie als politisch verstehen.[6]

Ähnlich verorten nicht zuletzt Feministinnen seit Jahrzehnten Ansatzpunkte für eine andere Wirtschaftsweise in den »dissidenten Praktiken« (Carola Möller) des Alltags. Dies bedeutet nicht, dass andere Räume des Politischen bedeutungslos wären, doch bilde die Veränderung unserer täglichen Praktiken in einer Form, die eben auch den Rahmen dieser Praktiken zu verändern vermag, eine wesentliche Grundlage: Wenn wir verstanden haben, dass es uns Menschen nur verwoben mit unserer Umwelt gibt, verstehen wir auch, dass neue Denk- und Handlungshorizonte nur im Zusammenspiel mit der veränderten Umwelt, sprich: mit einem veränderten materiell-ökonomischem Alltag entstehen.

»Die Gesellschaft formt uns maßgeblich«, so ebenfalls Robert Maurice Sapolsky, Professor für Neurologie an der Stanford University. Unterschiedliche Gesellschaften – individualistische und kollektivistische – brächten ganz unterschiedliche Menschen mit unterschiedlichen Denkweisen hervor. Und er warnt: In einer Welt, in der es um Aufstieg gehe, in der Menschen sich als Teil unterschiedlicher Schichten definierten wie im heutigen Kapitalismus, hätten sie nur wenige ebenbürtige Menschen, mit denen sie reziproke, ebenbürtige Beziehungen verbinden. Dies aber führe zu weniger Altruismus.[7]

Der englische Ausdruck für »ebenbürtige Menschen«, welchen Sapolsky benutzt, heißt »peers«. »Commons-based peer production« nennt der Harvard-Professor Yochai Benkler die Art und Weise, wie Freie Software entsteht – ein Phänomen, das die auf den *Homo oeconomicus* gestützte Theorie nicht zu erklären imstande ist.[8]

Erst im Nachklang meines Buches *Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften* (2009) über Ansätze alternativen Wirtschaftens im deutschsprachigen Gebiet wurde mir deutlich, dass dies im Grunde ebenfalls die Prinzipien sind, die sich aus den jüngeren Initiativen herauslesen lassen. Etwas weniger umständlich spreche ich hier von »Ecommony«, doch der Gedanke von Sapolsky macht mich nachdenklich, ob das »peer« nicht zu wichtig ist, um es auszulassen. Denn aus diesen Grundsätzen ergibt sich – und das ist der entscheidende Punkt – »strukturelle Gemeinschaftlichkeit« (Stefan Meretz), welche Kooperation statt Konkurrenz fördert und Menschen andere Entfaltungsmöglichkeiten eröffnet.[9]

Diese »Halbinseln« sind Räume (tatsächlich territoriale oder schlicht soziale), in denen Menschen sich ein Stück weit eine andere Wirklichkeit erschaffen und ausprobieren, wohin es gehen könnte. Es sind Räume, die es Menschen durch

6 | Ebd., Teil 2: http://www.youtube.com/watch?v=aS3Eck7c-3Q&feature=related (Zugriff am 16.08.2011).

7 | »Zeitgeist Moving Forward«, a.a.O.

8 | Vergleiche dazu auch die Beiträge von Christian Siefkes und Michel Bauwens/Franco Iacomella in diesem Buch (Anm. der Hg.).

9 | Zumal eine Untersuchung von Machtverhältnissen – seien es sexistische, rassistische oder andere – ergibt, dass sie immer als Grundlage die Konstruktion der »Nicht-Ebenbürtigen«, der »Anderen« implizieren und voraussetzen; vgl. Habermann 2008.

die darin gelebten anderen Selbstverständlichkeiten erlauben, sich anders zu entwickeln.[10] Allerdings: Wie eine davon inspirierte Gesellschaft im Detail aussehen kann, können wir in unserem heutigen Sein gar nicht wissen. Tausch, Wettbewerb und Sich-durchsetzen-Müssen haben uns geformt. Wir brauchen neue Erfahrungen, in denen wir uns verändern und so neue Erkenntnisse erlangen können. Insofern ist nicht nur realistisch, was im Augenblick durchführbar erscheint: Die Welt formt uns, und wir formen die Welt.

Literatur

Gneezy, Uri/Rustichini, Aldo (2000): »A Fine is a Price«, in: *Journal of Legal Studies*, Vol. XXIX, No. 1, S. 1-17.

Habermann, Friederike (2008): Der Homo oeconomicus und das Andere. Hegemonie, Identität und Emanzipation, Baden-Baden.

Habermann, Friederike (2009): Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften im Alltag, Königstein.

Habermann, Friederike (2011): Solidarität wär' eine prima Alternative. Oder: Brot, Schoki und Freiheit für alle, rls-paper.

Kersting, Wolfgang u.a. (1998): »Grenzen des ökonomischen Imperialismus?«, in: Brieskorn, Norbert/Wallacher, Johannes (Hg.): Homo oeconomicus: Der Mensch der Zukunft?, Stuttgart/Berlin/Köln, S. 33-37.

Kirchgässner, Gebhard (2000): Homo oeconomicus. Das ökonomische Modell individuellen Verhaltens und seine Anwendung in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 2., erg. u. erw. Aufl., Tübingen.

Meißner, Hanna (2008): »Die gesellschaftliche Form des Subjekts. Judith Butlers Theorie der Subjektivität«, in: *Zeitschrift für Frauenforschung & Geschlechterstudien*, 26. Jg., Heft 3+4, S. 23-37.

Precht, Richard David (2010): Die Kunst, kein Egoist zu sein. Warum wir gerne gut sein wollen, und was uns davon abhält, München.

Warneken, Felix/Tomasello, Michael (2008): »Extrinsic Rewards Undermine Altruistic Tendencies in 20-Month-Olds«, in: *Developmental Psychology*, Vol 44 (6), S. 1785-1788.

Friederike Habermann (Deutschland) ist Ökonomin, Historikerin und promovierte Politikwissenschaftlerin und arbeitet frei, unter anderem als Buchautorin, über das Verwobensein von Herrschaftsverhältnissen, transnationale soziale Bewegungen sowie alternative Wirtschaftsweisen.

10 | Diese Prinzipien habe ich an anderer Stelle ausgeführt: Habermann 2011.

Resilienz denken

Rob Hopkins

Resilienz: Die Fähigkeit eines Systems, Störungen zu absorbieren und sich angesichts von Veränderungsdruck neu zu organisieren, wobei Funktion, Struktur, Identität und Rückkopplungsprozesse im Wesentlichen erhalten bleiben.

Der »Britische Plan zur Senkung des Kohlendioxidausstoßes«, der 2010 von der Regierung veröffentlicht wurde (UK Low Carbon Transition Plan 2010), ist zweifellos eine mutige und klare Absichtserklärung für eine kohlendioxidarme Wirtschaft in Großbritannien. Der Plan fordert bis zum Jahr 2020 eine fünffache Steigerung der erzeugten Windenergie, schlägt Einspeisungstarife für private Energieerzeugung vor sowie ein landesweites Programm zur Optimierung des Energieverbrauchs aller Gebäude. Ich kritisiere nur ungern kreative Schritte, die in die richtige Richtung weisen; dennoch muss auf eine entscheidende Schwäche des Dokuments hingewiesen werden, die sich auch in den öffentlichen Debatten über den Klimawandel findet. Sie besteht darin, das Problem lösen zu wollen, ohne sich über das Schlüsselthema »Resilienz« Gedanken zu machen.

Nach meinem Verständnis erweitert Resilienz das Konzept der Nachhaltigkeit und des davon abgeleiteten Begriffs der »nachhaltigen Entwicklung«, der tatsächlich ein Widerspruch in sich ist, um eine Dimension. Ohne Resilienz können diese Begriffe die aktuelle Herausforderung nicht angemessen beschreiben. Das lässt sich am Beispiel eines Supermarkts erläutern: Man kann seine Nachhaltigkeit verbessern und den Kohlendioxidausstoß senken, indem weniger Verpackungen verwendet, das Dach mit Solarzellen ausgestattet und energiesparende Kühlregale installiert werden. Man kann auch das Warenangebot auf Bioprodukte umstellen.

Bezieht man aber den Faktor der Resilienz in die Überlegungen ein, so wird klar, dass ein Supermarkt letztlich die Ernährungssicherheit der Menschen vor Ort erheblich reduziert und ihre Abhängigkeit vom Öl erhöht, da er örtliche Lebensmittelläden und -märkte verdrängt und selbst nur Lebensmittelvorräte für zwei Tage hält, die oft über weite Strecken transportiert worden sind. Aus der Perspektive der Nachhaltigkeit ist auch die Installation von Windkraftanlagen höchst wünschenswert, allerdings wird diese Infrastruktur derzeit zum größten Teil von großen Energiekonzernen installiert, und die umliegenden Gemeinden haben davon kaum Vorteile. Wären diese selbst Besitzer der Infrastruktur, würde das ihre Resilienz erheblich stärken.Das Konzept der Resilienz ist aus der Ökologie hervorgegangen, wo es im

Werk von Pionieren wie C.S. Holling (1973) und später von Neil Adger (2009) sowie von Brian Walker und David Salt (2006) entwickelt wurde. Es versucht zu erklären, warum einige Systeme bei plötzlichen Belastungen zusammenbrechen und andere nicht. Die gewonnenen Erkenntnisse ermöglichen uns zu verstehen, wie Systeme sich verändernden Bedingungen anpassen und gedeihen können. Demnach hängt die Resilienz einer Gemeinschaft von folgenden Faktoren ab:

- Diversität – ein breiteres Spektrum von Lebensweisen, Landnutzungen und Energiesystemen als heute.
- Modularität – eine wachsende Orientierung an den eigenen Bedürfnissen und Fähigkeiten (aber nicht unbedingt Autarkie) mit »Stoßdämpfern« für die lokale Wirtschaft, beispielsweise lokale Nahrungsmittelproduktion und dezentralisierte Energieversorgung.
- Kürzere Rückkopplungskreisläufe – Ergebnisse unserer Handlungen sollten vor Ort spürbar sein, so dass sie nicht ignoriert werden können.

Die lokale Lebensmittelversorgung ist hierfür ein ausgezeichnetes Beispiel. Die industrielle Nahrungsmittelproduktion hat die Anzahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft stark reduziert, die Abhängigkeit vom Öl vergrößert und den Artenreichtum, die Vielfalt an Arbeitsmöglichkeiten und an Landnutzungen erheblich verringert. Da Nahrungsmittel in immer größerer Entfernung von unseren Wohnorten hergestellt werden, sind wir von den direkten Produktionsfolgen kaum mehr betroffen und können sie auch weniger kontrollieren. Lokale Nahrungsmittelerzeugung – die Versorgung der Bevölkerung durch möglichst lokalen Anbau, saisonale Ernährung und die stärkere Einbeziehung der Menschen in die Landwirtschaftliche Produktion überhaupt – erhöht die Resilienz von Gemeinschaften erheblich.

In dem Report *Resilient Nation*, der von Charlie Edwards für den britischen Think-Tank DEMOS erstellt wurde (Edwards 2007), stellt der Autor die Frage: »Wogegen müssen wir eigentlich resilient sein? Brauchen wir Resilienz angesichts von Peak Oil und Klimawandel, oder gegen Terrorismus und Pandemien?«

Edwards listet die Gefahren auf, gegenüber denen wir resilient werden sollten: Klimawandel, Flutkatastrophen, Pandemien, Energieknappheit, nukleare Angriffe, Terrorismus und andere.

Im Kabinettsbüro der britischen Regierung arbeiten »Teams für regionale Resilienz«, die Notfallpläne für die einzelnen Regionen ausarbeiten sollen. Das Augenmerk liegt dabei allerdings hauptsächlich auf Terrorismus und Pandemien. Dies steht in krassem Gegensatz zu einem jüngst erschienenen Bericht des Weltwirtschaftsforums (WEF 2011), der verschiedene Risikofaktoren für die Weltwirtschaft untersuchte und auf ihre Wahrscheinlichkeit und die möglichen Auswirkungen prüfte. Als die drei größten Herausforderungen stellten sich die Wirtschaftskrisen, Schwankungen der Energiepreise und der Klimawandel heraus – genau jene drei Bereiche, auf die das Transition-Town-Netzwerk[1] stets hingewiesen hat. Natürlich

1 | Transition Town erprobt seit 2006 in vielen Städten und Gemeinden der Welt den Übergang in eine postfossile, relokalisierte Wirtschaft. Die Bewegung wurde vom Autor initiiert. Sie lässt sich dem vor allem in den USA weit verbreiteten Gedanken des »Eco-Com-

geht es hier nicht um ein Entweder-oder, aber Peak Oil und Klimawandel sind so destabilisierend, dass wir ihnen Vorrang gewähren müssen; außerdem unterscheiden sich diesbezüglich die Lösungen grundlegend von denen, die für Terrorismus oder Pandemien in Frage kommen.

Daher sind wir in der Transition-Bewegung der Überzeugung, dass zur Verbesserung der Resilienz gegenüber dem Klimawandel – und neuerdings auch gegenüber den wirtschaftlichen Krisen – vor allem über Maßnahmen zur Minderung der Treibhausgase und Anpassung nachgedacht werden sollte. Eine Strategie zur Verbesserung der Resilienz, die dies nicht berücksichtigt, wird vermutlich ins Leere laufen. Wir brauchen ein Verständnis von Resilienz, das sich nicht nur mit dem bloßen Überleben im Katastrophenfall beschäftigt. Resilienz ist vielmehr als positiver und konstruktiver Prozess zu verstehen.

Was aber bedeutet es in der Praxis, Resilienz zu denken? Unser Denken verändert sich, sobald wir Resilienz als Chance begreifen. Unsere Städte und Dörfer resilienter zu machen kann eine historische Chance sein, neu zu durchdenken, wie wir uns ernähren, wie wir wohnen und wie wir heizen. Erst wenn wir das tun, kann das Konzept von »Lokalisierung als ökonomische[] Entwicklung« seine Stärken richtig ausspielen. Lokalisierung allein reicht nämlich nicht aus, um Resilienz aufzubauen. Man könnte sich auch eine feudale oder patriarchale Form der Lokalisierung vorstellen, die zwar durch niedrigeren Kohlendioxid-Ausstoß glänzt, aber Diversität, Kreativität und Innovation unterdrückt und bezüglich einiger der oben genannten Kriterien nicht resilient ist.

DuPuis und Goodman (2007) unterscheiden zwischen »reflexiver« (rückbezüglicher) und »nichtreflexiver« Lokalisierung. Nichtreflexive Lokalisierung kann ihrer Argumentation zufolge »zwei wichtige negative Konsequenzen haben. Erstens ignoriert sie mitunter lokale Ansätze, was negative soziale Auswirkungen haben kann. Zweitens kann sie dazu führen, dass vorgefertigte Lösungen nach perfekten alternativen Standards bevorzugt werden, die aber anfällig für die kommerzielle Aneignung sind.« Lokalisierung im Sinne der Transition-Bewegung ist eine »reflexive Lokalisierung«. Sie stärkt Resilienz durch die Konzentration auf sozialen Einschluss, ökonomische Innovation, Gemeinbesitz und die Wertschätzung von Unternehmertum und Diversität.

Die Transition-Bewegung hat einen sehr aufschlussreichen »Testlauf« an Überlegungen hervorgebracht, wie all dies in der Praxis aussehen würde. Sie ist die praktische Verkörperung von Tom Homer-Dixons Aussage, dass »wir vom Wachstumszwang zum Ziel der Resilienz übergehen müssen, wenn wir ein gutes Leben wollen« (Homer-Dixon 2007). Die Realität sieht allerdings anders aus: Das Ministerium für Ernährung, Umwelt und ländliche Angelegenheiten (DEFRA) der britischen Regierung behauptete im Jahr 2006, dass das bei der Produktion unserer Nahrungsmittel angewandte Just-in-time-Modell[2] die Resilienz sogar *ver-*

munalism« zuordnen, einer Umweltphilosophie, die angesichts schwindender Rohstoffe und negativer ökologischer Auswirkungen der Globalisierung die Idee des »einfachen Lebens«, der Regional- bzw. lokalen Wirtschaft sowie der Nachhaltigkeit und der wirtschaftlichen Selbstversorgung propagiert (Anm. der Hg.).

2 | Just-in-time ist eine Produktionsstrategie, die durchgängige Material- und Informations-

größere (DEFRA 2006). Im Jahr 2011 ist dies noch immer die offizielle Position der Regierung.

Wie sieht eine resiliente Gemeinschaft aus?

Zur Stärkung von Resilienz sind Zeit, Ressourcen und eine vorausschauende, kreative Planung erforderlich. Häufig wird im Nachhaltigkeitsdiskurs die Vorstellung nicht hinterfragt, dass ein höherer Konsum zu größerem individuellem Glück führe; lieber wird über CO2-sparende Methoden zur Erzeugung der Verbrauchsgüter gesprochen. Wir leben jedoch in einer Zeit begrenzter Ressourcen und sollten nicht aus dem Auge verlieren, dass Zufriedenheit und Glück auch an weniger greifbare Dinge wie Gemeinschaft, sinnvolle Arbeit, Fähigkeiten und Freundschaft geknüpft sind.

Wenn ich darüber spreche, gibt es immer einige Zuhörer, die das Konzept zunehmender Resilienz im Westen zwingend mit zunehmender Verarmung in den Entwicklungsländern verbunden sehen. Es ist aber nicht plausibel, dass die Entwicklungsländer der Armut entkommen können, indem sie ihre Resilienz weiter zerstören und eine wachsende Abhängigkeit von den Fluktuationen, Unsicherheiten und Abhängigkeiten der globalisierten Wirtschaft akzeptieren.

Sobald die Produzenten in Entwicklungsländern in das globale Handelssystem eingebunden sind, werden sie verstärkt Engpässen in der Versorgung mit Nahrungsmitteln oder mit Geld ausgesetzt. Überdies vergrößert sich ihre Abhängigkeit vom Welthandel, der wiederum von günstigen Ölpreisen abhängt.

Resilienz zu denken bedeutet hingegen, dass die aufeinandertreffenden Gemeinschaften nicht unerfahren, unproduktiv, abhängig und verletzlich sind, sondern vielmehr erfahren, im Übermaß produktiv, selbstständig, kurz: resilient. Es ergeben sich Beziehungen ganz anderer Qualität, die für beide Seiten von großem Vorteil sein können.

Wenn Sie heute vor die Tür gehen und zehn zufällig vorbeikommende Menschen fragen würden, wie ihr Wohnort oder ihre Stadt in zehn Jahren aussähe, wenn sie ihre Emissionen jährlich um neun Prozent senken müssten, dann würden wohl die meisten ein Szenario skizzieren, das irgendwo zwischen einem Rückschritt in die 1950er-Jahre und einem Science-Fiction-ähnlichen Zusammenbruch liegt. Uns fehlen Geschichten, die davon erzählen, wie eine energiesparende Welt voller resilienter Gemeinschaften tatsächlich klingt, riecht, aussieht und sich anfühlt. Es ist ebenso schwierig wie wichtig, eine Vorstellung dieser Welt zu entwickeln, die so verlockend ist, dass die Menschen morgens aus dem Bett springen und sich für diese Welt ins Zeug legen.

Wenn Resilienz als Schlüssel für Ansätze gesehen wird, die Gemeinschaften ein Wohlergehen jenseits der gegenwärtigen Wirtschaftskrisen ermöglichen, können ein hohes Maß an Kreativität, der Erwerb neuer Fähigkeiten und Unternehmertum entfesselt werden.

Die schottische Regierung nutzt Gelder aus dem »Climate Challenge Fund« für die Unterstützung der Transition-Bewegung in Schottland und bestätigt damit die

---

flüsse entlang der Lieferkette will. Nichts soll gelagert werden, da dies Kosten verursacht (Anm. der Hg.).

wichtige Rolle der Transition-Bewegung für die Klimastrategie des Landes. »Transition Forres« wurde beispielsweise mit 184.000 Pfund unterstützt und konnte damit den Aufbau lokaler Resilienz-Projekte vorantreiben. In England haben sich die Bezirksregierungen von Somerset und Leicestershire zur Unterstützung lokaler Transition-Bewegungen verpflichtet, und viele dieser Bewegungen pflegen eine intensive Zusammenarbeit mit Gemeinde- oder Stadträten vor Ort. All das zeigt, dass das absehbare Ende des Zeitalters billigen Öls nicht nur als enorme Krise, sondern auch als großartige Chance aufgefasst werden kann. Immer mehr Menschen verstehen das.

Einer meiner Freunde arbeitet als Nachhaltigkeitsberater im Nordwesten der USA. Er erzählte mir einmal von einem Treffen mit lokalen Politikern. Er las ihren Entwicklungsplan für die nächsten 20 Jahre und sagte ihnen: »Euer Plan basiert auf drei Dingen: dem Bau von Autos, dem Bau von Flugzeugen und dem Finanzsektor. Habt ihr nicht noch etwas anderes im Ärmel?« Der US-amerikanische Blogger und Kommentator John Michael Greer wies darauf hin, dass wir Gefahr laufen, ein jetzt vielleicht noch lösbares Problem in ein unlösbares Dilemma zu verwandeln.

Die Transition-Bewegung erkundet all das, was wir »im Ärmel haben« müssen, damit es nicht so weit kommt.

Inneres Wachstum fördern, um äußerem Wandel zu begegnen

Resilienz beinhaltet auch eine innere Veränderung, bei der wir an Flexibilität, Robustheit und Fähigkeiten gewinnen. Wenn wir uns den Übergang in der diskutierten Größenordnung nur als äußerlichen, rein materiellen Prozess hin zu mehr Solarzellen und Elektroautos vorstellen – als einen Prozess, der kein Wachstum der kommunikativen Fähigkeiten, der gegenseitigen Unterstützung in unsicheren Zeiten und der persönlichen Resilienz beinhaltet –, dann fehlt ein großer Teil des Bildes. Die Transition-Bewegung fördert den »inneren« Wandel, indem sie Fähigkeiten weitergibt, soziale Netzwerke aufbaut und ein Verständnis davon vermittelt, dass wir die Chance haben, unsere Welt neu zu gestalten.

Erfolgreich durch Klimawandel und Peak Oil zu steuern wird Mut, Engagement und Weitblick in einem Maß erfordern, dass zukünftige Generationen darüber Geschichten erzählen und Lieder davon singen werden. Doch wie bei jedem Wagnis ist entscheidend, dass wir unser Ziel und die verfügbaren Mittel genau kennen, um unsere Erfolgsaussichten zu wahren. Verzichten wir darauf, Resilienz zu denken, landen wir möglicherweise weit entfernt von dem ursprünglich angestrebten Ziel.

Unsere Resilienz stärken. Meine Empfehlungen

- Pflanzen Sie überall Nahrungsmittel an.
- Fragen Sie stets: »Wie gut würde etwas funktionieren, wenn Öl 200 Dollar pro Barrel kosten würde?«
- Setzen Sie bei neuen Entwicklungen im Energie-, Bau- oder Nahrungsmittelbereich auf Gemeineigentum und gemeinschaftliches Management.

- Identifizieren Sie wichtige lokale Bedürfnisse und überlegen Sie, wie sie vor Ort befriedigt werden können.
- Beziehen Sie alle mit ein.
- Erzählen Sie wirkungsvolle Geschichten. Es geht um einen Wandel der Kultur, nicht der Umwelt.

Rob Hopkins hat seinen Beitrag, den er in Resurgence No. 257, November/Dezember 2009, S. 12-15 veröffentlichte, für dieses Buch aktualisiert. Kürzungen verantworten die Herausgeber.

Literatur

Adger, W. Neil (2009): Research Interests, Projects and Publications: Resilience, online unter: http://www.uea.ac.uk/env/people/adgerwn/adger.htm (Zugriff am 18.10.2011).

DEFRA (2006): Food Security and the UK: An Evidence and Analysis Paper. Food Chain Analysis Group, Department for the Environment, Food and Rural Affairs.

DuPuis, E. Melanie/Goodman, David (2005): »Should We Go ›Home‹ to Eat? Towards a Reflexive Politics of Localism«, in: *Journal of Rural Studies* 21, S. 359-371.

Edwards, Charlie (2009): Resilient Nation, London.

Holling, Crawford Stanley (1973): »Resilience and the Stability of Ecological Systems«, in: *Annual review of Ecologicy and Systematics* 4, S. 1-23.

Homer-Dixon, Thomas (2007): The Upside of Down: Catastrophe, Creativity and the Renewal of Civilisation, London.

Porritt, Jonathan (2009): Living Within Our Means: Avoiding the Ultimate Recession, Forum for the Future.

UK Low Carbon Transition Plan (2010): The UK Low Carbon Transition Plan. National Strategy for Climate Change and Energy. Her Majesty's Government, The Stationery Office, online unter: http://centralcontent.fco.gov.uk/central-content/campaigns/act-on-copenhagen/resources/en/pdf/DECC-Low-Carbon-Transition-Plan (Zugriff am 18.10.2011).

Walker, Brian/Salt, David (2006): Resilience Thinking: Sustaining Ecosystems and People in a Changing World, Washington D.C.

World Economic Forum (WEF 2011): Global Risks 2011, sixth Edition, Executive Summary, online unter: http://riskreport.weforum.org (Zugriff am 18.10.2011).

Rob Hopkins (Großbritannien) ist »überzeugter Optimist« und Verfechter der Permakultur. Er hat entscheidend zum Erfolg der Transition-Town-Bewegung beigetragen und ist Autor von The Transition Companion: Making Your Community More Resilient in Uncertain Times (2011). Er bloggt auf http://www.transitionculture.org. Auszeichnungen: Schumacher Award (2008) und Observer Ethical Award (2009) for Grassroots Campaigning.

Der Umgang mit sozialen Dilemmata

Institutionen und Vertrauen in den Commons

Martin Beckenkamp

Die Spieltheorie ist ein mathematisches Instrument zur Analyse sozial interdependenter Entscheidungssituationen. So kann sich etwa beim Sport ein Team für eine offensive oder eine defensive Strategie gegen das andere Team entscheiden, und in der Wirtschaft kann ein Unternehmen in den Wettbewerb mit anderen Unternehmen treten oder mit ihnen kooperieren, wie das in einem Joint Venture geschieht.

Aus spieltheoretischer Sicht sind Commons sowohl eine Chance als auch eine Gefahr, denn sie zeichnen sich dadurch aus, dass sie einerseits beachtliche Möglichkeiten bieten, Win-win-Situationen herzustellen, andererseits sind diese Konstellationen extrem instabil und anfällig, weil sie den *gemeinsamen* Willen zur Zusammenarbeit voraussetzen. Sobald ein Mitglied versucht, seinen eigenen Nutzen zu maximieren, gerät das Gemeingut in Gefahr, und die gemeinschaftliche Wohlfahrt wird zerstört, denn der Zugewinn des Abweichlers ist geringer als der Verlust der Gemeinschaft. Aus diesem Grund bezeichnet man Commons auch als soziale Dilemmata.

Diese extreme Anfälligkeit oder Verletzbarkeit der Commons erklärt, warum Vertrauen so enorm wichtig ist. Elinor Ostrom sagt dazu in ihrer Rede zum Nobelpreis 2009: »[D]ie jüngeren theoretischen Überlegungen über Lernprozesse und Normakzeptanz der Einzelnen können uns helfen zu verstehen wie Feedback-Mechanismen positive und negative Lernprozesse verstärken und wie Individuen mehr Vertrauen zueinander gewinnen, was letztlich zu verstärkter Kooperation und zu höheren Leistungen führt. Es geht nicht nur darum, dass Individuen Normen akzeptieren, sondern auch darum, dass aus der jeweiligen Struktur heraus genügend Informationen generiert werden über das wahrscheinliche Verhalten Anderer als glaubwürdige Gegenüber, die ihren Anteil an den Kosten zur Überwindung des Dilemmas tragen« (Ostrom 2009: 432)[1]. In kleinen Gruppen kann Vertrauen oft erarbeitet werden, weil die Menschen einander kennen und informelle Normen (oder Scham- und Schuldgefühle bei Normverletzung) das gemeinsame Wohl hinreichend gewährleisten. Was aber geschieht, wenn die Gruppen so groß werden, dass das persönliche Kennenlernen nicht mehr möglich ist?

1 | Übersetzung von Silke Helfrich.

Oft wird übersehen, dass Institutionen für die Bildung und Aufrechterhaltung von Vertrauen von herausragender Bedeutung sind. In der Geschichte des Handels gibt es zahlreiche Beispiele von Institutionen, die über Jahrhunderte hinweg entwickelt wurden, um von den Vorteilen des gegenseitigen Austauschs zu profitieren und Betrügereien sowie Piraterie vorzubeugen. Allerdings wurden Handelsinstitutionen vielfach auch dazu benutzt, Macht zu etablieren und auszubauen. Handel ist eine extrem anfällige Win-win-Situation, denn es bestehen sowohl auf Seiten des Käufers wie auf Seiten des Verkäufers starke Anreize, die je eigene Verpflichtung nicht zu erfüllen (d.h. Kauf- und Verkaufsbetrug). In der langen Geschichte des Handels wurden vielfältige Instrumente entwickelt, die genau das verhindern sollten, etwa durch öffentlich zugängliche Informationen zum guten Ruf der Verkäufer und Käufer (Reputationssysteme), Treuhänder, Zug-um-Zug-Abwicklungen usw. Diese Entwicklungen spiegeln sich in modernen Institutionen wie eBay wie im Zeitraffer wider. In vielen Fällen moderner Commons, wie der Wikipedia oder in Open-Source-Projekten, wurden solche Institutionen jedoch nicht nur wiederholt oder wieder-erfunden, sondern auch an die speziellen Bedürfnisse angepasst, angereichert und ganz neu entwickelt.

Viele moderne Commons beginnen enthusiastisch. Jeder vertraut jedem, man nimmt sich viel vor und traut sich gegenseitig viel zu. Nach einiger Zeit und beachtlichem Wachstum gibt es dann Fälle von Kriminalität und Vandalismus, die bald nicht mehr ignoriert werden können. Commons sind gefährdet, wenn solche »Defektionen«[2] und/oder Missverständnisse über vermeintliche Defektionen auftreten. Hier sind Lösungen gefragt, die einerseits schlagkräftig und glaubwürdig genug sind, um potentiellen Trittbrettfahrern und Übeltätern zu drohen, ohne Misstrauen gegenüber der ganzen Gemeinschaft zu signalisieren, die ja bereits mit beachtlichem Erfolg gemeinsam etwas geschaffen hat. Derart wohlwollende und zugleich durchsetzungsstarke Lösungen zu finden ist schwer. Daher gibt es auch viele Commons-Beispiele, die scheitern.

Elinor Ostrom entwickelte Designprinzipien, die beschreiben, unter welchen Bedingungen Commons langlebig und erfolgreich sind.

2 | Defektion ist ein Begriff aus der Soziologie, der eine Situation bezeichnet, in der Kooperation ausgeschlagen oder offen abgelehnt wird (Anm. der Hg.).

Designprinzipien für gelingendes Gemeingutmanagement

Diese Prinzipien hat Elinor Ostrom bereits 1990 in einem ihrer Hauptwerke, *Governing the Commons* (dt. *Die Verfassung der Allmende*), veröffentlicht. Sie werden seit Jahrzehnten weiterentwickelt. In ihrer Nobelpreisrede stellte sie eine von ihren Studenten Michael Cox, Gwen Arnold und Sergio Villamayor-Tomás präzisierte Fassung vor, die hier stichpunktartig wiedergegeben wird:

1. Grenzen
Es existieren klare und lokal akzeptierte Grenzen zwischen legitimen Nutzern und Nicht-Nutzungsberechtigten.[3]
Es existieren klare Grenzen zwischen einem spezifischen Gemeinressourcensystem und einem größeren sozio-ökologischen System.

2. Kongruenz
Die Regeln für die Aneignung und Reproduktion einer Ressource entsprechen den örtlichen und den kulturellen Bedingungen.
Aneignungs- und Bereitstellungsregeln sind aufeinander abgestimmt; die Verteilung der Kosten unter den Nutzern ist proportional zur Verteilung des Nutzens.

3. Gemeinschaftliche Entscheidungen
Die meisten Personen, die von einem Ressourcensystem betroffen sind, können an Entscheidungen zur Bestimmung und Änderung der Nutzungsregeln teilnehmen (auch wenn viele diese Möglichkeit nicht wahrnehmen).

4. Monitoring der Nutzer und der Ressource
Es muss ausreichend Kontrolle über Ressourcen geben, um Regelverstößen vorbeugen zu können. Personen, die mit der Überwachung der Ressource und deren Aneignung betraut sind, müssen selbst Nutzer oder den Nutzern rechenschaftspflichtig sein.

5. Abgestufte Sanktionen
Verhängte Sanktionen sollen in einem vernünftigen Verhältnis zum verursachten Problem stehen. Die Bestrafung von Regelverletzungen beginnt auf niedrigem Niveau und verschärft sich, wenn Nutzer eine Regel mehrfach verletzen.

6. Konfliktlösungsmechanismen
Konfliktlösungsmechanismen müssen schnell, günstig und direkt sein. Es gibt lokale Räume für die Lösung von Konflikten zwischen Nutzern sowie zwischen Nutzern und Behörden [z.B. Mediation – S.H.].

3 | Diese schließt auch die ultimative Drohung eines möglichen Ausschlusses bei schädigendem Verhalten ein (M.B.).

7. Anerkennung
Es ist ein Mindestmaß staatlicher Anerkennung des Rechtes der Nutzer erforderlich, ihre eigenen Regeln zu bestimmen.

8. Eingebettete Institutionen (für große Ressourcensysteme)
Wenn eine Gemeinressource eng mit einem großen Ressourcensystem verbunden ist, sind Governancestrukturen auf mehreren Ebenen miteinander »verschachtelt« (Polyzentrische Governance) [zum Beispiel: selbstorganisierte Gruppen/Vereine → Kommunalverwaltung → regional vernetzte Institutionen → überregionale, nicht-staatliche oder staatliche Strukturen – S.H.].

Silke Helfrich nach: Elinor Ostrom 2009

Ein genauerer Blick auf die ersten sieben dieser acht Prinzipien spiegelt diese Mischung aus Gutmütigkeit und Durchsetzungskraft wider. Die Prinzipien (1) und (7) drücken die Stärkung eines Commons durch Selbstbestimmtheit und Autonomie aus, Prinzip (5) ist eine Mischung aus Durchsetzungsstärke und Wohlwollen, während die Prinzipien (2) und (3) Vertrauen (also Wohlwollen) in die Kompetenz jedes Mitglieds ausdrücken, sowohl was ihre Kenntnisse der besonderen lokalen Umstände angeht als auch ihre Problemlösungskompetenz.

In gewisser Weise ist Ostroms Sicht der Self-Governance[4] von Commons dialektisch, da sie sowohl die Notwendigkeit von Durchsetzungskraft und Autorität anerkennt als auch auf die Probleme von Top-down-Ansätzen oder dem Eingreifen externer Autoritäten hinweist. Dialektisch ist auch das wohlwollende Herangehen: Ausgangspunkt ist die Annahme, dass die Menschen willens und motiviert sind zu kooperieren, doch das ist kein Dogmatismus, sondern es wird auch berücksichtigt, dass einzelne Menschen – aus welchen Gründen auch immer – diese Grundannahme verletzen können.

Diese Betrachtungen mögen auf den ersten Blick trivial erscheinen. Doch aus ihnen ergeben sich erstaunliche Einsichten. Etwa jene, dass Vertrauen nicht nur eine Angelegenheit zwischen Personen ist. Vertrauen ist sowohl psychologisch als auch institutionell bedingt. Angemessenes und gutes institutionelles Design liefert den Rahmen, der Menschen gegenseitiges Vertrauen ermöglicht; unangemessenes institutionelles Design kann zwischenmenschliches Vertrauen erheblich stören. Die »Schnittstelle« zwischen Psychologie und institutionellem Design hat demnach herausragende Bedeutung, ähnlich wie die Schnittstellen, die die Benutzerfreundlichkeit eines Computerprogramms festlegen. Es geht also nicht nur darum, dass bestimmte Funktionen gewährleistet sind oder zur Verfügung stehen, sondern auch darum, dass sich diese Funktionalität dem Menschen leicht erschließt. In Analogie zum Softwaredesign gilt daher auch für das institutionelle Design: Institutionen können mehr oder weniger »ergonomisch«, also nutzerfreundlich sein.

Unangemessene (aber im Prinzip funktionale) Institutionen, die übertrieben

4 | In der Commons-Debatte wird mitunter der Begriff »Selbstorganisation« verwendet, der mit »Self-Governance« nicht identisch ist (Anm. der Hg.).

Stärke und Macht demonstrieren, provozieren Reaktanz (d.h. psychologische Reaktionen auf einen potentiellen Freiheitsverlust, vgl. Brehm 1966). Unangemessene Institutionen mit einem Mangel an Stärke und Macht und übertriebenem Wohlwollen können aber zum Scheitern des Commons führen, weil Konflikte und schädigendes Verhalten eskalieren. Elinor Ostrom führt Beispiele von Gemeinden an, die mit Hinblick auf die Verteilungsregeln der erwirtschafteten Gemeingüter nicht streng genug waren und statt einer Zuteilung pro Familie eine Zuteilung pro Kopf vorsahen (Ostrom 1999). Diese Pro-Kopf-Zuteilungsregel führte in den gescheiterten Fällen zu starkem Bevölkerungswachstum, so dass die Tragfähigkeit der Gemeinressource überschritten wurde.

Die Quintessenz der bisherigen Argumentation lässt sich in einem Satz zusammenfassen: Kontrollen und Sanktionen sind zwingende Voraussetzung für erfolgreiche Commons.

Die interdisziplinäre Forschung zu institutionellen Arrangements zum Erhalt gemeinsam genutzter Ressourcen stellt sich die spannende Frage, wann Kontrollen und Sanktionen in der Evolution von Commons überhaupt entstehen bzw. eingeführt werden und wie die Bedingungen aussehen müssen, damit sie eingeführt werden können. Aus meiner Sicht ist neben anderen Faktoren entscheidend, dass die Nutzerinnen und Nutzer so viel systemisch-strukturelle Einsicht haben, dass sie wissen, dass gemeinsames Handeln sich lohnt (Win-win-Situation), ein Commons zugleich aber auch extrem anfällig ist gegenüber Personen, die sich auf Kosten anderer bereichern wollen. Die aktive Beteiligung an der Gestaltung der Institutionen (»Self-Governance«) beugt einer möglichen Reaktanz vor – und sie fördert Vertrauen.

Die Geschichte der Umweltprobleme zeigt, dass die Beteiligten das Potential zur Schaffung gemeinsamer Win-win-Situationen oft überhaupt nicht erkennen. Die Botschaft aus Wissenschaft und Politik »Nehmt weniger, und ihr habt mehr« scheint aus ihrer Sicht Geschwätz (das lässt sich zum Beispiel im lokalen Fischereikonflikt am Wattenmeer darstellen). Aus Sicht der einzelnen Stakeholder sprechen nämlich die objektiven Zahlen eine andere Sprache: Die Einzelnen kommen besser davon, wenn sie sich nicht um Kooperation und gemeinsame Wohlfahrt kümmern. Schlimmer noch: Dies nicht zu tun, während die anderen so weitermachen wie bisher, würde den Ruin des Nachgebenden besiegeln (wie im Fall sehr armer Fischer, die gerade noch so ihren Lebensunterhalt sichern können).

Dies führt zu einem zweiten Kernsatz: Commons können nur dann auf Dauer erfolgreich sein, wenn die Mitglieder einen substantiellen Einblick in die Win-win-Konstellation haben oder bekommen können. Der Begriff »substantiell« deutet an, dass es sich nicht um ein rein kognitives Problem handelt, sondern auch um eine Frage des Vertrauens. Das Gefühl der Relevanz für die eigene Lebenssituation und jene der Gemeinschaft, mit der man sich identifiziert, muss vorhanden sein, das Gefühl: »Das betrifft mich und uns.« Manch ein modernes Commons begann mit Enthusiasmus durch die Vorstellung, was man gemeinsam schafft und schaffen kann. Die Anfälligkeit gegenüber Fehlverhalten wurde weitgehend ignoriert. Dies war aus meiner Sicht bei Wikipedia der Fall. Zu Beginn des Projekts wurde übersehen, dass auf Dauer auch in der Wikipedia Kontrollen und Sanktionen notwendig

sind. Mit dem vermehrten Aufkommen von Vandalismus und anderem schädigenden Verhalten mussten dann entsprechende institutionelle Arrangements gefunden werden. Wie überall.

Dies kann entweder dazu führen, dass Commons aufgelöst und privatisiert, oder aber, dass stabile Lösungen zum Erhalt des Commons gefunden und institutionalisiert werden, auch wenn sie zunächst der Commons-Idee zu widersprechen scheinen (etwa, dass es in der Wikipedia Eigentumsrechte bzw. Verfügungsrechte an den Bildern gibt; diese Rechte sollen aber nur verhindern, dass andere sich die allen zur Verfügung stehenden Bilder aneignen)[5]. Solche Regeln gewährleisten den langfristigen Erfolg.

Damit kommen wir zum dritten Kernsatz: Auch moderne Commons bedienen sich institutioneller Arrangements samt Kontroll- und Sanktionsmechanismen, um ihre Idee und ihr Überleben zu sichern.

In der Laborforschung der experimentellen Psychologie, in der Politikwissenschaft und der Ökonomie versucht man, Teile der Commons-Strukturen abzubilden und Versuchspersonen einzuladen, im Rahmen solcher Strukturen Entscheidungen zu treffen. Häufig werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer für ihre Entscheidungen mit Geld entlohnt (oder eben nicht), aber es gibt auch Experimente, die andere Anreize nutzen oder wo die Konsequenzen des eigenen Handelns nur vorgestellt werden sollen. Diese experimentelle Forschung bestätigt meine Argumente. Zudem zeigt sie, dass Menschen mit Einblick in Commons-Strukturen auch schon auf moderate Sanktionsdrohungen reagieren: Wo der *Homo oeconomicus* weiter defektieren würde, werden von den Beteiligten solcher Commons-Arrangements schon milde Sanktionen als Signal verstanden, dass man weiterhin gemeinsam das Potential des Commons nutzen und nicht ausnutzen möchte. Die Experimente zeigen deutlich, dass nicht nur Geldstrafen, sondern auch der Ausschluss aus einem Commons (»Ostrazismus«) wirksame Drohungen sind, die den Erhalt des Systems gewährleisten können. Wichtig dabei ist, dass nicht die *konkrete Anwendung* der Sanktionen notwendig ist, sondern dass schon die *potentielle Androhung* von Sanktionen wirkt, insbesondere wenn gemeinsam über die betreffenden institutionellen Arrangements entschieden wurde. Aus psychologischer Sicht entsprechen solchen Arrangements eher internalisierten als von außen verordneten Normen. In anderen Worten: Man folgt den Normen aus Überzeugung, nicht wegen des Drucks.

Vertrauen ist psychologischer und institutioneller Natur. Die institutionelle Ergonomie sowie die Interaktion zwischen Menschen und ihren Institutionen sind wichtig für das Verständnis und das Design langlebiger, erfolgreicher Commons.

5 | Näheres zu den Lizenzen, auf die der Autor hier Bezug nimmt, ist in den Beiträgen von Mike Linksvayer, Benjamin Mako Hill und Christian Siefkes nachzulesen (Anm. der Hg.).

Literatur

Brehm, Jack W. (1966): Theory of Psychological Reactance, New York.

Ostrom, Elinor (1999): Die Verfassung der Allmende: jenseits von Staat und Markt, Tübingen.

Ostrom, Elinor (2009): Beyond Markets and States: Polycentric Governance of Complex Economic Systems, Nobelpreisrede vom 8. Dezember 2009, online unter: http://www.nobelprize.org/nobel_prizes/economics/laureates/2009/ostrom-lecture.html (Zugriff am 10.01.2012).

Martin Beckenkamp (Deutschland) ist Wirtschaftspsychologe mit Schwerpunkt auf Umweltökonomie. Er lehrt an der Universität zu Köln und an der BiTS Iserlohn und forscht am Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern in Bonn, derzeit in einem Projekt über Biodiversität unter dem Aspekt des sozialen Dilemmas.

Ubuntu-Philosophie

Die strukturelle Gemeinschaftlichkeit der Commons

Stefan Meretz

Gemeingüter sind so vielfältig wie das Leben, und dennoch teilen alle Mitwirkenden, alle »Commoners«, gemeinsame Grundüberzeugungen. Um diese verstehen zu können, muss man sich klarmachen, was Gemeingüter praktisch bedeuten, welche Funktion sie haben und schon immer hatten. Das wiederum schließt ein, dass wir uns mit den Menschen befassen, denn Gemeingüter sind eben nicht nur »Güter«, sondern auch eine soziale Praxis, in der gemeinsam Ressourcen und Güter genutzt, erzeugt und bewahrt werden. Es geht also um die Commons-Praxis, das »Commoning« – und damit um uns. Die Debatte um die Commons ist auch eine um Menschenbilder. Treten wir deshalb einen Schritt zurück, um mit der allgemeinen Frage nach den Lebensbedingungen zu beginnen.

Menschen finden ihre Lebensbedingungen nicht einfach vor, sondern sie stellen sie aktiv her. Dabei steht jede Generation auf den Schultern ihrer Vorfahren. Das Neuschaffen und – wenn möglich – verbesserte Weitergeben des Geschaffenen an die folgenden Generationen war seit jeher Bestandteil des Handelns der Menschen. Die historischen Formen, in denen dies geschah, haben sich allerdings stark gewandelt. Aus heutiger Perspektive besonders markant ist der Übergang zum Kapitalismus, zur Marktwirtschaft. Es gab zwar auch vorher Märkte, aber diese hatten keine derartig zentrale Funktion wie im Kapitalismus. Sie geben den Ton an. Sie bestimmen die Regeln des weltweiten Austauschs. Sie organisieren rund um den Globus die Vermittlung von Produzenten und Konsumenten. Es gibt manche, die wollen selbst in den Märkten Commons-Praktiken erkennen, schließlich ginge es dort auch darum, gemeinschaftlich Ressourcen zu nutzen und zwar nach Regeln, die Märkten ein möglichst uneingeschränktes und unmanipuliertes Funktionieren ermöglichen. Märkte sind jedoch keine Commons, und es lohnt sich, die Begründung dafür kennenzulernen.

Märkte werden zwar von Menschen gemacht, aber dieses Machen geschieht unter der Kontrolle der Märkte und nicht umgekehrt. Es ist kein Zufall, dass Märkte wie handelnde Subjekte beschrieben werden. In der Wirtschaftspresse kann man täglich lesen, was Märkte so alles »tun«: Sie entscheiden, bevorzugen und bestrafen. Sie fühlen sich nervös, verlieren das Vertrauen oder reagieren vorsichtig. Wir handeln unter der Regie der Märkte und nicht umgekehrt, selbst ein Blick auf die bereits angesprochenen Regeln macht das deutlich. Staatlich erlassene Regeln

erkennen zunächst die grundlegenden Marktprinzipien an. Sie sind nur »Zusätze«, die das Wirken der Märkte in die eine oder andere Richtung lenken sollen. Die *eine Richtung* kann bedeuten, die Marktwirkungen so zu begrenzen, dass bestimmte soziale Ziele erreicht werden. Der vermeintliche Gegenentwurf einer zentral geplanten Wirtschaft entpuppt sich so gesehen nur als rigorose Variante der Marktlenkung. Die *andere Richtung* kann bedeuten, die Regeln so zu gestalten, dass die Marktmechanismen voll zur Geltung kommen, in der Hoffnung, dass am Ende allen am besten gedient ist, wenn die Einzelnen ihre eigennützigen Interessen verfolgen. Die Richtungsunterschiede entsprechen den verschiedenen ökonomischen Schulen. Sie alle gehen davon aus: Märkte wirken, und es kommt darauf an, ihre Wirkung zu optimieren. Ihnen gemeinsam ist, dass sie die Märkte selbst nicht hinterfragen. Märkte werden daher mitunter auch als »zweite Natur« bezeichnet (Fisahn 2010), und Natur und ihre Gesetze können nun tatsächlich nicht in Frage gestellt werden, man kann sie nur anwenden.

Die Quasi-Naturgesetzlichkeit der Märkte und damit der Wirtschaft hat Karl Polanyi dazu gebracht, von einer Umkehrung des Verhältnisses von Sozialem und Ökonomischem zu sprechen: »Anstatt einer Einbettung der Ökonomie in soziale Verhältnisse, sind die sozialen Verhältnisse in das ökonomische System eingebettet« (Polanyi 1957: 57). Die damit verbundene Verselbstständigung von etwas, das Menschen machen, hat es vor dem Kapitalismus nur in religiösen Kulthandlungen gegeben. Gott und Markt können wir nicht steuern, nur gnädig stimmen, vielleicht anflehen, manchmal austricksen, aber niemals unter Kontrolle bekommen. Die Erforschung der göttlichen Ratschlüsse übernehmen im Falle der Märkte die Wirtschaftsauguren aller Art. Sie sind Interpreten des Unabwendbaren.

Märkte sind keine Commons – und umgekehrt. Grundprinzip der Commons ist, dass Menschen, die die Commons machen, sich die Regeln selber geben. Aber können sie das? Ist es nicht besser, auf einen zwar unsichtbaren und fremden, aber dafür allgemeinen Mechanismus zu vertrauen, anstatt zu versuchen, Regeln selbst zu bestimmen? Damit sind wir beim Kern der unterschiedlichen Menschenbilder: Die Marktverfechter gehen vom *Homo oeconomicus* aus, vom nutzenmaximierenden Individuum.[1] Dies ist ein vereinzelter Mensch, der zunächst nur an sich und seinen Nutzen denkt. Erst im Austausch auf dem Markt wird er soziales Wesen. Die Sozialität bestimmt dieser Vereinzelte nun jedoch nicht selbst, sondern – wir haben es oben gesehen – er gibt sich dem Wirken der Märkte hin und versucht aus ihnen seinen Vorteil zu ziehen. Um es ganz deutlich zu sagen: Der Vereinzelte unterstellt sich einer anonymen, fremden Macht, indem er sich mit ihr gemein macht und ihre Logik verinnerlicht. Er hat dann die Möglichkeit, seine Individualität durch Konsum zu erschaffen und zu bestätigen. Konsum ist auch das Medium, in dem Geselligkeit stattfindet. Märkte sind also nicht nur Orte der Verteilung, sondern auch der nachträglichen Verbindung der Menschen. Da Konsum keine wirkliche Gemeinschaftlichkeit schafft und sich viele selbst in der Gruppe noch als vereinzelt empfinden, bleibt als Ausweg nur mehr Konsum. Konsum schafft so immer mehr Konsum, was ideal zum Zwang der Produzenten passt, den Konsumenten immer mehr zu verkaufen, und zudem hervorragend den Zwang der kapi-

1 | Vgl. dazu auch den Beitrag von Friederike Habermann in diesem Buch (Anm. der Hg.).

talistischen Wirtschaft bedient, ständig zu wachsen. Aus der Vereinzelung können wir uns jedoch niemals »freikaufen«. Märkte basieren auf »struktureller Vereinzelung« und schaffen diese fortwährend neu.

Die strukturelle Vereinzelung bedeutet nicht, dass wir Menschen nicht auch zusammenkommen oder kooperieren. Doch auf Märkten hat Kooperation stets den bitteren Beigeschmack der Konkurrenz. Wir kooperieren, um uns in der Konkurrenz besser behaupten zu können. Unter den Bedingungen der Konkurrenz bedeutet jede Kooperation auf der einen Seite einen Ausschluss auf der anderen Seite.

Konkurrieren — Kooperieren — Auskooperieren

Commons funktionieren anders als Unternehmen, die auf dem Markt um Anteile konkurrieren. Nur selten gelingt es diesen, der Verdrängungskonkurrenz durch Schaffung neuer Märkte aus dem Weg zu gehen. Die Marktlogik besagt: Verdränge oder du wirst verdrängt. *Konkurrenz* ist nicht ursächlich das Resultat von Gier oder bösem Willen, sondern sie ist ein objektiver Effekt dieser Logik.

Am anderen Ende des Spektrums steht die *Kooperation*. Kooperation bedeutet, sich zusammenzuschließen, um gemeinsam an einem Ziel zu arbeiten. Sie ist ein Wesensmerkmal menschlicher produktiver Tätigkeit und die Grundlage von Commons.

Kooperation ist kein Gegensatz zur Konkurrenz. Auch Unternehmen organisieren Kooperation im Innern, da ihre Produkte sonst niemals entstehen könnten. Sie kooperieren aber auch nach außen, indem sie sich mit anderen Unternehmen zusammenschließen, um gemeinsam schlagkräftiger zu sein. Kooperation bei Unternehmen ist also die Voraussetzung von Konkurrenz, nicht ihr Gegenteil.

Commons hingegen kooperieren, um zu kooperieren. Kooperation ist gewissermaßen Mittel und Ziel in einem. In der Kooperation werden zwei Dinge erzeugt: die sozialen Strukturen und Praktiken (»Commoning«) und die Produkte – welcher Art auch immer. Kurz: Kooperation erzeugt Kooperation und Nützliches.

Bei Commons gibt es keinen großen Antrieb, zu anderen in Konkurrenz zu treten. Im Gegenteil: Wenn die selbst gegebenen Regeln nicht stark genug sind und sich Konkurrenz einschleicht, bedroht das die Commons. Besonders deutlich ist dies bei rivalen Ressourcen und Gütern. Zweigt etwa ein Teilnehmer mehr Wasser ab als verabredet, kann dies andere dazu verleiten, sich ebenfalls »ihren Anteil« zu sichern. Die jeweils anderen werden zu Konkurrenten, und am Ende verlieren alle. Etwas anders sieht es bei nichtrivalen Ressourcen aus. Hier kann es durchaus parallele Projekte geben, die das gleiche Ziel verfolgen. Doch auch diese Parallelität ist keine Konkurrenz im herkömmlichen Sinne, da es nicht darum geht, das jeweils andere Projekt zu verdrängen. Der eigene Erfolg hängt nicht vom Misserfolg des »Konkurrenten« ab. Vielmehr ist niemand daran gehindert, die Ergebnisse des anderen zu übernehmen. Die Beziehungen zwischen den »Konkurrenten« sind also kooperativer Natur.

Das war die Sicht nach innen oder zwischen Commons-Projekten. Nach »außen«, zu parallelen Entwicklungen auf dem Mark, ist die Sache komplizierter. Hier ist die Perspektive entscheidend. Aus der Sicht des kommerziellen Marktteilnehmers ist ein Commons-Projekt ein echter Konkurrent, wenn dieser den eigenen Marktanteil schmälert. So hat die Firma Brockhaus ihren Marktanteil fast komplett an Wikipedia verloren. Aus Sicht des Commons-Projekts ist der kommerzielle Marktteilnehmer dann neutral, wenn dieser den Commons nicht die Ressourcen entzieht. Die eigenen Aktivitäten richten sich nicht darauf, den kommerziellen Konkurrenten zu verdrängen, sondern darauf, dass sich das eigene Projekt gut entwickelt. Dabei kann ein Commons-Projekt die kommerzielle Konkurrenz auch *auskooperieren*. Dies geschieht immer dann, wenn Commons tatsächlich besser sind als die kommerziellen Anbieter, wobei »besser« sich an den Bedürfnissen der Nutzer und den Motiven der Produzenten bemisst. Wikipedia hat die unfreien Enzyklopädien nicht nur deshalb auskooperiert, weil sie aktueller und frei zugreifbar ist, sondern auch weil Interessierte mitarbeiten können. Das ist im kommerziellen Produktionsmodell mit seiner Trennung von Produzenten und Konsumenten nicht vorgesehen.
Konkurrenz und Kooperation sind zunächst einmal kein Gegensatz. Konkurrenz braucht unabdingbar die Kooperation, aber eine Kooperation kann auch gut ohne Konkurrenz auskommen.

Der Erfolg der einen Firma ist der Misserfolg einer anderen. Der Exportüberschuss eines Landes ist das Handelsbilanzdefizit eines anderen. Eine erfolgreiche Arbeitsplatzbewerbung bedeutet die Ablehnung aller anderen Bewerber. Die Greencard des einen ist die Abschiebung des anderen. Diesen Aspekt der Märkte will ich »strukturelle Exklusion« nennen. Beide Aspekte, strukturelle Vereinzelung und Exklusion, durchziehen wie ein feines Gespinst unser Handeln, Denken und Fühlen. Sie bestimmen die Normalität des Alltags. Wenn ein Fisch im Glas fortwährend im Kreis schwimmt und dabei durch einen antrainierten Automatismus nicht an die Grenzen des Glases stößt, kann er sich in der Freiheit eines Ozeans wähnen. Um die strukturelle Vereinzelung und Exklusion aushalten zu können, brauchen wir Orte und Formen der Kompensation. Neben dem bereits genannten Konsum spielen dabei die Familien und andere soziale Beziehungen eine zentrale Rolle. Wir können es immer wieder beobachten: Menschen, die aus ihren sozialen Beziehungen herausfallen, kommen schnell auch real in eine Situation der Vereinsamung und Ausgeschlossenheit.

Die strukturelle Vereinzelung und Exklusion ziehen eine weitere Verhaltensweise nach sich, die ich »strukturelle Verantwortungslosigkeit« nenne. Kaum einer *will* andere ausgrenzen, kaum einer *will*, dass andere die Nachteile des eigenen Vorteils ausbaden müssen – und dennoch geschieht es. Vereinzelung und Getrenntheit auf Märkten bedeutet auch, dass wir nicht überschauen können, was ein Kaufakt an Konsequenzen zeitigt. Vielleicht haben wir einmal davon gehört, dass Menschen im Kongo unter extremen, menschenfeindlichen Bedingungen Coltan aus dem Boden holen, aus dem das Metall Tantal für die Handy-Produktion gewonnen wird. Verzichten wir deswegen auf Handys? Auch über Kinderarbeit bei der T-Shirt-Herstellung haben wir schon gelesen, doch achten wir bei jedem

Kauf darauf? Oder von der Vergiftung der Umwelt bei der Aluminiumproduktion, doch wissen wir überhaupt, in welchen Produkten Aluminium steckt? Dies sind nur einige der unzähligen Beispiele, die zeigen, dass es unter Marktbedingungen nahezu unmöglich ist, individuell verantwortlich zu handeln. Geld kann die Arbeits- und Umweltbedingungen bei der Produktion nicht abbilden, es ist in dieser Hinsicht ein extrem schlechtes Kommunikationsmittel. Alle Versuche, die Folgen nachträglich einzudämmen, kommen einer Sisyphos-Aufgabe gleich, die nicht selten scheitert – denken wir an die Begrenzung der globalen CO_2-Emissionen.

Doch es geht auch anders. Das zeigen die Commons. Hier sind die Menschen miteinander verbunden. Sie nutzen gemeinsam Ressourcen, überlegen sich Regeln, um diese zu erhalten oder zu vermehren, und finden dabei die sozialen Formen, die am besten passen. Ausgangspunkt sind stets die Bedürfnisse der Beteiligten, und die sind immer verschieden. Das Menschenbild geht folglich nicht von einer *abstrakten Gleichheit* aus, sondern von der *konkreten Besonderheit* der Individuen. Mit einer reichen Individualität bringen sich die Menschen in das Commoning ein. Somit liegt auf der Hand: Wenn sowohl Ressourcen wie Produkte verschieden sind und wenn auch die Beteiligten besondere Individuen bleiben, dann können uniforme Regeln nicht funktionieren. Das ist aber auch kein Problem, denn im Unterschied zum Markt kommen die Regeln nicht als fremde von außen, sondern werden als eigene selbst gemacht. Das ist nicht einfach und kann auch schiefgehen, aber es gibt unendlich viele Beispiele dafür, dass sie funktionieren, wenn bestimmte Gelingensbedingungen beachtet werden.[2]

Selbstorganisation funktioniert, wenn sie tatsächlich *selbstbestimmt* stattfindet. Ein wichtiger Aspekt bei der Regelfindung ist deshalb die Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedürfnisse der Beteiligten – sei es im Konsens oder im Kompromiss. Das Empfinden von *Fairness* ist dafür entscheidend. Fairness ist etwas anderes als formale Gerechtigkeit: Es ist eine Vereinbarung, gegen die niemand intervenieren würde. Auch das ist bei Märkten anders. Hier herrscht der äquivalente Tausch, der formal gerecht ist, da bei idealem Markt gleiche ökonomische Werte den Besitzer wechseln. Doch erstens gilt dies nur im Mittel, im Einzelfall geht es ungerecht oder gar betrügerisch zu. Wir erinnern uns: Wer seinen Vorteil maximiert, tut dies auf Kosten des Anderen, der die Lasten zu tragen hat. Zweitens bedeutet äquivalenter Tausch, dass sich unterschiedliche Produktivitäten zwar in gleichen Preisen, aber real in unterschiedlichen Aufwänden ausdrücken, die erforderlich sind, um den gleichen Preis zu erzielen. Entwicklungsländer müssen für den gleichen monetären Ertrag mehr schuften als Industrieländer. Ist das fair? Nein. Der Markt ignoriert Unterschiede, Commons berücksichtigen sie. Mehr noch: Der Markt verdrängt Unterschiede, Commons leben von ihnen. Wenn einige wenige Reissorten den höchsten Profit erzielen, dann werden alle anderen Reissorten verdrängt. Commoners hingegen wissen: Verschiedenheit ist kein Mangel, sondern eine Qualität. Sie bedeutet mehr Kreativität, mehr Vielfalt, mehr Lernmöglichkeiten, mehr Lebensqualität.

2 | Vgl. dazu den vorangehenden Beitrag von Martin Beckenkamp und die Designprinzipien von Elinor Ostrom (Anm. der Hg.).

Selbstorganisation kann auch scheitern. Sie scheitert oft dann, wenn sich fremde Logiken in das Commoning einschleichen. Das kann auf sehr unterschiedliche Weise geschehen: Wenn etwa den Beteiligten eine begrenzte Ressource zu gleichen Anteilen (formal gerecht) zur Nutzung zugänglich gemacht wird, kann dies vom Einzelnen durchaus als unfair empfunden werden. So kann z.B. die Ressource minderer Qualität sein, oder die Beteiligten haben nachvollziehbar ein unterschiedlich großes Nutzungsbedürfnis. Formal gleiche Verteilung muss hier um weitere Kriterien angereichert werden, die zu berücksichtigen sind, bis alle ein Gefühl von Fairness haben. Sobald Fairness nicht beachtet wird, besteht die Gefahr, dass sich individuelle Strategien der Nutzenmaximierung durchsetzen. Dann bricht das Marktdenken in die Commons ein. Beginnt einer, seine individuellen Ziele auf Kosten anderer durchzusetzen, wird Fairness immer weiter zersetzt. Andere reagieren genauso, eine Abwärtsspirale setzt ein, und am Ende scheitert die Selbstorganisation. Marktideologen wissen um diese Wirkung und setzen sie mitunter ein, um Commons zu zerstören. So wurde in Peru vorgeschlagen (und nicht nur dort), bisher gemeinschaftlich genutztes Land aufzuteilen und mit individuellen Eigentumstiteln versehen an die indigene Bevölkerung zu verteilen – selbstverständlich formal gerecht.[3] Mitglieder von Gemeinschaften sollten in isolierte nutzenmaximierende Einzelwesen verwandelt werden. Die indigene Bevölkerung hat diesen Plan zurückgewiesen, da sie ihre Lebensweise gefährdet sah.

Commons funktionieren nur, wenn alle einbezogen sind und niemand aus der Gemeinschaft herausfällt. Sie basieren auf Kooperation und erzeugen Kooperation. Sie ermöglichen verantwortliches Handeln und brauchen es auch. Commons und ihre soziale Praxis, das Commoning, repräsentieren eine »strukturelle Gemeinschaftlichkeit«. Das Menschenbild des *Homo oeconomicus* wird in Commons-Projekten praktisch widerlegt. Niemand muss irgendwie sein, um in Commons-Projekten mitzumachen, aber viele verändern sich, wenn sie es tun. Menschen können in Commons das leben, was sie eigentlich immer schon sind: gesellschaftliche Wesen, die gemeinsam ihre Lebensbedingungen erschaffen. Im Unterschied zur Marktlogik hat der Einzelne nichts davon, sich auf Kosten anderer durchzusetzen. Ein zentraler Lernschritt im Commoning besteht darin, zu verstehen, dass die eigenen Bedürfnisse nur dann berücksichtigt werden, wenn die Bedürfnisse der anderen ebenfalls in den gemeinsamen Aktivitäten aufgehoben sind. Diesen Aspekt der Commons nenne ich »strukturelle Inklusion«. Die Ubuntu[4]-Philosophie der Völker der Zulu und Xhosa formuliert dies so: »Ich bin, weil du bist, und ich kann nur sein, wenn du bist.«

Genau besehen wird damit eine Selbstverständlichkeit ausgedrückt. Sie kommt uns deshalb so besonders vor, weil wir von Kindesbeinen an darauf trainiert sind, uns als Einzelne gegen andere durchzuschlagen.[5] Selektion bestimmt unser Erleben in der Schule, mit den Noten werden Lebenschancen zugewiesen. Selektion

3 | Sieheunter:http://womblog.de/2011/05/27/peru-vorschlag-der-individuellen-landtitel vergabe-fr-indigene-stt-auf-kritik/ (Zugriff am 06.02.2012) sowie zur Landfrage den Beitrag von Dirk Löhr in diesem Buch (Anm. der Hg.).

4 | Das Wort Ubuntu bedeutet in etwa Menschlichkeit, Nächstenliebe und Gemeinsinn.

5 | Über diesen Aspekt schreibt Friederike Habermann in diesem Buch (Anm. der Hg.).

erfahren wir auf den Märkten, wenn wir unsere Arbeitskraft oder unsere Produkte verkaufen müssen. Selektion erfahren wir bei Krankheiten oder im Alter, wenn wir darum bangen, ob wir eine angemessene Pflege erhalten. Selektion ist das Mittel der strukturellen Exklusion der Marktlogik. Was »sich nicht rechnet«, fällt durch den Rost.

Nun kennen auch Commons ein »drinnen« und »draußen«, müssen also in irgendeiner Weise entscheiden, wer dazugehört und wer nicht. Von Elinor Ostrom wissen wir, dass eine solche Grenzziehung wichtig ist – zumindest bei rivalen Gemeinressourcen.[6] Da die Commons keiner ökonomischen Logik folgen, spielen jedoch ganz andere Kriterien als beim Markt eine Rolle. Das können etwa lokale Zugehörigkeit, geleistete Beiträge oder Überlegungen sein, die sich aus der Art der Nutzung der jeweiligen Commons ergeben. So ist ein freier Zugriff (»open access«) für eine nichtverbrauchende Nutzungsweise nichtrivaler Güter sinnvoll, um eine Unternutzung (mit Gefahr der Verwaisung) zu vermeiden. Eine verbrauchende Nutzungsweise bei rivalen Gütern hingegen erfordert andere Regeln, da hier nicht das Problem der Unternutzung, sondern der Übernutzung besteht. Entscheidend ist, welche Regeln von der Gemeinschaft als sinnvoll oder notwendig anerkannt werden. Hier ist die primäre Frage also nicht, was »sich rechnet«, sondern was die Commons und ihre Ressourcen so bewahrt, dass alle Beteiligten auf Dauer etwas davon haben. Die soziale Form ist an sich wertvoll, da die sozialen Beziehungen das entscheidende Mittel sind, um Konflikte zu lösen. Und die Konflikte sind so zu lösen, dass – wie dargestellt – alle das Empfinden von Fairness haben.

Commons sind daher im Gegensatz zu Märkten »strukturell verantwortungsfähig«. Commoners können die sozialen Beziehungen selbstbestimmt gestalten, sie können somit verantwortlich handeln. Damit haben sie jedoch auch die Verantwortung, dies zu tun. In Commons *können* Zielkonflikte, die unterschiedliche Bedürfnisse ausdrücken, ausgetragen werden, bevor etwas getan wird. Beim Markt wird erst gehandelt, und dann werden die Folgen sichtbar. Der Markt ist selten fähig, unterschiedliche Bedürfnisse miteinander zu vermitteln und verantwortungsvolle Lösungen zu finden. Die widersinnigen Erscheinungen kennen wir alle. Die Straßen sollen gut ausgebaut und staufrei sein, aber bitte nicht vor der eigenen Haustür vorbei führen. Ökostrom soll die Atomkraft ablösen, aber die Windräder sollen das Landschaftsbild nicht stören. Die Meere sollen nicht leergefischt werden, aber der Fisch soll frisch und billig sein. Unterschiedliche Bedürfnisse und Ziele kämpfen gegeneinander um ihre Durchsetzung, und wer die größte Macht mobilisieren kann, setzt sich durch. Erst werden Fakten geschaffen, und dann werden die Folgen ausgebadet.

In Commons sind die Menschen in der Lage, unterschiedliche Bedürfnisse von vornherein zu vermitteln. Die Bauern sind in der Lage, sich über die gemeinschaftliche Nutzung der Weide vorab und immer wieder neu zu verständigen, so dass diese nicht übernutzt wird, Fischer können sich – anders als Nationalstaaten – auf nachhaltige Fangquoten einigen, freie Software-Projekte auf Prioritäten. Spannend wird es, wenn Bauern, Fischer und Software-Entwickler ein Commons-Projekt bil-

6 | Der Begriff der »Rivalität« wird im Beitrag von Silke Helfrich ab S. 85 erklärt (Anm. der Hg.).

den, wenn es tatsächlich um sehr unterschiedliche Ressourcen und Bedürfnisse geht. Und es geht noch weiter. Der Filmemacher Kevin Hansen drückt die übergreifende Verantwortung so aus: »Der Commons-Ansatz unterstellt von Haus aus Verantwortlichkeit und Rechte für alle. Niemand bleibt außen vor. Es ist die Verantwortung aller Commons-Treuhänder (tatsächlich meint das jede und jeden), verantwortlich zu sein – auch für jene, die nicht sprechen. [...] [Dies] schließt [...] nicht nur die jungen, älteren oder behinderten Menschen ein, die nicht für sich selber sprechen können. Es meint auch die Entrechteten, die Armen, die Indigenen und andere Menschen, die traditionell keine bedeutende Stimme in Politik und Ökonomie haben.«[7]

Der Einschluss aller ist zwar prinzipiell und strukturell in der Logik der Commons angelegt, aber er setzt sich dennoch nicht automatisch durch, sondern muss bewusst umgesetzt werden. Die grundsätzlich gegebene Gestaltungsfreiheit bedeutet auch eine Gestaltungsnotwendigkeit. Das ist anders als bei Marktbeziehungen, wo die Regeln extern und uniform vorgegeben sind: Was sich rechnet, das gilt. Gemeinschaften müssen ihre Regeln, die auf die jeweilige Situation passen und für die beteiligten Menschen angemessen sind, selber finden. Dabei sind die Verlockungen der Marktlogik, sich doch auf Kosten der anderen Vorteile zu verschaffen, allgegenwärtig. Doch auch ich bin für andere der Andere. Setze ich mich auf Kosten anderer durch, so werden es diese mir nachtun (oder mich ausschließen). Eine Abwärtsspirale setzt ein. Das kennen wir aus vielen anderen Zusammenhängen. Wer es schneller schafft, das Lohnniveau abzusenken, sichert die Arbeitsplätze. Wer stärker Sozialleistungen einspart, bekommt die nächsten Kredite zum Überleben. Das ist die Logik der Märkte, bei der am Ende die meisten verlieren, und auch die Gewinner können nicht sicher sein, ob sie vielleicht morgen schon selbst zu den Verlierern gehören. Commons und ihre strukturelle Gemeinschaftlichkeit, Inklusion und Verantwortungsfähigkeit können wir nur gegen die Logik des Ausschlusses durchsetzten. Das ist nie einfach, aber es lohnt sich.

Literatur

Fisahn, Andreas (2010): Die Demokratie entfesseln, nicht die Märkte, Köln.
Polanyi, Karl (1957): The Great Transformation, Boston.

Stefan Meretz (Deutschland) ist Ingenieur, Computerwissenschaftler und Autor und lebt in Berlin. Seine Veröffentlichungen konzentrieren sich auf commonsbasierte Peer-Produktion und die Entwicklung einer freien Gesellschaft jenseits von Markt und Staat. Er bloggt auf http://www.keimform.de.

7 | Vgl. http://vimeo.com/25486271 (Zugriff am 06.02.2012).

Das »Betriebssystem« der Commons

Version 0.5

Silke Helfrich

Eine der Grundthesen dieses Buches: Commons veranschaulichen das Leerlaufen des dominierenden Wirtschaftssystems. Auf welchen Grundgedanken Commons aufbauen und welche Ergebnisse die produktive Seite der Commons im Idealfall produzieren, das soll hier in einer schematischen – und damit grob verkürzten – Gegenüberstellung mit dem Bestehenden deutlich werden.

	GEWINNLOGIK	**COMMONS-LOGIK**
Grundüberzeugungen bezüglich ...		
Ressourcen	Knappheit ist gegeben oder wird hergestellt.	genug für alle durch Teilen (rivale Ressourcen) Fülle (nichtrivale Ressourcen)
	Strategie: »effiziente« Ressourcenzuteilung	Strategie: Gestaltung der Sozialbeziehungen ist entscheidend für nachhaltige und faire Ressourcennutzung.
Menschenbild	individueller Nutzenmaximierer (*Homo oeconomicus*)	kooperationsfähiges soziales Wesen
Mensch – Natur/ Mensch – Beziehung	Trennung im Sinne von: Entweder – Oder Individualismus – Kollektivismus Mensch – Natur	Interrelationalität: Das Eine existiert durch das Andere.
Träger des Wandels	machtvolle Interessengruppen oder institutionalisierte Politik	Gemeinschaften und ihre Netzwerke Die Lösung kommt von den Rändern.

Fokus auf	Tauschen Wirtschaftswachstum (BIP) Effizienz Zeiteinsparung	Nutzen Gemeinwohl Komplementarität Zeitverausgabung
Kernfragen	Frage: Was lässt sich verkaufen?	Frage: Was wird zum Leben gebraucht?
Governance		
Entscheidungs-prozesse	hierarchisch; Top-down Anordnung und Macht	horizontal; Bottom-up Selbstorganisation und Monitoring
Entscheidungsprinzip	Mehrheitsprinzip	Konsensprinzip
Sozialbeziehungen		
Machtverhältnisse	Tendenz: Zentralisierung (Monopolisierung)	Tendenz: Dezentralisierung (Autonomie)
Besitzverhältnisse	Exklusives Privateigentum: »Mit meinem Eigentum tue ich, was ich will.«	Gemeinsam genutzter Besitz: »Für meinen Mitbesitz bin ich mitverantwortlich.«
Zugang zu rivalen Ressourcen (z.B. Wasser, Land, Wald)	begrenzt Regeln werden vom Eigentümer festgelegt.	begrenzt Regeln werden von Nutzerinnen und Nutzern gemeinsam festgelegt.
Zugang zu nicht rivalen Ressourcen (Code, Ideen)	begrenzt Knappheit wird künstlich hergestellt.	frei Open Access
Nutzungsrechte	werden vom Eigentümer gewährt (oder auch nicht) **Fokus auf:** Rechte des Einzelnen	werden von koproduzierenden Nutzerinnen und Nutzern festgelegt **Fokus auf:** Fairness für alle
Praxis	Durchsetzung auf Kosten anderer Konkurrenz dominiert	*Commoning* Kooperation dominiert
Wissensproduktion		
	»verbetriebswirtschaftlicht«	kooperativ; peer-to-peer
	Verwertung ist prioritär	Verwertung ist sekundär
	proprietäre Technologien	freie Technologien
	Dominanz von Expertenwissen	Anerkennung unterschiedlicher Wissenssysteme
Auswirkungen		
für die Ressourcen	Ausbeutung Einhegung (»enclosure«)	Erhaltung Reproduktion und Vermehrung

für die Gesellschaft	Individualinteressen versus Allgemeininteressen **Ausschluss**	Die Entfaltung jedes Einzelnen ist die Voraussetzung für die Entfaltung der Anderen und umgekehrt. **Selbstentfaltung**

Silke Helfrich (Deutschland) ist Autorin und unabhängige Commons-Aktivistin. Sie ist Gründungsmitglied der Commons Strategies Group. Für mehrere Jahre war sie Repräsentantin der Heinrich-Böll-Stiftung in der Region Mexiko-Zentralamerika. Sie ist Herausgeberin von *Wem gehört die Welt* und des Ostrom-Buchs: *Was mehr wird, wenn wir teilen.* Sie bloggt auf http://www.commonsblog.de sowie http://www.gemeingueter.de.

Eine neue wissenschaftliche Wahrheit setzt sich nie in der Weise durch, dass ihre Gegner überzeugt werden und sich als belehrt erklären. Vielmehr wird die heranwachsende Generation von vornherein mit den neuen Einsichten vertraut gemacht und die Gegner sterben allmählich aus.
Max Planck

Eine kurze Phänomenologie der Commons

Ugo Mattei

Die Ursprünge der modernen Wissensordnung

Die Teilhabe an Gemeingütern ist kein Zugeständnis. Sie stehen Menschen einfach zu, weil sie lebensnotwendig sind. Alle haben das Recht auf einen gleichen Anteil an ihnen. Daher muss die Gesetzgebung jeden ermächtigen, dieses gleiche und unmittelbare Zugangsrecht auch durchzusetzen. Zudem tragen alle gleichermaßen Verantwortung für die Gemeingüter wie Wasser, Land, Luft. Sie teilen die Verpflichtung, deren Reichtum an nachfolgende Generationen weiterzugeben. Commons, als machtvolle Quelle von Emanzipation und sozialer Gerechtigkeit, stehen heute im klaren Gegensatz zum Staat sowie zu jener Form des Privateigentums, die vom Markt hervorgebracht wird. Doch sie wurden vom positivistischen wissenschaftlichen Diskurs regelrecht verschüttet. Wir müssen daher den Commons durch eine neue, ganzheitliche Sichtweise wieder zu ihrem Recht verhelfen, damit sie ihr emanzipatorisches Potential entfalten können.

Gewöhnlich wird der Anspruch auf soziale Gerechtigkeit durch die »Menschenrechte der zweiten Generation« begründet, die der Staat in besonderer Weise verpflichtet ist zu respektieren und zu garantieren. In den westlichen Demokratien sind die (derzeit schwächelnden) Institutionen des Wohlfahrtsstaates für soziale Gerechtigkeit zuständig.

Die Vorstellung, vor allem der Staat habe soziale Rechte abzusichern, war für die Entwicklung der westlichen Rechtsprechung zentral. Seit der wissenschaftlichen Revolution und der Reformation wurden Fragen der sozialen Gerechtigkeit aus dem Kernbereich des Privatrechtes ausgeschlossen. Das scholastische Rechtsverständnis des 16. Jahrhunderts – das auf zwei Gerechtigkeitskonzeptionen beruhte, nämlich Verteilungsgerechtigkeit und ausgleichender Gerechtigkeit – wurde mit der Entstehung des westlichen Rechtssystems aufgegeben. Im 17. Jahrhundert – etwa seit Grotius – begann man, Gerechtigkeitsfragen mit Fairness in vertraglichen Vereinbarungen zwischen Individuen gleichzusetzen. Das Problem der Verteilung galt als nur auf die ganze Gesellschaft anwendbar, nicht auf einzelne Teile. Verteilung wurde fortan als sozialer Tatbestand angesehen. Damit war die Rechtsprechung für Verteilungsgerechtigkeit nicht mehr zuständig.

Eine weitere bedeutende Veränderung im 17. Jahrhundert war die sogenannte wissenschaftliche Revolution, die dem Positivismus und der modernen Wissens-

ordnung zum Durchbruch verhalf (Capra 2009). Nach diesem Weltbild müssen Fakten von Werten getrennt werden, denn die »Welt, wie sie ist« sei klar von der »Welt, wie sie sein sollte« zu unterscheiden. Die Ökonomie, die sich im 18. Jahrhundert als autonomer Zweig der Wissenschaft entwickelte, folgte dieser Sichtweise (Blaug 1962). Verteilung wurde vollständig den politischen Werten zugeordnet (»was sein sollte«), und nicht dem Bereich messbarer Fakten (»was ist«). Damit war die Diskussion, wie Ressourcen in einer gerechten Gesellschaft zu verteilen sind, nicht nur aus der Rechtswissenschaft verbannt, sondern auch aus dem per Eigendefinition zur Wissenschaft erhobenen ökonomischen Diskurs.

Verteilungsgerechtigkeit wurde somit Gegenstand der Politik, die (wenn überhaupt) von staatlichen Institutionen des öffentlichen Rechts oder über ordnungspolitische Instrumente bearbeitet wurde. Die Entstehung des Wohlfahrtsstaates im frühen 20. Jahrhundert galt als außergewöhnlicher staatlicher Eingriff in die Marktordnung. Er erfolgte hauptsächlich durch Besteuerung, die zum Ziel hatte, den schwächeren Mitgliedern einer Gesellschaft ein Mindestmaß an sozialer Gerechtigkeit zu garantieren. Soziale Gerechtigkeit konnte seit dieser Zeit im Westen nicht mehr bis ins Zentrum des rechtlichen Diskurses vordringen. Sie blieb den finanziellen Krisen ausgeliefert: kein Geld, keine sozialen Rechte (Mattei/Nicola 2006)!

Die Idee der Commons bietet uns nun, rechtlich und politisch, genau jene Instrumente, die wir brauchen, um die zunehmende Marginalisierung sozialer Gerechtigkeit wieder anzusprechen. Weil die Commons jenseits des Duopols Staat und Markt angesiedelt sind, liefert ihr institutioneller Rahmen ein alternatives juristisches Denkmodell, das eine gerechtere Ressourcenverteilung ermöglicht.[1] Da Commons die Menschen unmittelbar zum Handeln ermächtigen, können sie – falls theoretisch und politisch durchdacht – eine wichtige Rolle dabei spielen, die soziale Gerechtigkeit wieder ins Zentrum des rechtlichen und ökonomischen Diskurses zu rücken.

Die Commons wahrnehmen

Derzeit sieht es so aus, als würden die beiden Pole – »das Öffentliche« (der Einflussbereich der Regierung) und »das Private« (der Bereich von Markt und Privateigentum) – das ganze Spektrum der Handlungsmöglichkeiten abdecken. Diese starre Polarität ist eine Folge der modernistischen Tradition, die noch immer die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften dominiert. Sie entzieht die Commons der öffentlichen Wahrnehmung.

Commons erfüllen Aufgaben, die von ihren Nutzern oft für selbstverständlich gehalten werden: Viele, die von ihnen profitieren, schenken ihrem wahren Wert kaum Beachtung. Vielmehr erkennen sie ihn erst, wenn die Commons zerstört sind und Ersatz gefunden werden muss. Commons ähneln gewissermaßen der Hausarbeit, die erst dann wahrgenommen wird, wenn sie nicht erledigt wird. Wenn niemand das Geschirr spült, erkennt man den Wert dieses Tuns. Mit ande-

1 | Siehe dazu auch den Beitrag von David Bollier und Burns Weston in diesem Buch (Anm. der Hg.).

ren Worten: Wir vermissen manche Dinge erst, wenn sie verloren gegangen sind – wie die Mangrovenwälder in den Küstenregionen. Wenn Entscheidungen über Entwicklungsvorhaben zu treffen sind, halten Menschen die Existenz der Mangroven für selbstverständlich. Sie denken nicht an deren Rolle für den Schutz der Küstenorte vor Tsunamis. Erst wenn der Tsunami anrollt und die Dörfer zerstört, wird die Bedeutung der Mangrovenwälder wirklich deutlich (Brown 2009). Einen gleichwertigen, künstlichen Schutzwall zu bauen, wäre extrem teuer.

Es ist politisch immens wichtig und auch für jedes ernsthafte wissenschaftliche Vorgehen unabdingbar, die Commons sichtbar zu machen und ihre Rolle für das Leben in Gänze anzuerkennen. Man kann sich dabei nicht mit einem beschränkten Begriffsverständnis der Analyse der Commons nähern. Weil genau dies aber getan wurde, konnten die vorherrschenden Sozialwissenschaften diese Null-Summen-Dualität von Markt und Staat verinnerlichen, und daher fehlt es ihnen auch an Werkzeugen für eine treffende Analyse der Commons.

Man könnte es so ausdrücken: Commons verschwinden, weil sie strukturell mit wesentlichen Aspekten des westlichen Rechtssystems unvereinbar sind. Die Rechtsprechung hat den Individualismus und die Dichotomie von Staat und Privateigentum miteinander verkoppelt und zu ihrer alleingültigen Grundlage gemacht. Schon im alten Rom, Jahrhunderte vor der Geburt des modernen Staates, haben mächtige Familien ihre Ländereien durch die Aneignung von Commons ausgeweitet. Engels beschrieb die private Aneignung der Commons als das grundlegende Muster der wirtschaftlichen Entwicklung Europas. Westliches Recht hat also bei der Zerstörung der Commons eine wichtige Rolle gespielt und keineswegs zu ihrem Schutz beigetragen. Auch der Wissenskapitalismus scheint diesem Muster noch zu folgen (Boyle 2003), man denke nur an die gerichtliche Verfolgung des Peer-to-Peer-Filesharing im Internet.[2]

Für Commoners war es immer schwierig, eine Vertretung vor Gericht zu finden, um gegen jene zu klagen, die sich die Gemeingüter anzueignen versuchten. Schließlich nützen die Commons früher wie heute vor allem armen Bauern (oder jungen Internetsurfern), die kein Geld haben, den Rechtsweg zu beschreiten. Erinnern wir uns, wie leicht die Bauern in England in der entscheidenden Phase des beginnenden Kapitalismus Opfer von Einhegungen, sprich: Landnahme, wurden und schließlich die notwendige Arbeitskraft für die aufstrebenden Manufakturen stellten. Sowohl die Einhegungen als auch die gewaltsame Rekrutierung der enteigneten Bauern für den Arbeitsmarkt wären ohne das Bündnis zwischen dem Privateigentum (als Rechtsinstitut) und dem Staat schlichtweg unmöglich gewesen (Tigar 1977).

---

2 | Filesharing bezeichnet die direkte Weitergabe von Dateien zwischen Internetnutzern unter Verwendung eines Peer-to-Peer-Netzwerks. Die Dateien befinden sich auf den Computern der Teilnehmer oder auf dafür zweckgebundenen Servern und werden von dort aus verteilt. Filesharing ist vielen Unternehmen der Unterhaltungsindustrie ein Dorn im Auge, sie versuchen deshalb gerichtlich dagegen vorzugehen. Unter anderem wird Strafanzeige gegen Provider erstattet, um die Herausgabe von Kundendaten durchzusetzen und (Massen-)Abmahnungen oder Klagen gegen die Nutzer einzuleiten (Anm. der Hg.).

Diese Ausgangssituation und die Struktur unseres westlichen Rechtsrahmens sind der Grund dafür, dass Commons heute ein kaum beachteter theoretischer Ausnahmefall zwischen *entweder* dem Markt *oder* dem Staat darstellen. So werden sozial konstruierte und politisch festgelegte Fakten zur unumstößlich erscheinenden Realität.

Die Markt/Staat-Dichotomie entzaubern

Privateigentum und Staat sind die beiden großen Institutionen in Recht und Politik, die die duale Weltsicht am Leben erhalten. Diskussionen, die diese Dichotomie reproduzieren, laufen in die falsche Richtung. Denn hier wird ein Unterschied konstruiert, der nicht existiert. Der Staat ist nicht mehr der demokratisch legitimierte Vertreter der Gemeinschaft aller Individuen, sondern längst ein Marktakteur unter vielen. Das Zusammenspiel oder gar die Verschmelzung staatlicher und privater Interessen lässt wenig Spielraum für eine Infrastruktur der Commons, so überzeugend die Belege für ihren Nutzen auch sein mögen.

Gemeinhin werden Markt und Staat heute als radikal miteinander im Konflikt stehende Institutionen dargestellt. Etwas kryptisch wird eine Null-Summen-Beziehung behauptet: mehr Staat bedeute weniger Markt, und weniger Markt bedeute mehr Staat. In dieser vereinfachenden Schematisierung stehen Staat und Privateigentum exemplarisch für die Pole »öffentlich« und »privat«. Dieses Bild ist falsch. Weder vor noch in der Moderne war es zutreffend, denn strukturell stehen die beiden Bereiche als soziale und lebendige Organisationen in einer symbiotischen Beziehung zueinander. Der behauptete Widerspruch ist ein Kunstprodukt. Er ist das Ergebnis einer ideologischen Entscheidung in der Tradition des Individualismus und trat als Konflikt bereits zu Beginn des liberalen Individualismus zu Tage, nämlich bei John Locke und Thomas Hobbes, den beiden bedeutendsten Verfechtern des Privateigentums einerseits und des Staates als Souverän andererseits.

Diese Reduktion auf den Dualismus Markt versus Staat verschleiert, dass Eigentum (Markt) und Souveränität (Staat) eine gemeinsame Struktur haben, die auf Machtkonzentration beruht. In privaten Strukturen (Unternehmen) konzentrieren sich die Entscheidungsmacht und die Macht, andere auszuschließen, in den Händen einer Person (dem Eigentümer) oder in einer Hierarchie (dem Geschäftsführer). Ganz ähnlich liegt in öffentlichen Institutionen (Bürokratien) die Macht in den Händen jener, die sich ganz oben in der Hierarchie befinden. Beide Archetypen ruhen auf dem gleichen Fundament: der Herrschaft eines Subjekts (eines Individuums, eines Unternehmens, der Regierung) über ein Objekt (ein privates Gut, eine Organisation, ein Territorium). Einen Gegensatz zwischen diesen Bereichen zu behaupten, obwohl sie genauso strukturiert sind, ist Ergebnis des modernen cartesianischen, reduktionistischen, quantitativen und individualistischen Denkens.

Das individualisierte Subjekt – einsam, narzisstisch und bedürftig – befriedigt nun seine Wünsche über Produkte, Waren und Objekte. Der Blick für die Beziehungsvielfalt ist leer geworden, was auch zu unserer Entfremdung von der Natur geführt hat (»wir besitzen sie, also sind wir nicht Teil von ihr«). Die Natur wird nunmehr wissenschaftlich als »objektiv« konstruiert. Nach der dominanten Lehre

zeigt sich diese Objektivität darin, dass jegliche menschliche Interaktion messbar wird – und zwar durch ein Preissystem, das den Wert der Dinge bestimmt. »Objektive« Preise müssen für die Befriedigung aller »Bedürfnisse« gezahlt werden – von den einfachsten bis zu den komplexesten, sie alle wurden kommodifiziert.

Diese typisch individualistische »Erzählung« in liberaler Tradition (wie im Mythos von Robinson Crusoe) weckt Bedürfnisse, die der Markt befriedigen soll, während Gemeinschaftserfahrungen aus unserem Bewusstsein verdrängt werden. Je mehr Bedürfnisse das einsame Individuum hat, umso mehr Geld kann man mit deren Befriedigung verdienen. So muss sich das qualitative Denken in sinnhaften Beziehungen einem quantitativen unterordnen.

Offenbar spielen Ökologie und systemisches Denken – Sichtweisen, die die zerstörerischen Auswirkungen individueller Akkumulation auf die Allgemeinheit sichtbar machen könnten – in der heutigen Politik keine Rolle. Das liegt auch daran, dass sie die Sozialwissenschaft als alleinigen Ideengeber ansieht (insbesondere Mikroökonomik, Politikwissenschaft und Marketing). Im Gegensatz zu der berühmten Aussage des Mikrobiologen Garrett Hardin über die »Tragik der Allmende« nach der »eine Allmende ein gesetzloser Ort ist, der der Zerstörung anheimfällt«, sind es heute Staat und Markt, die diese Zerstörung verantworten, indem sie sich ausschließlich auf das »Individuum« beziehen (Feeney et al. 1990).

Zwei grundverschiedene Weltbilder: Wettbewerb versus Kooperation

Die Grundannahme Hardins ist, dass der Mensch vom individuellen Eigennutz getrieben sei. Nur die sture Anwendung des Modells des *Homo oeconomicus*[3] erklärt die Ergebnisse (und den akademischen Erfolg) der sogenannten »Tragik der Allmende«. Der *Homo oeconomicus* tauchte erstmals im Werk von John Stuart Mill auf und wurde im 18. Jahrhundert von Adam Smith und David Ricardo im Mainstream der politischen Ökonomie verankert. Beide legten ihr Hauptaugenmerk auf das Individuum als kurzfristigen Nutzenmaximierer. Hardins Parabel schloss an diese Tradition an, indem sie die Commons als gesetzlosen Ort beschrieb. Dort könne sich jeder nach Belieben gemeinsam zu nutzende Ressourcen aneignen, was Anreize für Opportunismus und das Anhäufen von Dingen schaffe. Das führe schließlich zu einem zerstörerischen und »ineffezienten« Konsum.

Hier wird also das Bild eines Menschen beschworen, der zu einem Buffet geladen ist, bei dem alle nach Belieben zulangen können: Statt die Fülle mit anderen zu teilen, setzt dieser Mensch alles daran, die Kalorienmenge zu maximieren, die er auf Kosten anderer zu sich nimmt, indem er so viel wie möglich so effizient wie möglich und so schnell wie möglich verschlingt.

Weist die »Tragik der Allmende« auf den Widerspruch zwischen zwei Weltbildern hin?[4] Die dominante Weltsicht ist im Wesentlichen sozialdarwinistisch. Sie macht Konkurrenz, Kampf und Wettbewerb zwischen physischen und juristischen Personen zur Essenz unseres Seins. Ein ökologisches und ganzheitliches Ver-

3 | Siehe dazu auch den Beitrag von Friederike Habermann in diesem Buch.

4 | Den im Folgenden kurz benannten Widerspruch führt Andreas Weber in seinem Beitrag aus (Anm. der Hg.).

ständnis der Welt, basierend auf Beziehungen, Kooperationen und Gemeinschaftlichkeit, wird dabei verdrängt. Dieses Modell, das in der Organisation von Gemeinschaften an der »Peripherie«[5] noch lebendig ist, wird durch Strukturanpassungen und umfassende »Modernisierungs- und Entwicklungspläne« der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds weiterhin gnadenlos unter Druck gesetzt. Wie viele der Beiträge in diesem Band belegen, fördern diese Bestrebungen die »Kommodifizierung« – das Zur-Ware-Werden – von Land und lokalem Wissen ebenso wie die kulturelle Anpassung, die durchgesetzt wird in Form von Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit oder Geschlechtergerechtigkeit usw. und anschließend als rhetorische Rechtfertigung für die weitere Plünderung dient (Mattei/Nader 2008).

Elinor Ostrom und ihr Team von Sozialwissenschaftlern haben überwältigend viele empirische Beweise zusammengetragen, die zeigen, dass Gemeineigentumsformen erfolgreich sind und dass Individuen ihre gemeinsamen Ressourcen nicht notwendigerweise zerstören. Ostroms Arbeit stellt unbestreitbar einen entscheidenden Wendepunkt in der Wirtschaftstheorie dar. Sie widerlegt Hardins Tragik – aber sie übersieht, dass sich zwar nicht die Individuen, wohl aber Unternehmen und Staaten so benehmen, dass es tatsächlich eine Tragik gibt. Ohne Referenz auf die harten politischen und juristischen Kämpfe zwischen Commoners auf der einen und der unheiligen Allianz zwischen Staat und Privateigentum (Kapital) auf der andere Seite, die im Laufe der Geschichte ausgefochten wurden, bleibt die Anwendbarkeit von Ostroms Forschungen begrenzt.

Die sogenannte »ursprüngliche Akkumulation«, wie sie Marx beschrieb, hat sich längst institutionalisiert. Sie wird von zentralistischen staatlichen Strukturen und dem Kapital, das sich in Privateigentum und Konzernen konzentriert, gemeinsam fortgesetzt (und zugleich ideologisch legitimiert). Opfer dieser institutionalisierten Ausbeutung der Mehrheit durch eine Minderheit sind die einfachen (»nichtinstitutionellen«) Menschen. Das Phänomen bleibt keinesfalls auf die »parlamentarischen Einhegungen«[6] in England beschränkt. Die These von der *terra nullius* (dem Niemandsland), die von John Locke und anderen Gelehrten im Zuge der Kolonisierung untermauert wurde, unterstützte den institutionellen Charakter des »tragödienproduzierenden« Verhaltens (Mattei/Nader 2008). Der indigenen Bevölkerung wurde schlicht das »Menschsein« abgesprochen; sie wurden auf »den Naturzustand« reduziert, weil sie die zivilisierende Institution des Privateigentums nicht hinnahmen. Später waren die Herrschaftsmuster, die institutionellen Strukturen und die Grundformen der Einhegungen subtiler, aber nach wie vor verdrängen sie die Commons.

Hardins Parabel behält trotz ihrer theoretischen Mängel – etwa dass Commons gesetzlose Orte seien – eine erhebliche voraussagende Kraft, obwohl in der Regel

5 | Der Begriff bezeichnet die ein Machtzentrum umgebenden Gesellschaften, die in der Regel in einem Abhängigkeitsverhältnis zu diesem Zentrum stehen (Anm. der Hg.).

6 | In England erforderten die »enclosures« wegen des Eingriffs in das auf Rechten und Pflichten von Landlords und Pächtern beruhende Feudalsystem einen separaten Parlamentsbeschluss für jedes einzelne Anwesen. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts und zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurden schließlich die Landlords durch sogenannte »Inclosure Acts« vom Parlament allgemein zur Einhegung ermächtigt (Anm. der Hg.).

»normale Menschen« (außerhalb moderner Institutionen) die Commons respektieren. »Institutionelle Personen« wie Staaten oder Unternehmen, die als *Homo oeconomicus* agieren, produzieren weiterhin tragische Ergebnisse. Daher scheinen auch Ostroms zahlreiche Beispiele von »Menschen aus Fleisch und Blut«, die kooperieren statt zu konkurrieren, nicht machtvoll genug, um Hardins Argumente zu widerlegen. Nur unzureichend berücksichtigen sie die institutionellen Realitäten und die realen Machtverhältnisse. Das birgt die Gefahr, dass Ostroms Kritik an der »Tragik der Allmende« die Aufmerksamkeit von den Problemen ablenkt und machtvolle Akteure in Wirtschaft und Politik davor schützt, sich für diese Tragödien verantworten zu müssen.

Ein Großteil der Commons-Literatur sollte noch einmal sorgfältig und kritisch geprüft werden, damit wir nicht erneut einer mechanistischen Perspektive aufsitzen, die die Trennung zwischen Objekt und Subjekt reproduziert und letztlich zur Warenform führt (Rota 1991).

Den Alltagsverstand ernst nehmen

Ein phänomenologisches Verständnis der Commons zwingt uns, den reduktionistischen Subjekt-Objekt-Gegensatz zu überwinden, der beides zur Ware macht. Es hilft uns zu verstehen, dass Commons (Gemeingüter) – anders als private und öffentliche Güter – keine Waren (Güter) sind und nicht auf Eigentumsfragen reduziert werden dürfen. Sie drücken vielmehr eine qualitative Beziehung aus. Es wäre verkürzt, zu sagen, wir *haben* ein Gemeingut. Wir sollten eher darüber nachdenken, in welchem Maße wir (die) Commons *sind*, insofern auch wir Teil der Umwelt, eines städtischen oder ländlichen Ökosystems sind. Subjekt und Objekt sind untrennbar. Commons sind also ein unauflösbares Verhältnis, das Individuen, Gemeinschaften und das Ökosystem miteinander verbindet. Diese ganzheitliche Revolution hat tiefe historische Wurzeln, von Aristoteles' Seinslehre bis hin zu jüngeren Philosophen wie Husserl und Heidegger, die Konzepte wie »Fundierung« (Heidegger) oder »Relevanz« nutzten, um das Ende der objektiven Welt zu bezeichnen, in der die Subjekte von den beobachteten Objekten getrennt werden und die Individuen von ihrer Umgebung. Auch in den Naturwissenschaften sind neue, ganzheitliche Ansätze entstanden, etwa in der Physik oder in der systemischen Biologie. Sie beruhen eher auf einer qualitativen Beschreibung von Beziehungen als auf quantitativen Messungen und dem positivistischen Reduktionismus eines Galilei, Descartes oder Newton (Capra 2004). Besonders die Quantenmechanik und Einsteins Relativitätstheorie haben eine erkenntnistheoretische Revolution ausgelöst, mit der sich die Kognitionswissenschaften oder die Bewusstseinsforschung auseinandersetzen. Die Sozialwissenschaften konnten sich dieser ganzheitlichen Betrachtung noch nicht wirklich öffnen.

Commons können nur aus einer phänomenologischen und ganzheitlichen Perspektive beschrieben werden, die mit dem Reduktionismus unvereinbar ist. Unvereinbar ist sie auch mit der Behauptung individueller Autonomie, so wie sie in der kapitalistischen Tradition aus der Idee individueller Rechte entwickelt wurde. Commons hingegen ist eine ökologisch-qualitative Kategorie, die auf Inklu-

sion, freiem Zugang und gemeinsamer Verantwortung basiert, während Eigentum und staatliche Souveränität polit-ökonomisch-quantitative Kategorien sind, die auf Exklusion (produzierter Knappheit[7]) gründen: Die Rede von den individuellen Rechten geht mit der mitunter gewaltsamen Machtkonzentration in den Händen Weniger einher.

Dies sollte Juristen veranlassen, sich der schwierigen, aber drängenden Aufgabe zuzuwenden, die Fundamente einer neuen Rechtsordnung zu entwickeln, die den gegenwärtigen Dualismus (Eigentum/Staat, Subjekt/Objekt, öffentlich/privat) überwindet. Eine solche Ordnung muss die Dominanz des Privateigentums, des Individualismus und des Wettbewerbs hinter sich lassen und die Interessen der Allgemeinheit in den Blick nehmen. Wir brauchen Institutionen, die Nachhaltigkeit und die volle Teilhabe aller Commoners weltweit ermöglichen – auch die der Ärmsten und Verletzlichsten.

Ein politischer Paradigmenwechsel

Angesichts der globalen Erwärmung oder der Wirtschaftskrise bieten uns Commons die Chance, die Realität grundlegend anders wahrzunehmen. Das ist auch dringend geboten! Commons helfen uns, die Illusionen des modernen Liberalismus und Rationalismus zurückzuweisen. Deswegen reicht es nicht, sie einfach nur als dritten Weg zwischen Staat und Privateigentum zu beschreiben, wie das aktuell oft geschieht. Commons können nicht darauf reduziert werden, die Reste zu verwalten, die vom Bankett der westlichen Geschichte übrig sind – doch genau dies scheint gegenwärtig das Anliegen der Politik. Commons – nicht als dritter Weg, sondern als Konzept – brauchen einen institutionellen und einen rechtlichen Rahmen, der es ermöglicht, das Bündnis zwischen Privateigentum und Staat aufzubrechen.

Die Veränderung, die wir politisch und theoretisch durchsetzen müssen, ist im Wesentlichen eine Veränderung der vorherrschenden Wissensordnung – statt von der absoluten Herrschaft des Subjekts (als Eigentümer oder Staat) über das Objekt (als natürliche Umwelt oder Territorium) auszugehen, sollten wir das Verhältnis zwischen beiden (Subjekt und Natur) in den Mittelpunkt stellen. Wir müssen wieder neu begreifen, dass das Überleben jedes Individuums von seiner Verbundenheit mit anderen, mit der Gemeinschaft und mit der Umwelt abhängt. Die erste Veränderung hin zu einer holistischen Sichtweise ist die Umorientierung von der Quantität (einem zentralen Aspekt der wissenschaftlichen Revolution und der kapitalistischen Akkumulation) hin zur Qualität.

Ein Rechtssystem, das auf Commons aufbaut, muss die Vorstellung von Hierarchie zugunsten eines partizipatorischen und kooperativen Modells aufgeben. Eines Modells, welches die Konzentration von Macht verhindert und die Interessen der Gemeinschaft ins Zentrum stellt. Nur in einem solchen Rahmen kann der Anspruch auf soziale Rechte wirklich erfüllt werden. In dieser Logik sind

7 | Mit »produzierter Knappheit« setzen sich auch Brian Davey, Silke Helfrich, Wolfgang Höschele und Roberto Verzola in einem Gespräch in diesem Buch auseinander (Anm. der Hg.).

Commons nicht einfach Ressourcen (Wasser, Kultur, das Internet, Land, Bildung), sondern eher eine mit anderen geteilte Wahrnehmung unserer Realität, die sich radikal dem scheinbar unaufhaltsamen Trend entgegenstellt, alles einer betriebswirtschaftlichen Logik zu unterwerfen. Trotz der dramatischen Krise von 2008 werden auch heute noch erhebliche öffentliche Mittel durch staatliche, angeblich keynesianische Eingriffe in den Privatsektor verschoben. Die Logik der Plünderung könnte offensichtlicher nicht sein.

Weniger Staat, weniger Markt, mehr Commons – das ist, so glaube ich, der einzige Weg, um einer anderen Erzählung von sozialer Gerechtigkeit zum Durchbruch zu verhelfen.

Literatur

Blaug, Mark (1962): Economic Theory in Retrospect, Homewood/London.

Boyle, James (2003): »The Second Enclosure Movement and the Construction of the Public Domain«, in: *Law and Contemporary Problems*, 66, S. 33-75.

Brown, Lester R. (2009): Plan B 4.0. Mobilizing to Save Civilization, New York/London.

Capra, Fritjof (2004): The Web of Life. A New Scientific Understanding of Living Systems, New York.

Feeney, David/Berkes, Fikret/McCay, Bonnie J./Acheson, James M. (1990): »The Tragedy of the Commons: Twenty-Two Years Later«, in: *Human Ecology*, Bd. 18, Nr. 1.

Hardin, Garrett (1968): »The Tragedy of the Commons«, in: *Science*, 13 December 1968, S. 1243-1248.

Mattei Ugo (2011): Beni comuni. Un manifesto, Laterza/Bari/Rom 2011.

Mattei, Ugo/Nader, Laura (2008): Plunder. When The Rule of Law is Illegal, Hoboken.

Mattei, Ugo/Nicola, Fernanda (2006): »A Social Dimension in European Private Law?«, in: *The Call for Setting a Progressive Agenda*, 45, New England, S. 1-66.

Rota, Gian Carlo (1991): The End of Objectivity. The Legacy of Phenomenology, Lectures at MIT 1974-1991, 2. vorläufige Ausgabe in Kooperation mit Sean Murphy und Jeff Thompson, Cambridge.

Tigar, Michael (1977): Law and the Rise of Capitalism, New York.

Ugo Mattei (Italien) ist Juraprofessor in Hastings und Turin, wo er das International University College koordiniert (http://www.iuctorino.it), dessen Schwerpunkt auf der multidisziplinären Erforschung der Commons liegt. Er ist (mit Laura Nader) Autor des Buches *Plunder. When The Rule of Law is Illegal* und veröffentlichte 2011 *Bene Comuni. Un Manifesto.* Er gehört zu den führenden Unterstützern des italienischen Referendums gegen die Wasserprivatisierung, das mit dem Slogan »Wasser ist Gemeingut« 27 Millionen Stimmen mobilisierte.

Commons und das Öffentliche

Wem gehören öffentliche Dienstleistungen?

Brigitte Kratzwald

Wenn wir in Europa von Commons sprechen, taucht regelmäßig die Frage auf, ob öffentliche Dienstleistungen auch Commons seien. Um diese Frage zu beantworten, ist es notwendig, sich einerseits mit dem Verständnis von (Sozial-)Staat und andererseits mit dem Begriff des »Öffentlichen« auseinanderzusetzen.

Vom Sozialstaat zum neoliberalen Wettbewerbsstaat[1]

Der Sozialstaat, wie er seit Ende des Zweiten Weltkriegs bis in die 1980er-Jahre für Westeuropa typisch war, erfüllte drei Funktionen: die Umverteilung des Reichtums durch Steuern, die Absicherung gegenüber individuellen Risiken durch Versicherungs- und Transferleistungen und die Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen, die allen Menschen gratis oder zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung stehen sollten.[2] Der Staat erlangte dadurch auch ein hohes Maß an Kontrolle, was häufig Anlass für Kritik am »allmächtigen« Staat war. Als sich das neoliberale Wirtschaftsmodell durchsetzte, wurden die Rolle und die Aufgaben des Staates neu bestimmt. Seither besteht die wichtigste Aufgabe des Staates darin, die Wettbewerbsfähigkeit abzusichern. Die Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen musste nach Marktkriterien erfolgen oder wurde gänzlich an private Unternehmen übertragen, wodurch sie effizienter und kundenorientierter werden sollte – ein Versprechen, das sich nicht erfüllte. Lebensnotwendige Güter und Dienstleistungen wurden teurer und ihre Qualität mitunter schlechter. Zudem stehen sie oft nicht mehr flächendeckend zur Verfügung. Der Staat ist also kein neutraler Akteur, der Allgemeininteressen vertritt, sondern er spiegelt gesellschaftliche Kräfteverhältnisse wider. Soziale Bewegungen beschränkten sich lange Zeit darauf, vom Staat einzufordern, sich für den Erhalt öffentlicher Dienstleistungen einzusetzen. Das galt für die Stop-GATS-Kampagne (die Kampagne gegen die Dienstleistungsrichtlinie der EU) genauso wie für verschiedene Initiativen gegen die Privatisierung der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs

1 | Dieser Begriff stammt von Joachim Hirsch, vgl. z.B. Hirsch 2002: S. 110ff.

2 | Diese Elemente traten allerdings in den verschiedenen Typen des Wohlfahrtsstaates, wie sie Esping-Andersen (1990: 9ff) unterschieden hat, in unterschiedlichem Ausmaß auf.

oder von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. Sie konzentrierten sich auf die Notwendigkeit ausreichender Finanzierung, waren aber aufgrund öffentlicher Sparprogramme bis auf wenige Ausnahmen kaum erfolgreich. Wenn wir uns nun überlegen, wie die Idee der Commons die Frage der öffentlichen Dienstleistungen neu stellen könnte, müssen wir zunächst zu einer Neubestimmung des Begriffs des »Öffentlichen« kommen.

Nur Staat oder Markt?

In der Güterdefinition der klassischen Ökonomie sind öffentliche Güter solche, die von Nicht-Rivalität und Nicht-Ausschließbarkeit gekennzeichnet sind. Da Ausschließbarkeit aber sozial verhandelbar ist, erfolgt die Übereinkunft darüber, was »öffentlich« (im Sinne von »vom Staat«) erbracht werden sollte, auf politischer Ebene.[3] Bereits Adam Smith hatte festgestellt, dass der Staat bestimmte Dinge bereitstellen müsse, weil sie nicht marktgängig, aber doch im Interesse der Allgemeinheit seien. Er nannte dabei neben anderen die Erziehung und Unterrichtung der Jugend (Smith o.J.: 743). Im Sozialstaat wurden viele Bereiche, von der Energie- und Wasserversorgung oder dem öffentlichen Verkehr über den Wohnungsbau und öffentliche Medien bis hin zu Gesundheitsversorgung und Bildung, aufgrund politischer Entscheidungen dem Staat überantwortet. Er sollte dafür sorgen, dass diese Dinge für alle zur Verfügung stehen. Es handelt sich gleichermaßen um politische Entscheidungen, wenn heute immer mehr dieser Bereiche wieder dem Markt überlassen werden. Durch diesen Markt-Staat-Dualismus ist die Wahrnehmung entstanden, »öffentlich« bedeute, etwas sei im Eigentum des Staates oder werde von diesem erbracht, wobei der Staat als Dienstleistungs-Institution angesehen wird, die den Bürgern gegenübersteht.

Die Öffentlichkeit sind wir!

In der Geschichte finden wir jedoch ein anderes Verständnis von Staat und Öffentlichkeit. Für Aristoteles etwa war der Mensch als *zoon politikon,* als soziales Wesen, von seiner Natur aus »darauf ausgerichtet, sich als Gesellschaft zu organisieren und in ihr zu agieren«. Daraus leitet sich das Ideal des Staatsbürgers ab, der dadurch definiert ist, »dass er am Richten (*krísis*) und an der Regierung (*archê*) teilnimmt«. Beides geschieht in der öffentlichen Versammlung aller Bürger, die dort Rechte und Pflichten wahrzunehmen haben (alle Zitate nach Schmidt 2007: 39ff).[4] Dieses bürgerschaftliche Engagement konstituierte den Staat und geschah nicht jenseits staatlicher Strukturen (ebd.: 13).

Der Zugang zu den Commons, dem gemeinsam genutzten Land, sicherte im historischen England nicht nur den Lebensunterhalt, sondern auch die Unabhän-

3 | Vgl. die Beiträge von Silke Helfrich, James Quilligan und Josh Tenenberg in diesem Band (Anm. der Hg.).

4 | Allerdings war die Teilnahme an diesem öffentlichen Disput nur freien Männern möglich, die von der für die gesellschaftliche Reproduktion notwendigen Arbeit freigestellt waren, da diese von Sklaven und Frauen erledigt wurde.

gigkeit derer, die kein eigenes Land besaßen, und gab ihnen die Möglichkeit, ihre politischen Rechte in Anspruch zu nehmen. Die Einhegung der Commons war daher eine Entmachtung der Commoners, denn Commons waren die Öffentlichkeit der Besitzlosen. Dort versammelten sie sich, um ihre Rechte zu verteidigen, dort war der Raum, in dem Aufstände und Umstürze geplant wurden.[5] Noch 1795 nahm ein Knappenaufstand im kärntnerischen Hüttenberg von einer Versammlung auf einer Tratte seinen Ausgang.[6] In einigen Schweizer Kantonen gibt es noch heute die Landsgemeinde. »Die wahl- und stimmberechtigten Bürger eines Kantons versammeln sich an einem bestimmten Tag unter freiem Himmel, um die legislativen Arbeiten zu erledigen.«[7]

Fragen öffentlichen Interesses wurden in all diesen Fällen nicht von der Institution Staat bearbeitet, sondern von allen Menschen, die sich an der Gestaltung eines Gemeinwesens beteiligen. Ein solches Verständnis des Öffentlichen umfasst auch die Aspekte der Aneignung und Selbstermächtigung und bestimmt »das Öffentliche« als Ort des Commoning. Auch aktuelle Diskussionen über den öffentlichen Raum weisen in diese Richtung (Kruse/Steglich 2006: 87).

Damit können wir die Frage nach öffentlichen Dienstleistungen aus der Perspektive der Commons stellen.

Das Öffentliche – jenseits von Staat und Familie

Auch der Begriff »privat« bedarf einer näheren Betrachtung. Er besitzt eine Doppelbedeutung, die im Zusammenhang mit Privatisierungen im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich besonders sichtbar wird. Einerseits bezieht er sich auf die Erbringung marktgängiger Leistungen durch profitorientierte *private* Unternehmen, also den Markt, andererseits auf die Rückführung von Leistungen, die nicht marktgängig sind, in die Sphäre *des Privaten*. Neben dem Dualismus Staat oder Markt wird hier ein zweiter Dualismus Staat oder Privat im Sinne von Familie oder Ehrenamt sichtbar. In Analogie zu den Commons können wir also auch das Öffentliche als einen Bereich »jenseits von Staat und Familie« wahrnehmen, der für die soziale Reproduktion einer Gesellschaft von großer Bedeutung ist. Dort werden Leistungen für das Gemeinwesen von Betroffenen oder Nutzern selbst erbracht, wie es in vielen Vereinen bis hin zu Schulen und Kindergärten geschieht, die von engagierten Eltern selbst betrieben werden. Durch die starke Zentrierung auf den fürsorglichen, aber patriarchalen Sozialstaat ist dieser Bereich aus dem Blick geraten. Seine Bedeutung wurde kaum wahrgenommen, weil wir unsere Forderungen an den Staat gerichtet und die Wohlstandssicherung an ihn delegiert haben. Mit dem Wegbrechen sozialstaatlicher Sicherungen wird dieser Bereich nun wieder wichtiger. Doch zugleich ist er bedroht, weil die Menschen immer weniger Zeit für Ehrenamt haben.

Den Sozialstaat aus der Perspektive der Commons neu zu denken heißt also, dass wir aus der Privatheit heraustreten und uns den Staat und das Öffentliche

5 | Vgl. den Beitrag von Peter Linebaugh in diesem Buch (Anm. der Hg.).

6 | Vgl. http://sabitzer.wordpress.com/tag/bergwesen/ (Zugriff am 06.02.2012). »Tratte« war eine in Österreich übliche Bezeichnung für die Allmende.

7 | Siehe unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Landsgemeinde (Zugriff am 06.02.2012).

wieder aneignen, wobei Staat alle Verwaltungsebenen umfasst, auch Bundesländer und Gemeinden. Das heißt, dass wir uns wieder als Teil der Öffentlichkeit verstehen müssen, in der Politik gemacht wird.[8]

Sich den Staat aneignen (»Reclaiming the State«)

Die Regierungen als Repräsentanten des Staates haben sich in vielen Fällen als schlechte Treuhänder der Dinge erwiesen, die ihnen anvertraut wurden. Die Unzufriedenheit darüber steigt. Menschen stehen auf, sie übernehmen Verantwortung, sie sagen »das ist unseres, und wir wollen darüber entscheiden«. Dadurch erst entstehen wahre *öffentliche* Güter und Dienstleistungen. Solche Aneignungsprozesse, die weit über die Forderung nach ausreichender Finanzierung von öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen hinausgehen, erleben wir in den letzten Jahren in großer Zahl, etwa beim Berliner Wassertisch[9], bei der Energiewende Hamburg[10] oder der österreichischen Initiative Pro Bahn[11].

Da selbstbestimmtes Engagement auf lokaler Ebene am leichtesten umzusetzen ist, sind es vor allem Kommunen, die von der Idee der Commons profitieren können.[12] Eine Möglichkeit dazu sind »Gemeindegenossenschaften« als Alternative zu Public Private Partnerships. Solche Genossenschaften entstehen derzeit häufig im Bereich erneuerbarer Energien. Die Mittel für die Finanzierung öffentlicher Einrichtungen kommen dann von den Bürgern selbst. Dafür erhalten sie Mitsprache- und Mitgestaltungsmöglichkeiten. Das kann manchmal sinnvoll sein, ist aber nicht universell anwendbar, schließlich geht es auch darum, ausreichende Mittel für öffentliche Dienstleistungen bereitzustellen und diese nicht einfach durch die verstärkte finanzielle Beteiligung aller zu ersetzen. Hilary Wainwright beschreibt in ihrem Buch *Reclaim the State* (Wainwright 2009: 190ff), wie es Menschen aus benachteiligten Stadtteilen gelingen kann, über die Mittel für die Stadtteilentwicklung selbstbestimmt zu verfügen, anstelle der ursprünglich damit beauftragten Immobilienunternehmen.

Mit Commons gemeinsam haben solche Initiativen die aktive Aneignung von Prozessen durch die Nutzer selbst, die Festlegung der Regeln von unten und dass Menschen die Kontrolle über ihre Lebensbedingungen einfordern und dafür Verantwortung übernehmen. Hinzu kommt, dass sie in solchen Arrangements verschiedene Aufgaben an den Staat oder die Kommune delegieren können. Diese sind ihnen aber rechenschaftspflichtig, und es muss Verfahren der Entscheidungsfindung geben, in die Nutzer und Mitarbeiter einbezogen sind. Staatliche Institutionen können etwa als Treuhänder agieren. Sie können verschiedene Bereiche

8 | Für eine solche Definition von Öffentlichkeit könnten die drei Aspekte öffentlicher Güter, wie sie Inge Kaul in einem anderen Zusammenhang entwickelt hat, Anregungen bieten (vgl. Kaul u.a. 2003: 21ff).

9 | Siehe unter: http://berliner-wassertisch.net/ (Zugriff am 13.01.2012).

10 | Siehe unter: http://unser-netz-hamburg.de/ (Zugriff am 13.01.2012).

11 | Siehe unter: http://www.probahn.at/ (Zugriff am 13.01.2012).

12 | Vgl. http://kratzwald.wordpress.com/2011/03/23/commons-und-kommunalpolitik/ und http://kommunalwiki.boell.de/index.php/Kategorie:Commons (Zugriff am 13.01.2012).

entsprechend den Entscheidungen der Bürger verwalten, über diese aber nicht frei verfügen und sie auch nicht beliebig verkaufen. Sie können im Konfliktfall Mediation anbieten sowie Räume und Mittel für partizipative Entscheidungsverfahren zur Verfügung stellen, wie dies in Porto Alegre für die Erstellung des Bürgerhaushalts (Wainwright 2009: 117ff) oder in Mexiko City geschieht.[13] Und sie sollten jene gesellschaftlichen Gruppen unterstützen, für die aus verschiedenen Gründen die Teilnahme an solchen Entscheidungsprozessen schwierig ist. Wie Dienstleistungen erbracht werden – durch den Staat unter Kontrolle der Betroffenen, durch Bürger mit unterschiedlichen Formen staatlicher Förderung und Finanzierung oder selbstorganisiert in sozialen Netzwerken –, muss für jeden Einzelfall neu entschieden werden.

Die Schaffung und Erhaltung von öffentlichen Dienstleistungen ist, wie jene der Commons, zeitaufwändig und nicht gratis zu haben. Wir müssen uns daher dagegen wehren, wenn die Idee der Commons zur Rechtfertigung der Kürzung öffentlicher Ausgaben benutzt wird, wie dies in England geschieht, wo Premierminister David Cameron von der »Big Society« spricht.[14] Der Rechtsanspruch auf bestimmte Angebote (etwa im Bildungs- und Gesundheitsbereich) muss gewährleistet bleiben. Dieses Verständnis von öffentlichen Aufgaben wendet sich gegen beide Arten der Privatisierung, also auch dagegen, Dinge wie Erziehung, Bildung und Pflege wieder in den Bereich der Familie und damit der Frauen zurückzudrängen.

Dass Kinder, Jugendliche, alte oder behinderte Menschen sich in einer Gesellschaft wohl fühlen, ihre Fähigkeiten entfalten und ihre Potentiale einbringen können, kann weder der Staat leisten noch die Familie alleine. Diese integrative Funktion ist eine Aufgabe des gesamten Gemeinwesens.[15] Nicht umsonst lautet ein afrikanisches Sprichwort: »Es braucht ein Dorf, um ein Kind großzuziehen.«

Literatur

Esping-Andersen, Gösta (1990): The Three Worlds of Welfare Capitalism, Cambridge.

Hirsch, Joachim (2002): Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen, Hamburg.

Kaul, Inge/Conceicao, Pedro/Le Goulve, Kattel/Mendoza, Ronald (2003): Providing Global Public Goods: Managing Globalization, UNDP, Oxford/New York.

13 | Unter der Mitte-links-Regierung der mexikanischen Hauptstadt wurde seit Anfang des Jahrhunderts im Rechnungshof von Mexiko-City eine sogenannte »Contraloría Ciudadana« eingerichtet. Bürgerinnen und Bürger bewerben sich dort auf Beteiligung in sämtlichen Gremien der Millionenstadt, in denen über die Verausgabung öffentlicher Mittel entschieden wird, mit Sitz und Stimme. Siehe unter: www.contraloria.df.gob.mx/wb/cg/contraloria_ciudadana.

14 | Vergleiche den Beitrag von Massimo de Angelis in diesem Band (Anm. der Hg.).

15 | Symptomatisch dafür die sinkenden Kinderzahlen und die zunehmenden sozialen Probleme von Kindern in Deutschland, vgl. http://www.freitag.de/politik/1131-kinderarmes-deutschland.

Kruse, Sylvia/Steglich, Anja (2006): »Temporäre Nutzungen – Stadtgestalt zwischen Selbstorganisation und Steuerung«, in: Möller, Carola/Peters, Ulla/Vellay, Irina: Dissidente Praktiken. Erfahrungen mit herrschafts- und warenkritischer Selbstorganisation, Königstein/Taunus.
Schmidt, Jürgen (2007): Zivilgesellschaft. Bürgerschaftliches Engagement von der Antike bis zur Gegenwart, Reinbek bei Hamburg.
Smith, Adam (o. Jahreszahl, Original 1776): Reichtum der Nationen, Paderborn.
Wainwright, Hilary (2009): Reclaim the State. Experiments in Popular Democrazy, London/New York/Calcutta.

Links[16]

Energie
(Wieder-)Verstaatlichung der Energieversorgung:
http://unser-netz-hamburg.de/
Für eine selbstbestimmte Energieproduktion:
http://www.rettetdiemur.at
http://www.atomausstieg-selber-machen.de/
Initiativen, die sich allgemein für eine »Energiewende« einsetzen:
http://www.gegenstromberlin.net/
http://www.transition-initiativen.de/

Mobilität
Gegen die Privatisierung des öffentlichen Verkehrs und für den Erhalt von Nebenbahnen:
http://www.probahn.at/
http://www.muehlkreisbahn.at/verein.htm
Kostenloser öffentlicher Nahverkehr:
http://www.freepublictransports.com
http://www.schwarzfahren.de/

Wasser
Wasserversorgung und Abwasserentsorgung gehören in öffentliche Hand:
http://berliner-wassertisch.net/
http://www.acquabenecomune.org/

Brigitte Kratzwald (Österreich) ist Sozialwissenschaftlerin und unabhängige Commons-Aktivistin. Sie betreibt die Website http://www.commons.at und bloggt auf http://kratzwald.wordpress.com.

16 | Zugriffe im Dezember 2011.

Gemeingüter sind nicht, sie werden gemacht[1]

Silke Helfrich

Güter klassifizieren, Verwirrung ernten

Die neoklassische Wirtschaftswissenschaft teilt Güter gemeinhin in vier Gruppen. Private und öffentliche Güter, Klubgüter und Allmende- bzw. Gemeingüter. Wer versucht, die realen Dinge dieser Welt in dieser Weise zu ordnen, wird vor allem eines kultivieren: die eigene Verwirrung.

Trinkwasser etwa gilt gemeinhin als Allmendegut. Nach der neoklassischen Theorie sind Allmendegüter unter anderem dadurch definiert, dass wir um ihre Nutzung konkurrieren. Wenn ich ein Glas Wasser trinke, kann ein anderer das gleiche Wasser nicht noch einmal genießen. Ökonomen nennen diese Eigenschaft Rivalität. Äpfel, Boden oder Wasser sind rival – mehr oder weniger natürlich, da Rivalität kaum in Reinform existiert. Es geht vielmehr um unterschiedliche Grade der Konsumkonkurrenz. Die Nutzung durch eine Person schränkt die Nutzungsmöglichkeiten anderer Personen nicht »ganz oder gar nicht« ein, sondern »mehr oder minder«. In der Commons-Forschung und anderswo wird daher auch der von Elinor Ostrom geprägte, trefflichere Begriff der »subtractability« verwendet. Er verdeutlicht das Graduelle. Die Nutzungsmöglichkeiten der anderen gehen nicht zwingend durch die eigene Nutzung völlig verloren, sondern ihnen wird etwas »abgezogen«.

Anders verhält es sich mit dem Wissen oder mit Information. Beides mehrt sich durch unsere gleichzeitige und vielfache Nutzung. Ökonomen bezeichnen diese Eigenschaft als Nicht-Rivalität. Der Unterschied zwischen rivalen und nichtrivalen Ressourcen ist qualitativer Natur, und er ist unhintergehbar. Wir alle gehen täglich wie selbstverständlich mit ihm um. Wenn wir unabhängig voneinander dieselbe Sendung hören, nutzen wir ein nichtrivales Gut, da niemand mit einem anderen durch das Hören um die Sendung konkurriert. Doch wir würden kaum

1 | In diesem Buch liegt der Akzent auf dem Begriff der Commons (oft als Gemeingüter übersetzt). Die folgenden drei Beiträge (Helfrich, Heller und Quilligan) ordnen die Commons-Diskussion jedoch in die Gütertheorie ein, so wie sie in der klassischen Wirtschaftswissenschaft oder im konventionellen Markt/Staat-Paradigma diskutiert wird. Daher der Titel: »Gemeingüter sind nicht, sie werden gemacht« statt: »Commons sind nicht, sie werden gemacht«. – Ich danke Friederike Habermann, Heike Löschmann, Brigitte Kratzwald, Dirk Löhr, Stefan Meretz und Annette Schlemm für ihre überaus konstruktiven Anmerkungen.

zugleich in denselben Apfel beißen. Wollten mehrere Menschen etwas von einem Apfel haben, müssten sie ihn teilen. Rivalität wird daher auch mit »Teilbarkeit« übersetzt.

Allmendegüter gelten also in besagter Güterklassifikation als rival. Dem gesellt sich eine andere Kategorie hinzu: die sogenannte »Exklusivität« (Ausschließbarkeit). Nach der Theorie kennzeichnet Allmendegüter, dass sie nicht ausschließbar sind. Ein großer Teil der Commons-Forschung schließt sich dieser Position an. Tatsächlich haben wir etwa alle Anspruch auf Zugang zu sauberem Trinkwasser in ausreichender Quantität. Dieser Anspruch leitet sich aus unserem Menschsein ab. Aus normativer Sicht ist es schwer, Menschen von der Trinkwassernutzung auszuschließen. Technisch gesehen hingegen gestaltet sich solch ein Ausschluss recht einfach. Man meidet Investitionen in die Wasser- und Abwasserversorgung, versiegelt oder privatisiert Quellen oder Brunnen, füllt Wasser in allerlei Behälter, um es zu oft prohibitiven Preisen zu verkaufen, oder macht Menschen abhängig von Tanklastwagen. Tatsächlich haben etwa drei Milliarden Menschen dieser Erde keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser!

Das Beispiel zeigt: Trinkwasser kann – je nach Exklusivitätsgrad – vieles werden: uns allen gemein, privat, öffentlich oder einem exklusiven Klub vorbehalten. Die Nutzungsform und damit die »Güterklasse« des Trinkwassers ist *gemacht* – doch offensichtlich hat sich dieser Prozess in einer allmählichen Ontologisierung unserer Wahrnehmung entzogen. Was sozial hergestellt ist, wurde (vermeintlich) zur Tatsache.

Das Wort Ontologie setzt sich zusammen aus dem griechischen Partizip *on* (seiend) und *logos* (Lehre) – es bezeichnet also die Lehre vom Sein und bezieht sich auf die grundlegende Verfasstheit der Dinge. In einem Prozess der »Ontologisierung verschwindet die menschliche Geschichte der Dinge«, befindet der Landschaftsarchitekt Frank Lorberg (Lorberg 2007: 63), denn Ontologisierung bezeichnet das Verlagern menschengemachter Verhältnisse in das uns Äußere. Verhältnisse, die stets in konkreten sozialen Situationen entstanden sind, lösen sich aus ihrem historischen Kontext[2] und erscheinen letztlich ins Vorgefundene eingeschrieben, kurz: verdinglicht. Die Philosophin Annette Schlemm sieht Ontologisierungen als eine »Reduktion sich bewegender Verhältnisse oder von in Beziehung stehenden Dingen auf verdinglichte Substanzen« (Schlemm 2011). Alles wirkt, als sei es schon immer so *gewesen*, denn im Laufe der Zeit wird als natürlich unterstellt, was de facto historisch gewachsen und sozial hergestellt ist. Ein theoretischer Kurzschluss gewissermaßen. Dieser Prozess ist auch in der neoklassischen Güterklassifikation zu beobachten. Die theoretische Bestimmung der Allmende-/Gemeingüter als »rival« und »nicht ausschließbar« wird Kennern der weltweiten Trinkwassersituation bestenfalls einen ernüchternden Seufzer entlocken. »Rival«? Das stimmt, zumindest mehr oder weniger. Kanada ist schließlich anders als der Sahel. Aber »nicht ausschließbar«? Schön wär's!

2 | Zum historischen Begriff der Allmende vergleiche den Beitrag von Hartmut Zückert in diesem Buch (Anm. der Hg.).

Wie zusammen kam, was nicht zusammen gehört

Mathematisch knapp begründete im Jahr 1954 Paul A. Samuelson, der erste amerikanische Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, seine *Reine Theorie der Staatsausgaben*. Der Wohlfahrtsökonom gilt zusammen mit dem Nestor der Finanzwirtschaft, Richard Musgrave, als Vater der »Theorie der Öffentlichen Güter«.[3] In seinem vielzitierten Zweieinhalbseiter geht er »explizit von zwei Güterkategorien aus: gewöhnliche private Konsumgüter [...], die unter verschiedenen Personen aufgeteilt werden können [...], und kollektive Konsumgüter [...], die alle gemeinsam genießen [...]« (Samuelson 1954: 387). Samuelson schlägt nun die von ihm untersuchten »öffentlichen Güter« den nichtrivalen Dingen zu. Die rivalen hingegen transformieren sich in »private Güter«. Diese Verkoppelung – rival *und* privat einerseits, nichtrival *und* öffentlich andererseits – geschieht in seiner einflussreichen Arbeit unter dem Stichwort »Grundannahmen«. Das heißt: Samuelson schreibt diesen Doppelkategorien eine je eigene Logik zu: »(1) *Outputs* oder Güter, die jeder immer maximieren will, und (2) *inputs* oder Faktoren, die jeder immer minimieren will.« Hier bricht sich der reine *Homo oeconomicus*[4] Bahn, obwohl der Autor explizit darauf verweist, dass sich viele Lebensbereiche dieser Nutzenmaximierungslogik entziehen. Das Soziale beeinflusse die Präferenzen der Einzelnen, doch sei es keine »›wissenschaftliche‹ Aufgabe der Ökonomen, auf dessen Form zu schließen« (ebd: 387). Samuelson beschränkt sich danach auf die Frage, wie Güter, um deren Gebrauch man nicht konkurriere, ausreichend bereitgestellt werden können. Der Markt als Mittler wird versagen, denn der Preis für Nicht-Rivales kann kaum durch das Spiel von Angebot und Nachfrage bestimmt werden. Deswegen werden heute Musik oder Informationen künstlich verknappt – so kann man sie »preisfähig« machen. Zur Alternative stehe das Gemeinwesen, meint Samuelson. Doch dezentrale Strukturen, in denen die Betroffenen selbst die Herstellung und Verteilung öffentlicher Güter aushandeln, führten niemals zum »ethisch erwünschten Optimum«. Verbliebe allein der Staat. Und hier geschieht eine weitere Verkürzung, die sich in Folge durch die Fachliteratur zieht:

rival *und* privat = vom Markt zu regeln
nichtrival *und* öffentlich = vom Staat zu regeln

Die Verkettung war grob, aber erfolgreich. Nach wie vor wird das, was Ökonomen als »öffentliches Gut« bezeichnen, meist dem Staat überantwortet. Andere Institutionen geraten aus dem Blick.

Die Verkettung erscheint schließlich zwingend und naturgegeben, obwohl die beiden Teile durchaus voneinander scheidbar sind, ja, geschieden werden müssen.

Samuelson war sich der Komplexität seiner Suche nach der optimalen (staatlichen) Zuordnungsformel bewusst. »Die Lösung ›existiert‹«, konstatiert er, »das Problem ist, sie zu finden« (Samuelson 1954: 389). Und selbst dann könne es noch

3 | Zur Unterscheidung zwischen öffentlichen Gütern und Gemeingütern siehe den folgenden Beitrag von James Quilligan (Anm. der Hg.).

4 | Vergleiche dazu den Artikel von Friederike Habermann in diesem Buch (Anm. der Hg.).

Trittbrettfahrer geben, die sich am Gemeinsamen ohne Gegenleistung gütlich tun. Hier sei wohl die Soziologie gefragt, kapituliert er und klingt dabei so resigniert wie ein passionierter Mathematiker, der an die Grenzen des Berechenbaren stößt.

»Teilen ist möglich«[5]

Elf Jahre später ein weiterer Paukenschlag. James McGill Buchanan, auch mit dem Nobelpreis geehrt, veröffentlicht seine *Ökonomische Theorie der Klubgüter*. Kurz und knapp auch diese. Keine allgemeine Theorie, begründet der Ökonom, habe bislang das ganze Spektrum von Besitz- und Konsummöglichkeiten abgedeckt. Stattdessen bleibe die Forschung auf private *oder* öffentliche Güter bezogen. Dabei erfülle kaum ein Gut die den öffentlichen Gütern zugeschriebene Eigenschaft »extremer Kollektivität«. De facto, weiß auch Buchanan, liege fast alles irgendwo zwischen den Extremen. Er schlägt daher vor, »jeglichen Versuch einer *anfänglichen* Klassifizierung oder Differenzierung von Gütern in voll teilbare und voll unteilbare« fallen zu lassen und versucht sich an einer Theorie für Güter mit »begrenztem Öffentlichkeitsgrad« (Buchanan 1965: 1-2; Hervorhebung – S.H.). Er nennt sie »Klubgüter«. Nicht »ein Nutzer« oder »die Öffentlichkeit«, sondern eine Gruppe von Nutzern greife auf sie zu. Ihr Nutzen für den Einzelnen sei somit von der Anzahl der Beteiligten abhängig. Fortan gehören die Klubgüter zur gängigen Gütereinteilung.

Im Kern, befindet Buchanan, gehe es in der Güterdebatte um »Regelungen des Teilens« – sei es nun staatlich oder kooperativ organisiert (ebd.: 4).[6] Entsprechend sucht er nicht nach der optimalen staatlichen Bereitstellungs- und Verteilungsformel, sondern nach der optimalen Formel für alle jene Situationen, in denen eine begrenzte Gruppe von Menschen etwas gemeinsam nutzt. Am Beispiel eines Golfklubs beschreibt er eine seiner Grundannahmen: Die Regel – je mehr Mitglieder, umso geringer der Mitgliedsbeitrag des Einzelnen – gelte nur bis zu einer bestimmten Größe. Wird diese überschritten, komme es zur Überfüllung des Klubs wie zu einem Stau auf der Autobahn.

Das Beispiel zeigt, dass sich auch Buchanan seiner stark vereinfachten Grundannahmen bewusst ist. Mitgliedschaften und Umweltfaktoren ändern sich. Unterschiedliche Handlungsmotivationen können kaum ins Kalkül gezogen werden. Wie Samuelson zieht er einen bemerkenswerten und weithin übersehenen Schluss: Eigentlich sei eine »Klassifikation aller Güter nur möglich, *nachdem* man die Lösung[7] gefunden hat« (ebd: 6; Hervorhebung – S.H.). Ökonomen nach ihm haben sich – so scheint es – dieser Erkenntnis und ihren Konsequenzen verschlossen. Die Lehrbuchvariante der Güterklassifikation, mit der alle Erstsemester vertraut sind, präsentiert sich nach wie vor so:

---

5 | Das Zitat bezieht sich auf die Nutzung eines Paars Schuhe: »Wie dem auch sei, in einem endlichen Zeitraum ist Teilen möglich, selbst von so offensichtlich privaten Gütern.« (Samuelson 1954: 3).

6 | Buchanan bezieht diesen Gedanken nur auf Dinge, die als ökonomisches Gut genutzt werden. Freiwilliges Teilen gehöre nicht in diese Kategorie.

7 | Etwa die optimale Gruppengröße und angemessene Nutzungsregeln.

Tabelle: Güterarten nach Ausschließbarkeit und Rivalität

	Rivalitätsgrad = 0	**Rivalitätsgrad** = 1
Exklusionsgrad = 0	*öffentliches Gut* (z.B. Deich)	*Allmendegut* (z.B. überfüllte Innenstadtstraße)
Exklusionsgrad =1	*Klubgut* (z.B. Pay-TV)	*Privates Gut* (z.B. Speiseeis)

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Gut_%28Wirtschaftswissenschaft%29, Zugriff am 10.Juli 2011

Die menschliche Geschichte in den Dingen

Betrachten wir als Beispiel ein »öffentliches Gut«: den Deich. Er gilt als nicht teilbar, da der Nutzen des rechten Flussanrainers jenen des linken Flussanrainers nicht mindert. Daher erhält er den Rivalitätsgrad Null. Zudem schütze ein Deich alle, so wie der Leuchtturm allen die Richtung weist, ganz gleich ob Steuerzahler oder nicht. Die technische (oder normative) Schwierigkeit, jemanden von der Nutzung eines Gutes auszuschließen, sei – wie schon gesehen – Merkmal öffentlicher Güter. Dabei könnte ein Deich auch von privaten Unternehmen gebaut, ein Teil der Baukosten auf die Anlieger umgelegt und die säumigen Zahler vom Hochwasserversicherungsschutz ausgeschlossen werden. Auf die Praxis kommt es an.

Der Direktor des Max-Planck-Instituts für Gemeinschaftsgüter in Bonn, Christoph Engel, beschreibt in einer Analyse zur sozialen Funktion des Eigentums, worauf die Idee der Ausschließbarkeit gründet. So sei es etwa technisch schwierig, Luft »in Säcke [zu] packen und sein tägliches Quantum Atemluft auf dem Wochenmarkt zu kaufen«. Oder die klare Zuweisung individueller Eigentumsrechte sei technisch möglich, aber zu teuer, oder sie sei technisch möglich, aber gesellschaftlich nicht durchsetzbar. Man vergegenwärtige sich die Idee, menschliche Organe für dringend benötigte Transplantationen zur Handelsware zu machen. Doch dann bringt es Christoph Engel auf den Knackpunkt: »Keiner dieser Fälle muss auf Dauer unabänderlich bleiben. Was technisch heute ausgeschlossen ist, kann durch eine Erfindung morgen möglich werden. Was heute zu teuer ist, kann morgen ertragreich erscheinen. [...] Durch technische oder institutionelle Innovation kann die Errichtung der Verfügungsrechte billiger geworden sein. Normative Überzeugungen können sich wandeln« (Engel 2002: Teil 6).

Schon Buchanan argumentierte entsprechend: »Physischer Ausschluss ist, sofern die Eigentumsgesetze flexibel genug sind, in fast allen vorstellbaren Fällen möglich« (Buchanan 1965: 13).

Exklusivität ist also abhängig von den konkreten Verhältnissen, von dem, was wir als Handelnde in der Lage sind zu tun und was wir entscheiden. Man könnte es auch so ausdrücken: Ein Gemeingut *besitzt* nicht die Eigenschaft der Nicht-Exklusivität, es *erhält* sie.

Kaum jemand hat die potentielle Tragweite dieses Prozesses vielsagender ins Bild gesetzt als der amerikanische Cartoonist Matthew Groening, Schöpfer der

Kultserie »Die Simpsons«. Die Simpsons wohnen in einem merkwürdigen Nest namens Springfield. Die Bürger und Fabriken Springfields werden mit dem Strom eines Atomkraftwerks versorgt, das dem skrupellosen Milliardär Charles Montgomery Burns gehört. Burns' Herz – so lerne ich aus der Simpsonspedia – sei »schwarz und verschrumpelt«. Das nimmt nicht wunder, schließlich hegt er eine heftige Abneigung gegen die Sonne, die die Bewohner Springfields kostenlos mit Energie versorgt. Im ersten Teil der berühmten Doppelfolge »Wer erschoss Mister Burns?« kommt Burns auf die Idee, die Sonne mit einer großen Glocke über der Stadt zu verdunkeln und das Sonnenlicht »ausschließbar zu machen«.

Jenseits der Güterklassifikation

Seit den 1960er-Jahren hat sich die Gütertheorie erheblich ausdifferenziert. Vom Güterkontinuum ist die Rede, allerlei Subkategorien sind hinzugekommen – reine und unreine öffentliche Güter, freie Güter und vieles mehr. Zur konzeptionellen Neuorientierung hat das kaum beigetragen. Die groben Verkettungen und Grundannahmen Samuelsons sind ebenso geblieben wie die weitgehende Unsichtbarkeit der menschlichen Geschichte in den Dingen. Auch die Verwirrung jener, die das, was wir in der realen Welt vorfinden, in der oben abgebildeten Tabelle »unterbringen« wollen, wird nicht minder. Wer versucht, die vielfältigen Ressourcen, die aktuell ein »Commons-Label« tragen, den Kriterien der »Rivalität« und »Nicht-Exklusivität« zuzuordnen, wird begreifen müssen, dass das so einfach nicht geht.

In der Commons-Diskussion werden sowohl natürliche und erschöpfbare Dinge wie Wasser, Land und Wald als auch erneuerbare, soziale und kulturelle Dinge wie Saatgut, Algorithmen, Software, der öffentliche Raum oder das elektromagnetische Spektrum als einer Gruppe von Menschen gemeinsam zugehörig betrachtet; nicht wegen ihrer vermeintlichen Eigenschaften im neoklassischen Sinne, sondern schlicht weil sie für unser Leben elementar sind. Auch die Art, wie Ressourcen gesellschaftlich verfügbar gemacht werden, bestimmt sie als Gemeinressourcen. Wir haben sie entweder ererbt oder (oft über Jahrhunderte) kollektiv hergestellt. *Das* macht Dinge zu dem uns Gemeinsamen und prädestiniert sie dafür, Gemeingut und nicht Privatgut zu werden. Ob wir also den Apfel, das Wasser und das Wissen zum Gemeingut machen, ist unsere Entscheidung.

Bei der konkreten Aushandlung gemeinsamer Zugangs- und Nutzungsregeln ist dabei der Rivalitätsgrad von Belang, denn er führt zu unterschiedlichen Konventionen im Umgang mit einer Sache. Bei rivalen Gütern bedarf es der Zugangsbegrenzung – jeder pflückt nur so viel vom Baum, wie er in seinen Händen wegtragen kann.[8] Bei nicht rivalen Gütern garantiert nur freier Zugang (»Open Access«) deren Entfaltung zum größten Nutzen aller. Unbegrenzter Zugang zerstört sie nicht![9] Exklusivität hingegen ist vorwiegend sozial hergestellt. Wir haben es in der Hand, ob wir einen Apfel (genauer die Apfelbäume) zum Gemeingut machen oder ob der Zugang zu den Äpfeln stets den Umweg über den Markt nehmen muss.

8 | Siehe dazu den Beitrag von Katharina Frosch in diesem Buch (Anm. der Hg.).

9 | Siehe dazu insbesondere Kapitel IV (Anm. der Hg.).

Erst diese Entscheidung bestimmt, ob sie der Gruppe der Gemein-, jener der Klub- oder jener der Privatgüter zuzuordnen sind.

Deswegen können wir getrost die berühmte Güterklassifikation mit respektvoller Distanz betrachten. Wir können sie im Hegel'schen Sinne »aufheben« – das heißt zunächst: beiseite tun, dabei das uns Nützliche bewahren und auf einer neuen Stufe fortentwickeln. Vor allem aber können wir unsere Energie auf die Frage richten, was wir mit unseren gemeinsamen Ressourcen tun wollen. Das ist der entscheidende Punkt, denn Gemeingüter *sind* nur, wenn wir sie herstellen. Sie bleiben nur, wenn wir sie pflegen.

Literatur

Buchanan, James M. (1965): »An Economic Theory of Clubs«, in: *Economica,* New Series, 32/125, Feb., 1965, S. 1-14.

Engel, Christoph (2002): »Die soziale Funktion des Eigentums«, in: von Danwitz/Depenheuer/Engel: Bericht zur Lage des Eigentums, Berlin, S. 9-107.

Lorberg, Frank (2007): Metaphern und Metamorphosen der Landschaft. Die Funktion von Leitbildern in der Landespflege. Notizbuch der Kasseler Schule, Bd. 71, Hg.: AG Freiraum und Vegetation, Kassel.

Samuelson, Paul A. (1954): »The Pure Theory of Public Expenditure«, in: *The Review of Economics and Statistics*, Vol. 36 (4), S. 387-389.

Schlemm, Annette (2011): Ontologisierungen in der Gesellschaftstheorie, online unter: http://philosophenstuebchen.wordpress.com/2011/06/10/ontologisierungen-in-der-gesellschaftstheorie/ (Zugriff am 10.07.2011).

Silke Helfrich (Deutschland) ist Autorin und unabhängige Commons-Aktivistin. Sie bloggt auf http://www.commonsblog.de sowie http://www.gemeingueter.de.

Die Tragik der Anti-Allmende

Michael Heller

Die »Tragik der Anti-Allmende«? Was ist das nun wieder? Fangen wir mit einem vertrauten Konzept an: der *Allmende*. Wenn zu viele von uns eine bestimmte Ressource nutzen, neigen wir dazu, sie zu übernutzen – wir überfischen die Weltmeere, wir verschmutzen die Atmosphäre. Diese verschwenderische Übernutzung ist die Tragik der nicht verwalteten Allmende oder Gemeingüter. Wie lösen wir sie auf?

Oftmals, indem wir etwas in Privateigentum überführen. Privateigentümer neigen dazu, eine Übernutzung zu vermeiden, da sie unmittelbar von der Erhaltung der von ihnen kontrollierten Ressourcen profitieren. Unglücklicherweise kann diese Privatisierung aber über das Ziel hinausschießen. Manchmal gibt es zu viele Einzelparteien, die Eigentumsrechte an ein- und derselben Ressource halten. Dann kann die Nutzung des Einen durch die Nutzung der Anderen blockiert werden. Kommt es zu keiner Kooperation zwischen den Eigentümern, kann niemand die Ressource nutzen. In dieser verborgenen Tragik der Anti-Allmende verlieren alle Betroffenen. Ich sage »verborgen«, weil die so entstehende Unternutzung oftmals nur schwer auszumachen ist. Wie soll man zum Beispiel feststellen, ob ein Dutzend Patentinhaber weitere Fortschritte bei der Erforschung einer vielversprechenden Medikamentengruppe blockieren? Gemeinhin hängen es Forscher nicht an die große Glocke, wenn sie die Entwicklung lebensrettender Heilverfahren einstellen.

Die Anti-Allmende ist ein Paradox. Während Privatbesitz für gewöhnlich zu einem Anstieg des Wohlstands führt, zeitigt ein Zuviel an Privatbesitzern den gegenteiligen Effekt: Es lähmt Märkte, blockiert Innovationen und kostet Leben. Wir können den durch die Tragik der Anti-Allmende entgangenen Reichtum zurückgewinnen; aber den Stillstand durch Privateigentum aufzulösen, verlangt ganz bestimmte Instrumente.

Die Trilogie der Eigentumsrechte

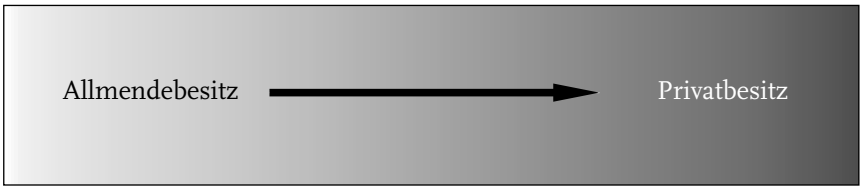
Traditionell wird Eigentum in drei Grundtypen unterteilt: Privateigentum, Gemeineigentum und Staatseigentum (Heller 2001). Betrachten wir diese Kategorien einmal näher: Wir alle verfügen über ein ausgeprägt intuitives Wissen zum Privateigentum, tatsächlich ist es aber überraschend schwer, den Begriff exakt zu bestimmen. Einen guten Ausgangspunkt bietet William Blackstone, der wegweisende britische Rechtstheoretiker aus dem 18. Jahrhundert. In seiner häufig

zitierten Definition des Privateigentums spricht er von jener »despotischen Herrschaft, die ein einzelner Mann über externe Dinge der Welt ausübt und dabei die Rechte aller anderen im Universum völlig ausschließt«. (Blackstone 1959: 113) Entsprechend dieser Auffassung bezieht sich Privateigentum auf einen einzelnen Rechteinhaber, der exklusiv über die Ressourcennutzung verfügt.

Gemeineigentum bezieht sich auf Ressourcen, die teilbar sind und die keinem individuellen Rechteinhaber gehören. Sie lassen sich in zwei Kategorien unterteilen (Eggertson 2002): erstens in »Open-Access-Ressourcen«, bei denen wie im Falle der Hochsee niemand vom Zugang ausgeschlossen werden kann. In der juristischen und wirtschaftswissenschaftlichen Literatur wurde über lange Zeit hinweg der Begriff der »Commons« irrtümlicherweise mit »Open-Access-Commons« gleichgesetzt, was die Verbindung zwischen der Allmende und dem Begriff der »Tragik« verstärkte. Für die zweite Kategorie sind zahlreiche Bezeichnungen in Umlauf, nennen wir sie in diesem Artikel »Group-Access-Commons«. Gemeint ist ein Arrangement, in dem eine begrenzte Anzahl von Rechteinhabern zwar Außenstehende, nicht aber einander vom Zugang zum Gut ausschließen kann. Während die Weltmeere dem offenen Zugang unterliegen, könnte der Zugang zu einem Teich, an den die Grundstücke einer Handvoll Landbesitzer angrenzen, auf diese Gruppe beschränkt werden. Diese Kategorie des Gruppenzugangs wird häufig übersehen, wiewohl sie die vorherrschende Form des Allmendebesitzes darstellt und vielfach mit keinerlei Tragik einhergeht. Auf diese Kategorie beziehen sich auch viele Beiträge in diesem Band.

Staatseigentum ist mit Privateigentum in der Hinsicht vergleichbar, dass es einen einzigen Entscheidungsträger gibt, unterscheidet sich aber vom Privateigentum darin, dass die Ressourcennutzung durch einen Prozess festgelegt wird, der zumindest theoretisch die Bedürfnisse der Gesellschaft widerspiegelt. In den letzten Jahren ist das Staatseigentum als theoretische Kategorie aus dem Fokus geraten. Anstelle der staatlichen Regulierung von Ressourcen ist zunehmend die Privatisierung getreten. Mit der Folge, dass sich die Trilogie der Eigentumsrechte heute für viele Beobachter auf eine Opposition zwischen Privat- und Allmendebesitz reduziert, beziehungsweise auf die zwischen »allen und keinem«, wie ein Wissenschaftler das schon vor über zwei Jahrzehnten formulierte (Barzel 1989: 71):

Abbildung 1: Die Standardlösung für die Tragik der Allmende



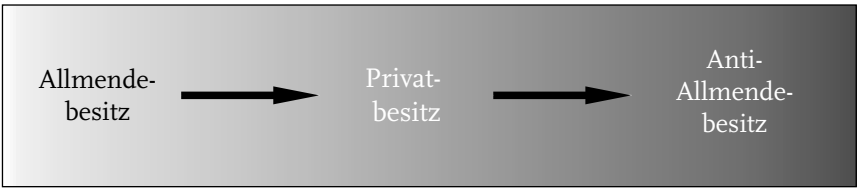
Meiner Ansicht nach beruht unsere kulturelle Blindheit gegenüber den Kosten fragmentierter Eigentumsverhältnisse auf diesem allzu einfachen Eigentumskonzept. Ohne es zu hinterfragen, nehmen wir an, die Lösung für das Problem der Übernutzung einer Open-Access-Ressource sei ihre Überführung in Privateigentum. Diese Logik erschwert den Blick auf mögliche Unternutzungsprobleme und

macht es uns unmöglich, die unkartierte Welt jenseits des Privateigentums zu erfassen.

Die Privatisierung einer Allmende mag das Problem ihrer unwirtschaftlichen Übernutzung lösen, sie kann aber auch – unwillentlich – das genaue Gegenteil bewirken. Im Englischen gibt es keinen Begriff, um verschwenderische Unternutzung zu beschreiben. Zur Beschreibung der damit verbundenen Fragmentierung habe ich den Ausdruck der »Tragik der Anti-Allmende« geprägt (Heller 1998). Der Begriff bezeichnet jede Situation, in der Rechteinhaber einander an der Erzeugung oder Nutzung einer wertvollen Ressource behindern. So gesehen ist das Gegenteil der Übernutzung einer Allmende die Unternutzung einer Anti-Allmende.

Dieses Konzept macht die verborgene Seite des Eigentumsspektrums sichtbar: eine Welt sozialer Beziehungen, die genauso komplex und vielfältig ist wie die der uns vertrauteren Kategorien dieses Spektrums (siehe Abb. 2). Hinter dem normalen Privateigentum verbirgt sich der Anti-Allmendebesitz. Lee Fennell, Rechtsprofessorin an der University of Chicago, formuliert das so: »Die Tragik der Allmende erklärt uns, warum die Dinge dazu neigen, zu zerfallen. Die Tragik der Anti-Allmende hilft uns zu verstehen, warum es oft so schwer ist, sie wieder zusammenzusetzen« (Fennell 2004: 936f):

Abbildung 2: Die verborgene Seite des Eigentumsspektrums sichtbar machen



Viele meinen, es reicht, wenn der Staat klare Eigentumsrechte institutionalisiert und dann zur Seite tritt. Solange diese Rechte eindeutig formuliert sind, können die Eigentümer an den Märkten handeln, Ressourcen in höher bewertete Anwendungen verlagern und Wohlstand erzeugen. Aber eindeutige Eigentumsrechte und normale Märkte reichen nicht aus. Der Blick auf die Anti-Allmende zeigt, dass der *Gegenstand* der Eigentumsrechte ebenso wichtig ist wie ihre *Klarheit*. Unwirtschaftliche Unternutzung droht, wenn Besitzrechte und regulative Kontrollen zu stark zersplittert sind.

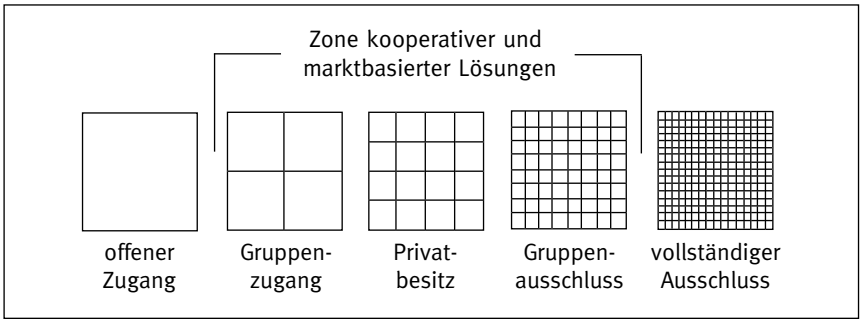
Die Tragik der Anti-Allmende stellt also unsere intuitiven Ansichten über das Privateigentum auf den Kopf, da dieses nicht weiter als Endpunkt des Eigentumsspektrums aufgefasst werden kann. Ein gut funktionierendes Eigentumssystem zeigt sich vielmehr darin, dass es gelingt, das fragile Gleichgewicht zwischen den Extremen der Über- und der Unternutzung herzustellen und zu wahren.

Lehren aus der Allmende

Die Lösungen für das Dilemma des Gemeineigentums liefern auch Hinweise für das der Anti-Allmende. Betrachten wir zunächst die Unterschiede zwischen freiem Zugang (»Open Access«) und Gruppenzugang (»Group Access«), also zwischen offenem und eingeschränktem Zugang. Diese Unterscheidung erweist sich auch im Hinblick auf die Anti-Allmende als hilfreich. Bei Ressourcen wie der Hochsee, zu denen es freien Zugang gibt, müssen Staaten die Ressourcennutzung direkt kontrollieren oder Hybridrechte wie zum Beispiel Fischfangquoten institutionalisieren. Das Anti-Allmende-Gegenstück zum offenen Zugang ist der »vollständige Ausschluss«, eine Situation, in der Rechteinhaber einander von der Nutzung ausschließen können. Hier müssen Staaten entweder fragmentierte Eigentumstitel enteignen oder hybride Eigentumsregime erzeugen, die eine Bündelung der Titel ermöglichen. In einer wichtigen Hinsicht jedoch unterscheiden sich vollständiger Ausschluss und offener Zugang: Anti-Allmenden sind in vielen Fällen unsichtbar. Mit anderen Worten, die untergenutzte Ressource muss erst entdeckt werden, bevor man die Auflösung des Dilemmas in Angriff nehmen kann.

Auch der Gruppenzugang in der Allmende hat eine Entsprechung in der Anti-Allmende: den Gruppenausschluss. In beiden Situationen, Gruppenzugang und Gruppenausschuss, kann die gesamte Palette der marktbasierten, kooperativen und regulatorischen Lösungen angewendet werden. Obwohl die Selbstregulation im Falle von Anti-Allmende-Ressourcen tendenziell komplexer ist, können sich Inhaber von fragmentierten Rechten in manchen Fällen selbst organisieren und so die Tragik der Anti-Allmende überwinden (Depoorter/Vanneste 2007). Im Falle von Ressourcen, die vom Gruppenausschluss betroffen sind, sollte der regulatorische Fokus auf der Unterstützung der Märkte bei der Konsolidierung der Eigentumsverhältnisse sowie auf der Beseitigung von Kooperationshemmnissen liegen.

Abbildung 3: Das gesamte Spektrum der Eigentumsverhältnisse (Heller 1999: 1194)



Im Bereich der privaten Eigentumsverhältnisse ist die Kategorie des Gemeinbesitzes bei der Allmende wie bei der Anti-Allmende weitaus wichtiger, als dies die eher seltenen Extremfälle des offenen Zugangs beziehungsweise des vollständigen Ausschlusses sind. In ihrer Mehrzahl lassen sich die Institutionen der modernen Volkswirtschaft – Konzerne, Partnerschaften, Wohneigentümergemeinschaften

und selbst Ehen – als gesetzlich strukturierte Formen des Gemeineigentums zur Auflösung von Zugangs- und Ausschlussdilemmata verstehen (Dagan/Heller 2011). Wir leben oder sterben in Abhängigkeit davon, wie wir Dinge, zu denen wir als Gruppe Zugang haben, verwalten. Damit können wir nun, wie Abbildung 3 zeigt, das gesamte Spektrum der Eigentumsverhältnisse sehen.

Die Verbreitung des Anti-Allmende-Konzepts

Nachdem ich darauf hingewiesen hatte, dass es auch eine Tragik der Anti-Allmende geben könne, machten sich der Nobelpreisträger James Buchanan und sein Kollege Yong Yoon daran, ein formelles ökonomisches Modell für das Konzept zu entwickeln. Das Konzept der Anti-Commons, schrieben sie, helfe mit, zu erklären, »wie und warum wirtschaftliche Werte im ›Schwarzen Loch‹ der Ressourcen-Unternutzung verschwinden« (Buchanan/Yoon 2000: 2). Seitdem ist die ökonomische Modellierung der Anti-Allmende beständig perfektioniert worden.

Die bis heute am heftigsten debattierte Anwendung dieser Theorie betrifft den Bereich der Arzneimittelpatente und -entwicklung (Heller/Eisenberg 1998). Der Abdruck des von Rebecca Eisenberg und mir verfassten Artikels zu diesem Thema in der Fachzeitschrift *Science* provozierte eine Vielzahl von Folgeaufsätzen und Berichten, von denen viele zu dem Schluss kamen, dass die Vergabe von Patenten auf Arzneimittel restriktiver gehandhabt werden sollte – unter anderem, um potentielle, durch die Tragik der Anti-Commons erzeugte Unternutzungen zu verhindern. In einem 2009 erschienenen Buch zur Patentkrise kommen die Autoren zu dem Ergebnis, dass »die Struktur der Biotechnologieindustrie aller Wahrscheinlichkeit nach mit hohen Anti-Commons-Risiken einhergeht«, insbesondere wenn Unternehmen versuchen, Produkte auf den Markt zu bringen (Burk/Lemey 2009: 89).[1]

Aber nicht nur die biomedizinische Forschung ist anfällig für die Tragik der Anti-Allmende. Das Konzept wird inzwischen auf den gesamten Hightechbereich angewendet, von Nutzungsrechten für Sendefrequenzen bis hin zu Technologiepatenten. Auch in der Avantgarde von Kunst und Musik geht es heute um das Mischen und Zusammenschneiden von Werken und Fragmenten, die einer Vielzahl geistiger Eigentümer zuzuordnen sind. Selbst was den Grund und Boden angeht, erfordern die meisten sozial relevanten Projekte die Zusammenlegung vieler Parzellen. Während Innovationen unaufhörlich voranschreiten, stecken wir in einem altmodischen Konzept von Eigentum fest, das sich zwar leicht fragmentieren, aber nur schwer wieder zusammenfügen lässt.

Die Theorie der Anti-Allmende ist heute weitgehend etabliert, doch es fehlt noch an empirischen Studien. Wie schwer fallen Verhandlungen im Kontext fragmentierter Eigentumsrechte? In welchem Ausmaß behindern zersplitterte Eigentumsverhältnisse die technologischen Innovationen? Unterscheiden sich diese Auswirkungen im Branchenvergleich?

Es ist schwer, Innovationen zu bewerten, die möglich gewesen wären, aber

1 | Vergleiche zu diesem Thema auch den Beitrag von Christine Godt, Christian Wagner-Ahlfs und Peter Tinnemann in diesem Buch (Anm. der Hg.).

nicht erfolgt sind; Lösungen, die existieren könnten, es aber nicht tun. Wir stehen mit unserem Verständnis dieser Zusammenhänge noch ganz am Anfang. In einer jüngeren Studie werden Ergebnisse aus Experimenten vorgestellt, die der angenommenen Symmetrie zwischen Commons und Anti-Commons widersprechen und stattdessen den Schluss nahelegen, dass Anti-Commons-Dilemmata »ein stärker individualistisches Verhalten auslösen als Commons-Dilemmata« und »in einem höheren Ausmaß eine Unternutzung bewirken, als die Tragik der Allmende eine Übernutzung begünstigt. Wenn die Tragik der Allmende zu einer ›Tragödie‹ führt«, so das Resümee der Autoren der Studie, »könnte die Tragik der Anti-Allmende sehr wohl in einer ›Katastrophe‹ münden« (Vanneste et al. 2006: 104).

Wir habe viele hundert Jahre Übung darin, Dilemmata der Übernutzung zu identifizieren. Wenn zu viele Menschen fischen, werden die Fischbestände erschöpft. Wenn zu viele Leute Abgase in die Luft blasen, schnürt uns die verschmutzte Luft irgendwann den Atem ab. Wird die Lage unerträglich, greifen wir zu marktbasierten, kooperativen und gesetzlichen Instrumenten, um mit ihrer Hilfe die Übernutzung zu reduzieren. Die durch eine Vielzahl von Rechteinhabern ausgelöste Unternutzung dagegen ist ein uns noch unvertrautes Phänomen. Obwohl die Tragik der Anti-Allmende der Gesellschaft ebenso hohe Kosten aufbürden kann wie die uns vertrauteren Formen exzessiver Ressourcennutzung, haben wir das Problem der Unternutzung bislang kaum wahrgenommen noch es benannt oder darüber debattiert, geschweige denn gelernt, es zu lösen.

Doch um dahin zu kommen, müssen wir zunächst einmal in der Lage sein, das Phänomen zu benennen. Der Begriff »Tragik der Anti-Allmende« muss Eingang in unseren Wortschatz finden.

Dieser Beitrag ist eine für diesen Band geschriebene Zusammenfassung des zweiten Kapitels des Buchs The Gridlock Economy *(2010). Weiterführende Informationen finden Sie unter http://www.gridlockeconomy.com.*

Literatur

Barzel, Yoran (1989): Economic Analysis of Property Rights, Cambridge University Press.

Blackstone, Sir William (1959): Ehrlich's Blackstone, hg. von J.W. Ehrlich, San Carlos.

Buchanan, James N./Yoon, Yong Y. (2000): »Symmetric Tragedies: Commons and Anticommons«, in: *Journal of Law and Economics,* Nr. 43/1.

Burk, Dan L./Lemley, Mark A. (2009): The Patent Crisis and How the Courts Can Solve It, University of Chicago Press.

Dagan, Hanach/Heller, Michael (2001): »The Liberal Commons«, in: *Yale Law Journal*, Nr. 110.

Depoorter, Ben/Vanneste, Sven (2007): »Putting Humpty Dumpty Back Together: Pricing in Anticommons Property Arrangements«, in: *Journal of Law, Economics & Policy*, Nr. 3.

Eggertsson, Thráinn (2002): »Open Access versus Common Property«, in: Anderson, Terry L./McChesney, Fred S. (Hg.): Property Rights: Cooperation, Conflict, and Law, Princeton University Press, S. 74-85.

Fennell, Lee A. (2004): »Common Interest Tragedies«, in: *Northwestern Law Review*, Nr. 98.

Heller, Michael (1998): »The Tragedy of the Anticommons: Property in the Transition from Marx to Markets«, in: *Harvard Law Review*, Nr. 111, S. 621.

Heller, Michael (1999): »The Boundaries of Private Property«, in: *Yale Law Journal*, Nr. 108.

Heller, Michael (2001): »The Dynamic Analytics of Property Law«, in: *Theoretical Inquiries in Law*, Nr. 2.

Heller, Michael (2008): The Gridlock Economy: How Too Much Ownership Wrecks Markets, Stops Innovation, and Costs Lives, New York.

Heller, Michael (Hg.) (2010): Commons and Anticommons, London.

Heller, Michael/Eisenberg, Rebecca (1998): »Can Patents Deter Innovation? The Anticommons in Biomedical Research«, in: *Science*, Nr. 280.

Vanneste, Sven et al. (2006): »From ›Tragedy‹ to ›Disaster‹: Welfare Effects of Commons and Anticommons Dilemmas«, in: *International Review of Law und Economics*, Nr. 26.

Michael Heller (USA) ist Lawrence A. Wien Professor für Immobilienrecht an der Columbia Law School und in den USA einer der führenden Experten zum Thema Eigentumsrechte. Heller hat den Begriff »Tragik der Antiallmende« geprägt. Er ist Autor von *The Gridlock Economy* (2008) und *Commons and Anticommons* (2010).

Warum wir Commons von öffentlichen Gütern unterscheiden müssen

James B. Quilligan

Die verheerende Rezession von 2008/2009 hat die Aufmerksamkeit auf die globale Wirtschaft gelenkt. Zunehmend besteht Einigkeit darüber, dass wir bessere Regulierungen, Gesetze und Institutionen brauchen. Doch wie kann ein neues Wirtschaftssystem fair und gerecht werden? Niemand weiß das wirklich, aber sicher ist: Der politische Wille, ein demokratisches Wirtschaftssystem zu errichten, kann erst reifen, wenn wir besser verstehen, was genau passiert. Zudem darf eine Ökonomie des Teilens nicht auf politischen Interessen oder Ideologien beruhen. Sie muss sich daran orientieren, wie die Welt und ihre Teilsysteme tatsächlich funktionieren. Dies zu verstehen, wird hier ein Beitrag geleistet.

Fast jeder versteht den Unterschied zwischen privaten Gütern – Waren und Dienstleistungen, die von Unternehmen produziert werden – und öffentlichen Gütern – Erziehung, Straßen, öffentliche Sicherheit, Abwassersysteme, das Rechtssystem oder die Landesverteidigung. Ebenso klar sind Privateigentum und Gemeineigentum voneinander geschieden. Im Alltag ist zum Beispiel der Unterschied zwischen proprietären Daten und freier Information[1] problemlos zu erkennen. Gleiches gilt für Beeren, die auf dem Markt verkauft werden, und jenen, die wir im Wald sammeln.

Doch die Unterschiede zwischen den beiden Grundformen *kollektiven* Eigentums – zwischen dem Bereich des Öffentlichen und jenem der Commons – verschwimmen. Daher brauchen wir eine stichhaltige und allgemein anerkannte Unterscheidung zwischen öffentlichen Gütern und Commons, also Gemeingütern. Letztere sind jene Dinge, die Menschen gemeinsam nutzen und verwalten, indem sie, basierend auf Traditionen oder sozialen Normen und Praktiken, ihre eigenen Regeln aushandeln.[2]

---

1 | Vgl. zum Beispiel die Beiträge von Christian Siefkes und Federico Heinz in diesem Buch (Anm. der Hg.).

2 | Auch wenn in diesem Beitrag auf diesen Aspekt nicht vertiefend eingegangen wird: Die Unterscheidung zwischen Gemeingütern (im Sinne von Commons) und Gemeinressourcen (»Common Pool Resources«, CPR) ist sehr wichtig. Gemeinressourcen selbst sind oft frei zugänglich oder verfügbar. Es gibt keine Rechte oder Regeln, die den Umgang mit ihnen be-

Wenn Produktion und Konsum zusammenfallen

Den Unterschied zwischen öffentlichen Gütern und Commons zu verstehen, trägt auch dazu bei, die theoretische Trennung von Produzenten und Konsumenten aufzuheben. Das ist entscheidend. Im derzeitigen System erzeugt die Arbeitsteilung zwischen Produzenten und Konsumenten im Hin und Her privater und öffentlicher Güter eine hierarchische Struktur (»Top-down«), die angeblich ökonomisch effizient, produktiv und qualitätsfördernd ist und zugleich die Kosten von Gütern und Dienstleistungen senkt.

Doch viele Gemeinschaften haben ihre eigenen Regeln und Normen entwickelt, mit deren Hilfe sie ihre Ressourcen nachhaltig nutzen können – ob traditionelle Commons (rund um Flüsse, Wälder, indigene Kulturen) oder neu entstehende (wie Solarenergie, soziale Innovationen, das Internet).

Diese Nutzergemeinschaften funktionieren im Grunde nach Produktions- und Managementprinzipien, wie sie im Neoliberalismus geradezu idealisiert werden: Spontaneität, sich selbst regulierende Freiheit (wie auf dem Markt) und regelbasierte Gleichberechtigung (wie jene, die vom Staat durchgesetzt wird). Wenn aber aus Konsumenten Koproduzenten von Gütern und Dienstleistungen werden, die sie selbst brauchen, dann überwindet ihr verbindendes Tun nicht nur Privatisierung und Zentralisierung, sondern auch die Vorstellung, dass Institutionen nur von oben verändert werden können.

Wenn Ressourcennutzer direkt in Produktionsprozesse eingebunden sind, gehen ihr Wissen, ihre Erfahrungen, ihre Visionen, ihre Überlegungen und ihr selbstkorrektives Handeln unmittelbar in das gemeinsame Handeln ein. Anders als in den Lieferketten der Warenproduktion oder im bürokratischen Herstellungsprozess öffentlicher Dienstleistungen bleibt durch die kooperative Herstellung und Handhabe von Dingen die Entscheidungsfreiheit der Individuen gewahrt.[3] Direkt und lokal organisierte Commons sind also produktive Systeme und eine Governance-Form jenseits der modernen Arbeitsteilung.

---

stimmen. Gemeingüter (Commons) hingegen sind dadurch gekennzeichnet, dass die Menschen ihre eigenen Regeln zum Umgang mit den gemeinsam genutzten Ressourcen aushandeln, seien sie formaler oder kultureller Art. Commons beinhalten also stets formelle oder informelle Regeln und Normen, die in einem »Open-Access-Regime« nicht existieren (Anm. der Hg.).

3 | Vgl. auch die Beiträge von Christian Siefkes und Benjamin Mako Hill in diesem Buch (Anm. der Hg.).

Sozialchartas und Trusts für Commons[4]

Die Unterscheidung zwischen Commons und öffentlichen Gütern ist also unerlässlich, wenn wir dahin kommen wollen, Commons-Institutionen zu schaffen, die von all jenen getragen werden, deren Existenz und Wohlergehen von einem bestimmten Gut abhängen. Wenn eine Gruppe mit einer spezifischen sozialen Praxis oder aus der gleichen Region Verantwortung für die Erhaltung ihrer Ressourcen übernimmt, kann sie das mit einer Sozialcharta formalisieren. Sozialchartas umreißen die Rechte und Anreizstrukturen für die gemeinsame Ressourcennutzung. Auch die Beziehungsmuster zwischen der Ressource und den Menschen, die sie nutzen, verwalten und produzieren, werden darin beschrieben. Sozialchartas sind für den Umgang mit Wäldern, Weiden, Bewässerungsanlagen, Wasservorkommen und Fischgründen, mit dem Internet, Wissen, genetischen Ressourcen, dem Gesundheitswesen, energetischen Ressourcen, Landschaften, Denkmälern und anderen Dingen bereits vereinbart worden.[5]

Damit sie wirksam werden können, schaffen die Produzenten und Nutzer von Ressourcen eine Rechtsperson: den Commons Trust. Trusts dienen meist dazu, nicht erneuerbare, also natürliche oder stoffliche Ressourcen zu erhalten. Aber auch soziale, kulturelle, geistige und digitale Gemeingüter können im Rahmen eines Trusts verwaltet und erneuert werden. Die Mitglieder des Trusts definieren eine Obergrenze für den Abbau beziehungsweise die Entnahme einer Ressource, den sogenannten »cap«. Dieser »cap« wird nach nichtmonetären, generationsübergreifenden Maßstäben, wie Nachhaltigkeit und Lebensqualität, bestimmt. Ist die Erhaltung der Gemeinressourcen für nachfolgende Generationen durch den »cap« gesichert, kann der Trust einen Teil seiner Ressourcen und Produktion innerhalb der festgelegten Obergrenze an den Privatsektor oder den Staat zur Ausbeutung und Produktion verpachten. Ein Teil dieser Pacht wird vom Staat besteuert und den Bürgern als Dividende oder in Form eines Grundeinkommens ausgezahlt, wobei benachteiligte und marginalisierte Gruppen besonders zu berücksichtigen sind. Pacht- oder Benutzungsgebühren werden zudem in die Regeneration übernutzter Ressourcen, zum Beispiel Böden, Flüsse, Meere und die Atmosphäre, oder in Kunst, Wissen, Software und erneuerbare Energien investiert.

Durch Trusts kann so im Laufe der Zeit ein umfassendes commonsbasiertes Wirtschafts- und Governance-System entstehen: Die Commons werden langfristig geschützt, der private Sektor profitiert von der Produktion mit Ressourcen, die er

4 | Das Rechtsinstitut des Trusts wurde in den Ländern des Common Law entwickelt und an den Rechtsrahmen anderer Länder angepasst. Der Rechtswissenschaftler David Hayton stellt fest: »Wie ein Elefant ist ein Trust schwer zu beschreiben, aber einfach zu erkennen« (Hayton, in: Hayton/Kortmann/Verhagen 1999: XIII). In einem Trust wird ein Trustee (Treunehmer) bestimmt, der befugt und verpflichtet ist, das ihm Anvertraute in Übereinstimmung mit den Trustbestimmungen zu verwalten und zu verwenden. An dieser Verpflichtung ist das Handeln des Trustees zu messen. Umfassend Rechenschaftslegung ist Pflicht (Anm. der Hg.).

5 | Beispiele sind WANA (Forum für Westasien und Nordafrika), die Charta des Forums von Barcelona für Innovation, Kreativität und Zugang zu Wissen, die Jugendcharta des Pazifischen Raums und die People's Charta für Gesundheit.

pachtet, und der Staat besteuert dies, um übernutzte Gemeinressourcen wiederherzustellen, soziale Leistungen zu finanzieren und die freie Kultur zu fördern.

Eine neue Identität für die Zivilgesellschaft

Welcher Teil der Gesellschaft könnte am besten dafür sorgen, dass Commons unabhängig von privaten und öffentlichen Gütern bestehen? In den letzten Jahrzehnten hat die organisierte Zivilgesellschaft begonnen, sich selbst als »dritten Sektor« jenseits von Markt und Staat zu definieren. Durch ihren Einsatz für die Interessen und Rechte von unterrepräsentierten Gruppen sind globale Netzwerke, Nichtregierungsorganisationen, Vereine und soziale Bewegungen zu einer authentischen öffentlichen und weltweit wahrnehmbaren Stimme geworden. Viele der von ihnen vertretenen Themen – Nahrung, Wasser, saubere Luft, Umweltschutz, erneuerbare Energie, Informationsfreiheit, soziale Netzwerke, Menschenrechte und die Rechte indigener Völker – lassen sich am besten mit einem Commons-Ansatz bearbeiten.

Aber diese selbst ernannten Gruppen besitzen nicht die Autorität global repräsentativer Institutionen, denn sie sind nicht durch Wahlen legitimiert. Sie gelten daher nicht als gleichberechtigte politische Akteure.

Ohne glaubwürdiges politisches Mandat kann die Zivilgesellschaft zwar die globalen Machtverhältnisse anprangern, aber sie kann kaum die ihnen zugrunde liegende Struktur verändern. Weil sie die institutionellen Voraussetzungen des Neoliberalismus akzeptieren (inklusive des Primats individueller Rechte, des Privateigentums und nationaler Grenzen), halten die meisten Organisationen die Arbeitsteilung zwischen Produzenten und Konsumenten aufrecht und unterstützen deshalb die Einhegung der Commons. Viele Gruppen, die sich für Umweltschutz oder Armutsbekämpfung einsetzen, suchen nach Lösungen, die auf Eigentumsrechten und staatlicher Regulierung beruhen, statt auf Formen der Peer-Produktion zu setzen, die Werte schaffen, um unsere Probleme zu lösen. Deshalb bleibt die Zivilgesellschaft gewissermaßen von den Unternehmen und der Regierungsperformance koabhängig und mithin von Vereinnahmung bedroht. Die Herausforderung für die Zivilgesellschaft ist nicht, sich als Gegenkraft zu Markt und Staat zu profilieren, sondern eine wirklich systemverändernde Kraft zu werden.

Und hier kann sie von den Commons-Aktivisten lernen. Sie zeigen, wie wichtig es ist, die Ressourcennutzer in den Produktionsprozess selbst mit einzubeziehen. Wenn Nutzer auch Koproduzenten sind, werden ihre Motivationen, ihr Wissen und ihr Können Teil der Produktion. Das ermöglicht neue Interaktionsmöglichkeiten und Koordinationsformen in Wirtschaft und Gesellschaft. Die Zivilgesellschaft sollte dieses Prinzip auf ihre eigene Arbeit anwenden.[6] Wenn sie als Ressourcennutzer und Produzenten zugleich agieren und so die politische Macht lokaler Stakeholder stärken, können sich zivilgesellschaftliche Gruppen das ganze Spektrum kollektiver Rechte, Legitimation und Macht nutzbar machen, das jenseits des Staates existiert.

---

6 | Während einige Graswurzelaktivisten in der Entwicklungspolitik diesem Prinzip bereits folgen, hat sich die Praxis des Commoning im Rest der Zivilgesellschaft noch nicht durchgesetzt.

Zivilgesellschaftliche Organisationen könnten dann als Katalysatoren für die Integration von Produktion und Konsum wirken und zu Commons-Trusts werden oder Partnerschaften mit solchen eingehen. Die Menschen bekämen durch Trusts mehr Beteiligungs- und politische Entscheidungsmöglichkeiten, was wiederum die ökonomischen, sozialen und politischen Entscheidungen auf allen Ebenen verändern würde – lokal, national, zwischenstaatlich, regional und global. Das böte zivilgesellschaftlichen Gruppen einen Ausweg aus dem Widerspruch zwischen dem weit verbreiteten Ideal, soziale und natürliche Ressourcen umzuverteilen, und der Sorge, die verfassungsmäßig garantierten privateigentumsrechtlichen Beschränkungen für gleichberechtigten Zugang, Schutz und Nutzung der Commons in Frage zu stellen. Wenn sie die kollektive Produktion und Governance von Commons durch neue Formen der Treuhänderschaft vorantrieben, würden die Vereine und Organisationen der Zivilgesellschaft, obwohl sie nicht gewählt sind, den Menschen, die sie zu schützen und zu unterstützen vorgeben, keine Rechenschaft schuldig bleiben.

Weltbürgern Souveränität geben

Commons von öffentlichen Gütern zu unterscheiden, ist also entscheidend, wenn unsere grundlegenden Rechte als »Weltbürger« an den Commons anerkannt werden sollen. Heute sind diese Rechte nicht abgesichert, weil die Bürger über die staatliche Ebene hinaus nicht vertreten sind (außer in Europa, aber auch hier ist die Verbindung zwischen den Bürgern und ihren europäischen Repräsentanten sehr schwach). Als Bürger eines Staates übergeben wir die Macht qua Gesellschaftsvertrag an die Regierungen, statten sie so mit Legitimation und Autorität aus und bekommen im Gegenzug öffentliche Güter wie Sicherheit, Infrastruktur und andere Dienstleistungen. Indem wir unsere zutiefst persönliche, subjektive Entscheidungsmacht den Regierungen überlassen (die diese Macht nutzen, um Unternehmen das Recht zu garantieren, private Güter zu produzieren und zu verteilen), verlieren viele von uns das Gefühl für Identität und Sinn.

Und doch sind die Menschen gemeinsam der Souverän und nicht die Regierungen. Die unveräußerlichen Rechte der Menschen leiten sich nicht aus der Herrschaft über ein Territorium ab, sondern aus einer traditionellen oder sich neu entwickelnden Identifikation mit der Welt, in der sie leben; aus einer kollektiven Tätigkeit; einer gemeinsamen sozialen Praxis; einem gemeinsamen Bedürfnis oder einer gemeinsamen Überzeugung; aus der besonderen Kultur einer Region; einer ethnischen, religiösen oder sprachlichen Verwandtschaft oder einer historisch gewachsenen Identität.

Wenn Menschen erkennen, dass ihre Commons ihren Lebensunterhalt und ihre Entwicklungsmöglichkeiten nicht mehr sichern, beginnen sie womöglich ihr angeborenes Recht als Bürger dieser Erde einzufordern, lokal wie global. Diese Rechte auf alle Ressourcen – die Atmosphäre, Ozeane, Wälder und die Artenvielfalt; Nahrung, Wasser, Energie und Gesundheitsversorgung; Technologien, Medien, Handel und Finanzen – sind darin begründet, dass das Überleben und die Sicherheit einer Gemeinschaft von ihnen abhängig und wir gemeinsam für das Wohl nachkommender Generationen verantwortlich sind. Die Notwendigkeit der Existenzsicherung

stattet uns mit einer neuen moralischen und sozialen Verantwortung aus: Nutzer von Ressourcen müssen direkt in die Erhaltung und Produktion ihrer eigenen Commons einbezogen werden. Rechte auf Ressourcensouveränität müssen für alle Nutzergemeinschaften auf allen Ebenen von Produktion und Verwaltung gelten.

Selbstbestimmung über die Koproduktion und Koverwaltung von Ressourcen beinhaltet also, dass Menschen unmittelbar an den Entscheidungen über ihre Subsistenzmittel und ihr Wohlergehen beteiligt sind. Dazu gehört auch das Recht, externe Herrschaft, Einhegung, Kommodifizierung und Zerstörung eines spezifischen Commons zurückzuweisen. Statt individuelle oder bürgerliche Rechte vom Staat einzufordern und zugewiesen zu bekommen, erklären Commoners ihre souveränen Rechte auf Zugang zu Gemeinressourcen, die sie erhalten, produzieren, verwalten und nutzen. Die Souveränität der Menschen über ein Commons wird durch ihre »Weltbürgerschaft« legitimiert, und diese wiederum legitimiert sich durch die lokale Souveränität über die Commons. Das ist kein Zirkelschluss, sondern spiegelt einen Mehrebenen-Entscheidungsprozess, der über die Reichweite staatlicher Institutionen hinausweist. Hier wird die Legitimation der Menschen als Treuhänder anerkannt, die Rechte auf ihre Ressourcen auf allen Ebenen gemeinsamen Besitzes einzufordern.

Globale Commons statt globale öffentliche Güter

In den vergangenen Jahrzehnten haben die multilateralen Organisationen den Anspruch erhoben, den Bedürfnissen der Weltbevölkerung sowie Umweltbelangen durch »globale öffentliche Güter« gerecht zu werden. Dieses Konzept – eine Mischung aus internationalisiertem Keynesianismus und finanzgetriebenem Neoliberalismus – zeigt, wie wenig Verständnis und Visionen es gegenwärtig in Fragen des Umgangs mit globalen Gemeingütern gibt. Entsprechend der Definition von Samuelson, Buchanan und Ostrom, dass öffentliche Güter nichtrival und nicht ausschließbar seien, geht man davon aus, öffentliche Güter müssten durch eine souveräne Regierung innerhalb der Grenzen eines Staates zur Verfügung gestellt werden. Aber dieses Modell ist auf multilateraler Ebene praktisch bedeutungslos, denn hier gibt es keine repräsentative Autorität, die allen öffentliche Güter zur Verfügung stellen könnte, weder als Zusammenschluss mehrerer Staaten noch in Form globaler Institutionen.

Wenn sich zwischen Staaten ein Wettbewerb um ökonomische Ressourcen (Waren, Investitionen, Kredite) oder um politische Ressourcen (strategische oder militärische Vorteile, diplomatische Sanktionen) entwickelt, dann sind diese Dinge natürlich rival. Ebenso werden Millionen von Menschen vom Zugang zu Nahrung, Entwicklungshilfe oder Technologietransfer ausgeschlossen, wenn ein Staat es versäumt, diese zur Armutsminderung in notleidenden Ländern zur Verfügung zu stellen. In Wahrheit aber sind Rivalität und Ausschließbarkeit, die auch den Begriff der »globalen öffentlichen Güter« propagandistisch aufladen, den privaten Gütern und den Marktkräften eigen, die sich eher am Profit für die Aktionäre als am gleichen Nutzen für alle orientieren. Nationale Regierungen haben weder die Macht noch die Legitimation, Ressourcen für die gesamte Weltbevölkerung zu schützen, zu verwalten und zu verteilen. Und darauf sind sie auch gar nicht zugeschnitten.

Doch der liberale Mythos von den »globalen öffentlichen Gütern« streckt seine Fühler in alle Richtungen. Im gegenwärtigen System souveräner Staaten, gegenseitiger Nichteinmischung und beschränkter multilateraler Zusammenarbeit weigern sich die Regierungen, einen allgemein anerkannten grundlegenden Bezugsrahmen für globale Ressourcensouveränität aufzubauen. Sowohl der private als auch der staatliche Sektor leugnen, dass die globalen Kooperationsprobleme der Welt – der Zugang zu Nahrung und Wasser, Gesundheitsversorgung und Bildung, Transfer von Hilfsgütern und Technologie, grenzübergreifende Sicherheit, Weltfrieden, ein gerechtes Rechts- und Politiksystem, eine saubere Umwelt, saubere Luft und ein faires Wirtschaftssystem – durch die Schaffung globaler Commons gelöst werden können. Dafür wären Sozialchartas und Trusts geeignete Instrumente. Doch derweil zerstört die neoliberale Verpflichtung der Staaten auf Wachstum den Planeten und nimmt den Menschen ihre Ressourcen. Darum müssen sich Bürger aus aller Welt an einer Debatte über Normen, Rechte und Pflichten für den Umgang mit globalen Gemeingütern beteiligen: jenen gemeinsamen Ressourcen also, deren Nutzung von den Menschen dieser Welt selbst verhandelt und organisiert werden muss.

Für einen neuen globalen Gesellschaftsvertrag

Um legitimierte Formen einer Commons-Demokratie in allen politischen Gemeinschaften verankern und verbreiten zu können, müssen die sozioökonomischen Beziehungen, Regeln und Institutionen neu konfiguriert werden. Die Idee der Commons könnte die Basis bilden, um eine globale demokratische Governance-Struktur in Recht und Verfassung abzusichern. Dafür werden viele Menschen gebraucht, die ihre Commons auf lokaler Ebene organisieren, sich als »Weltbürger« verstehen und von ihren Regierungen einfordern, die Rechte aller Menschen und anderer Lebensformen anzuerkennen. Ein Sozialvertrag, der auf »Weltbürgerschaft« beruht, wird Nutzergemeinschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen ermächtigen, Trust-Modelle zu entwickeln, die zwar parlamentarische Regierungsformen einschließen, aber auch über sie hinausgehen, indem sie den Menschen ein weiteres demokratisches Instrument in die Hand geben, ihre Ansprüche auf Selbstbestimmung zu stärken. Die Nutzer und Produzenten von Ressourcen könnten so direkt Entscheidungen über alle wichtigen Gemeingüter treffen. Sie können die Ressourcen im Interesse heutiger und zukünftiger Generationen sowie anderer Arten verwalten. Weil jede Ressource einzigartig ist und sich zugleich verschiedene Ressourcensysteme überlappen, müsste über die konkreten Verwaltungsformen von den Betroffenen auf lokaler, staatlicher, zwischenstaatlicher, regionaler und globaler Ebene intensiv beraten werden. Diese Verwaltungsformen können unabhängig voneinander funktionieren und sich punktuell überschneiden.

Ein commons-sensitives globales Governance-System ins Werk zu setzen – das ist eine enorme Herausforderung. Die Grundlagen des Nationalstaates müssten grundlegend umgebaut werden. Wenn der Staat die Commons als Fundament für die Gesetzgebung und für die Gestaltung unserer Institutionen akzeptiert, müsste er die Privilegierung des Privateigentums beenden und die moralische und politische Legitimation der Menschen anerkennen, ihre Ressourcen zu erhalten, darauf

zugreifen zu können, aus ihnen zu schöpfen, sie zu verwalten und zu nutzen. Dafür brauchen wir eine neue Epistemologie von Ressourcensouveränität, geteilter Verantwortung und gesetzlich verankerter Rechenschaftspflicht, die das Recht der »Weltbürger« auf ihre Commons stärkt.

Das neue globale Wirtschaftssystem und der neue Gesellschaftsvertrag werden nicht auf den Ansprüchen von Unternehmen oder in staatlicher Souveränität gründen, sondern auf den souveränen Rechten der Menschen auf ihre Commons.

Literatur

Hayton David J./Kortmann Sebastianus C.J.J./Verhagen H.L.E. (1999): »Principles of European Trust Law«, in: Law of Business and Finance, Band 1, The Hague.

James B. Quilligan (USA) war als Aktivist und Berater zu den Themen Gemeinsames Erbe der Menschheit (Global Commons) und Entwicklung seit den 1970er-Jahren in insgesamt 26 Ländern tätig. Bis 1984 Mitarbeit in der Brandt-Kommission. Er hat sich spezialisiert auf die Epistemologie und die Ontologie der Commons in der gegenwärtigen Politik- und Finanzarchitektur.

Subsistenz – Perspektive für eine Gesellschaft, die auf Gemeingütern gründet

Veronika Bennholdt-Thomsen

> Subsistenz ist die Summe all dessen, was der Mensch notwendig zum Leben braucht: Essen, Trinken, Schutz gegen Kälte und Hitze, Fürsorge und Geselligkeit. Wenn die Subsistenz gesichert ist, kann das Leben weitergehen.
> *Bennholdt-Thomsen/Mies 1997*

Ohne Bezahlung

Viele Aspekte der Subsistenz – Güter und Tätigkeiten – sind in der Gegenwart in Waren verwandelt worden, aber bei weitem nicht alle. Denn ohne genährt und gepflegt zu werden, ohne bekümmert und beschenkt zu werden können nicht nur Kinder, sondern auch Erwachsene nicht existieren. Entscheidende Elemente der Subsistenz, die sozusagen die Menschlichkeit ausmachen, sind nicht kommerzialisierbar. Entsprechend definiert sich Subsistenz in der ansonsten umfassend vom Markt durchdrungenen Gesellschaft als der Lebensbereich jenseits der Bezahlung.[1] Nach wie vor gehört Subsistenz zur Alltagserfahrung der modernen Menschen, auch wenn diese Tatsache durch die Globalisierung der Märkte aus dem Bewusstsein verdrängt worden ist. Das gilt auch für die Commons, auf denen unsere Gesellschaft nach wie vor ruht.

Subsistenz und Commons sind beide keine Überbleibsel vergangener Jahrhunderte, sie enthalten vielmehr zukunftsweisende Perspektiven. Das Gegenteil aber wird propagiert. Die Privatisierung (von Land, Wasser und mehr) und die Kommerzialisierung der Gemeingüter (etwa Luft oder Gene) – und damit ihre Ab-

1 | »Subsistenzproduktion – oder Lebensproduktion – umfasst alle Arbeit, die bei der Herstellung und Erhaltung des unmittelbaren Lebens verausgabt wird und auch diesen Zweck hat. Damit steht der Begriff der Subsistenzproduktion im Gegensatz zur Waren- und Mehrwertproduktion. Bei der Subsistenzproduktion ist das Ziel ›Leben‹. Bei der Warenproduktion ist das Ziel Geld, das immer mehr Geld ›produziert‹ […]. Leben fällt gewissermaßen nur als Nebeneffekt an« (Bennholdt-Thomsen/Mies 1997: 26).

schaffung – werden sogar als *die* Lösung für weltweite Probleme wie Hunger und Klimaerwärmung angesehen. Die Bauern weg von der Subsistenz hin zur kommerziellen Landwirtschaft zu bringen, das ist seit den 1970er-Jahren erklärte Politik der Weltbank.

Entsprechend besteht das Ziel globalisierter Entwicklungspolitik durch die Welthandelsorganisation WTO darin, möglichst viele Bereiche, die für den alltäglichen Lebensunterhalt relevant sind, in die Geld- und Warenwirtschaft zu integrieren. Ein Beispiel dafür ist die international geförderte Verbreitung von Mikrokrediten. Je mehr Bedürfnisse durch Geld befriedigt werden, desto besser und umso entwickelter. Spätestens jetzt, angesichts der umfassenden Krise der Wachstumsökonomie – und die ökologischen Krisen sind ein Teil davon –, sind erhebliche Zweifel an dieser Sicht angebracht.

Das Selbst-Verständliche

Commons bzw. Allmende bzw. Gemeingüter haben als gesellschaftliche Institutionen im Laufe der Moderne eine zunehmende, ja neoliberal eine geradezu fundamentalistische Verdinglichung erfahren. Weder der Sinn noch die Bedeutung der sozialen Verbindlichkeit der Commons werden wahrgenommen, sondern weitgehend nur noch der Gegenstand selbst. Und wo die »Gegenständlichkeit« der betreffenden Phänomene immateriell und flüchtig ist, wie bei der Luft oder dem Wissen um die Heilkraft einer Pflanze, werden sie verdinglicht, indem sie privatisiert und mit einem Geldwert versehen werden; Beispiel: die Patentierung von Wissen gemäß der Intelectual Property Rights der WTO.

Die ursprünglich »moderne« Geisteshaltung stammt aus dem 19. Jahrhundert. Sie gilt nicht nur in der Physik längst als obsolet. Wie die Teilchen in der Quantenphysik nicht nur einfach isolierte Materie sind, so sind die Gemeingüter weit mehr als der Stoff, aus dem sie bestehen, und weit mehr als der Geldwert, mit dem sie dingfest gemacht werden sollen. Sie sind Teil eines Beziehungsgefüges, gegenständliche Materie und bewegter Prozess in einem. Tatsache ist aber erst einmal, dass sie da sind, so wie uns das Leben gegeben wird, heute, wie vor Hunderten von Jahren.

»Subsistere« (lat.) heißt »was aus sich selbst heraus Bestand hat«. Subsistenz ist das, was zum Überleben nötig ist und was zu jedem Leben gehört, unfraglich wie die Luft zum Atmen. Der Begriff umfasst neben den (Lebens-)Mitteln auch den alltäglich neuen Prozess der Reproduktion des Lebens, und dieser ist qua Existenz selbst-verständlich. Noch die frühe englische Arbeiterklasse teilt die Weltanschauung der »moral economy«. Damit bezeichnet Edward Palmer Thompson die jahrtausendealte gesellschaftliche Konvention, durch die niemand in Zweifel zieht, dass alle Menschen die Bedingungen vorfinden sollen, mit denen ihr Leben weitergehen kann. Zu sagen, dass sie ein »Recht« hätten, die Bedingungen vorzufinden, wäre bereits irreführend, denn dies würde eine vorhergegangene Einschränkung voraussetzen.

Wirtschaft in Kategorien von Subsistenz zu denken – also die Subsistenzperspektive des Wirtschaftens zu sehen – heißt zu erkennen und anzuerkennen, dass das menschliche Leben Teil des Naturprozesses ist.

Die gesellschaftliche und die individuelle Ebene

Die Menschen einer Gesellschaft, die auf Gemeingütern gründet, konzentrieren sich auf das, was notwendig ist zum guten Leben, und nicht auf den Verbrauch von immer mehr Konsumgütern. Sie fühlen sich individuell für das uns Gemeine verantwortlich. Der Konsumismus hingegen unterhöhlt die Gemeingüter und schließlich auch die Gesellschaft, nämlich die Zusammengehörigkeit. Diese Erfahrung machen wir jetzt in der Epoche der multiplen Krisen. Die wirtschaftliche, ökologische und soziale Krise laufen in einer einzigen, der Zivilisationskrise, zusammen. Die Werte, die diese Zivilisation prägen, erweisen sich anhand der Katastrophen, die sie auslösen, als zerstörerisch. Es bedarf des Paradigmenwechsels, weltweit, weg vom egozentrischen Konsumismus, weg vom eingebauten Wachstumszwang der Maximierungsgesellschaft *und* weg von der Überheblichkeit gegenüber den lebendigen Zusammenhängen. Wir, die Menschen unserer Epoche, brauchen neue (alte) gesellschaftliche Institutionen, die einem neuen (alten) Mensch-Natur-Verhältnis verpflichtet sind.

Wir stehen nicht mit leeren Händen da, Anknüpfungspunkte sind vorhanden, sowohl was die Kenntnisse, die kulturellen Werte als auch die Naturgegebenheiten anbelangt. Das Erfahrungswissen um die Commons gibt uns Mittel zur gesellschaftlichen Umgestaltung an die Hand. Individuell erfährt jeder Mensch die Bedeutung der Subsistenz schon anhand der unbezahlten und unbezahlbaren Fürsorge, die fast jedem als Kind zuteil wird.

Der enge Zusammenhang, der zwischen der individuellen Erfahrung und der Erfahrbarkeit der Gemeingüter als Naturgabe besteht, wird von Miguel D'Escoto und Leonardo Boff in ihrem Vorschlag für eine UN-Charta der Rechte der Erde in der Präambel formuliert. Auf beiden Ebenen ist es die Erfahrung der Lebendigkeit, die nicht nur im Prozess des Gebens, sondern auch in der Gabe selbst als Werden und Vergehen enthalten ist: »Das höchste, universelle Gemeinschaftsgut, die Existenzbedingung für alle sonstigen Güter, ist die Erde selbst. Denn sie ist unsere Große Mutter, die geliebt, geachtet, gepflegt und verehrt werden muss, so wie unsere eigenen Mütter.«[2]

»Unsere eigenen Mütter« werden ebenso selbst-verständlich verehrt, wie jedem Menschen qua menschlicher Geburt die Subsistenzfürsorge und die entsprechenden Subsistenzmittel zuteilwerden. Die Ebenbürtigkeit – weil wir alle aus »einer Mutter« geboren wurden – wird an-erkannt (Bloch 1961). Diese Haltung, die fest in unserer persönlichen sinnlichen Erfahrung verankert ist, stützt die Überzeugung, dass jeder Mensch Bedingungen vorfinden soll, mit denen sein Leben weitergehen kann. Dafür brauchen wir die Commons. Sie schlagen eine wichtige Brücke zwischen dem Individuum und der Gesellschaft und lehren uns, die Naturgegebenheiten und das Miteinander-in-Beziehung-Sein zu respektieren, statt beides zu zerstören.

Manche, auch westliche Gender-Feministinnen, lehnen die Metapher »Mutter Erde« ab, denn sie enthält die Anerkennung einer besonderen Bedeutung der menschlichen Mutter – dies ist der sogenannte Essentialismus-Vorwurf. Wer diesen Vorwurf teilt, kann die Metapher durch ein anderes, adäquates Bild ersetzen.

2 | Siehe unter: http://www.rlp.com.ni/noticias/general/71589 (Zugriff am 13.12.2011).

Einzig wichtig sind in unserer Epoche Bilder, die helfen, die zerstörerischen Werte der Maximierungsgesellschaft zu *ent*lernen und die genannte Ebenbürtigkeit neu zu erlernen, damit erfühlt und verstanden wird, dass die Naturgegebenheiten nicht privat angeeignet werden dürfen, weil sie uns allen gegeben sind, so wie uns das Leben gegeben ist. Es bedarf Bilder, die die Einsicht fördern, dass eine auf Commons basierte Gesellschaft eine entsprechende individuelle, alltägliche Subsistenzpraxis erfordert.

Geld ist das Problem, nicht die Lösung

Gemäß dem herrschenden Verständnis, dass die Machbarkeit jeglichen Plans vom Geld abhängt, wird auch bei der Verwirklichung von Alternativen zur Wachstumsökonomie häufig zu schnell nach dem Geld gefragt. Mag aktuell auch manches Vorhaben zur Stärkung der Commons nicht ohne Geld auskommen, so ändert dies nichts daran, dass die Geldlogik, wie wir sie kennen, ein grundlegender Webfehler der heutigen Vergesellschaftung ist.

Im Geldwert sind die Werte der maximierungswirtschaftlichen Zivilisation wie mit einem Brennglas gebündelt. Oft wird übersehen, wenn Wert und Geldwert einfach gleichgesetzt werden, so normal ist diese Verkehrung. Wie verkommen aber das daraus resultierende Wertesystem ist, fällt mir immer wieder neu anhand der Formulierung des ersten UN-Millenniums-Entwicklungszieles auf: »Zwischen 1990 und 2015 die Zahl der Menschen halbieren, die weniger als einen US-Dollar täglich zur Verfügung haben. Zwischen 1990 und 2015 den Anteil Menschen, die Hunger leiden, halbieren.«[3] Und was ist mit der anderen Hälfte? Von der Selbstverständlichkeit, wie sie der Subsistenzmoral eigen ist, dass niemand hungrig bleiben darf, solange andere zu essen haben, ist diese Geldmoral Lichtjahre entfernt.

Ein US-Dollar pro Tag! Das simuliert Konkretheit, eine vorgeblich dinglich fassbare, handfeste und zuverlässige Hilfe (»In God we trust«). Aber Geld kann man nicht essen! Die Zahl, so auch die Jahreszahlen und die Anzahl der Menschen, soll Wahrhaftigkeit und Entschlossenheit signalisieren. In Wirklichkeit leiden in der Gegenwart mehr Menschen auf der Welt Hunger als noch zu Beginn des Jahrtausends.

Die Geldlogik ist jene einer rechnerischen Gleichung (Äquivalententausch). Ihr wird die Objektivität (Dinghaftigkeit) einer unsichtbaren, ordnenden Hand zugesprochen, die der Unordnung der naturgegebenen Vielfalt überlegen sein soll. Das erweist sich in der Gegenwart als grundfalsch. Die Geldlogik taugt nicht als zivilisatorisches Paradigma.

3 | Siehe unter: http://www.welthungerhilfe.de/acht-millenniumsziele.html (Zugriff am 13.01.2012).

Die Subsistenz- und Commons-Perspektive

»Es ist deine Stadt. Grab sie um!« In diesem Motto aus der Bewegung für Urban Gardening sind bereits alle Elemente enthalten, die den Kulturwandel weg vom Wachstumsparadigma, hin zu einer auf Gemeingütern gründenden Gesellschaft ausmachen.[4]

- Der öffentliche Raum, nämlich die Stadt und ihre Freiflächen, werden als Allmende begriffen.
- Angesprochen wird das Individuum, das sich als Teil der Commons-Gemeinschaft definiert, indem es sich jenseits einer hierarchisch übergeordneten, disziplinierenden, etwa staatlich organisierten Gewalt selbst politisch ermächtigt.
- Dazu gehört ein Verständnis von unmittelbarer gemeinschaftlicher Handlungsfähigkeit, wie sie den Graswurzelbewegungen eigen ist.
- Es geht nicht um Geld, sondern ohne Umschweife um die Subsistenz.

Um heute eine Gesellschaft zu schaffen, die auf Gemeingütern gründet, bedarf es der Subsistenzperspektive. Und damit sich ein Tun entfalten kann, das an dem ausgerichtet ist, was für ein gutes Leben notwendig ist, bedarf es der Konsolidierung der Institutionen der Commons. Subsistenz und Commons stärken sich wechselseitig.

Literatur

Bennholdt-Thomsen, Veronika/Mies, Maria (1997): Eine Kuh für Hillary. Die Subsistenzperspektive, München.

Bloch, Ernst (1961): Naturrecht und menschliche Würde, Frankfurt a.M.

Ostrom, Elinor/Helfrich, Silke (Hg.) (2011): Was mehr wird, wenn wir teilen, München.

Thompson, Edward Palmer (1980): The Making of the English Working Class, Hammondsworth.

Veronika Bennholdt-Thomsen (Deutschland) ist Ethnologin und Soziologin am Institut für Theorie und Praxis der Subsistenz e.V., Bielefeld. Prof. Bennholdt-Thomsen ist Mitschöpferin der deutschen Frauenforschung und der Subsistenztheorie und lehrt an der Universität für Bodenkultur, Wien. Schwerpunkte: Bäuerliche, regionale und feministische Ökonomie in Lateinamerika und Europa. Ihr Essay *Geld oder Leben* wurde 2010 bei oekom veröffentlicht.

4 | Zur Wiederentdeckung des gemeinsamen Gärtnerns in den Städten vgl. den Beitrag von Christa Müller in diesem Buch (Anm. der Hg.).

Technik und Commons

Josh Tenenberg

> Jens musste sich einen starken, fokussierten Geist bewahren, um den Unterschieden der Landschaften und Gesellschaften, in denen er sich bewegte, gewachsen zu sein. Nach einem Frühlingsmonat, in dem er sich der Jagd gewidmet hatte, bestieg er umgehend einen Helikopter, der ihn nach Nuuk brachte, wo er vor dem Parlament sprechen sollte: Der Rat der Jäger hatte ihn beauftragt, sich für ein generelles Verbot von Motorschlitten und gegen den Einsatz von Fischerbooten im Inglefield Sound einzusetzen, wo sich im Sommer die Narwale fortpflanzen.
> *Ehrlich 2003: 227*

Diese Episode aus dem Leben eines grönländischen Jägers zu Beginn des 21. Jahrhunderts beleuchtet die Themen dieses Beitrags: die gesellschaftspolitischen Auswirkungen von Technik und die so komplexen wie dynamischen Folgen, die ihre Regulierung und Anwendung in unterschiedlichen Zusammenhängen haben können. Ursprünglich beabsichtigte Wirkungen treten keineswegs automatisch ein. Sie werden vielmehr durch Widerstände, Anpassung und Aneignung der Handelnden in ihrem jeweiligen sozialen Umfeld beeinflusst. Technologien können Probleme für Gemeingüter verschärfen, aber auch zu ihrer Lösung beitragen. Ein geschärftes Bewusstsein für die sozialen und politischen Folgen des Einsatzes bestimmter Techniken verbessert die Chancen, dass Menschen bei der entsprechenden Entwicklung und Anwendung darauf achten, dass sie dem Leben der Menschen dient.

Die politische Seite der Technik

Seit etwa 50 Jahren interessieren sich Philosophen, Historiker und Technikwissenschaftler für das Verhältnis von Technik und Politik bzw. Gesellschaftsordnung. Die eine, von Lewis Mumford (1964: 2) vertretene Sichtweise, besagt, dass Technologien[1]

1 | Die Begriffe »Technik« und »Technologie« werden heute meist synonym verwendet – und zwar im Sinne einer Methode, die eingesetzt wird, um eine bestimmte Wirkung zu

politische Eigenschaften besitzen, weil sie soziale Beziehungen beeinflussen und strukturieren. »Einfach ausgedrückt lautet meine These, dass vom Nahen Osten der späten Jungsteinzeit bis zu unserer Zeit stets zwei Arten von Technik nebeneinander existierten: eine war autoritär, die andere demokratisch. Während die erste auf das herrschende System ausgerichtet und mächtig, aber instabil war, ging die zweite von den Menschen aus und war relativ schwach, aber einfallsreich und widerstandsfähig.« Dieser Auffassung nach werden Technologien nicht unter verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Bedingungen unterschiedlich eingesetzt, sondern sie drücken der Gesellschaft ihren politischen Stempel auch unabhängig vom Verwendungszusammenhang auf und bestimmen so die weitere gesellschaftliche Entwicklung. Die Gesellschaft wird also durch die Technik gestaltet.

Langdon Winner vertritt die entgegengesetzte Meinung. Er glaubt, dass die Technik meist nicht immanent politisch ist, sondern dass »die Gestaltung oder Anordnung von Geräten oder Systemen ein geeignetes Mittel darstellt, in einer gegebenen Situation Macht und Autorität zu etablieren« (1980: 134). Technologien sind Mittel, die gesellschaftliche Akteure nutzen, um politische Ziele zu erreichen. Winner führt das Beispiel von Cyrus McCormick an, der Mitte der 1880er-Jahre in seiner Fabrik pneumatische Gießverfahren einführte, und zwar nicht ihrer Effizienz wegen, sondern weil sie Facharbeiter überflüssig machten und damit das politische Kräfteverhältnis innerhalb der Fabrik zugunsten des Managements verschoben. Ein anderer Weg, die eigenen Interessen durchzusetzen, ist, direkt auf die Technologiepolitik Einfluss zu nehmen. Beispielsweise hat Litman (2000) in einer sorgfältigen rechtshistorischen Analyse aufgezeigt, wie Hollywood-Studios, Musikkonzerne und Anbieter von Inhalten die US-amerikanische Copyright-Politik im 20. Jahrhundert maßgeblich bestimmten, während die Öffentlichkeit kaum beteiligt war.

Eine dritte Position, die von Friedman und Kahn (2002) vertreten wird, geht davon aus, dass Technologien politische Wirkungen haben, die jedoch nur teilweise auf bewusster Planung beruhen. Genauso wichtig sind die *Nutzer* einer Technik, die auf lokaler Ebene ihre Handlungsmöglichkeiten nutzen, um Technologien zu formen, zurückzudrängen, sich anzueignen und ihren Absichten anpassen. Ein Beispiel ist Brasilia, das Ende der 1950er-Jahre wohl mit der Absicht entworfen wurde, eine vollkommen regelmäßige und rationale Planstadt zu bauen, die mit ihren gewaltigen (und meist leeren) Plätzen, rechteckigen Apartmentblocks, der Trennung von Auto- und Fußgängerverkehr und separaten Arbeits-, Geschäfts- und Wohnbereichen die Prinzipien modernen Städtebaus verkörpern sollte. Doch die Bewohner hatten andere Vorstellungen: Ausgehend von ungenehmigten Arbeitersiedlungen am Stadtrand entstand allmählich ein »anderes« Brasilia, das heute zwar 75 Prozent der Stadtbevölkerung umfasst, sich jedoch die politische Anerkennung und Versorgung mit städtischen Diensten erst erkämpfen musste (vgl. Scott 1998).

Mein Standpunkt: Die verschiedenen Elemente – Technik, Politik, mächtige gesellschaftliche Akteure und die Anwender vor Ort – beeinflussen sich auf komplexe Weise gegenseitig. Dies ist ein allmählich sich entfaltender Prozess, der dadurch

---

erzielen. Von Technologie ist hier die Rede, wenn die Gesamtheit bestimmter technischer Verfahren gemeint ist (Anm. der Hg.).

entsteht, dass die Beteiligten planen, handeln und aufeinander reagieren. Einerseits können Technologien nicht autonom und quasi im luftleeren Raum soziale Verhältnisse formen; andererseits sind Individuen und Gruppen den gesellschaftlichen Bedingungen, die durch diese Technologien und die Politik einflussreicher sozialer Akteure geschaffen werden, auch nicht hilflos ausgeliefert.

Schlüsselwirkungen und Nebenwirkungen von Technik

Jede Technik wird für einen bestimmten Verwendungszweck entwickelt: Netze für den Fischfang, Sägen zum Fällen von Bäumen, Telefone für die Kommunikation über große Entfernungen. Diese direkten und beabsichtigten Wirkungen werden von Richard Sclove als »Schlüsselwirkungen« einer Technik bezeichnet. Die komplexen gegenseitigen Beziehungen, die Menschen und die von ihnen genutzten Techniken verbinden, werden jedoch leicht unterschätzt. Technologische Veränderungen können aber weitreichende Auswirkungen haben, die über besagte Schlüsselwirkungen hinausgehen. Solche »Nebenwirkungen« beruhen auf »allgegenwärtigen und latenten Tendenzen« einer Technik, die »Muster menschlicher Beziehungen zu formen« (Sclove 1995: 89). Diese Wirkungen sind oft unbeabsichtigt und entgehen in der Regel bei der Einführung einer neuen Technik der Aufmerksamkeit der Akteure.

Sclove führt als Beispiel den spanischen Ort Ibieca an, wo in den 1970er-Jahren Wasserleitungen in den Häusern installiert wurden, während man zuvor einen Dorfbrunnen gemeinsam genutzt hatte. Daraufhin »trafen sich die Frauen nicht mehr am Brunnen zum Wäschewaschen, wo sie über Männer und das Dorfleben geschwatzt und sich auch politisch informiert hatten« (ebd.: 86). Zuvor waren Esel zum Wasserholen eingesetzt worden, was durch den Anschluss an die Wasserversorgung unnötig wurde; die Esel wurden seltener benötigt und auch in der Feldarbeit zunehmend durch Traktoren ersetzt. Die Abhängigkeit der Dorfbewohner von auswärtigen Jobs nahm zu. Sclove betont, dass der Zusammenhalt innerhalb des Dorfes dadurch geschwächt und gemeinsames politisches Handeln erschwert wurde. Das Beispiel zeigt, dass bei Entscheidungen über den Einsatz von Technik neben den Schlüssel- auch die Nebenwirkungen berücksichtigt werden müssen.

Die komplexen Wechselwirkungen zwischen einer Technik und ihren Nutzern

Um die dynamischen Zusammenhänge, in denen gesellschaftliche Gruppen interagieren, besser zu verstehen (im Bereich der Commons, aber auch anderswo), haben Elinor Ostrom und Kollegen mehrere Schlüsselelemente identifiziert, die als Funktionselemente solcher Konstellationen aufgefasst werden können (Ostrom 2005). »Dies sind (1) die *Beteiligten*, (2) die von den Beteiligten einzunehmenden *Positionen*, (3) die möglichen *Ergebnisse*, (4) die Art zulässiger *Handlungen*, (5) die *Kontrolle*, die ein Individuum ausüben kann, (6) die *Informationen*, die den Beteiligten zur Verfügung stehen, sowie (7) *Kosten und Nutzen*, die den möglichen Handlungen und Ergebnissen zugeschrieben werden und die als Anreiz bzw. zur

Abschreckung dienen« (Ostrom 2005: 32; Hervorhebung – J.T.). Diese Elemente sind durchaus politisch relevant (was heißt, dass sie Machtverhältnisse und Autorität in einer gegebenen Situation beeinflussen), da die beteiligten Akteure Regeln festlegen, die eines oder mehrere dieser Elemente beeinflussen, Regeln, die Fragen beantworten wie: Wer hat Zugang zu einem Commons, wer kann Sanktionen aussprechen, was wissen die Akteure über den Zustand ihrer Commons und die Handlungen der anderen, wie werden Präferenzen kombiniert (entscheidet »der gewählte Leiter« oder »die Mehrheit«?), und welche Strafen drohen bei Regelverstößen?

Wir können uns nun fragen, wie die Technik diese verschiedenen Elemente beeinflusst, und uns so einer Analyse ihrer Schlüssel- und Nebenwirkungen in der Gesellschaft nähern. Aus Platzgründen beschränke ich mich aber darauf, einige Beispiele für Technologien anzuführen, die *Beteiligte*, *Kontrolle* und *Informationen* beeinflussen.[2]

Die *Beteiligten* an einem Commons sind Akteure, die die entsprechenden Güter verwenden, daraus Nutzen ziehen und die manchmal auch verpflichtet sind, solche Güter selbst zur Verfügung zu stellen.[3] Neue Transportmittel, wie die anfangs erwähnten Motorschlitten in Grönland, können neue Beteiligte ins Spiel bringen. Dies kann starke Nebenwirkungen auf das Gemeingut haben, da neue Beteiligte oft zu erhöhtem Ressourcenbedarf führen. Außerdem teilen die Hinzugekommenen möglicherweise nicht die Normen, die von den langjährigen Beteiligten für den Umgang mit den Commons entwickelt wurden.

Wer überhaupt an einem Commons teilnehmen kann, wird in starkem Maße von Techniken bestimmt, die dazu da sind, Menschen auszuschließen.[4] Ein Blick in die Geschichtsbücher bestätigt, welche Rolle solche Ausschlusstechniken spielten: »Zwischen 1870 und 1880 berichteten die Zeitungen in dieser Region [den westlichen Prärien der USA – J.T.] mehr über das Setzen von Zäunen als über politische, militärische oder wirtschaftliche Themen« (Basella 1988). Das Wachstum der Stacheldrahtindustrie unterstreicht dies eindrucksvoll. Nachdem die kommerzielle Produktion von Stacheldraht im Jahr 1874 mit 5000 Kilogramm begonnen hatte, stieg sie auf 5300 Tonnen im Jahr 1875, 6000 Tonnen im Jahr 1877 und schließlich 40.000 Tonnen im Jahr 1880 (Basella 1988). Ausschlusstechniken wie Zäune, aber auch das Digitale Rechtemanagement[5], werden zur Einzäu-

2 | Vgl. Tenenberg (2008) für eine genauere Diskussion aller genannten Elemente.

3 | Mehrere Artikel in diesem Buch beschreiben anhand konkreter Beispiele das Verhältnis zwischen dem Management von Gemeinressourcen und der behutsamen Anwendung von Techniken; vgl. beispielsweise die Artikel von Papa Sow und Elina Marmer sowie von Gloria Gallardo und Eva Friman (Anm. der Hg.).

4 | Siehe dazu auch den Beitrag von Silke Helfrich ab S. 85 in diesem Buch (Anm. der Hg.).

5 | Der Begriff »Digitales Rechtemanagement« (DRM) wird für jede Technik verwendet, die Verwendungsarten digitaler Inhalte verhindert, die den Wünschen des Inhalteanbieters widersprechen. Sony, Amazon, Apple, Microsoft, AOL, die BBC und andere verwenden DRM-Technologien. Im Jahr 1998 wurde in den USA der Digital Millennium Copyright Act (DMCA) erlassen, der die Umgehung von Verschlüsselungstechnologien zu einem Straftat-

nung des physikalischen oder virtuellen Raums verwendet. Solche Einhegungen können mitunter neue Commons entstehen lassen, wenn sie von den jeweiligen Commoners genutzt werden, um andere an der Zerstörung der jeweiligen Ressourcen zu hindern. Sie können aber auch Commons zerstören, wenn sie von Eliten eingesetzt werden, um sich ehemaligen Gemeinschaftsbesitz anzueignen. Oft gibt es Umgehungstechniken, die die Ausschlusstechniken wirkungslos machen können; so lassen sich Leitern und Drahtschneider gegen Zäune anwenden, und im Internet haben sich Programme zur Entschlüsselung kopiergeschützter DVDs verbreitet (Touretsky 2001). Als unbeabsichtigte Folge kommt es zu einem technischen Wettrüsten zwischen den Verfechtern von Ausschlusstechniken und jenen, die sie zu umgehen versuchen (vgl. Committee on Intellectual Property Rights 2000).

War früher noch menschliche Aufsicht erforderlich, um Ausschluss durchzusetzen, so ist dies heute mit Hilfe der Technik oft viel kostengünstiger möglich. So »beaufsichtigen« Stacheldraht und elektrische Zäune nicht nur den Zugang, sie »sanktionieren« auch gleich jede Übertretung, wobei sie das menschliche Eingreifen durch Automatisierung ersetzen. Die allgegenwärtigen »Kein Durchgang«-Schilder mögen die Regel signalisieren – aber durchgesetzt wird sie mit Hilfe des Zauns.

Technologien beeinflussen auch die Verteilung der Kontrolle zwischen den Akteuren in einer spezifischen Situation. Beispielsweise werden die Bewegungsmöglichkeiten des menschlichen Körpers bei Werkzeugen wie Sägen oder Drehmaschinen durch Schnittführungen oder den mechanischen Aufbau beschränkt. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts untersuchte Frederick Taylor solche Mikrostrukturen der Arbeitsorganisation und entwickelte davon ausgehend neue soziotechnische Prozesse, um menschliche Arbeit in der Industrieproduktion noch effizienter einzusetzen. Die neuen Technologien und Arbeitsplatzrichtlinien wurden mit dem Ziel entwickelt, ausgebildete Arbeiter zu ersetzen, um so die Arbeitskraft billiger zu machen und mehr Kontrolle aus der Fabrikhalle heraus an das Management zu übertragen (Braverman 1974). Studien über »ungelernte« Arbeiter in vielen Tätigkeitsbereichen zeigten jedoch, dass die Arbeiter aufgrund dieser Nebenwirkungen keineswegs zu bloßen Ausführenden im Sinne des Taylorismus geworden sind (Kusterer 1978). Durch ihre Erfahrungen und ihren Einfallsreichtum verbessern sie Produktionsabläufe und Qualität und sichern sich eine gewisse Autonomie, indem sie die vom Management festgelegten Vorschriften und technischen Abläufe umgehen. Genau wie im Beispiel von Brasilia weichen die idealisierten, technisch orientierten Visionen mächtiger Akteure von der Alltagsrealität der Menschen ab, da sie nicht zu den gesellschaftlichen Räumen passen, die sie strukturieren und kontrollieren sollen.

---

bestand macht und damit DRM durchsetzen soll. Die Verwendung des Digitalen Rechtemanagements ist umstritten; daher wird es auch als »Digitales Restriktions-Management« bezeichnet (Anm. der Hg.).

Technologien, die bei Wahlen eingesetzt werden – von Stimmzetteln aus Papier über Lochkarten bis zu optischen Scannern und graphischen Benutzeroberflächen – werden zunehmend als Faktor politischer Kontrolle erkannt, insbesondere nach dem umstrittenen Ergebnis der US-amerikanischen Präsidentschaftswahl des Jahres 2000. »Wahlvorgänge sind inhärent fehleranfällig und waren historisch häufig Manipulationen und Betrug unterworfen. [...] Wählen ist ein paradigmatisches Beispiel für ein durchgängiges Sicherheitsproblem, das mit einem breiten Spektrum an technischen und sozialen Problemen verbunden ist. Diese Probleme müssen systematisch angegangen werden – von der Registrierung der Wähler und dem Abgleich mit Wahllisten im Wahllokal, über die Abstimmung selbst bis hin zur Auszählung. Jede der heutigen Technologien hat Schwachstellen; keine ist unfehlbar« (Neumann 2004: 28).

Verschiedene Verfahren beeinflussen die Fehlerrate bei der Auszählung (vgl. Caltech/MIT Voting Technology Project 2001), die Sicherheit und Zuverlässigkeit des Wahlprozesses sowie seine Transparenz und Überprüfbarkeit (Felten 2003). Bezüglich seiner Schlüsselwirkungen mag der Wechsel der in Wahlen eingesetzten Technologien von Stimmzetteln oder Lochkarten bis zu Wahlcomputern als relativ kleine prozedurale Veränderung erscheinen. Doch dabei wird eine Besonderheit von Computern übersehen: »Die Operationen des Computers sind die meiste Zeit und unter den meisten Umständen unsichtbar« (Moor 1985: 272). Die Kontroverse um computergestützte Wahlen bezieht sich unter anderem auf die Tatsache, dass die Unsichtbarkeit der Rechenoperationen in Verbindung mit rechtsverbindlichen Eigentumsrechten am Quellcode der Programme alle außer den Eigentümern und ihren Vertretern von der Überprüfung des Programmaufbaus ausschließt. Dadurch ist die Überprüfbarkeit dieser Systeme durch unparteiische Dritte prinzipiell ausgeschlossen (Massey 2004).

Die Unsichtbarkeit technischer Operationen beeinflusst auch den Zugang zu Informationen, und zwar nicht nur bei Computern. Wenn eine Technik zu Intransparenz führt, so dass beispielsweise der Ressourcenverbrauch anderer Teilnehmer nicht mehr überprüfbar ist, wird sie eventuell aufgegeben oder zerstört. Lansing nennt als bezeichnendes Beispiel die Bewässerung von Reisfeldern in Indonesien während der »Grünen Revolution« der 1970er-Jahre: »Diese Methode [das genau geplante Fluten der Reisfelder – J.T.] hängt von einem reibungslos funktionierenden gemeinsamen Wassermanagement ab, das mit einem System von Wasserteilern verwirklicht wird, deren Position proportional zur Aufteilung der Wassermenge ist und die damit auf den ersten Blick sichtbar machen, wie viel Wasser in jeden Kanal fließt und ob die Aufteilung mit dem vereinbarten Plan übereinstimmt. [...] In einem Modernisierungsvorhaben sollten diese Wasserteiler durch sogenannte ›Romijn-Tore‹ ersetzt werden [...]. Bei diesen Vorrichtungen kann die Menge an umgeleitetem Wasser nicht mehr bestimmt werden« (Lansing 2006: 8).

Obwohl die Regierung 55 Millionen Dollar in die Installation der Romijn-Tore investiert hatte, »wurde die neue Bewässerungstechnik, die auf Geheiß der Berater in den Wehren und Kanälen installiert worden war, von den Bauern sofort wieder herausgerissen, sobald ihnen dies gefahrlos möglich erschien« (ebd.: 7).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Technologien entwickelt werden, um bestimmte Ziele zu erreichen, und zwar häufig von einflussreichen gesellschaftlichen Akteuren, die die Macht haben, über den Einsatz von Ressourcen zu bestimmen. Diese Akteure bestimmen damit auch, wer in einem spezifischen Kontext beteiligt wird, wie die Kontrolle zwischen verschiedenen Teilnehmern aufgeteilt ist und welche Informationen verfügbar sind. Die Gestaltung bzw. Prägung der materiellen Umwelt bestimmt tatsächlich die gesellschaftliche Organisation – und das ist häufig sogar explizit beabsichtigt: Körperliche Tätigkeiten sollen geformt, bestimmte Muster von Mobilität und Kommunikation ermöglicht werden; es soll geteilt, verbunden, eingeschlossen oder umgangen werden. Und doch sind die betroffenen Personen solchen Entscheidungen nicht hilflos ausgeliefert, sie stehen den technisch bedingten Kontrollmechanismen nicht machtlos gegenüber. Aus der Komplexität der konkreten gesellschaftlichen Umstände und der aktiven Aneignung und Umgehung durch die Akteure ergeben sich weitreichende Wirkungen, die von den Planern häufig nicht beabsichtigt wurden.

Institutioneller und technologischer Wandel

Seit Max Weber (1895) haben Sozialwissenschaftler die Bedeutung von Regeln und regelähnlichen Mechanismen (oft »Institutionen« genannt) für die Ordnung des gesellschaftlichen Lebens betont. Oft wandeln sich diese mit der Zeit, um sich veränderten Bedingungen anzupassen. So erläutert der Wirtschaftswissenschaftler Douglass C. North in seiner Nobelpreisrede von 1993: »Die Interaktion zwischen Institutionen und Organisationen formt die institutionelle Entwicklung einer Wirtschaft im Lauf der Zeit. Wenn Institutionen die Regeln des Spiels sind, so sind die Organisationen und Unternehmer die Spieler.« Viele Sozialwissenschaftler (so auch North) haben jedoch die Bedeutung der Technik in ihrem Einfluss auf institutionelle und gesellschaftliche Entwicklung übersehen. Wir können also Norths Sportmetapher erweitern und davon sprechen, dass Technologien die *Ausstattung* des Spiels bilden. Menschen verändern nicht nur die Regeln, nach denen sie spielen, sondern auch die Ausstattung. Und solche Veränderungen in der Ausstattung verändern manchmal das Spiel selbst.

Technologien und die mit ihnen verbundenen Regelungen beeinflussen sich wechselseitig. Stabile Technologien lassen genug Zeit für die Entwicklung gesellschaftlicher Regelungen, die zu ihr, zu den sie nutzenden Menschen und dem konkreten Anwendungszusammenhang passen. Schlager beleuchtet in ihrer vergleichenden Studie von 33 Gruppen von Fischern auf der ganzen Welt (1995: 259): »Zweiundzwanzig Gruppen (67 Prozent) beschränken den Zugang zu ihren Fischgründen mit der verwendeten Fischfangtechnologie.« Sie fährt fort: »Beispielsweise haben die Kabeljau-Fischer von Fermeuse (Neufundland), ›ihre Fischgründe genau wie viele Fischergemeinschaften im Landesinneren so aufgeteilt, dass in bestimmten Gebieten (gewöhnlich den ertragreichsten) nur bestimmte Technologien zum Einsatz kommen dürfen‹« (ebd.: 262).

Doch mit technologischen Veränderungen, die nicht als natürlicher Prozess, sondern absichtlich erfolgen und durch politische Zielsetzungen ermöglicht werden, ergeben sich auch Veränderungen für die Anwendungssituationen der Tech-

nik: Neue Beteiligte kommen hinzu, zusätzliche Informationen werden verfügbar, die Ergebnisse verändern sich, Kosten und Nutzen werden anders verteilt. Die Akteure passen ihre Verhaltensweisen diesen Veränderungen an. Die angepassten Verhaltensweisen beeinflussen die weitere Entwicklung der Technik, ohne diese völlig festzulegen, und diese wiederum beeinflusst die Verhaltensweisen, ohne sie völlig festzulegen. Diese wechselseitige Beeinflussung kann sich unendlich fortsetzen.

Die Frage, ob Regeln oder die Steuerung von Verhaltensweisen politisch sind, wirkt merkwürdig. Wie könnten sie es nicht sein? Trotzdem kann die politische Natur der Technik leicht übersehen werden, ebenso ihr Einfluss auf die Commons, obwohl sie deren Elemente berührt: Beteiligte, Kontrolle und Informationen. Technologien müssen demnach bei der Schaffung und Pflege von Commons besondere Berücksichtigung finden, da sie sich rasch verändern und tiefgreifende Auswirkungen haben können. Ebenso wie die Regeln sind sie bewusster menschlicher Planung unterworfen. Sie sind daher ganz sicher politisch, aber ihre politische Wirkung ergibt sich nicht zwingend aus ihrer Gestaltung. Ebenso wenig wird sie nur durch mächtige gesellschaftliche Akteure bestimmt, die Kapitalflüsse steuern und bestimmte politische Ziele verfolgen. Mindestens genauso wichtig ist – gerade für die Zukunft der Commons –, ob sich Individuen und Gemeinschaften, die nicht zur Elite gehören, den politischen Vorgaben der Technik unterwerfen oder Widerstand gegen sie leisten; und ob sie sich Techniken aneignen, sie anpassen, verändern und den Umständen entsprechend einsetzen.

Jens, der eingangs erwähnte grönländische Jäger, ist nicht grundsätzlich technikfeindlich; er selbst benötigt Technik zum Jagen und zum Überleben. Doch genauso wenig nimmt er das Eindringen von Motorschlitten in den Inglefield Sound einfach hin, ein Commons, das er mit anderen teilt. Stattdessen engagiert er sich durch politische Einflussnahme dafür, Motorschlitten im Inglefield Sound verbieten zu lassen. Dabei kommt es nicht darauf an, ob Motorschlitten gut oder schlecht, demokratisch oder autoritär sind, oder ob sie überhaupt politisch sind. Die entscheidende Frage ist, wie Jens und seine Mitbürger in Grönland auf eine neue Technologie reagieren, die eines ihrer Commons beeinflusst. Dies kann eine technikvermittelte Reaktion sein (etwa Auspuffschalldämpfer), eine gesetzliche (etwa ein generelles Verbot), eine gesellschaftliche (etwa eine organisierte Bürgerwehr) oder eine Kombination von allem (etwa ein Gesetz, das die Verwendung von Schalldämpfern zu bestimmten Zeiten vorschreibt und das durch Staat und Bürger gleichermaßen überwacht wird). Welche Wahl sie treffen, ist von Natur aus politisch, ebenso wie die zukünftigen technologischen Entwicklungen und die neuen Richtlinien, die sich daraus ergeben.

Literatur

Basella, George (1988): The Evolution of Technology, Cambridge.

Braverman, Harry (1974): Labor and Monopoly Capital; the Degradation of Work in the Twentieth Century, New York.

Committee on Intellectual Property Rights, Computer Science und Telecommunications Board (2000): The Digital Dilemma: Intellectual Property in the Information Age, Washington.

Ehrlich, Gretel (2003): This Cold Heaven: Seven Seasons in Greenland, New York.

Eisenstein, Elisabeth L. (1983): The Printing Revolution in Early Modern Europe, Cambridge.

Felten, Edward W. (2003): »A Skeptical View of DRM and Fair Use«, in: *Communications of the ACM*, 46, 4, S. 56-59.

Friedman, Batya/Kahn Jr, Peter H. (2002): »Human Values, Ethics, and Design«, in: Human Factors and Ergonomics, S. 1177-1201.

Kusterer, Kenneth (1978): Know-How on the Job: The Important Working Knowledge of »Unskilled« Workers, Boulder.

Lansing, John Stephen (2006): Perfect Order: Recognizing Complexity in Bali, Princeton.

Litman, Jessica (2000): Digital Copyright: Protecting Intellectual Property on the Internet, New York.

Massey, Andrew (2004): »But We Have to Protect Our Source: How Electronic Voting Companies' Proprietary Code Ruins Elections«, in: *Hastings Communications and Entertainment Law Journal*, 27, S. 233.

Moor, James H. (1985): »What is Computer Ethics«, in: *Metaphilosophy* 16, 4, S. 266-275.

Mumford, Lewis (1964): »Authoritarian and Democratic Technics«, in: *Technology and Culture* 5, 1, S. 1-8.

Neumann, Peter (2004): »Introduction to the Special Issue on the Problems and Potentials of Voting Systems«, in: *Communications of the ACM* 47, 10, S. 28-30.

North, Douglass C. (1993): Economic Performance through Time, Nobelpreisrede, online unter: http://nobelprize.org/nobel_prizes/economics/laureates/1993/north-lecture.html (Zugriff am 11.08.2011).

Ostrom, Elinor (2005): Understanding Institutional Diversity, Princeton.

Schlager, Edella (1994): »Fishers' Institutional Responses to Common-Pool Resource Dilemmas«, in: Ostrom, E./Gardner, R./Walker, J. (Hg.): Rules, Games, and Common-Pool Resources, Chicago, S. 247-266.

Sclove, Richard E. (1995): »Making Technology Democratic«, in: Brook, James/Boal, Iain (Hg.): Resisting the Virtual Life: The Culture and Politics of Information, S. 85-101.

Scott, James C. (1998): Seeing Like a State: How Certain Schemes to Improve the Human Condition Have Failed, New Haven.

Tenenberg, Josh (2008): The Politics of Technology and the Governance of Commons. The 12th Biennial Conference of the International Association for the Study of Commons, Cheltenham, England.

The Caltech/MIT Voting Technology Project (2001): Residual Votes Attributable to Technology: An Assessment of the Reliability of Existing Voting Equipment, VTP Working Paper #2, online unter: http://www.vote.caltech.edu/drupal/files/working_paper/vtp_wp2.pdf (Zugriff am 24.09.2011).

Touretzky, David S. (2001): »Viewpoint: Free Speech Rights for Programmers«, in: *Communications of the ACM* 44, 8, S. 23-25.

Weber, Max (1895): Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik. Freiburger Antrittsvorlesung, Freiburg i.Br.

Winner, Langdon (1980): »›Do Artifacts Have Politics?‹«, in: *Daedalus* 109, 1, S. 121-136.

Josh Tenenberg (USA) ist Professor am Technologischen Institut der Washington University, Tacoma. Er forscht zu computergestützter Bildung, Design und Technologiepolitik. Er ist Mitherausgeber von ACM Transactions on Computing Education

Das Commoning von Mustern und die Muster des Commoning[1]

Eine Skizze

Franz Nahrada

Woran müssen Sie denken, wenn Sie ein wohnliches Haus bauen möchten? Vielleicht schauen Sie sich zunächst die Umgebung an, zum Beispiel ob die Nachbarschaft einen angenehmen Eindruck macht oder ob es Grünflächen in der Nähe gibt. Sie prüfen das Baugrundstück und nehmen sich vor, das dort Vorhandene optimal zu nutzen. Sie schaffen eine nach Süden ausgerichtete Freifläche und geben ihr eine ansprechende Form. Das Gebäude soll das Tageslicht sanft aufnehmen und in unterschiedlichem Ausmaß Intimität bieten. Gemeinsam zu nutzende Flächen gehören in die Mitte, direkt auf dem Weg ins Haus hinein, gehören in die Nähe einer Küche und des Ausgangs zum Garten. Und so weiter.

All dies mag trivial erscheinen, ist es aber nicht. Es gibt tausend mögliche Fehler – und nur einige wenige Möglichkeiten, es richtig zu machen. Sie hängen von der Situation ab, von Ressourcen und Zielen. Wie wäre es, wenn wir eine Art Werkzeugkasten hätten, der es uns ermöglicht, in einem bestimmten Bereich, etwa der Architektur, zielführende Lösungen zu erkennen und zu kombinieren? Das ist die Idee, die Christopher Alexander als »patterns« (engl.) in die Architektur eingeführt hat (Alexander 1977).[2]

Damit soll ein Bereich der Realität mittels einer begrenzten Zahl von Grundmustern beschrieben werden können. Diese Grundmuster setzen Verbundenheit zwischen den Elementen einer »lebenden« Realität voraus. Zusammengefasst behauptet Alexander, dass »gute« Architektur hauptsächlich deswegen funktioniert, weil sie die richtigen Problemlösungen erkennt. Richtig in diesem Sinn ist das, was mit verschiedensten Bedürfnissen und Anforderungen nicht nur harmoniert, sondern selber menschliches Wohlbefinden und Nachhaltigkeit erzeugt. Diese Lösungen können als Grundmuster beschrieben werden, die ein Entwurfsprozess

1 | Zum Begriff des »Commoning« vgl. den Beitrag von Stefan Meretz in diesem Buch (Anm. der Hg.).

2 | Im Deutschen hat sich der Ausdruck »Muster« und »Mustersprachen« eingebürgert, aber um der besseren Verständlichkeit willen verwende ich im Folgenden in der Regel »Grundmuster«.

erkennt und nachvollzieht, wobei sowohl die individuelle Ausgestaltung als auch die richtige Kombination der Muster große Freiheitsgrade bieten.

Dementsprechend kann ein Grundmuster definiert werden als bewährte Lösung für ein immer wiederkehrendes Problem. Diese Lösung kann benannt, analysiert und reproduziert werden. Fast alles kann ein Grundmuster sein, von physischen Strukturen bis hin zu Denk- und Verhaltensweisen. Idealerweise ergänzen und verstärken sich Grundmuster gegenseitig auf effiziente und kreative Weise und ermöglichen es so einander, zu funktionieren. Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile, weil die Teile schon immer aufs Ganze bezogen sind. Daher ist eine »Sprache« der Grundmuster erforderlich, um die mannigfachen Beziehungen zwischen den einzelnen Elementen offenzulegen. Wenn Nicht-Experten die »Grammatik« einer solchen Sprache verstehen, können sie sich schnell grundlegende Kompetenzen in einem bestimmten Bereich aneignen, Gestaltung und Entwicklung eines Prozesses verstehen und sich daran beteiligen. Grundmuster sind demnach die beste Möglichkeit, um Erfahrung zu verdichten und Menschen in die Lage zu versetzen, über theoretische Betrachtungen hinaus in praktischen Situationen die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Alexander entwickelte eine solche Sprache mit 253 Grundmustern verschiedenster Größenordnung, die er mitunter auch gegen den heutigen Status quo einklagt. Sie reichen von der »Organisierung des Planeten als Gemeinwesen unabhängiger Regionen« bis hin zur »Verwendung von Gegenständen aus Ihrem Leben anstelle von unauthentischem Dekor für die Innenraumgestaltung«. Alexanders Grundmuster sind von einer riesigen Vielfalt an Einflüssen und wechselseitigen Abhängigkeiten im jeweiligen Gegenstandsbereich – Städten, Gebäuden und Anlagen – geprägt. Seine Methode, Komponenten anhand ihrer sich gegenseitig verstärkenden und das Leben aufbauenden Beziehungen zu identifizieren, ist in viele verschiedene Bereiche erfolgreich übertragen worden, etwa in die objektorientierte Programmierung[3], die Pädagogik und das politische Engagement. Weitere Übertragungen dieses Konzepts scheinen bevorzustehen. Manche Menschen behaupten, dass dieser Prozess Vorbote einer wissenschaftlichen Revolution ist, die die Unzulänglichkeiten analytischer und isolierender Methoden, die seit René Descartes die Wissenschaft bestimmen, auf höherer Stufe durch ein »Wiederzusammenführen« aufhebt. Eine solche Wissenschaft würde zusammenhängende Perspektiven auf einen Sachbereich erlauben und den eigenartigen Widerspruch zwischen Theorie und Praxis überwinden.

In seinen späteren Arbeiten ging Alexander über die Architektur hinaus und begann zu analysieren, was sich hinter Grundmustern im Allgemeinen verbirgt. Sehr grob ausgedrückt könnte man sagen, dass es universelle Lebensgesetze sind, die sich in diesen Mustern immer wieder auffinden lassen. Oder, ein wenig genauer: Grundmuster sind die Eigenschaften von Strukturen, die die Beständigkeit und die Wechselwirkungen von verschiedenen Arten dessen, was wir »Energien«

3 | Objektorientierte Programmierung betrachtet einzelne Abschnitte von Codes als Einheiten, die man wie Gegenstände, die Eigenschaften und Verhaltensweisen aufweisen, behandeln kann. Dies ist nicht nur ein Weg zum schnelleren Codieren, sondern auch dazu, Codes wiederverwendbar und besser verständlich zu machen.

und »Potentiale« nennen würden, erleichtern. Grundmuster sind wie Behälter für komplexe, lebendige Prozesse, deren Energien zu »Ganzheit«, »Proportion«, »Synergie« und »Schönheit« führen.[4] Sie sind die verdichtete Erfahrung vieler erfolgreicher Schöpfungen, sind intuitiv erkennbar und sprechen uns mittels einer »Qualität ohne Namen« an. Sie verlangen nach Visualisierung, nicht nur nach sequentieller Beschreibung.

Die von Alexander beeinflussten Denkschulen sprechen daneben häufig auch von »Anti-Mustern«. Dabei handelt es sich um gesellschaftliche Praktiken, die Vitalität und Nachhaltigkeit *mindern*. Der Geniekult in der gegenwärtigen Architektur beispielsweise führt häufig zu Gebäuden, die wenig wohnlich sind. Dies ist ein weiterer Hinweis darauf, dass die Präsenz der Grundmuster keinesfalls selbstverständlich ist, denn sie werden häufig nicht nur ignoriert, sondern oft genug bewusst unterdrückt.

Ich glaube, dass Muster ein zentrales Thema sein sollten für Menschen, die sich für Commons interessieren, und zwar vor allem aus drei Gründen:

1. Grundmuster sind ein gemeinsamer Nenner für soziale und kulturelle Praktiken aller Art, die uns ermöglichen, unsere Welt bewusst zu gestalten. Sie kennzeichnen jenes Wissen, das zu einer reichhaltigen, vitalen und nachhaltigen Realität führt. Sie erlauben uns, das zu generalisieren, was funktioniert. Sie sind daher vielleicht der am stärksten verdichtete Ausdruck der Wissens-Commons. Commoning von Grundmustern ist daher in vielen Berufen, Handwerken und Disziplinen eine althergebrachte Tradition. Wo auch immer Grundmuster respektiert werden, steht dahinter auch ein spezifischer sozialer Prozess ihrer Pflege und Vermittlung.
2. In einer Zeit, in der alles mühelos maschinell und automatisiert produziert werden kann, verlagert das Kapital seine Verfahren, für Wachstum zu sorgen, weg von traditionellen Wegen (Produktion) hin zu nichts weniger als »feudalen Methoden«: In einer Zeit immenser Wertminderung von Produkten durch die Automatisierung kann wirtschaftlicher Erfolg eher dadurch erzielt werden, dass man Eigentumsrechte an erfolgreichen Grundmustern geltend macht; dies gewährt einem die Möglichkeit, andere zu besteuern, wenn sie in ihrer Arbeit ein bestimmtes Grundmuster verwenden (müssen). So bewegen sich Arbeit und Kapital allmählich auseinander; eine lange währende Ehe geht auf ihr Ende zu. Grundmuster der Produktion und der Produkte sind daher die strategischen Knotenpunkte, die die Privatmacht des Geldes nutzt, um ihre (lukrativen) Fallen zu etablieren: etwa Aktivitäten von Wettbewerbern zu behindern und zu verbieten – oder diese auszubeuten, indem die Wettbewerber zum Erwerb von Lizenzen gezwungen werden. Man denke auch an die Biopiraterie oder Bioprospektion zum Zwecke der Kommerzialisierung indigenen Wissens. Oder an die explosive Ausdehnung von Patenten in al-

4 | Dazu entdeckt er so etwas wie »Grundmuster der Grundmuster«, die er in seinem Spätwerk *A Theory of Order* genauer beschrieben hat. Eine gute Zusammenfassung gibt Helmut Leitner auf http://www.mustertheorie.de/. Diese Grundmuster sind Kategorien wie Größenstufen, starke Zentren, Grenzen, rhythmische Wiederholung etc.

len Technologiebereichen. Die heutige Wirtschaft kann man als ein großes Commons-Verhinderungs-Projekt denken, da es nichts weniger einhegt als die Essenz der freien, autonomen Arbeit: nämlich Wissen, Erfahrung und Verfahren, die in allen beruflichen Bereichen erforderlich sind. Dieses Einhegen nimmt in dem Maß zu, in dem Netzwerke und neue Technologien es zunehmend ermöglichen, in größerem Maßstab Wissen zu teilen und in viel kleinerem Maßstab Produktion zu betreiben – eine tödliche Gefahr für das Kapital, das genau das Gegenteil tun muss: Produktion aufblähen und Wissenstransfer minimieren.

3. Auch die Praktik des Commoning selbst könnte als Satz miteinander zusammenhängender Grundmuster aufgefasst werden. Das ist sogar dringend notwendig: Commoning kann nicht von einem einzelnen Ansatzpunkt oder Axiom abgeleitet werden. Vielmehr ist es das Produkt einer *großen Vielzahl* von Praktiken, die viele verschiedene Formen annehmen können, je nach der Natur der kollektiven Ressource, auf der es aufbaut, sowie vieler weiterer Faktoren. Daher könnte eine »Sprache der Grundmuster des Commoning« eine Möglichkeit sein, Dogmatismus und Spaltungen in der Commons-Bewegung zu verhindern und Einheit in der Vielfalt anzuerkennen.

Das Commoning von Mustern

Grundmuster sind mehr als Schnipsel irgendeines kulturellen Erbes; sie sind ihrem Wesen nach universeller. Ihre Essenz liegt jenseits von kultureller Identität und Tradition, auch wenn Tradition und Kultur die fruchtbarsten Möglichkeiten bieten, Grundmuster zu entdecken und am Leben zu erhalten. Idealerweise besteht eine Grundmuster-Gemeinschaft aus Menschen, deren Wurzeln in kulturellen Traditionen liegen und die dennoch auf globale Kooperation hin orientiert sind. Demnach lautet die essenzielle Frage: Wo gibt es Gruppen von Menschen oder Gemeinschaften, die effektiv eine geteilte Ressource pflegen und ein ganzes Umfeld, Verhaltensweisen, Institutionen etc. gestalten können?

Wir können die entstehenden »Grundmuster-Gemeinschaften« mit der traditionellen »wissenschaftlichen Gemeinschaft« vergleichen. Obwohl deren Ansatz universell ist, distanziert sie sich zumeist von den Fragen der praktischen Anwendungen von Wissen. Es gibt viele Arten, über praktische Anwendungen und Auswirkungen zu reflektieren – etwa durch Technologiebewertung –, aber die Wissenschaft behandelt ihre Objekte im Allgemeinen einzeln und »neutral« und reflektiert häufig erst im Nachhinein über die Praxis.[5] Grundmuster-Gemeinschaften hingegen

5 | Es gibt neue Ansätze, etwa »transdisziplinäre Forschung«, die sich dieses Dilemmas bewusst sind. Es mangelt ihnen jedoch häufig an einer klaren Methodologie, mit der eine Vielzahl an Perspektiven mit einbezogen werden kann. Mustersprachen organisieren das theoretische Feld – quer zu den Grenzen von Disziplinen –, indem sie (nahezu) alles aufnehmen können, was in der untersuchten Realität miteinander koexistiert und aufeinander wirkt. Interessanterweise hat Alexander seine Architektur- und Planungsgrundmuster mit vielen kulturellen, politischen und soziologischen Grundmustern vermischt, wobei er die Bedürfnisse und Wünsche von Menschen im Laufe ihres Lebens etc. ausdrückt – einfach

versuchen fortwährend über die Wertigkeit, die Wirkung und das Zusammenspiel der Gegenstände ihres Tuns zu reflektieren. Analogien sind in alten Handwerksgilden oder Ingenieurvereinigungen zu finden. Solche Netzwerke mit freiwilliger oder obligatorischer Mitgliedschaft waren allerdings häufig vom Wettbewerb innerhalb des Berufsstandes oder von politischen Machtspielen überschattet. Wissen wurde Nicht-Mitgliedern oft vorenthalten. Nach unserer Vorstellung handelt es sich bei Grundmuster-Gemeinschaften im eigentlichen Sinne um selbstorganisierte Gesellschaften des Lernens, des Wissens und der Selbstbestimmung. Sie könnten sogar von Nicht-Experten geleitet werden, was auf der grundsätzlich demokratischen Idee fußt, dass das moderne Individuum nicht an spezifische Rollen im Rahmen der Arbeitsteilung gebunden sein soll.

Ein gutes Beispiel, das alle Voraussetzungen einer Grundmuster-Gemeinschaft erfüllt, scheinen mir die Gemeinschaften rund um PloP, der Pattern Languages of Programs, oder der objektorientierten Programmierung zu sein. In den Worten von Brad Appleton, Mitbegründer der Chicago Patterns Group: »Die Bildung einer gemeinsamen Sprache der Grundmuster, um die Strukturen und Mechanismen unserer Architekturen zu vermitteln, ermöglicht es uns, verständlich zu argumentieren. Der primäre Fokus liegt nicht so sehr auf der Technologie als vielmehr auf der Schaffung einer Kultur, um solide technische Planung, Architektur und Design zu dokumentieren und zu unterstützen.«[6]

Die Ambitionen von Grundmuster-Gemeinschaften sind enorm. Der Erhalt des gemeinsamen gesammelten Wissens, das Herauskristallisieren und Identifizieren derjenigen Grundmuster mit dem höchsten Potential, ihre Präsentation auf intuitive Art und Weise – all dies wird nur dann existieren, wenn das soziale Interesse an der Bereitstellung der erforderlichen Ressourcen sich erfolgreich selbst organisieren kann.

Daher müssen wir uns fragen: Was ist die soziale Grundlage eines erfolgreichen Commoning von Grundmustern? Welche Art Lebensstil und welche Art wirtschaftlicher Logik können dauerhaften Wissensaustausch, großzügiges Teilen und die kollektive Weiterentwicklung und Abstrahierung guter Lösungen hervorbringen? Umgekehrt: Welcher Lebensstil und welche ökonomische Logik können Grundmustern der Trennung, der Monopolisierung von Wissen und des rücksichtslosen Missbrauchs von Unwissen entgegentreten bzw. sie verhindern?

Die Antwort könnte vielfältig und mehrdeutig sein. Commoning kann den praktischen Bedürfnissen von Einzelpersonen und Unternehmen dienen, die finanziell zu »schwach« sind, um im Bereich des geistigen Eigentums im Wettbewerb zu bestehen oder dort Handel zu treiben. Es ist in den Praktiken derjenigen zu finden, die nach Autonomie und gemeinschaftsbasierter Produktion streben, wie auch in traditionellen Institutionen, die ursprünglich im Rahmen von Nationalstaaten existierten und mittlerweile anerkennen, dass ein globales Bildungs-

---

dadurch, dass er realisierte, dass es Zweck der Architektur ist, menschliche Bedürfnisse zu erfüllen, und dass die soziale Realität immer intensiv mit der räumlichen Realität zusammenspielt. Daher erlauben Grundmuster-Gemeinschaften nicht nur das Einbeziehen praktischer Perspektiven – sie leben davon.

6 | Brad Appleton, zitiert auf http://hillside.net/patterns (Zugriff am 29.11.2011).

Commons ihren Zwecken dient, sowie in internationalen Organisationen, Berufsverbänden, Genossenschaften, Lehrkräftevereinigungen usw.

Keimzellen von Grundmuster-Gemeinschaften entstehen in vielen verschiedenen Bereichen unter anderem im Herzen der Wissenschaft. Während sich beispielsweise viele Universitäten auf die Sammlung von Patenten konzentrieren, beginnen andere, den Wert großzügigen Teilens und der Kooperation wiederzuentdecken und bilden sogar transdisziplinäre Gemeinschaften im Umfeld von Grundmustersammlungen bzw. -archiven.[7] Sie verstehen, dass sich das Wissen am besten entwickeln wird, wenn es geteilt und erweitert werden kann und wenn es offenliegt.

Die Muster des Commoning

Wir können sicher davon ausgehen, dass Grundmuster in jedwedem Bereich idealerweise als Commons organisiert sein sollen. Können wir aber auch behaupten, dass die Commons selbst ein Satz Grundmuster sind? Können wir damit erfolgreiche Praktiken identifizieren, die Commons ausmachen und sie aufblühen lassen?

Ein erstes Grundmuster des Commoning haben wir gerade kennengelernt: Es ist das Grundmuster passiver Kompetenz[8], das reflexiv das Teilen von Wissen mit »Nicht-Experten« und Außenstehenden bevorzugt. Man könnte den Eindruck haben, dass dieses Grundmuster nur auf Wissens-Commons anwendbar ist. Wenn wir aber genauer hinsehen, fangen wir an zu verstehen, dass passive Kompetenz auch für materielle Commons lebensnotwendig ist. Kein Commons kann ohne weit verbreitetes Wissen über seine Natur und ohne die weit verbreitete Akzeptanz und den Respekt für die Gruppen, Institutionen und Arrangements zu seiner Pflege existieren. In Österreich haben wir ein sehr gutes öffentliches Wasserversorgungssystem, das das Wasser von den Bergen mehr als 200 Kilometer weit nach Wien leitet. Ich sehe darin gewaltige Commons, nicht nur eine öffentliche Institution. (Ganze Familien und Gemeinden widmen sich seit Generationen diesem Thema.) Es werden zum Beispiel viele Bildungsrundfahrten durchgeführt, die das Bewusstsein der Menschen über den Weg des Wassers, den hohen Wartungsbedarf und die Perioden der Knappheit und des Überflusses, die wir teilweise, aber niemals vollständig ausgleichen können, wecken.

Wenn es umgekehrt Experten und Wartungsfachleute braucht, um ein Commons zu steuern und zu schützen, stellt sich die Frage, wie sie sich selbst organisieren und Akzeptanz in ihrem Umfeld erlangen. Es gibt auch hier Grundmus-

7 | Siehe zum Beispiel den »Ontology Design Catalogue« der University of Manchester, http://www.gong.manchester.ac.uk/odp/html/index.html, oder die »Design Pattern Repository« der Aristoteles-Universität Thessaloniki (Griechenland), http://sweng.csd.auth.gr/depre/ (Zugriff am 29.11.2011).

8 | Der Begriff »passive Kompetenz« kommt aus der Linguistik und bezeichnet die Fähigkeit, eine Sprache zu verstehen, ohne sie notwendigerweise aktiv sprechen zu können. Demzufolge bedeutet passive Kompetenz, dass man versteht, was ein Experte tut, ohne notwendigerweise selbst Experte zu sein. Passive Kompetenz wird in unserem Bildungssystem grob vernachlässigt.

ter, die nur darauf warten, besser herausgearbeitet zu werden. Wir haben gehört, dass Commons unter anderem auf Sozialchartas beruhen.[9] Diese Chartas sind aber möglicherweise nicht das Grundlegendste, was ein Commons zusammenhält. Andreas Weber beispielsweise schreibt in seinem Beitrag über das natürliche oder »biologische« Paradigma eines sich immer weiter vertiefenden Prozesses der Exploration, in dem Individuen ihre Rollen und Nischen in einem System gegenseitiger Abhängigkeiten entdecken. Rob Hopkins, der Mitbegründer der Transition-Bewegung und ebenfalls Mitautor dieses Buches, strebt an, strenge Grundsatzdokumente zugunsten von Grundmuster-Sprachen aufzugeben, als »Experimentierfeld« für auf Erfahrung aufbauendes Experimentieren und Entwicklung. Dies begründet er folgendermaßen: »Der von uns angestrebte Wandel oder die Transition-Bewegung hat eine Reihe von Eigenschaften u.a.:

- *Verbreitet er sich wie ein Virus* und taucht an Orten auf, an denen man ihn am wenigsten erwartet.
- *Open Source*: Transition ist ein Organisationsmodell, das Menschen gestalten, sich zu eigen machen und zugleich anderen zur freien Verfügung stellen.
- *Selbstorganisierend*: Die *Bewegung* wird nicht zentral kontrolliert, sondern ist etwas, das die Menschen sich aneignen.
- *Lösungsorientiert*: *Die Transition-Bewegung* betreibt keine Kampagnen gegen etwas, sondern steckt die positive Vision einer Welt ab, die ihre Grenzen akzeptiert hat.
- *Iterativ*: Die Bewegung lernt kontinuierlich aus ihren Erfolgen und Fehlern, um herauszufinden, was funktioniert und was nicht. Sie definiert sich immer wieder neu.
- *Klärend*: Der Wandel bietet eine klare, auf den besten wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhende Erklärung darüber an, wo die Menschheit steht.
- *Sensibel hinsichtlich Ort und Maßstab*: Der Wandel sieht anders aus, je nachdem, wo er stattfindet.
- *Historisch*: Er versucht, einen Sinn dafür zu entwickeln, dass es eine historische Gelegenheit gibt, etwas Außergewöhnliches zu tun – und, vielleicht das Wichtigste:
- *Mit Freude*: Wenn es keinen Spaß macht, dann machst du es nicht richtig.
- Jede Grundmuster-Sprache, die für die Kommunikation von Wandel angelegt ist, muss daher in der Lage sein, diese Eigenschaften zu verkörpern.«[10]

Hopkins beschreibt im Folgenden einige sehr interessante Grundmuster. Grundmuster wie »Umgang mit Trauer«, »konstruktive Kritik« und »Höflichkeit« sollen Gefühle der eigenen Überlegenheit überwinden und effektive Kommunikation zwischen der Kerngruppe von Erneuerern und der Außenwelt etablieren. Grund-

9 | Zur Rolle von Sozialchartas siehe den Beitrag von James Quilligan in diesem Buch (Anm. der Hg.).

10 | Siehe unter: http://transitionculture.org/2010/06/04/rethinking-transition-as-a-pattern-language-an-introduction/ (Zugriff am 29.11.2011). Vergleiche auch die Beiträge von Rob Hopkins und Gert Wessling in diesem Buch (Anm. der Hg.).

muster wie »kritisches Denken« und »beständiges Messen und Überprüfen« bilden einen Ausgleich zu »Visionen entwickeln« und »Künste und Kreativität«. Es gibt aber auch Grundmuster wie das »Kuchen backen«, die dazu dienen, Energien des Feierns innerhalb der Bewegung aufzugreifen.

Die Idee, dass Grundmuster-Sprachen selbst sich als unabdingbares Instrument oder als Grundmuster des Commoning erweisen könnten, scheint mir nicht allzu spekulativ. Das handlungsleitende Wissen wird dadurch in eine Form gebracht, die es Kollektiven ermöglicht, sich zu entfalten, ins Gleichgewicht zu kommen, Erfahrungen nachzuzeichnen und wertzuschätzen sowie in einer gegebenen Situation die beste Lösung zu synthetisieren.

Das Narrativ, das mich in diesem Zusammenhang am stärksten beeindruckt – und das sehr viel über die Abgrenzung zwischen dem »Öffentlichen« und »Commons« aussagt – ist das des Medizinrads der amerikanischen Ureinwohner. Natürlich handelt es sich dabei nicht um ein einziges Narrativ, sondern um ein vielstimmiges, das von mehreren mündlichen Traditionen weitergegeben wird. Obwohl mein Zugang dazu subjektiv war,[11] werde ich versuchen, daraus die Essenz dessen zu filtern, was ich für ein weiteres grundlegendes Muster des Commoning halte.

Grundmuster: Der Kreis

- Der Kreis versucht, alle Belange und Bestrebungen innerhalb und sogar außerhalb einer Gruppe zu umfassen; er behandelt sie als gleichwertig.
- Beim Kreis geht es um Prüfung, Bestätigung und Innovation von sozialen Praktiken.
- Der Kreis ist auf rituelle Art und Weise organisiert, was die Menschen zwingt, mit ihrer ganzen Aufmerksamkeit und aus einer klaren Perspektive heraus, die sowohl eine individuelle Situation als auch eine Rolle im Sozialen darstellt, zuzuhören und zu sprechen.
- Der Kreis strebt danach, die folgenden Bereiche in der folgenden Sequenz zusammenzufügen: Kreativität/Innovation; Gegenwartsbewusstsein/Realitätssinn; Emotionen, die uns zur Wahrnehmung von Bedrohungen und Chancen leiten; Zielbewusstheit und Sinn für die eigene Identität; Lernen über alle möglichen Instrumente und Ressourcen; Voraussicht zukünftiger Entwicklungen und Strategie; die Notwendigkeit für Klarheit bei der Entscheidungsfindung und – zuletzt und entscheidend – der Eindruck, dass alle Stimmen tatsächlich gehört und in Erwägung gezogen worden sind. So gibt die Entscheidung allen Beteiligten eine gute Perspektive.
- Der Kreis läuft gesteuert von der letzten Perspektive in einem iterativen Prozess weiter, bis ein optimaler Konsens gefunden wird.

Es ist bemerkenswert, dass dieses »kreisrunde« Muster nicht auf wenige Individuen oder »Stämme« begrenzt, sondern sogar als Governance-System zwischen Gruppen und Nationen gedacht war und ist. Idealerweise wird auf jeglichem

11 | Ich habe von WindEagle und RainbowHawk des Ehama Institute – siehe unter: http://www.ehama.org (Zugriff am 29.11.2011) – gelernt.

Niveau einer erfolgreichen Lösung eine lebende und pflegende Beziehung zwischen sehr verschiedenartigen Elementen gefunden – und die Reihenfolge der Perspektiven, mittels derer diese Beziehung geschaffen wird, ist keinesfalls willkürlich. Die acht oben genannten Perspektiven bauen in einem strikten Grundmuster aufeinander auf; keine andere Sequenz würde das erwünschte Ergebnis erzielen können.

Können wir solche Grundmuster in den heute entstehenden Commons-Praktiken anwenden? Das werden wir wahrscheinlich tun müssen, denn Commons sind nicht möglich ohne Prozesse, die einen Ausgleich anstreben, und zugleich können wir deren Ergebnisse nicht in ihrer Gänze voraussehen. Wir müssen komplementäre Grundmuster einführen, die die Dynamik gänzlich verschiedener ökonomischer Beziehungen enthalten. Wir müssen Grundmuster der Kommunikation ausloten, die es uns ermöglichen, kooperative Arbeitsbeziehungen und Innovation zu etablieren. Wir müssen die optimalen Größen und Eigenschaften unseres Lebensraums bestimmen. Wir müssen ein Gleichgewicht zwischen unserer Privatsphäre und Individualität auf der einen und unserer gegenseitigen Abhängigkeit auf der anderen Seite erreichen. Und so fort.

Mustersprachen werden uns helfen, schematisches Denken zu vermeiden und die tiefere Komplexität sowie die Freiheitsgrade zu begreifen, die eine sich zur wahren Zusammengehörigkeit entfaltenden Welt mit einbezieht – denn Steuerung durch Befehlsgewalt und Kontrolle, durch Geld und Macht sowie konventionelles ökonomisches und politisches Denken, haben sich als viel zu primitiv erwiesen, um die Probleme zu lösen, die sie geschaffen haben.

Literatur

Alexander, Christopher (2003-2004): The Nature of Order: An Essay on the Art of Building and the Nature of the Universe, 4 Bände, London.

Alexander, Christopher mit Ishikawa, Sara/Silverstein, Murray/Jacobson, Max/King, Ingrid F./Angel, Shlomo (1977): A Pattern Language: Towns, Buildings, Construction (Center for Environmental Structure Series), New York.

Leitner, Helmut (2007): Mustertheorie – Einführung und Perspektiven auf den Spuren von Christopher Alexander, Graz.

Franz Nahrada (Österreich) lebt in Wien, wo er als Geschäftsführer des Hotels seiner Familie tätig ist. Er beschäftigt sich seit seiner Studienzeit (Soziologie und Philosophie) mit alternativen Gesellschaftsmodellen und hat sich auf das Zusammenwirken von globaler Vernetzung mit der Entwicklung von Dörfern spezialisiert; http://www.globalvillages.org, http://transitionaustria.ning.com.

Commons: Quelle der Fülle?

Ein Gespräch zwischen Roberto Verzola, Brian Davey, Wolfgang Höschele und Silke Helfrich

Eine der inspirierendsten Debatten während der Internationalen Commons-Konferenz in Berlin im November 2010 stand unter der Überschrift »Die re-produktive Logik der Commons«. Gibt es in den Commons Fülle oder Überfluss? Auch und obwohl sie auf natürlichen Ressourcen beruhen? Oder läuft dieser Gedanke letztlich darauf hinaus, natürliche Grenzen zu ignorieren? Die in Berlin begonnene Diskussion wird hier fortgeführt. Zusätzliche Informationen finden sich auf http://p2pfoundation.net/Abundance_of_Food_vs_the_Abundance_of_Recipes (Zugriff am 06.02.2012).

Silke Helfrich: Roberto, wenn Du über »Fülle in den Commons« redest, was meinst Du damit?

Roberto Verzola: Dreierlei: die Fülle an Wissen und Information, die dank neuer Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) frei oder kostengünstig verfügbar ist; der Überfluss in biologischen Systemen, der sich trotz Missbrauch und unangemessener Nutzung immer wieder aufs Neue herstellt; und die materielle Fülle, die dann möglich wird, wenn wir ganz bewusst geschlossene Produktionskreisläufe gestalten, die auf erneuerbaren Energien beruhen.

Stellen wir uns eine Flasche vor. Wir können Wasser, Nahrungsmittel, Sauerstoff und vieles andere darin abfüllen, um es zu verkaufen. Wenn der Flascheninhalt dann verbraucht ist, ist er weg. Aber eine Flasche voller Ideen wird sich niemals aufbrauchen, so viel wir diese Ideen auch nutzen. Wenn wir unsere Ideen teilen, haben wir am Ende mehr als zuvor. Das ist die Informationsfülle. Dank neuer IKT können wir heute einfacher auf den globalen Wissensvorrat zugreifen, wir können mehr Wissen suchen und teilen als je zuvor.

Stellen wir uns nun die DNA vor. Auch sie wurde von der Natur gewissermaßen »abgefüllt«: in Gene, Zellen, Organismen und Arten, und sie hat jeden lebenden Organismus mit dem intrinsischen Antrieb ausgestattet, seine Art zu reproduzieren. Das ist die biologische Fülle. Und stellen wir uns schließlich eine Fabrik vor: Wenn es keinen entsprechenden Rahmen gibt, wird dort nur wenig oder gar nichts produziert. Aber sobald eine gewisse Ordnung da ist, werden jede Menge Güter hergestellt. Das ist organisierte Fülle.

Helfrich: Die »biologische Fülle« erinnert mich an Andreas Weber, ein Autor dieses Buches. In seinem Beitrag schreibt er: »Die Natur als Ganze ist das Paradigma eines Haushaltes der Gemeingüter. Nichts ist in ihr Monopol, alles ist Open Source.«

Verzola: Nun, die Fülle in der Natur ist kaum zu übersehen: Bakterien können ihre Anzahl in einer halben Stunde verdoppeln; einige Pflanzen produzieren täglich eine Million Pollen; Fische können in einer Laichsaison bis zu zehn Millionen Eier ablegen; aus einem Reiskorn können 1000 Körner entstehen. In Meeren, Riffen, Seen, Mooren, Wiesen, Wäldern und anderen Ökosystemen gedeiht das Leben im Überfluss. Das Handeln der Menschen und der Unternehmen kann diese Ökosysteme zerstören; aber sobald sie sich selbst überlassen bleiben, setzt sich das Prinzip der Fülle wieder durch. Natürlich wächst Natur nicht grenzenlos, aber sie hat keine zeitlichen Grenzen. Arten bilden ausbalancierte Ökosysteme, die uns ununterbrochen mit Boden, frischer Luft und frischem Wasser, mit Nahrungsmitteln, Rohstoffen für Kleidung und Wohnraum, mit Arzneimitteln, Energie und anderen Gütern und Dienstleistungen versorgen. Selbstredend geht es in der Natur nicht nur um gegenseitige Abhängigkeitsbeziehungen. Die Natur braucht auch Grenzen und Barrieren, um sich selbst gegenüber einem »Außen« zu schützen. So können zum Beispiel im Wasser lebende Arten ihre Eier und Spermien ins gleiche Wasser ablegen, aber eine Spermie kann nur ein Ei ihrer eigenen Art befruchten. Genetisch sind Arten praktisch autark.

Brian Davey: Als ökologischer Ökonom finde ich diese Gedanken etwas verstörend. Natürlich hat die Informationsfülle, die Wissensallmende viel zu bieten. Ideen unbeeinträchtigt von Eigentumsrechten zu teilen kann hilfreich sein, die geistige Leistung hat ja einen großen Anteil an der Herstellung eines Sessels oder eines Autos. Auch Energie gemeinsam zu nutzen und Produktionsanlagen oder -infrastrukturen zusammenzulegen ist sinnvoll. Aber die Botschaft der »Fülle« neigt letztlich dazu, den Unterschied zwischen der Informationsfülle und der Fülle an Materiellem zu vernachlässigen, wir brauchen aber *immer* Energie und Rohstoffe, um etwas herzustellen. Auch die digitalen Commons beruhen auf einer energieverschlingenden Infrastruktur aus Computern, Stromversorgung usw. Selbst wenn nun wohlmeinende Designer sich in Open-Source-Designprozessen engagieren und versuchen, den Energieverbrauch sowie den Materialdurchsatz bei der Erhaltung der Internet-Infrastruktur zu reduzieren – die digitalen Commons sind nicht bar einer materiellen Basis. Es kann also zugleich einen Überfluss an Rezepten und eine Knappheit an Nahrungsmitteln geben.

Man braucht allein 1800 kWh Strom, um einen Personal Computer herzustellen. Erst dann kommt er zum Einsatz. Meiner Ansicht nach kann die Kreativität, die durch die Wissensallmende freigesetzt wird, nicht aus sich selbst heraus die Grenzen des Wachstums aufheben. Deshalb hat die Informationsfülle, so hilfreich sie auch ist, nur ein begrenztes Potential, den Produktionsrückgang an materiellen Gütern abzufangen, der vermutlich durch die abnehmende Energieversorgung eintritt. Ich glaube, der Begriff der Fülle neigt dazu, sich hinwegzuwünschen, dass der Planet Erde einfach eine begrenzte ökologische Tragfähigkeit hat.

Verzola: Aber wer die Bedeutung des Internets kleinredet, weil es nur Rezepte und kein Essen bereitstellt, übersieht doch seinen größten Nutzen, nämlich dass wir jetzt – weltweit – derartig vielen Informationen nachgehen können und dass wir derartig viel Wissen zur Verfügung haben und teilen können wie noch nie. Wie das Sprichwort schon sagt: »Gib einem Armen einen Fisch, und er hat einen Tag zu essen; lehre ihn angeln, und er wird alle Tage satt.« Im Internet suchen wir nicht nach Nahrung, sondern nach nachhaltigen Wegen, Nahrungsmittel anzubauen, ein Dach über den Kopf zu bekommen und unsere Gemeinschaften wiederzubeleben.

Natürlich ist die Fülle an mineralischen Rohstoffen der Erde nicht erneuerbar, und mit Peak Oil neigt sich auch die Ära billiger fossiler Treibstoffe ihrem Ende zu. Aber wenn es uns gelingt, die Produktion in geschlossenen Kreisläufen zu organisieren, dann gibt es einen Ausweg. Nehmen wir das Beispiel Permakultur: Sie gestaltet Anbauflächen so, dass ertragreiche Ökosysteme, wie etwa ein Wald, nachgebildet werden und so ein sich selbst regenerierender Wald aus Nutzpflanzen entsteht. In der Industrie ist Recycling ein erster Schritt in diese Richtung. Aber der Lebenszyklus jedes Produktes muss neu überdacht werden, damit wir uns einer wirklich abfallfreien Produktion annähern. Wir müssen eher den Umlauf verbessern als Dinge horten und dann den Bestand aufbrauchen. Wenn durch die richtige Kombination von Produktionselementen, Funktionen und Prozessen jedes Nebenprodukt für einen anderen Produktionsprozess verwendet wird und all das durch erneuerbare Energie angetrieben wird, dann kommen wir zu organisierter Fülle als Gestaltungsprinzip. Bis dahin ist es allerdings noch ein weiter Weg.

Ich denke, dass der Gesamtenergieverbrauch sinkt und nicht steigt, wenn wir uns auf die oben genannten drei Arten der Fülle konzentrieren. Natürlich ist die Energieeffizienz der neuen IKT verbesserungsfähig. Aber wir dürfen nicht nur auf den absoluten Energieverbrauch schauen, sondern müssen berücksichtigen, dass IKT auch einen Teil des wesentlich höheren Energieverbrauchs ersetzt, der derzeit durch Transport, Produktion und schmutzige Technologien verursacht wird.

Wolfgang Höschele: Und da wäre noch zu ergänzen, dass es auch um die einfachen Nutzungsmöglichkeiten erneuerbarer Energien gehen muss. Also solche, die keine Technologien brauchen. Jedes Mal, wenn wir draußen Wäsche zum Trocknen aufhängen, nutzen wir die im Überfluss vorhandene Sonnenenergie.

Davey: Ich kann das zu einem gewissen Grad akzeptieren, aber wir müssen auch die so schlichte wie zentrale Tatsache anerkennen, dass es *absolute* Grenzen gibt. Das gilt selbst für die verfügbare Menge an Sonnenenergie, egal wie ausgeklügelt die Infrastrukturen sind, mit denen wir Sonnenenergie nutzen, und egal wie gut es uns gelingt, sie in Biomasse zu speichern: Wenn wir wollen, dass die Commons »Fülle« produzieren, müssen wir uns bewusst sein, dass die Sonnenenergie, die am Mittag eines wolkenlosen Tages auf die Erde trifft, 1000 W pro m^2 beträgt – und das sind 1000 W pro m^2 tatsächlich beschienener Fläche. Um diese Energie in England, wo ich lebe, einzufangen, müssen wir die Neigung zwischen der Sonne und

dem Erdboden in Rechnung stellen, was die Intensität der mittäglichen Sonneneinstrahlung auf etwa 60 Prozent des Wertes am Äquator reduziert. Und natürlich ist nicht immer Mittag.

Global beträgt die gesamte Sonneneinstrahlung 122 Petawatt. Das ist 10.000-mal mehr als der gesamte Primärenergie-Verbrauch der Menschheit. Doch es ist teuer und energieintensiv, sie für Produktionsprozesse nutzbar zu machen. Heute beruhen viele Ideen zur Speicherung von Sonnenenergie auf dem Grundgedanken, dass diese durch Biomasse und Photosynthese geschehen kann. Permakultur hat natürlich viel zu bieten, aber auch sie ist keine Lösung für das Problem, dass in England durchschnittlich nur 100 W auf einen m² flaches Land treffen. Und auch der größte menschliche Einfallsreichtum ändert nichts an der Tatsache, dass die besten Pflanzen in Europa nur 2 Prozent der Sonnenenergie in Kohlenhydrate umwandeln können. Zudem eignen sich die Menschen bereits 30-40 Prozent der Nettoprimärenergieproduktion durch Biomasse in Form von Nahrungs- und Futtermitteln, von Naturfasern und Holz oder Pflanzenresten als Treibstoff an. In Europa nutzen wir Menschen schon 70 Prozent aller Pflanzen. Ähnliches kann auch über andere erneuerbare Energien gesagt werden.

Wir haben kaum Spielraum, wenn wir überhaupt noch welchen haben. Erneuerbare Energien werden niemals in der Lage sein, für Fülle zu sorgen, wenn wir damit auch die Fülle an materieller Produktion meinen.

Höschele: Sagen wir es so: Materielle Ressourcen sind im Überfluss vorhanden, wenn sie durch ihre Nutzung nicht übernutzt oder zerstört werden – zum Beispiel, wenn wir Luft zum Atmen nutzen oder wenn wir Ressourcen, die ausreichend vorhanden sind, zur Befriedigung unserer Bedürfnisse nutzen, wie Fischbestände, die nachhaltig befischt werden.

Helfrich: Aber dann sprechen wir in Wirklichkeit von »bedingter Fülle«. Dieses Konzept könnte uns helfen, über die traditionelle Öko-Argumentation hinauszugehen, die, wie Franz Nahrada betont, normalerweise »nur quantitative Aspekte von Produktions- und Reproduktionsprozessen summiert, ohne die Wechselwirkungen zwischen ihnen zu betrachten«.[1] Michael Braungart, der Vater des Cradle-to-Cradle-Prinzips[2], verwendet ein einfaches Bild, um das zu illustrieren: Wenn wir die materielle Produktion falsch konzipieren und so Abfall produzieren (in einer unheiligen Allianz mit einem Wirtschaftssystem, das auf Konsum aufbaut, in der wir konsumieren müssen, damit die Wirtschaft »rundläuft«), dann wird jeder zusätzliche Schritt in dieser fehlgeplanten Produktion zu mehr Knapp-

1 | Siehe unter: http://p2pfoundation.net/Abundance_of_Food_vs_the_Abundance_of_Recipes (Zugriff am 06.02.2012).

2 | Cradle to Cradle design oder »C2C«, (von der Wiege zur Wiege) ist ein Designkonzept, welches versucht, über biologische und technische Kreisläufe jedes »Abfallprodukt« eines Produktionsprozesses wieder als Input für Nützliches zu verwenden. C2C beruht auf den Prinzipien »Abfall ist Nahrung«, »Nutzung erneuerbarer Energien« und »Förderung von Diversität«.

heit führen. Das ist eine Knappheit, die wir durch die Art und Weise, wie wir produzieren und konsumieren, erst schaffen. Die Alternative sei, so Braungart, Produkte als Bestandteile einer ganzen Kaskade von Wiederverwendungs- und Up-Cycling-Prozessen zu denken. Und hier kommt wieder die Wissensallmende ins Spiel. Wenn die Commons uns mit Nahrung, Energie und Gütern versorgen sollen, muss jede Aktivität so gedacht, geplant und »designed« werden, dass sie die Ausgangssituation für weitere Aktivitäten verbessert und dadurch Fülle schafft.

Verzola: Genau. Das Problem ist, dass die meisten Ökonomen heute annehmen, die Nachfrage sei unendlich, weil die Bedürfnisse unendlich seien. Unter dieser Annahme ist Fülle tatsächlich unmöglich. Aber wenn Menschen genug haben, dann ist die Nachfrage begrenzt, und Fülle wird möglich. Erinnern wir uns an Mahatma Gandhis Worte: »Die Welt hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier.«

Helfrich: Ich stimme Dir grundsätzlich zu, möchte aber noch beim Thema des Produktionsdesigns bleiben. Während unserer Gespräche nach der Berliner Commons-Konferenz hat Franz Nahrada darauf aufmerksam gemacht, dass der entscheidende Faktor für die Umgestaltung unserer Produktionsweise die Wechselwirkung zwischen der zunehmenden Verfügbarkeit von Information, Code und Wissen und der stofflichen Welt ist. Worauf es also ankommt, ist unsere Fähigkeit, sich selbst reproduzierende und selbstverstärkende Produktionskreisläufe zu konzipieren. Sie müssen so gestaltet sein, dass man systemisch Vorteile daraus ziehen kann, dass irgendwo etwas in den Prozess gegeben wird. Wenn etwa die Abwärme eines großen Servers genutzt wird, um Wohngebiete zu heizen, dann ist das ein systemischer Nutzen, der sich ausschließlich aus dem Design ergibt.

Höschele: Okay, aber da ist noch ein anderes Problem, auf das Du bereits hingewiesen hast. Es entsteht aus dem Konzept der herrschenden Wirtschaftsweise und ist sicher das größte Hindernis für die Erzeugung solcher »Kaskaden der Fülle durch sich selbst erhaltende und reproduzierende Kreisläufe«. Es ist ja seltsam, dass Mainstream-Ökonomen und Marktakteure oft die wirklichen materiellen Grenzen leugnen – sie agieren de facto, als wären Ressourcen wie Erdöl unbegrenzt vorhanden –, während sie uns gleichzeitig sagen, dass überall Knappheit herrscht, weil unsere Wünsche unbegrenzt sind und immer größer sein werden als die vorhandenen Ressourcen. Sie werden zum Beispiel sagen, es gäbe keine Grundlage für die Behauptung, dass Peak Oil bald erreicht sein wird. Aber wenn jemand vorschlägt, dass wir in Alaska, oder Ecuador oder sonst irgendwo *nicht* nach Öl bohren, dann wird genau dieses Öl als lebensnotwendig für unsere wirtschaftliche Entwicklung angesehen.[3] Umgekehrt gelten jegliche Versuche, weniger Öl

3 | Ein vielsagendes Beispiel dafür ist das Schicksal der Yasuni-ITT-Initiative Ecuadors, die von Alberto Acosta in diesem Buch vorgestellt wird (Anm. der Hg.).

zu verbrauchen, etwa indem wir weniger fahren, als »schlecht für die Wirtschaft«, weil sie Arbeitsplätze gefährden. Es wird also von uns erwartet, dass wir mehr konsumieren, selbst wenn wir persönlich gar kein Interesse daran haben, mehr zu konsumieren. Schlicht, um die Beschäftigung anzukurbeln. Es heißt, Menschen seien nicht altruistisch – aber dann verlangt man von ihnen, dass sie aus altruistischen Gründen mehr konsumieren sollen!

Helfrich: Konsum aus altruistischen Gründen – genauer bitte!

Höschele: Unser Wirtschaftssystem ist gegenwärtig so gestaltet, dass reichlich vorhandene Ressourcen keinen Wert darstellen, weil man sie nicht mit hohem Gewinn verkaufen kann. Man kann nicht Atemluft verpacken, um sie jemandem zu verkaufen. Und wo es Fische im Überfluss gibt, kann man sie zwar verkaufen, aber höchstens zu einem bescheidenen Preis. In anderen Worten: Nur Tauschwert wird wahrgenommen, der Gebrauchswert nicht. Aber bei den Commons kommt es gerade auf den Gebrauchswert an. Heute ist es vorteilhaft für Unternehmer, im Überfluss vorhandene Ressourcen zu verknappen, damit sie zu einem höheren Preis verkauft werden können. Wenn etwa die Nachfrage über das verfügbare Angebot hinaus angehoben wird, werden die Güter knapp. Denken wir nur an den Rummel um den iPod oder an Trinkwasser in Flaschen, das zu einem 10.000-mal höheren Preis als Leitungswasser verkauft wird, weil behauptet wird, es sei reiner.

In meinem Buch[4] argumentiere ich, dass es nicht die Einzelnen sind, die ausreichend vorhandene Ressourcen bewusst verknappen, sondern dass Verknappung in das Design der Institutionen eingeschrieben ist, etwa in die ungerechte Eigentumsordnung, die Geschlechterverhältnisse, ethnische Hierarchien, in eine Stadtplanung, die sich nur an Autos orientiert, oder in ein Geldsystem, das von den Zentralbanken dominiert wird. Knappheit entsteht, indem entweder Angebot oder Nachfrage so manipuliert werden, dass die Nachfrage das Angebot übersteigt. In diesem Sinne existiert sie selbst dann, wenn viel produziert wird und wenn reichlich Ressourcen verfügbar sind.

Helfrich: Kurz gesagt: Unser gegenwärtiges Wirtschaftssystem kann mit Überfluss bzw. Fülle nicht umgehen!

Höschele: Man kann es so sagen: Unser gegenwärtiges Wirtschaftssystem maximiert ineffizienten Konsum, indem es die Nachfrage schafft, die wir brauchen, um immer mehr Ressourcenverbrauch, also Abfall, zu legitimieren. Das ist das eigentliche Problem. Erinnern wir uns: Unsere Wirtschaft hängt davon ab, dass das Bruttoinlandsprodukt ständig wächst. Und in solch einem Kontext trägt immer mehr Effizienz in der Produktion nicht – oder nicht genug – dazu bei, eine Antwort auf das Problem der absoluten Begrenztheit der Ressourcen zu finden. Würde sie

4 | Höschele, Wolfgang (2010): The Economics of Abundance, A Political Economy of Freedom, Equity, and Sustainability, Aldershot, UK.

es tun, wäre das das Ende dieses Wirtschaftssystems. Wenn wir aber weiterhin vom Öl abhängig bleiben, während das Angebot sinkt, werden die Preise explodieren. Das ist der Grund, warum Ölkonzerne dazu tendieren, die Gefahr sich verringernder Ölvorräte herunterzuspielen.

Helfrich: Bedeutet das, dass wir vom Potential des Ressourcenreichtums nur dann wirklich profitieren können, wenn wir einerseits von begrenzten Ressourcen, wie fossilen Brennstoffen, unabhängiger werden und andererseits von den Beschränkungen unseres Wirtschaftssystems, das Marktakteure dazu zwingt, Ressourcen zu verknappen, um sie in Waren zu verwandeln?

Höschele: Ich denke schon. Und Unabhängigkeit bedeutet Freiheit. Wir werden also am Ende alle freier sein. Wenn wir unsere Städte so umgestalten, dass sich alle frei bewegen können, die Alten, die Jungen, die Armen, die Reichen, diejenigen, die Autos haben, und diejenigen, die keine haben, dann verschwindet ein Großteil unserer Abhängigkeit vom Öl, und gleichzeitig können wir freier wählen, wie wir uns bewegen wollen. Wenn die Ölpreise sinken, weil wir das Öl nicht mehr brauchen, dann haben wir Überfluss erreicht und die Ölkonzerne in die Knie gezwungen! Auch unsere Lebensmittelproduktion ist auf Knappheit aufgebaut. Es ergibt nur dann Sinn, Nahrungsmittel anzubauen, wenn man sie mit ausreichendem Gewinn verkaufen kann. Eine subsistenzorientierte Produktion in Gemeinschaftsgärten und Ähnlichem sollte wiederbelebt werden, denn sie macht gute, gesunde Lebensmittel zu geringen Kosten zugänglich. Das schafft die kommerzielle Landwirtschaft oft nicht. Eine Ökonomie der Fülle konzentriert sich auf solche Strategien der Bedürfnisbefriedigung. Sie setzt nicht voraus, dass Überfluss existiert, sondern analysiert, wie Knappheit hergestellt wird, und sie sucht nach Wegen, etwas dagegen zu tun. Genauso wie Knappheit sozial hergestellt ist (so real, wie ein Haus gebaut wird), muss auch Fülle geschaffen werden. Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist das eine gewaltige Aufgabe, der wir uns dennoch stellen müssen. Kurz, ich behaupte, dass reale materielle Grenzen existieren, dass wir aber dennoch in Fülle leben können – definiert als ein Zustand, der es allen Menschen jetzt und in Zukunft ermöglicht, sich zu entfalten.

Davey: Ich bin froh, dass Wolfgang hier definiert hat, was er unter Fülle versteht. Was uns nun noch fehlt, ist eine Definition, auf die wir uns einigen können. Ich würde Wolfgangs Definition nicht verwenden. Mein Oxford-Wörterbuch definiert »Überfluss« wie folgt: »mehr als genug, Fülle, ... Wohlstand, Reichtum«. Und so verstehe ich es auch.

Ich teile unbedingt die Ansicht, dass wir danach streben sollten, das Wirtschaftssystem so zu gestalten, dass es Wohlergehen fördert – verstanden als »ein Zustand, der es allen Menschen jetzt und in Zukunft ermöglicht, sich zu entfalten«. Und ich denke, dass zu diesem Wohlergehen zwingend gehört, dass sich Menschen keine Sorgen um ihre materiellen Grundbedürfnisse machen müssen, weil sie genug haben, um diese Bedürfnisse zu befriedigen, und sich somit ihren kreativen Interessen und der Pflege ihrer Sozialbeziehungen zuwenden können. Das ist natürlich wichtig. Ich teile auch die Ansicht, dass das

gegenwärtige Wirtschaftssystem bewusst versucht, Unzufriedenheit mit dem zu schüren, was Menschen haben. Einfach weil es darum geht, mehr zu verkaufen. Das schafft ein Gefühl von Knappheit und Mangel, selbst wenn viele Menschen tatsächlich mehr als genug haben – was in den Konsumgesellschaften der »entwickelten Länder« zweifellos der Fall ist. Und es ist auch so, dass diese erzeugte Unzufriedenheit ein Motivationssystem unterstützt, das in keinerlei Beziehung zum psychischen Wohlbefinden steht. Es basiert vielmehr auf extrinsischer Motivation. Menschen machen Dinge des Geldes oder des Status wegen und nicht, weil es einen Wert an sich hat, etwas Bestimmtes zu tun. Es wird damit ein engstirniger Individualismus befördert, der es erschwert, dass Menschen als vollwertige Mitglieder von Gemeinschaften handeln oder ihren Platz in der Natur wahrnehmen. »Commoning« wäre demnach enorm hilfreich, um all diese Dinge zu verändern und den Menschen dabei zu helfen, ein erfüllteres Leben zu leben. Und deshalb macht es, meiner Meinung nach, nicht so viel aus, ob materieller Überfluss für alle möglich ist, weil das nicht der entscheidende Punkt für ein zufriedenes Leben ist.

Verzola: Ich würde gerne noch einen Aspekt einbringen: Menschen sollten sich der verschiedenen Quellen der Fülle noch aus einem anderen Grund bewusst werden. Die gleichen Institutionen, die Knappheit künstlich herstellen, versuchen auch, die Quellen der Fülle zu monopolisieren, und zwar aus genau dem gleichen Grund: Profit. Die Quellen des Überflusses sind aber häufig Teil der Commons (Wissen, natürliche Ressourcen, Infrastrukturen usw.). Menschen haben ein Recht, sie zu nutzen, über ihre Nutzung mit zu entscheiden und an ihnen teilzuhaben.

Helfrich: Brian, Du hast einmal gesagt: »Eine Bewegung, die von der Idee der Fülle ausgeht, zieht vermutlich mehr bewaffnete Konflikte nach sich, als eine Bewegung, die sich auf Suffizienz beruft.« Bleibst du bei dieser Aussage?

Davey: Tja, Wörter und Botschaften sind manchmal schwer zu greifen. Ich glaube noch immer, dass Begriffe wie Überfluss oder Fülle in die Irre führen können, und Menschen, die sich in die Irre geführt fühlen, können zornig reagieren. Einmal in Umlauf gebracht, kann die Idee von anderen ganz anders verwendet werden als von uns. Ich glaube daher, dass eine klare Botschaft hilfreicher wäre, die die Notwendigkeit einer kollektiven psychischen Anpassung an die Grenzen unserer Welt beschreibt. Eine Botschaft, die klarmacht, dass es um Lebenszufriedenheit geht und darum, fair zu teilen. Das unterscheidet sich vom Handeln und der Zielsetzung in einer Konsumgesellschaft erheblich. Darin sind wir uns sicher alle einig.

Verzola: Brian, »Fülle« oder »Überfluss« – das sind doch nicht nur Schlagwörter. Es sind reale Phänomene, im Internet ebenso wie in der Natur. Wir können sie sichtbar machen. Selbst aus rein ökonomischer Perspektive ist es unmöglich, den Überfluss zu übersehen, der sich in den Ökosystemen immer wieder durchsetzt. Knappheit ist in einigen Fällen natürlich ebenso real. Aber es erscheint mir wichtiger, die *künstlichen* Knappheiten wahrzunehmen, wie Wolfgang das betont. Wir

müssen zudem dem Pseudo-Überfluss misstrauen. Auch das ist klar. Und trotz allem, wenn wir reale Fülle schaffen wollen, um einen materiellen Mindestwohlstand für alle zu erreichen, dann brauchen wir gut durchdachte Konzepte der Fülle, so dass wir durch bewusstes Design Kaskaden der Fülle zum Nutzen aller schaffen können.

Davey: Roberto, wenn Du die Auffassung vertrittst, wir sollten die ertragreiche Seite der Realität betonen, während die andere Seite im Schatten bleibt, dann kann ich das absolut nicht akzeptieren. Wir müssen uns mit allen Aspekten der Realität auseinandersetzen, egal wie schmerzhaft das ist. Manchmal sind die Dinge tatsächlich so schlimm, wie sie scheinen. Und es ist besser, sie zu sehen, wie sie sind, als in Euphorie zu verfallen.

Die Psychologin Elisabeth Kübler-Ross hat ein Stufenmodell entwickelt, das die Menschen typischerweise durchlaufen, wenn sie erfahren, dass sie sterben oder einen großen Verlust erleiden werden. Diese sind Verleugnung, Verhandlung, Depression und letztlich Akzeptanz. Ich fürchte, dass in der Debatte um Fülle auch ein gutes Stück Verdrängung und Wunschdenken enthalten ist. Ja, Natur bietet Überfluss – aber der Tod und das Artensterben sind genauso real.

Für mich ist das Hauptproblem an diesem Fülle-Gedanken, dass er auf emotionaler Ebene verzögern könnte, dass wir uns mit dem gravierenden Einfluss der Menschheit auf die Fruchtbarkeit der Natur und die Erschöpfung der Energievorräte wirklich auseinandersetzen müssen – ohne diese Auseinandersetzung können sich weder die im Saatgut noch die in der Software enthaltenen Informationen voll entfalten. Um aber die Bedrohungen durch Klimawandel und Peak Oil wirklich zu verinnerlichen, brauchen wir auch emotionale Betroffenheit. Viele Menschen leiden darunter, dass es die Zukunft, die sie sich für sich und ihre Kinder vorgestellt haben, so nicht mehr geben wird. Ich denke, dass mit oder nach dieser Phase der Verzweiflung die Akzeptanz kommt und so eine Selbstverpflichtung zu konstruktivem Handeln möglich wird – und damit eine Hoffnung, die von Realismus getragen ist.

Höschele: Wir stimmen letztlich in sehr vielen Aspekten überein. Aber ich würde gerne noch ein Argument für die Verwendung des Wortes »Fülle« einbringen. Es ist die weit verbreitete Ansicht, dass Umweltaktivisten Neinsager sind. Leute, die verlangen, dass wir der guten Dinge des Lebens entsagen und fromme Einsiedler werden, zugunsten des übergeordneten Wohls der Erde und der Myriaden Arten, die auf ihr existieren. Ich weiß, dass das eine Karikatur ist, ich habe überzeichnet, aber ich glaube, dass dieses Bild wirklich dem Anliegen schadet, auf unserem Planeten nachhaltige Lebensweisen zu entwickeln. Wenn man dieses Bild neben das Trommelfeuer der Konsumaufforderungen stellt, dann werden sich vermutlich nur wenige Menschen für einen neuen Lebensstil mit geringerem Ressourcenverbrauch begeistern.

Es geht mir vor allem um die Erkenntnis, dass in Wirklichkeit schon der herrschende Zustand ein Zustand des Mangels ist. Unsere Wünsche und Bedürfnisse nach Waren werden immer größer gehalten als das Angebot, und daraus entsteht ein Gefühl von Mangel, aber die Menschen, die den Mangel verspüren, können

normalerweise den Unterschied zwischen dem Gefühl und der objektiven Realität nicht erkennen. Wenn wir stattdessen einem anderen Pfad folgen, können wir den Reichtum wahrnehmen, der darin besteht, dass wir potentiell zu sehr viel mehr Dingen Zugang haben, als wir brauchen. Das schafft ein Gefühl der Sicherheit sowie Spielräume für Kreativität, Großzügigkeit und menschliche Beziehungen, die von Sorge füreinander und gegenseitiger Unterstützung geprägt sind. Nach meiner Erfahrung löst solch eine Perspektive keine Furcht aus (ein Gefühl, das nach meinem Empfinden eng mit der Erfahrung von Knappheit verbunden ist). Von Überfluss oder Fülle zu reden, fördert eher Begeisterung und eben jene Kreativität, die wir brauchen, um zu einem Wirtschaften zu gelangen, das auf positiven menschlichen Beziehungen beruht.

Verzola: Wir sollten den Wert positiver Botschaften nicht unterschätzen. Die Realität mag zu 90 Prozent schlecht sein und nur zu 10 Prozent gut, aber 90 Prozent der Zeit über dem Schlechten zu brüten, führt zu Zynismus, Verzweiflung und Ohnmacht.

Davey: Aber wir können es auch so sehen: Wenn die Realität zu 90 Prozent schlecht ist, dann ist es eben so – 90 Prozent sind schlecht und 10 Prozent gut. Der Psychiater R.D. Laing hat einmal gesagt: »Der einzige Schmerz, den wir im Leben vermeiden können, ist der Schmerz, der daraus entsteht, dass wir versuchen, Schmerz zu vermeiden.«

Die Literatur über die Werte- und Motivationspsychologie sagt, dass die Konzentration auf die dunkle Seite von etwas mitunter besser geeignet ist als die Betonung der hellen, tiefgreifende Einstellungsänderungen bei Menschen hervorzurufen. Clive Hamilton und Tim Kasser sagten einmal bei einer Konferenz in der Universität von Oxford, dass eine intensive Beschäftigung mit dem Tod (der üblicherweise als »böse« angesehen wird) geeignet sein kann, um einen grundlegenden Wertewandel hervorzurufen. Sie empfehlen, dass Umweltkampagnen es vermeiden sollten, an individuelle Wunschlisten zu appellieren, so wie: »Zehn Wege, Geld zu sparen, indem sie ihre CO_2-Emissionen senken.« Ich denke, dass es durchaus möglich ist, Botschaften mit Ideen von Kooperation und nichtmateriellem Nutzen zu verbinden. Stattdessen verlegen sich heute fast alle Regierungen und Umweltorganisationen darauf, »die Pferde nicht scheu zu machen«, weil sie fürchten, es würde die Menschen lähmen, ihnen die volle Tragweite der wissenschaftlichen Vorhersagen klarzumachen.

Höschele: Aber es macht dennoch einen Unterschied, ob wir Bilder des Todes und des Sterbens verwenden oder Bilder der Heilung. Während Akzeptanz, die zu Resignation führt, im Falle von Tod und Sterben angebracht sein mag, geht es bei der Heilung zwar auch darum, den Schmerz zu fühlen und zu erkennen, aber das führt nicht zur Resignation – sondern dazu, die eigenen Selbstheilungskräfte zu mobilisieren. Daraus entsteht die überschießende Kraft, die zur Heilung führen kann, auch wenn Ärzte (die rationalen) dies oft nicht mehr für möglich halten. Es geht also nicht nur um Wunschdenken (wäre es so, würde ich das nicht unterstützen). Es geht um etwas sehr viel Kraftvolleres.

Davey: Der Therapeut Oliver James behauptet in seinem Buch *Affluenza*, dass es einen Unterschied gibt zwischen positivem Denken und positivem Willen. Er hält positives Denken für eine Form der Verleugnung, die nicht hilfreich ist. Aber möglicherweise können wir uns auf Folgendes einigen: Man muss verstehen und anerkennen, dass man ein schwerwiegendes Gesundheitsproblem hat, das zum Tod führen kann, damit man das Gesundheitsproblem ernst genug nimmt, um sich an die Aufgaben zu machen, die zur Heilung notwendig sind. Dann können wir daran arbeiten, dass es uns besser geht, und trotzdem auf dem Boden der Realität bleiben.

Helfrich: Marianne Grönemeyer hat einmal geschrieben: »Überfluss hat einen unangenehmen Beiklang bekommen. Nicht das Überfließende, sondern das Überflüssige ist die Bedeutung, die sich in den Vordergrund gedrängt hat.« Vielleicht kann unsere Diskussion dazu beitragen, diese Tendenz wieder umzukehren und jene Dinge in den Vordergrund zu rücken, die wir wirklich in Fülle und Überfluss haben oder brauchen: Wissen, Information, gelingende Sozialbeziehungen, Zusammenarbeit, das ganze Potential der Selbstorganisation. All das ist ja in den Commons unentbehrlich.

Roberto Verzola (Philippinen) ist Aktivist mit ingenieur- und wirtschaftswissenschaftlichem Hintergrund. Er beschäftigt sich mit Fragen der Informationstechnologien, Energie, Umwelt und Landwirtschaft. Er koordiniert ein Netzwerk zur Förderung von Methoden ökologischen Landbaus. Sein gegenwärtiges Forschungsinteresse gilt der politischen Ökonomie der Fülle.

Brian Davey (Großbritannien) ist freiberuflicher Umweltökonom und Autor. Er arbeitet zu den Themen Gemeinschaft und Gemeinnützigkeit. Er ist Mitglied der Foundation for the Economics of Sustainability (FEASTA). Sein nächstes Publikationsprojekt dreht sich um Commons-Ansätze zum Klimawandel: *Sharing for Survival.*

Wolfgang Höschele (Deutschland/USA) ist Professor für Geographie an der Truman State University, Missouri, USA, und Autor des Buches *The Economics of Abundance: A Political Economy of Freedom, Equity and Sustainability* (2010). Er forscht über die sozioökologische Transformation unserer Wirtschaft.

Silke Helfrich (Deutschland) ist Autorin und unabhängige Commons-Aktivistin. Sie bloggt auf http://www.commonsblog.de sowie http://www.gemeingueter.de.

Die Armen haben immer in einem anderen Land gelebt als die Reichen. In jedem Zeitalter. Ganz egal, wie nahe ihre Häuser beieinander standen.
Nancy Kress, Vicki, Bettlers Ritt

Kapitel II

Kapitalismus, Einhegungen, Widerstand

Das Gesetz sperrt ein Männer und Frau'n,
Die der Allmende Gänse klau'n.
Doch dem größ'ren Schurken es erlaubt,
Dass der Gans er die Allmende raubt.

Sühne das Gesetz befiehlt
Für den, der einem etwas stiehlt.
Doch es verschont die Herrn und Damen,
Die allen die Allmende nahmen.

Armes G'sind wird eingesperrt,
Wenn zum Gesetzesbruch es sich verschwört.
Dies sei so recht; doch duldet man,
Verschwörung, die solch' ein Gesetz ersann.

Das Gesetz sperrt ein, Männer und Frau'n,
Die der Allmende Gänse klau'n,
Doch bleibt der Gans die Allmend gestohlen,
Bis wir das Land zurück uns holen.

Engl. Autor unbekannt, wahrscheinlich 17. Jahrhundert

Commons: Von Grund auf eingehegt

Peter Linebaugh

Einhegung oder Einfriedung (engl. »enclosure«) ist ein präziser Begriff (Hecke, Zaun, Wall). Er veranschaulicht die damit verbundene Unfreiheit: das Wegsperren und Einmauern. »Enclosure« prägt zudem unser Verständnis der historischen Unterdrückung der Frauen, der von Foucault mit dem Begriff »Great Confinement« umschriebenen Masseninhaftierung des 17. Jahrhunderts, aber auch die Kapitalakkumulation durch Enteignung.

Der »Enclosure«-Prozess in England reiht sich in die Serie der Verbrechen der Moderne wie der Sklavenhandel, die Hexenverbrennungen, die irische Hungersnot oder der Völkermord an den amerikanischen Ureinwohnern.[1] Das Antonym von »Enclosure« – Commoning – deutet dagegen eine viel versprechende Alternative an.

Die Einhegung der Allmende scheint sowohl individuelles Eigentum als auch soziale Produktivität zu versprechen. Tatsächlich aber ist das Konzept untrennbar mit Unterdrückung und mit der Zerstörung von Unabhängigkeit und Gemeinschaft verbunden.

Nehmen wir den Cowboy: »Neben seinem Weggefährten, dem Pferd, war die Unabhängigkeit der größte Stolz des Cowboys. Er arbeitete für andere, die jedoch nichts von ihm besaßen außer seiner Zeit. Er war eine freie Seele, konnte von Rio Grande zum Powder River reiten, und traf dabei nur selten auf einen Zaun. Er konnte mit fünf Dollar in der Tasche aufbrechen, und bei seiner Rückkehr immer noch drei übrig haben, wenn er es wollte. Das Geld hatte keine Macht über ihn« (Kelton 1971). Elmer Kelton ist Autor zahlreicher Cowboy-Romane und Autor dieser Zeilen über den Canadian-River-Cowboy-Streik im Jahre 1883 in Texas. Unter dem Einfluss Hollywoods, das den Cowboy als Revolverhelden und den »Indianer« als Mörder darstellte, wurde der unabhängige Cowboy zum geltungssüchtigen Individualisten der amerikanischen Männerwelt. So verlieren wir den Cowboy als Arbeiter aus dem Blick, der den kontinentalen Fleischhandel abwickelte und damit den sozialen und ökologischen Wandel in Nordamerika seit der Eroberung im 16. Jahrhundert verkörperte (Cockburn 1996). Auch das traditionelle altenglische Roast Beef hing vom Rinderhandel ab, der Schottland mit dem Londoner Smithfield-

1 | Siehe auch für die historischen Zusammenhänge in Deutschland den folgenden Beitrag von Hartmut Zückert in diesem Buch (Anm. der Hg.).

Fleischmarkt verband. Und doch sind die englischen Viehhändler kulturell und ideologisch nicht die Entsprechung der Cowboys. Warum? Das Symbol der Unabhängigkeit war eher der »Commoner«, der zähe und ausdauernde Freibauer. Auch er definierte Unabhängigkeit als Fehlen von Zäunen: Wo kein offenes Weideland oder freies Feld war, da waren Stacheldraht oder Dornenhecken.

Vier Entwicklungen haben dazu beigetragen, dass die Einhegung der Allmende im 21. Jahrhundert wieder als Thema auftauchte. Dazu gehört zunächst der Aufstand der Zapatisten in Chiapas[2] im Jahr 1994: Die Aufständischen wandten sich gegen die Aufhebung des Artikels 27 der Mexikanischen Verfassung, nach dem jedes Dorf über ein »ejido« (etwa: Allmendeland)[3] verfügte. Ein ähnlicher Einhegungsprozess fand auch in Indonesien statt. So wie der Cowboy-Roman-Autor Kelton einen Zusammenhang zwischen Einzäunung und Geld herstellt, so beschreibt Pramoedya Ananta Toer am Beispiel der indonesischen Insel Buru zur Zeit des Suharto-Regimes den Zusammenhang zwischen Einzäunung und Kriminalität: »Doch das Innere der Insel war nicht unbewohnt; hier wohnten Menschen [...] lange bevor die Ankunft von politischen Gefangenen sie dazu zwang, ihre Ländereien und Behausungen zurückzulassen. Als dann die Gefangenen die Savanne in Felder umwandelten, gab es immer weniger Jagdgebiete für die Einheimischen. Sogar der ursprüngliche Ortsname wurde ihnen genommen, und auch sie nannten die Insel nun ›Einheit 10‹.[4] Angesichts der zehn großen Kasernen, die auf ihren Grund und Boden gebaut wurden, sowie der fünfhundert Gefangenen, die sich auf ihrer Insel niederließen, blieb ihnen keine Wahl. Das Seltsamste an der ganzen Sache war jedoch, dass die Gefangenen begannen, Zäune und Einfriedungen zu bauen, wo nie zuvor Grenzlinien gezogen worden waren. Die einheimischen Inselbewohner hatten kein Wort für ›Zaun‹ – das Konzept war in ihrer Kultur gänzlich unbekannt. Sie begriffen nicht, wie Menschen das Recht der Landnutzung begrenzen konnten« (Toer 2000: 78).

Im späten 20. Jahrhundert gab dann ein zweiter Prozess der Diskussion über die Allmende und deren Einhegung Auftrieb: die Entwicklung des Internets und des World Wide Webs als Wissensallmende.[5] Eine dritte Einhegung stellte die Verschmutzung der Gewässer und der Atmosphäre unseres Planeten dar. Und der Zerfall der kommunistischen Staaten markierte schließlich den vierten Aspekt. Mit ihm wurde es einfacher, über die Commons zu reden.

Mit diesen Prozessen, die alle entweder einen Bezug zur Einhegung (»enclosure«) oder zur Allmende selbst (»the commons«) haben, lebte auch das Interesse an der klassischen Einhegung, die vor allem in England stattfand, neu auf. Der von Raymond Williams verfasste Überblick über die englische Literatur zum Thema reicht vom Weideland der Aristokratie des 16. Jahrhunderts bis hin zu den Bergmännern in den Kohlebergwerken. Williams arbeitet den Prozess der Einhegung als eine von mehreren Triebkräften der Entwicklung des Kapitalismus heraus.

---

2 | Siehe auch den Beitrag von Gustavo Esteva in diesem Buch (Anm. der Hg.).

3 | Siehe auch den Beitrag von Ana de Ita in diesem Buch (Anm. der Hg.).

4 | Jonathan Rowe weist in seinem Beitrag darauf hin, dass die Macht der Namensnennung zugleich Definitionsmacht der sozialen Verhältnisse ist (Anm. der Hg.).

5 | Siehe insbesondere den vierten Teil dieses Bandes (Anm. der Hg.).

In England begannen die Einhegungen schon im 13. Jahrhundert, sie erreichten ihren Höhepunkt zunächst im 15. und 16., und dann erneut im 18. und 19. Jahrhundert. Die Ausweitung der landwirtschaftlichen Anbauflächen ging dabei mit der Konzentration von Eigentum einher. Man könnte dies den »großen Bogen« der englischen Geschichte nennen. Nach Einschätzung von Gregory King machten gegen Ende des 17. Jahrhunderts in einem 47 Millionen Morgen großen Land Weideflächen, Wiesen, Wälder, Heide, Moore, Berge und Ödland 20 Millionen Morgen aus (Williams 1973). Obwohl nur die Hälfte dieser Fläche auf der Basis gemeinschaftlicher Verfügungsrechte genutzt wurde, bedeutet dies, dass im Jahr 1688 knapp ein Viertel der Gesamtfläche von England und Wales in Gemeinbesitz war.

Zwischen 1725 und 1825 eigneten sich die politisch mächtigen Landbesitzer durch fast 4000 gesetzliche Bestimmungen mehr als sechs Millionen Morgen Land an. Diese über das Parlament vorangetriebenen Einhegungen waren zumindest besser dokumentiert und wurden öffentlicher, doch in der Konsequenz trug die Trennung von dörflichem Gemeinschaftsland und gemeinschaftlichen Verfügungsrechten zur Armutskrise des späten 18. Jahrhunderts bei. Arthur Young, zunächst energischer Verfechter der Einhegungen, änderte Anfang des 19. Jahrhunderts seine Meinung und zitierte fortan einen armen Mann: »Ich weiß nur, dass ich eine Kuh hatte, und das Parlament hat sie mir weggenommen.« Solche Situationen waren Ergebnisse der legalisierten Landnahme durch die Privilegierten. E.P. Thompson nannte es einen eindeutigen Fall von Raubzug einer Klasse gegen die andere (Thompson 1964: 218).

Auf dem Ödland lebende Häusler (Dorfbewohner, die zwar ein Häuschen, aber wenig oder kein eigenes Land besaßen) und informelle Siedler ohne Rechtstitel verloren ihre ohnehin schon eingeschränkte Unabhängigkeit. Viele Dörfer gingen schließlich verloren. Nur vom Flugzeug aus kann man ihre Spuren noch erahnen. Tatsächlich ist der erste Eindruck, den Besucher beim Landeanflug auf London-Heathrow gewinnen, ein von Grünland und Hecken geprägtes Land. Die Landschaft erzählt von der geschehenen Aneignung. Hecken sind Zeugnisse, über Hunderte von Meilen hinweg, für die Grenzen zwischen Mensch und Land. Ein Besucher, der mit dem Zug in die Midlands fährt, wird vielleicht Erdformationen zu Gesicht bekommen, die der rollenden Brandung des Meeres ähneln, kurz bevor sich die Wellen brechen. Es handelt sich dabei um das Wölbacker-Muster[6], das durch die jahrelange Praxis des auf Allmendeprinzipien basierenden Systems des Streifenanbaus entstanden ist.

Im 18. Jahrhundert entstanden zahlreiche Herrenhäuser oder neoklassizistische Villen, die die Stärke der herrschenden Klasse auf dem Land begründeten. Es war die Architektur der Aneignung.

Die General Inclosure Act von 1845 erklärt, dass Gesundheit und Wohlbefinden der örtlichen Bevölkerung während der Einhegungen zu berücksichtigen seien und dass die mit der Gesetzesausführung Beauftragten auch Flächen »zum Zweck der Ertüchtigung und Erholung der Anwohner« ausweisen könnten. Dies

6 | Das Muster resultiert aus den ehemals langgestreckten gewölbten Beeten und einer bestimmten Technik des Pflügens. Die Feldstruktur blieb auch während der Brache erhalten (Anm. der Hg.).

war der Grundstein für die weitläufigen Londoner Parks. Die Bestandsaufnahme im Rahmen des Common Lands Census von 1873/1874 ergab, dass in England nur 2,5 Millionen Morgen Gemeindeland geblieben waren. Im Jahr 1955 führt die Royal Commission on Common Lands zusätzlich zu den Grundbesitzern und den Commoners[7] eine dritte Art von Rechtsträgern, nämlich die Öffentlichkeit. Obwohl dadurch ein allgemeingültiges Recht auf öffentlichen Zugang zu Allmendeland anerkannt wurde, kümmerte sich die Öffentlichkeit deutlich weniger aktiv um das Land als die Commoners.[8]

Elinor Ostrom, die für ihre Arbeit zur Governance der Gemeingüter 2009 mit dem Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften ausgezeichnet wurde, kritisierte den Biologen Garret Hardin scharf. Hardin hatte 1968 seinen berühmten Aufsatz *Die Tragik der Allmende* veröffentlicht (Hardin 1968), in dem er schrieb, dass »die Freiheit, sich fortzupflanzen, alle ins Verderben stürzen werde«. Hardin spielt auf Jeremy Benthams Utilitarismus an, auf Adam Smiths unsichtbare Hand, auf Thomas Malthus Bevölkerungstheorie und auf Charles Darwins Theorie der natürlichen Selektion, um seine Argumente mit jenen anerkannter Vordenker des 19. Jahrhunderts zu stützen. Der große Einfluss seines Artikels hat jedoch weniger mit diesen Autoritäten zu tun als vielmehr mit dem eindringlichen Ton Hardins, der düster-furchteinflößend und nüchtern-schlicht zugleich war.

Mit bemerkenswerter Offenheit charakterisiert er verschiedene soziale Klassen: »Aber was bedeutet *gut*? Für eine Person ist es die Wildnis, für eine andere sind es Skigebiete für Tausende von Besuchern. Für einen sind es Reviere zur Entenaufzucht für die Jagd, für den anderen Gewerbeflächen für Fabriken.«[9] Dies alles sind Aktivitäten von Fabrikbesitzern, nicht von Fabrikarbeitern. Der Kern des Arguments ist in wenigen Absätzen zusammengefasst: »Die Tragik der Allmende entsteht folgendermaßen: Stellen wir uns eine Weide vor, die allen zur Verfügung steht. Es steht zu erwarten, dass jeder Hirte dann so viel Vieh wie möglich auf der Allmendeweide hält. Dies kann zufriedenstellend funktionieren, sogar über Jahrhunderte hinweg, solange kriegerische Auseinandersetzungen, Wilderei und Krankheiten die Anzahl von Mensch und Tier deutlich unter der Belastungsgrenze des Landes halten. Irgendwann einmal kommt jedoch der Tag der Wende, der Tag, an dem das lang ersehnte Ziel sozialer Stabilität zur Realität wird. Fortan führt die inhärente Logik der Allmende erbarmungslos zur Tragik. Als rationales Wesen versucht jeder Hirte seinen Gewinn zu maximieren. Explizit oder implizit, mehr oder weniger bewusst fragt er sich ›Was nützt es mir, wenn ich ein oder mehrere

7 | Für diesen Begriff gibt es im Deutschen kaum eine geeignete Entsprechung. »Commoners« sind ursprünglich jene, die Allmende im Sinne von Land oder anderen Gütern auf der Basis gemeinschaftlicher Verfügungsrechte nutzten. In diesem Band wird der Begriff allgemein zur Bezeichnung aller Menschen verwendet, die Commons tragen und pflegen (Anm. der Hg).

8 | Zur Unterscheidung zwischen öffentlichem Gut und Commons siehe den Beitrag von James Quilligan in diesem Buch (Anm. der Hg.).

9 | Vergleiche für alle Zitate von Hardin seinen Aufsatz »The Tragedy of the Commons«, in: *Science* 162 (1968), S. 1243-1248.

zusätzliche Tiere in meiner Herde habe?‹ Dieser Nutzen hat eine negative und eine positive Komponente. [...] Durch Addition der einzelnen Nutzenkomponenten kommt der rationale Hirte zu dem Schluss, dass der einzig sinnvolle Weg für ihn ist, seiner Herde noch ein weiteres Tier hinzuzufügen. Und noch eines ... Zu diesem Schluss kommt jedoch jeder einzelne rationale Hirte, der seine Tiere auf einer Allmende weiden lässt. Und darin liegt die Tragik. Jeder ist in ein System eingebunden, das ihn dazu nötigt, seine Herde unendlich zu vergrößern – und das in einer Welt, deren Ressourcen endlich sind. Verderben erwartet alle Menschen, da in einer Gesellschaft, die an die freie Verfügung über die Allmende glaubt, jeder seine eigenen Interessen verfolgt. Freiheit in der Allmende stürzt alle ins Verderben.«

Dreimal bezieht sich Hardin auf den »rationalen« Viehhirten; und sitzt dabei einem Trugschluss auf. Wahrscheinlich wollte er auf den eigennützigen oder einsamen Viehhirten Bezug nehmen, denn in der Vergangenheit wurde die Allmende immer verwaltet. Vom Markmeister, dem Feldhüter oder einem anderen von den Commoners gewählten Vertreter wurde die Kuh gepfändet oder der gierige Schäfer mit einer Strafe belegt, wenn er mehr als den angemessenen Anteil der Allmende nutzte. Hier setzt auch Elinor Ostrom mit ihren Überlegungen an.

Aus Hardins Sicht wird die Welt nach dem Prinzip »jeder gegen jeden« regiert und nicht nach dem Jedermann-Prinzip.

Zu einem frühen Fall der Einhegung in Otmoor, Oxfordshire, schrieb der Historiker Bernard Reaney: »Die *Commoners* brachten ihre Gänse, Rinder, Pferde, Schweine und Schafe zum Grasen hinaus ins Moor. Als Heizmaterial wurde Torf gestochen, und alte Frauen sammelten Kuhdung, um sich mit dessen Verkauf ein wenig Geld zu verdienen. Weidenruten konnten in Hülle und Fülle im Moor geschnitten werden und verhalfen dem Dorf zu einem florierenden Korbmacher-Handwerk [...]. Die Ärmeren deckten einen Großteil ihres Nahrungsbedarfes durch Fischfang, die Jagd auf Enten sowie die zahlreichen Kaninchen und wilden Vögel. [...] Damit waren die wesentlichen Bestandteile einer bäuerlichen Subsistenzwirtschaft gegeben. Die Verfügbarkeit von Brennstoff und Weideland ermöglichte es den Menschen in Otmoor zwar bescheiden, aber dafür unabhängig zu leben« (Reaney 1970: 4). Vom 1. Mai bis zum 18. Oktober war es gemäß der kommunalen Verordnungen unter Androhung einer Geldbuße von drei Schillingen und vier Pence untersagt, Schafe im Moor weiden zu lassen. Vier Pence Geldstrafe musste man entrichten, wenn ein Schwein ohne Nasenring[10] im Moor war. Die gleiche Geldstrafe war angesetzt, wenn ein Pferd, gleich ob Stute oder Hengst, ohne Brandzeichen gehalten wurde. Jede Stadt hatte ein Brandzeichen, das für die sogenannten »Moormenschen« reserviert war. Auf Hauptstraßen war das Torfstechen untersagt, und wenn doch gestochen werden durfte, dann musste das entstandene Loch wieder aufgefüllt werden. Und so weiter. Von »rationalen Viehhirten« ist hier keine Rede. Hardins Kombination von falscher Wissenschaftsgläubigkeit, falscher Mathematik und das Heraufbeschwören einer

10 | Die Nasenringe – heute noch etwa auf Hochalmen in der Schweiz in Gebrauch – hindern die Tiere daran, ihrem Trieb nachzugehen, die Erde permanent umzuwühlen. So wurde den Bauern die Freihaltung ermöglicht (Anm. der Hg.).

globalen Katastrophe, um schließlich die Notwendigkeit einer Politik des Zwangs zu rechtfertigen, war selbst eine sehr ideologische Antwort, der bedeutsame Präzedenzfälle vorausgegangen waren. Er gab zu, dass seine Argumentation sich an einen Amateurmathematiker namens William Forster Lloyd anlehnte. Lloyd war als Professor der Politischen Ökonomie, Mitglied des Christ Church College und Vikar in der Church of England eine gesellschaftlich bedeutsame Figur. Sein Bruder Charles starb 1829 als Bischof von Oxford und Mitglied des House of Lords. Charles war ein enger Freund und ehemaliger Tutor von Robert Peel, dem persönlichen Sekretär und Gründer der Londoner Polizei – den »Bobbies« oder »Peelers«. Im September 1832 hielt William Lloyd zwei Vorlesungen zum Thema Bevölkerungskontrolle (Lloyd 1833). Er war Malthusianer und glaubte, dass die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln nicht mit dem Bevölkerungswachstum Schritt halten könne. Gemäß Malthus (1766-1834) kann die Bevölkerung präventiv oder positiv[11] kontrolliert werden. Im ersten Fall werden weniger Kinder geboren, im zweiten Fall sterben mehr Menschen. Wie Malthus war Lloyd dagegen, dass »über alle Dinge gemeinschaftlich verfügt werden sollte«. Er machte markige Beobachtungen, wie zum Beispiel dass »[ein] Zustand perfekter Gleichheit, dadurch, dass er zu einer Verminderung der Begehrlichkeiten bis hin zu einer fast gänzlichen Reduzierung auf die natürlichen Grundbedürfnisse führt, die Gesellschaft in einen Zustand von Unwissen und Barbarei zurückführen würde« (ebd.: 28). Darüber hinaus war er der Meinung, dass eine Verminderung des Reproduktionsvermögens und eine gewisse Sterblichkeitsrate der Subsistenz guttun würden. Er stellte sich dabei den amerikanischen Waldarbeiter vor, der in der Wildnis lebt (ebd: 8), und sah die Heirat als Allmende an, die Gemeineigentum schafft: »Die Heirat ist ein Gut der Gegenwart. Die Schwierigkeit, für den Lebensunterhalt einer Familie zu sorgen, ist eine Angelegenheit der Zukunft. Aber in einer Gütergemeinschaft, in der Kinder an öffentlichen Tischen versorgt werden oder wo jede Familie sich entsprechend ihrer Bedürfnisse aus einem gemeinsamen Bestand versorgt, wird dem Einzelnen diese Last genommen. So vermehren sie sich, überfluten die gesamte Gesellschaft und bedrängen diese von allen Seiten« (ebd.: 21). Der »umsichtige Mensch legt sein Verhalten fest, indem er seinen Nutzen in der Gegenwart mit dem Anteil an künftigem Unbill vergleicht und den gegenwärtigen Verzicht mit seinem Anteil am künftigen Nutzen. Dieser Anteil ist in der Masse, so wie sie eine große Gesellschaft verkörpert, verschwindend gering; durch das Fehlen eines Gegengewichts wird so das Verhalten jedes Einzelnen ausschließlich durch deren gegenwärtige Belange bestimmt« (ebd.: 30). Dies ist der Vorgänger des egoistischen Viehhirten von Garrett Hardin. Wie Hardin ist Lloyd besessen von der Idee der Überbevölkerung. Und wie bei Hardin gilt die Herde als Metapher für die Bevölkerung. »Warum ist das Vieh so kümmerlich und verkrüppelt? Warum ist die Allmendeweide selbst so ausgetreten und so anders gemäht als die angrenzenden eingefriedeten Weiden [...]? Die Gründe, die allgemein für die Einführung von Privateigentum an Land angeführt werden, ergeben sich

11 | Malthus nennt die Begrenzung des Bevölkerungswachstums durch eine Erhöhung der Sterberate, wie sie durch Hunger, Krankheit und Krieg verursacht werden, tatsächlich »positiv« (Anm. der Hg.).

aus der Notwendigkeit, Individuen einen ausreichenden Anreiz dafür zu geben, den Grund und Boden zu kultivieren« (ebd.: 30). Lloyd gefiel Malthus' Metapher – »Beim mächtigen Schauspiel [der Natur – P.L.], um eine Formulierung von Mr. Malthus zu verwenden, sollte es keine Sitzplätze umsonst geben« (ebd.: 60) –, und er schuf eine eigene: »Auf eine im Meer schwimmende Holzplanke, die nicht alle tragen kann, haben nicht alle den gleichen Anspruch« (ebd.: 75).

Was Hardin nicht wusste, als er im Jahr 1968 seinen Aufsatz fertigstellte, war, dass zur gleichen Zeit in Oxford der legendäre Historiker Raphael Samuel von der neuen linken Geschichtswissenschaft von Dorf zu Dorf zog. Gemeinsam mit zwei seiner Studenten aus dem Ruskin College, dem jungen irischen Historiker Reaney, der nun in London lebte, und der glamourösen Frauenrechtlerin Sally Alexander, befragte er ältere Dorfbewohner. Die Wissenschaftler und ihre Kollegen waren dabei, eine neue Geschichte zu erzählen. Das Ruskin College wurde im Jahr 1899 gegründet, um »Männer[n] aus der Arbeiterklasse Bildungschancen zu eröffnen«. John Ruskins Motto lautete: »Ich kann versprechen, dass ich aufrichtig bin, nicht aber, dass ich unvoreingenommen bin«, und er sprach von Oxford als »Stadt der träumenden Spitzen« und »der verdammten Lügner«. Vor diesem Hintergrund reagierte der »History-Workshop« auf die Freiheitsbewegung der 1960er-Jahre und verhalf ihr zugleich zum Durchbruch. Damals wussten die Aktiven des Workshops noch nicht, dass ihre Gespräche zu einem bahnbrechenden wissenschaftlichen Schlüsselargument wurden, dass Hardins Gepolter in Kalifornien entgegenstand.

Samuel war der Gründer des History-Workshops. »Grabe, wo Du stehst!« war seine Devise und Gegenstand der Streitschriften von Oxfordshire, was uns nun erlaubt, unsere Aufmerksamkeit direkt auf die Einhegungen von Otmoor zu richten.

Ein paar Meilen von der Universität in Oxford entfernt liegt Otmoor, viertausend Morgen Flachmoorland. Jeden Winter wurde es überschwemmt. Die Bewohner von Otmoor hatten eine besondere Art zu gehen, eine Art Schlurfen, das ihnen offensichtlich dabei half, sich trotz matschiger Pfützen, Wassergräben und knöcheltiefen Wassersflächen gut fortzubewegen. Ihnen wurde nachgesagt, sie hätten Schwimmhäute an den Füßen. Die Commoners der Gegend hatten ihre eigene Sprache und Epistemologie, die besonders deutlich in der Dichtung von John Clare (1793-1864) hervortrat, der selbst ein arbeitender Commoner war. »Grund und Boden« war ein Wort, das Clare fast immer benutzte, um ein eingefriedetes Stück Land, meist eine Weide, zu beschreiben; ein »close« ist bei ihm ein eingezäuntes Feld, meist für weidendes Vieh, und »plain« bezieht sich fast immer auf offenes, meist grasbewachsenes Land. Clare beschreibt in seiner Autobiographie, wie er als Kind durch die Emmonsailes-Heide lief – und sich verlief. »Eifrig wanderte ich weiter und weiter & strich am Ginster entlang, bis ich nicht mehr weiter wusste und die Wildblumen mich zu vergessen schienen & ich stellte mir vor, sie seien Bewohner eines neuen Landes – sogar die Sonne schien eine neue zu sein & in einem anderen Viertel des Himmels zu scheinen« (Barrel 1972: 134). Dies deutet darauf hin, dass er sich am »Uneingefriedeten« (»unenclosed«) orientierte. Clare legt mehr Bedeutung in den Satz als nur jenen, nicht zu wissen, wie er zurückfinden sollte. Die Sonne war an einem anderen Ort am Himmel, und die Wildblumen vergaßen ihn. Der Verlust der Allmende bedeutete den Verlust seiner ganzen Welt.

Nun, da wir dabei sind, unsere zu verlieren, schenken wir vielleicht diesen Commonern mehr Beachtung.

Der Naturforscher und Autor Richard Mabey hat über die Notwendigkeit der Allmende geschrieben als einer Bodenordnung, nach der das Land einer Partei gehören kann und andere dort zugleich verschiedene Nutzungsrechte haben, z.B. ihr Vieh weiden zu lassen oder Feuerholz zu schlagen. Es ist ein sehr altes System, das noch aus der Zeit vor der normannischen Eroberung im Jahr 1066 stammt (Mabey 1980). Mabey hat vier Grundtypen gemeinschaftlicher Verfügungsrechte identifiziert: die Nutzung der Viehweiden; das Recht, Feuerholz zu sammeln; das Recht, Schweine im Herbst zur Eichel- und Bucheckernmast in den Wald zu treiben; und das Recht, Torf zu stechen. Je nach Nutzungsart und Ressourcen (wie Ginster, Farne, Kalkstein, Kies, Lehm, Binsen, Schilf, Nüsse und Kräuter) gab es noch zahlreiche weitere Rechte: etwa Angelrechte, das Recht auf die Entnahme von Holz aus dem Wald zur Reparatur des eigenen Hauses oder der Ackergeräte, vorübergehende Wohn- und Bleiberechte. Diese Gewohnheitsrechte dienten dazu, die Versorgung mit Treibstoff, Fleisch, Milch, Gerät, Unterkunft und Arzneien zu gewährleisten. Ihnen standen zahlreiche Regeln und Kontrollmechanismen gegenüber, die so gestaltet waren, dass sie einer Übernutzung vorbeugten, Komplexität anerkannten sowie Einfallsreichtum und Wirtschaftlichkeit belohnten. Für die Gemeinschaft waren die Erhaltung der Allmende und ihre nachhaltige Nutzung lebenswichtig. Im Wald von Epping konnten die Eigentümer keine Bäume fällen, da die Commoners ein Anrecht auf die Baumspitzen und die abgeschnittenen Äste hatten. Im Selborne-Wald, wo die Commoners Weide- und Mastrechte besaßen, durften die Grundbesitzer ausschließlich Buchen nachpflanzen, da diese die notwendigen Früchte für die Schweinemast lieferten. Die Ernterechte für Pixey und Yarnton Meads in Oxfordshire wurden per Los verteilt – durch dreizehn Kugeln aus Kirschholz, jede mit einem anderen Namen versehen. Die Reihenfolge, in der sie aus einem Beutel gezogen wurden, legte den Streifen auf der Wiese fest, auf dem jeder Commoner in diesem Sommer Heu machen durfte. Mabey gibt zu, dass die Wiederbelebung eines solchen Systems ein »undurchdringliches Kuddelmuddel« zur Folge hätte. Aber wie kommt ein solches Durcheinander überhaupt zustande? Der konsequente Logiker mag sich die Haare raufen, doch dieses »undurchdringliche Kuddelmuddel« war auch eine Quelle der Kraft – der Kraft der Commoners!

Warum dauerte es sieben oder acht Jahrhunderte, um England »einzuhegen«, während dies in Russland in nur einer Generation geschah? Die Historikerin J.M. Neeson hilft, diese Frage zu beantworten, indem sie die verschiedenen Formen des Widerstands gegen die Einhegung der Allmende beschreibt: Bittgesuche, die Verbreitung falscher Gerüchte, Angriffe auf Eigentum, Verzögerungstaktiken, allerlei Unfug, anonyme Drohgedichte, Mauscheleien, Ballspielen, die Pforten der Gutsherren überwinden, das Niederreißen von Zäunen, Holzdiebstahl und so weiter. Sie stellt fest: »Das Gefühl des Verlustes, des Beraubtseins kann als bitteres Erbe der armen Leute ewig Bestand haben« (Neeson 1993: 291).

Die sieben Städte rund um Otmoor – Charlton, Fencot, Murcot, Oddington, Beckley, Horton, Studley und Noke – waren klein; in Noke wohnten weniger als hundert Menschen, während Beckley im Jahr 1831 370 Einwohner zählte. Das Moor-

gericht in Beckley definierte 1687 das Verhältnis der Städte zum Moor so, wie sie im *Domesday Book* festgeschrieben waren:

»Die Allmende in Otmoore soll niemandem außer den Einwohnern der sieben Städte gehören, die zu Otmoor gehören und die diese als Allmendeweide für jedwede Art von Vieh nutzen können.« Es gab drei Arten von Allmende: Die Allmendewiese jedes Dorfes, die von Jahr zu Jahr wechselte; die gemeinschaftlichen Nutzungsrechte der Gemeindeweide und das Ödland, in diesem Fall das Otmoor. Der einzige Gutsbesitzer, der in dieser Gegend wohnte, war Alexander Croke, ein Gutsbesitzer, der die Theorie der Commoners zum Ursprung ihrer Rechte heftig attackierte: Sie behaupteten, diese stammten von einer Königin (vielleicht Elisabeth der I.), die ihnen so viel Land gewährte, wie sie in der Zeit umreiten konnten, die ein Bündel Eichenholz zum Verbrennen brauchte. Mehr als fünfzig Jahre lang kämpfte Croke unermüdlich um die Aneignung des Moores. Die Auseinandersetzung begann im Jahre 1801, als der Herzog von Marlborough vorschlug, über viertausend Morgen Land zu entwässern, auszumessen und einzufrieden. Als die Ankündigung an den Kirchentüren der Gemeinde angeschlagen wurde, wurde sie »vom Pöbel an allen Orten« heruntergerissen. Ein weiterer Versuch im Jahre 1815, eine Aneignung per Anschlag anzukündigen, wurde »wegen großer Menschenaufläufe, bewaffnet mit Angriffswaffen aller Art«, als nicht durchführbar befunden.

Die einfachen Menschen begannen, sich auf eigene Faust zu wehren. Es gibt keine Aufzeichnungen darüber, dass irgendein Adelsgeschlecht je gemeinschaftliche Verfügungsrechte genossen hätte; »die Tradition der unbeschränkten Nutzung verwies in der Tat auf ein Vermächtnis vor Menschengedenken«. Trotz dieser Erkenntnisse, die es »unwahrscheinlich machten, dass ein adeliger Grundherr jemals die Alleinverfügung über Grund und Boden hatte«, wurde die Enclosure Act verabschiedet. Die Aneigner hatten Erfahrung aus Übersee. Croke war im Jahr 1801 von der Regierung als Richter in einem Gericht der Vizeadmiralität in Neuschottland eingesetzt, wo er sich einen Ruf als engstirniger Tory erwarb. Er argumentierte, dass nur Eigentümer, die ihr eigenes Haus besaßen, über Allmenderechte verfügten, wohingegen »die Armen an sich kein Recht auf wie auch immer geartete Allmende hätten« (alle Zitate aus Reaney 1970).

Im Jahr 1830 brach ein Damm, der Teil des Entwässerungsvorhabens war. Die Bauern nahmen das Gesetz selbst in die Hand und zerstörten die anderen Dämme. Zweiundzwanzig von ihnen wurden angeklagt und anschließend freigesprochen. Dies hinterließ bei den Siedlern einen nachhaltigen Eindruck, und eine Woche lang zogen Gruppen von begeisterten Menschen durch das Moor und rissen die Zäune nieder. Sie versammelten sich bei Vollmond, schwärzten ihre Gesichter, zogen sich Frauenkleider an und traten an, um die Zäune, Hecken, Brücken und Tore zu zerstören, die die Infrastruktur der Einhegung bildeten. Der oberste Sheriff, die Bürgerwehr von Oxfordshire und die Yeomanry-Kavallerie von Lord Churchill wurden gerufen. Doch die Einwohner ließen sich nicht einschüchtern. Sie beschlossen, die Grenzen von Otmoor nach altem Brauch komplett abzugehen.

Am Montag, dem 6. September, versammelten sich 500 Männer, Frauen und Kinder aus den Otmoor- Dörfern, und 500 weitere von anderswo schlossen sich ihnen an. Sie beschlossen »ganz Otmoor auf die Art und Weise abzuschreiten, wie sie es, so bekundeten sie, früher für gewöhnlich taten, und dass sie nach Beendi-

gung ihrer nächtlichen Ausflüge in vollem Tageslicht Besitz ergreifen und jeden Zaun niederreißen würden, der sich ihnen in den Weg stelle. [...] Bewaffnet mit Sicheln, Beilen, Hippen [...] marschierten sie in Reih und Glied an der sieben Meilen langen Grenze von Otmoor entlang und zerstörten auf ihrem Weg alle Zäune. Stellmacher, Hutmacher und Heuhändler marschierten neben Schuhmachern, Bäckern, Schneidern, Metzgern, Korbmachern, Maurern, Spenglern und Stellknechten – die ganze Palette der Dorfhandwerker war vertreten. Die Commoners hatten sich organisiert. Natürlich wurden Gegenmaßnahmen ergriffen. Sechzig oder siebzig Commoners wurden von der Kavallerie aufgegriffen, und vierundvierzig wurden mit einer Yeomanry-Eskorte ins Gefängnis von Oxford gebracht. Aber die Proteste ereigneten sich am Tag des Saint-Giles-Festes. Menschenmassen strömten durch die Straßen. Als der Ruf ›Otmoor für immer!‹ durch die Straßen schallte, nahm die Menge ihn auf, und es hagelte Beschimpfungen, Stücke und Steine von allen Richtungen. Alle vierundvierzig Gefangenen entkamen.

Das Gesetz sperrt ein Männer und Frau'n,
Die der Allmende Gänse klau'n.
Doch dem größ'ren Schurken es erlaubt,
Dass der Gans er die Allmende raubt.[12]

James Boyle hat diese Zeilen bis ins Jahr 1821 zurückverfolgt. Sie waren als Bekanntmachung in Plaistow angeschlagen, um Unterstützung für die geplante Einhegung von Hainault oder Waltham Forest schon im Vorfeld zu unterbinden (Boyle 2003: 33). Die Unbeschwertheit der Zeilen des Gedichts verführt mitunter dazu, zwei äußerst wichtige Aspekte zu übersehen, nämlich Inhaftierung und Wiedergutmachung. Es war Lord Abingdon, der sich Crokes erstem Versuch offen widersetzte, einen parlamentarischen Beschluss für die Einhegung von Otmoor zu erwirken. Als führender Vertreter der Whig Partei im 18. Jahrhundert argumentierte er – obwohl er selbst nicht dort wohnte –, dass Hunderte von Familien ihre Subsistenzgrundlage verlieren würden, die sich auf »das Recht [stützte], Gänse im Moor zu züchten und aufzuziehen« (Reaney 1970: 25).

Im Herbst 1832 brach in Oxfordshire ein Aufstand aus. Philip Green war Schornsteinfeger und einer der Anführer der Anti-Einhegungs- und Anti-Mechanisierungsbewegung in Oxfordshire. Er war »eine alte Galeere« und »ohne Furcht«. Wenn die Löhne nicht erhöht würden, so sagte Green voraus, würden sich die Commoners zusammenrotten und »alle Maschinen in der Nachbarschaft zerstören, und die Arbeiter von der Arbeit abhalten«.

Wie Croke, der die Einhegungen vorantrieb, hatte Green, der Commoner, transatlantische Erfahrung und war sich des Weltgeschehens bewusst. Seeleute wie er werden der Nat-Turner-Revolte[13] von 1931 in Virginia oder der großen Weih-

12 | Der vollständige Text des Gedichts findet sich zu Beginn dieses Kapitels (Anm. der Hg.).

13 | Nathaniel Turner führte mit 31 Jahren einen Sklavenaufstand an. 1831 töteten er und sieben andere Sklaven ihre Besitzer und deren Familien, weitere Sklaven schlossen sich dem Aufstand an und zogen mit Messern und Äxten bewaffnet von Siedlung zu Sied-

nachtsrevolte der zwanzigtausend Sklaven in Jamaika im selben Jahr besondere Aufmerksamkeit geschenkt haben. Im Jahr 1830 war die Enclosure Act fünfzehn Jahre alt. Zwei weitere Jahre würde Otmoor sich auflehnen. Eine Einheit der Coldstream-Garde wurde in das Gebiet entsandt. Im August 1831 schickte das Innenministerium einige Londoner Polizisten. Die Bevölkerung erwies sich bei den sogenannten »Kirchentüraufständen« vom September 1831[14] fähig, eine Aktion zu organisieren: Der Polizist, der eine Bekanntmachung zur Einhegung öffentlichen Landes aufhängen wollte, wurde mit Steinen beworfen, als er ins Haus des Geistlichen floh. »Verflucht seien die Leichenräuber« wurde gerufen. Warum? Es herrschte die allgemeine Meinung, dass die Behörden am sogenannten »Burking« beteiligt waren, einer grauenvollen Prozedur, die darin bestand, Menschen zu kidnappen und zu ersticken, um ihre Körper an medizinische Versuchsanstalten zu verkaufen. Der Name dieser Praxis stammt von einem Leichenräuber, William Burke, der 1829 gehenkt wurde. Im Jahr 1831 hätte jeder der fünfhundert Medizinstudenten in London drei Leichen für die Ausbildung in Anatomie benötigt, also 1500 Leichen pro Jahr. Zu dieser Zeit gab es in London sieben florierende Leichenräuberbanden, und ein Mann, John Bishop, verkaufte im Laufe seiner Karriere zwischen 500 und 1000 Leichen. Im Jahr 1831 wurde außerdem die Metropolitan Police in London gegründet. Mehr als 1000 uniformierte und bewaffnete Männer patrouillierten durch die Straßen. Sie waren verhasst, und die Mehrheit der Bevölkerung hielt ihren Einsatz für verfassungswidrig, da sie das Verbot einer ständigen Armee verletzten.

Zu jedem Vollmond versammelten sich die Commoners im Moor, um die Zäune niederzureißen. Im Januar 1832 schrieb ein örtlicher Magistrat an Lord Melbourne, dass »die Stimmung in den Dörfern von offenem Rechtsbruch zeugt«. Die Polizei war hilflos, und es wurden zusätzliche Soldaten entsandt. »Keine der Einheiten, die die Regierung dorthin entsendet, sollte längere Zeit vor Ort bleiben, um der Möglichkeit einer unerwünschten Verbindung zwischen dem Volk und dem Militär vorzubeugen« (Reaney 1970: 57). Die Verhinderung von Verbrüderung war eine Maßnahme, um Revolutionen zu verhindern.

Marx schrieb im Vorwort zur Erstausgabe von *Das Kapital*: »Die englische Hochkirche verzeiht eher den Angriff auf 38 von ihren 39 Glaubensartikeln als auf 1/39 ihres Geldeinkommens« (MEW 1968, Bd. 23: 16). Es ist ungeklärt, ob Marx der Text der 39 Artikel bekannt war, die unter Elisabeth I im Zuge der sogenannten »religiösen« Kriege des 16. Jahrhunderts aufgestellt wurden. Der 38. Artikel sagt in der Tat aus: »Das Vermögen und die Güter der Christen sind, was Rechtsan-

---

lung. Insgesamt fielen dem Aufstand 55 Weiße zum Opfer. Zur Vergeltung wurden mehr als hundert unschuldige Sklaven getötet. Turner verbrachte sechs Wochen auf der Flucht und wurde nach seiner Gefangennahme hingerichtet. Die während seiner Gefangenschaft aufgezeichneten Erinnerungen erreichten ein großes Publikum (Anm. der Hg.).

14 | Die Menschen rissen – wie im Falle Otmoor beschrieben – an mehreren Orten die an die Kirchentüren angeschlagenen Aushänge ab, auf denen die Einhegungen des öffentlichen Landes kundgetan wurden. Die Kirchentüren waren so etwas wie die mittelalterlichen Litfaßsäulen. Bereits 1801 hatte es ähnliche Aktionen gegeben (Anm. der Hg.).

spruch und Besitz betrifft, nicht gemeinsam, wie gewisse Wiedertäufer fälschlich behaupten.«[15]

Als Marx sein Werk verfasste, öffneten sich die Pforten der Macht nur Begüterten sowie bekennenden Mitgliedern der Church of England. Die Verbindung zwischen Religion und Einhegung reicht in der englischen Geschichte weit zurück, bis zur Protestantischen Reformation. Für Marx spielte diese Trennung der Menschen vom Land – die er primäre oder ursprüngliche Akkumulation nannte – »dieselbe Rolle wie der Sündenfall in der Theologie« (MEW 1968, Bd. 23: 741).

Das rote Gewand des Magistrats und die schwarze Soutane des Priesters vereinten sich in Oxford, um Otmoor einzuhegen. Vier Geistliche der Church of England – der Kaplan von Beckley, der Pfarrer von Oddington und die Vikare von Charlton und Noke – waren überzeugte Unterstützer der Einhegung. Zwei von ihnen wurden Bevollmächtigte, die tatsächlich 1700 Menschen Land wegnahmen und es an 78 weiterverteilten. Ein Großteil des Landes ging an Geistliche sowie an drei der Oxforder Hochschulen Balliol, Oriel und Magdalen. Lloyd war nicht nur Professor, sondern auch Geistlicher in der Church of England. Ohne seine persönlichen Besitzverhältnisse oder die Rolle der Oxforder Hochschulen bei den Auseinandersetzungen im Rahmen der Enclosure Act von Otmoor zurückverfolgt zu haben, scheint es offensichtlich, dass seine Argumente sich auf die Kämpfe des einfachen Volkes bezogen, die des Nachts und bei Tag durchgeführten, die lang geplanten und die spontanen, die in der Stadt und auf dem Land. Wie Malthus vor und Hardin nach ihm, war er ein Aneigner und kein Commoner.

Um die Antriebskräfte der Geschichte zu verstehen, müssen wir den Rissen in den Mauern und den Löchern in den Zäunen Aufmerksamkeit schenken. Wir sollten nicht vergessen, dass die Bristol Radical History Group die History-Workshop-Tradition in vielerlei Hinsicht neu belebt hat. Zwei ihrer Veröffentlichungen beschäftigen sich mit den Einhegungen und dem Widerstand dagegen (Wright 2008; Mills 2009). Sie bringen die real gelebte Geschichte zum Vorschein, in der das Konkrete der Feind des Abstrakten ist und der Historiker (der die Menschen Erinnernde) ein Kulturarbeiter, der den Menschen zur Seite steht.

Die Erstveröffentlichung der Vollversion dieses Texts Enclosures from the Bottom Up *erfolgte im* Radical History Journal, *Ausgabe 108, S. 11-27, Herbst 2010. Abdruck mit freundlicher Genehmigung von Duke University Press.* *© 2010 by MARHO: The Radical Historians' Organization, Inc.*

Literatur

Barrel, John (1972): The Idea of Landscape and the Sense of Place, 1730-1840, New York.

Boyle, James (2003): The Second Enclosure Movement and the Construction of the Public Domain, Law and Contemporary Problems, Band 66, S. 33-74.

15 | Artikel 38 der Church of England, übersetzt nach: http://www.theology.de/downloads/1647westminsterbekenntnis.doc (Zugriff am 24.09.2011) (Anm. des Übersetzers).

Cockburn, Alexander (1996): »A Short, Meat-Oriented History of the World from Eden to the Mattole«, in: *New Left Review*, No. 215, S. 16-42.
Hardin, Garrett (1968): »The Tragedy of the Commons«, in: *Science* 162 (1968), S. 1243-1248.
Kelton, Elmer (1971): The Day the Cowboys Quit, Doherty.
Lloyd, William (1833): Two Lectures on the Checks to Population Delivered Before the University of Oxford in Michaelmas Term 1832, Oxford.
Mabey, Richard (1980): The Common Ground: A Place for Nature in Britain's Future?, London.
Marx, Karl/Engels, Friedrich (1968): Werke, MEW Band 23, Das Kapital, Bd. I, Berlin.
Mills, Steve (2009): A Barbarous and Ungovernable People! A Short History of the Miners of Kingswood Forest, Bristol Radical History Group, Bristol.
Neeson, J.N. (1993): Commoners: Common Rights, Enclosures, and Social Change in England, 1700-1820, New York.
Reaney, Bernard (1970): Class Struggle in Nineteenth Century Oxfordshire, History Workshop, Oxford.
Thompson, E.P. (1964): The Making of the English Working Class, New York.
Toer, Pramoedya A. (2000): The Mute's Soliloquy: A Memoir, trans. Willem Samuels, New York.
Williams, Raymond (1973): The Country and the City, New York.
Wright, Ian (2008): The Life and Times of Warren James: Free Miner from the Forest of Dean, Bristol Radical History Group, Bristol.

Peter Linebaugh (USA) ist Historiker oder »Menschen-Erinnerer« und lehrt an der Universität von Toledo, Ohio. Er verfasste unter anderem *The London Hanged* (2006) und *The Magna Carta Manifesto* (2008). Er ist Coautor mit Cal Winslow, Doug Hay und Edward Palmer Thompson von Albion's Fatal Tree (2011) und (mit Marcus Rediker) *Die vielköpfige Hydra* (2008).

Allmende: Zur Aktualisierung eines historischen Eigentumsbegriffs

Hartmut Zückert

Mit »Commons« hat in den modernen Sozialwissenschaften und in der interessierten Öffentlichkeit ein historischer Begriff Karriere gemacht wie wenige andere. Berühmt wurde dieser Begriff bekanntlich durch Garrett Hardin und seinen berühmten Aufsatz *The Tragedy of the Commons*, ins Deutsche übersetzt als *Die Tragik der Allmende* (Hardin 1968; 1970). Hardin hatte das historische Phänomen der Commons aus dem Zusammenhang der Einhegungen in England[1] auf Parkplätze, Ozeane, Nationalparks, Wasser und Luft übertragen. Hier stellt sich die Frage, ob nicht ein ahistorischer Analogieschluss vorliegt, der zur Klärung der Gegenwartsproblematik wenig beiträgt.

Die Kritik an Hardins einflussreichem Essay machte klar, dass die historischen »Commons« keineswegs »open to all« und damit einer tragisch unabwendbaren Zerstörung gewidmet waren. Es gab vielmehr einen jeweils klar definierten Kreis von Berechtigten, die untereinander Regeln vereinbarten, um eine Degradierung der Ressource zu verhindern.[2] Hardin verwendet einen weniger scharf umrissenen Begriff als Gordon, der in Bezug auf die Weltmeere von einer »common-property resource« spricht (Gordon 1954). Von Gemeineigentum könne aber nicht die Rede sein, wenn eine Besitzergreifung der jedermann zugänglichen Ressourcen gar nicht stattgefunden habe, meinten wiederum Gordons Kritiker.

Elinor Ostrom gibt die Eigentumskategorie als analytischen Ansatzpunkt auf und macht mit dem Ausdruck »common-pool resource« (der der Bezeichnung von Erdöl- oder Grundwasservorkommen entliehen ist) den Ressourcenbegriff zur Basis ihrer Untersuchung.[3] Sie unterscheidet frei zugängliche von zugangsbeschränkten natürlichen Ressourcen. Hinsichtlich der frei zugänglichen, in niemandes Eigentum befindlichen Ressourcen hält sie Hardins Warnungen für zutreffend (Ostrom 1990: 183). Für Ressourcen mit beschränktem Zugang jedoch benennen Ostrom und andere eine Reihe von Beispielen gemeinschaftlicher Nut-

1 | Der vorangehende Beitrag von Peter Linebaugh zeichnet den konkreten Hintergrund von Hardins historischer Referenz nach (Anm. der Hg.).

2 | Ein Überblick über die Diskussion findet sich bei Lerch 2009.

3 | Der Begriff »common-pool resource« wird als »Gemeinressource« oder »Allmendressource« übersetzt.

zungen, die zum Teil seit Jahrhunderten bestehen und die Ressourcen erhalten. Hier kommt der Eigentumsbegriff wieder ins Spiel.

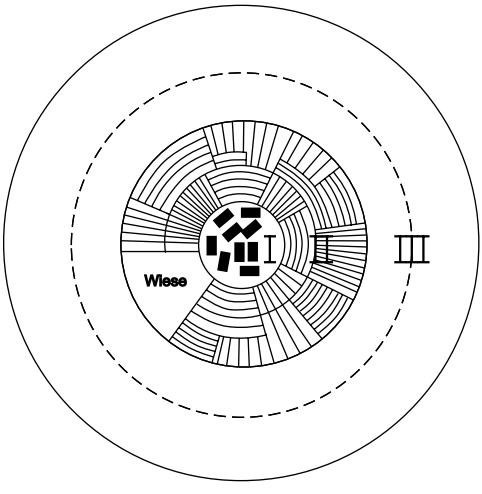
Ostrom und Schlager unterscheiden verschieden starke Bündel von Eigentumsrechten und deren Inhaber, nämlich 1. die Nutzungsberechtigten (»authorized users«), die nur das Recht auf Zugang und Entnahme haben; 2. die Inhaber (»claimants«), die darüber hinaus auch das Recht auf Ausschluss haben; 3. die Besitzer (»proprietors«) mit zusätzlichen Verwaltungsrechten; und 4. die Eigentümer (»owners«), denen schließlich auch das Recht auf Veräußerung zusteht. Je stärker nun das Bündel sei, desto weniger gefährdet sei der Bestand der »common-pool resources« (Schlager/Ostrom 1992).

Die Auffassung vom Eigentum als Bündel von Rechten ermöglicht eine Hierarchisierung: vom Nutzungsrecht über die Inhaberschaft und den Besitz zum Volleigentum. Eine Typologie kann durch die vergleichende Betrachtung weltweiter Fälle von Gemeingutverwaltung gewonnen werden. Oder auch, indem man sich die historischen Allmenden daraufhin ansieht, welche Formen der Verwaltung und der eigentumsrechtlichen Verfassung ihren jahrhundertelangen Bestand ermöglichten.

Allmenden historisch: wie es zu Einhegungen kam

Vor der mit der Industriellen Revolution verbundenen Agrarrevolution wurde der Grund und Boden in zweierlei Intensitäten genutzt (das Folgende nach Zückert 2003): durch eine intensive Bearbeitung des Acker- und Wiesenlandes (Düngen, Pflügen, Säen, Eggen, Ernten, Be- und Entwässern), das sich daher in Privatbesitz der Bauern befand; und eine extensive Bewirtschaftung des Weide- und Waldlandes, auf das das Vieh getrieben und auf dem das Holz geschlagen wurde, das daher in gemeinschaftlichem Besitz blieb: die Allmenden (siehe Abb.). Die Zahl des Viehs, das man halten konnte, war von der Menge des Heus als Winterfutter und damit von den vorhandenen Wiesen abhängig. Vom Frühjahr bis zum Herbst trieb man dann das Vieh auf die »Allmendweide«.

Abbildung 1: Ringmodell einer Dorfgemarkung: I Dorf mit Gärten, II Acker und Wiese, III Weide- und Waldallmende (Rösener 1985, 56).



Die Agrarrevolution bestand im Grunde darin, dass man begann, Futterpflanzen wie Klee, Rüben und Kartoffeln anzubauen, so dass das Vieh im Stall gefüttert werden konnte und die unkultivierten Weiden entbehrlich wurden. Die Allmende wurde in Acker umgewandelt oder als Weide intensiver gepflegt, das heißt: sie wurde eingehegt. Die Waldweide wurde abgeschafft, die Wälder wurden intensivierter

Holzwirtschaft gewidmet und ebenfalls privatisiert. Lediglich Residualnutzungen, die – wie die Alpwirtschaft – nur extensiv möglich waren, blieben gemeinschaftlich.

Die agrarischen Innovationen erforderten Investitionen: die Umstellung der Fruchtfolge, Saatgut für die Futterpflanzen, Zäune oder Hecken, Ställe und neues Gerät; daher waren Großbauern, Pächter und Gutsherren bei der Veränderung der Produktionsweise im Vorteil und trieben sie voran, während die Kleinbauern am tradierten Wirtschaften festhielten. Darauf beruhen die Auseinandersetzungen um die Einhegungen zwischen Gutsherren und Pächtern auf der einen und Kleinbauern auf der anderen Seite. Letztere mussten, da sie kaum konkurrenzfähig waren, den Kürzeren ziehen. Ohne die Haltung von ein wenig Vieh auf der Allmende konnten sie aber nicht existieren, und nachdem diese eingehegt worden war, wurden sie freigesetzt und standen den Einhegungsgewinnern in ihren Großbetrieben als Landarbeiter zur Verfügung. Das war die wahre »tragedy of the commons«.

Die Eigentumsverteilung nach den Einhegungen entsprach in ihren Grundzügen zunächst der Eigentumsordnung, die sich zuvor herausgebildet hatte. Eigentum war unter der Feudalherrschaft immer geteiltes Eigentum: Der Bauer erhielt seinen Hof mit dem dazugehörigen Land vom Adligen oder vom Kloster zur Leihe, er musste dafür Fronarbeit, Natural- oder Geldabgaben leisten und war der Gerichtsbarkeit der Herrschaft unterworfen. Da die Allmende zum Hofland gehörte, unterstand auch sie dem Grundherrn; »lord of the soil of the common« nannte er sich in England. Die Herrschaft trieb wie die »commoners« Vieh auf die Allmendweide und schlug Holz im Wald. In welchem Maße dies geschah, hing in Europa davon ab, in welchem Umfang die Herrschaft selbst einen Landwirtschaftsbetrieb führte oder hauptsächlich Abgaben bezog.

Östlich der Elbe mussten die Bauern bis ins 19. Jahrhundert hinein Fronarbeit auf den Gutsäckern leisten und hatten nur Nutzungsrechte an der Allmende. In England oder im Rheinland hingegen wurden die Gutshöfe verpachtet und die dominierende Pachtwirtschaft sorgte für eine Dominanz in der Weidennutzung gegenüber den anderen Allmendgenossen. Infolge der gewerblichen Nachfrage nach Wolle überfluteten in England die Schafherden der Grundherren die Commons. Im Rheinland zogen die »Meistbeerbten«, also die Pächter, die Verwaltung des Waldes immer mehr an sich. In Südwestdeutschland und in der Schweiz wurden die Gutsäcker an die Bauern verliehen, die Herrschaft zog sich auf die extensiven Wirtschaftszweige wie Holzwirtschaft oder Schafhaltung zurück und konkurrierte mit den Bauern um die Allmenden.

Dementsprechend entwickelten sich die Eigentumsrechte verschieden. In Südwestdeutschland wurde das Feudaleigentum der Herren immer mehr zurückgedrängt, und um 1800 hatten die Bauern faktisch Eigentum an ihren Höfen und an der Allmendweide und festgeschriebene Nutzungsrechte am Wald, oft auch Gemeindewälder. Östlich der Elbe dagegen hatten die Bauern nur Besitzrechte an ihren Höfen und nur Nutzungen an der Allmende.

Entsprechend fielen die Ergebnisse der Einhegungen aus. In England sicherten sich die Lords und ihre Pächter den Löwenanteil an den Commons – ein Skandal, den schon Thomas Morus 1516 in der Gesellschaftskritik, die er seiner *Utopia* voranstellte, mit dem berühmten Diktum anprangerte: »Schafe fressen Menschen«. Adlige und Äbte nähmen den Bauern »das schöne Ackerland weg, zäunen alles als

Weide ein, reißen die Häuser nieder, zerstören die Dörfer, lassen nur die Kirche als Schafstall stehen« (Marus 1964: 28f). Östlich der Elbe war es ärger, die Gutsherren eigneten sich das Gemeinland an und speisten die Bauern mit minimalen »Entschädigungen« ab. Die durch die Aneignung des Gemeinlandes zu Großgrundbesitz angewachsenen Güter wurden mit halbfreien, der Knute des Gutsherrn gehorchenden Landarbeitern betrieben. Der Staat spielte den Geburtshelfer der neuen Eigentumsordnung in England mit den »parliamentary enclosures« (also Einhegungen durch Parlamentsgesetze; circa 1760-1820) oder in Preußen 1811/21 mit den Gemeinheitsteilungsordnungen. In Südwestdeutschland dagegen fielen die Allmendteilungen in einem lang währenden Prozess zugunsten der Bauern und Gemeinden aus.

Allmenden historisch: von der Genossenschaft verwaltet

Eigentumsrechtlich waren die Allmenden an den Ackerbesitz gebunden; wer Acker besaß, durfte sein Vieh auf die Allmende treiben. Der Ackerbau wurde genossenschaftlich betrieben, und die Dorfgenossenschaft hatte die Regelungshoheit über die Allmenden. Eine wichtige Regelung betraf den Abschlusstermin der Ernte, so dass das Vieh in die Stoppeln getrieben wurde und den Ackerboden düngte. Nach der Getreide- und Heuernte wurden also auch Äcker und Wiesen Allmenden, das Privateigentum ruhte und war bis zum Frühjahr gemeinschaftlicher Besitz.

Das Vieh des ganzen Dorfes wurde gemeinschaftlich auf die Weide getrieben, entweder im Reihedienst der Bauern, das heißt, dass der Reihe nach jeder diese Aufgabe übernahm, oder indem die Genossenschaft einen Hirten beschäftigte, der darauf zu achten hatte, dass das Vieh nicht in die Felder lief. Als bei der Zunahme der Viehmenge die Gefahr der Übernutzung der Weide entstand, weil mehr Vieh ausgetrieben wurde, als Gras wuchs, erließ die Genossenschaft eine Weideordnung in einem sogenannten »Weistum« oder »bylaw«[4]. Sie beschränkte die Viehzahl, legte Bußen fest gegen jene, die dagegen verstießen, und trieb sie – etwa mittels des Pfändungsrechts – ein. Ähnliches galt bei anderen Regelungen und Verstößen. Wenn der Holzeinschlag überhandnahm, wurden Kontingente festgelegt. Es waren demnach genossenschaftliche Institutionen nötig: erstens eine Genossenschaftsversammlung, die die Regeln beschloss; zweitens ein Bauer-(Bürger-)meister, der die Allmendeordnung exekutierte; und drittens ein Dorfgericht, das Streitfälle entschied. Die Gefährdung der Allmende hatte für die Genossenschaft einen Zuwachs an Kompetenzen zur Folge.

Dazu gehörte auch die Aufsicht über die innere Allmende, also den gemeinschaftlichen Grund und Boden im Innern des Dorfes, auf dem Gemeinschaftseinrichtungen wie Hirtenhaus, Schmiede, Backhaus oder Badehaus standen. Bau und Brennholzversorgung solcher Einrichtungen bestritt die Gemeinde aus dem Allmendwald. Zu derartigen Zwecken konnte sie auch Allmendgrundstücke veräußern. Die Genossenschaft war also rechts- und vermögensfähig, sie bildete gemeindliche Institutionen.

4 | Von lokalen Autoritäten erlassene Gesetze und Bestimmungen.

Genossenschaft heißt, dass das Wirtschaften des einzelnen Eigentümers ermöglicht wird durch das Zusammenwirken aller. Daher rührt die (später mythologisierte) genossenschaftliche Devise: »Einer für alle, alle für einen!«

Ein Eigentumsrecht an der Allmende hatten nur die Ackerbesitzer. Es gab im Dorf aber neben den Bauern noch Handwerker, auf deren Dienste die Bauern angewiesen waren, und Arbeitskräfte, die von den Bauern in Arbeitsspitzen, vor allem der Ernte, beschäftigt wurden und die im Übrigen mit Spinnen und Weben ihren Lebensunterhalt verdienten. Die Genossenschaft räumte diesen Nicht-Bauern ein, eine Kuh auf die Allmende zu treiben und Bruchholz im Wald zu sammeln. Aus dem Aufeinanderangewiesensein im Dorf entstanden diese Nutzungsberechtigungen. Mit der Zunahme der Zahl der Spinnerinnen und Weber in den Dörfern während der Frühindustrialisierung summierte sich die Zahl ihres Viehs mancherorts derart, dass es die Allmende überlastete. In diesen Industriedörfern kam es tatsächlich zu einer Krise der Allmende, da die unterbäuerliche Schicht ohne Ackerbesitz einseitig auf die marginale Allmendnutzung angewiesen war, während doch die Allmenden eigentlich das Pendant zum Ackerbau waren.

Je gefestigter die Eigentumsrechte der Bauern am Acker und infolgedessen an der Allmende gewesen waren, desto stärker war ihre Selbstverwaltung. Im Gericht des Dorfes waren nicht mehr die Interessen der Herrschaft ausschlaggebend, sondern die der Bauerngenossenschaft. Der herrschaftliche Schultheiß wurde zum Gemeindeorgan, aus dem Gutsgericht wurde das Gemeindegericht. Es entwickelte sich ein entsprechendes Denken, genossenschaftliche Grundsätze wurden zur Norm erhoben. In den Abstimmungen der Genossenschaftsversammlung war die Größe der Höfe der jeweiligen Bauern nicht von Belang, sondern jeder hatte eine Stimme, es galt: »Ein Mann, ein Wort!« Und das Gewinnstreben des Einzelnen war immer so weit begrenzt, dass nicht das Auskommen aller dadurch beeinträchtigt wurde; das war der Sinn der Begrenzung der Viehzahl auf der Allmende. Der »gemeine Nutzen« war die oberste Norm dieser genossenschaftlich geprägten Gesellschaft. Und keineswegs lokal beschränkt. Da diese Norm weithin anerkannt war, wurde sie auf allgemeine gesellschaftliche Belange übertragen: als Forderung an den Fürsten, den Staat darauf auszurichten, dass der gemeine Nutzen gefördert würde, und an die Kirche, diese Werte zu predigen (Blickle 2008).

Es gab ein reges Gemeindeleben mit jährlich festlichem Umzug die Gemarkungsgrenzen entlang, dem feierlichen Umtrunk nach der Revision der Gemeindekasse und anderem mehr. Volksbräuche verbanden sich mit der Allmendweide. Die Glocke, die der Dorfbulle auf der Weide um den Hals trug, tönte in den Ohren der Bauern: »Der Schulte kömmt, der Schulte kömmt« (Der Schultheiß hielt den Zuchtbullen für die Gemeinde). Zu Neujahr bliesen die Hirten im Dorf auf ihren Hörnern, gingen von Tür zu Tür und sangen ihr Lied, das die Bauern aufforderte, ihnen etwas zu geben – am besten die geräucherten Würste herauszurücken. Die Gaben galten als Ausdruck der Wertschätzung der Bauern für den sorgsamen Umgang der Gemeindeangestellten mit ihrem Vieh (Zückert 2001).

Die Allmenden gehörten einer Wirtschaftsweise an, die nach dem Entwicklungsstand der landwirtschaftlichen Produktionsverfahren nicht anders als gemeinschaftlich sein konnte. Damit verbunden war eine soziale und kulturelle Interaktion, die umso vitaler war, je mehr die Genossenschaft dieses Wirtschaften

selbst verwaltete. Und dies wiederum hing eng mit den Eigentumsrechten der Genossenschaft an den Gemeinressourcen zusammen.

Allmenden von heute?

Der historische Allmendebegriff deckt ein breites Spektrum der gemeinschaftlichen Besitzergreifung ab: von der bloßen Nutzung einer in herrschaftlichem Eigentum befindlichen Ressource über die Selbstverwaltung und den Ausschluss Dritter bis zum Recht der Veräußerung. Er hat den gleichen Umfang wie der von Ostrom vornehmlich an der Untersuchung von natürlichen Ressourcen gewonnene.

Demgegenüber bezieht sich der Gemeingutbegriff, wie er in der aktuellen Debatte verwendet wird, auch auf natürliche Ressourcen mit freiem Zugang.[5] Allerdings enthält dieser Gemeingutbegriff keine Option, wie diese Güter erhalten werden können.

Sind aber die Definitionsmerkmale der historischen Allmenden – oder eines ähnlichen Gemeineigentumbegriffs – auf Gemeingüter mit freiem Zugang, gar auf globale Ressourcen übertragbar? Ciriacy-Wantrup und Bishop waren überzeugt, dass Gemeineigentumsinstitutionen zur Lösung von Gegenwartsproblemen natürlicher Ressourcen beitragen können und es bereits tun. Ein Beispiel sei die Hochseefischerei: Die Festlegung einer Fischereisaison, um der Überfischung entgegenzuwirken, habe eine Parallele in der Weidesaison auf den Allmenden; die Ausdehnung der nationalen Fischereizonen auf 200 Seemeilen vor der Küste habe eine Analogie in den Grenzen des Weidelandes eines Dorfes und der Bestimmung, wer darin Weiderechte habe; die Festlegung von nationalen Fangquoten wie auch der anteiligen Fangquoten der einzelnen Fischer habe eine Parallele in den Viehauftriebsbeschränkungen auf der Allmende. Ähnliche Institutionen zur Regulierung der Nutzung der Luft würden entstehen. Folge man denen, die unter anderem die Weltmeere als gemeinsames Erbe der Menschheit betrachteten, könne man diese Ressourcen als »a giant commons« behandeln, die treuhänderisch von einer internationalen Agentur wie den Vereinten Nationen verwaltet werden könnten (von Ciriacy-Wantrup/Bishop 1975: 721-724).

Der historische Allmendebegriff ist ein Eigentumsbegriff. Wenn man die Commons-Debatte der Gegenwart historisiert und den historischen Commons- bzw. Allmendebegriff ins Spiel bringt, ist das zu berücksichtigen. Doch es muss überlegt werden, ob die Eigentumsfrage in der Lösung der globalen Problematik überhaupt die zentrale Frage ist. Und wenn ja, wie Gemeineigentumsrechte heute ausgestaltet werden können.[6]

---

5 | Mehr noch, in der modernen Commons-Debatte werden häufig alle Dinge und Ressourcen, die nicht von einem Einzelnen hergestellt sind oder die der Allgemeinheit geschenkt wurden, als Gemeinressource oder Allmende bezeichnet. Ganz gleich, ob sie nun natürliche oder kulturelle Ressourcen sind, ob sie der Zugangsbeschränkung bedürfen oder nicht. Die Wissensallmende etwa gedeiht dann am besten, wenn freier Zugang zu Wissen und Informationen gewährt ist (Anm. der Hg.).

6 | Für Diskussionen und Denkanstöße danke ich Julio Lambing.

Literatur

Blickle, Peter (2008): Das alte Europa. Vom Hochmittelalter bis zur Moderne, München.

Gordon, H. Scott (1954): »The Economic Theory of a Common-Property Resource – The Fishery«, in: *The Journal of Political Economy* 62, S. 124-142.

Hardin, Garrett (1968): »The Tragedy of the Commons«, in: *Science* 162, 1968, S. 1243-1248; dt.: »Die Tragik der Allmende«, in: Lohmann, Michael (Hg.): Gefährdete Zukunft. Prognosen angloamerikanischer Wissenschaftler, München 1970, S. 30-48.

Lerch, Achim (2009): »Die Tragödie von der ›Tragedy of the Commons‹«, in: Helfrich, Silke (Hg.): Wem gehört die Welt? Zur Wiederentdeckung der Gemeingüter, München, S. 85-95.

Morus, Thomas (1964): Utopia, übersetzt von Gerhard Ritter, Stuttgart.

Ostrom, Elinor (1990): Governing the Commons. The Evolution of Institutions for Collective Action, Cambridge; dt.: Die Verfassung der Allmende. Jenseits von Staat und Markt, Tübingen 1999.

Rösener, Werner (1985): Bauern im Mittelalter, München.

Schlager, Edella/Ostrom, Elinor (1992): »Property-Rights Regimes and Natural Resources: A Conceptual Analysis«, in: *Land Economics* 68, S. 249-262.

von Ciriacy-Wantrup, Siegfried/Bishop, Richard C. (1975): »Common Property as a Concept in Natural Resource Policy«, in: *Natural Resources Journal* 15, S. 713-727.

Zückert, Hartmut (2001): »Gemeindeleben in brandenburgischen Amtsdörfern des 17./18. Jahrhunderts«, in: Zückert, Hartmut/Rudert, Thomas (Hg.): Gemeindeleben. Dörfer und kleine Städte im östlichen Deutschland (16.-18. Jahrhundert), Köln, S. 141-179.

Zückert, Hartmut (2003): Allmende und Allmendaufhebung. Vergleichende Studien zum Spätmittelalter bis zu den Agrarreformen des 18./19. Jahrhunderts, Stuttgart.

Hartmut Zückert (Deutschland) ist promovierter Historiker, war 1995-1999 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Max-Planck-Arbeitsgruppe Ostelbische Gutsherrschaft an der Universität Potsdam. Veröffentlichung: *Allmende und Allmendaufhebung* (2003).

Katechisation

Lehrer
Bedenk, o Kind! woher sind diese Gaben?
Du kannst nichts von dir selber haben.
Kind
Ei! alles hab ich vom Papa.
Lehrer
Und der, woher hat's der?
Kind
Vom Großpapa.
Lehrer
Nicht doch! Woher hat's denn der
Großpapa bekommen?
Kind
Der hat's genommen.

Johann Wolfgang von Goethe,
Berliner Ausgabe. Poetische Werke,
Band 1-16, Band 1, Berlin 1960ff, S. 468-469.

Globaler Landraub

Die neue Einhegung

Liz Alden Wily

Wir schreiben das Jahr 1607. Seit Jahrhunderten betreiben die Engländer in Irland Landnahme. Das irische Gewohnheitsrecht, das im 7. Jahrhundert erstmals niedergeschrieben wurde, ist hoch entwickelt und wird noch immer von speziell ausgebildeten, traditionellen Magistraten, den Brehons, gepflegt. Doch die englischen Gerichtshöfe entscheiden schließlich in den Urteilen zu Gravelkind (1605) und Tanistry (1607) dagegen, Eigentumsrechte aus dem Gewohnheitsrecht ableiten zu dürfen. Familien, die bisher Eigentümer waren, werden nun zu Pächtern der etablierten englisch-irischen Eliten, und das Gemeindeland, das für Beweidung und Jagd unentbehrlich ist, wird zum ausschließlichen Eigentum der Eliten und der schubweise neu eingewanderten englischen und schottischen Siedler. Die irischen Gemeinden dürfen die Allmende nun nach dem Gutdünken der neuen Besitzer nutzen.

Amerika im Jahr 1823. Während seiner Amtszeit bringt der oberste Richter Marshall einen konstruierten Fall vor den Obersten Gerichtshof. Er hat ein privates Interesse, ein Gebiet an Bauunternehmer zu verkaufen, obwohl die eingeborenen Indianer gemäß ihrer »angestammten Rechtstitel« (»aboriginal title«) in rechtmäßigem Besitz von 43.000 Quadratmeilen des umstrittenen Landes sind. Marshall argumentiert, die Britische Krone sei durch die Eroberung zum Besitzer Nordamerikas geworden, sie habe »das Recht der Entdeckung«. Deshalb dürfe nur die Krone oder eine ihrer Verwaltungseinrichtungen rechtmäßig Land verkaufen oder zur Nutzung gewähren. Der Besitz des Landes durch die Indianer sei nach dem Gesetz lediglich Bewohnung und Nutzung und zähle nicht weiter. Vierzig Jahre alte Ansichten des Kronrates in London stützen Marshalls Argumentation. In den Jahren 1772 und 1774 werden Urteile gesprochen, die besagen, dass britisches Recht lokales Recht verdrängt und dass mit Blick auf die Eigentumsfrage Land »unbewohnt« (herrenlos) ist, wenn dort keine *zivilisierten* Menschen leben (McAuslan 2006).

England im Jahr 1845. Die Bewohner von Otmoor, Oxfordshire, haben den Kampf um den Erhalt ihres Gemeindelandes verloren, so wie Hunderte andere Gemeinden des Königreichs.[1] Das Lehns- und Landrecht in England (wie im übrigen Euro-

1 | Siehe den Beitrag von Peter Linebaugh in diesem Buch (Anm. der Hg.).

pa) schrieb in der Tat jahrhundertelang (seit 1285) vor, dass nur diejenigen Eigentum an Land haben konnten, denen dieses Recht vom König gewährt worden war, das heißt: die adligen Lords. Die lokale Bevölkerung hatte lediglich Nutzungsrechte. Erst im Zuge der Industrialisierung, des Landhungers privaten Kapitals und der reichlichen finanziellen Ausbeute, die aus dem Verkauf von Gemeindeland für den Bau von Eisenbahnlinien und Fabriken zu erzielen war, rückte diese rechtliche Sachlage auf einen Schlag in den Mittelpunkt. Das Parlament, bestehend aus wohlhabenden Grundherren, war auf Seiten der Lords und verabschiedete ab 1773 ein Gesetz nach dem anderen, um die Enteignung der Commoners zu legalisieren.

Die »Inclosure Act« von 1845 versetzt den Commoners schließlich den Gnadenstoß und beschleunigt den Enteignungsprozess. Natürlich wird behauptet, dass private Gewinne, die durch diese »parlamentarischen Einhegungen« erzielt werden, »dem öffentlichen Interesse« dienen.

Afrika im Jahr 1895. Ein Jahrzehnt zuvor einigen sich die Bevollmächtigten der Europäischen Mächte (wie sie sich selbst bezeichnen) darauf, auf dem ganzen afrikanischen Kontinent »wirtschaftliche Einflussräume« einzurichten. Die wichtigen Einfallstore, die Flüsse Niger und Kongo, machen sie zu freien Handelszonen. Deutschland ist als jüngste Industriemacht und mit einem besonderen Augenmerk auf der Ausweitung seiner Handelsaktivitäten Gastgeber der Berliner Westafrika-Konferenz 1884-1885. Europa befindet sich in einer Wirtschaftskrise. Fabrikbesitzer suchen händeringend nach neuen Märkten für nicht verkaufte Textilien und andere Erzeugnisse. Unglaublich wohlhabende Unternehmer, mit einem riesigen Bestand an angesammeltem Kapital, »das Löcher in die Hosentaschen ihrer Besitzer brennt« (Hobsbawn 1987), suchen überdies neue Unternehmen, in die sie investieren können. Die neue Arbeiterklasse, die ihre Existenzgrundlage verloren hat und nun von den (in nicht ausreichendem Maße zur Verfügung stehenden) Fabrikarbeitsplätzen abhängt, braucht ebenfalls neue Standorte, zu denen sie abwandern kann. Die Angelegenheit ist von so großer Bedeutung, dass die Mächte mit der Kongo-Akte von 1885 ein frühes internationales Handelsgesetz verabschieden. In der Praxis funktioniert die Öffnung von Märkten und Unternehmen in Afrika weniger gut als gedacht, der Freihandel bleibt auf der Strecke. Im Jahr 1895 ist aus dem wirtschaftlichen Gerangel um Afrika ein politisches Gerangel geworden, das zur Schaffung von Kolonien und Protektoraten führt, die neue Märkte schützen und den immer offensichtlicher werdenden Reichtum des afrikanischen Hinterlands an Rohstoffen und billiger Arbeitskraft anzapfen sollen. Ab 1890 geht es vorrangig um die Frage, wie so enorm große Ländereien auf günstige Art und Weise angeeignet werden können. Eine Zeit lang haben Händler, Profitjäger und Missionare Land von den Stammeshäuptlingen in den Küstenregionen gekauft, um Handelsstützpunkte, Häfen, Enklaven für die Mission und, etwas später, für Überwachungsposten gegen die Sklaverei einzurichten. Mit Rückendeckung der europäischen Regierungen haben Unternehmen dasselbe getan. Allein die British Royal Niger Company hat mehrere hundert Grundstücksverträge mit westafrikanischen Stammeshäuptlingen abgeschlossen, hauptsächlich, um Zugang zu Land für die kommerzielle Palmölproduktion zu sichern. Das Palmöl unterstützt die rasch wachsende Seifenindustrie in Europa. Die Häuptlinge verkaufen nun Explorationsrechte an

Goldbergbauunternehmen. Diese Kaufgeschäfte legen nahe, dass die europäischen Regierungen sich sehr wohl bewusst sind, dass Afrika alles andere als *herrenlos* ist. Auch der sogenannte Bund von 1844 ist in diesem Zusammenhang von Bedeutung, ein bilateraler Investitionsvertrag, der zwischen »gleich starken Landesherren« entlang der Goldküste und der Britischen Krone geschlossen wird. Die Könige und Häuptlinge, die eine lange Geschichte der Sklaverei und des Warenhandels hinter sich haben und über gut eingeführte Handelsvertretungen sowie Botschaften in den europäischen Hauptstädten verfügen, sind keinesfalls naiv.

Glücklicherweise schaffen die alten europäischen Boden- und Lehensrechte und die Marshall-Regelung von 1823 Abhilfe. Diese bieten ein Bündel von Möglichkeiten zur Legalisierung großflächiger Enteignung. Rechtmäßigkeit ist den Kolonisatoren und ihren Parlamenten ein wichtiges Anliegen, nicht zuletzt, um humanistische Gruppen zu Hause zu besänftigen, die die Abschaffung der Sklaverei als ersten Erfolg werten. Aber das »Recht der Entdeckung« gewährt den Kolonisatoren das unangefochtene Eigentum an Grund und Boden. Dies mag in den Küstengebieten nicht ganz so gut funktionieren, kann aber in großem Maßstab im Landesinneren umgesetzt werden. Ohne es zu wissen, bereiten die Ureinwohner selbst den Weg dafür; viele von ihnen behaupten, dass nur Gott Grund und Boden *besitzen* kann oder dass ihre Gemeinden – wie schon in der Vergangenheit und der Zukunft – die gegenwärtigen Besitzer seien. Zwar sind sie in ihren jeweiligen Besitzmustern fest verhaftet, doch sie gestehen ein, dass der Grund und Boden selbst nicht verkauft werden kann, zumindest nicht ohne das Einverständnis der Gemeinschaften. Für die Europäer ist das Eingeständnis der fehlenden Übertragbarkeit und einer Tendenz zum Kommunalismus der »Beweis« dafür, dass die Afrikaner im Sinne des europäischen Eigentumsrechts nicht als Eigentümer ihrer Ländereien gelten.

Wo es zu Verkaufsverträgen kommt, wird den Ureinwohnern die Inbesitznahme und Nutzung garantiert – so lange wie Grund und Boden tatsächlich bewohnt und bewirtschaftet werden. Schließlich ist es unklug, den Ureinwohnern die Selbstversorgung zu erschweren.

Diese Bedingungen der Inbesitznahme und des Nutzens eröffnen den Europäern die attraktive Aussicht, Eigentum an mehreren Milliarden Hektar unbesiedeltem und nicht bewirtschaftetem Land zu beanspruchen. Die Rede ist von einem großen Teil der Commons.

Haben nicht vor langer Zeit Smith, Locke, Mills und andere den Grundsatz aufgestellt, dass privates Eigentum nur durch Vermischung mit Arbeit erlangt werden kann? Rasch entwickeln sich die Kategorien von »tatsächlich besetztem Land« (in Form von Siedlungen oder bewirtschafteten Bauernhöfen) und »herrenlosem, brachliegendem Land«. Per Definition fällt nun Letzteres direkt an die Kolonialverwaltungen und wird zu deren Privateigentum. Falls doch noch ein Zweifel aufscheint, so ist für die Kolonisten letztlich völlig klar, dass die ertragreichen Wälder, Feuchtgebiete und das Grünland Afrikas keinen Eigentumsrang haben, denn sie befinden sich in Gemeinbesitz; in Europa aber bedeutet Privateigentum *individuelles* Eigentum. Zudem ist Eigentum nur dann durch das Gesetz geschützt, wenn eine Einzelperson oder ein Unternehmen als Beweis ein entsprechendes Dokument vorweisen kann. Afrikaner haben solche Dokumente nicht.

Die legale Enteignung der Afrikaner ist mehr oder weniger umfassend, denn in der Praxis ist die Fähigkeit der Kolonialherren begrenzt, in jedem neuen Staat mehr als eine Million Hektar (Südafrika ausgenommen) zu besiedeln und zu »entwickeln«. Die Einheimischen bewohnen und nutzen weiterhin Grund und Boden, der ihnen nach dem Gesetz nicht mehr gehört. Im 20. Jahrhundert dringen die Kolonisatoren weiter in diese Gebiete vor. Überall entstehen mittlere und größere Städte. Sie sind nicht wegen des in Hektar gemessenen Landverbrauchs so bedeutsam, sondern wegen der Konflikte, die sie verursachen. Siedlungsprogramme sowie die Ausweitung von Plantagen, die von (quasi-)staatlichen oder privaten Unternehmen geführt werden, fordern einen höheren Tribut an Land. Dazu kommen die Vertreibungen, die aus der Vergabe an Konzessionen für Ölförderung, Bergbau und Holzeinschlag an ausländische Unternehmen resultieren. Für all das werden Gesetze verabschiedet, die bestimmte Ressourcen als Staatseigentum ausweisen; Mineralien (ob im jahrhundertelangen Tagebau oder unter unberührtem Land), Gewässer, Strände, Marschland, Berge, Wälder und Waldgebiete fallen wie Dominosteine an den Staat, ungeachtet der lokalen Besitzverhältnisse.

Afrika in den 1960er-Jahren. Mitte des Jahrhunderts beginnt die Befreiung von Europa. Seltsamerweise wird das von den Kolonialmächten geprägte Verständnis von Besitz in den meisten Gesetzen, die nach Erlangung der Unabhängigkeit zum Umgang mit Grund und Boden verabschiedet wurden, beibehalten. Vielleicht ist es aber auch gar nicht so ungewöhnlich. Mit den ländlichen Massen jederzeit kündbare Pachtvereinbarungen (»tenancy-at-will«) aufrechtzuerhalten, ist für die neuen afrikanischen Regierungen genauso nützlich wie für die Kolonialherren.

Klassenbildung und Landnahme gehen seit den 1940er-Jahren Hand in Hand. Die neue afrikanische Mittelklasse teilt mit den neuen Geberländern (den früheren Kolonialherren) und internationalen Organisationen nicht nur politische Macht und wirtschaftliche Interessen, sondern sie fühlt sich auch der marktwirtschaftlichen Entwicklung ebenso verpflichtet wie diese. Die in der Spätphase des Kolonialismus in wegweisenden Studien der englisch- und französischsprachigen Bürokratie formulierten Positionen werden – befördert von der Bodenpolitik der Weltbank (*Land Reform Policy Paper 1975*) – Bestandteil der Politik, die nun von den Nationalstaaten umgesetzt wird.

Die Inhalte lesen sich nur wenig anders als jene von Malthus und Lloyd: Die Privatisierung von Grund und Boden gilt als Voraussetzung für Produktivität.

Die Besitzordnung der Einheimischen und insbesondere gemeinschaftlicher Besitz von Grund und Boden müssen aufgehoben werden, weil sie ein Hemmnis für das auf das einzelne Individuum ausgerichtete Wirtschaftswachstum darstellen. Damit wird sozial polarisiert: auf der einen Seite die landlose Klasse für die urbane Industrialisierung und auf der anderen Seite einige wenige größere einheimische Landbesitzer, die dabei unterstützt werden, Nahrung und Waren im großen Maßstab zu produzieren.

In ganz Afrika und in Asien werden Privatisierungsprogramme angestoßen. Sie haben zum Ziel, Häuser und Farmen vertraglich in den Besitz von Einzelpersonen zu übertragen und in Katastern zu erfassen (Alden Wily 2011). Wo diese Programme funktionieren, wie zum Beispiel in Kenia, wird Gemeindeland unter

den wohlhabenderen Farmern aufgeteilt. Oder das Land wird den Regierungen für die Einrichtung von Naturschutzgebieten[2] oder den Aufbau staatlich betriebener, kommerzieller Landwirtschaft übertragen. Die Reichweite dieser Privatisierungsprogramme ist allerdings begrenzt: 1990 gelten lediglich für ungefähr zehn Prozent der ländlichen Gebiete Afrikas rechtlich abgesicherte Eigentumsansprüche, und der größte Teil davon liegt in den vorrangig von Weißen besiedelten Gebieten Südafrikas. Doch dies stellt für die afrikanischen Regierungen kein Problem dar: Sie verfügen weiter selbst oder für private Interessen über Gebiete ohne eingetragene Eigentumstitel, die nach dem Gewohnheitsrecht auf der Basis von jederzeit auflösbaren Pachtvereinbarungen genutzt werden.

Afrika im Jahr 1990. Ungeachtet des Privatisierungsdrucks bleibt das Gewohnheitsrecht dominant. Um die Jahrhundertwende regelt eine halbe Milliarde Afrikaner ihre Beziehungen auf dem Land noch immer über Normen, die auf gemeinschaftlicher Nutzung basieren. Sie haben sich durch Gewohnheit herausgebildet, werden aber regelmäßig angepasst, um den sich verändernden Gegebenheiten Rechnung zu tragen. Trotz bezeichnender Fehlschläge in den 1970er- und 1980er-Jahren halten die Regierungen unverdrossen an den mechanisierten Großbetrieben in der Landwirtschaft fest, um Wachstum zu erzielen. Indes mangelt es der kleinbäuerlichen Landwirtschaft weiterhin an Investitionen, obwohl die nach dem Gewohnheitsrecht wirtschaftenden Kleinbauern die überwältigende Mehrheit darstellen.

Familien bestreiten ihren Lebensunterhalt mit immer weniger landwirtschaftlicher Fläche pro Kopf. Der Konzentrationsgrad und die Landlosigkeit afrikanischer Kleinbauern ähnelt mehr und mehr der Situation in Südasien in den 1960er-Jahren. Aber dort, wo es weiterhin Commons gibt, können sie den Unterschied zwischen Armut und Überleben ausmachen. Wie in Linebaughs Dorf Otmoor über ein Jahrhundert zuvor liefert das nicht landwirtschaftlich genutzte Gemeindeland weiterhin eine Fülle von Dienstleistungen und Produkten, von »der Weide bis zur Waldmast der Schweine, von Fisch bis Wildgeflügel«, sowie das Wasser, das zur Bewässerung der Felder benötigt wird. Wälder und Forste sind besonders wertvoll und verdoppeln in vielen Gebieten das Auskommen der Armen (IUCN 2010). Die Armen machen etwa 75 Prozent der gesamten ländlichen Bevölkerung aus.

Die Demokratisierung in den 1990ern führt zu einer Neuordnung der Besitzverhältnisse, oft nach jahrelangen, erbitterten sozialen Konflikten. Eine Handvoll Regierungen, insbesondere Uganda, Mosambik und Tansania, erkennen an, dass Afrikaner nicht ewig Siedler ohne Rechtstitel auf ihrem eigenen Land sein können (Alden Wily 2011). Sie verabschieden neue Bodengesetze, die zum ersten Mal Gewohnheitsrecht mit der Rechtsverbindlichkeit des Eigentums ausstatten, und dies unabhängig davon, ob der jeweilige Besitz formal vertraglich gesichert und registriert ist oder ob er Einzelpersonen, Familien oder Gemeinschaften gehört. Letzteres ebnet den Dorfgemeinschaften den Weg, Tausende Hektar Gemeindeland als Gemeineigentum zu sichern. Doch das Vorgehen ist problematisch, denn

2 | Die Einrichtung von Naturschutzgebieten ist nicht unbedingt commons-verträglich, wie Ana de Ita in ihrem Beitrag in diesem Buch darlegt (Anm. der Hg.).

die Gesetze sind rundum weitgehend auf Individualisierung ausgerichtet, zudem herrscht in Landfragen oft etwas anderes als das Recht. Die Strukturanpassungsprogramme der Weltbank treiben private Landkäufe zu kommerziellen Zwecken voran – sei es durch ausländische oder einheimische Investoren –, was die Commons ganz direkt betrifft und weiter schwächt.

Stellen wir uns nun vor, es ist das Jahr 2011. Hunderte ländliche Dorfgemeinschaften in Afrika – sowie in Teilen Asiens und Lateinamerikas – sind mit Leib und Leben von Räumung, Vertreibung oder schlicht und einfach vom Entzug ihres Lebensunterhaltes und ihres Bodens bedroht, den sie gemäß Gewohnheitsrecht als ihr eigen vermuten.

Insbesondere seit 2007 vergeben Regierungen bereitwillig riesige Flächen, bisher 220 Millionen Hektar, an vorwiegend ausländische Investoren.[3] Zwei Drittel des Landes, das verkauft oder langfristig verpachtet wird, liegt im verarmten und investitionshungrigen Afrika. Es dominieren Geschäfte im großen Stil über Hunderttausende Hektar, doch der Verkauf kleinerer Flächen an einheimische Investoren hält damit Schritt (Weltbank 2010).

Es ist der globale Landrausch, angetrieben von Krisen auf den Öl- und Nahrungsmittelmärkten des letzten Jahrzehnts, verschlimmert durch die Finanzkrise. Letztere gibt Spekulationsgeschäften einen enormen zusätzlichen Aufwind. Die Krise bietet lukrative neue Anlagemöglichkeiten für staatliche Investitionsfonds, Hedge Fonds und die globale Agrarwirtschaft, kurz: den neuen Unternehmern mit dem »angesammelten Kapital, das Löcher in die Hosentaschen ihrer Besitzer brennt«.[4] Die Verschiebungen in den globalen ökonomischen Machtstrukturen sind offensichtlich: Während westliche Akteure weiterhin die Landkäufe dominieren, werden die BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China) und die Ölstaaten mit ihrer unsicheren Ernährungslage im Mittleren Osten nunmehr aktive Konkurrenten. Allmählich kristallisieren sich regionale Schwerpunkte heraus; China und Malaysia dominieren den Landerwerb in Asien, während Südafrika künftig in Afrika dominant zu werden scheint. In Nigeria existieren bereits zwei südafrikanische Farmerenklaven, und Kongo-Brazzaville hat südafrikanischen Firmen 80.000 Hektar zur Verfügung und bis zu 10 Millionen Hektar in Aussicht gestellt. In mindestens 20 anderen afrikanischen Ländern finden Verhandlungen statt (Hall 2011).

Ausländische Regierungen und andere Investoren suchen vorrangig Land, um den lukrativen Biokraftstoffmarkt mit Zuckerrohr, der Jatropha-Pflanze (Purgiernuss) und vor allem mit Ölpalmen im großen Stil zu beliefern.[5] Sie streben außerdem den Anbau von Nahrungsmittelpflanzen und Viehzucht für die jeweils heimischen Märkte an, um die unzuverlässigen und teuren internationalen Lebensmittelmärkte zu umgehen.

3 | Siehe unter: http://www.landcoalition.org (Zugriff am 13.10.2011).

4 | Zur Finanzialisierung natürlicher Ressourcen siehe den Beitrag von Antonio Tricarico und Heike Löschmann in diesem Buch (Anm. der Hg.).

5 | Beispielsweise verwendet die Deutsche Lufthansa seit Juli 2011 als erste Fluggesellschaft Agrartreibstoff im regulären zivilen Flugverkehr.

Zusätzlich versuchen die Investoren, gewinnträchtige Projekte im Gartenbau, der Blumenzucht und im Kohlenstoffemissionsrechtehandel ins Leben zu rufen. Für all diese Geschäfte wird Folgendes benötigt: günstiges Land (in vielen Fällen 0,50 US-Dollar pro Hektar), die zollfreie Einfuhr der Betriebsanlagen, zollfreier Export der Produkte, Steuerfreiheit für das Personal und die Produktionsstätten sowie niedrig verzinste Kredite, die oftmals von lokalen Banken auf der Grundlage der neu erworbenen Landrechte gewährt werden.

Bei diesem Landrausch, der neuen Landnahme, bleibt es jedoch nicht. Lokale Banken, Verkehrswesen, Infrastrukturprojekte, Fremdenverkehrsunternehmen und die einheimische Industrie werden ebenfalls aufgekauft. Die Käufer profitieren von der neuen Marktliberalisierung, die Regierungen armer, agrarisch geprägter Länder nach jahrzehntelangem Gezerre mit internationalen Finanzinstitutionen nun vollziehen. Für die Geberländer gelten die ausländischen Investitionen als neue Entwicklungshilfe und ein Weg zu wirtschaftlichem Wachstum, was internationale Institutionen unterstützen (Daniel 2011). Jobversprechen sind mehr oder minder der einzige direkte Nutzen für die nationale Bevölkerung, und die Erfahrung lehrt zumindest bis dato, dass sich diese nicht erfüllen.

Außerdem ist das Phänomen keine Einbahnstraße. Die Ausweitung und Etablierung konkurrierender »wirtschaftlicher Einflusssphären« steht ebenfalls auf der Tagesordnung. Neben Landgeschäften suchen ausländische Investoren nach bevölkerungsreichen Märkten für heimische Erzeugnisse. Dies zeigt sich am besten in dem von meist ausländischem Kapital betriebenen Zu- und Aufkauf sogenannter Spezieller Wirtschaftszonen (SWZ). Am weitesten entwickelt sind diese in Indien, doch sie sind auch anderswo zu finden, wie etwa im chinesischen »Shenzhen«. Ähnliches ist in acht afrikanischen Staaten geplant (Brautigam 2011). Falls sich diese SWZ entwickeln sollten, werden sie chinesischen Waren abgabenfreien Zugang im großen Maßstab und Produktionsstätten für chinesische Fabrikanten und Arbeiter bieten, die versuchen, den gesättigten Heimatmärkten zu entfliehen. Bilaterale Investitionsverträge, von denen in den vergangenen zehn Jahren fast 5000 zwischen Staaten des Nordens und des Südens abgeschlossen wurden, bieten den Regulierungsrahmen für diese Entwicklungen.[6]

Kurzum, wirtschaftliche Krisen und Verschiebungen der politischen Machtverhältnisse führen einmal mehr zu seismischen Verschiebungen in der Frage, wer Land, Ressourcen und Produktionsanlagen besitzt und kontrolliert. Aber wo bleiben dabei die Armen und die Allmende?

Commons und Commoners

Die Antwort ist einfach. Ein großer Teil der Gebiete, die an Unternehmer verkauft oder verpachtet werden, befindet sich in Gemeinbesitz. Es ist jenes Land, welches oft genutzt, aber – meist absichtlich – nicht für die Agrarproduktion bewirtschaftet wird. Deswegen sind sie die Zielgebiete der Landkäufe. Regierungen und Investoren meiden besiedeltes Land, da dessen Enteignung mit großer Wahrscheinlichkeit auf Widerstand stoßen würde. Zudem versuchen sie, Ausgleichszahlungen

6 | Siehe dazu auch den Beitrag von Beatriz Busaniche in diesem Buch (Anm. der Hg.).

für Hütten, für die sich noch auf den Feldern befindliche Ernte oder für Umsiedlungen zu vermeiden. Nur das nicht landwirtschaftlich genutzte Gemeindeland – Wälder und Forste, Weideland und Feuchtgebiete – kann die Abertausenden von Hektar liefern, die Großinvestoren erwerben möchten. Dieses Gemeindeland wird als »frei und verfügbar« erachtet. Nach den Gesetzen der meisten Länder, die Land verkaufen, wird gewohnheitsrechtlicher Landbesitz und nicht bewirtschaftetes Land im Besonderen noch immer als »herrenlos, unbewohnt und brachliegend« behandelt. Als solches bleibt es Eigentum des Staates. Daher sind Weiterverkauf oder Verpachtung an private Investoren völlig legal. Tatsächlich würde sich ohne diese rechtliche Absicherung durch das heimische Bodenrecht sowie das investorenfreundliche internationale Handelsrecht auch kein internationaler oder lokaler Investor engagieren.

Doch Land in Gemeinschaftsbesitz ist selbstredend weder ungenutzt oder brachliegend noch herrenlos. Das Gegenteil ist der Fall: Nach lokalen Besitznormen ist buchstäblich kein Stück Land *herrenlos*, noch ist es je *herrenlos* gewesen. Das gilt trotz der jahrhundertelangen Nachrangigkeit solcher Gewohnheitsrechte, die lediglich permissiven Besitz begründeten (d.h. das Bewohnen und Nutzen von herrenlosen Flächen oder von Flächen in Staatsbesitz wird erlaubt).

In der Praxis ist gewohnheitsrechtlich begründetes Eigentum parzelliert, wobei das Hoheitsgebiet einer Gemeinde sich bis zu den Grenzen der nächsten erstreckt. Während der genaue Verlauf der Grenzen zwischen den Gemeinden regelmäßig angefochten und bestritten wird, besteht kaum ein Zweifel darüber, bis zu welcher Örtlichkeit eine Gemeinde welche Parzelle besitzt und kontrolliert. Innerhalb einer jeden dieser Parzellen sind die Eigentumsverhältnisse komplex und vielfältig. Heutzutage wird die häufigste Unterscheidung zwischen auf Dauer angelegten Häusern und landwirtschaftlichen Betrieben und den Rechten über das verbleibende Gemeinschaftsland gezogen. Die Rechte über die Ersteren liegen zunehmend als ausschließliche Eigentumsrechte in der Hand von Familien, und sie sind zunehmend veräußerlich. Die Verfügungsrechte über das Gemeinschaftsland sind kollektiv, werden in gemeinsamer Teilhaberschaft gehalten, sind von unbegrenzter Dauer und im Allgemeinen unveräußerlich.

Dies ist nicht zuletzt darin begründet, dass der Eigentümer, die Gemeinschaft, eine dauerhafte, generationsübergreifende Einheit ist. Dies bedeutet nicht, dass unter entsprechenden Umständen Teile oder sogar der gesamte Gemeinschaftsbesitz einer Gemeinde nicht verpachtet werden können. Ob die Gemeinde dies möchte oder nicht, so glauben die Gemeinden, sei eine Sache, die die Commoners entscheiden müssen. Die meisten nationalen Rechtsbestimmungen stehen dem eindeutig entgegen und betrachten diese so wertvollen Besitztümer zunächst einmal nicht als Gemeinschaftsvermögen.

Das Ergebnis dieser ständigen Verneinung, dass es Besitz bzw. Eigentum auch außerhalb der Anerkennung durch die »importierten« Europäischen Gesetze gibt, spiegelt sich klar im gegenwärtigen Landrausch wieder. Nicht nur Gemeindeland, sondern auch bewohnte Höfe und Häuser gehen regelmäßig verloren, wenn Investoren anrücken. In der Demokratischen Republik Kongo haben beispielsweise Dorfbewohner mit im Wald verstreuten Gehöften ihren gesamten Bezirk an kommerzielle Getreidebauern verloren und campieren nun in einem angrenzenden

Nationalpark, aus dem sie zu gegebener Zeit wohl ebenfalls vertrieben werden (Mpoyi 2010). In Äthiopien werden Dorfgemeinschaften bereits von 10.000 Hektar Land umgesiedelt, das an ein saudisch-äthiopisches Unternehmen vergeben wurde. Da dessen Pachtvertrag auf 500.000 Hektar erweitert wurde, werden viele weitere Umsiedlungen erwartet (Oakland Institute 2011). An anderen Orten werden Dorfgemeinschaften eng zusammengepfercht, wobei sie ihre Häuser und Höfe behalten, jedoch ihre Wald- und Weideflächen verlieren. Investoren holzen die Wälder ab, stauen Flüsse auf und leiten Wasser von den Bewässerungssystemen der Kleinbauern um, was dazu führt, dass die Feuchtgebiete austrocknen, die für die Fischerei und je nach Saison für die Futtermittelgewinnung oder die Beweidung von großer Bedeutung sind; darüber hinaus werden Tausende von Hektar Weideland für die maschinenbasierte Bewirtschaftung und den Export freigegeben. All dies geschieht in Äthiopien, wo die Ernährungssicherheit ohnehin ein Thema ist und das Gespenst der Hungernot permanent über dem Land schwebt. Die äthiopische Regierung erweitert indessen in einer weiteren Region die Flächen, die für Investoren in Ölförderung und Nahrungsmittelanbau für den Export ausgewiesen sind, um 900.000 Hektar.

Manchmal heißen die Dorfbewohner die Investoren zunächst einmal willkommen, in der Hoffnung, dass Arbeitsplätze, Dienstleistungen, Bildung und Geschäftschancen den Verlust ihrer angestammten Ländereien und ihrer Existenzgrundlage ausgleichen werden. Die Realität kann jedoch ganz anders aussehen. Dorfbewohnern in Sierra Leone, Ruanda und Kenia wurde die Information vorenthalten, dass der Kanalbau für die geplante industrielle Zuckerrohrherstellung ihre Feuchtgebiete austrocknen würde, welche von entscheidender Bedeutung für den Reisanbau, die Fischerei, das Sammeln von Schilfgras, die Jagd und die Beweidung waren.[7] Deng (2011) berichtet über den Fall einer Dorfgemeinschaft im Südsudan, die eingewilligt hat, für einen jährlichen Betrag von 15.000 US-Dollar und die Bohrung einiger Bohrlöcher 179.000 Hektar an ein norwegisches Unternehmen zu übergeben; das Unternehmen kann mit Millionengewinnen rechnen und zwar sowohl durch die Förderung als auch durch Geschäfte mittels Kohlenstoffemissionsgutschriften.

In solchen Fällen treten traditionelle Anführer und lokale Eliten oft als Vermittler auf und verdienen sich nebenbei etwas Geld auf Kosten ihrer Dorfgemeinschaften. Es wimmelt diesbezüglich nur so von Berichten aus Ghana, Zambia, Nigeria und Mosambik. In aller Regel stärken ihnen dabei Beamte der Zentralregierung, Politiker und Unternehmer den Rücken. Solche Schilderungen wiederholen sich in ganz Afrika sowie in einigen asiatischen Ländern wie Indonesien und dem malaysischen Borneo, wo 20 Millionen Hektar für eine Umwandlung in Ölpalmenplantagen vorgesehen sind (Colchester 2011). Die Geschichte ist überall mehr oder weniger dieselbe: Gemeinschaftsrechte werden grob vernachlässigt, Bewirtschaftungssysteme auf den Kopf gestellt, Lebensgrundlagen vernichtet sowie in Wasser-

7 | Fallstudien siehe unter: http://www.landcoalition.org/cplstudies sowie http://media.oaklandinstitute.org/publications (Zugriff am 01.10.2011).

nutzung und Umwelt auf eine Art und Weise eingegriffen, deren Nachhaltigkeit zweifelhaft ist.

Offensichtlich genügt heutzutage *Besitz* genauso wenig wie bei den englischen Dorfbewohnern während der Aneignungswelle im 17., 18. und 19. Jahrhundert. Nur die rechtliche Anerkennung von Gemeinschaftsland als gemeinschaftliches *Eigentum* von Dorfgemeinschaften leistet wirklichen Schutz. Eine Handvoll Länder in Afrika (und einige mehr in Lateinamerika) sind diesen wichtigen Schritt gegangen. Sie sehen von der Übertragbarkeit und der formalen Registrierung als Voraussetzungen für die Anerkennung als echtes Eigentum ab. Der Landrausch dagegen bietet Anlass zur Sorge, dass die fragilen Reformbemühungen nicht andauern. Die Regierungen scheinen den Ausverkauf des Landes ihrer Bürger zu gewinnträchtig für sich selbst und für die mit ihnen verbandelten Eliten zu finden und zu vorteilhaft für marktwirtschaftliche Wege zum Wachstum, als dass sie Gerechtigkeit oder die Vorteile von Gemeinschaftsbesitz akzeptieren würden.

Literatur

Alden Wily, Liz (2011): »The Law is to Blame. Taking a Hard Look at the Vulnerable Status of Customary Land Rights in Africa«, in: *Development and Change*, Volume 42 (3), S. 733-757.

Brautigam, Deborah (2011): »African Shenzhen: China's Special Economic Zones«, in: *Africa Journal of Modern African Studies*, 49, 1, S. 27-54.

Colchester, Marcus (2011): Palm Oil and Indigenous Peoples in South East Asia. Forest Peoples Programme and International Land Coalition, Rom.

Daniel, Shepard (2011): The Role of the International Finance Corporation in Promoting Agricultural Investment and Large-Scale Land Acquisitions, online unter: http://www.future-agricultures.org/index.php?option+com_docman&Itemid=971 (Zugriff am 19.10.2011).

Deng, D. (2011): Land Belongs to the Community. Demystifying the »Global Land Grab« in Southern Sudan, online unter: http://www.future-agricultures.org/index.php?option=com_docman&task=cat_view&gid=1552&Itemid=971 (Zugriff am 19.10.2011).

Hall, Ruth (2011): The Next Great Trek? South African Commercial Farmers Move North, online unter: http://www.future-agricultures.org/index.php?option=com_docman&task=cat_view&gid=1552&Itemid=971 (Zugriff am 19.10.2011).

Hobsbawn, Eric (1987): The Age of Empire 1875-1914, London.

IUCN (2010): Quantifying the Impacts of Barriers to Pro-poor Forest Management. Livelihoods and Landscapes Strategy. Markets and Incentives Discussion Paper, Gland, IUCN.

McAuslan, Patrick (2006): Property and Empire. Paper Presented to Sixth Biennial Conference, The Centre for Property Law, School of Law, University of Reading, UK.

Mpoyi, Augustin (2010): Social and Environmental Dimensions of Large Scale Land Acquisitions in the Republic of Congo. Presentation to the World Bank Annual Land Policy & Administration Conference, April 26-27, 2010.

Oakland Institute (2011): Understanding Land Investment Deals in Africa, Country Report: Ethiopia, online unter: http://media.oaklandinstitute.org/publications (Zugriff am 19.10.2011).
The World Bank (2010): Rising Global Interest in Farmland, Washington.

Liz Alden Wily (Neuseeland) ist unabhängige Wissenschaftlerin und Beraterin für internationale Entwicklung. Sie ist Mitglied der Leiden Law School und der Rights & Resources Initiative in Washington. Sie lebt in Kenia.

Transgene Versprechen

Über die Folgen der Gentechnologie in der Landwirtschaft

P.V. Satheesh

Das größte Problem mit der Gentechnologie in der Landwirtschaft: Sie läuft nachhaltiger Landwirtschaft völlig zuwider. Sie trennt den Bereich der Wissenschaft von jenem der Landwirtschaft und externalisiert alles, was zu landwirtschaftlichen Gemeinschaften gehört und zugleich Grundlage der Nachhaltigkeit ist: Saatgut, Dung, Schädlingsbekämpfung und – am wichtigsten – das gemeinsame Wissen über Landwirtschaft. Biotechnologie in der Landwirtschaft ist heute Ausdruck der Macht multinationaler Konzerne. Sie prägen die Nahrungsmittel- und Landwirtschaftspolitiken in Indien, weshalb wir die Biotechnologie weniger als Wissenschaft, sondern vielmehr als Politik betrachten.

Eigenartigerweise kommt die Gentechnologie im Schlepptau der Schlagwörter »globale Ernährungssicherung« und »Nachhaltigkeit« daher. Zudem wird behauptet, die transgene Technologie, ein wichtiger Teil der Biotechnologie, erhöhe die Erträge und könne den Pestizidverbrauch senken. Um den Wahrheitsgehalt dieser beiden Behauptungen zu untersuchen, wenden wir uns der Heimat der transgenen Pflanzen zu: den Vereinigten Staaten von Amerika. Hier wurden gentechnisch veränderte Kulturpflanzen zuerst angebaut. Heute werden fast 55 Prozent aller gentechnisch veränderten Kulturpflanzen der Welt in den USA kultiviert. Mehr als 90 Prozent des in den USA angebauten Sojas und 85 Prozent des dort angebauten Maises sind gentechnisch verändert. Ist der Traum höherer Erträge tatsächlich Realität geworden?

Angaben des US-Landwirtschaftsministeriums zufolge stieg der Sojaertrag in den USA zwischen 1995 und 2005 nicht einmal um 1 Prozent. Es ist der Zeitraum, in dem das meiste gentechnisch veränderte Soja angebaut wurde. Die Sojaerträge *fielen* von einem Spitzenwert von 42 Scheffel (Bushels) pro Acre (ca. 4047 m²) 1994 auf 39,5 im Jahre 2009. In den dazwischenliegenden Jahren erreichte dieser Wert niemals 40 Scheffel pro Acre. Es sieht auch dann nicht besser aus, wenn wir die Erträge von Round Up Ready Soy, einer herbizidtoleranten gentechnisch veränderten Sojasorte, mit konventionellen Erträgen vergleichen. In sieben von acht US-Bundesstaaten, in denen dieser Vergleich angestellt wurde, hatte das konventionelle Soja laut dem US-Landwirtschaftsministerium höhere Erträge als Round Up Ready Soy.

Wenden wir uns nun der Maisproduktion zu. Die Maisproduktion in den USA wurde von 140 Scheffel pro Acre 1995 auf fast 150 im Jahr 2008 gesteigert, das

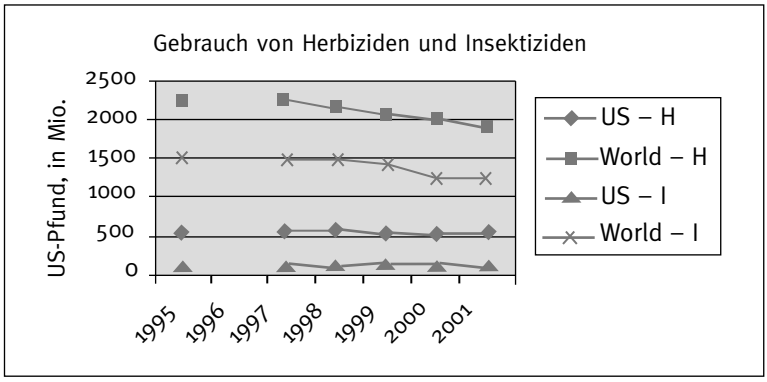
heißt um lediglich 7 Prozent in 13 Jahren! Wo also sind die versprochenen Erträge? Eine Studie der Kansas University vom April 2008 ergab, dass die Produktivität von gentechnisch veränderten Kulturpflanzen (Soja, Mais, Baumwolle und Raps) tatsächlich in der Zeit vor Einführung des gentechnisch veränderten Saatguts größer war. Bei Soja fielen die Erträge durch das neue Saatgut um bis zu 10 Prozent. Eine Studie der Nebraska University stellte 2007 fest, dass das gentechnisch veränderte Soja von Monsanto einen um 6 Prozent geringeren Ertrag brachte als dieselbe Sorte des Unternehmens in der nicht veränderten Version und bis zu 11 Prozent weniger als die beste verfügbare Sorte gentechnisch nicht veränderten Sojas. Andere Studien, darunter eine des US-Landwirtschaftsministeriums vom April 2006, kamen zu ähnlichen Ergebnissen.

Den Studien zufolge ist der Hauptgrund für die geringere Produktivität gentechnisch veränderter Kulturpflanzen, dass die Veränderung Auswirkungen auf den Stoffwechsel der Pflanzen hat. In manchen Fällen hemmt sie die Aufnahme von Nährstoffen und generell wird mehr Energie benötigt, um Eigenschaften auszubilden, die der Pflanze nicht eigen sind. Das macht es ihr unmöglich, sich voll zu entwickeln.

Als Monsanto mit diesen Tatsachen konfrontiert wurde, erklärte das Unternehmen: »Gentechnisch modifiziertes Saatgut ist nicht dafür ausgelegt, den Ertrag zu steigern« (Geoffrey 2008). Während Monsanto versucht, sich aus dieser misslichen Lage herauszuwinden, behauptet es gleichzeitig weiter, dass seine gentechnisch veränderten Kulturpflanzen weniger Pestizideinsatz erfordern. Monsanto wiederholt diese klangvollen Behauptungen immer wieder.

Wenden wir uns diesem Thema vor dem Hintergrund der Erfahrung in den USA zu. Die folgende Abbildung zeigt den Gesamtpestizideinsatz in den USA im Vergleich zum Rest der Welt. Da mehr als 55 Prozent der gentechnisch veränderten Kulturpflanzen in den USA angebaut werden, müsste der Pestizideinsatz dort deutlich geringer sein als anderswo. Das ist jedoch nicht der Fall.

Abbildung 1



Quelle: US Environmental Protection Agency

Zwischen 1998 und 2002 ging der Verbrauch von Herbiziden und Insektiziden weltweit deutlich zurück. Aber in den USA waren die Kurven flach.

In Indien sieht es bei der Bt-Baumwolle, der ersten und einzigen dort angebauten gentechnisch veränderten Kulturpflanze, genauso aus. Die Deccan Development Society, deren Direktor ich bin, und die Andhra Pradesh Coalition in Defence of Diversity haben die Auswirkungen von Bt-Baumwolle insbesondere auf den Feldern der Klein- und Kleinstbauern im südindischen Staat Andhra Pradesh zwischen 2002 – dem Jahr, in dem Bt-Baumwolle eingeführt wurde – und 2009 untersucht. Der Strauß an Versprechen war bunt:

- Bt-Baumwolle ist eine innovative Technologie.
- Sie ist die Lösung für alle mit der Baumwolle verbundenen Probleme.
- Sie wird die Anbaukosten senken.
- Sie wird den Pestizideinsatz deutlich mindern.
- Sie wird den Bauern höhere Beträge bescheren.
- Sie wird ihnen zu höheren Gewinnen verhelfen.

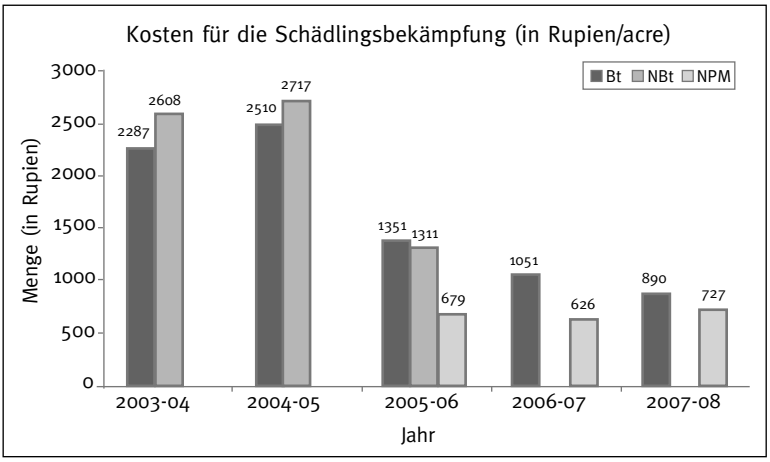
Das Ergebnis sah 2007, nach fünf Jahren, so aus:

- Die Anbaukosten für Bt-Baumwolle waren deutlich gestiegen.
- Die Erträge stiegen um maximal 5 Prozent.
- Der Pestizideinsatz hat sich nicht verringert.
- Kleinbauern verdienen weniger mit dem Anbau von Bt-Baumwolle.

Die folgende Abbildung zu den Kosten des Pflanzenschutzes für Bauern, die konventionelle und Bt-Baumwolle anbauen, zeigt ein vollständiges Bild für die Jahre 2002/2003 bis 2006/2007. Obwohl die Bauern, die Bt-Baumwolle anbauten, im ersten Jahr einen marginalen Vorteil beim Pflanzenschutz hatten, haben sie im folgenden Jahr fast genauso viel dafür ausgegeben wie jene, die konventionelle Baumwolle anbauten. Die Studie konzentrierte sich für die Jahre 2005 bis 2007 auf den Vergleich zwischen Bauern, die Bt-Baumwolle anbauten, und solchen, die Methoden des pestizidfreien Pflanzenschutzes anwandten. Letztere waren klar im Vorteil. Je nach Regenfällen und Schädlingsbefall waren ihre Pflanzenschutzkosten weitaus niedriger als die der Bt-Bauern; manchmal betrugen sie nur etwa die Hälfte.

Im Laufe dieser fünf Jahre haben die Bauern mit konventioneller Baumwolle ausnahmslos höhere Nettoerträge als die Bt-Bauern erzielt. Im Jahr 2004 hatten die Bt-Bauern sogar negative Erträge, während die anderen immer im positiven Bereich blieben. Eine weitere von drei Forschern der Universität Hannover durchgeführte Studie zu Bt-Baumwolle im südindischen Bundesstaat Karnataka kommt zu ähnlichen Ergebnissen (Malkarnekar et al. 2006). Sie stellten fest, dass Bt-Bauern im ersten Jahr herbe Verluste erlitten und sich im zweiten Jahr nur bedingt davon erholen konnten. Aber selbst wenn dies gelang, haben sie fast 20 Prozent mehr Geld verloren als die Nicht-Bt-Bauern. Jenseits monetärer Gewinne und Verluste hat die Bt-Baumwolle Gesundheitsschäden und Todesfälle bei Menschen und Tieren sowie langfristige ökologische Zerstörung verursacht – und zwar unter anderem in Form schwerwiegender Schäden für die Bodengesundheit, des schweren Befalls durch nicht bekämpfte Schädlinge.

Abbildung 2



Quelle: Qayum/Sakkhari 2008

Der Erreger Rhizoctonia, der Wurzelfäule auslöst und im Baumwollgürtel von Andhra Pradesh selten vorkam, befiel im Jahr 2007 40 Prozent der Böden, auf denen Bt-Baumwolle angebaut wurde. Im Jahr 2002 hatte es keinen Befall gegeben. Die daraus folgende Welkekrankheit breitete sich auf vielen Feldern, besonders auf jenen der Kleinbauern, wie ein Feuer aus. Die verzweifelten Bauern mussten die Nutzpflanzen eigenhändig herausreißen und verbrennen. Für einen indischen Bauern ist dies, als müsse er sein Kind töten – nichts könnte ihn schlimmer treffen.[1]

Ein Hinweis auf die Ursache dieses Phänomens lässt sich in einer Studie des Indian Agricultural Research Institute (IARI) in New Delhi finden: Transgene Bt-Baumwolle könnte in einigen Bodentypen in Indien die Verfügbarkeit von Stickstoff hemmen und gleichzeitig die Verfügbarkeit von Phosphor steigern (Awashti 2008). Einer Studie von Dr. K.R. Kranthi des Central Institute for Cotton Research in Nagpur zufolge könnte Bt-Baumwolle die den Pflanzen im Boden zur Verfügung stehenden Mikroben und Nährstoffe beeinträchtigen. Obwohl schlüssige Begründungen für die Bodendegradation nicht ausfindig gemacht wurden, ist klar, dass in verschiedenen Teilen Indiens die Böden, auf denen man Bt-Baumwolle anbaute, vergiftet wurden.

Was Schädlinge betrifft, so nahmen die saugenden Schädlinge den von der Baumwoll-Kapseleule (Helicoverpa) geräumten Raum ein, während die lange vergessene Schildlaus, ein in den 1960er-Jahren weit verbreiteter Schädling, zurückkam und die Baumwollernte in Andhra Pradesh und im Pandschab bedrohte.

1 | Einen aufschlussreichen Einblick in die kulturelle Dimension ihrer Beziehung zum Land bei einigen indischen Bevölkerungsgruppen gibt auch Vinod Raina in diesem Buch (Anm. der Hg.).

Solche Ereignisse sind eine Warnung: Es ist gefährlich, einen einzigen Schädling in nichtganzheitlicher Weise ins Visier zu nehmen und dabei die komplexen Ursachen seiner Präsenz außen vor zu lassen.

Krankheiten bei Mensch und Tier

In Andhra Pradesh leiden die Menschen, die Bt-Baumwolle pflücken und dort Unkraut jäten, an Hautallergien, die sie vorher nie hatten. Die Allergien befielen auch Ziegen und Schafe. Im Jahr 2005 starben mehr als 2500 Schafe während des Grasens an den übriggebliebenen Baumwollstängeln. Anfangs überspielte die Branche das Schafsterben mit der Behauptung, dass Schafe schließlich kleine Wiederkäuer seien. Aber als Büffel ebenfalls starben, antwortete die Bt-Branche mit ohrenbetäubendem Schweigen.

Dies veranlasste die Forscher der Deccan Development Society und Anthra, einer Organisation für Tiergesundheit, ein Experiment der kontrollierten Fütterung von Schafen zu beginnen. Die Tiere wurden in drei Gruppen eingeteilt, die jeweils mit Stängeln von Bollgard I, Bollgard II und Nicht-Bt-Baumwolle gefüttert wurden. Zwei Schafe, die mit Bollgard I gefüttert wurden, starben innerhalb von dreieinhalb Wochen nach Beginn des Experiments, und ein Schaf, das mit Bollgard II gefüttert wurde, starb zur selben Zeit. Am Ende der vierten Woche waren alle mit Bollgard gefütterten Schafe tot, während die anderen am Leben blieben.

Als die Bauern im Baumwollgürtel von Andhra Pradesh diese Ereignisse sahen und ihre Ernten und ihr Geld verloren, breitete sich Hoffnungslosigkeit aus. Mehrere Bauern nahmen sich das Leben. Die Bt-Baumwolle, die als Patentrezept gegen Selbstmorde von Bauern angepriesen worden war, war nunmehr selbst zur Ursache von Selbstmorden geworden.

Diese tragischen Ereignisse führten zu enormen Protesten. Die Bt-Baumwollbauern blockierten mit Sit-ins die Hauptstraßen, attackierten die Saatgutdepots, verbrannten Lagerbestände von Bt-Saatgut und ließen ihrer Wut auf vielerlei Weise freien Lauf. Es war ein dramatischer Anblick: Polizisten schützten Saatgut- und Düngerhandlungen vor den Bauern, also vor ihren Kunden.

Die Regierung von Andhra Pradesh führte 2005 eine eigene Untersuchung über das Scheitern von Bt-Baumwolle durch und verbot Monsanto-Saatgut. Gewaltiger Druck wurde von Handel, Industrie und der US-Regierung auf die Regierung von Andhra Pradesh ausgeübt, die schließlich nachgab und ihr Verbot wieder aufhob. Aber das ist ein anderes Kapitel.

Während dieser Ereignisse pries die Branche Bt-Baumwolle weiterhin in höchsten Tönen. Studien von Meinungsforschern, die von der Gentechnikbranche in Auftrag gegeben worden waren, behaupteten, dass Bt-Baumwolle die Erträge gesteigert, den Pestizideinsatz verringert, Gewinne gebracht und damit das Schicksal der Baumwollbauern verändert hätte. Und es gab viele Wissenschaftler, unter ihnen Dr. Matin Qaim von der Universität Bonn (bzw. Göttingen), die versuchten, die Probleme als Folge von »anfälligem Keimplasma« zu erklären. Dieselben Argumente kamen von Wissenschaftlern, die engagierte Befürworter der Biotechnologie sind. Sie alle behaupten, Bt-Baumwolle helfe den Armen. Wie erklärt sich aber

der offensichtliche Widerspruch zwischen der Realität vor Ort und diesen wissenschaftlichen Behauptungen?

Dominic Glover vom renommierten STEPS Centre of the Institute of Development Studies an der University of Sussex, England, bietet folgende Erklärungen an: »Diese [...] Studien über die Auswirkungen von Bt-Baumwolle in China, Indien und Südafrika weisen klar auf Selektivität in der Art und Weise hin, wie nur teilweise vorgelegte und uneindeutige Daten interpretiert und dargestellt worden sein können. In allen drei Fällen konnte nachgewiesen werden, dass die Erfolgsgeschichte, die in den Mittelpunkt gestellt wurde, entweder nicht der Wahrheit entsprach oder gewiss nur einen Teil der Geschichte darstellt [...] auf verschiedene subtile, jedoch identifizierbare Arten und Weisen wurden ermutigende Ergebnisse betont, während negative heruntergespielt wurden« (Glover 2009).

Die Kontroverse wütet also weiter. Es gibt keine konzertierten Bemühungen von unabhängigen Wissenschaftlern, eine unvoreingenommene Analyse der Agrobiotechnologie zu unternehmen. Das gilt insbesondere für transgene Kulturpflanzen, deren Einsatz als Nahrungsmittelpflanze unmittelbar bevorsteht. Indiens schwache Regulierungsbehörde steht kurz davor, Bt-Auberginen[2] und eine Reihe weiterer Nahrungsmittelpflanzen wie Reis, Senf und Soja für den kommerziellen Anbau zu genehmigen. Solange wir noch an der Schwelle dieser Katastrophe stehen, lohnt es, einige der Warnungen von Professor Jeffrey Smith vom Institute for Responsible Science in den USA zur Kenntnis zu nehmen: »Die Weltanschauung hinter der Entwicklung gentechnisch veränderter Nahrungsmittel war, dass Gene wie Legobausteine sind, unabhängige Teile, die an ihrem Platz einrasten. Dies ist nicht richtig. Der Prozess der Schaffung einer gentechnisch veränderten Kulturpflanze kann massive Veränderungen in der natürlichen Funktionsweise der DNA der Pflanze erzeugen. Natürlich vorkommende Gene können mutiert, gelöscht und dauerhaft aus- oder angeschaltet werden, und Hunderte solcher Veränderungen können zur Änderung des Genotyps führen. Das eingeführte Gen kann abgeschnitten, fragmentiert, mit anderen Genen vermischt, umgedreht oder vermehrt werden, und das gentechnisch veränderte Protein, das es produziert, kann unbeabsichtigte Eigenschaften mit schädlichen Nebenwirkungen haben« (Smith 2007).

Wir haben eng mit Bauern zusammengearbeitet, die Bt-Baumwolle angepflanzt und infolgedessen schwer gelitten haben; und mussten infolgedessen das dichte Gewebe von Halbwahrheiten erkennen, das die dunklen Geheimnisse der »Erfolgsgeschichten« der Gentechnologie umhüllt. Seitdem wissen wir: Die Verheißungen der Biotechnologie in der Landwirtschaft sind hohl.

---

2 | Besonders bekannt geworden ist die öffentliche Auseinandersetzung um Bt-Brinjal (»brinjal« = Aubergine), die von Mahyco, einer indischen Tochterfirma Monsantos, als erstes gentechnisch verändertes Nahrungsmittel für den indischen und philippinischen Markt zur Zulassung beantragt war. Umweltminister J. Ramesh hatte im Februar 2011 ein Moratorium gegen die Freisetzung und kommerzielle Nutzung von Bt-Brinjal erlassen. Inzwischen klagt die NBA, die Nationale Biodiversitätsbehörde Indiens, gegen Mahyco. Vergleiche zum Beispiel: »Mahyco Defends Action in Bt Brinjal Trials«, in: *Business Standard,* Bangalore, 17. August 2011, online unter: http://business-standard.com/india/news/mahyco-defends-action-in-bt-brinjal-trials/446017/ (Zugriff am 13.11.2011) (Anm. der Hg.).

Der Beitrag ist eine bearbeitete und gekürzte Fassung einer Präsentation von P.V. Satheesh für das National Seminar on Genetic Engineering, Food and Farming, Institute of Engineers, Mysore, am 7. November 2009.

Literatur

Glover, D. (2009): Undying Promise: Agricultural Biotechnology's Pro-Poor Narrative, Ten Years On, STEPS Working Paper 15, Brighton.

Lean, Geoffrey (2008): »Exposed: The Great GM Crops Myth«, in: *The Independent* (U.K.), 20.04. 2008.

Malkarnekar, Ashok/Pemsl, Diemuth/Waibel, Hermann (2006): Technology Adoption under Heterogeneity and Uncertainty: the Case of Bt-cotton Production in Karnataka, Hannover.

Qayum, Abdul/Sakkhari, Kiran (2008): Another Year of Doom: Bt Cotton in AP, Andhra Pradesh, Indien, Deccan Development Society.

Smith, Jeffrey M. (2007): Genetic Roulette: The Documented Health Risks of Genetically Engineered Food, Sage, Deccan Development Society and Other.

P.V. Satheesh (Indien) ist Gründungsmitglied der Deccan Development Society und derzeit Generalsekretär und Direktor des Zaheerabad-Projekts. Er ist ein international anerkannter Spezialist für Entwicklung, Kommunikation und Partizipation. Er hat vielfach für die indische Zivilgesellschaft und ihre Netzwerke zu Themen wie Gender, Ernährungssicherheit und ökologischer Landbau Stellung genommen.

Finanzialisierung – ein Hebel zur Einhegung der Commons

Antonio Tricarico und Heike Löschmann

In den vergangenen Jahren hat sich die Finanzspekulation als eine wichtige Ursache für die Preisschwankungen von Nahrungsmitteln erwiesen. Das hat schwerwiegende Auswirkungen insbesondere für Arme und Kleinbauern: Teuerungen haben Lebensmittel für Arme teilweise unerschwinglich gemacht, Preisstürze die Existenz von Kleinbauern ruiniert. Seit einigen Jahren beschäftigt sich die Zivilgesellschaft mit diesem Thema, aber auch die G20[1] haben schon Fragen der Ernährungssicherheit diskutiert, bislang jedoch mit unzureichenden und widersprüchlichen Ergebnissen. Zugleich sorgen sich die Regierungen um die Spekulation mit anderen (nicht-landwirtschaftlichen) Rohstoffen, deren Preise noch schwankungsanfälliger sind, was insbesondere jene Länder hart trifft, die energetische Ressourcen importieren.

Die systematische und sich zugleich systemisch auswirkende Zunahme der Finanzspekulationen mit Rohstoffen wird hauptsächlich von den deregulierten Derivate-Märkten getrieben. Der Verkauf von Derivaten ermöglicht die Verlagerung von Preisrisiken für ein Anlagegut (ob nun Weizen, Öl oder Schweinebäuche) vom Produzenten hin zu anderen Beteiligten, oft Spekulanten. Mit dem Einstieg von Anlagebanken, Hedgefonds und verschiedenen institutionellen Investoren in den Derivate-Markt, auf dem neue Finanzinstrumente wie Indexfonds und börsennotierte Fonds gehandelt werden, ist die Spekulation weiter in die Höhe geschnellt.

Die Deregulierung der Finanzmärkte hat im Laufe des vergangenen Jahrzehnts zum ersten Mal in der Geschichte Rohstoffe in Geldanlageobjekte verwandelt und damit all diese Trends beschleunigt. Bis zum Beginn der Jahrtausendwende hat der schiere Besitz von einer Tonne Mais kaum eine andere Einnahmequelle oder Gewinnform ermöglicht als durch den Verkauf zum jeweiligen Marktpreis. Heute ist schon der Besitz eines Gutes (zum Beispiel einer Tonne Mais) höchst lukrativ geworden. Die zum großen Teil nicht regulierten Derivate-Märkte für Rohstoffe

1 | Die Gruppe der G20 ist ein selbst ernannter Klub der zwanzig stärksten Wirtschaftsmächte, die zusammen 85 Prozent des globalen Bruttosozialproduktes auf die Waage bringen und die wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen der nächsten Jahrzehnte entscheidend bestimmen werden.

haben größere Spekulationen auf Nahrungsmittel zur Folge, was besonders in den ärmeren Ländern hohe Preise und Nahrungsmittelnot verursachen kann.

All das ist Teil einer strukturellen Transformation der Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen und der globalen Wirtschaft: Im Gegensatz zu dem, was gemeinhin angenommen und oft auch von der Zivilgesellschaft vermittelt wird, dringen Finanzmärkte immer tiefer in die »Realwirtschaft« ein; das spekulative Finanzwesen hat zunehmend Einfluss auf die Preise und daher auch auf die realen Produktionsergebnisse in der Landwirtschaft, im Energiesektor und so weiter, aber auch auf die natürlichen Gemeingüter selbst. In diesem Prozess wird das spekulative Kapital sowohl mit dem Produktivkapital als auch mit den Gemeingütern verzahnt, die seit jeher jenseits des Marktes produktive Sphären für die Reproduktion des Lebens waren. Mit dieser Ausdehnung des (Finanz-)Kapitals geht eine historisch neue Stufe von Einhegung einher: Wälder, Ackerland, Fisch- und Wasserressourcen können immer weniger als Commons genutzt werden.

Der Crash der Finanzmärkte und der globalen Wirtschaft in den Jahren 2007-2008, verbunden mit der Notwendigkeit, Investitionen (darunter Beteiligungen an Kapitalgesellschaften, Anleihen und Immobilien) auch jenseits der traditionellen Märkte zu diversifizieren, hat es erforderlich gemacht, Finanzmarktrisiken auszuweiten und sogar neue zu schaffen. Dabei geht es den Finanzmarktakteuren darum, neue Anlagen für die enorme Menge weltweit zur Verfügung stehenden liquiden Kapitals zu finden, das nach Anlagemöglichkeiten mit hohen Renditen sucht. Damit sollen nicht zuletzt auch die schweren Verluste kompensiert werden, die mancher institutioneller Investor während der Krise erlitten hat. Die Akteure auf den Finanzmärkten formulieren also die Grundlagen der Realwirtschaft neu, insbesondere, indem sie aus bereits existierenden Gütern oder Rohstoffen neue handelbare Anlageklassen für die Finanzmärkte erschaffen. Diese werden gebraucht, um die Kapitalakkumulation voranzutreiben und damit den Wert ihrer Finanzinstrumente zu unterlegen.

Selbst dort, wo noch gar keine Märkte existieren, werden aus dem Nichts Naturressourcen in Anlageobjekte für den Handel auf den Finanzmärkten verwandelt. Ein typisches Beispiel für diese Art des »Rumpelstilzchenkapitalismus«[2] ist der CO2-Markt. Hier wird mit dem Recht gehandelt, CO2 zu emittieren. Entweder vergibt der Staat Zertifikate über solche Rechte oder sie werden von Unternehmen erworben, indem sie Projekte umsetzen, die zur zukünftigen Emissionsreduktion beitragen und dadurch die aktuellen realen Emissionen derselben Unternehmen ausgleichen. Ein CO2-Zertifikat ist selbst ein derivativer Vertrag, denn es gründet auf einer *Schätzung* künftig vermiedener CO2-Emissionen und dem dazugehörigen Preis pro Einheit (hier Tonne CO2). Wer ein CO2-Zertifikat kauft, wettet damit auf die Zukunft. Er handelt nicht mit etwas real schon Vorhandenem (wie einer Tonne Mais). Die Emissionsrechte, auch Zertifikate genannt, können dann auf einem Sekundärmarkt weiterverkauft werden – das ist der sogenannte Emissionshandel. Hier handeln also Spekulanten lediglich mit jenen finanziellen Risiken, die mit der höchst instabilen und nicht zuletzt spekulativen Ware CO2 zusammenhängen. Ge-

2 | Denn das Rumpelstilzchen wusste im Märchen der Brüder Grimm aus Stroh Gold zu spinnen.

nauso eben, wie es mit jeder anderen Ware, jedem anderen Rohstoff auch möglich ist.

Finanzialisierung und ihr Bezug zu (Natur-)Ressourcen

Wir leben im Finanzkapitalismus. Das heißt, der Handel mit Geld, Risiko und ähnlichen Produkten ist wesentlich profitabler und bedeutender für die Kapitalakkumulation geworden als der Handel mit Waren und Dienstleistungen. Das hat enorme Auswirkungen darauf, wo Kapital investiert wird und wie Menschen im Alltag den Kapitalmärkten ausgesetzt sind, denn mehr und mehr Aspekte des Alltagslebens – von Wohneigentum über Pensionen bis hin zu Bildung – werden heute durch die Finanzmärkte und eben nicht mehr nur durch Warenmärkte vermittelt. Das offenbart die Bedeutung des Begriffs »Finanzialisierung« der Wirtschaft.

Finanzialisierung ist mehr als nur eine weitere Stufe der Kommerzialisierung. Sie verwandelt jeglichen Wert, der getauscht wird (ob materiell oder immateriell, ob Zukunfts- oder Gegenwartswert etc.) entweder in ein Finanzinstrument oder in ein Derivat eines solchen. Ein Hypothekendarlehen ist zum Beispiel ein Finanzinstrument, das es einem Angestellten ermöglicht, das Versprechen seines künftigen Gehalts gegen Wohneigentum zu tauschen. Finanzialisierung zielt darauf ab, jede Arbeit, jede Sache und jede Dienstleistung in ein handelbares Finanzinstrument zu verwandeln, so wie wir es von einer Währung kennen. Das Ziel ist dabei, den flexiblen Handel mit und das Profitieren von diesen Finanzinstrumenten zu erleichtern.

Mit fortschreitender Finanzialisierung und ihrer Verknüpfung mit der Realwirtschaft erlangen Finanzmärkte, -institutionen und -eliten immer größeren Einfluss auf die Wirtschaftspolitik und die Wirtschaftsleistungen. Finanzialisierung beeinflusst das Funktionieren der Wirtschaft sowohl auf Makro- als auch auf Mikroebene in dreifacher Hinsicht: Sie verändert die Struktur und das Funktionieren der Finanzmärkte; sie verändert das Verhalten von Unternehmen, die nicht zur Finanzwelt gehören (deren Profite aber in immer größerem Maße durch die Finanzmärkte statt durch tatsächliche Produktion generiert werden); und sie verändert die Prioritäten in der Wirtschaftspolitik.

Finanzialisierung durchdringt heute alle Warenmärkte: Genauso wie sich die erste Welle der Finanzialisierung auf der Suche nach besseren Kapitalrenditen auf öffentliche Dienstleistungen wie Pensionen, Gesundheitsfürsorge, Bildung und Wohnungsbau konzentrierte, versucht die neue Finanzialisierungswelle natürliche Ressourcen, ihre Ausbeutung wie ihren Erhalt gleichermaßen, in Handelswaren zu verwandeln – und das auf den Real- wie den Finanzmärkten.[3]

Gleichzeitig sind nationale Volkswirtschaften zunehmendem Druck ausgesetzt. Der globale Wettbewerb um die Kontrolle natürlicher Ressourcen wird härter – »Ressourcenkriege« nennt das Michael Klare (Klare 2002). Dabei geht es nicht nur darum, dass der globale Konsum als Folge der raschen Industrialisierung und des strukturellen Wandels in den Schwellenländern wächst, während die Ressour-

3 | Beispiele dafür, dass Instrumente, die zum Ressourcenerhalt eingesetzt werden sollen, die Finanzialisierung vorantreiben, sind unter anderem REDD, Emissionshandel und Umweltdienstleistungen (Anm. der Hg.).

cen begrenzt bleiben. Es gibt außerdem neue geopolitische und geoökonomische Dynamiken, wobei die Kontrolle über den Handel mit Naturressourcen als strategisches Schlüsselinstrument für die Steuerung von Terminmärkten, politischen Beziehungen und wirtschaftlicher Vorherrschaft betrachtet wird.[4]

Dieser Trend wird derzeit beim großflächigen Aufkauf von Land durch Regierungen und den privaten Sektor deutlich. Das Ziel dieses sogenannten »Landgrabbing« geht häufig über die Sicherung künftiger landwirtschaftlicher Produktionsflächen zur Versorgung der eigenen Bevölkerung hinaus. Die massiven Landkäufe dienen auch dem Zweck, den Zugang zu hochprofitablen ausländischen Märkten langfristig zu sichern, indem die Käufer natürliche Ressourcen erwerben, sie verarbeiten und damit die Produktpalette für neue Investitionen und Geldanlageoptionen verbreitern.[5] Zudem drängen die von der Finanzkrise betroffenen Industrieländer, aber auch die aufstrebenden neuen Wirtschaftsmächte auf die Ausweitung der Kapitalmärkte in Ländern, die bisher wenig in die internationalen Finanzmärkte integriert sind. Die Industrieländer wollen eine neue private Infrastruktur für Finanzdienstleister etablieren. Dies ist Voraussetzung, um ausreichende finanzielle Ressourcen für diese neuen Investitionen zu generieren. Nach Angaben des McKinsey Global Institute handelten die globalen Kapitalmärkte Ende 2010 mit mehr als 200 Billionen US-Dollar, fast viermal mehr als das Bruttoinlandsprodukt der ganzen Welt ausmacht (McKinsey 2011).

Ein solcher durch Finanzialisierung beflügelter »Turbokapitalismus« würde zwei aktuell drängenden Problemen der Investoren entgegenkommen: nämlich die enormen privaten Vermögen und die schon existierende Liquidität auf den Kapitalmärkten zur Anlage bringen und gleichzeitig neue Instrumente schaffen, um zusätzliche Liquidität zu generieren, die man dann wiederum anlegen kann.

In einem neuen Bericht schätzte Timothy Moe, Chefstratege für den Asiatischen und Pazifischen Raum bei Goldman Sachs, dass die entwickelten Märkte gegenwärtig 30 Billionen US-Dollar der geschätzten 43 Billionen US-Dollar des globalen Aktienanlagekapitals an den internationalen Börsen halten. Seiner Voraussage nach könnte die globale Marktkapitalisierung im Laufe der nächsten 20 Jahre auf rund 145 Billionen US-Dollar anwachsen.[6] Betrachtet man nur das private Vermögen, also auch das jedes Kleinanlegers, das nicht durch die Hände institutioneller Investoren geht, so betrugen die in Private-Equity-Fonds investierten Gelder Ende 2008 insgesamt 2,5 Billionen US-Dollar (das entspricht trotz der finanziellen Turbulenzen einem Anstieg um 15 Prozent, verglichen mit 2007). International Financial Services London prognostiziert, dass das am Finanzmarkt verwaltete Fondsvolumen bis 2015 auf mehr als 3,5 Billionen anwachsen wird. Im Jahre 2003 betrug es noch weniger als eine Billion US-Dollar.[7] In Schwellenländern entstehen

4 | Vergleiche den Beitrag von Lili Fuhr zur neuen Rohstoffstrategie der Bundesregierung und der EU in diesem Buch (Anm. der Hg.).

5 | Zum Landgrabbing siehe ausführlicher den Beitrag von Liz Alden Wily (Anm. der Hg.).

6 | Siehe unter: http://www.institutionalinvestor.com/Popups/PrintArticle.aspx?ArticleID=2848080 (Zugriff am 06.01.2012).

7 | IFSL Research, Private Equity, August 2009, siehe unter: http://www.thecityuk.com/assets/Uploads/Private-Equity-2009.pdf (Zugriff am 06.01.2012).

und operieren immer mehr Fonds, in die private Gelder investiert werden. Nach Angaben des Hedge Fund Research Inc. vom April 2011 übertrafen globale Hedgefonds-Vermögen erstmalig überhaupt die Zwei-Billionen-Dollar-Marke. Das ist ein Hinweis auf die Erholung der Branche nach den Verlusten und der Kundenabwanderung während der Finanzkrise von 2008.[8]

Die neue Phase der Finanzialisierung »hebelt« die weitere Kommerzialisierung der Natur und damit verbunden die Einhegung der Commons. Immer mehr natürliche Ressourcen werden nicht nur angeeignet und mit einem Preisschild versehen, sondern dienen auch als neue Anlageklassen für die Finanzmärkte. Das ist ein weiterer massiver Angriff auf die globale und lokale Umwelt und auf das gemeinsame Vermögen der Menschheit.

Die Kapitalmarktakteure halten diesen Ansatz für strategisch unabdingbar, um im Interesse attraktiver Profite eine neue Struktur im Management natürlicher Ressourcen zu etablieren und unumkehrbar zu machen. Damit einher geht eine dramatische Reduzierung der Möglichkeit von Gemeinschaften, sich ihr gemeinsames Vermögen wieder anzueignen und dessen gemeinschaftlich verantwortetes Management durchzusetzen. Die angestrebten systemischen Veränderungen durch die »finanzielle Einhegung« der Commons können in Verknüpfung mit bestehenden Handels- und Investitionsabkommen[9] eine langfristige und rechtlich abgesicherte Einhegung schaffen. Finanzialisierung schränkt aufgrund ihrer systemischen Relevanz den Raum für (politisches) Handeln aller politischen Akteure und sozialen Bewegungen gravierend ein – auch den von Bauernorganisationen, Transition-Town-Initiativen oder der Occupy-Wall-Street-Bewegung. Damit – und das ist das Wichtigste – werden uns die Gestaltungsräume genommen, unsere Existenz ohne den allmächtigen Einfluss der Finanzmärkte zu reproduzieren.

Rohstoffspekulation, Infrastrukturfinanzierung und die Erfindung neuer Märkte

Nahrungsmittel, Land und Landwirtschaft

Finanzspekulanten, zum Beispiel Hedgefonds-Manager, haben heute stärkere Positionen in den physischen Märkten für Nahrungsmittel als vor der Nahrungsmittelkrise 2007-2008. Das gilt insbesondere für Reis, Mais und Weizen. Im Jahre 2010 dominierten Hedgefonds 24 Prozent des Maismarktes und profitierten davon, dass der Preis dieses Rohstoffs um 34 Prozent anstieg. Hedgefonds kontrollieren zudem inzwischen 19 Prozent des Sojabohnenmarkts. Im Jahre 2009 waren es nur 13 Prozent. Das hatte Auswirkungen auf das Funktionieren dieser Märkte. Es kam unter anderem zu Marktmissbrauch und Manipulation durch große Unternehmen. Schwankende Nahrungsmittelpreise waren die Folge. Weiterhin haben große Handelskonzerne, zum Beispiel Cargill, ADM, Bunge oder Glencore, die bereits in mehreren Marktbereichen über eine Monopolstellung verfügen, physische

8 | Siehe unter: http://online.wsj.com/article/SB10001424052748703922504576272683369646822.html (Zugriff am 06.01.2012).

9 | Vergleiche den Beitrag von Beatriz Busaniche in diesem Buch (Anm. der Hg.).

Märkte in Finanzprodukte verwandelt. Das bedeutet, dass sie den Großteil ihrer Profite durch Finanzgeschäfte erzielen und eben nicht durch die Produktion für oder die Investition in physische Rohstoffmärkte.

Hedgefonds- und Private-Equity-Fonds-Manager sowie andere Investoren spielen beim massiven Landkauf eine zentrale Rolle. Ihre eher spekulativen Absichten erklären, warum das gekaufte Land in den meisten Fällen nicht sofort in die Produktion genommen wird. Stattdessen wird es zur Absicherung gegen Inflation oder als Hypothek für weitere Investitionen im selben Land eingesetzt, als Mittel also, den Markteintritt in dieses Land zu erleichtern oder einfach als kurzfristige Spekulation, in der Grund und Boden den Vermögenswert darstellt. Neue landwirtschaftliche Investitionen, zum Beispiel auch solche, die von internationalen Finanzinstitutionen wie der Weltbank oder dem Internationalen Währungsfonds gefördert werden, schicken sich an, einen ähnlichen Finanzialisierungsprozess zu durchlaufen: Diese Investitionen zielen darauf ab, die Finanzmärkte und ihre »Dienstleistungen« in Entwicklungsländern fest zu verankern (bzw. überhaupt erst einmal aufzubauen). So werden beispielsweise Kleinbauern und Konsumenten dazu bewegt, sich durch Termingeschäfte gegen die Risiken von Preisschwankungen für ihre Produkte oder auch durch Derivate gegen Ernteverlust durch »Wetterrisiken« abzusichern, anstatt soziale und ökonomische Instrumente zu fördern wie etwa den Aufbau von Kooperativen oder den Aufbau von entwicklungsorientierten Kreditvergabesystemen.

Öl, Strom und erneuerbare Energie

Der Ölpreis hat in unseren mineralölsüchtigen Gesellschaften strukturellen Einfluss auf alle wirtschaftlichen Prozesse. Öl wird seit den späten 1980er-Jahren am Finanzmarkt umfänglich gehandelt. Die Schwankungsanfälligkeit des Ölpreises überträgt sich auf andere Rohstoffe, Nahrungsmittel inklusive. Das hat schwerwiegende Folgen für andere Wirtschaftsbereiche und für Konsumenten. Diese Preisschwankungen ergeben sich nicht nur aus Prozessen der »Realwirtschaft«, sondern sind auch Konsequenz von Indexfonds und verschiedenen Formen spekulativer Investitionen am Markt.

Es ist wichtig, sich zu vergegenwärtigen, dass große Energieunternehmen wie General Electric oder Stromhändler wie Enron bereits seit den 1990er-Jahren in hohem Maße »finanzialisiert« sind, und zwar so sehr, dass ihre Beteiligung an spekulativen Strategien für die Unternehmen selbst hochriskant ist (und bei Fehlspekulationen wie im Falle der Strompreisspekulationen von Enron wesentlich zum Konkurs beigetragen hat). Investitionsbanken und Hedgefonds, nämlich JP Morgan, Goldman Sachs und der RAB EnergyHedgefonds sind die großen Energiehändler von heute. Durch ihre Beteiligung an Energieproduzenten, Energiedienstleistern und -händlern (über Aktien, Optionen und andere Finanzinstrumente) kontrollieren sie direkt oder indirekt die Ölproduktion und Lagerbestände.

Der Finanzialisierungsgrad im Energiesektor ist bereits extrem vorangeschritten. Das beschränkt auch den Raum für alternative Finanzierungsstrategien für einen »Green New Deal« mit dem Ziel, Energiekonsum und -produktion in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien zu transformieren. Es ist zu befürchten, dass

diese Transformation sich im Kern eher an den gängigen Strukturen und Anreizsystemen des Finanzmarktes ausrichtet. Die inhärenten Zielkonflikte sind nicht zu unterschätzen.

So haben sowohl in- als auch ausländische Private-Equity-Fonds in Indien eine Schlüsselrolle dabei gespielt, Unternehmen im Bereich der erneuerbaren Energien an die Börse zu bringen. Die Nachfrage für diese ersten Emissionen war sehr hoch, so dass sie deutlich überzeichnet wurden. Das erhöhte zwar kurzfristig den Wert der Unternehmen – allerdings nur zugunsten kurzfristiger Spekulanten. Ein weiteres Beispiel: Mehrere börsengehandelte Fonds enthalten Unternehmen, die auf umweltfreundliche Technologien setzen. Kurzfristig spekulierende Investoren werden auf sie aufmerksam und spekulieren auf kurzfristige hohe Gewinne. Diese Praxis ist aber mit hohen Risiken für eine langfristig ausgerichtete technologische Transformation verbunden. Durch die Beteiligung von traditionell etablierten Finanzmarktakteuren, die »naturgemäß« auf (möglichst kurzfristige) Profitmaximierung statt auf Umbau aus sind, können Entscheidungen über künftige Energiemarktentwicklungen und -projekte wesentlich durch deren Interessen beeinflusst und entsprechend gesteuert werden. Verbunden damit ist auch das Risiko, dass sich eine Ausrichtung hin zum Ressourcenverbrauch statt zu Verbrauchsvermeidungsstrategien durchsetzt.

Metalle und andere Bergbauprodukte

Der Bergbau hat im vergangenen Jahrzehnt für Abbauprodukte wie zum Beispiel Kohle und Erze bereits einen starken Zustrom an spekulativem Kapital erfahren. Hedgefonds spielen eine große Rolle in der Finanzierung von Bergbauprojekten und -unternehmen, auch beim Kohleabbau. Heute setzen viele der größten Bergbaumultis systematisch auf den Handel mit Derivaten. Der unlängst bekannt gewordene Betrug, in den die Schweizer Firma Glencore[10] und seine Mopani-Kupfermine in Sambia involviert waren, ist bezeichnend: Das Unternehmen nutzte Optionsderivate, um unter dem Marktpreis Kupferverkäufe an ein Tochterunternehmen in Zug festzuschreiben – Zug ist eine bekannte Steueroase in der Schweiz –; später verkaufte das Tochterunternehmen die Derivate zum Marktpreis weiter.

Ebenso bezeichnend ist, dass große Investmentbanken wie die französische BNP Paribas »strukturierte Rohstofffinanzierung« als neues Tätigkeitsfeld entwickeln. Dabei wird die komplette Palette von Instrumenten zur Finanzmarktbeeinflussung eingesetzt, die auf Verbriefung zur Risikoabsicherung und Derivaten beruhen, um zum Beispiel großangelegte Bergbauvorhaben und -unternehmen zu finanzieren. Anders als traditionelle Projektfinanzierungen, die lediglich die erwarteten Zahlungsflüsse zur Absicherung verbriefen, zielt die strukturierte Rohstofffinanzierung darauf ab, den erwarteten zukünftigen physischen Output des Projekts bzw. des Unternehmens durch handelbare Wertpapiere abzusichern. Solche Finanzinstrumente können Investoren veranlassen, den Druck auf die Ressourcenausbeutung zu erhöhen und die Möglichkeiten für Gemeinschaften, die am Management ihrer natürlichen Ressourcen beteiligt sein möchten, zu verringern.

10 | Ein detaillierter Bericht über die dubiosen Machenschaften der Schweizer Firma findet sich hier: http://www.zambianwatchdog.com/archives/12977 (Zugriff am 07.12.2011).

Wasser und Infrastruktur

Im Juli 2011 fand Willem Buiter, Chefökonom von Citigroup, in einem der regelmäßig stattfindenden Briefings des Unternehmens deutliche Worte: »Ich erwarte, dass es innerhalb der nächsten 25 bis 30 Jahre einen global integrierten Markt für Frischwasser geben wird. Wenn die Spotmärkte für Wasser erst einmal integriert sind, werden die Terminmärkte und andere Wasser basierte Derivate folgen. Es wird verschiedene Güteklassen und Typen von Frischwasser geben, genau wie wir heute leichtes schwefelarmes und schweres schwefelreiches Rohöl kennen. Wasser als Anlageprodukt wird im Laufe der Zeit zur wichtigsten physischen rohstoffbasierten Anlageklasse werden und dabei Öl, Kupfer, landwirtschaftliche Rohstoffe und Edelmetalle in den Schatten stellen.«[11] Diese Vision geht weit über die gegenwärtige Privatisierung von Wasserdienstleistungen und Versorgungsunternehmen hinaus; sie würde einen bedeutenden Anstieg in der Produktion von Frischwasser (Entsalzung, Aufbereitung) sowie in Lagerung und Transport mittels eines Netzwerks neuer Dämme und großflächiger Kanalsysteme erfordern.[12] Kurz gesagt, Wasser selbst würde zu einem finanziellen Vermögenswert werden, so dass der Besitz einer physischen Menge Wassers an sich eine finanzielle Rente generieren würde (ökologische Überlegungen zu den Wasserreservoirs und dem Wasserkreislauf werden dabei als sekundär oder irrelevant gelten).

Der Bau neuer Wasserversorgungsinfrastrukturen wäre für die Finanzmärkte äußerst attraktiv, denn er erfordert eine massive Kapitalmobilisierung – was einmal mehr dazu beitrüge, die enormen Kapitalmengen aufzunehmen, die auf den globalen Märkten nach profitablen Anlagemöglichkeiten suchen. Auch im Wasserbereich ist also damit zu rechnen, dass ein auf Finanzialisierung beruhender Ansatz für den Ausbau der Wasserinfrastruktur verfolgt wird, so wie das heute schon mit Private-Equity-Infrastrukturfonds geschieht.

Besonderes Augenmerk verdienen die strukturellen Probleme, die der Finanzialisierungsprozess bei den Wasserunternehmen verursacht hat. Zahlreiche hochgelobte Public Private Partnerships, die der Effizienzsteigerung und dem professionellen Management dienen sollten, sind gescheitert. Bei vielen der privatisierten Wasserunternehmen, etwa auf den Philippinen und in Daressalam (Tansania), aber auch bei Obras Sanitarias in Argentinien ist die Finanzierung knapp, und sie generieren keine Profite. Die starke Integration der Wasserversorger in den Finanzmarkt hat komplexe Anleiheemissionen hervorgebracht, die eine erdrückende Schuldenlast mit sich bringen. Dadurch wird es immer schwerer, diese Unternehmen wieder auf das Gemeinwohl auszurichten und ihre Kapitalbasis zu verstaatlichen oder in gemeinschaftliches Management zu überführen.

---

11 | Vergleiche: http://www.waterpolitics.com/2011/07/31/water-bigger-than-oil (Zugriff am 27.12.2011), Übersetzung der Autoren.

12 | Zu den sozialen und ökologischen Folgen großer Staudämme schreibt Vinod Raina in diesem Buch (Anm. der Hg.).

Kohlendioxid, Wälder und neue Märkte zur Kommerzialisierung und finanziellen Einhegung der Natur

CO_2-Märkte verdienen besondere Aufmerksamkeit, denn man kann sie als wohl überlegtes Experiment betrachten, eine neue Handelsware zu schaffen, mit der Vermögenswerte und ein auf ihr basierender Anlagemarkt erzeugt werden. CO_2-Märkte funktionieren deshalb nicht gut, weil verlässliche Preisbildungsmechanismen für CO_2 fehlen, aber auch aufgrund des »virtuellen« Charakters des gehandelten »Produktes«. Die neu entstandenen Kohlenstoffmärkte verdeutlichen, wie eine neue Anlageklasse mit marktbasierten Instrumenten und durch Verquickung von Umwelt- und Finanzpolitik neu geschaffen werden kann: Die Ware ist selbst ein Derivat – eine Wette auf die Vermeidung prognostizierter CO_2-Emissionen im Vergleich zu einem Ausgangswert, der ohnehin schon umstritten ist.

Wenn nun REDD-Kredite[13] in die CO_2-Märkte integriert werden, werden auch die Wälder im Namen der Bekämpfung des Klimawandels finanzialisiert.[14] Dies könnte negative Auswirkungen auf die Entscheidungsmacht der Menschen über ihre Existenzgrundlagen haben, was nicht nur, aber insbesondere die in den Waldgebieten lebenden indigenen Völker betrifft. In ähnlicher Weise gibt es heute Vorschläge in Großbritannien und den USA zur Etablierung von Märkten für den Handel mit Tier- und Pflanzenarten, Lebensräumen und Ökosystemdienstleistungen.[15] Wie im Fall von CO_2 und Wäldern würde dies eine nationale und womöglich auch internationale Gesetzgebung voraussetzen, um neue Anlageklassen zu schaffen (zum Beispiel Verpflichtungen, in der Zukunft ein neues, geschütztes Biotop anzulegen, Bäume anzupflanzen oder eine geschützte Art zu retten), die dann im Rahmen eines von politischen Institutionen festgelegten Umfangs (Cap) gehandelt werden. So würden diese neuen Güterklassen selbst zu Vermögenswerten werden. All dies führt schließlich zu dem, was einige Wissenschaftler und Aktivisten das »finale Finanzprojekt« nennen: die »Natur-AG«.

Der weiteren Einhegung der Commons entgegentreten

Wir leben in einer paradoxen Situation: Die Finanzmärkte erfinden sich nach der Krise wieder neu, und sie wachsen weiter, begleitet von begrenzten Regulierungsversuchen. Zugleich ersetzen sie zunehmend den öffentlichen Finanzsektor und erlangen so immer größere Anteile an der Kontrolle natürlicher Ressourcen und

13 | REDD (**R**educing **E**missions from **D**eforestation and **D**egradation, dt. etwa »Verringerung von Emissionen aus Entwaldung und zerstörerischer Waldnutzung«) ist ein theoretisches Modell, das auf der Funktion von Wäldern als Kohlenstoffspeicher in den globalen Stoffkreisläufen basiert. Dem in den Wäldern gespeicherten Kohlenstoff wird im REDD-Modell ein monetärer Wert gegeben. Dadurch sollen Wälder bei wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen eine Gewichtung bekommen, siehe unter: http://de.wikipedia.org/wiki/REDD (Zugriff am 27.12.2011).

14 | Das ist ein Aspekt, auf den Shrikrishna Upadhyay in seinem Beitrag zu diesem Buch nicht näher eingeht (Anm. der Hg.).

15 | Siehe dazu Joshua Bishop in *The Economics of Ecosystems and Biodiversity Report* (Earthscan); http://www.teebweb.org (Zugriff am 27.12.2011).

strategisch wichtiger physischer Vermögenswerte. Für Finanzinvestoren und -spekulanten bietet dies bedeutende Wettbewerbsvorteile durch die Ausnutzung von Informationsasymmetrien, die Möglichkeiten für Arbitrage (durch Informationsvorteile Preisunterschiede auszunutzen) und die Risikoabsicherung durch Hedgefonds, die einen Sektor gegen einen anderen ausspielen (zum Beispiel Energienutzer gegen Nahrungsmittelkonsumenten). Das alles geschieht zumeist ungeachtet der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Folgen.

Finanzmarktmanager sind stets bemüht, die Vermögenswerte breit zu streuen, um das Verlustrisiko zu kontrollieren. Natürliche Ressourcen bieten sich nun als sicherste Option für eine zusätzliche Streuung an, sofern ihr Management auf marktbasierten Ansätzen beruht und damit von Vornherein auf die Schaffung neuer Vermögenswerte abzielt. Aus dieser Perspektive kann die weitere Kommerzialisierung der Commons neue Liquidität generieren, die direkt in den Finanzmärkten investiert werden könnte. Damit verbunden ist das Risiko neuer Spekulationsblasen und Krisen. Auf diese Weise wird die finanzielle Restrukturierung unserer Volkswirtschaften die negativen Auswirkungen ihres bereits heute hohen Finanzialisierungsgrades noch verstärken. Wenn wir dagegen nichts tun, wird ein Ausstieg aus dem Finanzkapitalismus immer schwerer.

Der Trend zur finanziellen Einhegung der Commons hat erhebliche Konsequenzen für die Auseinandersetzungen der Zivilgesellschaft um ihre künftige strategische Ausrichtung.

Erstens wird der Kommerzialisierungsdruck auf natürliche und soziale Ressourcen zunehmen – und damit werden die Möglichkeiten für die selbstbestimmte Entwicklung lokaler Gemeinschaften und den Erhalt ihrer Existenzgrundlagen geringer. Oft nehmen diese Gemeinschaften die neuen Situationen und ihre Mechanismen zur Erhöhung privater Profite und zur Risikoverlagerung auf den Staat und die Bürger zunächst gar nicht wahr. Daher ist es dringend erforderlich, das Wesen und die neue Dimension der Finanzialisierung der Commons – die über reine Kommodifizierung hinausgeht – zu verstehen und verständlich zu kommunizieren. Wir haben es mit einem neuen Paradigma und einem neuen Hebel für Enteignungen und die forcierte Trennung der Menschen von ihren Ressourcen zu tun. Die Triebkräfte dieses Prozesses und ihre Schlüsselakteure müssen wir aufzeigen. Wir brauchen wieder mehr politischen Raum für die Auseinandersetzungen und die Entwicklung von Lösungsstrategien vor Ort, so dass ein neuer analytischer Rahmen entwickelt und daraus eine neue politische Erzählung entstehen kann.

Die fortschreitende Finanzialisierung natürlicher Ressourcen trifft nicht nur die »Entwicklungsländer«; sie wird auch in Industrieländern und insbesondere in der Europäischen Union sichtbar werden, überall dort, wo große Vorhaben zur Infrastrukturentwicklung und Rohstoffausbeutung geplant werden, die lokalen Widerstand provozieren.

Zweitens ist es erforderlich, die zentrale Rolle der internationalen Institutionen und politischen Entscheidungsgremien bei der Förderung der Finanzialisierung und beim Ausbau von Finanzdienstleistungsinfrastrukturen im Namen von »Entwicklung« besser zu verstehen – dazu gehören etwa die G20 und ihr Entwicklungsaktionsplan sowie die Internationalen Finanzinstitutionen (IFIs). Regierungen einflussreicher Länder, IFIs und Foren wie die G20 sind bereit, Ankündigungen

zur Finanzmarktregulierung zu konterkarieren und letztlich weiter zu deregulieren sowie prekäre Investitionsabkommen auszubauen. »Empfehlungen« von einflussreichen Regierungen und Institutionen zielen darauf ab, Teilsektoren des Finanzsystems zu deregulieren – etwa die öffentlichen Rentensysteme –, so dass öffentliche und private Akteure jederzeit damit beginnen können, in riskante langfristige Projektvorhaben und/oder stark strukturierte Finanzprodukte zu investieren.

Drittens sollte die Zivilgesellschaft neue Wege aufzeigen. Wir brauchen eine Politik, die über marktbasierte Quellen öffentlicher Finanzierung hinauswächst, die also das *Entweder* der marktbasierten Mechanismen auf der einen und das *Oder* der öffentlichen Finanzierung auf der anderen Seite überwindet. Ein solcher Prozess könnte die Expansion der Finanzmärkte zumindest verlangsamen, wenn er zusätzliche, komplementäre Ansätze zur öffentlichen Finanzierung oder auch Alternativen zur Letzteren sucht und sich dadurch für die Wiederaneignung und Verteidigung der Commons und deren Entfaltung jenseits von Markt und Staat einsetzt.

Eine breitere internationale Diskussion in der Zivilgesellschaft, die den Mikro- und Makroauswirkungen der Finanzialisierung mit einer überzeugenden Erzählung entgegentritt, könnte uns neuen politischen Spielraum geben, um unsere Entwicklung selbst in die Hand nehmen zu können. Die Debatte sollte eine Reihe von Schlüsselfragen aufgreifen: Wem dienen Projekte und Infrastruktur? Welche Projekte und Infrastrukturen benötigen die lokalen Gemeinschaften? Welche Formen der Finanzierung werden benötigt, um inländische Ressourcen für Prozesse der kommunalen Selbstorganisation zu mobilisieren und neue wie bestehende alternative Projekte und Prozesse zu fördern?

Die bevorstehende neue Welle der Finanzialisierung ist eine ernste Bedrohung, aber sie schafft auch neue Möglichkeiten, Brücken zu schlagen zwischen verschiedenen zivilgesellschaftlichen Kämpfen, lokal, national und international. Man kann sich einen verbindenden Rahmen für globale Kampagnen vorstellen, der ausgehend von dem Slogan »Unsere Welt steht nicht zum Verkauf!« (»Our world is not for sale!«) weiterentwickelt würde. Dieser Slogan hatte die bisherigen Auseinandersetzungen gegen die globale Freihandels- und Investitionsagenda mit Leben erfüllt. Bald schon könnte er für die kritische Auseinandersetzung mit den Zielen und Wirkungen der »Green Economy« (Grüne Wirtschaft) als moderner Einhegungstriebkraft der Commons stehen.

Die nächsten Jahre sind entscheidend. Die Finanzbranche wird danach streben, die nötige rechtliche und physische Infrastruktur aufzubauen, um die finanzgetriebene Einhegung der Commons durchzusetzen und unumkehrbar zu machen. Staaten werden aufgefordert, neue Gesetze zu erlassen und neue Infrastrukturen für Finanzdienstleister ad hoc zu genehmigen, um den Finanzialisierungstrend schließlich auch rechtlich zu verankern. Dieser Prozess ist bereits im Gange. Die sozialen Bewegungen müssen die Ambitionen der Finanzbranche verstehen lernen – und ihnen Einhalt gebieten.

Literatur

Empfehlung zur Einführung ins Thema: Markus Henn (Weed), online unter: http://www.markus-henn.net/neues.html, mit Vorträgen zur Einführung in die Finanzmärkte und zur Spekulation mit Nahrungsmitteln (Zugriff am 27.12.2011).

Klare, Michael T. (2002): Resource Wars: The New Landscape of Global Conflict, New York.

McKinsey Global Institute (2011): Mapping Global Capital Markets 2011, online unter: http://www.mckinsey.com (Zugriff am 27.12.2011).

Antonio Tricarico (Italien) ist Ingenieur, Aktivist, Analyst und Herausgeber. Er arbeitet bei der Kampagne für die Reform der Weltbank (CRBM) in Rom zu internationalen Finanzinstitutionen, Finanzmarktregulierung und Globalisierung des Finanzkapitalismus. Er ist Coautor verschiedener Publikationen, darunter *La Banca dei Ricchi,* und war bei mehreren internationalen Gipfeln Korrespondent für die italienische Zeitung *Il Manifesto.*

Heike Löschmann (Deutschland) ist promovierte Südostasienwissenschaftlerin und leitet das Referat Internationale Politik in der Heinrich-Böll-Stiftung. Sie war viele Jahre Leiterin des Südostasienbüros der Stiftung und befasst sich derzeit mit globaler Wirtschafts-Governance (G20), Commons-Politik sowie der Rolle von Kunst und Ästhetik im Transformationsprozess zu Kulturen der Nachhaltigkeit.

Bergbauprojekte bedrohen Gemeingüter

Das Beispiel Südamerika

Cesar Padilla

Die letzte Expansionsphase des Bergbaus in Südamerika fand Mitte der 1990er-Jahre statt. Seitdem haben sich die Investitionen in die Exploration und Ausbeutung mineralischer Rohstoffe stabilisiert. Die Reformen des Bergbaurechts in fast allen Ländern des Kontinents trugen ebenso dazu bei wie die hohe Nachfrage nach mineralischen Rohstoffen für die Industrialisierung, vor allem in China und Indien. Verbunden mit der gestiegenen Nachfrage waren Preissteigerungen auf dem Weltmarkt. Die sogenannte »Finanzkrise« seit 2008 trieb die Preise für Edelmetalle weiter in die Höhe. Gold gilt heute als besserer »Zufluchtsort für Anleger« als verfallsanfällige Währungen. Dieser Trend hat zu mehr Bergbauprojekten und zu einer erheblichen Ausweitung der für den Bergbau zugelassenen Territorien geführt.

Peru erlebte eine deutliche Erhöhung der für Tagebauprojekte genehmigten Flächen: von 7,3 Prozent des nationalen Territoriums im Jahr 2005 auf 15,38 Prozent im Jahr 2009. Proportional nahmen auch die sozioökologischen Konflikte zu, da der Druck auf die Gemeinden und deren Land durch die Projekte immer größer wurde. Auch Kolumbien und seine »Bergbau Lokomotive« Santos verzeichnet eine deutliche Erhöhung der Konzessionen. Nach Angaben des kolumbianischen Bergbauministeriums, so berichtet die Tageszeitung *El Tiempo* am 18. Oktober 2010, sind für mehr als 40 Prozent der Fläche des Landes Konzessionsanträge gestellt. In Argentinien stieg allein zwischen 2003 und 2007 die Zahl der Bergbauprojekte um 740 Prozent auf die stattliche Anzahl von 336. Sie befinden sich in verschiedenen Stadien der Umsetzung (Swamp/Antonelli 2010: 19). In Ecuador steigt trotz der Tatsache, dass durch das Bergbaumandat während der Verfassunggebenden Versammlung 2008 einige Zulassungen vom Staat wieder zurückgenommen wurden (Acosta 2009), die Zahl der Konzessionen vor allem an der Südgrenze zum benachbarten Peru.

Diese Entwicklungen haben weitreichende Folgen für die Ökosysteme und für die Gemeinschaften, die von ihnen abhängen. Durch die Gewährung der Konzessionen verloren viele Gemeinschaften Zugang zu den wichtigsten Ressourcen, die sie seit langem nachhaltig und entsprechend dem Gewohnheitsrecht nutzen. Die Rede ist nicht vom Wasser als Element oder vom Land als Substanz; die Rede ist von der Bedeutung und Funktion natürlicher und kultureller Ressourcen für

die Entwicklung der »comunidades« (Gemeinschaften) für ihre Lebensweise, ihre Existenz und all jene Dinge, die heute unter dem Konzept des »Buen Vivir«, des guten Lebens, zusammengefasst werden (Choquehuanca 2010).[1]

In der Region ist die Wasserverfügbarkeit eines der größten Probleme. Als »durstige Industrie« (Cereceda 2007) hat der Bergbau die Landwirtschaft betreibenden Gemeinschaften ihrer Wasserquellen beraubt und den Zugang der städtischen Bevölkerung zum kostbaren Nass erschwert, vor allem in jenen Gegenden, die schon unter Wasserstress leiden wie der Norden Chiles, der Süden Perus und das bolivianische Hochland.[2] Daher ist der Schutz der Quellen für die Landwirtschaft, für den menschlichen Bedarf, für die Flüsse, die die Ökosysteme erhalten, und für verschiedene Rituale, die mit dem Wasser verbunden sind, eine existenzielle Forderung der Betroffenen. Das Thema Wasser war Auslöser der jüngsten Konflikte zwischen Gemeinschaften und Bergbauunternehmen. Leider agierten die Regierungen in diesen Konflikten nicht neutral, sondern als Verbündete der transnationalen Konzerne. So war der Islay-Konflikt in der Region Tacna im Süden Perus, durch den es gelang, die Regierung schließlich zur Ablehnung der Umweltverträglichkeitsstudie der Firma Southern Copper Peru für das Projekt Tia Maria zu bewegen, ein Konflikt um die Wasserressourcen der Region. Die Bevölkerung von Islay ist sich der Gefahr bewusst, die das Teilen ihrer Lebensgrundlagen mit der Bergbauindustrie mit sich bringt. Auch dass die Region Puno (Peru) bis zum 30. Juni 2011 für 45 Tage lahmgelegt und die Grenze zu Bolivien geschlossen wurde, hatte seine Ursache darin, dass die Bevölkerung fürchtete, die Flüsse, die den berühmten Titicacasee speisen, würden vergiftet. Zudem ist in einem produktiven Gebiet, das nachhaltig bewirtschaftet wird, kein Platz für Projekte, die letztlich nur zur Vertreibung der Bevölkerung führen. Der Bergbau zerstört nicht nur das Wasser, sondern auch die Lebensader, die mit dem Land, den Traditionen, der Spiritualität und dem Zugehörigkeitsgefühl der Menschen zu ihrem Territorium verbunden ist.

Vor kurzem wurden die besorgniserregenden Auswirkungen des Bergbaus auf die Hochanden-Gletscher bekannt, die ohnehin schon vom Klimawandel bedroht sind. Die Eingriffe transnationaler Bergbauunternehmen in den Gletschergebieten an der chilenisch-argentinischen Grenze[3] offenbaren, in welch kritischem Zustand sich die Gletscher bereits befinden und dass den von ihnen abhängigen Ökosystemen Dürreperioden drohen. Das neue argentinische Gesetz zum Schutz der Gletscher versucht, die Gletscher vor dem Bergbau zu schützen, so dass sie ihre

1 | Zum Konzept des Buen Vivir siehe das Gespräch zwischen Gustavo Soto Santiesteban und Silke Helfrich in diesem Buch (Anm. der Hg.).

2 | Siehe unter: http://www.larepublica.pe/23-06-2011/minera-sancionada-por-usar-agua-sin-permiso-en-puno (Zugriff am 30.08.2011).

3 | Die Anmerkung bezieht sich auf das Projekt Pascua Lama des kanadischen Unternehmens Barrick Gold. Der Konzern plant 16,9 Millionen Unzen Gold, 635 Millionen Unzen Silber und 250.000 Tonnen Kupfer abzubauen. Dafür müssen mehrere Gletscher durchbohrt werden. Der Abbau mit Zyanid (in Lateinamerika üblich!) soll unter freiem Himmel auf argentinischer Seite stattfinden (Anm. der Hg.).

Funktion zur Erhaltung der Ökosysteme der hochproduktiven Andentäler erfüllen können.[4]

Im Norden Kolumbiens gab es eine Reihe von Demonstrationen gegen das Projekt der kanadischen Firma GreyStar in den Sumpfgebieten von Santurbán in der Provinz Santander nahe der Grenze zu Venezuela. Die Demonstrationen erreichten, dass das Unternehmen nach intensiven Verhandlungen mit der Regierung die Umweltverträglichkeitsstudie, die GreyStar selbst erstellt hatte, zurückzog, um so eine größere Konfrontation zu vermeiden. In diesem Konflikt war die Bedeutung des Sumpfgebietes der Hauptgrund für den Widerstand. Das Gebiet ist ein Symbol des Lebens unter extremen Bedingungen mit langen Regenerations- und Reproduktionszyklen der Arten und einem langsamen Wachstum. Würde das Gebiet zerstört, so ginge nicht nur ein Ökosystem und ein Wasserreservoir verloren, sondern auch dieser langsame Lebensrhythmus, der im Gegensatz zu unserem Lebensstil steht.

Ein weiterer wichtiger Aspekt des Bergbaus in Südamerika ist die Landnutzung: Von den Bergbauunternehmen und den Staaten wird das Land als etwas angesehen, das bloß die Schätze unter ihm bedeckt; für die indigene und ländliche Bevölkerung hingegen ist es *ihr* Land, *ihr* Territorium[5]. Die Ausweisung von Zehntausenden Hektar für Bergbauprojekte hindert diese Menschen am freien Zugang und der gemeinschaftlichen Nutzung für ihre Landwirtschaft und die Versorgung mit Lebensnotwendigem wie Holz, Wildfrüchten, Pilzen, Kräutern oder Materialien, aus denen sie Kunsthandwerk herstellen. Zudem ist der Wald die Heimat der Geister. Er ist der Ort, an dem Menschen das Schicksal befragen und Antworten suchen. In ähnlicher Weise haben die Berge eine besondere Bedeutung in der Mythologie der Hochanden. Es sind »Apus« oder heilige Berge, die als Gottheiten verstanden werden und die mit ihren übernatürlichen Kräften die Bewohner des Hochlandes beschützen, auf sie achtgeben und ihr Schicksal steuern. Die Gemeinschaften brauchen ihr Land. Sie brauchen es für die Selbstversorgung und ihre kulturelle Entfaltung. Das wird jedes Mal dann deutlich, wenn der Widerstand gegen die Umsiedlung von Gemeinden[6] den Regierungen Kopfschmerzen bereitet. So wie in der Wirikuta in Mexiko. Das 140 Quadratkilometer große Wüstengebiet in der Sierra de Catorce in Nordmexiko gilt in der Kosmogonie der Huicholes (die sich eigentlich Wixárika nennen) als die Region, in der das Leben entstanden ist (*La Jornada* 05.03.2011). Ein heiliger Ort, den sie seit undenklichen Zeiten verehren. Hier wurden die Götter unter dem Einfluss der Sonne geboren. Die Beschränkung des Zugangs zu ihrem Land aufgrund der Bergbaukonzessionen ändert in einem Ausmaß das Leben der Huicholes, dass die Menschen im schlimmsten Fall gezwungen werden, woandershin zu ziehen. Es ist der Tausch eines Lebens mit Sinn gegen ein Leben des Verbrauchs und des Marktes. Die Bergbaulogik ver-

4 | Siehe unter: http://parlamentario.com/noticia-33704.htm (Zugriff am 30.08.2011).

5 | Zum Begriff des »Territoriums« lohnt die Lektüre des Beitrags von Mayra Lafoz Bertussi in diesem Buch (Anm. der Hg.).

6 | Zu den kulturellen Hintergründen des Widerstandes gegen Großprojekte – seien es nun Staudämme oder Bergbauprojekte – ist der Artikel von Vinod Raina in diesem Buch aufschlussreich. Er bezieht sich zumeist auf Beispiele aus Indien (Anm. der Hg.).

schiebt die Vision vom »ständig Lebendigen« zu einem »vorübergehenden und wegwerfbaren« Leben.

Der Bergbau hat auch Folgen für das kulturelle Erbe. Archäologische Stätten, Grabstätten, Friedhöfe und andere materielle und immaterielle Kulturgüter werden zerstört. Zudem ist die Artenvielfalt aufgrund der erheblichen Eingriffe ernsthaft gefährdet. Von den Straßen für die Erschließung bis zu den gewaltigen Kratern, die die Tagebaugebiete hinterlassen – die Auswirkungen sind so gewaltig, dass Pflanzen und Tiere oft für immer verschwinden. Und die biologische Vielfalt ist ohnehin durch den Klimawandel bedroht. Die Nutzung fossiler Brennstoffe für den Betrieb der Anlagen sowie die thermoelektrische Stromerzeugung für die Verarbeitung des Gesteins hat auch erhebliche Konsequenzen für das Klima. Etwa zehn Prozent des weltweiten Energieverbrauchs soll auf den Bergbau zurückzuführen sein (Earthworks 2003).

Damit gehen auch die Verlagerung von Anbauflächen und die Veränderungen der landwirtschaftlichen Zyklen einher, während das alte Wissen der biologisch-dynamischen Landwirtschaft die Wirkung verliert, die es seit Jahrhunderten hatte. Bodenschutzmaßnahmen, die Kenntnis der Anbaurhythmen und Eingriffe auf Grund von Bioindikatoren verschwinden und mit ihnen Traditionen, die Kultur und Bräuche am Leben hielten. Die Bauern der Quechua und Aymara in Puno waren in der Lage, das Wetter und somit die beste Zeit zur Pflanzung auf Grund von Bioindikatoren vorherzusagen. Die Entwicklung einer bestimmten Ameisenart sagte etwas darüber aus, wie sich Regen und Frost in dieser Region des peruanischen Hochlandes verhalten würden. Wenn die junge Ameise ihre Flügel verlor, musste früh ausgesät werden. Ein frühblühender Kaktus bestätigte die Botschaft der Insekten, dass jetzt Pflanzzeit war.

Wenn die Menschen von ihrem Land vertrieben werden und daraufhin ihre traditionellen Praktiken aufgeben, verlieren wir unwiederbringlich oft uraltes Wissen und ein kulturelles Erbe.

Souverän über das eigene Territorium zu verfügen – diese Idee gerät in den Beziehungen zwischen den Bergbauunternehmen und den Ländern Südamerikas zunehmend ins Hintertreffen. Stattdessen sind politische Manipulation, Korruption und Erpressung gängige Praxis, um noch bessere Investitionsbedingungen zu erzielen. Dies drückt sich unter anderem in sehr niedrigen Einkommenssteuersätzen und Lizenzgebühren für den Abbau aus. Dem dienen Finanzierungsmechanismen, die vor allem dazu da sind, das wirkliche durch den Abbau erzielte Einkommen zu verschleiern (Alcayaga 2005). Das Ergebnis dieses Prozesses: eine ethisch-moralische Abwärtsspirale. Der Korruption von Beamten wird Tür und Tor geöffnet, oder sie wird vertieft, Wirtschaftskriminalität ist die Folge.

Der Widerstand gegen den Bergbau wird in Südamerika oft als Widerstand gegen die Entwicklung hingestellt, obwohl es für die betroffenen Gemeinden und die Umweltschützer vor allem ein Kampf für die Wiedererlangung ihrer Rechte ist. Dieser Kampf wird sich zuspitzen und zwar in dem Maße, in dem den Gemeingütern ein bergbaulastiges Entwicklungsmodell aufgedrückt wird.

Literatur

Acosta, Alberto (2009): La maldición de la abundancia, Abya Yala, Quito.
Alcayaga, Julian (2005): Manual del defensor del Cobre, Santiago de Chile.
Cereceda, Enrique (2007): Agua y minería, una industria sedienta, Bnamericas.
Choquehuanca, David (2010): Hacia la reconstrucción del vivir bien, Alai.
Earthworks (2003): http://www.earthworksaction.org/publications.cfm?pubID=64 (Zugriff am 30.09.2011).
Swampa, Maristella/Antonelli, Mirta A. (2010): Minería Transnacional, Buenos Aires.

Cesar Padilla (Chile) ist Anthropologe und Mitbegründer sowie Koordinator des Observatorio Latinoamericano de Conflictos Ambientales (OLCA). Seine Spezialgebiete sind Bergbau und Umwelt. In verschiedenen Ländern Lateinamerikas hat er Konflikte zwischen Gemeinschaften, Bergbauunternehmen und Staaten begleitet und über sozioökologische Konflikte publiziert, die durch den Bergbau verursacht werden.

Wasser ist Gemeingut

Vorschläge zu seiner Rettung

Maude Barlow

Die Hälfte der tropischen Wälder, die Lungen unserer Ökosysteme, ist bereits verschwunden. Geht der Kahlschlag unvermindert weiter, werden bis 2030 nur noch zehn Prozent davon übrig sein. Auch 90 Prozent der großen Fische in den Weltmeeren sind nicht mehr da. Gnadenlos gejagt und gefangen von global operierenden Fangflotten. Im 20. Jahrhundert ist weltweit die Hälfte aller Feuchtgebiete, die Nieren unserer Ökosysteme, verloren gegangen. Laut einem Wissenschaftler des Smithsonian Institute in Washington D.C. steuern wir geradewegs auf ein »Biodiversitätsdefizit« zu, in dem Arten und Ökosysteme schneller zerstört werden, als die Natur neue hervorbringen kann.

Wir nutzen und verschmutzen unsere Flüsse und Seen zu Tode. Tag für Tag werden weltweit zwei Millionen Tonnen Abwässer und Rückstände aus Industrie und Landwirtschaft in Oberflächengewässer eingeleitet. Laut einer vor kurzem veröffentlichten globalen Studie sind 80 Prozent unserer Flüsse gefährdet, auf die zusammengerechnet fünf Milliarden Menschen angewiesen sind (Vörösmarty et al. 2010). Gleichzeitig pumpen wir in vielen Regionen die Grundwasservorkommen weitaus schneller ab, als die Natur sie wieder auffüllen kann, um selbst in Trockengebieten Ackerbau zu betreiben oder die durstigen Städte mit dem kostbaren Nass zu versorgen, von dem allein sie jährlich unglaubliche 760 Billionen Liter als Abwasser in die Ozeane leiten. Noch einmal dieselbe Menge Wasser wird pro Jahr von der Bergbauindustrie verbraucht und mit allen möglichen Giften verseucht zurück in die Umwelt gepumpt.[1] Und ein Drittel der weltweiten Wasserentnahme geht inzwischen in die Produktion von Biotreibstoffen. Verschmutztes Wasser ist weltweit die Haupttodesursache für Kinder; jeden Tag sterben mehr Kinder an durch schmutziges Wasser verursachten Krankheiten als an HIV/Aids, Malaria und Kriegen zusammengenommen. Im Süden stirbt alle dreieinhalb Sekunden ein Kind an den Folgen der Wasserverschmutzung.

1 | César Padilla berichtet in seinem Beitrag detaillierter über die von der Bergbauindustrie verursachten Umweltzerstörungen in Lateinamerika (Anm. der Hg.).

Da absehbar ist, dass es in der nahen Zukunft nicht ausreichend Nahrungsmittel und Wasser für alle Menschen geben wird, kaufen reiche Länder und globale Investment-, Pensions- und Hedgefonds verstärkt Land[2], Wasserrechte, Ackerflächen und Wälder im Süden auf. Es ist die Neuauflage eines invasiven Kolonialismus, der immense geopolitische Konsequenzen nach sich zieht.

Weiter so — das geht nicht mehr

Ungeachtet ihrer vollmundigen Versprechen, die Erde zu schützen, verschärfen die meisten unserer Regierungen die Krise mit immer neuen Plänen für eine noch intensivere Ressourcenausbeutung, mit der Förderung des Freihandels, mit der Privatisierung von absolut allen Dingen und mit der Fixierung auf ein unbegrenzte Ressourcenverfügbarkeit voraussetzendes, ungebremstes Wachstum. Das ist die eigentliche Ursache der Krise. Um die in unserer Konsumwelt unablässig wachsende Nachfrage zu befriedigen, hat die Menschheit es sich angewöhnt, die Natur allein als Ressource zur Gewinnerzielung und zur Steigerung des materiellen Wohlbefindens zu betrachten, nicht als ein lebendiges Ökosystem, von dem alles Leben ausgeht und abhängt. Wir haben unsere Wirtschafts- und Entwicklungspolitiken auf ein anthropozentrisches Modell aufgebaut und angenommen, dass die Natur unseren Ressourcenhunger immer stillen würde. Und sollte sie es hier und da doch nicht tun, würde uns die Technologie retten.

Zwei Dinge stehen der Umweltbewegung im Weg

Aus der Perspektive der Umweltbewegung sehe ich zwei Probleme, die uns daran hindern, der fortschreitenden Zerstörung unserer Lebensgrundlagen Einhalt zu gebieten. Das erste Problem liegt darin, dass sich die meisten Umweltgruppen entweder dem dominanten Entwicklungsmodell angeschlossen haben oder aber sich außerstande sehen, es zu ändern. Das zweite Problem ist das »Silodenken« in unseren Bewegungen, bei dem jeder sein eigenes Süppchen kocht. Allzu lange haben die Umweltschützer sich für ihre Ziele eingesetzt, ohne den Schulterschluss mit allen zu suchen, die für soziale Gerechtigkeit kämpfen und sich für fundamentale Systemänderungen engagieren.

Das deutlichste Beispiel dafür findet sich in dem Bereich, in dem ich mich am besten auskenne: der globalen Süßwasserkrise. Inzwischen fangen auch die unbelehrbarsten »Silodenker« an einzusehen, dass die Folgen der Wasserkrise für Mensch und Natur aufs Engste miteinander verknüpft sind und man beide gemeinsam in Angriff nehmen muss. Die Vorstellung, die ungleiche Versorgungslage könnte dadurch behoben werden, dass man mehr Geld auftreibt, um mehr Grundwasser zu fördern, beruht auf dem Irrglauben an unerschöpfliche Wasservorkommen, denn die Grundwasservorkommen werden fast überall exzessiv ausgebeutet. Ähnlich fatal ist die Hoffnung, dass Gemeinschaften bei der Wiederherstellung ihrer Wassersysteme kooperieren, obwohl sie unter großer Armut leiden und keine Möglichkeiten haben, die von ihnen genutzten Ressourcen auch zu be-

2 | Siehe dazu ausführlicher den Beitrag von Liz Alden Wily in diesem Buch (Anm. der Hg.).

wahren. Zweifellos ist die ökologische Gesundheit des Planeten untrennbar mit der Notwendigkeit verbunden, ein gerechtes System der Wasserverteilung für alle zu entwickeln. Die globale Bewegung für Wassergerechtigkeit versucht das.

Der Platz der Commons

Nach meiner Überzeugung ist es an der Zeit, diese neuen Bewegungen, in denen das analytische Wissen und die harte Arbeit der Umweltbewegung mit dem Engagement der Gerechtigkeitsgruppen zusammenkommt, in einer ganz neuen Form der Regierungsführung zu verschmelzen, die uns und der Erde ein Überleben erlaubt. Im Kern dieses neuen Paradigmas steht die Notwendigkeit, die natürlichen Ökosysteme zu schützen *und*[3] die gerechte Verteilung ihrer Früchte bzw. Reichtümer zu gewährleisten. Zugleich bedarf es der Rückbesinnung auf ein altes Konzept namens Allmende bzw. Commons.

Die Idee der Commons basiert auf der Vorstellung, dass jeder von uns Rechte an bestimmten gemeinsamen Ressourcen hat, seien es Atmosphäre oder Ozeane, Süßwasser oder Artenvielfalt, Kultur, Sprache oder Wissen. Und zwar einfach nur deshalb, weil wir Mitglieder der menschlichen Familie sind. In den meisten traditionellen Gesellschaften galt der Grundsatz, dass das, was einem gehört, allen gehört. Vielen indigenen Gesellschaften ist bis heute die Vorstellung fremd, einer Person oder einer Familie den Zugang zu Nahrung, Luft, Land, Wasser oder die für die Sicherung des eigenen Lebensunterhalts unerlässlichen Mittel zu verweigern. Viele moderne Gesellschaften haben diesen Gedanken auf den universellen Zugang zu einer sozialen Allmende übertragen und versorgen daher alle Mitglieder der Gesellschaft mit Bildung, Gesundheitsversorgung und sozialer Absicherung.[4] Seit der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte im Jahr 1948 sind die Regierungen aller Mitgliedsländer der Vereinten Nationen verpflichtet, die Menschenrechte, die kulturelle Vielfalt und die ausreichende Ernährung ihrer Bürger zu gewährleisten.

Gleichermaßen reaktiviert und ausgeweitet werden muss die Public-Trust-Doktrin[5], ein Rechtsprinzip, nach dem bestimmte natürliche Ressourcen unerlässlich für unser Dasein und im Interesse des Allgemeinwohls zu schützen sind. Im Rahmen der Public Trust Doctrine üben Regierungen[6] ihre treuhänderische Verantwortung für diese Ressourcen aus. Die Public-Trust-Doktrin wurde erstmals im Jahr 529 n. Chr. vom oströmischen Kaiser Justinian kodifiziert, der verkündete: »Nach den Gesetzen der Natur sind diese Dinge allen Menschen gemeinsam: die Luft, das fließende Wasser, das Meer und folglich auch die Küsten des Meeres.« Amerikanische Gerichte haben diese Doktrin als eine »hohe, ernste und fortwährende Verpflichtung« bezeichnet und unter anderem festgestellt, dass die

3 | Hervorhebung durch die Herausgeber.

4 | Die Grenzen dieses Ansatzes im Rahmen des Markt-Staat-Paradigmas beschreibt James Quilligan in seinem Beitrag (Anm. der Hg.).

5 | Vergleiche dazu die Beiträge von James Quilligan sowie David Bollier und Burns Weston in diesem Buch (Anm. der Hg.).

6 | Der Trustee eines Trusts muss nicht unbedingt eine Regierung sein (Anm. der Hg.).

Einzelstaaten die unter den schiffbaren Gewässern befindlichen Flächen »treuhänderisch für die Bevölkerung des Einzelstaates verwahren«. Im Jahr 2010 verwies der US-Bundesstaat Vermont auf die Public-Trust-Doktrin, um die Grundwasservorkommen vor zügelloser Ausbeutung zu schützen, und erklärte, dass niemand Besitzrechte an dieser Ressource hat, sondern dass sie dem Volk von Vermont und den kommenden Generationen gehöre. Das neue Gesetz legt auch Prioritäten für die Grundwassernutzung in Zeiten von Wasserknappheit fest: Entnahmen für den täglichen Bedarf der Menschen, die nachhaltige Nahrungsmittelproduktion und den Schutz der Ökosysteme haben Vorrang vor industrieller und kommerzieller Nutzung. Weiter westlich ist um die Großen Seen herum ein neues Netzwerk kanadischer, amerikanischer und indianischer Gemeinden entstanden, die darauf hinarbeiten, die Großen Seen zu einem Commons zu erklären und einen entsprechenden Trust zu entwickeln.

Erfolge inspirieren – weltweit

Wenn wir zuhören, wird die Natur uns lehren, wie wir zu leben haben und was erforderlich ist, um auch in Zukunft über Wasser zu verfügen: Schutz und Wiederherstellung von Wassereinzugsgebieten, Gewässerschutz, Schutz von Wasserquellen, Regenwassernutzung, lokale und nachhaltige Nahrungsmittelproduktion und wirksame Gesetze zur Eindämmung der Wasserverschmutzung. Martin Luther King Jr. hat einmal gesagt, dass Gesetze vielleicht nicht die Herzen zu bewegen vermögen, aber doch die Macht der Herzlosen beschränken.

Im indischen Bundesstaat Rajasthan haben Dorfbewohner gemeinsam ein System zur Regenwassernutzung aufgebaut, dank dessen zur Wüste gewordenes Land wieder erblüht und Flüsse wieder Wasser führen. Die Stadt Salisbury in Südaustralien hat nach den historisch tiefen Pegelständen des Murray River ein regelrechtes Wunder in Sachen Begrünung von Wüstenland vollbracht. Jeder Tropfen Wasser, der vom Himmel fällt, wird aufgefangen und das gesamte Abwasser über Feuchtgebiete, die als Kläranlagen fungieren, in natürliche Grundwasserleiter geleitet und dort gespeichert, bis es gebraucht wird.

Die natürliche Welt benötigt ihren eigenen Rechtsrahmen, ein »Wild Law«, wie der südafrikanische Umweltjurist Cormac Cullinan dazu sagt: ein Recht der Wildnis. Dabei geht es um eine Gesetzgebung, die die Rechte der Natur und aller Lebewesen anerkennt, jenseits ihres Nutzwertes für den Menschen. Ein solches »Wild Law« verlangt, unsere alte, auf Ausbeutung ausgerichtete Beziehung mit der Natur durch eine demokratische Beziehung mit anderen Lebensformen zu ersetzen. In einer vom Recht der Wildnis geregelten Welt wäre die destruktive, anthropozentrische Ausbeutung der Natur gesetzeswidrig. Es wäre dem Menschen verboten, absichtlich funktionierende Ökosysteme zu zerstören oder andere Arten auszurotten.

Ein derartiger Rechtsrahmen ist bereits im Entstehen begriffen. In Indien hat der Oberste Gerichtshof entschieden,[7] dass der Schutz von Seen und Teichen

7 | Barlow bezieht sich auf die Tamaqua Borough Sewage Sludge Ordinance von 2006. Die Verordnung verbietet Unternehmen, Gülle zur Düngung der Felder auszubringen. Das gilt auch dann, wenn die Landbesitzer und Bauern es erlauben (Anm. der Hg.).

gleichbedeutend ist mit dem Schutz des Rechts auf Leben – dem fundamentalsten aller Rechte. Das Recht der Wildnis stand auch Pate bei einer von der Stadt Tamaqua im US-Bundesstaat Pennsylvania erlassenen Verordnung, um die Deponierung von Klärschlamm auf »wildem Land« zu unterbinden. Darin wurden sowohl die Ökosysteme als auch die natürlichen Gemeinschaften innerhalb der Stadtgrenzen als »juristische Personen« anerkannt.

Bisweilen macht die Menschheit in der Geschichte einen kollektiven Schritt nach vorn. An solch einem Punkt sind wir jetzt angekommen. Wir haben begonnen anzuerkennen, dass der Schutz der Erde und ihrer Ökosysteme dringend notwendig ist. Alles, was uns hilft, die Vereinzelung und das Silodenken zu überwinden, ist unschätzbar wertvoll. Wir dürfen uns nicht mit kleinen Verbesserungen der Welt, wie sie ist, begnügen. Das heißt: Wir müssen auf ein vollkommen anderes Wirtschafts-, Handels- und Entwicklungsmodell hinarbeiten und dürfen nicht darin nachzulassen, gegen die durch das bestehende Modell verantworteten Missstände zu kämpfen.

In Tolkiens *Herr der Ringe* sagt Gandalf an dem Tag, bevor er sich der dunklen Macht stellt, die alles Lebendige zu vernichten droht: »Kein Reich beherrsche ich [...]. Doch alles, was Wert hat in der Welt, so wie die Dinge jetzt liegen, das steht unter meinem Schutz. Und ich für meinen Teil werde mit meiner Aufgabe nicht ganz scheitern [...], wenn irgendetwas diese Nacht übersteht, das noch gut werden oder Furcht tragen oder in zukünftigen Tagen wieder blühen kann. Denn auch ich bin ein Truchsess[8]. Wusstet Ihr das nicht?«.

Dieser Beitrag basiert auf einer Plenarrede von Maude Barlow auf der Jahresversammlung der Environmental Grantmakers Association in Pacific Grove, Kalifornien, 2010.

Literatur

Vörösmarty, Charles J. et al. (2010): »Global Threats to Human Water Security and River Biodiversity«, in: *Nature* 467, 30.09.2010, S. 555-561.

Maude Barlow (Kanada) ist Aktivistin, Autorin und Campaignerin, die sich prominent im weltweiten Kampf für das Recht auf Wasser engagiert. Sie war Beraterin des 63. Präsidenten der UN-Generalversammlung und bekam 2005 den Right Livelyhood Award (bekannt als Alternativer Nobelpreis).

8 | Ein Truchsess war ein Hofamt in der mittelalterlichen Hofgesellschaft. Zu seinen Pflichten gehörte die Hof- und Güterverwaltung. Ursprünglich eine Bezeichnung für den Vorsteher der Hofhaltung und obersten Aufseher über die fürstliche Tafel, erhielt das Amt im Wandel der Zeit weitere einflussreiche Funktionen. Mehr als ein bloßer Ehrentitel, wurde der Truchsess ein zu Dienstleistungen verpflichtendes und durch Eid bekräftigtes Dienstverhältnis, ein »Ehrenamt« (Anm. der Hg.).

Was ist rückständig: Subsistenzwirtschaft oder moderne Entwicklung?

Der Widerstand gegen Staudämme

Vinod Raina

Öffentliche Bekundungen von Bewegungen, die sich für wirtschaftliche, politische oder gesellschaftliche Gerechtigkeit engagieren, sind häufig nur der oberflächliche Ausdruck einer sehr viel komplexeren Agenda. Könnte man sich durch diese Bekundungen wie durch Hypertextlinks klicken, so würden sich zahlreiche Unterebenen öffnen und die darunter verborgen liegenden Werte, Traditionen und Philosophien offenbaren – kurz, die Identitäten der Menschen, die diese Forderungen erheben. Es lohnt, aus dieser Perspektive einen Blick auf die sozialen Bewegungen in Indien zu werfen, von den linksgerichteten bewaffneten Aufständen maoistischer Prägung bis hin zu den Kampagnen der Adivasi[1]-, der Bauern-, Arbeiter- und Dalit[2]-Bewegungen. Allesamt sind sie beeinflusst von der von Mahatma Gandhi inspirierten und größtenteils gewaltlosen nationalistischen Unabhängigkeitsbewegung, in deren Verlauf die Inder 1947 die britischen Kolonialherren vertrieben. Viele dieser sozialen Bewegungen sind auch heute noch aktiv. Sie wurden ergänzt durch die in postkolonialen Zeiten entstandenen Frauen- und Umweltbewegungen.

Die Vitalität der sozialen Bewegungen ist vielleicht der beste Beweis dafür, wie tief der demokratische Geist in Indien über das bloße Ritual der Wahlen hinaus verwurzelt ist. Und »nur selten haben wir«, wie Priya Kurian einmal anmerkte, »diesen demokratischen Prozess so augenfällig und so effektiv wirken sehen wie in der wachsenden Mobilisierung der Menschen gegen den Bau großer Staudämme« (Kurian 1988). In den vergangenen zehn Jahren haben die indischen Anti-Staudamm-Bewegungen, insbesondere jene gegen die Narmada-Dämme, sowohl bei Befürwortern wie Gegnern erhebliche nationale und internationale Beachtung gefunden. Die Gegner sehen in diesem Widerstand eine Neuauflage des maschinenstürmenden Luddismus, eine von englischen Textilarbeitern Anfang des 19. Jahrhunderts ausgehende soziale Bewegung, die im Kampf um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze die neu eingeführten mechanischen Webstühle zerstörten.

1 | Die indischen Ureinwohner (Anm. der Hg.).

2 | Die sogenannten »Unberührbaren« (Anm. der Hg.).

Der Dammbau kann auf eine lange Geschichte zurückblicken. Nahezu 8000 Jahre alte Kanäle, die in den Zagros-Bergen im östlichen Mesopotamien entdeckt wurden, legen die Vermutung nahe, dass die dortigen Bauern die ersten Dammbauer in der Menschheitsgeschichte waren. Man nimmt an, dass die primitiven Dämme aus Gesträuch und Lehm als Wehre dienten, um Wasser in die Kanäle zu leiten. In Jordanien wurden knapp 3000 Jahre alte Dämme gefunden, Teile eines groß angelegten Wasserversorgungssystems. Hinweise auf ähnliche Dämme aus derselben Zeit finden sich auch im Mittelmeerraum, in anderen Gebieten des heutigen Nahen Ostens, in China und in Mittelamerika. Später erhoben die Römer den Dammbau zu einer hohen Kunst.

Nach dem Zweiten Weltkrieg ist ein regelrechter Dammbau-Rausch ausgebrochen, in dessen Verlauf laut dem von der Internationalen Kommission für große Talsperren (International Commission on Large Dams, kurz ICOLD) geführten Verzeichnis weltweit über 40.000 große Staudämme an Flüssen errichtet worden sind – davon allein 35.000 seit 1950. Als großer Staudamm gilt gemeinhin eine Talsperre ab einer Staumauerhöhe von 15 Metern. In China, wo es noch 1949 gerade einmal acht Großstaudämme gab, standen 40 Jahre später rund 19.000! Mit rund 5500 großen Staudämmen sind die Vereinigten Staaten das Land mit den zweitmeisten Großstaudämmen, gefolgt von der ehemaligen Sowjetunion (3000), Japan (2228) und Indien (1137).[3] Mega-Staudämme werden von der ICOLD entweder nach ihrer Höhe (mindestens 150 Meter) als solche definiert oder nach ihrem Volumen (mindestens 15 Millionen Kubikmeter), ihrer Speicherkapazität (mindestens 25 Kubikkilometer) oder ihrer Stromerzeugungskapazität (mindestens 1000 Megawatt, eine Strommenge, mit der eine europäische Stadt mit etwa einer Million Einwohnern ein Jahr lang versorgt werden könnte). Im Jahr 1950 gab es weltweit zehn Staudämme dieser Kategorie. Im Jahr 1995 waren es schon 305. Im Rahmen der »verbesserten Flussplanung«, eines an das Tennessee-Valley-Projekt[4] in den USA angelehnten Ansatzes, werden Staudämme heute so geplant und platziert, dass das gesamte Flussbecken optimal ausgenutzt werden kann. »Viele große Flüsse sind heute kaum mehr als Wassertreppen, die aus lauter Rückhaltebecken bestehen«, klagte schon vor über zehn Jahren ein Kritiker der Entwicklung (McCully 1996).

Wachsender Widerstand gegen Staudämme

Viele der frühen Protestbewegungen gegen Staudämme blieben erfolglos, so etwa die harte Kampagne gegen den Bau der 191 Meter hohen New-Melones-Talsperre am Stanislaus River in den Vorbergen der kalifornischen Sierra Nevada in den 1970er-Jahren. Etwas mehr Erfolg hatten die Cree-Indianer in Kanada mit ihrem Kampf gegen das gigantische Baie-James-Wasserkraftprojekt in Kanada. Sie konnten 1994 erreichen, dass die letzten beiden Ausbaustufen aufgegeben wurden. Im

3 | Die Informationen werden auf der Seite der ICOLD ständig aktualisiert, siehe unter: http://www.icold-cigb.net/GB/World_register/general_synthesis.asp?IDA=206 (Zugriff am 23.11.2011).

4 | Das Tennessee-Valley-Modell sah vor, das ganze Flusseinzugsgebiet zu entwickeln, das heißt nicht nur den Hauptstrom, sondern auch alle Zuflüsse in die Projekte einzubeziehen.

Jahr 2002 gab es ein Abkommen mit den Cree, das erlaubte, das Projekt in »zurechtgestutzter« Form zu Ende zu führen. In Russland wurde der Bau der Katun-Talsperre im Altai-Gebirge ausgesetzt, während der Widerstand gegen die geplanten Staudammprojekte am spektakulären Rio Biobio in Chile noch weitergehen muss. Der seit Mitte der 1980er-Jahre geführte Kampf gegen die Narmada-Staudämme in Indien ist gewissermaßen zu einem globalen Symbol der ökologischen, politischen und kulturellen Missstände geworden. Und das Narmada-Projekt ist nur ein Beispiel von vielen. In nahezu allen Fällen aber reicht der Widerstand der Menschen allein nicht aus, die Talsperren zu verhindern, obwohl jene, die Widerstand leisten, nicht nur Umweltschützer sind, sondern auch Menschen, die direkt von Vertreibung bedroht sind.

Umso erstaunlicher ist, dass die erste erfolgreiche Kampagne gegen ein neues Staudammprojekt in Indien, gemeint ist der Silent-Valley-Staudamm im Bundesstaat Kerala, vom Umweltschutz motiviert war. Im Gegensatz zu den meisten anderen indischen Talsperren hätte der Bau des Damms nur wenige Menschen aus ihrer Heimat vertrieben, dafür aber hätte er eines der größten Regenwaldgebiete des Landes zerstört. Die Sorge um den Regenwald und die dort lebenden heimischen Arten, wie die in ihrem Bestand stark gefährdeten Bartaffen, bewog die damalige Premierministerin Indira Gandhi dazu, das Projekt zu stoppen. Der Erfolg dieser Kampagne war mit dafür verantwortlich, dass eine Reihe weiterer Staudammprojekte bei Bhopalpatnam, Inchampalli und Bodhgat an den Flüssen Godavari und Indravati eingestellt wurde. Zusammengenommen hätten sie zur Vertreibung von 100.000 Adivasi und zur Überflutung mehrerer Tausend Hektar Wald geführt.

Nach der Unabhängigkeit 1947 war der Bau von Staudämmen zu einem wichtigen Symbol der Modernisierung, des wissenschaftlichen Fortschritts und des Nationalstolzes geworden. Der erste indische Premierminister, Jawaharlal Nehru, bezeichnete sie als »die Tempel des modernen Indien«. Im Jahr 1954, bei Inbetriebnahme der 226 Meter hohen Bhakra-Talsperre, jubelte Nehru: »Welcher Ort könnte großartiger sein als dieser hier, Bhakra-Nangal, wo viele Tausend Männer gearbeitet, Blut und Schweiß verströmt und manche auch ihr Leben gelassen haben? Wo könnten wir einen heiligeren Ort finden als diesen, was könnten wir mehr verehren?«

Die Auswirkungen des Talsperrenbaus nahmen jedoch dramatisch zu, als mit der Gründung der Damodar Valley Corporation der Talsperrenbau zum Bestandteil einer umfassenden Flussbecken-Planung gemacht wurde. Gestaltet nach dem Vorbild der Tennessee Valley Authority in den USA, wurden zahlreiche Talsperren entlang des Damodar-Flusses sowie weitere Dammbauten an mehreren anderen Flüssen im ostindischen Bundesstaat Bengalen geplant. Auch wenn sich gegen dieses Vorgehen kein sichtbarer Widerstand regte, umriss der ehemalige Bauingenieur Kapil Bhattacharaya in einigen brillanten, auf Bengalisch verfassten Aufsätzen die voraussichtlichen Konsequenzen mit erstaunlicher Präzision (Raina 1998). So wies er darauf hin, dass der Hafen von Kalkutta nur deshalb schiffbar geblieben war, weil die Flüsse den Schlick mitnahmen, der während der Überschwemmungen in den Hafen gespült wurde; diese Flüsse zur Hochwasserkontrolle aufzustauen würde, so sagte er voraus, den Hafen unpassierbar machen – was später ge-

nau so kam. Er sagte auch voraus, dass die staatlichen Ingenieure gezwungen sein würden, Wasser von einem in das damalige Ostpakistan (Bangladesch) fließenden Fluss in den Hafen umzuleiten – was internationale Spannungen nach sich ziehen würde. Auch das traf ein. Und er warnte vor einem Rückfluss der städtischen Abwässer aus dem Hafen von Kalkutta in die Flüsse und sagte sogar voraus, dass die Leute die Stadtverwaltung dafür verantwortlich machen würden und nicht die Staudämme, die weit entfernt und jenseits des Einflussbereichs der städtischen Behörden lagen. Die Damodar-Staudämme werden heute von vielen hunderttausend Menschen, die unter ihren Folgen leiden, als Fluch gesehen – dennoch scheint niemand zu begreifen, dass mit einer gründlichen Analyse der sozialen, ökonomischen und ökologischen Folgen ein Großteil dieses Leids hätte vermieden werden können.

Gandhis Vision gegen Nehrus Modernisierung

Seit der Gründung des indischen Staates gab es zwei konkurrierende Visionen des Wiederaufbaus: Gandhis Projekt der Wiederbelebung dörflicher Ökonomien als Grundlage der Entwicklung und Nehrus Plan, Wohlstand durch rapide Industrialisierung zu schaffen. Gandhi, der seine Vorstellungen schon 1908/1909 in seinem Buch *Hind Swaraj* [*Indiens Freiheit*] zusammengefasst hatte, schrieb am 5. Oktober 1945, am Vorabend der indischen Unabhängigkeit, in einem Brief an Nehru: »Ich bin davon überzeugt, dass, wenn Indien die Freiheit erlangt [...], es früher oder später erkannt werden muss, dass die Menschen in Dörfern leben müssen, nicht in Städten – in Hütten und nicht in Palästen. Millionen Menschen werden in den Städten und Palästen nie im Frieden miteinander leben können [...]. Der Bewohner dieses imaginären Dorfes wird sein Leben nicht wie ein Tier in einem verwahrlosten dunklen Raum führen. Männer und Frauen werden frei sein und bereit, sich der ganzen Welt zu stellen [...]. Niemand wird in Trägheit oder in Luxus leben.«

»Gott bewahre Indien vor einer Industrialisierung in der Art des Westens«, mahnte Gandhi. »Sollte ein ganzes Land von 300 Millionen [und heute über *einer Milliarde* – V.R.] eine vergleichbare wirtschaftliche Ausbeutung betreiben, es würde die Erde wie ein Heuschreckenschwarm leer fegen.« Sein Unbehagen gegenüber der Zentralisierung hatte Gandhi schon in der Ausgabe vom 29. September 1940 des *Harijan* zum Ausdruck gebracht, als er erklärte: »Nehru will die Industrialisierung, weil er überzeugt ist, dass sie in ihrer sozialistischen Form frei von den Übeln des Kapitalismus sei. [...] Ich träume von Elektrizität, Schiffswerften, Stahlwerken, Maschinenbau und dergleichen, Seite an Seite mit dem dörflichen Handwerk. Aber [...] ich teile nicht die sozialistische Überzeugung, dass die Zentralisierung der Produktion der lebensnotwendigen Güter zur allgemeinen Wohlfahrt beitragen wird.«

Die Befreiung, die Gandhi versprach, bezog sich nicht nur auf die ökonomische Unabhängigkeit; sie war vor allem eine Zusicherung, dass die Kultur der indischen Landbevölkerung die herrschende sein würde.

Jawaharlal Nehru wischte in einem Brief vom 9.Oktober 1945 Gandhis Vision brüsk beiseite: »Ein Dorf ist im Normalfall intellektuell und kulturell rückständig, und aus einer rückständigen Umgebung heraus kann kein Fortschritt erreicht wer-

den.« Nehrus eigene Ambivalenz in dieser Frage sollte erst Jahre später offenkundig werden, als er selbst auf die mit Großprojekten einhergehenden Übel hinwies.

Nehrus Entwicklungsagenda bestimmt seit über 50 Jahren die Politik in Indien. In diesem halben Jahrhundert wurden große Fortschritte bei der Industrialisierung erreicht und die grundlegende technische und Dienstleistungsinfrastruktur für eine autarke Entwicklung aufgebaut. Die Armut aber bleibt bestehen.

Wenn es darum geht, Projekte wie die Narmada-Talsperren zu bewerten, stellen sich viele wohlmeinende Experten und Intellektuelle ebenso wie Angehörige der Mittelschicht vor allem Fragen wie »Wo soll denn der Strom sonst herkommen?« oder »Wie sollen wir ohne künstliche Bewässerung auskommen – was ist mit der Nahrungsmittelversorgung?« Diese Sorgen – die wir von ähnlich klingenden, aber aggressiveren und selbstsüchtigeren Argumenten unterscheiden müssen, die Politiker, Bauherren und andere Interessengruppen vorbringen – müssen ernst genommen werden. Sie stehen nicht nur in Indien, sondern überall im Zentrum der Entwicklungsdebatte. Gleichzeitig ist es notwendig, die Widerstandsbewegung gegen die Narmada-Talsperren in den sozioökonomischen, politischen und kulturellen Kontext in Indien einzubetten.

Die Staudämme und die Armen

Im Allgemeinen wird davon ausgegangen, dass jede Form der Entwicklung schlussendlich den »einfachen Leuten« dient. Wer aber sind diese Leute in Indien? Konsens würde wohl mit der Antwort »die Armen« hergestellt, wobei es meiner Meinung nach in Indien noch immer an einer angemessenen Definition »der Armen« mangelt.

Die Regierung definiert all diejenigen als arm, denen pro Tag weniger als 2200 Kalorien an Nahrung zur Verfügung stehen. Ob ein so komplexer Begriff wie »Armut« durch eine scharf gezogene Linie charakterisiert und anhand eines einzigen Parameters definiert werden kann, ist allerdings fraglich.

Die indischen Ureinwohner, die Adivasi, stehen auf der untersten Stufe der ökonomischen Leiter. Die 72 Millionen Adivasi (mehr als die Hälfte der Bevölkerung Japans) stellen rund sieben Prozent der knapp 1,2 Milliarden Inder. Auf derselben Stufe stehen die grundbesitzlosen Arbeiter, die an den Rand gedrängten Kleinbauern und die Subsistenzbauern mit bis zu einem halben Hektar Land. Darüber hinaus gibt es viele Menschen, die traditionellen Handwerksberufen nachgehen, darunter Töpfer, Eisenschmelzer, Bambus- und Korbflechter, kleine Handweber, Abhäuter und Gerber. Rechnet man noch die Slumbewohner der Städte hinzu, gibt es in Indien rund 600 Millionen Arme. Rund zwei Drittel der Bevölkerung schafft es irgendwie, zu überleben und sich zu ernähren, ein weiteres Drittel, bestehend aus der Unter-, der Mittel- und der Oberschicht, lebt in unterschiedlichem Komfort.

Mit Ausnahme der städtischen Slumbewohner sind die Armen in Indien für ihren Lebensunterhalt auf die eine oder andere gemeinschaftliche Ressource angewiesen: Land für den Subsistenzfeldbau, Bambus, Gräser, Tierhäute und Mineralien für handwerkliche Berufe und unterschiedliche Biomassequellen als Brennstoff sowie für den häuslichen Bedarf. Das beste Beispiel sind die Adivasi, die

zumeist in den Wäldern oder in ihrer unmittelbaren Nähe leben und deren Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft auf das Engste mit diesen Wäldern verknüpft ist. Die Materialien, mit denen sie ihre Hütten bauen, und den Großteil ihrer Nahrung, ihres Feuerholzes und ihres Wassers beziehen sie aus den Gemeinressourcen ihrer unmittelbaren Lebensumwelt. Ihr wirtschaftlicher Austausch mit der Außenwelt findet hauptsächlich im Rahmen der Haats statt, der fahrenden Wochenmärkte, auf denen sie das Notwendigste wie Salz, Lampenkerosin und Textilien erstehen. Dinge wie Speiseöl, Getreide und Hülsenfrüchte oder Zucker, Gewürze und Seife sind Luxusartikel, die sie sich nur hin und wieder einmal leisten können.

Vor 50 Jahren, nach über eineinhalb Jahrhunderten Kolonialherrschaft, waren die Erwartungen der Menschen in Indien riesig. Der Staat entschied sich für eine gemischte private und öffentliche Wirtschaft und nahm ein gewaltiges Industrialisierungs- und Infrastrukturprogramm in Angriff. Man hoffte, dass davon auch die einfachen Leute profitieren würden. Den rund 40 Millionen Menschen, die durch die Staudämme, den expandierenden Bergbau, die voranschreitende Urbanisierung, den Ausbau der Industrie und andere Erschließungsprojekte aus ihrer Heimat vertrieben wurden, schenkte man keinerlei Beachtung. Man ging schlicht davon aus, dass die nationale Entwicklung nicht ohne gewisse Opfer vorangetrieben werden konnte. Welchen Nutzen diese Projekte auch immer hatten – mehr Strom, mehr Bewässerungsfeldbau oder mehr Industrieproduktion –, profitiert hat im Allgemeinen das wohlhabendere Drittel der Bevölkerung. Bei denen, die am meisten darauf angewiesen waren, ist kaum etwas angekommen. In vielen Fällen hat die forcierte Industrialisierung den »einfachen Menschen« sogar geschadet. Da viele von ihnen für ihren Lebensunterhalt zwingend auf die Nutzung und den freien Zugang zu gemeinsamen Naturressourcen angewiesen sind, bedrohen neue Gesetze, mit denen Wälder, forstwirtschaftliche Erzeugnisse, Land, Wasser und Bodenschätze an den Staat übertragen werden, ihre Subsistenzwirtschaft und ihre Kultur. Entgegen den Behauptungen der Regierung fällen die Adivasi nur selten Bäume, sondern sie schlagen hauptsächlich Äste ab oder sammeln totes Holz. Für den Holzeinschlag verantwortlich sind in Wahrheit die Holzfirmen, die Feuerholz für die großen Städte schlagen – und zwar mit Genehmigung eben jener Forstbehörden, die die Armen wegen der Nutzung ihrer traditionellen Gemeingüter schikanieren. Obwohl Kerosin und Kochgas vom Staat subventioniert werden, ist klar, dass Biomasse auch in Zukunft die wichtigste Energiequelle für die Adivasi bleibt. Sollen nicht zahllose arme Menschen in Indien ihre wichtigste Energiequelle verlieren, müssen die Wälder nachhaltig genutzt und geschützt werden.

Es dürfte inzwischen klar sein, warum Menschen, die von Entwicklungsprojekten in Mitleidenschaft gezogen werden könnten, sich so vehement gegen diese Projekte wehren: Sie zerstören Gemeinressourcen.

Eine Frage der Kultur und der Überzeugungen

Eine soziale Bewegung ist fast immer auch eine kulturelle Bewegung. Wenn wir ihre Motive und ihr Fortdauern verstehen wollen, müssen wir zunächst verstehen, wie sich die Bewegung aus ihren tiefen kulturellen Wurzeln nährt. Mit anderen

Worten: Wollen wir die Beweggründe des Widerstands verstehen, müssen wir uns mit den Kulturen der an den Flüssen siedelnden Menschen befassen.

Überall in der Welt haben Flüsse seit jeher eine wichtige Rolle beim Aufstieg von Zivilisationen gespielt. Die Menschen, die an ihren Ufern leben, bringen den Flüssen tiefe Verehrung entgegen, wie die vielen Tempel und heiligen Stätten beweisen, die sich in ganz Indien an den Flussufern finden. Das Bad in einem Fluss wird weithin als Ritual gesehen, mit dem man sich von seinen Sünden reinwäscht. Dabei steht das Fließen des Wassers im Kern dieses Glaubens: Die mit jedem Fluss assoziierte Gottheit gilt als jungfräulich, und ihre Reinheit wird durch den beständigen Strom bewahrt. Diese Überzeugungen werden durch die Rituale bestärkt, die viele Millionen Inder tagtäglich in den Tempeln an den Flussufern vollziehen sowie in unzähligen Liedern und Geschichten, in denen die Flüsse als Ernährer und Lebensspender verehrt werden. In vielen Frauengesängen wird der Fluss als einfühlsame Wesenheit beschrieben; nur er kann die Traurigkeit des Daseins als Frau verstehen. Sein unaufhörliches Fließen symbolisiert Standhaftigkeit. Der Fluss ist ein beständiger Begleiter, der den Frauen mit seinen lebenserhaltenden Eigenschaften Trost und Gutes im Alltag spendet. Das überrascht kaum, wenn man bedenkt, dass indische Frauen einen Großteil ihres Lebens in und an Flüssen verbringen – sei es, um Wasser zu holen, Kleider zu waschen oder um in Gruppen darin zu baden.

Zum Glaubenssystem der Adivasi gehört, dass die Wälder, das Feuer, der Donner und der Regen, die Sonne, der Mond und die Sterne sowie andere Elemente verehrt werden, die – im Guten wie im Schlechten – ihr Leben beeinflussen. Daher beruhen die meisten Rituale der Adivasi darauf, den Frieden mit diesen Elementen zu bewahren. Wenn ihnen ein militantes Besitzgefühl für das Land, auf dem sie leben, zu eigen ist, dann deshalb, weil die Gebeine ihrer Ahnen darin begraben liegen und die Geister ihrer Vorfahren darüber wachen. Um einen etwas hinkenden Vergleich zur satellitenbasierten globalen Telekommunikationstechnologie zu bemühen, könnte man sagen, dass auf dieselbe Weise, wie die Bodenstationen die unerlässliche Verbindung zu den unsichtbar um die Erde kreisenden Satelliten sind, die Adivasi in den Geistern ihrer Ahnen die Verbindung zu den Elementen der Natur sehen, die über ihr Leben mitbestimmen. Die Rituale, in deren Mittelpunkt die Totempfähle auf den Begräbnisstätten sind, belegen, wie sehr sie auf diese Geister angewiesen sind, um die Elemente zu besänftigen und für Sicherheit in ihrem Leben zu sorgen. Da die räumliche Nähe zu den Grabstätten der Ahnen in ihrem Glaubenssystem zentral ist, ist die Vorstellung, von diesen Stätten vertrieben zu werden, für sie dermaßen verwirrend, fremd und unfassbar, dass sie in militanten Widerstand umschlagen kann. Stellen wir uns vor, was passieren würde, wenn das Land, auf dem die Bodenstationen für die Satellitenkommunikation stehen, in landwirtschaftliche Nutzflächen umgewandelt werden sollte.

Im Glaubenssystem der Adivasi sind die Grabstätten ihrer Ahnen ebensolche »Bodenstationen«. Kein Wunder also, dass sie sich allen Versuchen widersetzen, sie von ihrem Land zu vertreiben, und dass sie auf Angebote der Umsiedlung in andere Gebiete mit Unverständnis und Zorn reagieren. Ein Bauer, der kein Adivasi ist und keine solche Verbindung zu seinem Land empfindet, mag auf ein solches Angebot eingehen, vorausgesetzt die im Austausch angebotenen Flächen sind an-

gemessen und von guter Qualität. Aber für die Adivasi ist das Land nicht nur etwas Materielles. Wie also könnten sie ein Stück Land gegen ein anderes eintauschen?

Das sind Beispiele, die zeigen, was Menschen vor Ort in den Widerstand gegen Projekte wie die Narmada-Talsperren treibt. Da aber der offizielle Diskurs meist einzig und allein um die Frage der »Entwicklung« kreist und die Glaubenssysteme als Bestandteil der menschlichen Entwicklung außen vor lässt, bleiben diese Motive in aller Regel unsichtbar. Tatsächlich aber ist die Modernisierungsagenda nicht allein auf »Entwicklung«, eine sehr spezielle und materielle Form der Entwicklung, ausgerichtet, die »Rückständigkeit« beseitigt, sondern sie will auch traditionelle Glaubenssysteme und Rituale der modernen Welt anpassen und durch wissenschaftliche Erkenntnisse ersetzen. Vielleicht hielt Nehru die auf dörflichen Strukturen basierenden Kulturen für rückständig, weil im mechanistischen marxistischen Denken derartige Glaubenssysteme Ausdruck eines »falschen Bewusstseins« sind, das die Menschen daran hindert, ein »angemessenes« Verständnis für die materiellen Grundlagen des Lebens und des Seins zu entwickeln.

Dass ihre Wissenschaftlichkeit den traditionellen Kulturen überlegen ist, liegt für die Staudamm-Fürsprecher auf der Hand. Sollen die Adivasi etwa weiter leben wie seit Jahrhunderten, als Museumsstücke, entsprechend ihrer überkommenen Kultur und Glaubenssysteme? Haben sie kein Recht auf Fortschritt? Natürlich hat jede gesellschaftliche Gruppe das Recht auf Veränderung. Aber Veränderung muss ein Prozess sein, der sicherstellt, dass die betroffene Gruppe gesellschaftlich, ökonomisch und politisch ermächtigt ist, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen. Und sie muss ein Prozess sein, der ihre Würde wahrt und ihnen die Möglichkeit gibt, das Zusammentreffen von Tradition und Modernität so zu gestalten, dass es assimilierend und nicht zerstörend verläuft.

Eine knappe Anweisung, traditionelle Siedlungsgebiete im nationalen Interesse zu räumen, gibt den marginalisierten Menschen keinerlei Möglichkeit, sich irgendwie auf die Modernisierung einzustellen. Vielmehr kann und wird sie sie nur noch mehr entfremden. Deshalb ist eine weitaus gründlichere Debatte als bisher notwendig, um das Konzept und die Bedeutung der »spirituellen Sicherheit« ebenso zu erfassen wie uns das in der Sphäre des Materiellen gelingt. Und damit wir nicht in Versuchung geraten, den Verweis auf »spirituelle Sicherheit« als Glorifizierung einer verqueren Irrationalität abzutun, sollten wir uns daran erinnern, dass Glaubenssätze selbst im Reich des Rationalen, des Wissenschaftlichen durchaus eine wichtige Rolle spielen.

Der große deutsche Physiker Max Planck sagte einmal mit Blick auf die heftigen Widerstände gegen die Vorstellung einer Quantenmechanik – der er, obwohl er sie als erster beschrieb, anfangs selbst skeptisch gegenüberstand –, dass logische Argumente und experimentelle Beweise die Überzeugungen, die er bis dahin gehegt hatte, nicht sofort zu verändern vermochten. Der Widerstand gegen neue Sichtweisen, behauptete er, schwindet vor allem, wenn die alte Wissenschaftlergeneration abtritt und eine neue Generation mit neuen Ideen die Bühne betritt – ein Bild, das dem des Paradigmenwechsels von Thomas Kuhn ähnlich ist, der im Laufe der Zeit aus dem Voranschreiten wissenschaftlicher Erkenntnisse entsteht. Diese Paradigmenwechsel müssen genug Freiheit lassen, um neue Ansätze

zu erkunden und auszuprobieren. Wird diese Freiheit genommen, kann der Widerstand der Menschen erstaunliche Kraft gewinnen. Schließlich können weder Kulturen noch Glaubens- noch Lebensverhältnisse gewaltsam verändert werden, egal wie technologisch geschickt das auch geschehen soll.

Literatur

All India People's Science Network (AIPSN) (1994): Report on the Consultation for Restructuring the Sardar Sarovar Project (als Mimeographie), Neu Delhi.

Baviskar, Amita (1995): In the Belly of the River – Tribal Conflicts over Development in the Narmada Valley, Neu Delhi.

Ganguli, Birendranaht N. (1973): Gandhi's Social Philosophy, Indian Social Science Research Council, Neu Delhi.

ICOLD (1998): World Register of Dams, Paris.

Kurian, Priya (1988): Land and Water Review.

McCully, Paul (1996): Silenced Rivers, The Ecology and Politics of Large Dams, London.

Raina, Vinod (1994): »Sardar Sarovar: Case for Lowering Dam Height«, in: *Economic and Political Weekly*, April 2/94, Bombay.

Raina, Vinod (1998): Waters of Conflict – Alternatives in River Valley Projects; Rediscovering Kapil Bhatacharya and Megnad Saha, Nehru Memorial Museum and Library, 1998.

Vinod Raina (Indien) ist Physiker und engagiert sich mit dem People's Science Movement zu Fragen der Wissenschaftsgesellschaft. Er arbeitete unter anderem zum Bhopal Gas Desaster und zum Konflikt zwischen der Nutzung von Ressourcen für Wirtschaftswachstum und dem Recht der Menschen auf Wiederaneignung der Commons. Er ist Herausgeber von *The Dispossessed – Victims of Development in Asia.*

Belo Monte oder die Zerstörung der Commons

Gerhard Dilger

Für Glenn Switkes[1]

Wir Menschen vom Rio Xingu möchten, dass unsere Wälder stehenbleiben, wir wollen, dass unsere Fische und anderen Tiere leben. Wir wollen unsere Felder und unsere traditionellen Medikamente behalten. Wir brauchen einen sauberen Fluss, um darin baden zu können, und wir wollen Wasser trinken, ohne krank zu werden. Wir wollen in Frieden leben. Wir wollen glücklich auf unserem Land bleiben und auch künftig mit unseren Kindern und Enkeln feiern.
Sheyla Juruna, Altamira, 23. Mai 2008

Wachstumswahn statt »gutes Leben«[2], Autoritarismus und Vetternwirtschaft statt Partizipation, Privatisierung der Natur statt faire Nutzung der Gemeingüter – die Entscheidung der brasilianischen Regierung für den Bau des riesigen Wasserkraftwerks Belo Monte im Amazonasgebiet ist in vielerlei Hinsicht exemplarisch dafür, wie auch in den progressiv regierten Ländern Südamerikas immer noch Ressourcenkonflikte gelöst werden.

Arg dünn ist das Argument von Präsidentin Dilma Rousseff, die am 1. Januar 2011 ihr Amt antrat, wonach das Megaprojekt für die »Entwicklung« Brasiliens und der Region des Amazonas-Nebenflusses Xingu erforderlich sei. Allein durch eine Modernisierung des maroden brasilianischen Transmissionsnetzes könnte ein

1 | US-amerikanischer Dokumentarfilmer und langjähriger Aktivist der internationalen Anti-Staudamm-Bewegung. Bis zu seinem überraschenden Tod 2009 half er dabei, den Widerstand gegen Belo Monte zu koordinieren (Anm. der Hg.).

2 | Das Konzept des »guten Lebens« wird in dem Gespräch zwischen Gustavo Soto Santiesteban und Silke Helfrich vorgestellt. Mit der Staudammproblematik setzt sich auch Vinod Raina auseinander (Anm. der Hg.).

Vielfaches jener Energie gewonnen werden, die Belo Monte ab 2015 produzieren soll.

Schlüssig wird die Aussage erst, wenn man sie in den Kontext der letzten Jahrzehnte stellt: Rousseff und ihr Vorgänger Luiz Inácio Lula da Silva knüpfen an die Entwicklungsvorstellungen der Generäle aus den 1970er-Jahren an, die »Menschen ohne Land« nach Amazonien lockten – angeblich ein »Land ohne Menschen«. In jenen Jahren wurde auch die Transamazônica gebaut, jene Lehmpiste, die heute die Xingu-Region mit Belém verbindet, der Hauptstadt des Bundesstaates Pará. Aus jener Zeit stammen auch die ersten Planungen für den Staudammkomplex am Rio Xingu.

Eine erste breite Widerstandsbewegung verhinderte Ende der 1980er-Jahre das Projekt: Die Weltbank hatte nach internationalen Protesten einen Millionenkredit zurückgezogen. Ausgerechnet Lula, jener Exgewerkschafter, der seinen Aufstieg an die Staatsspitze auch den sozialen Bewegungen zu verdanken hatte, belebte das Megaprojekt 2003 neu. In einer Allianz mit dem einheimischen und internationalen Kapital sowie korrupten Regionaleliten setzte Lulas und Rousseffs Arbeiterpartei Belo Monte gegen die Betroffenen durch – und das trotz anderslautender Zusagen, wie Erwin Kräutler, Bischof von Altamira und Träger des Alternativen Nobelpreises, immer wieder beklagt. Dilma Rousseff geht dem Gespräch mit dem kritischen ökosozialen Flügel ihrer Basis konsequent aus dem Weg.

Nicht nur der volkswirtschaftliche, sondern auch der betriebswirtschaftliche Nutzen Belo Montes ist fragwürdig. Das Baukonsortium Norte Energia ist nur dank staatlicher Stromkonzerne und diverser staatlicher Rentenfonds lebensfähig. Finanziert werden die Aufträge zu 80 Prozent durch günstige Kredite der Entwicklungsbank BNDES, also mit dem Geld der brasilianischen Steuerzahler.

Dennoch dürfte ein Großteil des derart subventionierten Stroms privaten Stahl- und Aluminiumwerken zugutekommen, womit die Rolle Amazoniens als Rohstofflieferant für Europa, Nordamerika und Asien fortgeschrieben wird. Von Aufträgen profitieren brasilianische Baumultis, aber auch europäische Konzerne wie Andritz, Alstom, Voith/Siemens oder Mercedes Benz.

Im August 2011 reichte die Bundesstaatsanwaltschaft Belém eine weitere Klage gegen den Bau von Belo Monte ein – mit der bemerkenswerten Begründung, durch das Projekt würden nicht nur die Rechte der indigenen Völker, sondern auch jene der Natur verletzt. Erstmals wird somit in der brasilianischen Justiz mit den Naturrechten argumentiert, die in Ecuador im Jahr 2008 in der neuen Verfassung verankert wurden.

»Die Menschheit bewegt sich auf die Anerkennung der Natur als Rechtssubjekt zu«, ist Staatsanwalt Felício Pontes überzeugt, »die Luft hört auf, *res nullius* zu sein. Sie wird *res omnium*« (Pontes et al. 2011: 25). Doch im Zweifelsfall entscheidet die brasilianische Justiz zugunsten der Mächtigen, ebenso wie sich die Umweltbehörde Ibama den Vorgaben der Präsidentin zu beugen hat.

Die Abholzung des Regenwaldes beschleunigt sich schon jetzt. Pontes schätzt die gefährdete Fläche auf 5300 Quadratkilometer, zehnmal so viel wie die geplante Fläche des Stausees. Über 100 Kilometer des Xingu werden über Monate hinweg

nahezu austrocknen. Damit verlieren die dort lebenden Arara- und Juruna-Indígenas ihren Lebensraum. Belo Monte und die weiteren, zu Dutzenden in Amazonien geplanten Staudämme ebnen der weiteren Ausbeutung der unterschiedlichsten Ressourcen den Weg. Solche extraktivistischen Megaprojekte sind Ausdruck des überkommenen Wachstumsdenkens, dem die lateinamerikanische Linke noch immer mehrheitlich verpflichtet ist. Pontes formuliert es so: »Diese räuberische Entwicklung steht dem Umweltschutz entgegen. Sie sieht die Umwelt nicht als Haus aller Lebewesen.« Der Befreiungstheologe Erwin Kräutler spricht in diesem Zusammenhang von »Mit-Welt«.

In seinen Alpträumen habe er bereits gesehen, was der Xingu-Region blühe, sagt Pontes: Kinder mit Wasserbäuchen in den Elendsvierteln Altamiras, »oberhalb des Staudamms gibt es keine Indigenen mehr. All die fantastische Artenvielfalt, die es noch gibt, mit Wasserfällen und Fischen, all das verschwindet. Es ist wie eine Wüste, eine danteske Vision« (Brum 2011). Wie Sheyla Juruna, Erwin Kräutler und weitere Aktivistinnen und Aktivisten vor Ort, aber auch deren Verbündete auf der ganzen Welt, hat Pontes den Widerstand gegen das Ungetüm am Xingu noch nicht aufgegeben.[3]

Literatur

Brum, Eliane (2011): Um procurador contra Belo Monte, 05.09.2011, online unter: http://revistaepoca.globo.com/Sociedade/noticia/2011/09/um-procurador-contra-belo-monte.html (Zugriff am 10.09.2011).

Pontes, Felício/MPF (2011): Ação Civil Públic Ambiental com Pedito de Liminar, 91329901001, De Altamira para Belém, 17.08.2011.

Gerhard Dilger (Deutschland) ist Journalist und lebt seit 1992 in Lateinamerika, derzeit in Porto Alegre, Brasilien. Er veröffentlichte unter anderem: *The Caribbean. A Crossroads of Cultures* (Hg., 1993) und *Kolumbien (*1996). Dilger ist Südamerikakorrespondent der *taz* und anderer deutschsprachiger Medien; http://gerdilger.sites.uol.com.br.

3 | Im Oktober 2011 erreichte die Protestbewegung vor Gericht einen teilweisen Baustopp von symbolischer Bedeutung. Einen Tag lang besetzten 600 Demonstranten den Bauplatz (Anm. der Hg.).

Die Geschichte stottert oder wiederholt sich

Neue Commons, neue Einhegungen

Hervé Le Crosnier

Die Geschichte der Commons spiegelt sich in der Expansion der Märkte und in der Zunahme privater Entscheidungen über Dinge, die zuvor gemeinschaftlich geregelt wurden. Die Technologien des späten 20. Jahrhunderts sind in dieser Hinsicht zweischneidig. Sie haben einerseits zu mehr Commons geführt, indem sie neue, marktferne Räume schaffen wie jenen der virtuellen Welt.[1] Auf der anderen Seite sind sie geeignet, die private Aneignung der Gemeinressourcen zu verschärfen, wie im Falle der Lebewesen und der Biosphäre. Viele haben geglaubt, mit der Ausbreitung der Informationstechnologien würde sich eine neue Kernzone der Commons etablieren. Unendlich reproduzierbar bei gegen Null gehenden Grenzkosten[2] – in diesem Licht erschien die Informationstechnologie geradezu als Inbegriff eines unveräußerlichen Gemeingutes. Die ständig fortschreitende Miniaturisierung, die Einführung neuer Infrastrukturen für die Produktion von Gütern, an denen der IT-Anteil stetig zunahm (etwa durch 3D-Printer oder programmierbare Werkzeuge), machten eine Renaissance der Commons auch in der Industriewelt denkbar. Und erschien nicht schließlich vor allem das Lebendige durch seine Fähigkeit, sich selbst zu reproduzieren,[3] lange als ultimatives Gemeingut? War es nicht allen Menschen gleichermaßen geschenkt? Boten nicht Tiere und Pflanzen die Chance zur uneingeschränkten Entdeckung bislang ungeahnter Stoffe, die dem Leben dienen könnten – von der Ernährung über Arzneimittel bis hin zur Bewahrung des ökologischen Gleichgewichts selbst?

Doch wer heute genau auf die Commons blickt und prüft, wie stark die gemeinschaftliche Organisation kollektiver Ressourcen wirklich ist und ob die beteiligten Akteure tatsächlich in gegenseitigem Einvernehmen entscheiden, der wird zahlreiche neue Bedrohungen ausmachen. Diese richten sich sowohl gegen die Gemeingüter der Biosphäre – etwa durch Genpatente, die die Hand noch nach

1 | Siehe vor allem die Beiträge von Christian Siefkes, Josh Tenenberg and Michel Bauwens in diesem Buch (Anm. der Hg.).

2 | Dieser mikroökonomische Begriff bezeichnet die Kosten, die durch die Produktion einer zusätzlichen Einheit eines Produktes entstehen (Anm. der Hg.).

3 | Vergleiche dazu die Argumentation von Roberto Verzola im Gespräch zwischen Davey, Helfrich, Höschele und Verzola über natürliche Fülle in diesem Buch (Anm. der Hg.).

der innersten Substanz des Lebendigen ausstrecken – als auch gegen die derzeit neu entstehenden Commons der Computer- und Kommunikationssphäre. Um in unserer sogenannten »Wissensgesellschaft« die Natur solcher Bedrohungen zu verstehen und geeignete Mittel des Widerstands zu identifizieren, ist es sinnvoll, sich zunächst über die wichtigsten Dimensionen dieser neuen Einhegungen klar zu werden.

Commons sind stets von Einhegung bedroht

Commons begegnen dreierlei Herausforderungen: Da sind zunächst Bedrohungen, die sich direkt gegen die Gemeinressourcen richten; dann gibt es solche, die indirekt wirken, indem sie die Gemeinschaften korrumpieren,[4] und schließlich gibt es destruktive Prozesse, die das gemeinschaftliche Handeln, also das »Commoning« selbst, unterbinden.

Zum Ersten können Gemeinressourcen schlicht der Verschmutzung oder der Übernutzung zum Opfer fallen. Sie können zudem (wie die sogenannten »Anti-Commons«)[5] unternutzt oder gar nicht genutzt werden, was gleichfalls heißt, dass sie nicht uns gemein(sam) sind. Sogenannte Trittbrettfahrer nutzen Gemeinressourcen gern, ohne einen Finger für ihren Erhalt krumm zu machen. Derart bedrohte Ressourcen existieren insbesondere in den gerade erwachenden digitalen Commons. Ein Informations-Commons wie die Wikipedia ist zum Beispiel beständig von Vandalismus bedroht – etwa durch verleumderische Artikel, Propaganda oder Tatsachenverdrehungen. Dies verlangt von der Gemeinschaft der Wikipedianerinnen und Wikipedianer fortwährende Aufmerksamkeit. Es kostet permanent eine ungeheure Energie, die Fälle aufzuspüren, nachzuvollziehen und zu korrigieren. Diese Energie wird der Gemeinschaft entzogen und steht nicht der Verbesserung der Wikipedia zur Verfügung. Ähnlich kann ein Commons der weltweiten wissenschaftlichen Forschung vergiftet werden. Von privatem Karriereehrgeiz motivierter Betrug unterminiert das Vertrauen der Allgemeinheit in die akademische Forschung. Derselbe Ehrgeiz in abgeschwächter Form kann aber auch dazu führen, dass sich die Wissenschafts-Community in hochspezialisierten Sackgassen verfängt und dadurch wichtige Forschungen vernachlässigt, die den menschlichen Bedürfnissen direkter nützen würden.

Zum Zweiten richten sich die Bedrohungen der Commons nicht direkt gegen die Ressourcen selbst, sondern zunächst gegen die Gemeinschaften, welche diese pflegen. Dabei ist das Hauptangriffsmittel oft schlicht die gewaltsame Zerschlagung der Gemeinschaften. In diesem Zusammenhang könnte man den Begriff »Petro-Gewalt« prägen. Er drückt aus, in welchem Ausmaß die Gier nach fossilen Brennstoffen die Lebensräume von Völkern zerstört, in deren Lebensräumen ausbeutbare Erdöl- und Gasreserven gefunden wurden. Durch neue und hocheffiziente Verfahren, auch noch die letzten Vorkommen aufzuspüren und diese selbst unter schwierigsten geologischen Bedingungen zu fördern – etwa im arktischen Eis oder

4 | Zum Thema der Vereinnahmung schreiben unter anderem Massimo de Angelis und David Bollier in diesem Buch (Anm. der Hg.).

5 | Siehe dazu den Beitrag von Michel Heller zur Tragödie der Anti-Commons (Anm. der Hg.).

in den Tiefen der Weltmeere – ist diese Petro-Gewalt dabei, sich gegen die globalen Commons der Lebensräume dieser Erde zu richten. Eine tragische Illustration für diesen Prozess liefert die desaströse Explosion der Ölplattform Deepwater Horizon im Sommer 2010, die nicht nur das marine Ökosystem im Golf von Mexiko, sondern mit ihm auch die von den Produkten dieser Lebensgemeinschaft abhängigen Küstenindustrien wie die Krabbenfischerei schwer geschädigt hat. Commons-Gemeinschaften können auch Opfer interner Konflikte werden, welche zunehmend dadurch entstehen, dass Akteure von außerhalb sich eine gemeinsam verwaltete Ressource teilweise aneignen. Biopiraterie kann hier als typisches Beispiel dienen. Es ist recht schwierig, eine klar umrissene »Gemeinschaft« zu bestimmen, die ein als »traditionell« bezeichnetes Wissen »besitzt« – etwa Kenntnisse über die medizinischen Wirkungen einer Pflanze. Der Austausch solcher Kenntnisse besteht seit alters her, keine Grenze hinderte die Menschen bislang daran, ihr Wissen frei weiterzugeben. Gerade deshalb bringen Versuche, in dieses Universum eine marktökonomische Auffassung von »geistigem Eigentum« einzuführen, zwangsläufig interne Konflikte mit sich.[6] Das gilt in besonderem Maße für das gegenwärtige Landgrabbing[7], in dessen Zuge Ländereien von manchen Dorfoberhäuptern an internationale Firmen oder fremde Staaten verkauft werden – zum Leidwesen der Menschen, die sie vorher gemeinsam genutzt haben. Schließlich tendieren auch Regelungen, wie sie etwa unter Vermittlung der WIPO (Weltorganisation für geistiges Eigentum) entstanden sind, dazu, ein Modell der Gewinnaufteilung (»benefit-sharing«) zu favorisieren, das zwar die »Gemeinschaften« und ihre »traditionellen Kenntnisse« berücksichtigt, aber häufig daran scheitert, dass gerade solche Entitäten sehr schwer zu definieren sind. So klassifizieren sich indigene Gemeinschaften selbst als »Völker«, ein Begriff, der bislang von den Vereinten Nationen anerkannt wird. Die Gefahr ist groß, über die in den Gemeinschaften entwickelten Formen der Repräsentation hinwegzugehen und es den Aneignern oder Privatisierern selbst, mitunter Biopiraten, zu überlassen, eine »begrenzte Gruppe« von Akteuren auszuwählen, mit der die Nutzung dieses traditionellen Wissens verhandelt werden kann.[8] Hinzu kommt, dass die oft verschwindend geringen Ausschüttungen, die von den eigentlichen »Einhegern« an die ursprünglichen Nutzer gezahlt werden, kaum gerecht verteilt werden und so Missgunst, Zweifel, Verdächtigungen und schließlich sogar gewaltsame Konflikte heraufbeschwören können.

Eine andere Form, Zwietracht von außen zu säen, besteht darin, einzelne wichtige »Mitspieler« zu kaufen und sie zu eigenmächtigem Handeln zu bewegen. Solche Spaltungsphänomene findet man sowohl in den klassischen wie in den neuen Commons, wo etwa Entwickler freier Software oder Universitätsforscher nach einem den Commons gewidmeten Karriereabschnitt in großen Firmen arbeiten, die ausschließlich proprietäre Produkte herstellen. Zu guter Letzt gibt es ganz

6 | Siehe dazu auch den Artikel von Carolina Botero und Juio C. Gaitán in diesem Buch (Anm. der Hg.).

7 | Siehe dazu den Beitrag von Liz Alden Wily in diesem Buch (Anm. der Hg.).

8 | Diese Strategie, häufig Begleiterscheinung des sogenannten »benefit-sharing«, auch im Rahmen der Internationalen Biodiversitätskonvention (CBD), führt regelmäßig zur Spaltung von Gemeinschaften, Regionen oder sozialen Bewegungen (Anm. der Hg.).

direkte Bedrohungen für die Schaffung und Pflege der Commons. Sie entstehen nicht selten dadurch, dass einer betroffenen Gemeinschaft bestimmte Gesetze aufgezwungen werden. So akzeptieren etwa die Patentanstalten der Vereinigten Staaten und Japans seit den 1980er-Jahren, dass Informatikfirmen Patente auf Software und Verfahren anmelden. Sie begrenzen damit erheblich die Fähigkeit der globalen Gemeinschaft freier Softwareentwickler, Codes, Algorithmen und Wissen untereinander auszutauschen. Immer gibt es irgendein Patent, und sei es auch noch so vage und allgemein formuliert, dass die Benutzung einer bestimmten Methode oder eines Protokolls verhindert. Eine solche Wirklichkeit macht die internen Regeln obsolet, nach denen die Gemeinschaft freier Entwickler arbeitet, wie etwa die GPL (General Public License), welche die unbeschränkte Nutzung, Veränderung und Weitergabe von Softwarecodes regelt.[9]

Drittens wird auch der Prozess des gemeinsamen Handelns selbst – das sogenannte »Commoning« – behindert, und zwar immer dann, wenn ein Gut, dass zuvor von niemandem besessen werden konnte, plötzlich handelbar wird. Die Folgen zeigen sich etwa im Massentourismus, der eine Landschaft im Handumdrehen zum Gegenstand ökonomischen Interesses macht und die freie Nutzbarkeit einschränkt. Ein anderes Beispiel: Erkenntnisse, seien sie traditionell oder durch Forschung im Labor gewonnen, können nicht mehr frei verbreitet und universell zum Nutzen der Menschheit verwendet werden, wenn die Forscher selbst oder die Forschungseinrichtungen ihre Forschungsergebnisse patentieren lassen, wenn sie also selbst die Veräußerung vorantreiben, anstatt sich darauf zu konzentrieren, sie ihren Studenten zu vermitteln oder für die Gesellschaft fruchtbar zu machen.[10]

Die Quellen der neuen Einhegungen

Die Bedrohungen der Commons kommen aus drei Richtungen: dem Recht, den technologischen Entwicklungen und den von ökonomischen Interessen geleiteten Entscheidungen. Grundsätzlich gilt: Strukturen, die die Einhegung vorantreiben, stammen von außerhalb der Gemeinschaften, wirken aber aufgrund globaler politischer Verflechtungen und multilateraler Absprachen auf diese zurück. Das war bereits bei den »Kolonialgesetzen« so, welche sich quer über die zuvor bestehenden Sozialstrukturen der unterjochten Länder legten. Heute nehmen die Regelungen zum »Geistigen Eigentum« die Rolle dieser Kolonialgesetze ein – und alle, samt aller Widersprüchlichkeiten, die der Terminus »Geistiges Eigentum« an sich schon enthält, schlagen sie direkt auf die Praxis des Commoning durch.[11]

---

9 | Für weitere Einzelheiten zur GPL siehe den Beitrag von Christian Siefkes in diesem Buch (Anm. der Hg.).

10 | Christine Godt, Christian Wagner-Ahlfs und Peter Timmermann untersuchen in ihrem Beitrag für dieses Buch ein konkretes Beispiel: die Entwicklung von Medikamenten (Anm. der Hg.).

11 | Beatriz Busaniche greift Fragen des »geistigen Eigentums« im Rahmen des internationalen Handels und der WIPO in ihrem Beitrag zu diesem Buch auf (Anm. der Hg.).

Einhegungen können sich zunächst aus dem Potential technischer Neuerungen selbst ergeben. So können Aneigner technologische Beschränkungen zum Zugriff auf eine (digitale) Ressource installieren oder deren freie Weitergabe limitieren, die zugleich so kostengünstig sind, dass sie sich universell anwenden lassen. Das herausragende Beispiel hierfür ist die Digitale Rechteverwaltung (Digital Rights Management, DRM). Wer einen digitalisierten Inhalt verbreitet, kann mittels DRM überwacht werden – und das geschieht allzu oft zum Nachteil der Allgemeinheit, wie im Falle von Bibliotheken. Außerdem kann der Inhaber der digitalen Rechte die Hardware kontrollieren, auf der sich seine Medien abspielen oder lesen lassen, und die private Weitergabe von Kopien unmöglich machen, indem er die digitalisierten Inhalte verschlüsselt. Das heißt: Heute regeln nicht mehr Gerichte oder soziale Übereinkünfte den Zugang zu bestimmten Ressourcen, sondern allein der Umstand, ob ein Nutzer im Besitz des richtigen digitalen Dechiffrier-Schlüssels ist. Der Erwerb dieses Schlüssels gibt dem Einzelnen zwar einige Nutzungsfreiheiten, bindet ihn aber zugleich für immer an den Rechteinhaber. Die neuen Fassungen der Gesetzgebung zu Autorenrechten, die in den USA und in Europa in den letzten Jahren formuliert wurden, versuchen genau diese Abhängigkeit noch zu verschärfen. Das gilt für die Urheberrechtsrichtlinie 2001/29/EG in Europa (engl. European Union Copyright Directive, EUCD) ebenso wie für den Digital Millennium Copyright Act, DMCA, in den USA.

Das Modell eines in die Ressource selbst eingesetzten Zugangsschlüssels erobert auch das Reich der Lebewesen. Biologisches Rechtemanagement findet zunächst in allen gentechnisch veränderten Organismen statt, die ein Besitzlabel tragen. Verschärft wird es durch sogenannte »GURTs« (Genetic Use Restriction Technologies) – Verfahren, welche durch technologische Eingriffe die Vitalfähigkeiten der Pflanzen so blockieren, dass diese ohne Spezialbehandlung, etwa die Ausbringung bestimmter Chemikalien auf dem Acker, gar nicht mehr funktionieren. Diese sogenannten »Terminator-Verfahren«, die das natürliche Reproduktionsvermögen (die Keimfähigkeit) von Pflanzen unterbinden, sind ein konkreter Fall von Restriktionstechnologie.

Derzeit erblicken eine ganze Reihe weiterer Verfahren das Tageslicht, die die Landwirtschaft noch stärker als bisher von bestimmten Herstellern eines entsprechend modifizierten Saatgutes und der dazu maßgeschneiderten Chemieprodukte abhängig machen. Die zunehmende Kopplung von Designersaatgut und den dazu notwendigen chemischen Startern stellt die über Jahrhunderte existierenden bäuerlichen Praktiken freier Weitergabe von Pfropflingen und Saatgut in Frage. Sie ist dazu angetan, die biologische Vielfalt der Kulturpflanzen radikal zu verringern – von einer möglichen militärischen Anwendung der agrarischen Wachstumskontrolle ganz zu schweigen.

Aber auch ganz neue Praktiken und Prozesse wirken sich zerstörerisch auf die Commons aus. Das bemerkenswerteste Beispiel dafür ist die industrielle Landwirtschaft mit den aus ihr resultierenden Notwendigkeiten einer flurbereinigten, homogenisierten Landschaft und der Produktion genormter und exakt kalibrierter Früchte und Gemüse, für die nur zertifiziertes Saatgut in Frage kommt, das wiederum den Einsatz maßgeschneiderter Chemiekomponenten erfordert. Eine solche Landwirtschaft zerstört die gewachsenen Beziehungen, in denen Dorfge-

meinschaften Saatgut tauschten und so die Biodiversität der Anbauflächen und die Anpassung der Produkte an das lokale Klima beständig pflegten und verbesserten.

Ironischerweise ziehen erfolgreiche Praktiken der Commons gerade solche Nutzertypen an, die weder die gemeinsamen Ziele noch die gemeinschaftliche Erfahrung der Commoners teilen. Solche Aus-Nutzer verwenden beispielsweise Freie Software aus reinem Konsuminteresse, eben weil diese »kostenlos« ist,[12] und verschwenden im Gegenzug keine Mühe darauf, die Gemeinschaft der Nutzer und Unterstützer zu fördern, sei es durch Austausch von Wissen oder durch finanzielle Beiträge. Auch Touristen gehören zum Kreis solcher Ver- und Ausnutzer, indem sie hinnehmen, dass durch die für sie geschaffenen Infrastrukturen in vielen Gegenden gewachsene gemeinschaftliche Strukturen zerfasern. In tropischen Küstenländern hat dieser Prozess beispielsweise zur Folge, dass an den Küsten zum Schaden lebenswichtiger Mangrovenwälder neue Hotels entstehen – und sich parallel dazu eine neue lokale Führungsschicht bildet, die durch die Einnahmen aus dem Hotelgewerbe finanziert wird. Solches Nutzungsverhalten führt in kurzer Zeit zur Zerstörung der natürlichen Gemeinressourcen. Sozial entwickelt sich in derartigen Regionen anstelle traditioneller gemeinschaftlicher Tätigkeiten schnell ein organisiertes Bettlertum, in das die ihrer früheren Versorgungstruktur beraubten schlechter gestellten Bevölkerungsschichten abdriften.

All dies ist nur ein Ausschnitt der vielfältigen neuartigen Mechanismen, die die Commons in einer technikdominierten Welt, in der die internationalen Beziehungen von tiefster Ungleichheit geprägt sind, bedrohen. Die neuen Einhegungen betreffen die natürlichen Gemeingüter genauso wie jene, die aus dem Teilen und Austauschen von Wissen und Informationen entstanden sind.

Generell gilt: Die Formen der Einhegung sind subtiler geworden. Deshalb sind sie schwerer zu erkennen. Die Technologie hat den Stacheldraht ersetzt. Aber die Logik der Zerstörung von Gemeinschaften, der Einengung kollektiver Praktiken und des Commoning, des gemeinschaftlichen Schöpfens, sind die gleichen geblieben.

Literatur

Duchatel, Julie/Gaberell, Laurent (Hg.) (2011): La propriété intellectuelle contre la biodiversité? Géopolitique de la diversité biologique, Genf.

Hervé Le Crosnier (Frankreich) unterrichtet und forscht an der Université de Caen, am Institut des Sciences de la Communication des CNRS (Paris) und unterhält einen Verlag. Er arbeitet zu den Auswirkungen des Internets auf die Gesellschaft und zu Fragen der Kultur im digitalen Raum. Er publizierte gemeinsam mit der NGO Vecam den Sammelband *Libres Savoirs, les biens communs de la connaissance:* http://cfeditions.com.

12 | Zur Philosophie der Freien Software vgl. die Beiträge von Federico Heinz und Christian Siefkes in diesem Buch. »Kostenlos« zu sein ist eben kein intendiertes Merkmal Freier Software (Anm. der Hg.).

Wer den Namen bestimmt, definiert die Verhältnisse

Jonathan Rowe

Jonathan Rowe war ein Aktivist und Denker, der sich mit Commons und Wirtschaftsfragen auseinandergesetzt hat. Er machte deutlich, dass Bezeichnungen und Redeweisen Politik begründen. Wie sollen wir die Welt benennen und klassifizieren? Welche Logiken sollen wir in unserer Redeweise anerkennen und welche marginalisieren? Rowes vielfältiges journalistisches Werk befasste sich mit den tief sitzenden Begrenzungen konventioneller ökonomischer Theorien, mit der geistigen Armut der Marktkultur und mit der Attraktivität der Commons, um eine bessere Welt denken und aufbauen zu können. Der folgende Kurzessay wurde am 7. Februar 2006 auf http://onthecommons.org (Zugriff am 06.02.2012) *veröffentlicht. Rowe verstarb unerwartet am 20. März 2011. Ein Online-Archiv seiner Arbeiten findet sich auf* http://www.jonathanrowe.org (Zugriff am 06.02.2012).

Willie Mays oder AT&T?

7. Februar 2006

Vor Elvis, vor den Beatles und lange vor Michael Jordan gab es Willie Mays. Willie war neu. Er war cool. Seine Baseballmütze war frech gebogen; die Krempe wölbte sich schwungvoll über den Schläfen. Wir brachten in unserer Jugendliga die Mützen in dieselbe Form. Bis spät in die Nacht hinein übten wir »The Catch«, seinen atemberaubenden Fang bei der World Series im Jahr 1954, als er mitten ins Zentrum des Poloplatzes rauschte.

Dort nämlich spielte Willie: auf dem Poloplatz in Harlem. Denn einst war der Baseballplatz ein Polofeld. Seinerzeit gab man den Stadien bodenständige Namen – ein Ausdruck der Verbundenheit mit dem Ort. Manchmal ging der Name auf die Familiennamen der ortsansässigen Besitzer zurück, so wie das Ebbets Field in Brooklyn und das Chicago's Wrigley Field. Manchmal ergab er sich auch aus dem Ort selbst, so wie beim Boston Fenway Park.

Aber die Namen waren immer mit dem Ort verknüpft. Du hörtest »Polofeld« und du wusstest, wo du warst. In Harlem. Über die Jahre wurde dieser Baseballplatz viermal umgelegt und umgebaut. Doch der Name blieb bestehen, weil er ausdrückte, was ein Name traditionellerweise ausdrückt – eine Verbindung zwischen Menschen und einem Ort.

Dann kamen die Giants nach San Francisco. Sie spielten im Candlestick Park, der wegen der Candlestick-Spitze in der Bucht von San Francisco[1] so hieß. Willie inmitten dieser kalten Winde statt in den lockeren heißen New Yorker Sommern – das war kaum vorstellbar. Doch niemals verlor er sein Fingerspitzengefühl und seine Fröhlichkeit; und jetzt ruht er natürlich in der Hall of Fame.

Im Jahr 2000 zogen die Giants in ein neues Baseballstadion. Es war am China Basin gelegen, ebenfalls direkt an der Bucht, aber näher an der Innenstadt und windgeschützter. Das Stadion wurde nach dem Vorbild des Camden Yards in Baltimore gebaut – ein neues Stadion, dessen Design bis ins letzte Detail einem alten nachempfunden war. Es war in jeder Hinsicht ein voller Erfolg, außer in einer: Der neue Platz trug nicht den Namen eines Ortes. Er trug den Namen eines Unternehmens: Pac Bell Platz – was ihm eher die Atmosphäre eines Bürogebäudes verlieh, als die eines Ortes, an dem man Baseballspiele ansehen würde.

Später wurde Pac Bell[2] zur SBC Corporation, der Name des Baseballplatzes änderte sich entsprechend. Danach kaufte SBC auf, was von seinem einstigen Mutterkonzern AT&T noch übrig war – der Name des Baseballplatzes änderte sich erneut. Beim Poloplatz in Harlem hingegen änderte sich zwar die Struktur, aber der Name blieb immer derselbe. In San Francisco blieb die Struktur dieselbe, aber der Name änderte sich andauernd, im Takt der entwurzelten Einfälle der Finanzwelt.

Eine Gruppe von Fans erkannte schließlich den letzten Namenswechsel als Chance – für das Team und für die Stadt, und letztendlich auch für das Unternehmen, das um öffentliche Aufmerksamkeit warb: Warum den Ort nicht einfach Willie-Mays-Platz nennen? In diesem Namen würden sowohl die »Giants« als auch »San Francisco« mitschwingen. Es würde das Herz eines jeden Baseballfans höher schlagen lassen. Das Unternehmen SBC oder AT&T, oder wie auch immer der Name sein mag, würde dann zu den »Guten« gehören, gewissermaßen ein unternehmerischer Held sein. Indem es sich mit weniger begnügte, würde es durch mehr Anerkennung und Wohlwollen einen größeren Nutzen ziehen.

Die Fans haben also eine Webseite eingerichtet, T-Shirts verkauft und eine Unterschriftenkampagne auf den Weg gebracht. In der Lokalpresse erschienen Kolumnen. Mir ist niemand bekannt, der sich gegen den Namen »Mays Field« aussprach. Gibt es eigentlich überhaupt Menschen, die möchten, dass ihr lokaler Baseballplatz den Namen eines Telekomgiganten trägt, der die Identität dieses Platzes einhegt und auch einen Zaun um unser Internet errichten will?

Die Fans boten einen Kompromiss an: Mays Field im AT&T Park. Win-win, wie man so schön sagt. Ähnlich war es in Boston mit dem Boston Garden, der zum Fleet (Bank) Centre und dann zum TD Banknorth Garden wurde. Das Mile High Stadium in Denver wurde zum Invesco Field in Mile High. So lahm solche Mischlösungen auch klingen mögen, sie erkennen immerhin an, dass Sportplätze nicht

1 | Eine Landspitze in der Bucht von San Francisco, die an einen Kerzenhalter erinnert (Anm. der Hg.).

2 | Pac Bell ist die Kurzform von Pacific Telephone and Telegraph Company, einer Firma, die seit Beginn des 20. Jahrhunderts in Kalifornien den Telekommunikationsmarkt beherrscht (Anm. der Hg.).

nur Reklameflächen für Unternehmen sind. Es sind Orte mit Geschichten – und auf diese Geschichten kommt es an.

In San Francisco war nicht einmal das möglich. Der Pac Bell Park, der zum SBC Park wurde, wurde danach zum AT&T Park. Statt an Willie zu erinnern, wie er locker aufs Feld läuft, entschieden sich die Giants dafür, das Telefonmarketing zur Abendbrotzeit in Erinnerung zu rufen.

In einer Nebenvereinbarung legten sie für die rechte Platzhälfte den Namen »Levi's Landing« fest, im Rahmen einer »strategischen Partnerschaft« mit dem Unternehmen Levi Strauss Company, das dafür über einen Zeitraum von sechs Jahren jährlich eine Million Dollar bezahlt.

Aber die Fans geben nicht auf. Den Giants mag der Park gehören und AT&T die Namensrechte, aber keinem von beiden gehören Sprache und Wörter, so wie wir sie aussprechen. Wir können den Ort nennen, wie wir wollen. Wir können ihn Willie Mays Field nennen, auch wenn ihnen das nicht gefällt. Wenn genügend von uns dies tun, dann *wird* es Willie Mays Field sein, ganz egal, was die Geldwechsler sagen.

Und damit nicht genug. Wenn wir in Boston leben, können wir über den »Garden« sprechen, und in Denver über »Mile High«. Wenn wir in Detroit wohnen, können wir den Platz der Tigers immer noch »Briggs« nennen, unabhängig von dem Unternehmensnamen, den ich mir ohnehin nicht merken kann. Was hält uns davon ab?

Etwas benennen zu können heißt, etwas definieren zu können. Wenn wir die Namen von Orten in unserer Umgebung zurückholen, beginnen wir, die Orte selbst zurückzugewinnen.

Jonathan Rowe (USA) (1946-2011) hat als Autor umfassend über Commons und die vergessene Seite der Ökonomie sowie über die Problematik der Kapitalgesellschaften geschrieben. Er war Redakteur der Zeitschrift *Washington Monthly,* Journalist beim *Christian Science Monitor* und der erste Direktor des Tomales Bay Institute, das später umbenannt wurde in *On the Commons:* http://www.onthecommons.org.

Krise, Kapital und Vereinnahmung – braucht das Kapital die Commons?

Massimo de Angelis

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist nicht einfach eine Rezession, sondern eine sozial destabilisierende Strukturkrise des Kapitalismus. Sie erfordert eine Neuordnung der Klassen- und Machtverhältnisse sowie neue Formen der Governance (der Regierungsführung bzw. der Steuerung), damit – aus Sicht des Kapitals – Wachstum und Akkumulation wieder möglich werden. Die beiden letzten tiefgreifenden Veränderungen der Governance des Kapitalismus – der Schwenk zum Keynesianismus nach dem Zweiten Weltkrieg und die Wende zum Neoliberalismus in den 1970er-Jahren – folgten jeweils heftigen sozialen Kämpfen, in deren Verlauf soziale Bewegungen alternative Gesellschaftsformen denken lernten. Aus Angst, »Ideen, die die Massen ergreifen«, könnten radikale Transformationen herbeiführen, war das Kapital plötzlich bereit, die Steuerungslogik zu ändern und einigen sozialen Forderungen nachzugeben. Es arrangierte sich mit einigen aus der Bewegung und lagerte rund um den Globus die Kosten auf andere Gruppen und die Umwelt aus. Verschiedene Teile der Gesellschaft gegeneinander auszuspielen war schon immer eine Strategie des Kapitals.[1] Aber dieses Mal liegen die Dinge komplizierter.

Meine erste These ist, dass diese Stabilitätskrise das Kapital in eine Sackgasse führt. »Sackgasse« bedeutet: dass Nachschub für weiteres Wachstum nicht mehr ausreichend geliefert werden kann, vor allem nicht aus den *Umgebungen,* in denen das kapitalistische System operiert. Das Kapital – verstanden als gesellschaftliche Kraft, die Kooperation zum Zweck der Akkumulation organisiert – ist von zwei Systemen umgeben. Einerseits sind es die sozialen Systeme, die das Leben in seinen verschiedenen Facetten auf nicht-marktförmige Weise reproduzieren. Geld zu verdienen ist hier allenfalls ein Mittel der Bedürfnisbefriedigung und nicht Selbstzweck. Wenn die gekauften Waren die Sphäre des Marktes verlassen und in den Bereich des Sozialen übergehen (Haushalte, Vereine, Netzwerke usw.), geraten sie oft in die komplexe, kulturell und politisch vielfältige Welt der Commons. Hier

1 | Zur historischen und theoretischen Diskussion der Anfänge des Keynesianismus, der auf konkreten Vereinbarungen mit Teilen der Arbeiterklasse gründete, vgl. De Angelis 2000. Zur theoretischen Auseinandersetzung mit dem Verhältnis zwischen Frühkapitalismus und sozialer Schichtung vgl. *The Commoner* Nr. 12, Frühling/Sommer 2007. Zur aktuellen Krise aus der hier dargestellten Sicht vgl. Midnight Notes Collective and Friends 2009.

geschieht die kulturelle und physische Reproduktion der Arbeitskraft, jener für das Kapital so zentralen Ware. Dieser Bereich bleibt eng an das Kapital gebunden, aber er liegt außerhalb seiner Kontrolle. Auf der anderen Seite sind es die Ökosysteme, auf die alles Leben und jegliche soziale Organisation angewiesen sind. Die Sackgasse, in die das Kapital nun geraten ist, besteht sowohl in der Zerstörung der sozialen Reproduktionssysteme durch den Rückgang von Löhnen und Sozialleistungen – in den letzten 30 Jahren ist Arbeit immer individualisierter, flexibler und prekärer geworden – als auch in der zunehmenden Unfähigkeit der Ökosysteme, den nie enden wollenden Drang des Kapitals nach immer mehr Ressourcen und Kostenauslagerung zu befriedigen.

Auswege aus dieser Sackgasse, die der Kapitallogik folgen, enden schlimmstenfalls in einer sozialen und ökologischen Katastrophe; bestenfalls verschärfen sie soziale Konflikte. Wie kann das Kapital diese Situation überwinden? Schließlich muss es auf Strategien drängen, die Wachstum (also Akkumulation) ermöglichen, damit das System überleben kann. Der systemische Wachstumszwang rührt nicht nur daher, dass der Wettbewerb, der das Kapital ständig zur Senkung und Auslagerung von Kosten zwingt, fortwährend Akkumulation erfordert. Wachstum ist auch notwendig, um die profitmaximierende Produktionsweise mit einem hierarchischen Verteilungssystem vereinbaren zu können. Wenn »alle Boote mit der Flut steigen«, gibt es weniger Notwendigkeit, sich den Fragen von Ungleichheit und Umverteilung zu stellen.

Heute jedoch führen alle dem Kapital zugänglichen Strategien für globales Wachstum nur immer tiefer in die Krise der sozialen und ökologischen Reproduktion. Sie erzeugen damit immer mehr Widerstand, selbst wenn dieser sich nicht auf einen klaren programmatischen Punkt bringen lässt. Daher ist das Kapital gezwungen, die Art und Weise der Regelung der Sozialbeziehungen selbst zu verändern oder zumindest die neoliberale Regierungsform so zu justieren, dass die Kosten der Krise nicht ausufern und dass die öffentlichen Ausgaben, die notwendig sind, um krisenbedingte Unruhen in den Griff zu kriegen, sich in Grenzen halten. In jedem Fall aber braucht das Kapital andere Vergesellschaftungsformen, um sein Programm durchzuziehen.

Das führt zu meiner zweiten These: Das Kapital braucht die Commons, oder zumindest bestimmte, domestizierte Formen davon, um aus dieser Sackgasse herauszukommen. Es braucht die Commons als Pflaster.[2] Da es nicht so aussieht, als würde der Neoliberalismus demnächst abdanken, ist es sehr wahrscheinlich, dass er auf die Commons zurückgreifen muss, um die Scherbenhaufen zu beseitigen. Und wenn es nicht genug Commons gibt, wird das Kapital irgendwie dafür sorgen müssen, dass sie entstehen.

Nun sind aber Commons auch Systeme, die genau das Gegenteil bewirken könnten: Aus ihnen könnten alternative Formen der Vermittlung sozialer Produktionsprozesse entstehen, die vom Kapital und seinen Übergriffen unabhängig sind. Tatsächlich ist es heute schwer, sich eine Emanzipation vom Kapital vorzustellen und neue Lösungen für ein »gutes Leben« oder soziale und ökologische Gerechtig-

2 | Engl.: »It needs a commons fix.« David Harvey (2007) nutzt den Begriff »fix«, um die verschiedenen kapitalistischen Strategien, mit der Krise umzugehen, zu diskutieren.

keit zu entwickeln, ohne zugleich in der Sphäre der Commons nicht-warenförmige soziale Produktion zu organisieren. Commons sind nicht nur ein »dritter Weg« jenseits der Unzulänglichkeiten von Markt und Staat; sie sind auch ein Vehikel, mit dessen Hilfe der *Anspruch auf Aneignung* der eigenen Lebens- und Reproduktionsbedingungen vorangetrieben werden kann. Die Forderungen nach mehr Demokratie, die es seit den 1970er-Jahren gibt und die nun weltweit explodieren, sind tatsächlich Forderungen der Mehrheiten, wieder demokratische Kontrolle über die Dinge zu gewinnen, die für die soziale Reproduktion notwendig sind. Zu den demokratischen Freiheiten gehören persönliches Engagement und Verantwortung. Mit Hilfe der Commons können die jeweiligen Verantwortlichkeiten und die entsprechenden sozialen Beziehungen und Produktionsweisen verhandelt werden. Das ist es, was Peter Linebaugh »Commoning« nennt.

Es gibt also genau genommen zwei Sackgassen, eine für das Kapital und eine für die Sozialen Bewegungen. Das Kapital braucht Commons, um die Krise zu überwinden, so sehr, wie die sozialen Bewegungen Widerstand leisten müssen, um sich gegen die Einhegungen der Commons durch das Kapital zu wehren, ernstzunehmende Alternativen zu entwickeln und Versuche der Vereinnahmung der Commons durch das Kapital abzuwehren. Daher ist es entscheidend, nicht nur bestehende Commons zu verteidigen, sondern auch neue zu schaffen, denn sie sind die Orte, an denen soziale Kämpfe ausgetragen werden.

In der Auseinandersetzung zwischen den beiden Logiken, nach denen in beiden Systemen Werte produziert werden,[3] entscheidet sich das Potential der Commons als soziale Kraft, die die Hegemonie des Kapitals zu überwinden in der Lage ist. Dieser Kampf um Werte wird in der Commons-Literatur noch nicht ausreichend behandelt.

Commons und Kapital als soziale Systeme

Commons wirken in sozialen Räumen, die nicht vom Kapital bestimmt sind. Das können Räume innerhalb oder außerhalb kapitalistischer Organisationen sein. Es gibt sie in Gemeinden und Vereinen, in sozialen Zentren, bei der Nachbarschaftshilfe, in indigenen Praktiken, in Haushalten, in Peer-to-Peer-Netzwerken im Internet und in religiösen Gemeinschaften. Wir finden sie aber auch in den Werkshallen der Fabriken und in den Kantinen der Bürogebäude zwischen Kollegen, die einander unterstützen, ihr Essen teilen und Formen der Solidarität und gegenseitiger Hilfe entwickeln. Commons und Commoning entstehen in den »Poren« der gesellschaftlichen Arbeit, die vom Kapital trotz immer neuer, »revolutionärer« Managementstrategien nicht kontrolliert werden können.

Praktiken des Commoning sind so lange unumstritten, wie sie in Räumen stattfinden, die nicht von kapitalistischen Praktiken besetzt sind. Es kommt also immer dann zur Konfrontation, wenn diese beiden unterschiedlichen Formen der Bewer-

3 | Der Autor bezieht sich darauf, dass in beiden Logiken gesellschaftliche Arbeit geleistet wird, die man aber unterschiedlich bewertet: einerseits danach, ob etwas Nützliches für die Gesellschaft produziert wird, andererseits danach, ob sich etwas »rechnet« und ob es verkaufbar ist (Anm. der Hg.).

tung menschlicher Tätigkeit an strukturelle Grenzen stoßen – wenn es keinen Raum mehr für das Kapital oder die Commons gibt, sich zu entwickeln, ohne sich gegenseitig ins Gehege zu kommen. Wenn dies geschieht, bietet es den Commoners Gelegenheit, gegen die Logik des Kapitals zu mobilisieren, sie können sich ihr aber auch unterwerfen, abhängig von den jeweils herrschenden Machtverhältnissen.

Dass es diese Konfrontation zwischen Commons und Kapital überhaupt gibt, liegt daran, dass Commons besondere Sozialsysteme sind. Innerhalb ihres Wirkungsbereiches besteht die *Chance*, dass die geleistete Arbeit, die Organisation und die sozialen Beziehungsmuster sich nicht einem äußeren Druck unterwerfen, sondern ihre Reproduktion autonom organisieren, indem sie von den Commoners definierten Kriterien von Gleichheit und Gerechtigkeit folgen. Ob diese Chance genutzt werden kann, hängt von den unvorhersehbaren Machtverhältnissen innerhalb der Commons ab; von der Stärke der Vernetzung zwischen den Commons und von Kräften außerhalb der Commons, wie dem Kapital. Commons eröffnen also einen *Möglichkeitsraum* im Kampf gegen das Kapital.

Natürlich ist die Organisation der kapitalistischen Produktion darauf ausgerichtet, diese Möglichkeiten soweit wie möglich einzuschränken, sowohl in den kapitalistischen Unternehmen selbst als auch im Prozess ihrer Vermittlung durch den Markt. Zum Beispiel muss sich Arbeit der Essenz der kapitalistischen Entwicklung unterwerfen: dem Profit und nicht dem, was tatsächlich zum Wohlstand oder »buen vivir«[4] beiträgt. Ob die für Produktion und Reproduktion aufgewendete Arbeit als wirtschaftlich tragbar angesehen wird, bestimmt der Profit. Das bedeutet auch: Das Streiten für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen innerhalb der kapitalistischen Logik kann durchaus positive und emanzipatorische Veränderungen für einige bringen. In dem Maße jedoch, wie diese Auseinandersetzungen in die kapitalistische Profitlogik integriert werden, verursachen die positiven Veränderungen auch höhere Reproduktionskosten für das Kapital und erhöhen damit die Notwendigkeit, diese Kosten an andere Bereiche sozialer Produktion und an die natürliche Umwelt auszulagern, wenn das Kapital als System überleben will. Die letzte Welle kapitalistischer Globalisierung ist ein anschauliches Beispiel für diese Dynamik.

Commons und Kapital

Das Verhältnis zwischen Commons und Kapital ist notwendigerweise ambivalent, denn ihre gegenseitige Abhängigkeit und die zeitgleiche Entwicklung machen es schwer, genau zu sagen, welches der beiden Systeme das jeweils andere ausnutzt. Diese Ambivalenz kann beispielhaft am Verhältnis zwischen »village commons« (der dörflichen Allmende) und dem Kapital gezeigt werden. In einer Studie vertritt der Anthropologe Claude Meillassoux die Auffassung, dass erst die Reproduktions- und Subsistenzarbeit, die in den Dorfgemeinschaften Südafrikas (meist durch Frauen) erledigt wird, die Mobilität der männlichen Arbeiter für Ernteeinsätze oder andere Arten von Lohnarbeit ermöglicht. Diese Leistung der Dorfgemeinschaften reduziert die Reproduktionskosten für die männliche Arbeitskraft, weil die Kapi-

4 | Vergleiche dazu das Gespräch mit Gustavo Soto Santiesteban in diesem Buch (Anm. der Hg.).

talisten, die sie beschäftigen, weder für ihre berufliche Bildung aufkommen noch für irgendeine andere Form sozialer Absicherung gegen Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Alter (Meillassoux 1981: 110f). Meillassoux hat auch den ambivalenten Charakter der heutigen Dorfgemeinschaften erkannt. Ist das subsistenzsichernde Commons zu »unproduktiv«, verringert sich der Wert der »freien Gabe« Arbeitskraft; ist es aber zu »produktiv«, werden weniger Arbeiter ihre Dörfer verlassen, wodurch die Löhne steigen (Caffentzis 2004). In anderen Worten, das Verhältnis zwischen Commons und Kapital ist eine Beziehung zwischen zwei autopoietischen sozialen Produktionssystemen, die – bis zur gegenseitigen Blockade – ineinandergreifen und deren jeweilige Stoffkreisläufe durch die interne Dynamik beider Systeme reguliert werden.

Auf Grund dieser Ambivalenz im Verhältnis zwischen Commons und Kapital kann die Machtfrage von entscheidender Bedeutung sein (Macht wird hier bezogen auf den Zugang zu Ressourcen und die Ausrichtung der Commons gegenüber dem Kapital). Wegen der sozialen Unwägbarkeiten dieses permanenten Konflikts kann die Antwort auf die Frage, ob ein Commons vereinnahmt wird oder nicht, keine ideologische sein. Nur im jeweiligen Kontext und unter Berücksichtigung der jeweiligen Größenordnung kann beurteilt werden, ob Vereinnahmung geschieht. Viele würden zum Beispiel behaupten, dass es ein klarer Fall von Vereinnahmung ist, wenn Commons den Markt nutzen, um einige ihrer Bedürfnisse zu befriedigen, während es tatsächlich in einer bestimmten Situation eine Überlebensstrategie und eine Bedingung für die Reproduktion von Commons sein kann.[5]

Eine wichtige Bestimmungsgröße dafür, in welche Richtung das Pendel ausschlägt, ist die Lohnrate, sowohl in ihrer individuellen als auch sozialen Komponente. Eine niedrigere Lohnrate nimmt, neben anderen Dingen, den Menschen Zeit und Ressourcen, sich am Commoning zu beteiligen.

Vereinnahmung von Commons

Die zunehmende Abhängigkeit des Kapitals von den Commons hemmt keineswegs sein Verlangen, sie einzuhegen. Das zeigt sich zum Beispiel am Landkauf in großem Maßstab, dem »landgrabbing«.[6] Wahrscheinlicher ist, dass das Kapital zusätzlich zur Einhegung versuchen wird, Commons als Lösung für viele soziale Probleme, die durch die Krise entstanden sind, zu nutzen. Wahrscheinlich ist auch, dass es versucht, sie zu vereinnahmen, weil Commons eine Bedrohung für die Managementstrategien des Kapitals darstellen. Einhegung und Vereinnahmung scheinen zwei sich ergänzende Elemente der neuen Strategie zu sein.

Das wird an den Entwicklungsprogrammen der Weltbank für den globalen Süden deutlich. Seit Jahren weist die Weltbank darauf hin, wie wichtig einige Elemente des Commoning sind, wie etwa gemeinsame Ressourcennutzung, die Partizipation der betroffenen Gemeinschaften und der Aufbau von Vertrauen als Sozialkapital. Während Gemeinschaften Kreditvereine gründen können, um ihre Ersparnisse zusammenzulegen und in einer Art »Geld-Commons« über ihre Ver-

5 | Siehe dazu auch den Beitrag von Philippe Aigrain in diesem Buch (Anm. der Hg.).

6 | Vgl. den Beitrag von Liz Alden Wily in diesem Buch (Anm. der Hg.).

teilung selbst zu entscheiden (Podlashuc 2009),[7] beziehen sich Entwicklungsorganisationen auf dieselben Prinzipien, um die Menschen an Banken und Mikrokredit-Institutionen zu binden und damit ihre Abhängigkeit vom globalen Markt zu vergrößern. Dadurch werden Beziehungen der Solidarität und Kooperation, die gemeinschaftlich aufgebaut wurden, zu Instrumenten gegenseitiger Kontrolle und Einschüchterung, um Marktinteressen zu dienen (Karim 2008).

In Großbritannien hat eine Regierungskoalition aus Konservativen und Liberaldemokraten seit 2010 massive Kürzungen der öffentlichen Ausgaben vorgenommen. Nun preist sie als Antwort auf soziale Unruhen die Vision einer »Big Society« an, die auf die Ermächtigung der lokalen Gemeinschaften setzt. Die neoliberale Agenda wird weiterverfolgt, als ob es die Krise gar nicht gäbe, obwohl die herrschende Klasse die sozialen und ökologischen Probleme, die aus der Krise entstehen, klar erkennt. Anders als Margaret Thatcher in den 1980ern, die meinte, dass es so etwas wie Gesellschaft gar nicht gäbe, will der konservative Premierminister Cameron sie in eine »Große Gesellschaft« verwandeln. Er verfolgt damit die gleiche Strategie der Beteiligung der Zivilgesellschaft, die bereits die Labour-Regierung in England und die Regierungen der USA und Kanadas angewendet haben (De Filippis et al. 2010: Kap. 4). Wenn es nach Cameron geht, müssen die Regierungen »die öffentlichen Dienstleistungen dringend für neue Anbieter wie Wohltätigkeitsvereine, soziale Unternehmen und private Firmen öffnen, damit es mehr Innovation und Vielfalt gibt und besser auf öffentliche Bedürfnisse reagiert werden kann« und damit »peppige Gemeinschaften« entstehen.[8]

Dabei ist es wichtig zu verstehen, dass es nicht nur um finanzielle Ressourcen geht, sondern um Ressourcen, die in fragmentierten und zersplitterten Gemeinschaften schlummern und durch eine Art Commoning wieder belebt werden müssen. Menschen sollen ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen, in dem sie etwa Diabetiker, alte Leute oder marginalisierte Jugendliche in Selbsthilfegruppen zusammenbringen.[9]

Die Idee, Gemeinschaften zu mobilisieren, um in ihrer Nachbarschaft für Ordnung zu sorgen, ist natürlich nicht neu. Was aber in Diskursen wie jenem der »Big Society« neu aufscheint, ist die Verpflichtung, tiefgreifende Veränderungen schneller durchzusetzen, aber soziale Innovationen brauchen bekanntlich ihre Zeit.

Ein anderer Diskurs des Kapitals, um die Commons für die eigenen Interessen zu nutzen, ist das Konzept der »nachhaltigen Communitys«, ein Begriff, der in der Stadtplanung oder von Designern verwendet wird, wenn neue Finanzdistrikte, Einkaufszentren oder riesige Veranstaltungsorte (wie für die Olympischen Spiele)

---

7 | Siehe dazu auch den Beitrag von Thomas H. Greco in diesem Buch (Anm. der Hg.).

8 | Der Autor bezieht sich hier auf die Wortwahl von Premierminister Cameron, als er die Kampagne für eine Big Society Mitte 2010 bekanntgab. Siehe zum Beispiel: http://www.guardian.co.uk/politics/2010/jul/19/david-cameron-big-society-launch (Zugriff am 22.12.2011) (Anm. der Hg.).

9 | In Großbritannien geht dieser Ansatz auf Arbeiten sozialer Entrepreneurs wie Hilary Cottam und Charles Ledbeater von http://www.participle.net (Zugriff am 13.12.2011) zurück.

geplant werden. Die Grundidee ist, dass »nachhaltige Gemeinschaften auf eigenen Füßen stehen und sich den permanent ändernden Anforderungen des modernen Lebens anpassen können« (SC 2003). In anderen Worten, sie gehen angesichts der fortlaufenden Anpassungsleistungen, die ihnen die erbarmungslose Dynamik der Weltwirtschaft abverlangen, nicht in die Knie. Aber diese Vision – mit den Schwerpunkten (Weiter-)Bildung, Umweltschutz, neue Regierungsformen, Partizipation und natürlich Nachhaltigkeit – ist ein Widerspruch in sich. Es ist eine Vision, in der Gemeinschaften nie müde werden dürfen, mit anderen Gemeinschaften irgendwo auf der Welt zu konkurrieren, um die Brüche und Ungleichheiten in der Einkommens- und Vermögensverteilung aufzufangen, die durch die Konkurrenz auf dem Weltmarkt entstehen. Dadurch wird Commoning an einen Prozess gebunden, der Konkurrenz und Zwietracht sät, um das ganze Spiel am Laufen zu halten. Die widersprüchliche Situation, in der wir leben, scheint für das Kapital der Schlüssel zum Überleben (De Angelis 2007b).

In allen genannten Fällen wird Commoning zu etwas, das einem Zweck außerhalb des Commons selbst dient. Das Ziel ist nicht, Alternativen zum kapitalistischen System zu entwickeln, sondern einen bestimmten Bereich innerhalb des Systems – eine Region oder eine Stadt – wettbewerbsfähiger zu machen und gleichzeitig irgendwie die Probleme der Reproduktion in den Griff zu bekommen. Aber es ist ermutigend, zu wissen, dass Commons auch Teil eines anderen historischen Entwicklungsweges sein können – trotz der Strategie des Kapitals, Commons für die Lösung der von ihm verursachten Probleme zu nutzen (die es selbst niemals lösen könnte).

Fazit

Während des italienischen Faschismus schrieb Antonio Gramsci im Gefängnis einen vielzitierten Satz: »Die alte Welt liegt im Sterben, die neue ist noch nicht geboren: Es ist die Zeit der Monster« (Gramsci 1971). Ein Monster ist eine Märchen- oder Sagenfigur, in der sich Tier und Mensch verbinden. Faschismus und Nationalsozialismus waren eine Ausprägung solcher Monster, der Stalinismus eine andere. Es ist gut möglich, dass heute aus der Verbindung zwischen dem Kapitalismus – einem System, das in seinem unendlichen Akkumulationsdrang keine Grenzen kennt – und einem (sozialen) System, das Grenzen anerkennen muss, weil es nur innerhalb dieser Grenzen Leben, Sorge und Nachhaltigkeit herstellen kann, wieder ein monströses Gebilde hervorgeht. Oder auch nicht.

Vieles wird von uns abhängen. Ob die Zukunft eine Vereinnahmung der Commons oder eine Emanzipation durch Commons bringt, ist offen. Es wird von politischen Prozessen abhängen, die erst noch entstehen. Eine kritische Analyse des Kapitalismus ist dabei notwendig; aber sie ist nicht ausreichend. Die Keimform jener sozialen Kraft, die in der Lage ist, das Leben zu erhalten und zu reproduzieren (oder die, je nach Machtverhältnissen, auch scheitern kann) und die in demselben Prozess das Kapital abschafft, bezeichnen wir heute als Commons. Mit Keimform meine ich jene allgemeine soziale Form, aus der eine Bewegung entstehen *kann*. Sie ist die Bedingung *sine qua non*, ohne die es nicht möglich ist, die verschiedenen Zellen zu einem neuen sozialen Gewebe ohne Unterdrückung, Ausbeutung und Ungerechtigkeit zu verflechten.

Commons sind Keimzellen, in denen durch soziale Kooperation »Macht zu …« entsteht – die *einzige* Basis, die es Menschen ermöglicht, ihre Macht um das n-fache zu vervielfältigen – wenn sie grenzüberschreitende Netzwerke von Commons schaffen und sich der »Macht des Kapitals über« die Commons entgegenstellen. Damit »Macht zu …« wirkmächtig wird, sind mindestens zwei Dinge zu beachten:

Erstens sollten wir Commons nicht romantisieren. Bestehende Commons können verzerrt, repressiv oder emanzipatorisch sein. Wenn wir uns in das System eines Commons begeben, merken wir sofort, wo es den Werten, Überzeugungen und Bräuchen widerspricht, die wir selbst hochhalten. Zu häufig aber entscheiden wir uns, ein spezifisches Commons danach zu beurteilen, wie sich dessen Werte zu unseren eigenen verhalten. Einige Aktivisten versuchen zum Beispiel, Gemeinschaften aufgrund politischer Nähe oder aufgrund gemeinsamer religiöser Überzeugungen zu bilden. Aber Commons, die auf Identitäten gründen, ziehen eine klare Grenze. Diese Grenze verhindert, dass sie größer werden, *solange* das Außen die Werte des Innen nicht akzeptiert. Nur »Bekehrung« lässt diese Commons gedeihen – angesichts der Herausforderung, inmitten der Krise eine Alternative zum Kapitalismus entwickeln zu müssen, ist das ein denkbar ungeeigneter Mechanismus. Ich habe engagierte radikale Gruppen kennengelernt, die sich geweigert haben, im sozialen Bereich mit den Menschen in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft zusammenzuarbeiten, weil es kulturelle Prägungen gab, die für die Aktivisten inakzeptabel waren. Anstatt nun einen Prozess anzustoßen, in dem diese kulturellen Unterschiede bearbeitet werden könnten, wird die klare Abgrenzung in das Commons eingeschrieben, was sowohl zu seinem Inseldasein als auch zu seiner Verwundbarkeit beiträgt. Identitätspolitik wird hier zum Hindernis für die Entwicklung neuer emanzipatorischer Identitäten durch Commoning.

Zweitens kann dem Kapital nur in dem Maße etwas entgegengesetzt werden, wie Commons im Allgemeinen und sozial produktive Commons (Commons, die das tägliche Leben reproduzieren) im Besonderen als wichtige Quelle von »Macht zu …« entwickelt werden können (Federici 2011). Wir brauchen solche Commons sozialer Reproduktion, um grundlegende Elemente des eigenen Lebens sicherzustellen: Gesundheit, Nahrung, Wasser, Bildung, Wohnraum, Pflege, Energie. Mehr von ihnen zu haben ist strategisch entscheidend, wenn wir emanzipatorische Alternativen entwickeln wollen.

Commons sozialer Reproduktion müssen die Grundbedürfnisse der Menschen befriedigen und sie durch Zugang zu alternativen Subsistenzmitteln ermächtigen, die Forderungen des Kapitals zurückzuweisen.

Literatur

Caffentzis, George (2004): »A Tale of Two Conferences. Globalization, the Crisis of Neoliberalism and Question of the Commons«, in: *The Commoner,* online unter: http://www.commoner.org.uk/?p=96 (Zugriff am 13.10.2011).

De Angelis, Massimo (2000): Keynesianism, Social Conflict and Political Economy, London.

De Angelis, Massimo (2007a): The Beginning of History. Value Struggles and Global Capital, London.

De Angelis, Massimo (2007b): »Oxymoronic Creatures Along the River Thames: Reflections on ›Sustainable Communities‹, Neoliberal Governance and Capital's Globalisation«, in: *The Commoner*, online unter: http://www.commoner.org.uk/?p=38 (Zugriff am 13.10.2011).

De Filippis, James/Fisher, Roger/Shragge, Eric (2010): Contesting Communities. The Limits and Potential of Local Organizing, London.

Federici, Silvia (2011): »Feminism and the Politics of the Commons«, in: *The Commoner*, online unter: http://www.commoner.org.uk/?p=113 (Zugriff am 13.10.2011).

Gramsci, Antonio (1971): Selection from The Prison Notebooks, New York.

Harvey, David (2007): The Limits to Capital, London.

Karim, Lamia (2008): »Demystifying Micro-Credit: The Grameen Bank, NGOs, and Neoliberalism in Bangladesh«, in: *Cultural Dynamics*, 20(1), S. 5-29.

Meillassoux, Claude (1981): Maidens, Meal and Money: Capitalism and the Domestic Community, Cambridge.

Midnight Notes Collective and Friends (2009): From Crisis to Commons, online unter: http://www.midnightnotes.org/Promissory %20Notes.pdf (Zugriff am 13.10.2011).

Podlashuc, Leo (2009): »Saving Women: Saving the Commons«, in: Eco-Sufficiency and Global Justice, Hg: Ariel Salleh, London.

SC (2003): Sustainable Communities. Building for the Future, London, online unter: http://www.communities.gov.uk/documents/communities/pdf/146289.pdf (Zugriff am 09.11.2011).

Massimo de Angelis (Italien) ist Professor für Politische Ökonomie an der University of East London. Er ist Autor von *The Beginning of History: Value Struggles and Global Capital* sowie Herausgeber des Webjournals *The Commoner;* http://www.commoner.org.uk.

Hoffnung von unten

Das besondere Prinzip des Zusammenlebens in Oaxaca

Gustavo Esteva

Von Juni bis Oktober 2006 gab es in Oaxaca de Juárez, einer Stadt mit 600.000 Einwohnern, keine Polizei, nicht einmal Verkehrspolizisten. Der Gouverneur der Provinz traf sich mit seinen Funktionären heimlich in Hotels oder Privatwohnungen; in ihre Büros wagten sie sich nicht. Die Asamblea Popular de los Pueblos de Oaxaca (APPO), die Volksversammlung der Völker Oaxacas, hatte alle öffentlichen Gebäude sowie Rundfunk- und Fernsehstationen rund um die Uhr bewacht. Als der Gouverneur veranlasste, diese Wachen in den Nachtstunden anzugreifen, errichteten die Menschen Straßenbarrikaden.

Einige Beobachter dieser Ereignisse fühlten sich an die Pariser Kommune von 1871 erinnert, und so war mitunter von der Kommune Oaxacas die Rede. Die Analogie ist zwar einleuchtend, vielleicht aber auch etwas gewagt, sieht man einmal von der Reaktion ab, die beide Volksaufstände in den jeweiligen Zentren der Macht auslösten. Wie die europäischen Armeen, die die Pariser Kommune niederschlugen, schlug die von Armee und Marine unterstützte mexikanische Bundespolizei PFP (Policia Federal Preventiva) den Aufstand vom 25. November 2006 gewaltsam nieder. Natürlich konnten sie sich dabei nicht der Methoden des 19. Jahrhunderts bedienen, doch angesichts der massiven Menschenrechtsverletzungen kann das Vorgehen der Polizei nur als Staatsterrorismus bezeichnet werden.

Die APPO bleibt ein Rätsel, selbst für diejenigen, die ihr angehörten. Aus einer breiten Rebellion gegen einen tyrannischen Gouverneur entstand allmählich ein gesellschaftliches Experiment, das im Bundesstaat Oaxaca mit seinen 3,9 Millionen Einwohnern die Regierungsformen der indigenen Bevölkerung, die die Mehrheit der Menschen stellen, einführen wollte. Die brutale Niederschlagung des Aufstands bewirkte zwar eine Unterbrechung dieses Experiments, nicht aber dessen Ende. Es setzte sich in anderer Form in den Gemeinden und Stadtvierteln fort, überall dort, wo die Menschen auch weiter ihre politische Autonomie ausübten.

Nach wie vor prägt das gemeinschaftliche Zusammenleben die meisten der 13.000 Gemeinden in Oaxaca, ein Zusammenleben, in dem das Hauptgewicht auf den gemeinschaftlichen Verpflichtungen, nicht auf den individuellen Rechten liegt. Keine wichtige Entscheidung kann ohne die ausdrückliche Zustimmung der Gemeindeversammlung getroffen werden, in der alle Familien beteiligt sind, einen Konsens herzustellen. Einige Ungleichheiten werden auf einfache Weise ausge-

glichen. Kommt etwa jemand, der in den USA gearbeitet hat, mit vielen Dollars zurück, wird er als guter »mayordomo«[1] die meisten davon auf der nächsten Fiesta ausgeben und sich dafür Ansehen in der Gemeinde erwerben. Jede Familie rechnet fest mit der Hilfe der Nachbarn. Viele Häuser werden in Nachbarschaftshilfe errichtet, ein Prinzip, das auch beim Feldbau und bei den Erntearbeiten Anwendung findet. Gerechtigkeit heißt, dass eine Straftat Trost und Entschädigung für das Opfer erfordert und nicht unbedingt die Bestrafung des Täters. Und dies wird durch die Weisheit der Gemeinschaft ermöglicht, nicht durch Gerichtsverhandlungen, Anwälte oder Gefängnisse. In den meisten Gemeinden ist jedes Ich immer noch ein Wir.

Der von zwei indigenen Intellektuellen aus Oaxaca geprägte Begriff der »comunalidad« könnte die Vitalität und Komplexität dieser Prozesse erklären helfen. »Comunalidad« kann übersetzt werden als Commonalität. Der Begriff ergibt sich aus der Nebeneinanderstellung von Commons und Gemeinwesen und bezeichnet doch etwas Neues. »Comunalidad« definiert sowohl eine Reihe von Praktiken, die aus der kreativen Anpassung widerständischer Traditionen gegen den alten und neuen Kolonialismus entstanden sind, wie auch einen mentalen Raum oder Horizont, der verstehen lässt, wie man die Welt als ein Wir sieht und erfährt. Grundlage und eigentlicher Kern der »comunalidad« ist 1) das gemeinsame Territorium, auf dem 2) Autorität eine rein organisatorische Funktion erfüllt, die mit 3) gemeinschaftlicher Arbeit und 4) Festen beginnt und die Realität durch 5) eine vernakuläre Sprache[2] erzeugt.

Da sind die abgestuften »cargos«, ehrenamtliche Gemeinschaftsdienste, an denen man schon sehr früh im Leben beteiligt wird. Die »tequios«, unbezahlte Gemeinschaftsarbeiten, die von jeder Familie geleistet, in den Gemeindeversammlungen festgelegt und von den örtlichen Autoritäten organisiert werden. Sie decken in den indigenen Gemeinden über die Hälfte der öffentlichen Arbeiten ab. Da ist die »guelaguetza«, ein komplexes System der Reziprozität, des Gebens und Nehmens, in dem gegenseitige Hilfe sowie der materielle, symbolische und emotionale Austausch eine Rolle spielen, insbesondere in den Schlüsselmomenten des Lebens, in denen sowohl gemeinschaftlicher Besitz wie auch persönliche Freiheit als ethische Prinzipien der »comunalidad« geprägt werden. »Guelaguetza« ist aber auch ein normativer Rahmen, der die wechselseitige Abhängigkeit der Menschen verwebt, der neue Beziehungen erschafft – zwischen ihnen, den Göttern und den Toten – und so das gemeinschaftliche Territorium immer wieder neu begründet. In

1 | Hier im Sinne von: eine Person, die sich um den Schutz des Hauses, des Habes, der Familie und der Gemeinschaft kümmert (Anm. der Hg.).

2 | In Ivan Illichs Neudefiniton bezeichnet der Begriff »vernakulär« »Aktivitäten von Menschen, wenn sie nicht durch den Kaufgedanken motiviert sind, also autonome, nicht mit dem Markt verbundene Handlungen, um die alltäglichen Bedürfnisse zu befriedigen – Handlungen, die aufgrund ihrer Natur der bürokratischen Kontrolle entgehen […].« Und weiter: »Der radikale Wechsel von der vernakulären zur beigebrachten Sprache ist ein Menetekel des Wechsels von der Brust zur Flasche, von der Subsistenz zur Sozialhilfe, von der Produktion für die Nutzung zur Produktion für die Vermarktung […]« (Illich 1981: 44, 58).

der »guelaguetza« sind das Geben und das Nehmen manchmal aneinander gebunden, um das Prinzip der wechselseitigen Verpflichtung zwischen zwei Personen oder Familien zu stärken; allgemein aber impliziert Reziprozität eine Haltung des offenen Gebens an andere und an die Gemeinschaft, getragen von dem Vertrauen, dass die anderen und die Gemeinschaft einem helfen, wenn man der Hilfe bedarf.

Das alles und mehr ist »comunalidad«, die trotz des von der Kirche, der spanischen Krone, dem mexikanischen Staat, der Marktwirtschaft und durch die Migration in die USA propagierten Individualismus in den meisten indigenen Gemeinden auch heute noch sehr lebendig ist. Die Kommune Oaxacas war ein gesellschaftliches Experiment mit dem Ziel, diesen Geist der Gemeinschaftlichkeit auf den ganzen Bundesstaat zu übertragen.

Das Land vor »Entwicklung« schützen

Diese Art des gemeinschaftlichen Lebens, die in jeder Gemeinde in Oaxaca eigene Züge trägt, hat in jüngster Zeit eine neue politische Dimension gewonnen. Wie in vielen anderen Teilen Lateinamerikas ist der Kampf um die Verteidigung des Territoriums neu und anders entbrannt.[3] Die Menschen bringen ihr Wissen und ihren Widerstand zur Verteidigung ihrer Ressourcen zusammen, sie widersetzen sich »Entwicklungsprojekten« und drücken stärker ihre eigenen Vorstellungen dessen aus, was ein gutes Leben bedeutet.

Einige kämpfen nach wie vor für den Zugang zu Gütern und Dienstleistungen, die für ein Lebensideal stehen, das einerseits den zeitgenössischen Entwicklungsbegriff prägte und andererseits zur Verlagerung einer einst traditionellen gesellschaftlichen Funktion auf die Regierungen, Unternehmen und Medien führte: zu definieren, was gutes Leben ausmacht. Staatliche Leistungen (der Bau von Straßen, Schulen und Gesundheitszentren, die Schaffung von Arbeitsplätzen usw.) werden nach wie vor als Grundvoraussetzung für die Beteiligung am sozialen Leben oder als Rechte wahrgenommen, die nicht aufgegeben werden dürfen. Legt man aber die verschiedenen Definitionen des guten Lebens zugrunde, das in Lateinamerika häufig als »Buen Vivir« bezeichnet wird,[4] zeigt sich, dass sich immer mehr Praktiken ausbreiten, die diese Institutionen und Bedingungen quasi »umgehen«. In der Krise gewinnen sie an Sichtbarkeit, bieten kreative Überlebensmöglichkeiten in schweren Zeiten an und widersetzen sich erfolgreich den Megaprojekten, die in den Regionen gefördert werden.[5]

In vielerlei Weise drücken die Menschen durch ihre Praxis souverän einen kollektiven Willen aus, der ganz offen die Befugnisse der Regierungen herausfordert – was gemeinhin als Autonomiebestrebung vorverurteilt wird. Sie ist von den indigenen Völkern insbesondere nach dem Aufstand der Zapatisten 1994 aktua-

3 | Siehe dazu unter anderem die Beiträge von Dirk Löhr, César Padilla und Liz Alden Wily in diesem Buch (Anm. der Hg.).

4 | Vgl. das Gespräch zwischen Gustavo Soto Santiesteban und Silke Helfrich über das Konzept des Buen Vivir in diesem Buch (Anm. der Hg.).

5 | Vgl. auch die Beiträge von Gerhard Dilger (zu Brasilien) und von Vinod Raina (insbesondere zu Indien) in diesem Buch (Anm. der Hg.).

lisiert und neu formuliert worden, umfasst zunehmend auch andere gesellschaftliche Gruppen und hat de facto neue Institutionen hervorgebracht: Immer mehr Menschen kontrollieren ihr Territorium und regieren sich selbst auf ihre je eigene Weise (Esteva 2010). Mit unter 10 Prozent sind die Indígenas in vielen Gebieten Mexikos eine Minderheit. Doch in ländlichen Regionen – wie in Oaxaca – stellen sie bis zu 85 Prozent der Bevölkerung. Auch in den einfachen Großstadtvierteln sind sie stark vertreten.

Der Kampf um Autonomie

Bis 1993 erschien die neoliberale Globalisierung als unentrinnbare Realität. Was Politiker und Wissenschaftler anboten, waren verschiedene Variationen eines offenkundig allen Menschen drohenden Schicksals. Echte Alternativen gab es nicht. Erst die Zapatisten zeigten sie auf. Tatsächlich manifestiert sich der Kampf um Autonomie vieler Initiativen und Bewegungen Lateinamerikas am ehesten in dem, was die Zapatisten auf den 250.000 Hektar Land geschaffen haben, das sie seit 1994 im an Guatemala angrenzenden mexikanischen Bundesstaat Chiapas kontrollieren. Sie begannen dort ein gesellschaftliches Experiment, das kein eindeutiges Vorbild kennt. Trotz größter Beschränkungen und nach 17 Jahren eigensinniger Zurückweisung jeglicher öffentlicher Mittel und trotz der Belagerung durch 30.000 Soldaten sowie unaufhörlicher Angriffe paramilitärischer Gruppen zeigen ihre radikalen sozialen Innovationen eine mögliche Form des Lebens in einer postkapitalistischen Welt (Esteva 1998, 2005).

Zapatistische Familien gestalten ihr Zusammenleben auf ihre eigene Weise. Sie nutzen traditionelle Praktiken und moderne Werkzeuge, um Grundnahrungsmittel, Kaffee und andere Produkte anzubauen, die sie im fairen oder solidarischen Handel verkaufen. Ihre Kinder gehen auf kostenlose »Schulen«, die auf gemeinschaftlichen Konzeptionen basieren und für die Gemeinschaft wichtige Themen – wie das ihrer eigenen Geschichte – aufgreifen. Sie nutzen traditionelle Heilverfahren, ergänzt durch eigene moderne Kliniken, wo sie Zugang zu anderen Heilmitteln und -verfahren haben. Sie errichten ihre eigenen Häuser und öffentliche Gebäude mit lokalen Baumaterialien und nach den lokalen Traditionen, angereichert durch Ideen aus anderen Teilen der Welt.

Eine der traditionellen Selbstverwaltung in den Gemeinden und Gemeinschaften Oaxacas vergleichbare Selbstverwaltung gibt es in Chiapas auch auf regionaler Ebene, und zwar in Form der »Juntas de Buen Gobierno« (Räte der Guten Regierung): Gewöhnliche Männer und Frauen, manche davon noch sehr jung, üben zeitlich befristet die ranghöchste Autorität für mehrere autonome Gemeinden und Gemeinschaften aus.

Im zapatistischen Territorium ist Land keine Ware, sondern ein Raum der Verantwortung. Land zu besitzen ist nicht gleichbedeutend mit seiner Aneignung oder dem Innehaben eines Eigentumstitels. Denn eine kosmozentrische Einstellung gegenüber der Natur schließt die Möglichkeit aus, sich Land zum Eigentum zu machen. Innerhalb des gemeinschaftlichen Territoriums wird das Land ohne Gewährung privater Eigentumstitel, aber unter Anerkennung verlässlicher familiärer Nutzungsrechte an die Commoners verteilt.

Die Menschen delegieren ihre Macht nicht an Repräsentanten, sondern die lokalen Gremien regieren gehorchend (»mandar obedeciendo«, sie führen also, dem Mehrheitswillen gehorchend, die kollektiv getroffenen Entscheidungen und Beschlüsse aus). Sie sind demnach keine hauptamtlichen Politiker oder Bürokraten, sondern gewöhnliche Männer und Frauen, die temporär regieren und dafür mit klaren Mandaten und Verantwortlichkeiten ausgestattet sind. Und sie können jederzeit ersetzt werden. So verschwindet der Abstand zwischen den Regierenden und den Regierten. Gerechtigkeit bezieht sich nicht auf die Durchsetzung formeller Regeln, die den Experten überantwortet wird, sondern sie wird praktisch ausgeübt, wofür ein schriftlich nicht fixiertes normatives System die Grundlage liefert. Es beruht auf der Vitalität sich verändernder Gebräuche und auf dem direkten Gespräch miteinander.

Der Kampf der Zapatisten um Autonomie kombiniert die Freiheit der Selbstbestimmung mit dem ernsthaften Versuch, durch interkulturellen Dialog neue Wege der politischen und kulturellen Gemeinschaftlichkeit mit anderen zu erkunden. Diese Haltung des radikalen Pluralismus erfordert auf der Suche nach einer harmonischen Koexistenz verschiedener Völker und Kulturen auch einen rechtlichen und politischen Pluralismus, der nur schlecht mit dem Konstrukt des Nationalstaates und der repräsentativen Demokratie zusammengeht.

Radikale Demokratie zapatistischer Prägung meint »Demokratie in ihrer grundsätzlichen Form, Demokratie in ihrer ursprünglichen Form [...]. [Sie] schafft Macht nicht ab; sie sagt, dass die Menschen sie haben sollen, dass die Macht ihre Freiheit sein wird [...]. Radikale Demokratie heißt, dass die Menschen im öffentlichen Raum versammelt sind, in dem weder der große paternalistische Leviathan noch die große maternalistische Gesellschaft über ihnen steht, sondern allein der leere Himmel – dass die Menschen die Macht des Leviathan wieder zu ihrer eigenen machen, frei sind zu reden, zu entscheiden, zu handeln« (Lummis 1996: 25-29). Allein dadurch, dass es sie und ihre selbstorganisierte Verwaltung – entgegen aller Erwartungen – noch immer gibt, stellen die Zapatisten sowohl die dominanten Regierungsformen in Frage wie auch die Überzeugung, dass die Menschen sich nicht selbst regieren können und immer jemanden brauchen, der sie regiert. Während Mexiko im wahrsten Sinne des Wortes auseinanderfällt,[6] während es re-

6 | Das US-Außenministerium hat Mexiko während der Entstehungszeit dieses Buches gemeinsam mit dem Kongo und Pakistan als »gescheiterten Staat« eingestuft. Die Kategorie ist zwar unpräzise; Tatsache aber ist, dass die mexikanische Regierung große Teile des Landes nicht kontrollieren kann. Es ist zusehends schwierig, zwischen der Welt der staatlichen Institutionen und der Welt des organisierten Verbrechens, zwischen der Welt des Legalen und des Illegalen zu unterscheiden. Allein in den letzten vier Jahren (seit 2007) hat der »Krieg« gegen das organisierte Verbrechen in Mexiko direkt oder indirekt 50.000 Menschenleben gefordert. Zehntausend Personen sind spurlos verschwunden, und 250.000 wurden aus ihrer Heimat vertrieben. Für die in der Öffentlichkeit sehr präsente »Bewegung für einen Frieden in Gerechtigkeit und Würde« (Movimiento por la Paz con Justicia y Dignidad) ist es prinzipiell falsch, ein Problem der öffentlichen Gesundheit mit militärischen Mitteln anzugehen, insbesondere angesichts der Korruption in den schwachen staatlichen Institutionen (einschließlich der Armee). Nach mehreren Jahrzehnten neoliberaler Politik

gelrecht von der Mafia in Wirtschaft und Politik zerlegt wird, versuchen die Zapatisten die Gesellschaft von unten zu reorganisieren. Sie legen großen Wert auf die Würde und Kreativität in der täglichen »Arbeit«, die sie in ein freies und lebendiges Tätigsein verwandeln wollen, frei von den Entfremdungen, die uns in den kapitalistischen Gesellschaften aufgezwungen werden. Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist es zwar unmöglich, solche Alternativen voll zu entfalten, aber es gibt Fortschritte. Ausgangspunkt ist die eigene Würde, das einzige, was ihnen geblieben ist.

Man kann die Zapatisten als eine Gemeinschaft von Lernenden sehen. Das Lernen steht im Zentrum ihres politischen Projekts. »Fragend schreiten wir voran« (»Preguntando caminamos«) heißt das Prinzip, das sie beständig anwenden – jenseits der Zwangsjacke irgendwelcher Ideologien oder Parteistrukturen. Es beinhaltet eine radikale Öffnung für den Austausch mit anderen sowie kontinuierliche Reflexion. Es beinhaltet die Entscheidung, das eigene Tun immer wieder neu zu überprüfen. All dies als Gruppe zu tun bedeutet, »in der Geschwindigkeit zu gehen, die der Langsamste vorgibt«, um aus ihrem Weg, ihren Ideen und ihren Praktiken ein wirklich gemeinsames Projekt zu machen. Als Ausdruck ihres Lernprozesses formulieren die Zapatisten eine eigene politische und erkenntnistheoretische Interpretation der Realität, was mit der Wiederaneignung der Sprache beginnt und die Befreiung von Kategorien verlangt, die ihnen in 500 Jahren des Kolonialismus aufgezwängt worden sind.

Die Zapatisten verändern auch die Art und Weise, Veränderungen zu erreichen. Der Veränderungsprozess selbst, nicht nur dessen Resultat, sollte sich nach dem richten, was erreicht werden soll. Die Trennung zwischen Mitteln und Zweck wird aufgehoben. Wenn die Maxime lautet, dass die Menschen selbst über ihr Schicksal bestimmen, sollten sie selbst die Protagonisten der Veränderung sein – und nicht irgendeine Elite, ein Vorreiter, eine Partei oder eine Struktur.

Der Kampf um Autonomie bezieht sich auch auf die Suche nach einer neuen Form der gesellschaftlichen Organisation. Die Zapatisten haben kein Vorbild erschaffen, und es wäre absurd, das, was sie gegen massive Widerstände zuwege brachten, an irgendeinem Ideal zu messen. Sie beweisen aber, dass eine postkapitalistische Gesellschaftsordnung machbar ist. Das macht sie zu einer Quelle der Inspiration für all die Unzufriedenen, Rebellen und Träumer auf der Welt, die nach Belegen dafür suchen, dass ihre Träume eines grundlegenden gesellschaftlichen Umbaus realisierbar sind.

---

haben acht Millionen junge Mexikaner weder einen Studien- noch einen Arbeitsplatz. Über die Hälfte aller Mexikanerinnen und Mexikaner lebt unterhalb der Armutsgrenze. Gleichzeitig ist der reichste Mensch der Welt ein Mexikaner. Und während das Land in einem blutigen Bürgerkrieg versinkt, investieren er und viele andere Mexikaner, die auf der *Fortune*-Liste der reichsten Menschen der Erde stehen, ihre Gelder im Ausland.

Archipel der Konvivialität

Es ist an der Zeit, die Ära des *Homo oeconomicus*[7] hinter uns zu lassen; sie hinterlässt uns einen ruinierten Planeten. Mit ihr geben wir auch eine Wirtschaftsform auf – sei sie nun kapitalistisch oder sozialistisch –, die auf der Prämisse der Knappheit beruht.[8] Wir geben zudem das Konzept des Nationalstaates samt seines Gewaltmonopols auf, das zum Fluch der modernen Gesellschaft geworden ist. Und wir überwinden die formelle Demokratie, ohne in neue Formen des Autoritarismus zu verfallen. Die neue Gesellschaft, die von unten, von den Graswurzeln her, entsteht, zeichnet einen neuen politischen Horizont. André Gorz nennt ihn »Archipel der Konvivialität«: eine Gesellschaft, deren Grundbaustein nicht das Individuum ist, sondern das Commons.

Es gibt keinen Begriff, der die Vielfalt der gesellschaftlichen Kämpfe in Lateinamerika, in denen auf lokaler Ebene versucht wird, anders zu leben und zu regieren, voll erfassen könnte. So wie Commons ein Oberbegriff für sehr unterschiedliche Formen der gesellschaftlichen Existenz ist, lässt sich auch die immense Reichhaltigkeit gesellschaftlicher Organisationsformen, die dort existieren oder im Entstehen begriffen sind, nicht auf eine formale Kategorie reduzieren.[9] Sie alle, ob auf präkolumbianischen Traditionen basierend oder moderne Neuschöpfungen, liegen jenseits der Schwelle des Privaten und können gleichwohl nicht als öffentliche Räume oder gemeinschaftliche Spielwiesen definiert werden. Es geht auch nicht um spezifische Formen des Grundeigentums. Vielmehr ist die Art und Weise, wie Dinge getan werden, wie über sie gesprochen wird und wie sie gelebt werden, Ausdruck von kulturellen Traditionen und Innovation zugleich. Ihre genauen Grenzen (ihre Konturen und Radien) wie auch ihre internen Strukturen (ihre Zwangsjacken) sind noch unzureichend erforscht, doch sie gewinnen zusehends an Bedeutung und reichen über den herkömmlichen Entwicklungsbegriff hinaus.

Die Revolution, die ich hier zu illustrieren versuche, wurde von Menschen in Gang gesetzt, die ihre Lebensweise gegen Kolonialisten und Modernisierer verteidigen. Jetzt wird diese Revolution neu belebt und auf die gegenwärtigen Umstände angepasst. In diesem Prozess der Einhegung derer, die einhegen, verbünden sie sich mit denjenigen, die alternative Lebensweisen entwickeln und das Wasser, die Luft, die Wälder und die Natur zu schützen versuchen – wie Ivan Illich es vor 30 Jahren vorhersagte (Illich 1982). Gemeinsamen erschaffen sie eine Welt, in die viele Welten passen.

---

7 | Zum Werden des *Homo oeconomicus* siehe den Beitrag von Friederike Habermann in diesem Buch (Anm. der Hg.).

8 | Im Kontext der Diskussionen um die Commons gibt es derzeit eine rege Auseinandersetzung über die sich widerstreitenden Konzepte von Fülle und Knappheit. Siehe dazu das Gespräch zwischen Davey, Helfrich, Höschele und Verzola in diesem Buch (Anm. der Hg.).

9 | Der spanische »Ejido« (das Land am Ausgang der Dörfer, das im 16. Jahrhundert von den Dorfbewohnern gemeinsam genutzt wurde), ist weder identisch mit der englischen Allmende noch mit den präkolumbianischen Gemeinschaftsordnungen, dem modernen mexikanischen Ejido-System oder den sich herausbildenden neuen Commons.

Literatur

Esteva, Gustavo (1998): »The Revolution of the New Commons«, in: Cook, Curtis/Lindau, Juan D.: Aboriginal Rights and Self-Government, Montreal.
Esteva, Gustavo (2005): Celebration of Zapatismo, Oaxaca.
Esteva, Gustavo (2010): »From the Bottom-up: New Institutional Arrangements in Latin America«, in: *Development*, 53/1, März 2010, S. 64-69.
Illich, Ivan (1981): Shadow Work, Boston und London.
Illich, Ivan (1982): Gender, New York.
Lummis, Douglas (1996): Radical Democracy, Ithaca und London.

Gustavo Esteva (Mexiko) bezeichnet sich als »entprofessionalisierten« Intellektuellen. Er ist Autor zahlreicher Bücher und Aufsätze und schreibt als Kolumnist für die Tageszeitung *La Jornada* in Mexiko sowie für *The Guardian.* Er hat sich aktiv an den Kämpfen der Indigenen, Kleinbauern und urbanen Marginalisierten zur Wiederaneignung der Commons beteiligt und kooperiert mit der Universidad de la Tierra in Oaxaca, die er mitbegründet hat.

Neue Deutsche Rohstoffstrategie – eine moderne »Enclosure of the Commons«?

Lili Fuhr

Lithium und Kobalt zur Herstellung von Autobatterien; Titan, Chrom und Palladium zur Meerwasserentsalzung; Ruthenium und Selen für die Photovoltaik; Seltene Erden[1] für Handys und Laptops – die europäische Industrie ist für die Entwicklung und Nutzung vieler Zukunftstechnologien auf die Nutzung von Mineralien angewiesen, die zu einem Großteil importiert werden müssen. Was vor wenigen Jahren noch kein Thema war, steht plötzlich ganz oben auf der politischen Tagesordnung: die langfristig gesicherte Versorgung mit sogenannten »kritischen« Rohstoffen. Hierzu hat die Deutsche Bundesregierung im Oktober 2010 eine Rohstoffstrategie beschlossen. Auch die Europäische Kommission präsentierte im Februar 2011 eine Neufassung ihrer Rohstoffstrategie von 2008. Beide Strategien sollen über die Handels- und Investitionspolitik[2] und insbesondere mit außenhandelspolitischen Instrumenten dazu beitragen, die europäische bzw. deutsche Industrie zuverlässig mit wichtigen mineralischen Rohstoffen zu versorgen. Diese Rohstoffe sind wie alle natürlichen Ressourcen zunächst Gemeinressourcen. Deshalb stellt sich auch hier die klassische Gemeingüterfrage: Wie gehen wir so damit um, dass das, was geteilt werden muss, für alle sinnvoll und fair genutzt wird, ohne anderen zu schaden?

Wie ist nun die neue deutsche Rohstoffstrategie vor dem Hintergrund dieser Frage zu bewerten?

Die Auseinandersetzung um die Verfügbarkeit mineralischer Rohstoffe hat sich erst in jüngster Zeit zugespitzt: Ohne das wachsende Interesse an Kommunikationstechnologien und Erneuerbaren Energien würden viele dieser Rohstoffe schlicht im Boden bleiben. Hinzu kommt, dass die verstärkte Förderung nicht nur

1 | »Seltene Erden« kürzt die korrektere Bezeichnung »Metalle der Seltenen Erden« ab. Zu den Seltenen Erden gehören Cer, Yttrium, Neodym und viele mehr. Zwar kommen sie in der Erdkruste recht häufig vor, allerdings nur stark verstreut oder anderen Metallen beigemischt. Tatsächlich selten sind also größere Lagerstätten. Ein Großteil der industriellen Gewinnung von Seltenerdmetallen geschieht daher durch die chemische Aufbereitung bei der Gewinnung stärker konzentriert vorliegender Metalle – mit entsprechenden Folgen für die Umwelt (Anm. der Hg.).

2 | Vergleiche dazu den Beitrag von Beatriz Busaniche in diesem Buch (Anm. der Hg.).

die Frage nach der Verteilung dieser Mineralien aufwirft, sondern ganz systematisch zu zusätzlichen Nutzungskonflikten bei anderen Gemeinressourcen führt. Schließlich greift die Gewinnung seltener Mineralien erheblich in Landnutzung und Bodenstrukturen, Wasserhaushalt und Waldbewirtschaftung ein. Die gemeinschaftliche Nutzung dieser Ressourcen jedoch liegt in der Regel im Interesse der lokalen Bevölkerung. Die zunehmende Ausbeutung mineralischer Bodenschätze macht eine commons-gemäße Nutzung derselben oft unmöglich. Die negativen Auswirkungen des Rohstoffabbaus in Entwicklungsländern[3] mit schwachen Institutionen sind unter den Begriffen »Fluch der Ressourcen« und »Paradox of Plenty« vielfältig belegt. Dabei werden Gemeindeland und -wälder, die eigentlich Einnahme- oder Nahrungsquelle für die Armen sind, intensiv ausgebeutet. Einige Rohstoffe werden sogar für Technologien eingesetzt, deren Sinnhaftigkeit an sich hinterfragt werden kann: militärische Technologien zum Beispiel.

Zahlreiche Firmen sind durch Explorationsgeschäfte oder den Handel mit Rohstoffen direkt oder indirekt an Menschenrechtsverletzungen, Umweltzerstörungen und Konfliktgeschehen beteiligt. So wurde etwa die Deutsche Firma H.C. Starck beschuldigt, mit dem Handel von Coltan den Bürgerkrieg in der Demokratischen Republik Kongo indirekt mitfinanziert zu haben. In ihrer neuen Rohstoffstrategie »unterstreicht« die Bundesregierung die Menschenrechte, und sie »tritt verstärkt dafür ein«, dass ökologische und soziale Standards beachtet werden. Dennoch unternimmt sie keine konsequenten Anstrengungen, diese verbindlich in ihre Instrumente der Außenwirtschaftsförderung (Garantien für ungebundene Finanzkredite, Investitionsgarantien, Hermes-Bürgschaften[4]) aufzunehmen oder den börsennotierten deutschen Unternehmen verbindliche Auflagen zu machen. Es können also auch künftig Garantien und Bürgschaften für ökologisch und menschenrechtlich fragwürdige Investitionen der deutschen Wirtschaft vergeben

3 | Vergleiche dazu beispielsweise den Beitrag von Cesar Padilla in diesem Buch (Anm. der Hg.).

4 | Hermesbürgschaften sind staatliche Sicherungsgarantieren für risikoreiche Exportgeschäfte. Zahlt der ausländische Abnehmer nicht, springt der deutsche Staat ein. In der Umsetzung ist seit über 60 Jahren die Euler Hermes Kreditversicherungs-AG federführend, weshalb sich die Begriffe »Hermesdeckungen« oder »Hermesbürgschaften« etabliert haben. Solche Ausfuhrversicherungen können für förderungswürdige Exportgeschäfte bei vertretbarem wirtschaftlich-politischem Risiko gewährt werden. Als förderungswürdig gelten nicht selten große Staudämme oder Atomanlagen. Allein zwischen Oktober 2009 (nach dem Regierungswechsel in Deutschland) und August 2010 wurden nach Angaben von Umweltschützern staatliche Garantien für Lieferungen zu zehn Atomanlagen in China, Frankreich, Japan, Südkorea, Litauen, Russland und Slowenien prinzipiell übernommen. Nach Angaben des Außenwirtschaftsportals der deutschen Bundesregierung, http://ixpos.de (Zugriff am 25.11.2011), wurden im Bundeshaushalt für die Absicherung privater Exportgeschäfte bis zu 135 Milliarden Euro eingeplant. Zu Ausgaben führen diese Bürgschaften aber nur, wenn der betreffende Kunde nicht zahlt. Ziel des Instruments ist die Sicherung von Arbeitsplätzen in Deutschland. Vergleichbare Exportkreditversicherungsanstalten (ECA) und -instrumente gibt es auch in anderen europäischen Ländern (Anm. der Hg.).

werden. Menschenrechtsverletzungen, die Beschneidung traditioneller Nutzungsrechte indigener Gemeinschaften, die Vertreibung von Siedlerinnen und Siedlern aus künftigen Abbaugebieten sowie die allgemeine Zerstörung von Lebens- und Einkommensgrundlagen können somit nicht auf verbindlicher Rechtsgrundlage verfolgt oder gar geahndet werden.

Rohstoffreiche Entwicklungsländer nutzen vielfach handelspolitische Maßnahmen wie Exportzölle oder Importvergünstigungen, um – je nach politischer Wetterlage – ihre Wirtschaft zu schützen, die staatlichen Einnahmen zu stabilisieren, eine aktive Industrialisierungspolitik durchzuführen oder negative Umweltauswirkungen einzudämmen. Anders liegt der Fall in China. Das Land kontrolliert 97 Prozent der Weltmarktproduktion an Seltenen Erden und setzt exportregulierende Maßnahmen ein, um politischen Druck auf seine Handelspartner auszuüben. Damit stellt China letztlich auch die gegenwärtige internationale Arbeitsteilung in Frage. Bundesregierung und EU beklagen dies – oft unterschiedslos – als Verstoß gegen die Regeln des Freihandels und warnen vor Einbußen und Jobverlusten in Deutschland, womit sie ein Totschlagargument bemühen, das die Aussichten auf Proteste der deutschen Bevölkerung minimiert. Nur den ärmsten Entwicklungsländern werden Ausnahmen eingeräumt. Die EU droht diesen jedoch mitunter mit einem Ausschluss aus dem Allgemeinen Präferenzsystem[5], das ihnen bevorzugten Marktzugang gewährt.

Die in der deutschen und europäischen Rohstoffstrategie befürwortete Fortschreibung liberaler Handelspolitik behindert somit systematisch die Möglichkeit eines nachhaltigen und fairen Rohstoffmanagements im Interesse der Bevölkerungen rohstoffreicher Länder und letztlich in unser aller Interesse.

Die Themen Recycling, Substitution und Ressourceneffizienz kommen in beiden Strategiepapieren nur am Rande vor. Unsere Ressourcenkonsummuster werden ebenso wenig hinterfragt wie die stets steigende Nachfrage nach Rohstoffen weltweit. Im Gegenteil: Da die Bundesregierung die Lage auf den internationalen Rohstoffmärkten für »sehr kritisch« hält, strebt sie an, deutsche Unternehmen darin zu unterstützen, vermehrt selbst in das Explorationsgeschäft einzusteigen. Zwar findet Erwähnung, dass bei »diesen Projekten [...] auch der Schutz von Klima, Boden, Wasser, Luft und biologischer Vielfalt zu berücksichtigen« ist (BMWi 2010: 11), doch verbindliche Schutzklauseln für Menschenrechte und Umwelt sowie soziale Kriterien sucht man vergeblich.

Die Entfaltungsmöglichkeiten der Commons geraten also aus rohstoffpolitischer Sicht von mehreren Seiten unter Druck:

Zum Einen übernimmt in vielen rohstoffreichen Entwicklungsländern der Staat die Verfügungsgewalt über das Management lokaler natürlicher Ressourcen. Er tut dies oft ohne Abwägung der damit verbundenen sozialen und ökologischen Konsequenzen. Die Verträge zwischen Regierungen und multinationalen Konzernen sind überwiegend so gestaltet, dass nur geringe Mittel in die Staatskassen

5 | In ihrer Gemeinsamen Handelspolitik begrenzt und steuert die EU unerwünschte Importe aus Drittländern unter anderem durch Zölle. Ärmeren Entwicklungsländern jedoch werden Zollvergünstigungen und Ausnahmen gewährt, um ihre wirtschaftliche Entwicklung zu unterstützen.

fließen und damit nicht für Gemeinwohlinteressen zur Verfügung stehen. Zwar ist es vielen Entwicklungsländern in den letzten Jahren gelungen, deutlich vorteilhaftere Verträge abzuschließen und somit ihre Rohstoffe zu höheren Preisen auf dem Weltmarkt zu verkaufen, doch auch dies garantiert weder Nachhaltigkeit noch soziale Teilhabe. Die oben erwähnten Konflikte zwischen dem gemeinschaftlichen Anspruch auf Land, Boden und Wasser einerseits und der nationalstaatlich verwalteten Verfügung über die Bodenschätze andererseits bleiben ohnehin bestehen. Die Verlierer dieser Konflikte sind oft die lokalen Gemeinschaften, wovon der vorliegende Band eindrücklich berichtet.

Zum Anderen zielen die Rohstoffstrategien der Bundesregierung und der EU vornehmlich auf den Zugriff zu solchen Rohstoffen, auf denen – im Wortsinn – andere sitzen. Dies lässt die Interessen der lokalen Bevölkerungen in den Hintergrund treten.

Entgegen eigener Verpflichtungen zur Kohärenz zwischen Entwicklungs-, (Außen-)Handels- und Investitionspolitik werden die Anstrengungen zur Armutsbekämpfung oder Klimastabilisierung auf diese Weise konterkariert und Optionen für selbstbestimmte und auf Commons gegründete Entwicklungspfade schwinden.

Literatur

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) (2010): Rohstoffstrategie der Bundesregierung, Berlin, online unter: http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Service/publikationen,did=365186.html (Zugriff am 06.02.2012).

Lili Fuhr (Deutschland) leitet das Referat Internationale Umweltpolitik in der Zentrale der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin. Ihr Schwerpunkt liegt auf internationaler Klima- und Ressourcenpolitik.

Die Zerstörung von Commons durch den Naturschutz

Ana de Ita

Es erscheint paradox: Während weltweit immer mehr unternommen wird, um Regionen mit hoher Artenvielfalt zu schützen, wächst bei indigenen Völkern und in vielen Gemeinden der Widerstand gegen die Einrichtung von Naturschutzgebieten.[1] Allerdings steht manche Maßnahme der Naturschutzpolitik schlichtweg den Rechten der indigenen Völker entgegen. Dabei ist in vielen Regionen die biologische Vielfalt nur deshalb noch so groß, weil indigene Völker sie stets geschützt und gepflegt haben.

Die Hälfte des mexikanischen Landes zum Beispiel, etwa 106 Millionen Hektar, befindet sich heute im Besitz von »Ejidos«[2] und sogenannten Agrargemeinschaften (»Comunidades Agrarias«). Es ist die Heimat von Kleinbauern und indigenen Völkern. Obwohl der Naturschutzgedanke mit indigenen Konzepten durchaus in vielen Punkten übereinstimmt, sind viele Naturschutzgebiete inzwischen zur Bedrohung für die Autonomie und die Selbstbestimmung der bisherigen Besitzer geworden.

Naturschutzgebiete werden auf der Grundlage gesetzlicher Verordnungen, die auf allen Regierungsebenen erlassen werden können, eingerichtet. Sie sind von öffentlichem Interesse, was nach Artikel 27 Absatz VI der mexikanischen Verfassung auch Enteignungen nach sich ziehen kann. In den Schutzgebieten werden die Rechte der Besitzerinnen und Besitzer des Landes den gesetzlichen Bestimmungen für das Schutzgebiet, dem Verwaltungsplan sowie der Raumordnung untergeordnet. Zudem genießen die Besitzerinnen und Besitzer, die von der Nutzung dieser Flächen abhängen, keinerlei Privileg gegenüber anderen sozialen Gruppen, weil sie lediglich als eine von mehreren Interessengruppen angesehen werden. Sie

1 | Die Áreas Naturales Protegidas (ANP) werden hier durchgängig als Naturschutzgebiete bezeichnet. Sie entsprechen den hiesigen Naturparkkonzepten (Anm. der Hg.).

2 | Ein »Ejido« bezeichnet den gemeinsamen Grundbesitz an Wald- oder Weideland verbunden mit gemeinschaftlichen sowie individuellen Nutzungsrechten (Parzellen). Im kolonialen Lateinamerika wurden durch das Ejido die Rechts- und Schuldverhältnisse zwischen der spanischen Krone, den lokalen Stellvertretern und den Indigenen geregelt. Die mexikanische Verfassung von 1917 wertete mit Artikel 27 die Ejidos erheblich auf. Unter Staatspräsident Lázaro Cárdenas (1934-1940) wurden ca. 18 Millionen Hektar Land neu aufgeteilt und an *Ejidatarios* zur unbefristeten Nutzung übertragen (Anm. der Hg.).

haben kein Vetorecht und selbst das Recht auf vorherige informierte Zustimmung für die Angelegenheiten, die ihre Territorien betreffen, ist nicht gewährleistet. Und als sei dies nicht genug, hat in den Naturschutzgebieten nicht einmal der Naturschutz Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen. Eingriffe, die die Umwelt stark belasten, wie die Förderung von Erdöl oder der Abbau von Mineralien sind ebenso wenig untersagt wie die Ausbeutung von Wasservorkommen oder anderer Ressourcen durch Marktteilnehmer. Es wird lediglich gefordert, dass diese Aktivitäten »das ökologische Gleichgewicht nicht stören«.

Staatliche Behörden und internationale Naturschutzorganisationen wie Conservation International, der World Wildlife Fund oder The Nature Conservancy und selbst Privatunternehmen wie Coca Cola, Bierproduzenten, Hotels und viele andere entziehen damit den Vollversammlungen der Ejidos und den Mitgliedern der Agrargemeinschaften die Kontrolle und Entscheidungsmacht über das Territorium und die Ressourcennutzung, weswegen es bei der Einrichtung von Schutzgebieten zunehmend zu sozialen Konflikten kommt.

Bis 2010 verwaltete die Nationale Kommission für Naturschutzgebiete CONANP (Comisión Nacional de Áreas Naturales Protegidas) 174 Schutzgebiete auf einer Fläche von 25,4 Millionen Hektar. Laut einer Studie der Weltbank liegen 95 Prozent dieser Gebiete auf von Ejidos oder Agrargemeinschaften genutzten Territorien. Mindestens 71 Naturschutzgebiete befinden sich auf dem Land von 36 indigenen Völkern. Mindestens 60 der insgesamt 152 für den Naturschutz als vorrangig erachteten Regionen mit einer Gesamtfläche von 51,6 Millionen Hektar überschneiden sich mit indigenen Territorien.

Ende der 1980er-Jahre leisteten die »Ejidos« und Agrargemeinschaften gegen die Bestrebungen der Regierung, weitere Naturschutzgebiete einzurichten, zunehmend Widerstand, weshalb ihnen die Ausweisung sogenannter freiwilliger Schutzzonen vorgeschlagen wurde. In 15 der 31 Bundesstaaten gibt es inzwischen 177 freiwillige Schutzgebiete auf einer Fläche von insgesamt 208.000 Hektar. Mindestens neun indigene Völker sind an diesen Schutzgebieten beteiligt. Die Mehrzahl dieser freiwilligen Schutzgebiete (79) befindet sich im südmexikanischen Bundesstaat Oaxaca. Im Jahr 2008 wurde dann das Allgemeine Gesetz zum Ökologischen Gleichgewicht und Schutz der Umwelt LGEEPA (Ley General del Equilibrio Ecológico y Protección al Ambiente) geändert. Das Bundesgesetz wies nun die freiwilligen Schutzgebiete als zusätzliche Unterkategorie der Naturschutzgebiete aus und erklärte sie entsprechend zu Gebieten im öffentlichen Interesse unter der Zuständigkeit der Bundesbehörden. Was in den Naturschutzgebieten erlaubt war, wurde nun auch in den freiwilligen Schutzzonen durchgesetzt – etwa der Zugriff externer Akteure, denen so Entscheidungsgewalt über die Gemeinressourcen gewährt wird.

Es entbrannten heftige Konflikte zwischen den Gemeinden und der CONANP, denn nun standen sich in den Regionen zwei Naturschutzmodelle und zwei Governance-Modelle gegenüber. Einerseits ein Naturschutz, der von den Gemeinschaften selbst getragen wird und dessen Regularien in Vollversammlungen beschlossen werden, die auf dem Konsensprinzip beruhen; andererseits ein Naturschutz, der von außen durchgesetzt wird, in dem Bestreben, die Kontrolle über die das Territorium betreffenden Entscheidungen zu gewinnen.

Als die Gemeinschaften daraufhin versuchten, die von ihnen getroffenen Vereinbarungen zu den freiwilligen Schutzgebieten aufzukündigen, stellten sie fest, dass die vertraglich vereinbarten Laufzeiten verbindlich sind und sie entweder auf das Auslaufen der Verträge warten oder eine Studie finanzieren mussten, die ihre Ablehnung rechtfertigte.

Vertreterinnen und Vertreter verschiedener indigener Völker der Kuna, Kichwa, Kayampi, Q'eqchi aus Livingstone, Bene Gulash und der Nu Savi haben 2010 im Vorfeld der 10. Gipfelkonferenz der UN-Konvention zur Biologischen Vielfalt im japanischen Nagoya und der 16. UN-Klimakonferenz im mexikanischen Cancún die sogenannte »Erklärung von Heredia« veröffentlicht. Darin fordern sie, Naturschutzgebiete nicht mehr in indigenen Territorien einzurichten, die bereits existierenden Schutzgebiete aufzuheben und die entsprechenden Ländereien an die vertriebenen Gemeinden und Völker zurückgegeben: »Keine Regierung und keine Umweltpolitik kann über unseren Rechten auf das Territorium stehen, so wie sie in der Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation und in der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der Indigenen Völker verbrieft sind.«

Doch in der Realität scheint die Einrichtung von Naturschutzgebieten zu einem neuen Instrument der Kolonialisierung zu werden, das anscheinend auf der Annahme beruht, indigene und gemeinschaftlich genutzte Territorien lägen brach und seien menschenleer.

Der Beitrag beruht auf einem Artikel der Autorin, der am 15. Januar 2011 unter dem Titel »Ley de baldíos: áreas naturales protegidas en territorio indígena« in der mexikanischen Tageszeitung La Jornada *erschien.*

Literatur

Allgemeines Gesetz zum Ökologischen Gleichgewicht und Schutz der Umwelt LGEEPA, Art. 59, geändert im Mai 2008.

Erklärung von Heredia (2010): Erklärung zur Verteidigung der Mutter Erde und gegen die Umweltpolitik, Heredia, Costa Rica, 24. September 2010.

Weltbank (2001): Diagnósticos sociales y planes de desarrollo de pueblos indígenas en las ANP, Mexiko.

Ana de Ita (Mexiko) ist mexikanische Aktivistin für die kleinbäuerliche Kultur und Wirtschaft sowie indigene Autonomie. Sie forscht am Centro de Estudios para el Cambio en el Campo Mexicano (Ceccam), das sie mitbegründet hat, und trägt mit anderen das Netzwerk zur Verteidigung des Mais, das sich gegen den Anbau genmanipulierten Saatguts richtet. Sie ist Anwärterin auf den Doktortitel der Fakultät für Politik- und Sozialwissenschaften der Universidad Nacional Autónoma von Mexiko.

Geistige Eigentumsrechte und Freihandelsabkommen

Eine unendliche Geschichte

Beatriz Busaniche

Man stelle sich eine Gruppe transnationaler Unternehmen vor, die über Monopole in der Pharmaindustrie, der Informations- und Kommunikationsindustrie und der Unterhaltungsbranche verfügt. Diese Gruppe konzentriert nun ihre Lobbyaktivitäten darauf, die Regierungen der Industrieländer dieser Welt zu bewegen, den Entwicklungsländern die »Harmonisierung« des globalen Systems der intellektuellen Eigentumsrechte aufzuzwingen. Genau das geschah in den 1990er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Damals gelang es den USA, der Europäischen Union und Japan, die verschiedenen Aspekte der »Geistigen Eigentumsrechte« in die Handelsagenda aufzunehmen. Mit der Unterzeichnung des Abkommens über handelsbezogene Aspekte der Rechte am Geistigen Eigentum (TRIPS) wurden Mindeststandards für die weltweite Durchsetzung dieser Eigentumsrechte gesetzt. Zudem wurde ein Konfliktlösungsmechanismus eingeführt, der die Anwendung und Einhaltung dieser Standards garantieren soll.

Eigentlich überrascht es, dass auch die Entwicklungsländer der Aufnahme des Themas der Rechte an Geistigem Eigentum in die WTO-Verträge zugestimmt haben, statt dies in der WIPO, der Weltorganisation für Geistiges Eigentum, zu behandeln. Das hängt damit zusammen, dass die WTO mit einem Streitschlichtungsverfahren ausgestattet ist, welches ermöglicht, gegen Staaten, die sich nicht an die vereinbarten Regeln halten, Sanktionen oder Strafmaßnahmen durchzusetzen.

Angesichts der spärlichen Verhandlungsfortschritte in der 2001 begonnenen sogenannten DOHA-Runde der WTO und wegen des Widerstands der Entwicklungsländer bei Themen wie Patente und Öffentliche Gesundheit[1] gingen die Industrieländer zu der Strategie über, zwei unterschiedliche Vertragstypen voranzutreiben: die Investitionsschutzabkommen einerseits und die Freihandelsabkommen andererseits. Darüber wurde der sogenannte TRIPS-Plus-Prozess in Gang gesetzt. Als TRIPS-Plus bezeichnet man Klauseln, die den Geltungsbereich

1 | Tatsächlich war das wichtigste Ergebnis der Doha-Runde die »Doha-Erklärung über Geistige Eigentumsrechte und Öffentliche Gesundheit«, die die Mitgliedsstaaten dazu ermutigt, sich auf die Ausnahmeregelungen von TRIPS zu beziehen, um den Zugang zu Medikamenten zu verbessern.

und die Dauer der Rechte Geistigen Eigentums ausweiten und Rechtskonstrukte einführen, die es in TRIPS noch nicht gab. Die Ausnahmeregelungen und die Flexibilität, die TRIPS noch bietet, werden durch TRIPS-Plus minimiert.

Die Europäische Union und die USA sind in der Unterzeichnung von Freihandelsverträgen besonders aktiv. Bis 2011 hat die USA 17 rechtskräftige Abkommen unter Dach und Fach gekriegt, einige davon mit Ländergruppen. Die Europäische Union hat Verträge mit Chile, Mexiko, Korea sowie Südafrika und verhandelt unter anderem mit Indien, den ASEAN-Staaten und dem Mercosur. In diesen Verträgen gibt es Kapitel zum Geistigen Eigentum, die TRIPS-Plus-Klauseln enthalten. In dem 2011 zwischen der EU und Korea unterzeichneten Vertrag stehen beispielsweise folgende Vereinbarungen:

- Die Dauer der Patente auf Medikamente[2] beträgt bei TRIPS 20 Jahre. Nun sind weitere 5 Jahre vorgesehen, um die Patentinhaber für die Zeit zu entschädigen, die zur Beschaffung von Versuchsdaten für die Vermarktung eines Medikamentes in einem bestimmten Territorium notwendig ist. Das Monopol wurde somit auf 25 Jahre ausgeweitet.
- Mit dem exklusiven Schutz dieser Versuchsdaten für Medikamente und Pestizide wurde eine neue Figur eingeführt, die in TRIPS nicht existierte und sogar explizit aus den TRIPS-Verhandlungen herausgehalten wurde. Diese Figur zum Schutz von Versuchsdaten behindert den Markteintritt von Generika. (Nach dem Europäischen Generikaverband EGA sind Generika solche Medikamente, die Markenprodukten wirkstoffgleich und therapeutisch äquivalent sind; sie unterliegen den gleichen Wirksamkeits- und Sicherheitskontrollen. Generika können erst dann produziert werden, wenn der Patentschutz auf das Markenmedikament ausgelaufen ist. Die Produktion von Generika stimuliert den Wettbewerb und führt dazu, dass die Marktpreise für Arzneimittel fallen. Diese zusätzliche Hürde, die bereits im Freihandelsvertrag zwischen der EU und Zentralamerika/Dominikanische Republik festgehalten wurde, hat zur Folge, dass die Flexibilität von TRIPS verschwindet; darin war es den Ländern noch gestattet, Versuchsdaten gegen unlauteren Wettbewerb [und nicht als Geistiges Eigentum] zu schützen.)[3]

---

2 | Siehe auch den Artikel von Christine Godt, Christian Wagner-Ahlfs und Peter Tinnemann in diesem Buch (Anm. der Hg.).

3 | Artikel 39.3 von TRIPS bezieht sich auf alle Informationen, die die Hygienebehörden eines Landes benötigen, um den Handel mit einem bestimmten pharmazeutischen oder chemischen Produkt im jeweiligen Land zu erlauben. Der Text verpflichtet nur dazu, solche Versuchsdaten gegen unlauteren Handel zu schützen, da sie eine beträchtliche Anstrengung erforderten. Weiterhin legt Artikel 39.3 fest, dass die Mitglieder diese Daten vor dem Vertrieb schützen müssen, es sei denn, die Verbreitung der Daten ist notwendig, um die Öffentlichkeit zu schützen oder Schutzmaßnahmen gegen unlautere Nutzung der Daten zu ergreifen. In diesem Fall verweist das Konzept des unlauteren Handels auf Artikel 10b der Pariser Konvention. Es stellt also keine weitere Rechtskonstruktion zum Geistigen Eigentum im Sinne von Ausschlussrechten dar. Ein gutes Beispiel dafür ist das Gesetz 24766 von Argentinien. Es nutzt die volle Flexibilität von TRIPS, indem es den Vertrieb von Generika erlaubt, sofern

- Die Unterzeichnung der Internetverträge der WIPO (WCT und WPPT)[4] bringt weitere Pflichten mit sich, die über die WTO-Verträge hinausgehen. Beispielsweise verpflichten sie zum Einsatz technischer Schutzmaßnahmen (DRM). Diese werden genutzt, um kontrollieren zu können, was der Nutzer mit digitalen Werken tut. Mit ihnen kann man bestimmen, ob Kopien erstellt werden können oder nicht, ob man etwas ausleihen und ein- oder zweimal lesen darf. Ob man es mit anderen teilen oder – im Falle von Texten – ausdrucken kann oder nicht. Das DRM reguliert über die Technologie, wie oft und unter welchen Bedingungen ein digitales Werk nutzbar ist. In einigen Gesetzen – wie zum Beispiel dem Digital Millenium Copyright Act der USA – wird das Umgehen solcher technischer Maßnahmen unter Strafe gestellt, selbst wenn damit ein Recht ausgeübt wird – etwa das Recht auf Zugang zu gemeinfreien Werken oder auf die »faire Nutzung«[5] nicht gemeinfreier Werke.[6]
- Hinzu kommt, dass die Freihandelsverträge seit einigen Jahren mit neuen Klauseln ausgestattet sind. Diese beziehen sich auf die Mitverantwortung der Anbieter im Internet – seien es Suchmaschinen, Provider von Internetseiten oder anderen Dienstleistungen. Sie werden mitverantwortlich gemacht für das, was die Nutzer im Internet tun, wenn sie nicht überwachen, kontrollieren oder angesichts einer Urheberrechtsklage schnell reagieren (ohne dass dafür unter anderem spezifiziert werden müsste, um welches Delikt es sich handelt, wie dem xt des Freihandelsvertrages zwischen der EU und Korea zu entnehmen ist)[7].[8]

---

ein Beweis für Wirkstoffgleichheit des Medikaments vorliegt, und verlangt nicht die Vorlage neuer Versuchsdaten (was den Markteintritt von Generika erheblich verzögern würde).

4 | Gemeint sind der WIPO-Urheberrechtsvertrag (WIPO Copyright Treaty, WCT) und der WIPO-Vertrag über Künstlerische Darbietungen und Tonträger (WIPO Phonograms and Performance Treaty, WPPT).

5 | »Fair use« (dt.: angemessene Verwendung) ist ein Prinzip des anglo-amerikanischen Urheberrechtssystems, kodifiziert in § 107 des US-amerikanischen Copyright Act, nach dem es erlaubt ist, geschütztes Material etwa für Bildungszwecke zu nutzen. »Fair use« erfüllt eine vergleichbare Funktion wie die Schrankenbestimmungen des kontinentaleuropäischen Urheberrechts (Anm. der Hg.).

6 | Diese Art der Regulierung (im Englischen »anti-circumvention measures«, Anti-Umgehungsmaßnahmen) wurde bereits 1996 in die WIPO-Verträge aufgenommen. In emblematischer Form findet sie sich aber in besagtem Digital Millenium Copyright Act der USA, angenommen 1998: http://www.copyright.gov/legislation/dmca.pdf (Zugriff am 28.12.2011).

7 | Die Klauseln zu den Internetdiensten finden sich in den Artikeln 10.63 bis 10.65 des Kapitels für Geistiges Eigentum des Vertrages zwischen der Europäischen Union und Korea. Darin legen die Unterzeichnerstaaten fest, dass ein Anbieter nicht für die Handlungen der Nutzer verantwortlich gemacht wird, sofern er: »(a) nichts von den illegalen Aktivitäten oder Informationen weiß und, was Schadensersatzansprüche betrifft, sich der Fakten oder Umstände der illegalen Aktivitäten oder Informationen nicht bewusst war; oder (b) nachdem er Kenntnis erhalten hat oder die Umstände bewusst wurden, umgehend handelte, um den Zugang zu dieser Information zu verhindern«.

8 | Siehe unter: http://cidh.org/relatoria/showarticle.asp?artID=848&lID=2 (Zugriff am 02.10.2011).

- Eine weitere Flexibilität von TRIPS, die mit der Unterzeichnung der Freihandelsverträge eingeschränkt wird, ist die Möglichkeit, dass jedes Land eine Art *Sui generis*-Schutz[9] für Pflanzensorten entwickelt, da die Verträge die Verpflichtung einschließen, dass jedes Land das Internationale Übereinkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV 91)[10] ratifiziert. Auch in der UPOV gab es in den letzten Jahrzehnten erhebliche Veränderungen vor allem hinsichtlich der Wiederverwendung von Saatgut. Das hatte direkte Konsequenzen für die Bauern. Die Mitglieder der UPOV hatten auf drei Gebieten Änderungsanträge zu UPOV 91 eingebracht: die Ausweitung der Reichweite des Pflanzenschutzes, die Ausweitung der Rechte des Züchters sowie die Begrenzung der Nutzungsmöglichkeiten von Varianten. Während TRIPS es den einzelnen Ländern noch ermöglicht, diese Fragen entsprechend den Bedürfnissen im jeweiligen Land zu regeln, verpflichten die TRIPS-Plus-Klauseln zur Unterzeichnung der Akte von 1991 der UPOV – und zwar mit allen weiteren Einschränkungen, die das birgt.

Der Anti-Commons-Charakter der Freihandelsverträge

Wenn wir von der Idee ausgehen, dass das Wissen und das Recht, Wissen zu teilen und zu reproduzieren, für die Commons essentiell ist, und wenn wir uns erinnern, dass Commons immer aus drei Elementen bestehen – den zu teilenden Ressourcen (auch »common pool resources«)[11], den von Konsens getragenen Normen und Regeln sowie den Gemeinschaften der Nutzerinnen und Nutzer –, dann ist der Anti-Commons-Charakter der Freihandelsverträge ganz offensichtlich.

Die in ihnen enthaltenen Aspekte Geistigen Eigentums weiten den Bereich des Eingezäunten aus und betreffen nun noch mehr Dinge, die uns bisher gemein waren und die in vielen Gemeinschaften ganz klar wie Commons behandelt werden. In anderen Worten: Die Freihandelsverträge sind ein modernes Element der »Einhegung der Allmende«.[12]

Ein Beispiel dafür ist das Saatgut und die Beschränkung seiner Reproduktion und gemeinschaftlichen Pflege, so wie er in UPOV 91 zum Ausdruckt kommt. Dieser Vertrag droht im Grunde den ländlichen Gemeinschaften damit, dass sie in Zukunft das einheimische Saatgut, welches sie seit Hunderten von Jahren austauschen, pflegen und verbessern, nicht mehr aufbewahren und weiterverteilen können. Sie werden es stattdessen für jede neue Aussaat von Saatgutproduzenten kaufen müssen.

---

9 | Im Kontext der Verhandlungen zu Rechten des Geistigen Eigentums ist ein *Sui generis*-Schutz eine Form des Rechtsschutzes, die nur in einem bestimmten Land zur Anwendung kommt. So hat zum Beispiel Indien ein eigenes Saatgutgesetz, das eine Sui generis-Lösung darstellt. Daher hat Indien auch UPOV 91 nicht unterzeichnet, wie in den Freihandelsvertragsverhandlungen mit der EU vorgesehen.

10 | Das Übereinkommen wurde 1961 unter Dach und Fach gebracht und zuletzt im März 1991 revidiert (Anm. der Hg.).

11 | Siehe dazu auch den Beitrag von Madison et al. in diesem Buch (Anm. der Hg.).

12 | Siehe dazu die Beiträge von Peter Linebaugh und Hartmut Zückert zu Beginn dieses Kapitels (Anm. der Hg.).

Prinzipien des internationalen Handels

Meistbegünstigungsprinzip (auch: MFN-Prinzip): Dieses in den WTO-Verträgen etablierte Prinzip verpflichtet jedes Mitglied, jedes andere WTO-Mitglied gleich zu behandeln. Die Mitgliedsländer können normalerweise keine Unterschiede zwischen ihren verschiedenen Handelspartnern machen. Wird einem Land ein spezifischer Handelsvorteil gewährt – zum Beispiel Zollsenkungen auf ein bestimmtes Produkt –, muss derselbe Vorteil auch allen anderen Mitgliedsländern gewährt werden. Dieses Prinzip kommt auch in den Verträgen zum Geistigen Eigentum zur Anwendung.

Inländergleichbehandlung: Die Mitglieder der WTO verpflichten sich zur Gleichbehandlung von nationalen und internationalen Handelspartnern. Importierte Waren und solche, die im Land hergestellt werden, müssen in gleicher Weise behandelt werden, zumindest nachdem die ausländischen Waren in den jeweils nationalen Markt eingetreten sind. Dasselbe gilt für ausländische und inländische Dienstleistungen und für Handelsmarken, für Autorenrechte und für ausländische und inländische Patente. Dieses Prinzip der »Inländergleichbehandlung« – den Anderen genauso behandeln wie die Einheimischen – ist auch Teil der drei wichtigsten Verträge der WTO (Artikel 3 des GATT (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen), Artikel 17 von GATS (Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen) und Artikel 3 von TRIPS, auch wenn es in jedem der Verträge etwas anders formuliert ist.

Quelle: Die WTO verstehen. Die Prinzipien des Handelssystems, http://www.wto.org (Zugriff am 27.12.2011).

Der Griff nach der Public Domain und der Wissensallmende

Die gesamte Rechtsarchitektur zum Geistigen Eigentum, so wie sie seit den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts bis heute aufgebaut wurde, ist davon geprägt, dass sie die Gemeingüter einzäunt – angefangen mit der Ausweitung der Dauer der Monopolrechte in den genannten Bereichen (Kultur, Saatgut, öffentliche Gesundheit). Andererseits ist da die praktische Schrumpfung der Public Domain sowie die Ausdehnung des Geltungsbereiches der Rechte Geistigen Eigentums auf Gebiete, die man sich noch vor kurzem nicht hätte vorstellen können. Wenn vor fünf Jahrzehnten jemand gesagt hätte, dass eine Pflanze, ein Gen, ein mathematischer Algorithmus jemandes Privateigentum sein könnte, hätten wir gedacht: Das ist doch verrückt. Doch de facto wurde 1980 das erste Patent auf einen Mikroorganismus erteilt,[13] im selben Jahr der erste mathematische Algorithmus

13 | Dem ging der Fall Diamond vs. Chakrabarty (1980) voraus, siehe: http://supreme.justia.com/us/447/303/case.html (Zugriff am 09.10.2011).

patentiert,[14] und in etwa dieser Zeit begann auch das Rennen um die Patentierung von Genen, Pflanzen und Saatgut. Die zunehmende Monopolisierung in diesen Bereichen wird auch über die Konfliktschlichtungsmechanismen der Freihandelsverträge verstärkt.

In der WTO kann ein Land das andere zur Streitschlichtung der WTO zitieren und Wiedergutmachung fordern, wenn es WTO-Standards verletzt sieht. Im Falle der Verträge zum Investitionsschutz können es sogar die Firmen selbst sein, die ein Land verklagen und vor das ICSID (das Internationale Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (International Centre for Settlement of Investment Disputes – ICSID) bringen, weil sie ihre Gewinnmöglichkeiten geschmälert sehen. Vielsagend ist der Fall Phillip Morris gegen Uruguay, wegen Uruguays Anti-Tabakpolitik. Es ist der erste Fall zu Rechten Geistigen Eigentums, der vom ICSID verhandelt wurde.

Philip Morris gegen Uruguay

Viele Länder, die noch keinen Freihandelsvertrag mit den USA oder der Europäischen Union unterschrieben haben wie Argentinien oder Uruguay, haben indes Investitionsschutzabkommen unterzeichnet, die in Sachen Geistigen Eigentums ähnlich wirken. Die entsprechenden Rechte werden zu den durch die Verträge zu schützenden Investitionen gezählt.
Der Fall des Tabakkonzerns Philip Morris gegen Uruguay ist paradigmatisch, denn es ist der erste Fall, in dem sich ein Konzern auf die vorgebliche Verletzung seines Rechts auf Geistiges Eigentum beruft – in diesem Fall das Markenrecht. Philip Morris stützt sich dabei auf den Vertrag zum Gegenseitigen Investitionsschutz, den Uruguay mit der Schweiz abgeschlossen hat. Der Konzern verklagte den Staat Uruguay am 26. März 2010 vor dem Streitschlichtungspanel der Weltbankgruppe (ICSID). Er führt an, dass der neue gesundheitspolitische Anti-Tabak-Kurs Uruguays einer indirekten Enteignung einer Investition ohne Entschädigung gleichkäme, die der Vertrag schütze.[15]

Wer bestimmt die Regeln?

Die Regeln und Normen, mit denen Gemeinschaften ihre kollektiven Ressourcen verwalten, sind für den Erhalt und die Weiterentwicklung dieser Ressourcen entscheidend. Der gegenwärtige Rechtsrahmen und die Regulierungen zum Geistigen Eigentum im Rahmen der Freihandelsverträge und Investitionsschutzabkommen haben wenig mit einem konsensbasierten System zu tun, das die Interessen der betroffenen Menschen und Gemeinschaften tatsächlich berücksichtigt. Die meis-

14 | Der erste entsprechende Fall war Diamond vs. Diehr (1981), siehe unter: http://supreme.justia.com/us/450/175/ (Zugriff am 09.10.2011). Zur Geschichte der Softwarepatente siehe unter: http://www.bitlaw.com/software-patent/history.html.

15 | Weitere Informationen in spanischer Sprache: Dossier Demanda Philip Morris a Uruguay en el Ciadi, Friends of the Earth Uruguay, siehe unter: http://www.redes.org.uy/wp-content/uploads/2010/04/Dossier-Philip-MorriS-Uruguay_abril-2010.pdf.

ten Verhandlungen finden hinter verschlossenen Türen statt. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit wird über bereits vorgefertigte Dokumente diskutiert. Parallel dazu gibt es Verhandlungen über Zollsenkungen, öffentliche Beschaffung, öffentliche Ausschreibungen und Investitionen. Nicht selten werden dann Klauseln zum Geistigen Eigentum von den Entwicklungsländern als Verhandlungsmasse eingesetzt, um in den Handelsvereinbarungen bestimmte Vergünstigungen zu erreichen.

So handeln üblicherweise Länder, die ein bestimmtes Produkt exportieren, Handelsvorteile für dieses Produkt aus und machen im Gegenzug Zugeständnisse in Sachen der Rechte zum Geistigen Eigentum. Diese Logik greift für Länder, die ein hohes Einkommen mit einer bestimmten Monokultur oder einem regionaltypischen Produkt erzielen, wie das für Chile (Kupfer) oder Argentinien (Soja) der Fall ist. Daher hat Marktzugang für diese Produkte aus Sicht der Verhandlungsdelegation der entsprechenden Länder in der Regel Priorität.

Auf der anderen Seite übernehmen die Freihandelsverträge von GATT und WTO die Logik, dass die Verhandlungen nicht abgeschlossen sind, bis nicht das ganze Paket verhandelt ist. Das hat zur Folge, dass die Verhandlungsdelegationen die Vertragsverhandlungen Schritt für Schritt vorantreiben und erst abschließen, wenn ein Schlussdokument vorliegt, das die Regierungen ratifizieren. Dieses Dokument soll dann nicht noch einmal aufgeschnürt und diskutiert werden. Erst in diesem letzten Moment aber wird der verhandelte Vertrag den Parlamenten der Unterzeichnerstaaten vorgelegt, die keinerlei Handlungsspielraum mehr haben, etwas einzubringen oder zu verändern. Sie werden schlicht gebeten, den Vertrag anzunehmen oder abzulehnen. Er muss als geschlossenes Paket angenommen werden, will man das Platzen der Gesamtverhandlungen verhindern. Auf den Punkt gebracht heißt das: Die Regulierung[16] liegt völlig in der Hand der Verhandlungsdelegationen, die Handelsinteressen vertreten. Die Möglichkeit politischer Einflussnahme auf diese ist sehr gering. Das gilt auch für die Gesetzgeber der unterzeichnenden Länder.

Die Rolle der Gemeinschaften

Es ist klar, dass die Regulierung Geistigen Eigentums weit davon entfernt ist, die Möglichkeit zuzulassen, dass die Gemeinschaften selbst ihre Gemeingüter schützen und erhalten. Die Zäune, die durch TRIPS errichtet wurden und die durch Freihandelsverträge und Investitionsabkommen weiter verstärkt werden, lassen den Nationalstaaten nur minimale Handlungsmöglichkeiten, die vor einem Konfliktschlichtungspanel des Welthandels enden würden. Kann man erwarten, dass Regierungen Gemeingüter verteidigen und schützen, wenn dieselben Regierungen Freihandelsverträge unterzeichnen? Unzählige Gemeinschaften und ebenso viele Commons werden von diesen Vereinbarungen zerrieben oder sind in irgendeiner Weise betroffen; doch die Möglichkeit, auf den Verlauf der Verhandlungen Einfluss zu nehmen, ist spärlich bzw. existiert nicht. Dieser globalisierte Rechtsrahmen kommt dem Entzug des Rechts auf Selbstorganisation gleich, er mini-

16 | Man könnte sagen »die De-facto-Gesetzgebung« (Anm. der Hg.).

miert Räume der Gemeinschaftlichkeit, privatisiert, was bislang gemeinfrei war, und macht Dinge, die zur Alltagskultur gehörten, wie der Austausch von Saatgut oder das Teilen von Kultur, illegal.

Eine scheinbar endlose Geschichte

Das Panorama angesichts dieser Anti-Commons-Verträge könnte entmutigender nicht sein: Die inter-regionalen Verhandlungen wie jene zwischen dem Mercosur und der Europäischen Union, die 2010 wieder aufgegriffen wurden, sowie die Unterzeichnung bilateraler Verträge, so wie die EU sie derzeit mit Indien verhandelt und 2011 mit Korea abschloss, und zahlreiche bilaterale Verträge, die überall auf der Welt unterzeichnet werden, zeigen deutlich, dass diese Einhegungsstrategie Stück für Stück vorankommt. Bis TRIPS-Plus überall erreicht ist. Das wird für einen Durchbruch in der Doha-Runde der WTO sorgen, die endlos zu sein scheint.

Wir müssen nicht nur die Commons vor neuen Einhegungen schützen, sondern auch jene Commons zurückholen, die den Menschen allmählich entzogen worden sind. Damit dies gelingt, müssen wir uns der vielleicht utopischen, aber strategischen Aufgabe stellen, die Gemeingüter der globalen Handelsagenda zu entziehen.

Beatriz Busaniche (Argentinien) ist Kommunikationswissenschaftlerin und Dozentin an der Universität zu Buenos Aires sowie Mitglied der Fundación Vía Libre. Sie vertritt Creative Commons Argentinien und ist zurzeit Geschäftsführende Direktorin von Wikimedia Argentinien sowie assoziiertes Mitglied der Commons Strategies Group. Ihr privates Blog ist http://www.bea.org.ar.

Globale Einhegungen im Dienste des Imperiums

Die NATO als »Kommandeur der Commons«

David Bollier

Im September 2010 kamen in Brüssel hochrangige NATO-Offiziere, Sicherheitsanalysten und Angehörige der politischen Elite zu einer Konferenz zusammen; der Konferenztitel: »Protecting the Global Commons«. Die Teilnehmer gaben eine, gelinde gesagt, höchst ungewöhnliche Gruppe von Commoners ab. Es waren »führende Vertreter von EU-Institutionen und der NATO sowie Regierungsmitarbeiter, Vertreter der Privatwirtschaft, der internationalen und Fachmedien, Denkfabriken, Wissenschaft und NGOs«.

Auf dieser Veranstaltung, die von der in Brüssel ansässigen Denkfabrik Security & Defence Agenda ausgerichtet war, hatte man ganz eigene Vorstellungen davon, was unter globalen Gemeingütern zu verstehen ist. Die NATO begreift Gemeingüter nicht als ein von den Nutzern, den Commoners, zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse gestaltetes, selbst organisiertes System. Nein. Für die Entscheidungsträger der NATO bestehen die »Global Commons« einfach aus den »leeren« Gebieten und Ressourcen, die jenseits der direkten und ausschließlichen Kontrolle der Nationalstaaten liegen, gleichwohl aber für den internationalen Handel und die militärische Sicherheit wichtig sind. Mit anderen Worten: Die NATO betrachtet diese Gebiete als Niemandsland, die *keiner* Kontrolle unterliegen, wobei es aus NATO-Sicht im Wesentlichen um den Weltraum, die Ozeane, den Luftraum und das Internet geht.

Nach Auffassung der Konferenzorganisatoren müssen die NATO-Mitgliedsländer diese globalen Gemeingüter irgendwie unter ihre Kontrolle bringen, damit nicht feindliche Länder, Schurkenstaaten oder Piraten den ökonomischen und militärischen Aktivitäten der USA und ihrer europäischen Verbündeten in die Quere kommen. Das mache die militärische Überwachung dieser »herrenlosen Gebiete« durch die NATO erforderlich.

Der Weltraum, die Weltmeere und das Internet sind kollektiv zu nutzende Ressourcen (»common pool resources« oder Gemeinressourcen). Sie gehören tatsächlich keinem Einzelnen, auch keinem Staat. Aber sie sind keine Commons, denn Commons erfordern die aktive Partizipation der Menschen bei der Festlegung und Durchsetzung der Nutzungsregeln für die jeweiligen Ressourcen – beziehungsweise die »Zustimmung der Regierten«, wie es in der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten ausgedrückt wird. Das allerdings ist offenbar nicht die

Priorität der NATO. Laut Programm ging es bei der Veranstaltung vielmehr um folgende Fragen: Worin bestehen die politischen, praktischen und operationalen Herausforderungen, mit denen die NATO hinsichtlich der globalen Gemeingüter konfrontiert ist? Ist die Allianz ausreichend darauf vorbereitet, ihrer Verantwortung in einer Welt gerecht zu werden, in der der Weltraum, das Meer und der Cyberspace von zunehmender Bedeutung für die Interessen ihrer Mitgliedsstaaten sowie für die tägliche Arbeit des Bündnisses in Friedens- wie in Kriegszeiten sind? Welche Fähigkeiten wird das Bündnis entwickeln, welche Verantwortung übernehmen müssen, wenn sie in einer Welt, in der globale Gemeingüter immer wichtiger werden, nicht an Bedeutung verlieren will?

In einem Folgebericht der NATO zu dieser Veranstaltung stand unter dem Titel *Assured Access to the Global Commons* zu lesen: »Die Architektur des modernen internationalen Systems beruht auf dem gesicherten Zugang zu und der Stabilität der Gemeingüter. In seinem klassischen Werk von 1890, *Der Einfluss der Seemacht auf die Geschichte*, bezeichnete Alfred Thayer Mahan die Weltmeere als ›eine große Fernstraße [...] ein weites Allgemeingut‹.«

In gewisser Hinsicht hat die NATO ja recht: Der Weltraum, die Ozeane und das Internet müssen tatsächlich allen verfügbar bleiben. Wie eine große Fernstraße. Sie sind »vitales Bindegewebe einer globalisierten Welt«. Die Frage allerdings, die auf der Konferenz offenbar nicht gestellt wurde (zumindest nicht in der offiziellen Tagesordnung und den zugänglichen Protokollen), lautet: Wie sollen und können gewöhnliche Bürger oder ihre Vertreter an diesen Beratungen teilnehmen und sicherstellen, dass dabei ihre Interessen berücksichtigt werden? Schließlich ist das der Kern einer demokratischen Gesellschaft.

Die NATO-Strategen verdrehen die Bedeutung des Commons-Begriffs, indem sie Commons als unregulierte Ressource definieren, von deren Nutzung niemand ausgeschlossen werden kann. Das ist exakt derselbe Fehler, den Garrett Hardin 1968 in seinem berühmt-berüchtigten Essay *Tragedy of the Commons* beging. Aus der Festlegung der Weltmeere, des Weltraums und des Internets als Commons im hardinschen Sinne könnte sie nämlich die Rechtfertigung ableiten, diese Ressourcen zu kontrollieren. Das Ziel dahinter wäre geopolitische Dominanz. Oder, um es mit den Fragen des Konferenzprogramms auszudrücken: »Die Ozeane sind heute ebenso strategisches Schachbrett wie globales Gemeingut. Was geschieht heute auf den Weltmeeren? Was wird dort in Zukunft geschehen? Und was folgt daraus für das Bündnis?«

Die missbräuchliche Nutzung des Commons-Begriffs durch die NATO hinterlässt bereits Spuren. Im Jahr 2011 veranstalteten die Politikwissenschaftler Sameer Lalwani und Joshua Shifrinson vom MIT in der New America Foundation in Washington ein Strategieseminar, in dem vorgeschlagen wurde, die USA sollten »ihre vorgeschobene Marinepräsenz in vielen Regionen reduzieren, ohne dabei aber das ›Kommando über die Commons‹ aufzugeben. Sie können das erreichen, indem sie verstärkt auf die Hilfe regionaler Mächte bei der Sicherung der Freiheit der Meere setzen und zugleich ›hinter dem Horizont‹ eine ausreichend große Marinemacht für schnelle Einsätze unterhalten, die im Notfall die Freiheit garantiert.«

Hat wirklich niemand im Pentagon, bei der NATO oder in den Denkfabriken des Verteidigungsressorts Elinor Ostroms Arbeiten gelesen? Bitte, NATO, verzichtet einfach auf den Begriff der »Commons«!

Besser noch wäre, endlich neue Institutionen für die globalen Gemeingüter zu denken und aufzubauen. Solche, die die engstirnigen Interessen der nationalen Regierungen überwinden. Warum sollte es nicht möglich sein, neue globale Regulierungsstrukturen aufzubauen, die wirklich die Commoners vertreten?

Es wird nicht das letzte Mal gewesen sein, dass wirtschaftliche oder nationalstaatliche Interessengruppen versuchen, den Begriff der »Commons« zu vereinnahmen. Umso wichtiger ist es, dass wir Hardins Denkfehler immer wieder bloßlegen, auf der eigentlichen Bedeutung des Begriffs beharren und Institutionen wie die NATO dazu bringen, wenigstens ab und an mit ein paar wirklichen Commoners zu reden.

David Bollier (USA) ist Autor, Aktivist und unabhängiger Commons-Theoretiker. Er ist Mitbegründer der Commons Strategies Group und Autor von zehn Büchern, darunter *Viral Spiral* und *Silent Theft.* Bollier ist Mitherausgeber der englischen Ausgabe dieses Bandes. Er lebt in Amherst, Massachusetts, und bloggt auf http://www.bollier.org.

Du wirst drei Worte begreifen: Du wirst begreifen, was in den Menschen ist und was den Menschen nicht gegeben ist und wovon die Menschen leben.
Lew Tolstoi, Wovon die Menschen leben

Kapitel III

Commoning –
soziale Innovationen weltweit

Commoning lernen

George Pór

»Woran würden wir erkennen, dass wir Commoning betreiben?«, fragte mich eine junge Frau in einer »Open Space«-Session, zu der ich eingeladen hatte. Das war beim »Contact Summit« 2011, einer Unkonferenz (ein Treffen, dessen Inhalte von den Teilnehmern selbst generiert werden), die parallel zu den »Occupy Wall Street«-Protesten im Oktober 2011 in New York stattfand. In der Einladung zitierte ich das Motto unserer Schule: »Bildung für eine Kultur der Commons und für soziale Erneuerung.« Ich fuhr fort: »Eine Commons-Kultur zu schaffen bedeutet, alle unsere Institutionen neu zu erfinden, um dem Ganzen zu dienen, nicht nur einer kleinen Minderheit. Lasst uns herausfinden, was Commoning beitragen kann, um das zu erreichen.«

Schlüsselressource eines jeden Ad-hoc-Lernprozesses zu den Commons sind die Fragen, die die Teilnehmenden umtreiben. Wir erkennen in solch einem Prozess, »dass wir Commoning betreiben«, wenn eine Themenliste – eine Sammlung von Fragen, die den Menschen unter den Nägeln brennen – entsteht und gepflegt wird, wenn wir gemeinsam und handlungsorientiert daran arbeiten, diese Themen zu analysieren und anzupacken. In dem Open Space des Contact Summit 2011 haben wir begonnen, den Fragen der Teilnehmer über Commoning nachzugehen und uns mit der ersten der drei Phasen des Commoning auseinanderzusetzen:

1. Commoning bedeutet in seiner einfachsten Form, etwas gemeinsam zu schaffen und zu pflegen. Es ist die Gesamtheit der Praktiken des Managements geteilter Ressourcen und der Wiederaneignung der Commons.
2. Commoning ist der Schritt vom Ich zum Wir. Er versetzt Menschen in die Lage, als kokreative kollektive Einheiten zu denken, zu fühlen und zu handeln, ohne die je individuelle Autonomie aufzugeben.
3. Commoning ist die Anerkennung der inhärenten Verbundenheit der Menschheit und ermöglicht, unseren individuellen und kollektiven »Schwerpunkt« damit in Einklang zu bringen.

Unsere School of Commoning ist ein auf Commons gegründetes Unternehmen mit sozialer Verantwortung. Es wurde nach britischem Recht in der Rechtsform einer »Community Interest Company« (CIC, etwa: gemeinnütziges Unterneh-

men) gegründet. Unternehmenszweck ist es, individuelle und kollektive Kompetenzen zu stärken, die dazu beitragen, Commons aller Art – natürliche, kulturelle und intellektuelle – zu schaffen, zu schützen und geeignete Governance-Formen für sie zu finden.

Unsere Kampagne für Commons-Kompetenz umfasst Workshops, Seminare, Klausurtagungen, Online-Kurse, ein Commoning-Spiel und die Produktion von gedruckten Bildungsmaterialien und Videos. Die Schule bietet zudem Trainingsprogramme für Commons-Moderatoren und maßgeschneiderte Lehrpläne für Hochschulen an.

Wir pflegen einen wikibasierten Wissensgarten mit einer der größten Sammlungen von auf Commons bezogenen nichtakademischen Inhalten aus aller Welt. Darin gibt es eine Reihe Materialien, die der Commons-Bewegung und den Fragen des Übergangs zu einer auf Commons gegründeten Gesellschaft gewidmet sind, sowie eine auf Fragen aufgebaute Einführung für Menschen, die sich an das Thema herantasten. Der Wissensgarten steht unter einer Creative-Commons-Lizenz[1], so dass die Nutzerinnen und Nutzer die Dokumente durchstöbern, zitieren, wieder nutzen und neu zusammenstellen sowie weitere Materialien hinzufügen können. Schließlich veranstalten wir regelmäßig ein »Commoning Café« in London und demnächst auch in anderen Städten der Welt. Das Café ist als Networking-Veranstaltung gedacht und dient vielen als erster Zugang zur Welt der Commons.

Ziel unserer Serie »Commons in Aktion« ist die Unterstützung der (Entstehung neuer) Commons. Jede Veranstaltung ist einem bestimmten Bereich der sozialen Reproduktion gewidmet – etwa Bildungs-Commons, Städtische Gemeingüter, Gesundheits-Commons, Finanz-Commons. Wir schaffen in zwei Schritten einen Impuls für den Aufbau von Beziehungen. Zunächst gibt es ein abendliches Treffen interessierter Menschen, die in einem bestimmten Sektor arbeiten. Dem folgt ein auf ein bestimmtes Projekt fokussierter gemeinsamer Arbeitstag, der das Entstehen neuer Commons fördert.

Neben unserer Beratungsarbeit, die von einem Netzwerk internationaler Theoretiker und Praktiker unterstützt wird, gibt es »Commoning News«, den E-Mail-Newsletter unserer Schule. Er soll zu einem Magazin ausgebaut werden und den zum Thema arbeitenden Organisationen sowie der breiteren Commons-Bewegung als Plattform dienen.

Commoning heißt auch: in Partnerschaften arbeiten. Wer immer eine Kooperation mit der School of Commoning ausloten möchte, findet uns hier: http://www.schoolofcommoning.com/

1 | Zu Creative Commons und den CC-Lizenzen siehe den Beitrag von Mike Linksvayer in diesem Buch (Anm. der Hg.).

Video

Voices from the Commons, online unter: http://www.youtube.com/watch?v=Pw05KacwmVE (Zugriff am 06.12.2011).

George Pór (Großbritannien) befasst sich mit Themen persönlicher Entwicklung. Er forscht über kollektive Intelligenz und ist strategischer Lernpartner für Veränderer und visionäre Führungspersönlichkeiten in Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Regierung. Er ist Direktor der School of Commoning, http://www.schoolofcommoning.com, Partner von Future Considerations und Gründer von CommunityIntelligence.

Reiche Ernte in Gemeinschaftsgärten

Beim Urban Gardening findet der *Homo oeconomicus* sein Korrektiv

Christa Müller

»In Zeiten der immer ungenierteren Vermarktung öffentlichen Raums ist der Anspruch, eben dort Kartoffeln zu pflanzen – und zwar ohne Eintrittskarte – geradezu revolutionär«, schreibt Sabine Rohlf in ihrer Buchbesprechung von *Urban Gardening* (*Berliner Zeitung* 05.04.2011). Und in der Tat: Die Rückkehr der Gärten in die Stadt, wie wir sie allerorts beobachten können, ist Ausdruck eines sich verändernden Verhältnisses von öffentlich und privat. Und nicht nur diese Leitunterscheidung der modernen Gesellschaft verschwimmt zunehmend, auch die Differenz zwischen Natur und Gesellschaft sowie zwischen Stadt und Land gerät ins Wanken, zumindest aus der Perspektive von urbanen Gemeinschaftsgärtnerinnen und -gärtnern.

Spätestens in den Wirtschaftswunderjahren der 1960er-Jahre wurden die städtischen Gemüsegärten aufgegeben, auch aus Statusgründen, etwa, um zu demonstrieren, dass man in der Lage war, die Dinge nun kaufen zu können und nicht mehr selber machen zu müssen. Heute dagegen steht mitten in den angesagten Vierteln der Großstädte die »Generation Garten« tatkräftig in den Rabatten, machen die »Jungbauern aus Kreuzberg« Furore, veranstaltet die Bundeskulturstiftung das Festival »Über Lebenskunst«, und man kann die von Gartenarbeit schwarz gefärbten Fingernägel getrost wieder öffentlich zeigen.

Was wir hier beobachten, ist eine Verschiebung in der Statussymbolik hin zu postmateriellen Werten und Lebensstilen. Selbermachen, selber anbauen, das bedeutet auch, einen eigenen Ausdruck in den Produkten zu finden, sich markant abzusetzen gegen den Konsum des komplett industriell Vorgefertigten. Die Suche nach individuellem Ausdruck ist dabei zugleich eine Suche nach neuen Formen und Orten der Gemeinschaft. Waren zu Nachkriegszeiten die geheizten Werkstätten der Handwerker und die Gemischtwarenläden Orte des Soziallebens, scheinen sich heute die städtischen Gemeinschaftsgärten und die Offenen Werkstätten zu Treibhäusern einer solidarischen und postfossilen Stadtgesellschaft zu entwickeln.

Seit einigen Jahren bauen mitten in den europäischen Großstädten Menschen unterschiedlichster Milieus gemeinsam Biogemüse an. Sie halten Bienen, repro-

duzieren Saatgut, stellen Naturkosmetik her, färben mit Pflanzen, übernehmen Parks in Eigenregie und organisieren Tafeln unter freiem Himmel. Mit tatkräftiger Unterstützung der Nachbarschaft gestalten Urban-Gardening-Aktivisten nicht nur Baumscheiben nach eigenen Vorstellungen, sondern verwandeln auch Brachflächen und zugemüllte Parkdecks wieder in Orte der Begegnung und des gemeinsamen Tuns.

Die neue Gartenbewegung ist jung, bunt und heterogen. In Berlin bauen »indigene« Großstadtmenschen Seite an Seite mit türkischen Alteingesessenen Gemüse im Nachbarschaftsgarten an. Partizipative Kiezgärten, Gemeinschaftsgärten, Selbsterntegärten und Bauerngärten vernetzen sich untereinander. Die Bewegung der Interkulturellen Gärten wächst kontinuierlich weiter, und die Internetplattform mundraub.org »taggt« Fundstellen von »freien« Obstbäumen via Web 2.0 (Müller 2011). Mundraub.org ist vielleicht das markanteste Beispiel dafür, wie digitale und analoge Welten koexistieren und darüber neue Zwischenwelten entstehen, in denen der Open-Source-Gedanke von subsistenzorientierter Alltagspraxis begleitet wird.[1]

Urbane Gärten als Wissensallmende

Open Source ist auch die zentrale Leitidee in allen Gemeinschaftsgärten. Sie werden wie Allmenden genutzt und inszeniert; auch wenn die Gärtnerinnen und Gärtner nicht Eigentümer der Flächen sind. Partizipation und das Einbeziehen der Nachbarschaft sind unabdingbare Prinzipien. Urbane Gärten fordern zur Teilhabe auf. So kommt eine Menge an Wissen zusammen und wird produktiv gemixt. Da in der Regel keine Landwirtschaftsprofis mitgärtnern, ist man angewiesen auf – und damit offen für – das, was vorhanden ist. Es gilt die Maxime, dass vom Teilen des Wissens alle profitieren, denn man kann voneinander lernen, sich verloren gegangene Fertigkeiten wieder aneignen, und beitragen zur Entstehung von etwas Neuem. Die Begrenztheit der Mittel, mit der sich der urbane Bauer zwangsläufig konfrontiert sieht – ob Boden oder Material, Werkzeuge oder Zugang zu Wissen –, verwandelt sich durch die gemeinsame Nutzung in eine Ökonomie der Fülle[2], des Erfindungsreichtums, des Gebens und der Gegenseitigkeit.

In urbanen Gärten ergibt sich ständig die Gelegenheit und Notwendigkeit zum Austausch. Das Zusammenspiel der unterschiedlichsten Talente schafft eine lebendige Atmosphäre. Ob in einem Workshop zum Lastenfahrradselbstbau, zu Window Farming[3], zum Begrünen von Hauswänden, Dächern und Balkonen oder bei der Nutzung von Plastikwasserflaschen als Permanentbefeuchter von Humusboden – gefragt sind immer der Erfindungsgeist und die Produktivität, die häufig erst durch das Weitergeben von Wissen entsteht, das wiederum weiteres Wissen freisetzt; und so ist der schöpferische Prozess in einem Garten nie abgeschlossen.

1 | »Mundraub« wird in diesem Buch von Katharina Frosch vorgestellt (Anm. der Hg.).

2 | Siehe dazu das Gespräch zwischen Brian Davey, Wolfgang Höschele, Roberto Verzola und Silke Helfrich in diesem Buch (Anm. der Hg.).

3 | Window Farming ist vertikales Gärtnern auf dem Fensterbrett. Pflanzen werden in herunterhängenden Plastikflaschen gezogen und damit gleichzeitig die Fenster begrünt.

Er ist selbst eine Werkstatt, in der die Dinge kreativ umgedeutet und neu ins Verhältnis gesetzt werden. Eins ergibt sich aus dem anderen. Für Ideenreichtum sorgt nicht nur die anregende Gegenwart der unterschiedlichen Pflanzen, es ist auch die nie versiegende Möglichkeit, sich einzubringen und die Phantasie von den herumliegenden Dingen anregen zu lassen (Müller 2011: 31ff).

Nach und nach entsteht so eine echte Community, die den Garten nutzt. Eine der wichtigsten Zutaten für das Gelingen ist dabei, dass der Ort noch nicht vordefiniert und verregelt ist. Vielmehr erkennt man an der Atmosphäre der Unaufgeräumtheit und Offenheit, dass Mitarbeit und Mitgestaltung erwünscht und vonnöten sind.

Eine neue Politik des (öffentlichen) Raums

Wenn die Neuköllner Kiezbevölkerung auf dem Tempelhofer Feld im Rahmen des Allmendekontors in selbstgebastelten Behältnissen gärtnert und sich bei dieser Gelegenheit Herkünfte, Generationen und Milieus mischen, dann ist das zunächst eine ungewöhnliche Nutzung des öffentlichen Raums. Doch genau hierin liegt eine wichtige politische Dimension des urbanen Gärtnerns. Gemeingüterzentrierte Praxen, die Gemeinschaften brauchen und zugleich hervorbringen, ermöglichen einen anderen Blick auf die Stadt: Hier treffen die Bewohner nicht unter dem Banner des Großereignisses, der Werbung oder des Konsumzwangs zusammen: Vielmehr sind solche dezentralen Praxen im öffentlichen Raum Ausdruck eines implizit formulierten Anspruchs: auf eine grüne Stadt für alle. Dabei wird keine neue Gesellschaftsutopie auf einer zeitlichen Achse (»die Gesellschaft der Zukunft«) entworfen, sondern der konkrete Raum wird hier und jetzt als Ort des Wandels und als Gegenentwurf zur dominanten marktfundamentalistischen Ordnung umgebaut (Werner 2011).

Der Politik für das Kleinteilige als Wiederentdeckung des Nahraums liegt also keineswegs eine verengte Perspektive zugrunde. Im Gegenteil: Die Übernutzung, Kolonisierung und Zerstörung der globalen Allmende liegt genau im Blickfeld; deshalb wird die lokale Allmende als ein Ort bewirtschaftet, an dem man für einen neuen Begriff der Öffentlichkeit sensibilisieren und zugleich zeigen kann, dass es auch anders geht: gemeinsame Nutzung statt privates Eigentum, lokale Lebensqualität statt ferngesteuerter Konsum, Miteinander statt Vereinzelung.

Die innere Allmende bewirtschaften

Die neue Hinwendung zur Allmende in den urbanen Gemeinschaftsgärten ist nicht nur eine Verteidigung des öffentlichen Raums und ein Engagement für gemeinwohlorientierte Gestaltung. Sie ist zugleich auch eine Stärkung der inneren Räume des Menschen gegenüber den Zuschreibungen des *Homo oeconomicus*, der uns auf konkurrenzorientierte Individuen reduziert, die nur den eigenen Vorteil im Blick haben. Diese unterkomplexe Modellfigur steht seit einiger Zeit auch in der Wirtschaftswissenschaft selbst unter Beschuss. Insbesondere die bildgebenden Verfahren der Social Neurosciences belegen, dass Kooperationsbereitschaft und das Bedürfnis nach Verbundenheit zentrale Bestandteile der menschlichen Natur

sind. Für Geisteswissenschaftler sicher keine neue Erkenntnis, aber dennoch gut zu wissen, wie gut inzwischen belegt ist, dass die hegemoniale Geist-Körper-Grenze künstlich gezogen ist. Diese Grenzziehung wird der komplexen Wechselwirkung zwischen Körper und Geist in keiner Weise gerecht. So weiß man heute, dass soziale oder psychische Erfahrungen körperliche Spuren hinterlassen – selbst in den Genen (Epigenetik). Joachim Bauer hält diese Erkenntnis für den entscheidenden Durchbruch im Blick auf den Menschen (Bauer 2008).

Das bedeutet für unser Thema zweierlei: Zum einen ermöglicht eine Allmendepraxis wie jene der Gemeinschaftsgärtner die Entdeckung des Körpers, die Erfahrung, zwei Hände zu haben und damit etwas schaffen zu können, und die Erkenntnis, dass diese sinnliche Erfahrung unmittelbar mit dem Begreifen der Welt zusammenhängt. Zum andern ist der Garten ein ideales Spielfeld zum Einüben von Kooperation – etwa wenn man gerade ein Regenauffangsystem für die Beete konzipiert. Das schafft Zugang zu einem Aspekt des Menschseins, der ebenso wichtig ist wie die Autonomieerfahrung, nämlich Verbundenheit (Hüther 2011: 46).

Allmende ist in diesem Sinne Lebenspraxis, die es auch den hochgradig individualisierten Subjekten des 21. Jahrhunderts ermöglicht, sich einander zuzuwenden und nicht zuletzt sich dabei zu entschleunigen. Denn auch Zeit ist ein gemeinschaftlich zu konzipierendes Gut. In der Zeit zu sein bedeutet, selbstbestimmt einem Gewerk nachgehen zu können, sich einem Moment hinzugeben oder ihn mit anderen zu verbringen. Der digitale Kapitalismus hat durch die extreme Beschleunigung der Zeit tendenziell alle Menschen dem Effizienzregime unterworfen – mit dem Ergebnis, dass das Zeitempfinden durch Knappheit bestimmt ist und durch den subjektiv empfundenen Stress, Zeit möglichst nutzenorientiert »füllen« zu müssen. Zeit wird gespart, Stunden der Muße geraten in (inneren) Verdacht, und die Grenzen zwischen Arbeit und freier Zeit verwischen zunehmend durch die permanente Erreichbarkeit.

Der Garten ist hier ein Antidot und wird vom »erschöpften Selbst« (Ehrenberg) zunehmend als Refugium genutzt. Er verlangsamt, er ermöglicht Erfahrungen mit Zeitzyklen aus einer anderen Epoche der Menschheitsgeschichte: der Agrargesellschaft. Die kleinbäuerliche Landwirtschaft, die in vielen urbanen Gärten wiederentdeckt wird, ist zyklisch. Jedes Jahr beginnt der Kreislauf neu mit der Vorbereitung des Bodens und dem Säen. Man ist der Natur ausgesetzt, den klimatischen Verhältnissen, den Jahreszeiten und den Tag-Nacht-Zyklen. Diese Zeitdimensionen sind für virtualisierte Stadtmenschen, die gelernt haben, dass alles immer gleichzeitig möglich und vor allem steuerbar ist, hochgradig faszinierend, nicht zuletzt weil sie zu der Erkenntnis verhelfen, dass wir selbst in Lebenszyklen eingebunden sind und dass es beruhigend sein kann, sich den Gegebenheiten einfach mal »hinzugeben«.

Die Bewirtschaftung einer Allmende schafft also nicht nur wertvolle Erfahrungen, sondern auch soziale Zusammenhänge, die weit über sie selbst hinaus wirken. Und, könnte man hinzufügen, sie sind wertvoll, um die vor uns liegende Umgestaltung der erdölbasierten, ressourcenausbeutenden Industriegesellschaft in eine von partizipativen, demokratischen und ökologischen Prämissen geleitete Gesellschaft zu bewerkstelligen, die nicht mehr davon lebt, Kosten zu externali-

sieren, sondern diese weitestgehend erst gar nicht entstehen lässt. Letztlich sind Prozesse der Gegenseitigkeit und die »Ökonomie der symbolischen Güter« (Bourdieu) in ausdifferenzierten Gesellschaften ebenso gesellschaftsbildend wie in vormodernen (Adloff/Mau 2005). Hierfür bieten alte und neue Allmendepraxen inspirierende Denkanstöße und Handlungsoptionen.

Urbane Landwirtschaft: die neuen Trends

- »Agropolis« heißt das Planungskonzept Münchener Architektinnen und Architekten, die 2009 den Open-Scale-Wettbewerb mit einer »metropolitanen Nahrungsstrategie« gewannen. Das Konzept für den »Stadtteil des Erntens« stellt den Eigenanbau, die In-Wertsetzung der regionalen Ressourcen und den nachhaltigen Bodenumgang ins Zentrum der Stadtplanung: Ernten soll sichtbarer Teil des städtischen Alltags werden. Wenn die Stadt das Modell umsetzt, könnten Allmendeobst und Gemeinschaftseinrichtungen für Tausch, Lagerung und gemeinsame Zubereitung der Ernte die Grundlage für ein produktives Miteinander der 20.000 Bewohnerinnen und Bewohner des entstehenden Stadtteils schaffen (http://www.agropolis-muenchen.de).
- Der »Bürgergarten Laskerwiese« ist ein selbstverwalteter öffentlicher Park in Bürgerhand. In Eigenarbeit verwandelte eine Gruppe von 35 Anwohnern die ehemals vermüllte Brachfläche in Friedrichshain-Kreuzberg (Berlin) in einen Bürgerpark. Sie schloss mit dem Bezirksamt einen Überlassungsvertrag; der Verein erbringt Pflegeleistungen wie Baum- und Rasenschnitt für das Gelände. Im Gegenzug erhält er pachtfreie Parzellen und Beete für den Gemüseanbau. Solche neuen Modelle, die klamme Kommunen finanziell entlasten und die Gestaltungsmöglichkeiten der Menschen im öffentlichen Raum erweitern, verlangen beiden Seiten allerdings noch viel Kommunikationsarbeit ab (http://laskerwiese.blogspot.com).
- Das »Allmendekontor« ist eine Initiative der Berliner Urban-Gardening-Bewegung, die seit 2011 mit Kiezbewohnerinnen und -bewohnern auf dem ehemaligen Flughafen Tempelhof gärtnert. Auf 5000 qm Fläche entstehen Hochbeete vielfältigster Stilistik: im Kinderwagen, auf ausgedienten Bettgestellen, in alten Zinkwannen und in selbst zusammengebauten Bretterkombis wird gesät, gepflanzt und geerntet. Das Allmendekontor versteht sich als Garten für alle – und zugleich als Wissensspeicher, Lernort sowie als Beratungs- und Vernetzungsstelle für Berliner Gemeinschaftsgärten. Geplant ist auch der Aufbau eines Gartengerätepools und einer Saatgutbank zur freien Nutzung (http://www.allmendekontor.de).

Literatur

Adloff, Frank/Mau, Steffen (Hg.) (2005): Vom Geben und Nehmen. Zur Soziologie der Reziprozität, Frankfurt a.M./New York.

Bauer, Joachim (2008): Das Gedächtnis des Körpers. Wie Beziehungen und Lebensstile unsere Gene steuern, München.

Hüther, Gerald (2011): Was wir sind und was wir sein könnten. Ein neurobiologischer Mutmacher, Frankfurt a.M.

Müller, Christa (Hg.) (2011): Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt, München.

Werner, Karin (2011): »Eigensinnige Beheimatungen. Gemeinschaftsgärten als Orte des Widerstandes gegen die neoliberale Ordnung«, in: Müller, Christa (Hg.): a.a.O., S. 54-75.

Christa Müller (Deutschland) ist Soziologin und Autorin. Seit vielen Jahren forscht sie über ländliche und urbane Subsistenz. Sie ist geschäftsführende Gesellschafterin der Stiftungsgemeinschaft anstiftung & ertomis in München. Ihr neuestes Buch trägt den Titel *Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt.* Sie bloggt auf http://www.urban-gardening.eu.

Mundraub? Allmendeobst!

Katharina Frosch

Spätsommer 2009, in einer ländlichen Gegend im Osten Deutschlands: Flirrende Hitze, der süßlich-schwere Geruch vergärenden Obstes liegt in der Luft. Ein Baum saftiger Birnen, zu seinen Füßen liegen knöchelhoch verfaulende Früchte. Nur ein Steinwurf entfernt Sträucher mit wilden Pflaumen und Mirabellen, Holunderbüsche und ab und an ein Apfelbaum, vielleicht sogar eine alte, seltene Sorte? Eine Fülle an frischem Obst – in durchschnittlichen Jahren sind es sehr viel mehr, als Vögel, Insekten und andere Tiere als Nahrung benötigten – vergessen, verlassen, ungenutzt.

Gehört dieses Obst uns allen? Dürfen wir es ernten? Derzeit gibt es zumindest in Deutschland keine herrenlosen Bäume: Streuobstwiesen außerhalb von Siedlungen gehören meist Privatpersonen, selbst wenn sie nicht umzäunt sind. Die kilometerlangen Obstbaumalleen, die das Landschaftsbild in den neuen Bundesländern prägen, gehören Kommunen, Land oder dem Bund, fruchtige Parkbäume den Städten. Obst zu ernten, ohne die jeweiligen Eigentümer um Erlaubnis zu fragen, kommt demnach schlicht und einfach Diebstahl gleich.

Die Fülle an in Vergessenheit geratenem Obst im öffentlichen Raum und die fehlenden Informationen über die jeweiligen Eigentumsrechte – dies zusammen kommt einem Aufruf zum Handeln gleich. Wen fragen wir, wenn wir auf einen offensichtlich in Vergessenheit geratenen, brechend vollen Obstbaum stoßen, der sich uns geradezu anbietet? Die Webplattform http://www.mundraub.org lädt dazu ein, solche Bäume auf einer interaktiven Karte einzutragen (zu »taggen«), und Standortinformationen über bereits eingetragene Bäume abzurufen, die beerntet werden können. Auf der Startseite rufen einige grundlegende Regeln aber auch dazu auf, Privateigentum zu respektieren und darauf zu achten, den Bäumen und der umliegenden Flora und Fauna keinen Schaden zuzufügen – kurz: sich fair zu verhalten.

Seit dem Start im Jahr 2009 haben mehr als eine halbe Million Menschen auf die Webseite zugegriffen. Mehrere Hundert arbeiten aktiv an der Online-Obstbaumkarte mit. Ungefähr 3000 Fundstellen sind bisher eingetragen. Grob geschätzt entspricht dies 20.000 bis 30.000 Obstbäumen. Ist diese Wiederentdeckung von Allmendeobst basierend auf der Mundraub-Map ein weiteres Beispiel für Elinor Ostroms Theorie, wie Menschen gemeinschaftlich und selbstorganisiert ein Kollektivgut effektiv nutzen und dauerhaft bewahren können?

Allen Unkenrufen zum Trotz, dass nun Horden rücksichtsloser, hungriger Städter über private Obstplantagen in ländlichen Gegenden herfallen und die ansässigen Landwirte in den Ruin treiben würden, gibt es keinerlei Hinweis darauf, dass seit dem Start der Mundraub-Initiative mehr Obst gestohlen wurde oder mehr Schäden entstanden sind als gewöhnlich. Die Nutzer übernehmen intuitiv Verantwortung: Mehr als einmal wurde eine Fundstelle auf allgemeinen Wunsch der Nutzer aus dem Netz genommen und damit »unsichtbar« gemacht, um den Ort vor Übernutzung zu bewahren.

Viele der mehr als 150 Presseartikel über die Mundraub-Initiative titeln »Gratisobst für alle«. Doch die meisten Nutzer fühlen sich der Idee des Teilens und des »Crowdsourcing«[1] stark verbunden. Umsonst Obst zu ernten steht hinter dem Gedanken zurück, etwas beitragen zu wollen: Sie tragen Bäume ein, starten Diskussionen über botanische Details, verbreiten Rezepte oder alte Kulturtechniken in Verbindung mit lokalen Obstsorten weiter, und – besonders wertvoll! – sie erzählen wundervolle Anekdoten über die Fundstellen.

Die Informationen auf http://www.mundraub.org über die Standorte von Obstbäumen, die Eigentumsverhältnisse und einige wenige »Benimmregeln« helfen den Mundräubern also tatsächlich, gemeinsam Verantwortung für diese Fruchtfülle zu übernehmen: selbstorganisiert, jenseits von Markt und Staat und ganz im Sinne der »Ostrom-Schule«.

Ein langer Weg liegt aber noch vor uns, um diese wiederentdeckte Allmende zu erhalten. So brauchen Obstbäume regelmäßig fachkundige Pflegeschnitte, mitunter auch Nachpflanzungen. Doch der erste Schritt ist getan.

Katharina Frosch (Deutschland) ist Ökonomin und arbeitet zu sozialer Innovation in der urbanen Landwirtschaft. Sie ist Mitbegründerin von http://stadtgarten.org sowie http://mundraub.org (vom Rat für Nachhaltige Entwicklung mit dem Nachhaltigkeitspreis 2009 ausgezeichnet).

1 | Crowdsourcing bezieht sich hier auf die kollaborative und selbstorganisierte Sammlung und Pflege von Informationen zu Allmendeobstbäumen durch eine Vielzahl von eigenmotivierten, den Plattformbetreibern weitestgehend unbekannten Akteuren auf http://www.mundraub.org (Zugriff am 12.11.2011).

Leben im Lebensgarten

Margrit Kennedy

In 65 Häusern einer Munitionsfabriksiedlung – die Ende der dreißiger Jahre für den Zweiten Weltkrieg gebaut wurde – ist seit 1985 eine besondere Gemeinschaft entstanden: der »Lebensgarten Steyerberg«.[1] Hier, mitten in Niedersachsen, leben 100 Erwachsene und 40 Kinder. Das große Gemeinschaftsgebäude ist das kulturelle und soziale Zentrum mit Büros, der Küche und allerlei Seminarräumen, und es bildet mit dem sogenannten »Heilhaus« die materielle Grundlage für unseren Seminarbetrieb. Eines der größten »Wunder,« die ich im Lebensgarten erlebe, ist, welche Vielfalt an Fähigkeiten zutage tritt, wenn all die Spezialisten, die wir in großen Städten haben, nicht da sind und somit die Möglichkeit und Notwendigkeit besteht, ungeübte Fähigkeiten zu entwickeln. Dadurch haben wir eine völlig neue Lebensqualität und Wachstumsdimension entdeckt. Denn genau in diesem Bereich ist Wachstum auch in der Post-Wachstums-Ökonomie angesagt. Wachstum an Lebensqualität ist unendlich möglich. An einigen Beispielen möchte ich deutlich machen, was das im Lebensgarten bedeutet, welche Anforderungen es an uns stellt und wie wir damit Ressourcen sparen.

Es begann 1985 mit der Umnutzung der Häuser und des 2000 qm großen Gemeinschaftszentrums. Umnutzung statt Neubau war die Devise. Sie führte zu einer wesentlichen Verringerung an »ökologischen Rucksäcken«. Wir brauchten weniger Baumaterial, weniger Transportenergie und weniger Arbeitszeit, als für einen qualitativ gleichwertigen Neubau nötig gewesen wären. Jede und jeder brachte sich ein und konnte mit der eigenen Geschwindigkeit vorankommen. Im Gemeinschaftszentrum ist jeder Raum nach einem anderen Finanzierungsmodell erneuert worden – teils privat, teils gemeinschaftlich, teils gemischt. Dass so etwas gut funktioniert, hätte ich – bevor ich es erlebt habe – nicht geglaubt. Zur Finanzierung all unserer Vorhaben gehören neben den Mitgliedsbeiträgen, Spenden, zinsgünstigen oder zinsfreien Darlehen von Mitbewohnern und Freunden, den Einkünften aus dem Seminarbetrieb und Bankdarlehen auch unsere freiwilligen Arbeitseinsätze. Letztere werden so organisiert, dass es Spaß macht, sich zu beteiligen. Die Aufnahme von Krediten haben wir soweit wie möglich vermieden, weil unsere Einkünfte von Jahr zu Jahr schwanken.

1 | Siehe unter: http://www.lebensgarten.de/ (Zugriff am 12.11.2011).

Eine der wichtigsten Einrichtungen, um Einkaufsfahrten zu vermeiden, ist das »Lebensmittel-Distributionszentrum«, abgekürzt LeDi. Hier bekommen wir fast alles, was an biologischen Lebensmitteln oder ökologischen Produkten notwendig ist, und zwar zum Großhandelspreis, zu dem wir es beziehen. Alle Erwachsenen und die älteren Jugendlichen haben einen Schlüssel zum LeDi und können damit 24 Stunden am Tag das Benötigte entnehmen und die errechnete Summe auf ihren Abrechnungskarten von ihrer vorausbezahlten Einlage abziehen. Das spart eigene Vorratshaltung und funktioniert bereits seit mehreren Jahren.

Neben der umfangreichen praktischen Nachbarschaftshilfe in allen Lebenslagen gibt es einen »Carpool«, durch den sich mehrere Lebensgärtnerinnen und -gärtner die Autos teilen. In der »Boutique« können die Einen nicht mehr genutzte Kleider aufhängen und die Anderen diese kostenlos entnehmen. Etwa die Hälfte der Bewohner hat sich vor Ort eigene Arbeitsplätze im sozialen, im Gesundheits- oder im handwerklichen Bereich geschaffen. Der Lebensgarten ist durch die Angebote von Unterkünften im Heilhaus und in privaten Häusern gar zum zweitgrößten Beherbergungsbetrieb der Region avanciert. Er ist zudem ein Nukleus für Existenzgründungen und bietet ein sonst fast nur in Großstädten auffindbares innovatives Milieu für kooperative Zusammenschlüsse von Selbständigen. Neben Tanz, Yoga und Bewegungsangeboten sind auch die Lebensgartenkneipe – inklusive gelegentlicher Disco – und das sonntägliche Vereinscafé mit dem Kuchen unserer Biobäcker nicht zu vergessen.

Die Lebensgartenküche bietet allen eine großartige Gelegenheit, nicht selbst kochen zu müssen, sondern stattdessen in abwechslungsreicher Gesellschaft lecker und gesund zu essen. Wir haben uns für biologisch-vegetarische Ernährung entschieden, denn Fleisch- und Milchkonsum sind für einen großen Teil der Treibhausgase verantwortlich. Selbstredend kann jeder zuhause auch »sein eigenes Süppchen nach eigenem Gusto kochen«.

Noch wesentlicher als die Mehrfachnutzung von Fähigkeiten, Räumen, Autos und Geräten scheint mir unsere Erfahrung im Umgang mit Konflikten. Schließlich ist das eigentlich Erstaunliche, dass es den Lebensgarten überhaupt noch gibt. Nach allen Studien über Gemeinschaften sollten wir längst an inneren Konflikten zerbrochen sein, denn wir sind – was unsere soziale Vielfalt betrifft – ein kleiner Kosmos verschiedener religiöser, spiritueller, philosophischer Richtungen. Auch was Alter, Bildung, Einkommen, Herkunft und berufliche Erfahrungen anbelangt, sind wir alles andere als homogen. Die meisten kamen daher mit eigenen Vorstellungen, wie der Lebensgarten auszusehen oder zu funktionieren hätte. Das erzeugt immer wieder Spannungen, denn niemand ist in einer Gemeinschaft aufgewachsen oder kennt Spielregeln für ein solches soziales Miteinander. Die Regeln haben wir also selbst entwickeln müssen, und wir entwickeln sie täglich weiter, mit allen, die neu zu uns kommen. Eine Regel für den Konfliktfall ist, dass wir gegebenenfalls einen neutralen Dritten hinzuziehen, der zwischen den Konfliktparteien vermittelt. Wenn das nicht genügt, streben wir einen Mediationsprozess an.

Bisher haben wir alle wichtigen Entscheidungen im »modifizierten Konsens« getroffen. Wenn eine Person mit einer Entscheidung nicht einverstanden ist, die sie oder ihn betrifft, dann muss dieses Mitglied gefragt werden, ob es damit leben kann, wenn diese Entscheidung trotzdem gefällt wird. Ist das nicht der Fall, wird

die Entscheidung in den weitaus meisten Fällen nicht getroffen. Dieses Verfahren ist letztlich schneller und nachhaltiger als demokratische Abstimmungsverfahren, wie wir sie aus vielen Gruppenprozessen kennen, weil dann oft diejenigen, die überstimmt werden, auf irgendeine Art und Weise – vielleicht sogar unbewusst – die getroffene Entscheidung später zu unterlaufen versuchen.

Im Lebensgarten *muss* niemand irgendetwas tun, außer die Gesetze des Landes beachten und einen Beitrag von rund 30 Euro pro Monat in die Vereinskasse zahlen. Jede und jeder ist für sich selbst verantwortlich, und alle wissen, dass sie damit auch Verantwortung für die Gemeinschaft insgesamt tragen. In zahlreichen Zweckbetrieben und Gruppen wird dieses Wissen weitergegeben. Das reicht von den vegetarischen Kochkursen über die Schule für Verständigung und Mediation, das Zentrum Gewaltfreie Kommunikation Steyerberg, den Verein für Achtsamkeit und Verständigung und den Waldkindergarten bis zur lokalen »Artabana«-Gruppe, einer Patientensolidargemeinschaft, die eine selbstorganisierte Alternative zum staatlichen Krankenkassensystem bietet.[2] Viele Beteiligte und Engagierte kommen von außerhalb. Auch die verschiedenen Meditationsformen führen Menschen von hier und »von draußen« zusammen. Mit der Gaia Academy bietet der Lebensgarten zudem eine Bildungseinrichtung, die Action Learning mit Permakultur[3] und anderen Ansätzen zur praktischen Umsetzung unternehmerischer Ziele für eine gesunde und nachhaltige Welt verbindet.

Der Anteil an selbst produzierten Lebensmitteln, die in der Lebensgartenküche verwendet werden, wächst, seit direkt neben unserem Gelände ein Permakulturpark entsteht, in dem Obst, Gemüse und Blumen angepflanzt und geerntet werden. Letztlich bringt uns die wachsende Zahl dezentraler Strukturen mehr Autonomie, sie schont die Ressourcen und bietet gute Bedingungen für die Rückgewinnung nachhaltiger Existenzbedingungen für Mensch und Natur.

Reichtum, so ist uns deutlich geworden, besteht nicht in der Ansammlung von Geld, sondern in der Qualität zwischenmenschlicher Beziehungen. Reichtum vervielfältigt sich in den Möglichkeiten, auf einer tiefen Ebene miteinander zu kommunizieren, zu feiern, Rituale zu entwickeln oder neue Beziehungsmuster zu erproben. Wir erleben das nicht als Verzicht, sondern als ein Modell, das uns gemeinsam reicher macht. Die Natur macht es uns seit Jahrmillionen erfolgreich vor: Wirtschaft ist Vielfalt und nicht Einfalt, Kreislauf und nicht Wettlauf. Nur durch gegenseitiges Verstehen und kreative Verbindungen untereinander gedeiht eine menschliche Gesellschaft.

Margrit Kennedy (Deutschland) ist die Autorin des Bestsellers *Geld ohne Zinsen und Inflation* (übersetzt in 23 Sprachen) sowie zahlreicher Bücher und Artikel über regionale und sektorale Komplementärwährungen, Frauen und Architektur, Permakultur und Stadtökologie; http://www.margritkennedy.de, http://www.monneta.org.

2 | Vergleiche den Beitrag von Beate Küppers in diesem Buch (Anm. der Hg.).

3 | Auch die Transition-Town-Bewegung ist von der Permakultur inspiriert. Vergleiche dazu die Beiträge von Gerd Wessling und Rob Hopkins in diesem Buch (Anm. der Hg.).

Die Rückeroberung der Kredit-Allmende

Auf dem Weg zur Schmetterlings-Gesellschaft

Thomas H. Greco

Die Schlagseiten des Geldsystems

Lokale Währungen und alternative Tauschsysteme haben heute einen festen Platz in der Presse. Selbst Mainstream-Publikationen wie das *Wall Street Journal*, der *Guardian* oder der *Spiegel* sowie regionale und nationale Fernsehsender befassen sich inzwischen mit diesen Themen. Dabei wird zumeist über Projekte berichtet, die den lokalen Geldkreislauf stärken und den Abfluss von Kaufkraft aus einer Region vermeiden wollen, um die Lebensfähigkeit kleiner Betriebe zu stärken und deren Aussichten im Konkurrenzkampf gegen große Unternehmensketten zu verbessern.

Das ist nur zu begrüßen – und doch geht es an dem Problem vorbei, an dem unsere Gemeinschaften und unsere Welt kranken. Viele der Missstände, mit denen wir konfrontiert sind, hängen mit der Natur des Geldes und mit den Mechanismen zusammen, durch die Geld vom seit jeher mächtigsten Kartell erschaffen und verteilt wird. Gemeint ist das globale Geld- und Bankenregime: Es ist auf die Konzentration von Macht und Reichtum ausgelegt.

In jeder entwickelten Volkswirtschaft ist Arbeit hoch spezialisiert; wir stellen nur sehr wenig von dem, was wir zum Leben brauchen, selbst her. Zwangsläufig sind wir daher auf den Austausch von Waren und Dienstleistungen angewiesen, doch der direkte Tauschhandel ist ineffizient, und er setzt das Zusammenfallen von Angebot und Nachfrage voraus: »Ich habe etwas, was du möchtest, und du hast etwas, was ich möchte.« Wenn ich aber nichts besitze, was der andere brauchen könnte, ist ein solcher Tauschhandel unmöglich. Aus diesem Grund wurde das Geld erfunden. Geld ist zunächst und vor allem ein Tauschmedium, eine Art Statthalter, mit dessen Hilfe ein Verkäufer einem Käufer etwas Werthaltiges liefern kann, um sich dann im Tausch gegen das erhaltene Geld von einem Dritten etwas zu beschaffen, das er oder sie benötigt.

Früher wurden verschiedene Waren oder Gegenstände von allgemeinem Gebrauchswert als Tauschmedien verwendet. Nehmen wir an, ich selbst hätte keine Verwendung für Tabak, weiß aber, dass viele andere Tabak begehren, dann könnte ich Tabak als Bezahlung für die von mir angebotenen Äpfel akzeptieren. Dasselbe gilt für Gold und Silber, die mit der Zeit bevorzugt als Tauschmittel eingesetzt wurden.

Geld hat sich über lange Zeit fortentwickelt, es ist längst keine »Sache« mehr. Es ist *Kredit* innerhalb eines aus Konten bestehenden Systems. Dieser Kredit mani-

festiert sich hauptsächlich in Form von »Bankeinlagen« und nur sekundär und in weitaus geringeren Mengen als Banknoten. Jede Landeswährung wird durch den kollektiven Kredit aller Bürger gestützt, die gesetzlich dazu verpflichtet sind, diese Währung zu akzeptieren.

Wir haben heute die Privatisierung der Kredit-Allmende längst zugelassen. Wollen wir Zugang zu ihr erhalten, müssen wir eine Bank bitten, uns Geld zu »leihen«. Mit anderen Worten: Damit Geld entsteht, muss sich jemand verschulden. Tatsächlich aber wird nichts verliehen; Banken erschaffen Geld einfach auf Grundlage des Rückzahlungsversprechens des Kreditnehmers. Oder, wie ich es auszudrücken pflege: Wir überlassen unseren kollektiven Kredit den Banken und bitten sie anschließend, uns einen Teil davon wieder auszuleihen – einen Gefallen, für den wir ihnen dann auch noch Zinsen bezahlen.

Die Folge ist chronischer Geldmangel im produktiven Sektor der Wirtschaft, während gleichzeitig die Zentralregierungen freigebig mit Geld versorgt werden, um mittels Defizitfinanzierung Kriege, Rettungspakete und andere unproduktive Maßnahmen zu finanzieren.

Der bedenklichste Aspekt des gegenwärtigen globalen Geldsystems aber ist der eingebaute Zwang, kontinuierlich Wachstum zu erzeugen. Ich nenne dies den Wachstumsimperativ. Er beruht darauf, dass Geld auf der Basis verzinster Schulden erschaffen wird, so dass die geschuldete Summe mit der Zeit automatisch steigt. Da aber der Zinseszins exponentiell wächst, nimmt die Schuldensumme nicht mit gleichmäßiger, sondern mit sich beschleunigender Geschwindigkeit zu. Um nicht zu kollabieren, ist das weltweite Geldsystem daher auf die kontinuierliche Ausweitung der Verschuldung angewiesen. Die Boom- und Pleitezyklen, von denen wir schon so viele erlebt haben, werden immer extremer und der unausweichliche Wettbewerb der Kreditnehmer um Zugang zu den unzureichenden Kapitalvorräten führt zu einem fortschreitenden Raubbau an der Natur und zu sich stetig verschärfenden sozialen Ungleichheiten.

Die Kredit-Allmende ist der bislang am wenigsten beachtete Teilbereich der Debatte um Gemeingüter, zugleich aber auch der wichtigste, denn Kredite stellen die Grundlage und Substanz des modernen Geldsystems dar, und Geld wiederum ist unerlässlich für den reibungslosen Austausch von Waren und Dienstleistungen. Wer auch immer das Geldsystem kontrolliert, kontrolliert damit praktisch den gesamten Bereich des Materiellen. Die Privatisierung der Kredit-Allmende hat nicht nur einigen Wenigen ermöglicht, die Massen auszubeuten, sie hat auch die Expansion des Ökonomischen über jedes vernünftige Maß hinaus angetrieben und weltweit die Auseinandersetzungen um die Kontrolle über die Ressourcen weiter angeheizt.

Früher basierten die Strukturen der Macht auf einer engen Verflechtung zwischen politischer und geistlicher Gewalt. Kaiser, Könige und Fürsten legitimierten ihre Herrschaft mit dem Verweis auf die religiöse Hierarchie. Solange die Menschen glaubten, für ihr Heil und den Eintritt in den »Himmel« der Kirche und ihrer Priester zu bedürfen, nahmen sie den Status quo klaglos hin. In dem Maße aber, wie sich dieser Glaube änderte, verlor die geistliche Macht allmählich an Einfluss. Heute beruhen die Strukturen der Macht auf der engen Verflechtung zwischen politischer und finanzieller Gewalt. Selbst in nominell demokratischen Ländern sind es die großen Banken und Finanziers mit ihren Helfershelfern in

den Medien, im Bildungs- und Gesundheitswesen und anderswo, die die politische Elite auswählen und die öffentliche Politik bestimmen. Solange die Menschen auf das Geld angewiesen sind, das die Banken ihnen für ihre materielle »Erlösung« und den Zugang zum »Guten Leben« zur Verfügung stellen, werden Menschen immer tiefer in die Schuldenspirale gezogen.

Der Zins, den wir entrichten müssen, wenn wir unseren Kredit von einer Bank »leihen« wollen, ist beileibe nicht das einzige Problem. Ein weiteres ist die Inflation der Geldmenge, die mit der staatlichen Defizitfinanzierung einhergeht. Die meisten Regierungen geben permanent mehr aus, als sie einnehmen. Dadurch entziehen sie der Volkswirtschaft realen Wert im Tausch gegen Scheingeld, das die Banken unter dem Deckmantel des Gesetzes für sie erschaffen. Diese Entwertung der Währung führt auf dem Markt unweigerlich zu höheren Preisen für lebensnotwendige Waren und Dienstleistungen. Zu diesen Belastungen kommen noch obszön hohe Gehälter, Boni und Abfindungen, die sich die Beteiligten selbst dafür auszahlen, dass sie das System aufrechterhalten.

Wer bereit ist, genau hinzuschauen, für den ergibt sich ein glasklares Bild: Das herrschende Geld- und Bankensystem bringt für die Menschen und das Leben auf der Erde unsägliche Ungerechtigkeiten mit sich. Dieses System kann nicht reformiert werden, es kann nur überwunden, sprich *transzendiert* werden.

Transzendenz ist möglich

Die gute Nachricht ist, dass wir nicht Opfer eines Systems bleiben müssen, das ganz offenkundig zu unserem Nachteil wirkt. Wir haben es in den Händen, die Kontrolle über die Kredit-Allmende zurückzugewinnen. Wir können das auf friedlichem Wege tun und ohne das bestehende Finanzregime direkt anzugreifen. Dazu muss nur jeder von uns die Kontrolle über seinen eigenen Kredit ausüben und ihn auf die Unternehmen und Personen übertragen, die das verdient haben (sowie jenen entziehen, die das nicht verdient haben). Mit anderen Worten: Wir müssen unsere Fähigkeiten und Energien den Dingen zukommen lassen, die das Allgemeinwohl sowie die Resilienz, Nachhaltigkeit und Eigenständigkeit von Gemeinschaften stärken.

Wir sind auf die ständige Jagd nach Geld konditioniert, um uns selbst und unsere Familien mit den materiellen Notwendigkeiten des Lebens zu versorgen. Aber Geld ist auch zu einem Instrument der Macht geworden, eine Einrichtung, die einigen wenigen die Möglichkeit gibt, den Lauf der Dinge zu kontrollieren. Solange wir dem Streben nach Geld verfallen bleiben, sind wir nichts weiter als Marionetten, die dem Willen der Puppenspieler folgen – jener kleinen Elite, die (im besten Fall) auf der Basis eines eng begrenzten Eigeninteresses, fehlerhafter Annahmen und maßloser Verblendung heraus agiert.

Vielleicht werden wir ja eines Tages Licht am Ende des Tunnels sehen, aber darauf zu warten, können wir uns eigentlich nicht leisten. Wir müssen teilen, kooperieren und lernen, uns neu zu organisieren. Auf diese Weise können wir das hervorbringen, was ich als »Schmetterlings-Gesellschaft« bezeichne.

Lokale Währungen und Tauschsysteme sind unerlässlich für die Stärkung von Gemeinschaften und Individuen, aber sie müssen auf eine Art und Weise gestaltet

sein, dass sie unsere Abhängigkeit vom politischen Geld sowie von den Banken verringern. In den letzten Jahrzehnten sind rund um die Welt zahlreiche lokale Währungssysteme entstanden. Auch wenn sie dazu beigetragen haben, das Konzept in der Öffentlichkeit besser bekannt zu machen und neue Ansätze zu denken, sind doch die meisten *nicht* auf die Rückgewinnung der Kredit-Allmende ausgelegt. Daher ist es mir so wichtig, zu verdeutlichen, dass eine Währung in den Verkehr gebracht und ausgegeben werden muss, statt für Geld verkauft zu werden. Denn der Eintausch einer lokalen Währung gegen Bargeld, gegen politisches Geld, bedeutet: die Kredit-Allmende in den Händen der etablierten Banken zu belassen. Private Tauschmittel sollten allein auf der Basis erzeugter Werte ausgegeben und zwischen lokalen Produzenten ausgetauscht werden, insbesondere den kleinen und mittleren Unternehmen, die das Rückgrat jeder Ökonomie bilden.

Es ist durchaus möglich, ein völlig neu strukturiertes Geld-, Banken- und Finanzsystem zu organisieren, eines, das zinsfrei und dezentralisiert ist und nicht von Banken oder Zentralregierungen kontrolliert wird, sondern von den Unternehmen und Einzelpersonen, die sich gemeinsam in bargeldlosen Handelsnetzwerken organisieren.

Jede Gruppe von Handelstreibenden kann vereinbaren, ihren kollektiven Kredit innerhalb der Gruppe und zinsfrei zu vergeben. Genau genommen handelt es sich dabei nur um eine Ausweitung der gebräuchlichen Geschäftspraxis, Waren auf Rechnung zu verkaufen: »Ich liefere Ihnen die Waren jetzt und Sie bezahlen mich später.« Nur mit dem Unterschied, dass die Praxis nicht bilateral, sondern innerhalb einer Gemeinschaft vieler Käufer und Verkäufer angewendet wird. Geschieht das in ausreichend großem Maßstab und unter Einbeziehung einer breit gefächerten Palette von Waren und Dienstleistungen, können solche Systeme die den herkömmlichen Geld- und Bankenregimen inhärenten Dysfunktionalitäten vermeiden. Und sie können den Weg zu harmonischeren und gegenseitig vorteilhaften Beziehungen ebnen, die wiederum ein nachhaltiges Haushalten und eine wahre ökonomische Demokratie überhaupt erst ermöglichen.

Gegenseitige Kreditverrechnung statt Geld

Das ist kein phantastisches Hirngespinst, sondern vielmehr bewährte Praxis. Als gegenseitige Kreditverrechnung bezeichnet, wird sie von vielen Hunderttausend Unternehmen weltweit bereits genutzt. Diese Unternehmen, die einer der zahlreichen kommerziellen »Tauschbörsen« angehören, erbringen die für den bargeldlosen Handel erforderlichen Buchhaltungs- und sonstigen Dienstleistungen. In diesem Prozess bezahlen die Dinge, die Sie verkaufen, für die Dinge, die Sie kaufen, unter Verzicht auf Geld als intermediäres Tauschmittel. Statt Dollars oder Euros nachzujagen, benutzt man das, was man hat, um für das zu bezahlen, was man benötigt. Im Gegensatz zum traditionellen Tauschhandel, der auf ein Zusammentreffen von Angebot und Nachfrage zweier Händler angewiesen ist, die etwas besitzen, was der andere möchte, erlaubt die wechselseitige Kreditverrechnung die Verrechnung von Handelskrediten. Das entspricht gewissermaßen einer internen Währung, mit der die Mitglieder eines solchen Systems Waren und Dienstleistungen an andere verkaufen bzw. von diesen erwerben. Schätzungen zufolge gibt es

weltweit mehr als 400.000 Unternehmen, die auf diese Weise jährlich Waren und Dienstleistungen im Wert von über zwölf Milliarden US-Dollar bewegen, ohne sich dabei einer offiziellen Landeswährung zu bedienen.

Das vielleicht beste Beispiel einer solchen Kreditverrechnungsbörse, die seit vielen Jahrzehnten erfolgreich besteht, ist die aus der WIR Wirtschaftsring-Genossenschaft hervorgegangene schweizerische WIR Bank. Die 1934 während der Weltwirtschaftskrise als Selbsthilfeorganisation gegründete Wirtschaftsring-Genossenschaft bot ihren Mitgliedern die Möglichkeit, trotz der geringen Liquidität in Franken weiter untereinander Handel zu treiben. Seit einem Dreivierteljahrhundert ist die (zwischenzeitlich in WIR Bank umbenannte) Genossenschaft in guten wie in schlechten Zeiten weiter gewachsen. Heute zählt die Bank über 60.000 Mitglieder in der gesamten Schweiz, die jährlich Waren und Dienstleistungen im Wert von rund zwei Milliarden US-Dollar untereinander handeln und ihr Geschäfte nicht in Schweizer Franken, sondern in einer eigenen Verrechnungseinheit namens »WIR-Kredit« abwickeln.

Eine friedliche Revolution bahnt sich an

Die Herausforderung für jedes derartige Netzwerk liegt natürlich darin, so groß zu werden, dass es für seine Mitglieder nützlich wird. Je größer das Netzwerk, desto mehr Möglichkeiten gibt es, Geschäfte bargeldlos abzuwickeln. Am Anfang mag es einiger Unterstützung bedürfen, aber in dem Maße, wie die Mitglieder einander entdecken und erfahren, was die anderen anzubieten haben, werden die Vorteile der Beteiligung am Netzwerk offenkundiger und attraktiver. Wie Facebook, Twitter, My Space und andere soziale Netzwerke werden sie schließlich exponentiell wachsen – und damit den Beginn einer fundamentalen Verschiebung in den politischen wie ökonomischen Machtverhältnissen markieren. Es wird eine friedliche und stille Revolution sein, nicht durch Massendemonstrationen oder Appelle an die Politik ausgelöst, sondern dadurch, dass eine gemeinschaftliche Macht zur Geltung kommt, die uns bereits gehört – indem wir mit unseren Ressourcen gegenseitig unsere Produktivität fördern und dort Kredite vergeben, wo sie gebraucht werden.

Ein Kreditverrechnungsnetzwerk, das offen, transparent und demokratisch ist, hat für die Mitglieder zahlreiche Vorteile:

- eine zuverlässige und partnerschaftliche Quelle für zinsfreie Kredite, die von der Gemeinschaft kontrolliert werden;
- weniger Bedarf an knappen Dollars, Euros, Pfund, Franken oder anderen politischen Währungen;
- ein stabiles und nachhaltiges Zahlungsmittel;
- höhere Umsätze;
- eine loyale Kundenbasis;
- verlässliche Lieferanten;
- eine wohlhabendere und lebenswertere Gemeinschaft.

Was wird nötig sein, damit auf Reziprozität basierende Kreditverrechnungsnetzwerke sich so ausbreiten, wie die sozialen Netzwerke das vorexerziert haben? Das

ist die entscheidende Frage. Eine Antwort darauf steht noch aus. Die WIR Bank ist zwar ein Erfolgsmodell, scheint aber bewusst klein gehalten und von der Ausbreitung über die Schweizer Grenzen hinaus abgehalten worden zu sein. Und der kommerzielle »Tauschsektor« wächst zwar seit über 40 Jahren beständig und hat ein nominell beachtliches Niveau erreicht, im Vergleich zur Gesamtwirtschaft ist sein Volumen aber noch immer verschwindend gering.

So, wie sie heute betrieben werden, sind kommerzielle Bartersysteme (Tauschringe) selbstbegrenzend. Sie bürden ihren Mitgliedern zumeist erhebliche Lasten auf. Dazu gehören hohe Teilnahmegebühren, ausschließliche Mitgliedschaften, eine begrenzte Menge und Vielfalt an verfügbaren Waren und Dienstleistungen innerhalb der einzelnen Tauschbörsen, der Einsatz proprietärer Softwareprogramme und eine zu geringe Standardisierung der Abläufe, was die Möglichkeiten der Mitglieder einer Tauschbörse zum Handel mit Mitgliedern anderer Tauschbörsen erheblich beschränkt.

So gut wie alle kommerziellen Tauschringe sind klein, lokal begrenzt und werden von gewinnorientierten Unternehmen organisiert. Kleinheit, lokale Kontrolle und Unabhängigkeit sind zwar erstrebenswert, aber ein neues, umfassendes Tauschsystem aufzubauen erfordert mehr. Was die Welt heute braucht, ist ein Zahlungsmittel, das zwar lokal kontrolliert wird, aber global nützlich ist. Es muss den Mitgliedern lokaler Tauschnetzwerke die Möglichkeit geben, kostengünstig und mit geringem oder gar keinem Risiko Handel mit Mitgliedern anderer Tauschringe zu treiben.

Wenn die folgenden Bedingungen erfüllt sind, kann sich meiner Meinung nach der bargeldlose Handel auf Grundlage wechselseitiger Kreditverrechnung flächendeckend durchsetzen:

1. Die Mitglieder sollten im Netzwerk nicht nur langsam umlaufende Waren und Luxusdienstleistungen anbieten, sondern ihre gesamte Palette an Waren und Dienstleistungen, und zwar zu ihren üblichen Preisen. Das wird interne Handelskredite wertvoll und wirklich nützlich machen.
2. Wie jeder Netzbetreiber sollten auch die Betreiber von Tauschbörsen die Mitgliedschaft für alle öffnen und sie an möglichst wenige Bedingungen knüpfen.
3. Kreditlinien (Überziehungsprivilegien) müssen entsprechend der Fähigkeit und Bereitschaft der einzelnen Mitglieder zur Durchführung von Tauschgeschäften festgelegt werden, etwa nach Stand der bisher von ihnen getätigten Verkäufe innerhalb des Netzes.
4. Tauschbörsen müssen für und durch die Mitglieder auf transparente, offene und für Anregungen empfängliche Weise betrieben werden.
5. Die Mitglieder müssen ihrer Pflicht nachkommen, die mit dem Management der Tauschbörsen beauftragten Personen ausreichend zu überwachen und anzuleiten.
6. Der Betrieb der Tauschbörsen muss so weit standardisiert werden, dass die internen Werte der Kredite verschiedener Tauschbörsen miteinander vergleichbar werden und bleiben.

In dem Maße, wie geldlose Tauschbörsen diese Anforderungen erfüllen, werden sie zu Modellen, denen andere Tauschsysteme folgen. Dann wird eine Phase des rapiden Wachstums einsetzen und mit der Zeit ein globales Handelsnetzwerk ent-

stehen, das Geld überflüssig macht und die Entwicklung einer freieren, harmonischen Gesellschaft ermöglicht.

Literatur

Greco, Jr., Thomas H. (2009): The End of Money and the Future of Civilization, Edinburgh.

Greco, Jr., Thomas H./Megalli, Theo (2005): An Annotated Précis, Review, and Critique of Prof. Tobias Studer's WIR and the Swiss National Economy, online unter: http://reinventingmoney.com/documents/StuderbookCritique.pdf (Zugriff am 09.07.2011).

Riegel, Edwin Clarence (1973): Flight from Inflation, Los Angeles.

Videos[1]

Fernsehbericht über die WIR Bank von RAI3, online unter: http://www.atcoop.com/WIR_Video_3.htm.

Money as Debt, online unter: http://www.moneyasdebt.net/. Mit deutschen Untertiteln online unter: http://video.google.com/videoplay?docid=6433985877267580603#.

The Essence of Money: A Medieval Tale, online unter: http://www.digitalcoin.info/The_Essence_of_Money.html oder unter: http://www.youtube.com/watch?v=qBXjaxMneo.

Thomas H. Greco (USA) ist Autor, Netzwerker, Berater und Aktivist. Er war als Ingenieur, Unternehmer und Privatdozent tätig. Er gilt als führender Experte für geldlose Tauschsysteme, Gemeinschaftswährungen und gemeinschaftsbasierte wirtschaftliche Entwicklung. Neueste Veröffentlichung: *The End of Money and the Future of Civilization* (2009); http://beyondmoney.net.

1 | Zugriffe am 09.07.2011.

Das Mietshäuser Syndikat

Stefan Rost

Nicht selten lehnen sich jene, die gleich mehrere Häuser und Grundstücke eingezäunt haben, zurück, um nach Belieben darüber zu verfügen und zugleich die weniger Begüterten zu belehren: dass die Erde endlich ist und Grundstücke nicht unbegrenzt verfügbar; dass Häuser als knappe und begehrte Güter ihren Preis haben, da sie teuer gekauft und erhalten werden müssen; und dass deswegen leider ein immer größerer Teil des Einkommens für die Mieten zu entrichten ist. In Freiburg, der Stadt, in der ich lebe, sind es durchschnittlich 40 Prozent.

Das führt hin und wieder zu Reibereien mit kleinen, unbelehrbaren Gruppen, die eigensinnig auf der Idee beharren, ihr Mietshaus als Gemeingut zu reklamieren – gerade weil die Erde endlich ist und bebaubare Grundstücke nur begrenzt verfügbar sind; weil ganze Generationen von Mieterinnen und Mietern jahrzehntelang den Eigentümerinnen und Eigentümern Haus und Grund verzinst und somit bereits mehrfach abbezahlt haben. Vor allem aber, weil sie gern ihr Schicksal – in diesem Fall ihr Dach über dem Kopf – in die eigenen Hände nehmen und gemeinsam gestalten wollen.

Auslöser solcher Initiativen ist oftmals die drohende Verdrängung, wenn Hauseigentümer versuchen, mittels Verkauf, Aufteilung in Eigentumswohnungen oder Abriss und Neubebauung ihre Einnahmen zu optimieren.

Manchmal, wenn gute Öffentlichkeitsarbeit, Engagement und Glück zusammenfallen, hat dieses Aufbegehren gegen den gewohnten Lauf der Dinge Erfolg: Dem Hauseigentümer wird nach oft jahrelanger Auseinandersetzung die Verantwortung für sein Eigentum abgekauft (sic! – S.R.) und ein selbstorganisiertes Mietshausprojekt entsteht.

So ähnlich kam es auch zum Gretherprojekt in Freiburg. Alte Fabrikgebäude, die die Stadtplaner abreißen und durch eine sogenannte zeitgemäße Neubebauung ersetzt wollten, konnten nach und nach aus der Verwertungsmaschinerie herausgenommen und mit preisgünstigen Wohnungen für rund 100 Menschen nebst allerlei Projekträumen ausgebaut werden. Das Freie Radio Dreyeckland fand hier sein Domizil, das Strandcafé, das Rasthaus (eine Anlaufstelle für Menschen ohne Papiere, die Sans Papiers), eine Kindertagesstätte, ein Frauen-Lesbenzentrum, die Rosa Hilfe, ein Laden für fair hergestellte Kleidung und eine Druckerei. Vor etwa 20 Jahren hat auch das Mietshäuser Syndikat hier seinen Anfang genommen.

Die Idee, Häuser und Grundstücke als Gemeingut zu organisieren, ist nicht

neu.[1] Wohnungsgenossenschaften gibt es in vielen Ländern seit dem 19. Jahrhundert. Daneben existieren zahlreiche traditionelle Großgenossenschaften, die viele Jahrzehnte alt sind und Tausende von Wohnungen verwalten. Und nach den Ereignissen von 1968 ist ein bunter Haufen unterschiedlicher kleiner Wohnprojekte entstanden, die meist nur aus einem, manchmal auch mehreren Häusern bestehen. Nicht alle sind, wie das Gretherprojekt, aus Konfliktsituationen hervorgegangen. Viele wurden einfach »nur« gekauft. Solche Projekte treten in unterschiedlichen Rechtskleidern auf, von der eingetragenen Genossenschaft über Vereine und Stiftungen bis hin zur Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH). Auch wenn bislang kaum jemand sein Wohnprojekt und dessen spezifische gemeinschaftliche Eigentumsform als »Commons« bezeichnet, sind die Parallelen zu anderen Gemeingütern und sozialen Konflikten doch offensichtlich.

Das Mietshäuser Syndikat[2] erscheint zunächst wie ein Sammelsurium von über 50 sehr verschiedenen Mietshausprojekten, die unregelmäßig über Städte und Dörfer Deutschlands verstreut liegen, von der Polit-WG im Einfamilienhaus zum Seniorinnenwohnprojekt, vom Gewerbebau zum Soziokulturzentrum, vom großen Mietshaus mit Alleinerziehenden, Familien, Wohngemeinschaften, Läden und Werkstätten bis hin zum ehemaligen, ausgebauten Kasernenensemble mit über 200 Bewohnerinnen und Bewohnern. Was verbindet all diese rechtlich selbständigen Hausprojekte?

Auf den ersten Blick ist der normale Betrieb kaum anders als der einer Hausgenossenschaft: Die Versammlung aller Mietparteien (»Hausverein«) entscheidet demokratisch im Rahmen der Satzung über Vermietung, Hausverwaltung, Bauvorhaben, Finanzierung und Miethöhe. Bemerkenswert aber ist, dass der Eigentumstitel nicht bei diesem Hausverein, sondern bei einer klassischen Kapitalgesellschaft, einer GmbH liegt. Warum?

Ein Hausprojekt soll Generationen überdauern. Das Haus als Gemeingut desgleichen. Oft vergehen Jahre oder Jahrzehnte, in denen die idealistische Pioniergeneration noch Verantwortung für das Projekt trägt; doch mit der Zeit ändern sich nicht nur die Bewohner, sondern auch die Zielvorstellungen und zudem das Gemeinschaftsvermögen: Die Immobilie ist weitgehend entschuldet, während ihr Marktwert in der Regel steigt. Existiert nun die Möglichkeit bzw. der Wunsch, die Häuser entsprechend ihrem Marktwert zu verkaufen, steht einer Privatisierung oft nur noch eine Satzungsbestimmung des Vereins oder der Genossenschaft im Weg. Diese kann aber mit qualifizierter Mehrheit der Mitglieder aufgehoben und abgeändert werden. Gerade bei Hausprojekten, die längst den Anschluss an aktuelle soziale Bewegungen verloren haben und selbstbezogen vor sich hin dümpeln, ist die Versuchung der Reprivatisierung groß. Eine nunmehr eher zufällige Generation von Nutzerinnen und Nutzern eignet sich dann an, was über viele Jahre und mit der Solidarität vieler Menschen für eine dauerhafte soziale und kollektive Nutzung aufgebaut worden ist. Wenn aber Commons Commons bleiben sollen, sind Regeln und Formen zu finden, die die Reprivatisierung und die Rückführung auf den Kapitalmarkt verhindern.

1 | Siehe dazu auch den Beitrag von Geert de Pauw in diesem Buch (Anm. der Hg.).

2 | Mehr Informationen unter http://www.syndikat.org (Zugriff am 23.10.2011).

Deshalb haben alle Hausprojekte des Mietshäuser Syndikats die Besonderheit, dass der Eigentumstitel der Immobilie nicht unmittelbar beim Hausverein, sondern bei einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung liegt. Diese GmbH der Hauseigentümer hat genau zwei Gesellschafter, zum einen den Hausverein, zum anderen das Mietshäuser Syndikat als eine Art Wächterorganisation. Das Syndikat ist (vereinfacht dargestellt) ein ideeller Verein mit rund 300 Mitgliedern, hauptsächlich Einzelpersonen. In Angelegenheiten wie Hausverkauf, Umwandlung in Eigentumswohnungen oder ähnlichen Zugriffen auf das Immobilienvermögen hat das Mietshäuser Syndikat Stimmrecht, und zwar genau eine Stimme. Die andere Stimme hat der Hausverein. Das hat zur Folge, dass bei Grundsatzthemen eine Veränderung des Status quo nur mit Zustimmung beider Gesellschafter beschlossen werden kann: Weder der Hausverein noch das Mietshäuser Syndikat können überstimmt (»majorisiert«) werden; oder anders ausgedrückt: Es gibt ein gegenseitiges Vetorecht. Das gilt auch für Satzungsänderungen. Damit aber das Selbstbestimmungsrecht des Hausvereins nicht von der »Kontrollorganisation« ausgehebelt werden kann, ist das Stimmrecht des Mietshäuser Syndikats auf wenige Grundlagenfragen beschränkt. Bei allen anderen Angelegenheiten hat generell der Hausverein alleiniges Stimmrecht.

Für diese Form des gemeinschaftlichen Wohneigentums mit »Gewaltenteilung« zwischen Hausverein und Mietshäuser Syndikat – man könnte es auch als »Zwei-Kammern-System« bezeichnen – eignet sich die Rechtsform der GmbH, während sich die eingetragene Genossenschaft nicht als geeignet erwiesen hat.

Hinzu kommt, dass das Syndikat in seiner Rolle als »Kontrollorganisation« zugleich Gesellschafter in jeder Hausbesitz-GmbH ist. Es fungiert damit als Bindeglied der verschiedenen GmbHs. Und zwar fest und dauerhaft, denn eine GmbH ist von einem Gesellschafter einseitig nicht auflösbar. Im Ergebnis entsteht ein Verbund selbstorganisierter Hausprojekte mit dem Mietshäuser Syndikat als organisatorischem Rückgrat, in dem sich ein vielfältiges Geflecht von Kommunikation und Beziehungen entwickelt.

Eine zentrale Rolle spielt dabei die Idee der Solidartransfers von Altprojekten zu Neugründungen. Zum einen wird das Know-how der Altprojekte weiter vermittelt durch die Beratung neuer Projektinitiativen; schließlich muss man das Rad nicht jedes Mal neu erfinden. Zum anderen zahlen die bestehenden Projekte von Anfang an jährlich wachsende Beiträge in den gemeinsamen Solidarfonds zugunsten neuer Projektinitiativen, da durch die allmähliche Tilgung der Bau- und Kaufkredite die Zinslast sinkt.

Das Mietshäuser Syndikat ist für neue Projektinitiativen grundsätzlich offen. Zwar ist die Zahl der Bewohnerinnen und Bewohner eines Hausprojekts begrenzt, es gibt aber keinen Grund, mit den Ideen von Selbstorganisation, von Solidartransfers und von Häusern und Grundstücken im unverkäuflichen Gemeineigentum an den eigenen Grundstücksgrenzen Halt zu machen.

Stefan Rost (Deutschland) ist Maurer, lebt in Freiburg und ist aktiv im Mietshäuser Syndikat und im Recht-auf-Stadt-Netzwerk Freiburg.

Die Stadt von morgen steht auf Gemeinschaftsland

Geert de Pauw

Zwischen Krise und Hoffnung

In der Gegend um Brüssel haben sich die Preise für Wohnraum zwischen 2000 und 2010 verdoppelt. Sozialwohnungen wurden im gleichen Zeitraum kaum gebaut, während die Nachfrage stieg. Dies hat zu Wartezeiten von zehn Jahren und mehr geführt. Daher stehen viele Familien inzwischen vor der Wahl, in beengten Verhältnissen zu leben oder aus Brüssel wegzuziehen.

Angesichts dieser Situation begann man im Gemeindezentrum Buurthuis Bonnevie in Molenbeek, einer der ärmsten Gegenden Brüssels, zu überlegen wie man erschwinglichen Wohnraum selbst schaffen könnte. Es entstand das Projekt »L'Espoir«, in dessen Rahmen in Molenbeek 14 neue Wohnungen errichtet wurden. 14 Großfamilien mit Migrationshintergrund und niedrigem Einkommen konnten sich so eine eigene Wohnung leisten. Der Erfolg von »L'Espoir« (frz. für »Hoffnung«) beruhte nicht zuletzt auf der intensiven Beteiligung der Familien am gesamten Prozess. Das Projekt bewies mit dem Bau der ersten Mehrfamilien-Passivhäuser Brüssels zudem, dass umweltbewusstes Wohnen kein Privileg für Besserverdienende sein muss.

Trotz aller Bemühungen, die Baukosten so niedrig wie möglich zu halten, sind solche Projekte ohne erhebliche öffentliche Zuschüsse nicht realisierbar; in diesem Fall wurden 25 Prozent der gesamten Baukosten, etwa 30.000 bis 40.000 Euro pro Familie, vom Staat übernommen. Das war auch nötig, doch nun überlegten wir, ob es für öffentliche Mittel nicht auch Verwendungsweisen jenseits des klassischen Eigentumsprinzips geben müsse. Wir erkannten, dass bei einem künftigen Verkauf der bezuschussten Wohnungen die jetzigen Eigentümer die ursprünglichen Zuschüsse behalten würden, zuzüglich der Wertsteigerung zum Zeitpunkt des Verkaufs. Das Wohneigentum würde dann an den Meistbietenden verkauft, vermutlich an jemanden aus einer höheren Einkommensschicht als die derzeitigen Eigentümer. Was also durch gemeinsames Engagement für bezahlbare Sozialwohnungen entstanden war, würde auf dem Immobilienmarkt enden. Wir sahen uns nach neuen Rezepten um.

Wohneigentumsprogramme sind eine interessante Möglichkeit, um Familien mit niedrigem Einkommen dabei zu unterstützen, eine angemessene Wohnung

zu finden. Wohneigentum emanzipiert, es bietet Sicherheit, Unabhängigkeit und ein gewisses Familienkapital. Allerdings ist eine Wohnungspolitik, die auf der Förderung von Wohneigentum beruht, für die Gesellschaft kaum von Vorteil. Bei traditionellen, staatlich geförderten Wohneigentumsprogrammen können die Objekte nicht mehr als Sozialwohnungen genutzt werden, sobald die Ersteigentümer ausgezogen sind; sie werden stattdessen Teil des Immobilienmarkts, der ja gerade eine Ursache dafür ist, dass einkommensschwache Familien von erschwinglichem Wohnraum ausgeschlossen bleiben. Eine ideale Wohnungspolitik würde daher die Vorteile des Wohneigentums für Individuen mit den Vorteilen des sozialen Wohnungsbaus für die Gesellschaft verbinden.

Die Trusts für Gemeinschaftsland kommen nach Belgien

Wir stellten bald fest, dass wir nicht die einzigen waren, die nach Alternativen suchten. Viele Brüsseler waren betroffen von steigenden Wohnungsmieten, einer unangemessenen Wohnungspolitik, den sich verschärfenden Problemen in Sozialsiedlungen und von der Gentrifizierung, die im Zuge der Stadterneuerung auch in den ärmeren Stadtvierteln eingesetzt hatte. Die Wirtschaftskrise spitzte nun einerseits die Problemlage zu, erzeugte aber andererseits auch eine Atmosphäre, in der Innovation wieder möglich wurde. Im Jahr 2008 lernten mehrere Brüsseler Organisationen erstmals die Trusts für Gemeinschaftsland (Community Land Trusts, CLT) kennen. Sie beschlossen, gemeinsam die Brüsseler Plattform für Trusts für Gemeinschaftsland zu gründen, um das Modell auch in Belgien einzuführen. Wir wollten ein neues Kapitel in der Geschichte dieser Trusts schreiben.

Die ersten dieser Land-Trusts entstanden in den 1970er-Jahren in den USA. Sie stehen in einer langen utopischen Tradition, die privates Eigentum an Grund und Boden als eine der Ursachen für Armut und Ungerechtigkeit erkannte und Gemeineigentum an Grund und Boden als Grundlage einer besseren Gesellschaft sah. Die Ideen von Männern wie Henry George, einem amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler, oder von Ebenezer Howard, dem englischen Vater der Gartenstadtbewegung, inspirierten die Gründer des »New Communities Inc.«, des ersten Community-Land-Trusts. Er wurde 1969 in Albany (Georgia, USA) von dem weißen Friedensaktivisten Swann und dem schwarzen Bürgerrechtler Slater King, einem Cousin Martin Luther Kings, ins Leben gerufen.

Viele weitere Land-Trusts sollten folgen, wobei das Modell nach und nach fortentwickelt wurde. Die Betonung lag dabei auf städtischem Wohnraum. Neue Verwaltungsformen wurden entwickelt und die juristische und wirtschaftliche Organisation verfeinert. Schritt für Schritt entstand eine richtige CLT-Bewegung. In den letzten Jahren, insbesondere nach der amerikanischen Immobilienkrise, fand die Idee in den USA immer mehr Anhänger (ein Dutzend Land-Trusts existierten in den frühen 1980er-Jahren, heute sind es mehr als 240); inzwischen werden sowohl von Basisbewegungen als auch von der Regierung neue Land-Trusts ins Leben gerufen.

Wie funktioniert ein Trust für Gemeinschaftsland?

Jeder Trust für Gemeinschaftsland ist anders, denn jeder Trust ist an die lokalen Bedingungen angepasst; die meisten operieren aber auf Grundlage folgender Prinzipien:

- Während der CLT Eigentümer des Landes bleibt, werden die Nutzer des Landes die Eigentümer der darauf errichteten Gebäude. Dies wird durch einen langfristigen Pachtvertrag zwischen dem Trust und seinen Mitgliedern ermöglicht.
- Die Trusts für Gemeinschaftsland sichern, dass der Wohnraum nicht nur für die jetzigen, sondern auch für die künftigen Bewohner erschwinglich bleibt, indem sie den Verkauf von Häusern und anderen baulichen Verbesserungen des Landes (etwa Geschäfts- oder Wirtschaftsgebäude) zu bezahlbaren Preisen sichern. Der Trust behält sich eine Option für den Rückkauf aller Gebäude auf seinem Land vor, sofern sich seine Eigentümer irgendwann für den Verkauf entscheiden. Im Pachtvertrag wird eine Aufteilung von Wertsteigerungsgewinnen vereinbart, die den Hauseigentümern einen fairen Ausgleich für ihre Investitionen ermöglicht, aber zugleich die Investitionen der Gemeinschaft in die Schaffung des Trusts sichern und Wohnraum erschwinglich halten. Beim Verkauf eines Hauses fließt ein bestimmter Anteil (zum Beispiel 75 Prozent) der Wertsteigerung zurück an den Trust, während der Rest beim Verkäufer bleibt – dieses Prinzip wird für alle künftigen Verkäufe festgeschrieben.
- Trusts für Gemeinschaftsland werden von einer Gemeinschaft verwaltet und demokratisch kontrolliert; die Bewohner – die Mitglieder des CLT – entscheiden darüber, wie der Trust organisiert wird. Es gibt einen Verwaltungsrat, der zu einem Drittel die Menschen repräsentiert, die Land des Trust pachten, ein weiteres Drittel sind Nachbarn, die kein Land vom Trust pachten, und das letzte Drittel besteht aus Vertretern öffentlicher Behörden und Personen, die das öffentliche Interesse repräsentieren. Diese Zusammensetzung soll sicherstellen, dass alle Betroffenen gehört werden, aber niemand seine Interessen einseitig durchsetzen kann.
- Der Trust übernimmt langfristige Verantwortung sowohl für das Gemeinschaftsland als auch für die einzelnen Bauten und ihre Bewohner.

CLTs sind aber mehr als nur eine pragmatische Lösung für bezahlbaren Wohnraum. Das Modell ist zugleich ein Schritt hin zu einer neuen Form fairen Eigentums.

Neue Formen des Grundeigentums

Was wir oft als natürlich akzeptieren, nämlich dass Land sich in Privateigentum befindet, wird durchaus nicht überall als normal angesehen. Schließlich ist das Konzept des Eigentums alles andere als »natürlich«. Menschengemachte Gesetze bestimmen die Rechte eines Hauseigentümers. Es gibt daher auch keinen Grund, nicht über neue und kreative Formen des Eigentums an Grund und Boden nachzu-

denken. Formen, die auf ein besseres Gleichgewicht zwischen den Interessen der individuellen Eigentümer und den Interessen der Gemeinschaft abzielen.

Das gegenwärtige Modell des Grund- und Wohneigentums ist eine wichtige Quelle für Ungerechtigkeit und Ausschluss. Spekulation verursacht Preissteigerungen, so dass ärmere Menschen keinen Zugang mehr zu bestimmten Gegenden haben. Zugleich werden Menschen, die zu arm sind, um Eigentum zu erwerben, und daher Mieter bleiben müssen, weiter in die Armut getrieben.

Wenn wir so vielen Menschen wie möglich Zugang zu ihrem eigenen Heim geben wollen, ohne der Spekulation auf dem Immobilienmarkt in die Hände zu spielen, können wir Eigentumsrechte umdefinieren und einige ihrer Elemente (beispielsweise den Wertzuwachs beim Verkauf) vom Hauseigentümer an die Gemeinschaft übertragen. Genau dies geschieht in den Trusts für Gemeinschaftsland.

Innerhalb von zwei Jahren haben wir in Brüssel viel erreicht. Während das Konzept in Belgien bis vor kurzem noch unbekannt war, wird es heute von Politik und Zivilgesellschaft als ein mögliches Werkzeug zur Bekämpfung der Wohnungskrise betrachtet. Im Jahr 2010 hat die Brüsseler Stadtregierung eine Machbarkeitsstudie zu gesetzlichen, ökonomischen und institutionellen Aspekten der Übertragung des amerikanischen Modells auf die Situation in Belgien in Auftrag gegeben. Gleichzeitig bereiten wir uns auf Neues vor: Die ersten 20 CLT-Häuser sollen schon 2012 verkauft werden.

In den USA haben sich CLTs als ein wirksames Mittel erwiesen, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und Gemeinschaften stärker zu machen. Es liegt nun an uns, zu zeigen, dass das auch hier möglich ist.

Geert de Pauw (Belgien) arbeitet in der Gemeinde Buurthuis Bonnevie in Brüssel und ist Wohnrechtsaktivist. Mit der Plattform Community Land Trust Bruxelles arbeitet er an der Schaffung des ersten Treuhandfonds für Gemeindeland in Belgien; http://communitylandtrust.wordpress.com, http://www.bonnevie40.be.

Artabana – Gesundheitsversorgung in die eigenen Hände nehmen

Beate Küppers

Artaban heißt der Held in der Erzählung *Der vierte Weise* von Henry van Dyke. Wie die Heiligen Drei Könige macht er sich auf die Reise nach Bethlehem, kommt aber nie dort an, weil er auf seinem Weg immer wieder Menschen trifft, die in Not sind.

Artaban ist der Namensgeber von Artabana, einem Netzwerk aus Solidargemeinschaften, in denen Menschen sich gegenseitig unterstützen, gesund zu bleiben. Der Impuls, eine eigenverantwortliche Alternative zu den herkömmlichen Versicherungen zu entwickeln, kam aus der Schweiz, wo vor über 20 Jahren die ersten Artabana-Gemeinschaften entstanden. Seit 2001 ist die Bewegung vor allem in Deutschland immer weiter gewachsen. Sie umfasst mittlerweile an die 2000 Mitglieder.

Artabana funktioniert grundsätzlich anders als eine Versicherung. Etwa 150 lokale Gemeinschaften entstanden auf der Basis von Eigenverantwortung und Solidarität ohne Leistungskataloge oder Rechtsansprüche. Im Leitbild des Netzwerks ist die Anerkennung des Individuums und seiner Einzigartigkeit verankert, das heißt dass jeder Mensch auch seinen individuellen Weg zur Gesundheit suchen und gehen können soll. Schulmedizinische oder alternative Heilmethoden können gleichermaßen frei gewählt werden. Der Fokus bei Artabana richtet sich in erster Linie nicht auf das »Bekämpfen« von Krankheiten, sondern vor allem auf Gesundheit und Vertrauen. Während der meist monatlich stattfindenden Treffen tauschen sich die Mitglieder darüber aus, wie Lebensumstände geschaffen werden können, die gesundheitsfördernd wirken. Sie nehmen einander Anteil und stehen sich in vielfältiger Weise zur Seite.

Die finanziellen Beiträge dienen in erster Linie dazu, dass Menschen, die in Not geraten, geholfen werden kann. Am Jahresanfang gibt jedes Mitglied ein Beitragsversprechen, das sich aus den voraussichtlichen Kosten für die eigene Gesundheitsfürsorge und einem Anteil für den gemeinsamen Solidarfonds zusammensetzt. Die grundsätzliche Motivation sollte nicht danach fragen: »Was kann ich bekommen?«, sondern: »Was bin ich bereit zu geben?« Wenn alle bereit sind, etwas beizutragen, dann wächst das Vertrauen bei den Einzelnen, dass auch sie Hilfe bekommen, wenn sie selber in Not sind. Diese Art des Rückhalts hat eine völlig andere Qualität als die Absicherung in einer Krankenkasse. Gleichzeitig braucht es einen achtsamen Umgang mit den sehr unterschiedlichen Ängsten und Sicher-

heitsbedürfnissen. Und nicht allen fällt es leicht, die Gemeinschaft um Hilfe zu bitten.

Um auch bei größeren Notfällen helfen zu können, schließen sich die lokalen Gemeinschaften zu regionalen Bündnissen zusammen. Außerdem gibt es einen bundesweiten Solidarfonds, aus dem sofort Darlehen zur Verfügung gestellt werden können. Der eigentliche Vorgang des Schenkens findet aber in der Regel dort statt, wo die Menschen sich persönlich kennen – innerhalb der eigenen Gemeinschaft oder in der Region. Die Artabana hat schon viele, auch große Notfälle bewältigt. Dabei ergeben sich oft kreative, individuelle Lösungen. So konnte eine Reha nach einem Schlaganfall schon einmal komplett durch die Therapeuten aus der eigenen Gemeinschaft geleistet werden.

Das Prinzip der Selbstverwaltung greift bundesweit ebenso wie auf regionaler und lokaler Ebene. Der Vorstand des Artabana Deutschland e.V. vertritt die Bewegung nach außen und wird durch eine Reihe von aktiven Mitgliedern unterstützt. Vorstandssitzungen und Telefonkonferenzen sind für alle Artabanis offen. Auf den regionalen und deutschlandweiten Treffen, die mehrmals im Jahr stattfinden, wird die Vielfalt der Bewegung besonders spürbar. Bei allen Auseinandersetzungen und Verschiedenheiten, die während solcher Treffen aufeinanderprallen, sind die Begegnungen immer wieder von Herzenswärme und der Bereitschaft geprägt, sich in Achtsamkeit und Wertschätzung füreinander zu üben. In diesem Sinn ist Artabana auch ein großes Übungsfeld für ein neues, soziales Miteinander. Die Konsensentscheidungen bei der jährlichen Mitgliederversammlung des Vereins bedeuten immer ein gutes Stück Arbeit, denn jede kritische Stimme und jeder Vorschlag will Raum haben und gehört werden.

Die Organisations- und Solidaritätsstruktur bei Artabana ist subsidiär, das heißt alles, was auf einer kleineren Ebene geleistet werden kann, wird nicht auf einer größeren Ebene geregelt. Alles, was eine kleinere Ebene nicht leisten kann, wird von einer größeren Ebene unterstützt. Der Verwaltungsaufwand ist auf diese Weise sehr gering und bleibt auf lokaler, regionaler sowie bundesweiter Ebene weitgehend ehrenamtlich organisiert. Die dauerhafte Leistungsfähigkeit, auch in Großschadensfällen, wird jährlich von einem unabhängigen, staatlich vereidigten Versicherungsmathematiker überprüft und bestätigt, wobei die finanziellen Mittel bei Artabana nicht zentral, sondern überwiegend in Eigenverantwortung der einzelnen Gruppen zur Verfügung stehen und von dort abgerufen werden können.

Artabana lebt vom persönlichen Kontakt der Mitglieder untereinander. Neue Mitglieder werden daher erst nach einer Zeit des Kennenlernens in die Gemeinschaften aufgenommen. Im Internet gibt es eine Liste von öffentlichen Ansprechpartnern in ganz Deutschland, die Hinweise für Interessierte geben. Es kann sinnvoll sein, sich mehrere Gemeinschaften anzusehen oder an einem größeren Treffen teilzunehmen, um ein Gespür für die Vielfalt von Artabana zu bekommen. Denn die Artabana-Idee wird in den lokalen Gemeinschaften auf unterschiedliche Weise umgesetzt. Keine Gruppe gleicht der anderen.

Wer nur der gesetzlichen Krankenkasse entfliehen und Geld sparen möchte, ist bei Artabana nicht richtig. Seit der Gesundheitsreform, die seit 2007 für Angestellte und seit 2009 auch für Selbständige eine Versicherungspflicht vorschreibt, ist es zudem schwierig geworden, eine gesetzliche oder private Kasse zu kündigen. Über

ein Viertel der Artabanis sind ergänzend zu einer regulären Krankenversicherung Teil der Bewegung.

Artabana Deutschland e. V. bemüht sich um eine rechtliche Akzeptanz als anderweitige Absicherung im Krankheitsfall. In die Umsetzung dieses Anliegens ist in den letzten Jahren viel Energie geflossen, eine endgültige rechtskräftige Regelung gibt es noch nicht. Artabana steht für die Vision eines Gesundheitssystems, das die Menschen nicht zwangsweise versorgt, sondern sie vielmehr dabei unterstützt, Gesundheit auf eine heilsame Weise selbst zu organisieren.

Beate Küppers (Deutschland) war im Vorstand des Artabana Deutschland e.V. aktiv und arbeitet aktuell für die Zeitschrift *Oya – anders denken. Anders leben.*

Shared Space: Geteilter Raum ist doppelter Raum

Sabine Lutz

Straßen und Plätze bilden den Raum der Öffentlichkeit, den Raum, in dem Bürger einander begegnen. Solch eine Begegnung kann flüchtig oder intensiv sein, aber sie setzt immer die Möglichkeit des Verweilens voraus. Das aber wird schwierig oder unmöglich, wenn unsere Straßen eigentlich nur noch dem motorisierten Verkehr dienen. Das Konzept »Shared Space« entstand, um diesem einseitigen einen flexiblen und nutzungsoffenen Gebrauch gegenüberzustellen. Die Gestaltung der Straße sollte nicht *eine* Nutzung vorherbestimmen, sondern für viele Gebrauchsweisen offen und adaptierbar sein. Die konkrete Nutzung wird dabei immer dem jeweiligen Kontext und den Anforderungen derer entsprechen, die sie nutzen.

Teilen statt Aufteilen

Soziale Prozesse und Strukturen finden ihren Niederschlag im öffentlichen Raum. Wir aber haben soziales Miteinander durch juristisch reglementiertes Nebeneinander ersetzt, wo Autos, Fußgänger und auch Radfahrer ihren eigenen Streifen haben und jede Nutzung (Einkaufen, Erholen, Wohnen und Arbeiten) einen eigenen Bereich. Shared Space will diese Nutzungen wieder zusammenbringen.

Straßen für Menschen

Öffentlicher Raum kennzeichnet sich dadurch, dass hier die unterschiedlichsten Interessen, Lebensauffassungen und Handlungen aufeinandertreffen können. Die Möglichkeit für Kommunikation und Achtsamkeit, das bewusste Erleben und Handeln, ist dafür essentiell. Achtsamkeit richtet sich sowohl auf die äußere Umgebung als auch auf die inneren Prozesse. Sie geht davon aus, dass wir beides sind: selbständige Individuen und verantwortliche Mitglieder eines Gemeinwesens. Als Individuen sorgen wir für Vielfalt. Als Kollektiv geben wir einander Zusammenhang und Zusammenhalt. Wo könnte das besser zum Ausdruck kommen als auf der Straße?

Innehalten

Wie funktioniert Shared Space? Erstens: Die wichtigste Voraussetzung ist die Entschleunigung des Autoverkehrs. Nur bei niedrigerem Tempo sind Kontakt und Kommunikation möglich. Entschleunigung wird nicht erzwungen, sie entsteht durch eine andere Gestaltung der Straße und hilft dem Autofahrer, seine Routine zu durchbrechen. Autofahrer sehen dann links und rechts und manchmal auch direkt vor sich verschiedene Menschen verschiedene Dinge tun. Sie erkennen, dass die Straße lebt, nicht nur in der Längsrichtung, sondern auch in der Breite. Sie halten inne, fahren langsamer und machen dadurch die Straße für Andere sicherer. Zweitens: Eine andere Gestaltung ermutigt Fußgänger und Radfahrer, die ganze Straße für sich in Anspruch zu nehmen, anstatt nur Trottoirs und Radwege. Sie können dort queren, wo es ihnen passt, nicht nur an den dafür markierten Stellen. Das setzt ein gewisses, aber kein blindes Vertrauen voraus. Auch Fußgänger und Radfahrer tragen Verantwortung für Sicherheit. Sie stellen Kontakt her, vergewissern sich, dass sie gesehen wurden, und signalisieren zugleich den Autofahrern: Du hast die Straße nicht abonniert.

Stellen Sie sich eine Landstraße vor, die mehrere Dörfer verbindet. An der Kreuzung gibt es wegen zu hoher Geschwindigkeit regelmäßig gefährliche Situationen. Der Unfallschwerpunkt macht die Straße in dem für die Naherholung vielgenutzten Gebiet zu einer unerwünschten Barriere. Durchschnittlich passieren 3- bis 4000 Motorfahrzeuge und 750 bis 1000 Radfahrer die Kreuzung. Das Beispiel stammt aus den Niederlanden, die Straße verbindet Ureterp, Siegerswoude und Bakkeveen. Es kostete die Einwohner dieser Dörfer viel Zeit, die Politik von der Machbarkeit eines Shared Space an diesem Ort zu überzeugen. Aber sie gaben nicht nach und verwandelten die einst konventionelle Kreuzung in einen Platz, der den Autofahrern die Nähe der Dörfer vermittelt, auch wenn sie von dort noch nicht sichtbar sind. Die Einwohner nennen ihn heute ihren »Dorfplatz«. Wer sich ihm nähert, sieht zunächst nicht, wie er weiterfahren kann, da die Straße auf der anderen Seite versetzt weitergeführt wird. Man muss sich neu orientieren und fährt langsamer, wodurch der Dorfplatz sicher wird. Viel Sorgfalt wurde auch auf die Möblierung und Bepflanzung verwendet. Der neue Dorfplatz bringt mehr Achtsamkeit und Begegnung. Bei schönem Wetter gibt es dort sogar einen kleinen Eisstand.

Rückgrat und Engagement

Damit gemeinsam genutzte Räume tatsächlich funktionieren, braucht es ein verkehrliches, städtebauliches und gesellschaftliches Gesamtkonzept. Keine teure, halbherzig und nur punktuell trendy gestaltete Straße, sondern eine fachübergreifende Perspektive auf Funktion, Nutzung und die Gestaltung des öffentlichen Raumes. Und dies braucht Politiker mit Rückgrat, die Zusammenhänge erkennen: Eine andere Straßengestaltung führt zu anderem Fahrverhalten, dieses zu weniger Benzinverbrauch und geringerem CO2-Ausstoß.

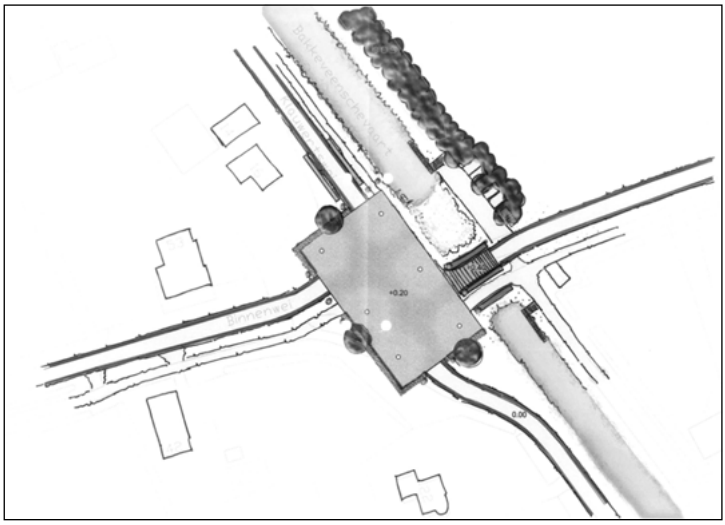
Politiker mit Rückgrat wiederum brauchen verantwortungsvolle Bürger. Shared Space ermöglicht und erfordert eine andere Einstellung und ein anderes Verhal-

ten. Das fällt nicht immer leicht. Bürger fordern Mitsprache und Mitentscheidung, aber wenn es unbequem oder schwierig wird, schieben wir Verantwortung gerne auf Politik, Polizei oder die Wissenschaft ab. Die Herausforderung ist, konsensorientiert und kommunikativ zu handeln, statt uns auf unser Recht zu berufen.

Shared Space steht für partnerschaftliches Miteinander, nicht nur beim Verhalten auf der Straße, sondern auch bei der Meinungsbildung zu aktuellen Fragen. Auch hier gilt es, kreativ zu sein und sich die Arbeit, die Verantwortung und den »Raum« zu teilen. Das bringt mehr Möglichkeiten der Selbst- und Mitbestimmung der Bürger. Bedingung ist, dass alle ihre Position überdenken und Verantwortung übernehmen, statt sich als Lieferanten oder Konsumenten öffentlicher Dienstleistungen zu verstehen.

Shared Space ist ein Plädoyer und eine experimentelle Praxis für solch einen gemeinsamen und kontinuierlichen Lernprozess. Es gibt viel zu tun, um den öffentlichen Raum wieder zu unserem Raum zu machen. Wir haben schon mal angefangen!

Abbildung: Der Entwurf des Dorfplatzes auf der Landstraße Klauwertswei zwischen Ureterp, Siegerswoude und Bakkeveen; eröffnet am 17. Juni 2009.



Sabine Lutz (Niederlande) entwickelt regionale und interregionale Innovationsprojekte an der Schnittstelle von Raumplanung, Landschafts- und Sozialentwicklung, zu denen das EU-Kooperationsprojekt Shared Space gehört. Sie ist Autorin mehrerer Bücher und Artikel zum Thema Shared Space, die auf http://www.stichtingommelanden.nl verfügbar sind.

Commonarden nutzen gemeinsam ein Ding, um damit Fun und ein cooles Leben zu haben. Statt bloß fett an sich selbst zu denken, commonizieren sie. Commonizieren heißt, einfach mal gechillt abhängen, um die Sache in Ruhe zu belabern, damit die anderen Kumpels übermorgen auch noch was von dem Ding haben. Und halt Du Dich da raus Vadder, denn das kriegen wir schon selbst hin. Kapiert?
Jakob Bauer auf http://commonsblog.de

Transition – Initiativen des Wandels

Gerd Wessling

Das hätte sich Rob Hopkins bestimmt nicht träumen lassen, als er im Jahr 2006 mit seiner Familie von Irland in die britische Kleinstadt Totnes zog und die weltweit erste Transition-Town-Initiative[1] gründete. Fünf Jahre später gibt es mehr als 400 »offizielle« Transition-Initiativen in über 38 Ländern. Mehrere Tausend in vielen Städten, Gemeinden und Regionen der Welt befinden sich in Gründung. Das Transition-Modell überwindet kulturelle Schranken. Es ist offen genug, um Menschen in Brasilien ebenso wie in Schweden zu begeistern und bietet genügend Gemeinsamkeiten, diese Menschen global im Denken zu verbinden. Wobei es sie zugleich ermuntert, sich in der Praxis sehr stark an die lokalen Umstände anzupassen.

Was macht das Transition-Modell so anziehend für so viele, äußerst unterschiedliche Menschen und Kulturen? Was lässt Männer, Frauen und Kinder in einer Art und Weise aktiv werden, die ihnen bisher oft fremd war? Sei es in öffentlichen Gartenprojekten, dem Wiedererlernen vergessener Kulturtechniken, in Mobilitäts- und Energie-Gruppen und anderen mehr. Die Antwort darauf findet sich vielleicht in den Wurzeln der Bewegung.

Weniger ist mehr

Die Transition-Bewegung bezeichnet sich gerne als »Kopf, Herz und Hände« der Energie- und Kulturwende. Wichtig ist ihr dabei, die Balance zwischen den drei Komponenten zu wahren, so dass keine die anderen verdrängt. In den »Kopf«-Bereich fließen die wissenschaftlichen und mentalen Motivationen mit ein, die Hopkins und seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter in Totnes die erste Transition-Town gründen ließen. Dazu gehört die Erkenntnis, dass gerade der bisherige Lebensstil in der westlichen Welt so nicht aufrechtzuerhalten sein wird.

Anstatt nun ein Weltuntergangsszenario zu propagieren, begreift die Transition-Bewegung diese negativen Entwicklungen eher als Chance – gerade für den Westen –, durch die Umstellung auf eine sanftere, ressourcenschonende und auf das Miteinander der Zivilgesellschaft bauende Lebensweise schon jetzt unsere Lebensqualität deutlich zu erhöhen. Damit geht einher, den Verzicht – wogegen Men-

1 | Siehe unter: http://www.transition-initiativen.de; http://www.transitionculture.org; http://www.transitionnetwork.org.

schen aus Angst oft Widerstände entwickeln – auf viele lieb gewonnene Dinge und Gewohnheiten als Gewinn zu erkennen. Und zwar den Gewinn an:

- Luft-, Wasser- und Bodenqualität sowie Artenvielfalt – statt weiterer Verschmutzung durch fossile Energieträger;
- Stille – statt Lärm durch zunehmenden Verkehr;
- guten Freundschaften, Nachbarschaften und Kontakten innerhalb der eigenen Stadt oder Region – statt zunehmender Vereinzelung und Isolierung;
- Respekt in aller Verschiedenheit – im Gegensatz zum Gefühl der Bedrohung durch das vermeintlich Fremde.

Dieses Element ist Teil der »Herz«-Komponente der Transition-Bewegung. Interessierte gehen beispielsweise der Frage nach, welche uns inneren Mechanismen eigentlich das Wachstumsmodell der Industriegesellschaft erschaffen haben. Oder sie ergründen, wie eine Gruppe gut und konstruktiv zusammenarbeiten kann und sich gegenseitig stützt, wenn angesichts der überwältigenden »großen« Themen Verzweiflung und Machtlosigkeit aufkommen.

Im »Kopf« werden auch tiefenökologische Ansätze nach Joanna Macy reflektiert sowie die Lehren der Permakultur. Die »Permanente Agrikultur« wurde in den 1970er-Jahren während der ersten Ölkrise entwickelt und verfolgt Grundsätze, die auch jeder Transition-Initiative zugrunde liegen: beobachten und interagieren, Energie auffangen und speichern, einen Ertrag erzielen (also ernten), selbst regulierende Kreisläufe schaffen und Feedback akzeptieren, erneuerbare Ressourcen und Dienste nutzen und wertschätzen, keinen Abfall produzieren, integrieren anstatt separieren, kleine und langsame Lösungen bevorzugen, Vielfalt wertschätzen, Randzonen achten sowie auf Veränderung kreativ reagieren.

Wichtig ist, »Kopf« und »Herz« immer möglichst konkret im Handeln vor Ort zu verankern, sei es bei der Einführung von Regionalwährungen oder bei Nachbarschaftstreffen. Dabei sollte das Rad nicht neu erfunden werden. Vielmehr geht es um engen Austausch und Kooperation mit bereits existierenden Initiativen.

Enorme Resonanz auf das Transition-Modell

Die Frage, warum der Zulauf so groß ist, ist noch nicht beantwortet. Gibt es Gemeinschaftsgärten, Diskussionsgruppen oder Tauschbörsen nicht schon länger? Vermutlich hat die Resonanz damit zu tun, dass das Transition-Modell gegenüber bereits existierenden Bewegungen und politischen Strömungen ein paar frische Aspekte bietet, die auch Menschen aktiv werden lässt, die bisher eher passiv mit »grünen« Themen sympathisierten. Es ist die Vision einer besseren Zukunft, in die alle einbezogen und in der alle gebraucht werden, an dem Ort, an dem sie sind. Der Ansatz ist unideologisch und pragmatisch, und er folgt dem Motto: Es gibt genügend Talente in der Nachbarschaft!

Ein Leben mit weniger verfügbarer (fossiler) Energie ist unvermeidlich; es ist besser, dafür zu planen, als von ihm überrascht zu werden. Es ist deshalb auch das uns selbst ermächtigende Handeln, das von der Überzeugung ausgeht: »Die (lokale) Lösung ist genauso groß wie das (lokale) Problem.« Energie entsteht aus

Modellen und Projekten, die »anstecken«, also begeistern und einfach zu wiederholen sind. Und all das stärkt die Resilienz[2], die wir brauchen.

In der Transition-Town-Bewegung ist klar: Wir müssen selbst handeln und wir müssen jetzt handeln.

Indem Menschen sich engagieren, vermeiden sie ein Gefühl der Ohnmacht. Nicht: »Was ich als Einzelne(r) tue, bringt ja sowieso nichts«, sondern: »Was ich mit anderen tue, bewegt das Ganze.«

Viele empfinden auch das Verbindende innerhalb einer Initiative als bereichernd und können gut damit leben, dass es sich bei Transition um ein großes Experiment mit ungewissem Ausgang handelt und der klaren Aussage: Niemand weiß *die* Lösung, weil es *die* Lösung schlechthin nicht gibt.

Wollte man das Transition-Modell von A bis Z durchbuchstabieren, so sind wir, was dessen Möglichkeiten angeht, gerade beim Buchstaben C angelangt. Es gibt noch viel Potential. Nutzen wir es – gemeinsam!

Gerd Wessling (Deutschland) ist Physiker. Er hat langjährige Verbindungen zu Orten wie Auroville (Indien) und Totnes (UK) und gibt Kurse am Schumacher College (UK). Er ist Mitbegründer von Transition Town Bielefeld und dem Transition-Netzwerk D/A/CH. Als zertifizierter Transition-Trainer leitet er Transition-Workshops in ganz Europa: http://www.transition-initiativen.de.

2 | Zum Begriff der Resilienz vgl. den Beitrag von Rob Hopkins in diesem Buch (Anm. der Hg.).

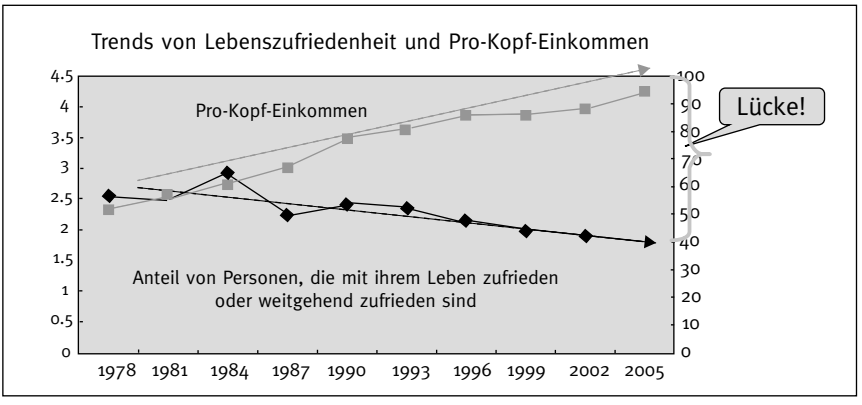
Von Minamata lernen

Gut leben in lokalen Gemeinschaften

Takayoshi Kusago

Japan ist in seiner wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg den Weg der meisten Industrieländer gegangen und hat aufgrund der Annahme, dass hohe Pro-Kopf-Einkommen ein Garant für hohe Lebenszufriedenheit sind, auf hohe ökonomische Wachstumsraten gesetzt. Nach einer von der japanischen Regierung veröffentlichten Umfrage, die den Zeitraum von 1978 bis 2005 abdeckt, ist jedoch die Lebenszufriedenheit der Japaner zwischen 1984 und 2005 kontinuierlich gesunken. Zwei von drei Japanern sind mit ihrem Leben insgesamt nicht zufrieden. Dieses Ergebnis bestätigt ein erstmals von Richard Easterlin (1974) aufgezeigtes Paradox, demzufolge zwischen der Entwicklung der Lebenszufriedenheit und dem Wachstum des Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukts eine Lücke klafft.

Abbildung 1: Happiness Paradox



Wie Untersuchungen zum Thema Wohlergehen zeigen, gehört zu den wichtigen Bedingungen des Glücks die Möglichkeit, arbeiten und kreativ sein zu können, gute Sozialbeziehungen zu pflegen, gesund zu sein sowie allgemeines Lebenswissen. Die Schlüsselfrage zu Beginn des 21. Jahrhunderts lautet also nicht – zumindest nicht in industrialisierten Volkswirtschaften –, wie sich noch mehr Einkommen für die Menschen erzielen lässt, sondern vielmehr, wie die ökonomischen

und gesellschaftlichen Systeme so verändert werden können, dass die Sozialbeziehungen gestärkt werden und so die Lebenszufriedenheit verbessert werden kann.

Wollen wir von einem Entwicklungspfad, der vor allem auf Wirtschaftswachstum ausgerichtet ist, auf einen Weg wechseln, der das Wohlergehen der Menschen ins Zentrum rückt, müssen wir innovative Modelle des Zusammenlebens ausprobieren und zugleich neue Maße und Indikatoren für eine »glückliche« Gesellschaft ausarbeiten. Was in dieser Hinsicht möglich ist, zeigt der Blick auf den konkreten Fall einer Stadt auf Kyūshū, der südlichsten Hauptinsel Japans.

Minamata – vom Mahnmal zum Vorbild

Wer vor 20 Jahren die Menschen aus Minamata fragte, woher sie kamen, erfuhr den Namen ihrer Heimatstadt nicht. Er wurde gemieden.

Minamata ist eine Kleinstadt mit rund 28.000 Einwohnern in der Präfektur Kumamoto im Westen von Kyūshū. Die Modernisierung von Minamata entsprach den beiden Schlüsselzielen der noch in der Meiji-Periode von 1868 bis 1912 aufgestellten nationalen Entwicklungsstrategie »Fukoku Kyōhei«: eine wohlhabende Nation und eine starke Armee. 1908 errichtete Nippon Chisso, eines der führenden Unternehmen der aufstrebenden Chemieindustrie des Landes, eine Fabrik in Minamata. Der Bau der Fabrik weckte in den Menschen große Hoffnungen auf die Modernisierung der lokalen Wirtschaft und auf steigenden Wohlstand in der Region. Und tatsächlich war Minamata die erste Stadt auf Kyūshū, in der ein Elektrizitätsnetz errichtet wurde. Die industrielle Entwicklung bildete den Kern der japanischen Wirtschaftsstrategie, und Minamata gehörte ohne jeden Zweifel zu den Zentren dieser Entwicklung.

1932 nahm Chisso die Produktion des chemischen Düngemittels Calciumcyanamid (Kalkstickstoff) auf, das durch die Verbindung von atmosphärischem Stickstoff mit Calciumcarbid gewonnen wird. Aufgrund der geringen Nutzflächen und der kleinteiligen Struktur der Landwirtschaft war Stickstoffdünger für die Steigerung der landwirtschaftlichen Erträge in Japan zu jener Zeit unerlässlich. 1941 begann Chisso zudem als erstes japanisches Unternehmen mit der Produktion von Vinylchlorid.

Mit dem Wachstum des Konzerns wuchs auch die Einwohnerzahl der Stadt kontinuierlich. Nach dem Zweiten Weltkrieg nahm das Unternehmen seinen Betrieb rasch wieder auf und gehörte mit zu den Motoren des Wiederaufbaus und der wirtschaftlichen Entwicklung in Japan nach dem Krieg. Doch dieser wirtschaftliche Erfolg sollte einen hohen, unvorhergesehenen Preis fordern: eine durch die industrielle Umweltverschmutzung ausgelöste schwere neurologische Krankheit, die als »Minamata-Krankheit« in die Geschichte einging. Das Leiden verursacht schwere Schädigungen des Gehirns und des zentralen Nervensystems und führt mitunter zum Tod der Erkrankten. Es wurde in Minamata offiziell 1956 erstmals diagnostiziert. Betroffen waren vor allem die Bewohner der Fischerdörfer in der Minamata-Bucht. Laut einer 2001 veröffentlichten offiziellen Statistik wurden in der Region um Minamata 2265 Erkrankte gezählt, von denen 1784 an den Folgen der Vergiftung und/oder der Krankheit starben.[1]

1 | Siehe unter: http://www.env.go.jp/en/chemi/hs/minamata2002/ch2.html (Zugriff am 19.09.2011).

Anfangs wurde hinter dem Phänomen eine geistige Störung oder eine Art Epidemie vermutet, doch stellte man rasch fest, dass die Erkrankung nicht infektiös war. Schließlich stellte sich heraus, dass die Quecksilbereinleitung aus der Chemiefabrik Chisso in die Bucht von Minamata Auslöser der Krankheit war. Bevor das Quecksilber durch die Nahrungsmittelkette die Menschen erreichte, hatten in der Bucht von Minamata schon Fische auf der Wasseroberfläche getrieben und Katzen angefangen, sich seltsam zu verhalten und sogar ins Meer zu springen.

Die Erkrankten, deren Zahl ständig zunahm, mussten nicht nur körperlich, sondern auch psychisch schweres Leid ertragen. Da die japanische Regierung mehr als zehn Jahre brauchte, um Chisso offiziell als Verursacher der Umweltverschmutzung zu benennen, wurden die Opfer der Minamata-Krankheit von dem Konzern, den Behörden und ihren Mitmenschen fast völlig ignoriert. Das körperliche Leid wurde durch das seelische Leiden und den sozialen Abstieg verschlimmert. Ein wichtiger Grund dafür war die überragende wirtschaftliche Bedeutung von Chisso für Minamata. Viele Einwohner der Stadt waren für ihren Lebensunterhalt auf den Konzern angewiesen und hatten deshalb Angst, das Problem offen anzugehen. Für Menschen, die mit der Minamata-Krankheit diagnostiziert wurden, wurde das Leben zur Hölle; man ging ihnen aus dem Weg, manche wurden von Familienangehörigen und früheren Freunden verbal und körperlich misshandelt. Um nicht aus der Gemeinschaft ausgestoßen zu werden, versuchten viele Erkrankte, die körperlichen Symptome nach außen zu verbergen. Die gesellschaftliche Ausgrenzung der Menschen aus Minamata ging über die Stadtgrenzen hinaus: In den Zügen, die die Stadt passierten, schlossen die Passagiere die Fenster; Hochzeiten wurden abgesagt, wenn herauskam, dass Braut oder Bräutigam aus Minamata kamen; und die Einwohner der Stadt gewöhnten es sich an, nicht mehr zu sagen, woher sie kamen.

Selbst nachdem die Krankheit 1956 diagnostiziert wurde, hat man die Einleitung des quecksilberverseuchten Abwassers ins Meer nicht gestoppt. Stattdessen verlegte Chisso einfach das Abflussrohr an eine andere Stelle. Das setzte sich fort, bis sich die Regierung in Tokio 1968 endlich dazu durchrang, das quecksilberhaltige Abwasser aus der Chisso-Fabrik offiziell als Ursache für die Minamata-Krankheit zu benennen. Dass sie dies nun tat, war wiederum kein Zufall, hatte doch Chisso in eben diesem Jahr in der Präfektur Chiba eine neue Fabrik in Betrieb genommen, in der eine neue, auf Mineralöl basierende Technologie zum Einsatz kam. Das alte Calciumcarbid-Verfahren war damit überflüssig geworden, und somit konnte das offizielle Eingeständnis der industriellen Entwicklung des Landes keinen Schaden mehr zufügen. Die über ein Jahrzehnt währende Untätigkeit der Regierung hatte nicht nur den Menschen in Minamata enorme Kosten aufgebürdet, sondern auch den Bewohnern der Niigata-Präfektur, die unter der sogenannten »zweiten Minamata-Krankheit« litten, hier ausgelöst durch eine Fabrik des Unternehmens Showa Denko, in der mit demselben Verfahren wie bei Chisso in Minamata gearbeitet wurde.

Bürgerschaftliche Initiativen und Public-Citizen-Partnerships

Nachdem 1969 die ersten Opfer der Minamata-Krankheit Klagen gegen Chisso eingereicht hatten, folgte eine Serie von Verfahren gegen das Unternehmen. Dass manche entschädigt wurden, andere aber leer ausgingen, sorgte für viel böses Blut

unter den Opfern. Die körperlichen und psychischen Kosten der Krankheit und die sozialen Verwerfungen, die sie in der Stadt verursachte, zogen sich über mehr als 40 Jahre hin. Ändern sollte sich das erst ab 1994, als Masazumi Yoshii, der bereits seit 19 Jahren im Stadtrat von Minamata saß, zum Bürgermeister gewählt wurde. Yoshii richtete die öffentliche Verwaltung neu aus, ersetzte den Top-down- durch einen Bottom-up-Ansatz und suchte das Gespräch mit den verschiedenen und untereinander zerstrittenen Opfergruppen. Parallel dazu verhandelte Yoshii mit der Regierung der Präfektur und mit der Zentralregierung in Tokio. Er wollte ein Entschädigungsabkommen für alle Opfer der Minamata-Krankheit unabhängig von der Schwere ihrer Erkrankung unter Dach und Fach bringen.

Am 1. Mai 1994 hielt Yoshii auf einer Gedenkfeier für die Opfer der Minamata-Krankheit eine historische Rede. Er entschuldigte sich bei den Opfern offiziell für die mangelnde Unterstützung der Stadtverwaltung in den letzten vier Jahrzehnten und entwarf die Vision vom gemeinsamen Aufbau eines neuen Minamata im Geiste der gegenseitigen Hilfsbereitschaft. Der Ausdruck, den Yoshii dabei benutzte, war »Moyaniaoshi« – ein zusammengesetztes Wort aus »moyai« (Boote zusammenbinden, etwas gemeinsam unternehmen) und »naoshi« (etwas reparieren, etwas nochmals tun, damit es richtig wird) – was für die Suche nach Lösungen durch Dialog und Kooperation steht. Dies seien, erklärte er, die Kernelemente für die Wiederherstellung der sozialen Beziehungen zwischen den Menschen und innerhalb der Gemeinden sowie zwischen der Umwelt und den Menschen von Minamata. Aus diesen Grundprinzipien ist hervorgegangen, was heute als die »Moyainaoshi«-Bewegung bezeichnet wird.

Werfen wir einen Blick auf die wichtigsten Maßnahmen, die die Stadt und die Menschen von Minamata seit 1994 ergriffen haben:

Eine neue Vision

Zwei Jahre vor Yoshiis öffentlicher Entschuldigung von 1994 erklärte die Stadtverwaltung von Minamata ihre Absicht, von der alten Fixierung auf Wachstumsraten und Produktivitätssteigerungen abzurücken und ein umweltfreundlicheres Entwicklungsmodell zu verfolgen. Als Ziel wurde die Schaffung einer ökologischen Modellstadt ausgegeben.

Ein innovativer »Umweltmeister«

Die Stadt Minamata hat ein »Umweltmeister«-Programm aufgebaut, das seit 1998 läuft. Das Programm bietet Zertifizierungen für sichere, gesunde und umweltfreundliche Produkte an. Bislang sind im Rahmen des Programms Meister-Zertifizierungen an 28 Produzenten von pestizidfreiem Reis, Tee, Gemüse, pestizidfreien Mandarinen, Orangen und anderen Lebensmitteln wie Sardinen ohne Konservierungsmittel vergeben worden. Wer als »Umweltmeister« anerkannt werden will, muss sechs Kriterien erfüllen:

- kontinuierliche Erzeugung sicherer, umweltfreundlicher und gesunder Produkte seit mindestens fünf Jahren;
- Erfahrung in der Herstellung solcher Produkte unter Verwendung natürlicher Materialien und unter Vermeidung chemischer Zusätze usw.;

- fundiertes Wissen über und Erfahrung mit Verfahren zur Herstellung von Produkten, die sicher für die Umwelt und die Gesundheit sind;
- Beteiligung an Aktivitäten im Zusammenhang mit regionalen Umweltproblemen und dem Schutz der Umwelt;
- fundiertes Wissen über Umweltprobleme und Umweltschutz;
- fundiertes Wissen über die mit Umweltverschmutzung einhergehenden Probleme einschließlich der Minamata-Krankheit.

Aktivitäten an der Basis

Die von der Stadtverwaltung seit 1994 verfolgte neue Richtung motivierte die Bewohner Minamatas, sich selbst für den Wiederaufbau ihrer Gemeinde zu engagieren. Ein Beispiel dafür ist die von Frauen gegründete Initiative zur Müllvermeidung, die ein von der Stadtverwaltung 1993 ins Leben gerufenes ehrgeiziges Programm zur Mülltrennung optimierte. Die Frauen suchten nach den Ursachen für das steigende Müllaufkommen und identifizierten die von vielen Geschäften verwendeten Plastikschalen als ein großes Problem. Nach einer sorgfältigen Untersuchung der Art und Weise, wie der Einzelhandel Plastikschalen und -tüten einsetzte, konnten sie die großen Einzelhandelsgeschäfte der Stadt davon überzeugen, auf Plastikschalen zu verzichten. Um die Verwendung von Einkaufstüten aus Plastik zu reduzieren, verteilte die Fraueninitiative Stofftaschen an alle Haushalte. Außerdem legten sie ein Zertifizierungsprogramm für »Ökoläden« auf, also Geschäfte, die einen sparsamen Umgang mit Ressourcen und Energie fördern, das Müllaufkommen reduzieren und sich für Recycling einsetzen. Dass das Müllaufkommen in Minamata deutlich gesunken ist, liegt zum großen Teil an dem Einsatz dieser Frauen.

»Jimotogaku« – Nachbarschaftsstudien[2]

In Minamata gibt es neben Fischergemeinden auch Berggemeinden. Diese waren zwar weniger stark von der Minamata-Krankheit betroffen, sahen sich aber mit einem anderen Problem konfrontiert: dem der Urbanisierung und Abwanderung. Der überwältigende Teil der Arbeitsplätze im modernen Japan entstand in urbanen oder semiurbanen Gebieten, und so zogen viele und insbesondere junge Menschen auf der Suche nach Arbeit in die großen Städte wie Tokio, Osaka oder Fukuoka. In den Berggemeinden von Minamata, wo die Einwohnerzahlen seit Jahrzehnten zurückgingen, wurde das lange als das unausweichliche »Schicksal« ländlicher Gemeinden in Zeiten der modernen Entwicklung und Industrialisierung hingenommen.

Tetsuro Yoshimoto von der Stadtverwaltung Minamata, der schon seit langem mit dem Niedergang der traditionellen ländlichen Lebensweise in der Region haderte, hielt eine Wiederbelebung der Berggemeinden für möglich, sollte die Stadt auch im Umgang mit ihnen auf das »Moyainaoshi«-Konzept setzen. Yoshimoto wollte Minamata als ein Ganzes sehen – ein Ökosystem mit dem Minamata-Fluss im Zentrum, der aus den Berggemeinden hinunter in die Fischergemeinden fließt. Könnte man nicht, so schlug er vor, die Einstellung der Anwohner ändern, wenn

2 | Auch »Gemeinschaftsstudien« (Anm. der Hg.).

man ihnen den ganzen Reichtum der lokalen Ressourcen bewusst mache, indem man Besucher von außerhalb in die Berggemeinden lockte?

Zwischen 2004 und 2008 kamen über 3000 Besucher in die Berggemeinden, viele davon aus dem Ausland. Sie genossen die ländliche Umgebung und zeigten sich ebenso beeindruckt von der Landschaft wie von der Lebensweise der Einheimischen.

Viele der Besucher, die vor allem nach Minamata gekommen waren, um mehr über die Minamata-Krankheit zu erfahren, baten Ortsansässige, sie durch die Berggemeinden zu führen. Die positiven Eindrücke der Gäste und das große Interesse an ihrer Lebensweise überraschte die Bewohner sehr, waren sie bisher doch davon ausgegangen, dass man sie in der modernen Welt als hoffnungslos »rückständig« betrachtete. Durch ihre Arbeit als Fremdenführer verstanden sie nach und nach, dass sie nicht etwa »hinterher« waren, sondern im Gegenteil ein großes Potential besaßen, ihre Gemeinden in Eigenregie zu entwickeln. Die organisierten Besuche erwiesen sich als ein ebenso einfaches wie probates Mittel, die Autonomie der Menschen vor Ort durch den Austausch mit Außenstehenden sogar zu stärken.

Ermutigt von dieser Erfahrung, haben sich die Bewohner der Berggemeinde Kagemushi an den Aufbau ihres »Lebendigen Museums Kagemushi« gemacht. Frauen aus dem Ort gründeten einen Catering-Service nach dem Grundsatz der lokalen Produktion für den lokalen Konsum, und an der Grundschule von Kagemushi wurde ein Schultheaterstück über die Geschichte des Ortes verfasst und aufgeführt. Im Jahr 2005 wurde Kagemushi von der Regierung in Tokio mit dem landesweiten Best-Practice-Preis für die Wiederbelebung kleiner Gemeinden ausgezeichnet. Gegenwärtig sind vier Gemeinden in Minamata dabei, die Nachbarschaftsstudien-Methode umzusetzen.

Diese »Jimotogaku-Methode« ist in den Gemeinden von Minamata entstanden und konzentriert sich auf die vor Ort in der Natur, der Geschichte, den Gebräuchen und den Menschen selbst vorhandenen Ressourcen, und sie fördert das Interesse der Gemeindemitglieder an der Nutzung und Bewahrung dieser Ressourcen. »Statt zu fragen, was wir nicht haben, sollten wir uns überlegen, was wir haben, und damit arbeiten«, lautet ein Grundsatz der »Jimotagaku«, in der auch die Zusammenarbeit der »Menschen der Erde«, also der lokalen Bevölkerung mit den Leuten von außen, den »Menschen des Windes«, eine wichtige Rolle spielt. Eine der Faustregeln des Kurators des Lebendingen Museums in Minamata lautet denn auch: »Sagt niemals, dass dieses Dorf nichts Besonderes besitzt.« Das Ziel der »Jimotogaku« ist, den Menschen Stolz auf die Identität ihrer Gemeinde, auf ihre Traditionen und ihren Lebensstil zu vermitteln und gleichzeitig ihre Eigenständigkeit und Unabhängigkeit bei der lokalen Entwicklung zu stärken (Yoshimoto 2008).

Die Gemeinde neu beleben: von unten

Minamata, eine Stadt, deren Bewohner mit der lokalen Wirtschaft lange Zeit nur Hoffnungslosigkeit verband, hat es geschafft, ihre sozialen Bindungen und ihre Beziehung zur Natur wiederzubeleben. Strebte die Stadt früher Wohlstand durch Wachstum an und ein Entwicklungsmodell, dass auf Technologien von außen gründet, setzt sie heute auf Wiederaufbau und Wiederbelebung durch soziale In-

klusion, den Schutz der natürlichen Umwelt und die Stärkung des kulturellen und spirituellen Erbes. Mit »Jimotogaku«, der Methode der Nachbarschaftsstudien, und einem auf die Menschen ausgerichteten Entwicklungskonzept hat Minamata es geschafft, sich von einem Symbol für industrielle Umweltverschmutzung und einen andauernden Umweltskandal in eine ökologische Modellstadt zu verwandeln. Initiiert wurde dieser neue Entwicklungspfad von einem weitsichtigen Bürgermeister und fortgeführt von seinen engagierten Mitarbeitern in der Stadtverwaltung in enger Zusammenarbeit mit den Menschen vor Ort. Was in Minamata passiert ist, zeigt eindrucksvoll, wie eine Stadtverwaltung gemeinsam mit den Menschen eine verfahrene lokale Situation umkehren und nachhaltige neue Handlungsmodelle entwickeln kann.

Wer die verheerenden Schäden sieht, die ein auf Wachstum und Ressourcenplünderung basierendes Entwicklungsmodell verursacht, und wer sich mit den Machenschaften großer Konzerne und Banken befasst, kann leicht der Verzweiflung anheimfallen. Die jüngere Geschichte von Minamata aber, das einst zu den Nutznießern des »Wachstumsmodells«, dann aber zu seinen Opfern zählte, zeigt, dass selbst extrem von den Folgen dieses Modells heimgesuchte Gemeinden neu aufblühen können. Wir können, wie Minamata zeigt, unsere Gemeinden, Nachbarschaften und Lebensweisen auf eine Weise neu gestalten, die ein besser ausbalanciertes und nachhaltigeres Leben fördert.

Wenn die Bewohner der Stadt heute gefragt werden, woher sie kommen, antworten sie mit Stolz: »Aus Minamata!«

Literatur

Easterlin, Richard A. (1974): »Does Economic Growth Improve the Human Lot? Some Empirical Evidence«, in: David/Reder (Hg.): Nations and Households in Economic Growth, New York, S. 89-125.

Kusago, Takayoshi (2011): »A Sustainable Well-Being Initiative: Social Divisions and the Recovery Process in Minamata, Japan«, in: Sirgy, Joseph (Hg.): Community Quality-of-Life Indicators: Best Cases V, New York, S. 97-111.

Yoshimoto, Tetsuro (2008): Jimotogaku wo hajimeyou (Lasst uns eine Nachbarschaftsstudie machen), Tokio.

Takayoshi Kusago (Japan) ist Professor für Sozialsystemdesign an der Soziologischen Fakultät der Kansai-Universität. Er forscht zu Theorie und Praxis kreativer Gemeinwesenentwicklung: http://www2.ipcku.kansai-u.ac.jp/~tkusago/

»Faxinais« und ihre Nutzer

Commons in einem komplexen Verhältnis zum Staat

Mayra Lafoz Bertussi

In Brasilien entstehen unzählige neue Grundbesitzformen. Sie zeigen, dass sich der Staat nicht auf die Anerkennung einiger weniger Nutzungsformen beschränken muss. Viele Gemeinschaften bekräftigen ihr Recht auf die gemeinsame Nutzung ihres Landes: Indigene, »quilombolas«[1], die Kokospalmbauern, die »caiçaras«, »cipozeiras«[2] und »faxinalenses«. Letztere gehören zu einem »faxinal« (Pl.: »faxinais«). Für die Allmendediskussion ist die Analyse dieser unterschiedlichen Formen der gemeinsamen Aneignung eines Territoriums durchaus aufschlussreich. Im Folgenden werden die »faxinalenses« des brasilianischen Bundesstaates Paraná näher untersucht.

Es ist nicht einfach zu sagen, was genau ein »faxinal« ist, denn man muss sich auf Kategorien festlegen. Eine mögliche Form, ein »faxinal« zu bestimmen, ist, dass es eine Fläche gibt, die für die gemeinsame Nutzung reserviert ist. Diese Flächen sind als »criador común« oder »terra de criar« bekannt, als gemeinsames Land zur Viehzucht. Die Anwohner nutzen es, um ihr Vieh zu weiden oder Feldfrüchte zu ernten. Zäune gibt es zwischen den einzelnen Grundstücken nicht, sondern die Tiere eines »faxinal« bewegen sich im »criador comun« frei und ernähren sich von dem, was dort wächst, ohne dass dies auf private Flächen beschränkt wäre. Doch obwohl das Land des »criador« gemeinsam genutzt wird, befindet es sich rechtlich gesehen in Privateigentum. Die »faxinais« zeigen, wie vielfältig das Ineinanderfließen von Privateigentum und gemeinsamer Nutzung in den Commons tatsächlich ist.[3]

---

1 | Nachfahren der Sklaven, die noch vor dem Verbot der Sklaverei 1888 von den Plantagen geflohen waren und sich in entlegenen Gegenden in sogenannten »quilombos« zu Lebens- und Arbeitsgemeinschaften zusammengeschlossen hatten (Anm. der Hg.).

2 | »Caiçaras« und »cipozeiros« sind traditionelle Völker, die vom Sammeln leben. Die »caiçaras« leben in der Nähe des Meeres von Fischfang und Landbau. »Cipozeiros« sammeln die jungen Ruten des »cipó«, eines einheimischen Baumes, und widmen sich Korbflechtarbeiten (Anm. der Hg.).

3 | Siehe insbesondere den Beitrag von Liz Alden Wily in diesem Buch (Anm. der Hg.).

Auch die Tiere im »criador«, also auf der gemeinschaftlich genutzten Fläche, befinden sich in Privateigentum. Sie sichern die Ernährung der Menschen. Die Bezeichnung »Nutzvieh« (»criação«) ist jedoch nicht nur funktional. Nutzvieh schafft die Kulturlandschaft eines »faxinal« auch mit. Es kann »frei« (»solto«) oder »geschlossen« (»fechado«) sein. Diese Unterscheidung ist für das Verständnis der konkreten Form der Landnutzung wichtig. »Frei« bezeichnet die gemeinsame Nutzung. »Geschlossen« die individuelle. So versucht man den komplexen Zusammenhang zwischen gemeinsamer und privater Nutzung zu fassen. Die Bezeichnungen »frei« oder »geschlossen« können sowohl für die Tiere als auch für andere natürliche Ressourcen gelten, etwa »freie Wasserstellen«, »geschlossenes Mateanbaugebiet« oder »freie Schweineherde«.

Neben dem gemeinsamen Land für das Nutzvieh gibt es auch Land für den Ackerbau, die »lavoura«. Es wird individuell bewirtschaftet und geerntet. Während die gemeinsam genutzte Fläche in der Regel bewaldet ist, wurde das Land für den Ackerbau gerodet und ist vollständig kultiviert. Auf dem gemeinsam genutzten Land gibt es keine Zäune, die die einzelnen Grundstücke voneinander abgrenzen. Ein Zaun wird lediglich um die Gemeindeweide gezogen. Er verhindert, dass das Vieh auf die Äcker läuft. Die Wohnhäuser der »faxinalenses« befinden sich innerhalb des gemeinsam genutzten Territoriums. Dass der Schutz des Privateigentums in einem »faxinal« keine große Rolle spielt, heißt nicht, dass es hier um Land ohne Eigentümer oder Regeln geht. Die existierenden Nutzungsvereinbarungen für die jeweiligen Flächen sind allerdings für das »bloße Auge« nicht einfach erkennbar, denn sie sind ungemein vielfältig. Am wichtigsten scheint, die Zäune instand zu halten. Jemand, der sich an deren Herstellung und Reparatur beteiligt oder der Gräben zieht und pflegt, kann sein Vieh auf dem gemeinsamen Land weiden lassen. Auch wenn dies kollektiv erledigt wird, wird die Arbeit des Einzelnen anerkannt. Solche gemeinschaftlichen Arbeitseinsätze an den Zäunen nennt man »mutirão de cerca«. Sie sind konkreter Ausdruck der Wertschätzung der »faxinalenses« für das Gemeinschaftliche und für die gemeinsame Nutzung des Territoriums.

»Territorium« wird hier als Kategorie verstanden, die soziale und kulturelle Aspekte mit einschließt, denn das Territorium ist durchdrungen von Beziehungen und Übereinkünften zwischen den Eigentümern und den Anwohnern. Die Weide, die Tiere, Wasser, Zäune und Gräben sind Teil der aktiven Gestaltung eines Territoriums, in das die facettenreiche Beziehung zwischen Privateigentum und gemeinsamer Nutzung eingewoben ist.

Die Vielfalt und der Staat – eine delikate Beziehung

Die Verordnung 3477/97 des Umweltinstitutes des Bundesstaates Paraná (IAP) ist die erste Regelung, die speziell für die »faxinais« erarbeitet wurde. Sie definiert Ende der 1990er-Jahre die »faxinais« als »Schutzgebiete, die nachhaltig genutzt werden«. In der Verordnung wird der Ausdruck »System faxinal« verwendet, der darauf hinweist, dass es sich um eine spezifische Produktionsform handelt. Der Gesetzestext betont den Begriff des »Systems« und hebt den Umweltaspekt sowie die produktive Seite hervor und nicht die traditionelle Lebensweise der »faxinalenses«.

In diesem Umweltdiskurs kommt aber das konkrete Handeln der Subjekte für die Erhaltung der eigenen Lebenswelt im Grunde nicht vor (Shiraishi 2009).[4]

Im August 2005 entstand der Kooperationsverband der Gemeinschaften der »faxinalenses« (Articulação Puxirão dos Povos Faxinalenses)[5]. Er setzt sich für den Schutz der kollektiven und territorialen Rechte ein. Die »faxinalenses« verstehen sich als traditionelle Völker, die den Zugang zum Territorium zu ihrem Hauptanliegen gemacht haben. Hier liegen auch die Hauptanliegen des Verbandes. Die »faxinalenses« fassen den Begriff des »Traditionellen« jedoch nicht als Element eines linearen Zeitverständnisses. Das sogenannte »Traditionelle« beschränkt sich somit nicht auf die Geschichte, auf eine ferne und unveränderliche Vergangenheit.

Der Verband unterstützt im Allgemeinen die Forderungen der sogenannten neuen sozialen Bewegungen (Almeida 2008), die die ethnischen und kollektiven Aspekte in den politischen Auseinandersetzungen berücksichtigen und so verschiedene Seinsweisen in der Welt sichtbar machen. Sie geben der Vielfalt der Ethnien im brasilianischen Nationalstaat ein Gesicht. Dabei widerstehen sie einem Verständnis des Ethnischen als dem Originären und Vorrangigen. Deshalb gibt es *den* ursprünglichen »faxinalense« für sie auch nicht, sehr wohl aber Gruppen, die sich dieser kollektiven Identität zugehörig fühlen. Diese neue Debatte um kollektive Identitäten, die die neuen politischen und sozialen Bewegungen mitbrachten, hat auch zur Aufarbeitung der Geschichte beigetragen. Sie löscht natürlich die primäre Erfahrung der gemeinsamen Herkunft nicht aus. Die Menschen in den »faxinais« bringen eine ganze Menge unterschiedliche Zugänge ein, um ihre kollektiven Identitäten zu stärken. Die Identität der »faxinalenses« hat also sehr vielfältige und unterschiedliche konkrete Erscheinungsformen. Es gibt »faxinais Caboclos«[6], »faxinais« der Polen, Ukrainer oder Deutschen. Oft heißen sie wie die wichtigsten oder einflussreichsten Familien: die »Faxinal Küguer«, »Faxinal der Coutos«. Doch mit dem Entstehen eines Verbandes, der auf dem Kriterium der Selbstdefinition beruht, kam diese ganze Vielfalt der Bezeichnungen in einem einzigen Begriff zusammen: »faxinalenses«.

Die Vielfalt ist sehr wichtig für unser Verständnis der »faxinais«, da sie verschiedene Aspekte von Identität und Beziehungsdynamik offenbaren: von der konkreten Herkunft bis zu all jenen Formen, in denen sich Identität heute darstellt. Mit dem Nachdenken über die Verschiedenheit der Menschen in den »faxinais« wird die Suche nach einer vorgeblich authentischen Identität zurückgewiesen. Selbst in der gemeinsamen Nutzung des Landes ist die Heterogenität offensichtlich. Es gibt »faxinais« mit offenen Viehweiden, die kein Zaun umgibt, andere erlauben die gemeinsame Nutzung der Weide nur für sogenanntes Großvieh, wie Rinder oder Pferde.

---

4 | Zum Spannungsfeld »Schutzgebiete vs. soziale Interessen der Nutzerinnen und Nutzer« siehe auch den Beitrag von Ana de Ita in diesem Buch (Anm. der Hg.).

5 | »Puxirão« kann hier als »mutirão« (Gemeinschaftsarbeit) verstanden werden (Anm. der Hg.).

6 | »Caboclos« sind Mischlinge aus Indios und Europäern. Im Norden Brasiliens wird der Begriff heute für Mischlinge heller Hautfarbe benutzt, die vor allem in den kleineren Orten am Unterlauf des Amazonas leben (Anm. der Hg.).

Im Jahr 2006 wurde der Verband in die Nationale Kommission für Nachhaltige Entwicklung der Indigenen Völker und Traditionellen Gemeinschaften aufgenommen. Diese Kommission wird von der brasilianischen Regierung einberufen. Sie bringt Verwaltungsbeamte der Bundesstaaten mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammen, die den traditionellen Gemeinschaften und Völkern verbunden sind. Am 7. Februar 2007 wird die Verordnung Nr. 6040 erlassen, die eine nationale politische Strategie für die nachhaltige Entwicklung traditioneller Völker und Gemeinschaften begründet. Auch die Menschen der »faxinais« werden in diesem Dokument berücksichtigt.

Auf Druck des Verbandes mündet der politische Organisationsprozess 2007 schließlich in die staatliche Anerkennung. Per Gesetz erkennt der Bundesstaat Paraná die »faxinais« und ihre Territorien an. Während die staatliche Verordnung von 1997 noch keine der Besonderheiten der »faxinalenses« berücksichtigte, erkennt Artikel 2 des Gesetzes 15.673/2007 nun die Identität als »faxinalense« als Kriterium dafür an, welche traditionellen Völker ein spezifisches Territorium als »faxinal« nutzen können. Doch insgesamt gibt es nach wie vor nur wenige Initiativen des Staates, die Territorien der »faxinalenses« anzuerkennen. Einige Kommunen haben kommunale Gesetze zur Anerkennung der »faxinais« erlassen, aber keine einzige hat den Landbesitz reguliert.

Diese Gesetze sind ein wichtiger Fortschritt auf dem Weg zur Anerkennung anderer Identitäten und Lebensweisen sowie Landnutzungsformen, die gemeinsame Landnutzung und Privateigentum miteinander verbinden.

Allerdings gibt es, wie überall, auch bei den »faxinalenses« noch einige Hürden zu überwinden, um ihre Rechte wirklich durchzusetzen. Mehrere Zeugen haben über Gewalt und Verfolgung von »faxinalenses« berichtet. Selbst gegen den Viehbestand wurde aggressiv vorgegangen, als symbolischer Akt der Ablehnung gemeinschaftlicher Nutzung. Die Behörden ignorieren meist die Gesetzgebung und erkennen die Territorien der »faxinalenses« nicht an. Und so wird am Ende eher dem Privateigentum an Land statt den gemeinsamen Nutzungsrechten das Wort geredet.

Literatur

Almeida, Alfredo W.B. (2004): »Terras tradicionalmente ocupadas, Processos de Territorialização e Movimentos Sociais«, in: Estudos Urbanos e Regionais V.6, No. 1.

Shiraishi Neto, Joaquim (2009): »Direito dos Povos dos Faxinais«, in: Universidade do Estado do Amazonas (Hg.): Terra de Faxinais, Manaus, S. 17-28.

Mayra Lafoz Bertussi (Brasilien) ist Anthropologin und Mitglied des Núcleo de Antropologia e Cidadania (NACi) der Staatlichen Universität von Rio Grande do Sul. Sie forscht im Rahmen des Projektes Neue Soziale Kartographie Brasiliens zu Themen wie kollektive Identität, Territorialität und gemeinschaftliche Ressourcennutzung.

Küstennahe Commons in Chile

Kompetente Menschen, starke Institutionen, reiche Natur

Gloria L. Gallardo Fernández und Eva Friman

Vom offenen Zugang zum gemeinsamen Besitz

Als mit der Einführung der neoliberalen Wirtschaftspolitik in Chile Mitte der 1970er-Jahre die Ausfuhren der chilenischen Meeresschnecke Loco – der auf dem Markt begehrtesten Art – stark anstiegen, waren die Fischer rasch Teil des globalen Marktes geworden. Die »Anlandungen« bzw. Fangmengen der Loco (*concholepas concholepas*) erreichten rasch Rekordmengen, nur um bald darauf wieder stark einzubrechen – ein Zeichen für die exzessive Ausbeutung der Vorkommen. Daraufhin erließ der Staat Anfang der 1980er-Jahre eine Reihe von Schutzmaßnahmen – saisonale Sperrungen von Fanggebieten, nationale Fangquoten und Fangverbote –, die die Fischer wirtschaftlich schwer trafen. Zehn Jahre später, 1991, wurde schließlich ein neues Fischereigesetz erlassen, mit dem ein System »gebietsbezogener Nutzungsrechte in der Fischerei« (Territorial Use Rights in Fisheries, kurz: TURFs) eingeführt wurde.

Die auf sogenannte »Bewirtschaftungszonen« aufgeteilten chilenischen TURFs sind in ein Verwaltungssystem eingebettet, in dem staatliche Regulationen und die von den Fischern selbst festgelegten Regeln zusammenkommen. Durch TURF können die Fischer ausschließliche, nicht übertragbare und erneuerbare Zugangs- und Nutzungsrechte zu bestimmten benthalen (meeresbodennahen) Ressourcen innerhalb des zugewiesenen Areals erhalten. Die Rechte werden ausschließlich an Fischervereinigungen vergeben. Mit einer Größe von 250 bis 600 Hektar liegen die Bewirtschaftungszonen in den für die Fischer reservierten ertragreichsten Fischgründen innerhalb der fünf Seemeilen breiten Küstenzone. Seit 1997 hat die Zahl der TURFs entlang der chilenischen Küste beständig zugenommen, im Jahr 2011 sind über 30.000 Fischer in Bewirtschaftungszonen zusammengeschlossen.

Die Fischer landen nahezu den gesamten zum Verzehr bestimmten Fang in Chile an, während hochwertige Arten gewöhnlich in den Export gehen. Die Fischer sind nach sogenannten »Caletas« organisiert, rund 440 kleinen Fischerhäfen, die sich auf privatem, Staats- oder Gemeindeland befinden. In einigen ländlichen Gebieten befinden sich diese Caletas in den Fischerdörfern selbst, in anderen leben die Fischer in einiger Entfernung zu den Häfen. Eine Caleta besteht normalerweise aus einem Pier und einer Bootswerft sowie Hütten oder Schuppen, in denen die Fischer

übernachten, bzw. den Häusern der Fischer in ihrer Gemeinde. In vielen ländlichen Caletas gibt es keinen Strom, kein fließendes Wasser, keine Kanalisation und auch keine befestigten Straßen.

Seit Inkrafttreten des neuen Fischereigesetzes müssen die Fischer an festgelegten Orten fischen, die Küste abzufahren ist nicht mehr erlaubt. Das ist eine Einschränkung, die vielen Fischern gegen den Strich geht.

Von Rivalität zu kollektivem Handeln

Die Beantragung von Fischereirechten für ein Managementgebiet ist mühsam. Die Fischer müssen Mitglieder gewinnen, sich organisieren und ein Führungsgremium bestimmen. Jede Organisation muss ihre eigenen Regeln festlegen, über Sanktionen bei Nichterfüllung entscheiden, über Aufnahmegebühren, Ausstiegsregeln, Überwachungsmechanismen, die Einnahmenverteilung und die Höhe der für Verwaltungsaufwendungen und soziale Zwecke beiseite zu legenden Mittel. Das erfordert ein gewisses Maß an Organisation und Zusammenhalt. Die Regeln können von der Vollversammlung geändert werden, in der alle Mitglieder über wichtige Fragen mitbestimmen. Geleitet werden die Bewirtschaftungszonen von einem Vorstand, wobei für die Verwaltung, Überwachung und Vermarktung häufig noch spezielle Arbeitsgruppen eingesetzt werden. Die Fischer entscheiden gemeinsam darüber, wann sie zum Fang ausfahren und zu welchem Preis sie verkaufen, statt wie früher in Booten mit drei oder vier Mann Besatzung um die Ressourcen zu konkurrieren. In einem Drittel der chilenischen Fischerorganisationen (darunter auch solchen, die keine Bewirtschaftungszonen bilden) wird der Fang gemeinsam vermarktet (INE 2008/2009).

Für das chilenische Fischereiwesen ermöglichen die Managementgebiete eine bessere Planung und ein besseres Management der nationalen Fischgründe, zudem erschließen sie zusätzliche Ressourcen und gewähren Zugang zu verbesserten Fangmethoden. Die insgesamt über 600 Fischervereinigungen erlauben den Fischern auch ein selbstbewussteres Auftreten im Umgang mit staatlichen Behörden, Zwischenhändlern, Direktabnehmern wie Restaurants und Exportgesellschaften. Als selbständige handwerkliche Fischer hatten sie bislang weder Rentenansprüche, noch waren sie gegen Krankheit, Berufsunfähigkeit oder Tod versichert. Heute können sie innerhalb der Managementgebiete derartige Sozialleistungen selbst bereitstellen.

TURFs – Instrument zur Verbesserung der Einkommenssituation oder zur Sicherung der Nachhaltigkeit?

Insgesamt sind die aus den Managementgebieten erwirtschafteten Einkommen – und die anfallenden Kosten – sehr unterschiedlich, da beides in hohem Maße von der Lage (ländlich oder städtisch), der Größe und den Anfahrtswegen der Fischer zu ihren Fischgründen und Märkten abhängt. In den ersten Jahren nach Einführung des Systems war die wirtschaftliche Leistung der Bewirtschaftungszonen in der Region IV – der »Wiege« des Projekts – vergleichsweise schlecht und blieb hinter den hohen Erwartungen der Fischer zurück. Nach einer Erhebung von 2003 standen in dieser Region nur 5 der insgesamt 30 Bewirtschaftungszonen wirtschaftlich

gut da, die anderen schnitten durchschnittlich oder sogar unterdurchschnittlich ab (Zuñiga et al. 2008). Die Bewirtschaftungszonen allein bieten den Fischern also kein ausreichendes Einkommen, ergänzen aber ihren Lebensunterhalt.

Seit 1998 dürfen Locos (die wirtschaftlich wichtigste Spezies) nur noch innerhalb von Bewirtschaftungszonen geerntet werden; in den Open-Access-Zonen, die daneben bestehen und für alle in der Region registrierten Fischer offen sind, ist die Entnahme der Meeresschnecken gesetzlich verboten. Doch sowohl in den Bewirtschaftungszonen organisierte Fischer wie auch nicht organisierte Fischer umgehen die Regeln, um ihr Einkommen zu verbessern. Tatsächlich erwirtschaften sie rund die Hälfte ihres Einkommens mit den Locos aus den Open-Access-Zonen (Orsenanz et al. 2005).

Dennoch tragen nach Erkenntnissen von Wissenschaftlern und Behörden die TURFs zum Schutz der Fischbestände in den Managementgebieten bei, während sie in den Open-Access-Zonen zurückgehen (San Martin et al. 2010), obwohl beide miteinander ökologisch verbunden sind. Wie die Forschung zeigt, geht Nachhaltigkeit kurzfristig nicht notwendigerweise mit Rentabilität einher; schlechtere wirtschaftliche Resultate können vielmehr als Indikator für langfristige Fortschritte auf dem Weg zur Nachhaltigkeit gelten. Wenn allerdings eine Bewirtschaftungszone wirtschaftlich unbefriedigende Resultate erzielt, »fördert das noch weiter den Einsatz rücksichtsloser und destruktiver Fischfangmethoden«, die das Ökosystem bedrohen (Qashu 1999: 9). Die Notwendigkeit, einen ausreichenden Lebensunterhalt zu erwirtschaften, kann das Interesse am Ressourcenschutz in den Hintergrund drängen, wenn die wirtschaftlichen Erträge aus dem Managementgebiet die mit einer Mitgliedschaft einhergehenden Kosten und Mühen nicht decken und der Nutzen aus der gemeinsamen Bewirtschaftung der Gebiete geringer ist als außerhalb davon (Gallardo und Fridman 2011).

Mit anderen Worten, gute wirtschaftliche Erträge und Lagevorteile sind Voraussetzungen dafür, dass die Bewirtschaftungszonen gut funktionieren. Zwei weitere Bedingungen: erstens Ressourcenfülle (was die Nutzung mehrerer Spezies ermöglicht) und zweitens eine ausreichende Nachfrage auf den nationalen und/oder internationalen Märkten. Zugleich deutet vieles darauf hin, dass der Faktor Mensch – also die Führungs- und institutionellen Kapazitäten sowie die Fähigkeit der Fischer, flexibel auf neue Herausforderungen zu reagieren – der entscheidende Faktor sowohl für die Wirtschaftsleistung (höhere Einkommen, bessere Einkommensstabilität und höheres Pro-Kopf-Vermögen) wie für die institutionelle Stabilität ist (eine gut funktionierende Organisation, rege Teilnahme an den Entscheidungsprozessen, Einhaltung der selbstbestimmten Regeln, wenige Trittbrettfahrer, Vertrauen, Zusammenhalt, Selbstermächtigung, Sozialleistungen). Sind diese Voraussetzungen erfüllt, können sich die Fischervereinigungen besser auf neue Herausforderungen einstellen und ihre Aktivitäten stärker diversifizieren, was wiederum ihre wirtschaftliche Position stärkt, sie weniger verwundbar gegenüber globalen ökonomischen Schwankungen macht und den Druck auf das Ökosystem verringert.

Auch 15 Jahre nach ihrer Einführung lassen die wirtschaftlichen wie institutionellen Leistungen vieler Managementgebiete immer noch zu wünschen übrig (Gallardo/Friman 2011). Von den fünf Gebieten, die 2003 die besten Leistungen in den Regionen III und IV erbrachten, schnitt Peñuelas mit einem globalen Indika-

torwert von 0,698 (auf einer Skala von 0 bis 1)[1] und einem Pro-Kopf-Einkommen von 1.101.236 Pesos (1829 US-$) am besten ab. Punta de Choros dagegen brachte es im selben Jahr trotz eines fast dreimal so hohen Pro-Kopf-Einkommens (3.122.1933 Pesos bzw. 5188 US-$) nur auf einen Wert von 0,32 (Zuñiga et al. 2008). Heute geht es laut neuesten Statistiken beiden Gebieten gut, und die Bestände in ihren Fanggebieten sind sehr stabil. Im Vergleich zu 2003 hat sich also in Punta de Choros die Situation deutlich verbessert.

Peñuelas – zum Beispiel

Werfen wir einen genaueren Blick auf die urbane Bewirtschaftungszone Peñuelas. Es umfasst eine Fläche von 288 Hektar und hat 197 männliche Mitglieder, darunter zehn Fischer im Ruhestand, die bei der Aufteilung der Einkommen berücksichtigt werden. In acht Metern Tiefe ernten die Taucher die Muschel Macha chilenas, die wichtigste Spezies.

Die Fischervereinigung Peñuelas wird von einem alle zwei Jahre gewählten Vorstand geleitet, der für die Belange der Vereinigung zuständig ist und mehrere Kommissionen für spezifische Aufgaben eingerichtet hat.

Die Caleta liegt im Süden der Bucht von Coquimbo in der Stadt La Serena, einem bei der chilenischen Mittel- und Oberschicht beliebten Sommerurlaubsziel mit 200.000 Einwohnern. Sie liegt an einem Strand, hat aber kein Kai und auch keinen Kran, um die kleinen, hölzernen Fischerboote mit Außenbordmotor aus dem Wasser zu hieven. Die Fischer müssen daher die Boote vor jeder Ausfahrt mühevoll ins Meer schieben und anschließend mit dem Fang wieder an Land ziehen. Das imposante Caleta-Gebäude am Strand wurde mit staatlicher Unterstützung gebaut und kostete die Genossenschaft selbst nur recht wenig. Wegen der Nähe zur Stadt haben die Fischer guten Marktzugang, zudem sind ihre Häuser an das öffentliche Strom-, Wasser- und Kanalisationsnetz angeschlossen; allerdings ist die Wasserqualität durch die städtischen Abwässer beeinträchtigt. Die meisten Fischer leben mit ihren Familien gegenüber der Caleta auf der anderen Seite der Küstenstraße. Ihre Häuser nehmen sich im Vergleich zu den schicken Ferienanlagen in der Gegend bescheiden aus. Weil die Familien so eng beieinander leben, können sie im Notfall füreinander sorgen. Um ein Zusatzeinkommen zu erwirtschaften, vermieten mehrere Fischer während der zwei- bis dreimonatigen Touristensaison ihre Vorderhäuser, andere betreiben in ihren Häusern kleine Restaurants.

Entgegen einer Empfehlung von 1994, pro Boot maximal 175 Kilo Machas zu ernten, landen die Fischer mehr Muscheln an. Der dadurch ausgelöste Rückgang der Bestände verschärfte sich mit den schweren Regenfällen von 1997, und die Muschelbänke kollabierten. Auf Druck der Zwischenhändler sowie angelockt von den Verdienstmöglichkeiten machten sich viele Fischer mit ihren Booten auf nach Südchile, um eine Zeitlang dort zu fischen – vor der Implementierung des TURF-Systems war das üblich (ESBA 2000). Heute ernten die Peñuelas-Fischer nur noch an drei Tagen pro Woche Machas. Es ist eine selbstauferlegte Beschränkung zum

1 | Gemessen werden unter anderem die institutionelle Performance sowie soziale und wirtschaftliche Aspekte. Die Skala wurde von Lambert und Bloom entwickelt, siehe Zuñiga et al. 2008.

Schutz der Bestände. »Wir sind diejenigen, die für die Ressource verantwortlich sind«, erklärt Guzmann, der Expräsident der Fischervereinigung (Interview vom 24.11.2008). Die tägliche Macha-Quote wird nach den eingegangenen Bestellungen festgelegt und auf die Fischer nach einem Quotensystem je nach Arbeitsaufwand verteilt. Werden alle Fischer benötigt, fahren alle hinaus; ist die Nachfrage gering, fahren nur ein paar. Die Fischer entscheiden mit ihrer Mannschaft, ob sie selbst ausfahren oder ob ein anderes Boot ihre Quote übernimmt; manchmal fahren auch zwei Mannschaften gemeinsam auf einem Boot. Am nächsten Tag fahren die beiden Mannschaften mit dem anderen Boot. Das spart Treibstoff und Arbeit. Während die Taucher ihre Anzüge anlegen, bereiten die anderen die Boote vor und ziehen sie in Gruppen ins Wasser. Sogar die Hunde schnappen sich das Seil und helfen mit. Tagsüber bewachen ältere Fischer die Caleta, nachts ein bezahlter Wachmann.

Zwischen 2002 und 2008 betrug das durchschnittliche Monatseinkommen der Peñuelas-Fischer aus der Macha-Ernte 300.000 Pesos (ca. 370 Euro), ergänzt durch Einnahmen aus dem Fischfang außerhalb der Bewirtschaftungszonen in Höhe von 250.000 Pesos (circa 315 Euro). Daraus ergibt sich ein Monatsverdienst, der deutlich über dem regionalen Durchschnitt für Fischer von 331.545 Pesos liegt (INE 2010).

Die Peñuelas-Bewirtschaftungszone funktioniert auch institutionell gut. Die Mitglieder sind großzügig gegenüber anderen Fischervereinigungen (sie teilen ihre Ressourcen mit drei anderen Fischervereinigungen) und verfügen über ein gut ausgebildetes internes Wohlfahrtssystem, durch das die Fischerfamilien sowie die Gemeinde insgesamt unterstützt werden. Es gibt Unterstützung für Ältere, Witwen und vaterlose Kinder, soziale Aktivitäten (eine lokale Schule, Frauenfußball, ein Sportverein für Kinder), die Kosten für den Arzt und besondere Anlässe (Schulausstattung für Kinder, Unabhängigkeitstag und Weihnachten) werden übernommen.

Die innovative Art der Peñuelas-Bewirtschaftungszone, den Fang und die Vermarktung zu organisieren und die gemeinschaftlich getragene Verantwortung, haben beträchtliche Aufmerksamkeit erregt und den Fischern wiederholt Einladungen zu Vorträgen in Südchile und Peru eingebracht.

Punta de Choros

Die Fischervereinigung von Punta de Choros in der Gemeinde La Higuera hat zwei Bewirtschaftungszonen: Punta de Choros und Isla Choros mit einer Gesamtfläche von 1000 Hektar, 160 männlichen Mitgliedern und 83 Fischerbooten mit Außenbordmotor. Die Boote befinden sich in Privatbesitz. Beide Caletas der Fischervereinigung sind ländlich geprägt, aber sie verfügen über eine gute Infrastruktur mit kleinem Kai, Strom und fließendem Wasser (sie sind allerdings nicht an die Kanalisation angeschlossen). Im Jahr 2010 wurden im Rahmen der Tourismusförderung in beiden Caletas Restaurants eröffnet und Unterkünfte für Feriengäste eingerichtet. Wie in Peñuelas wird die Vereinigung von einem Vorstand geleitet, der Betrieb von mehreren Arbeitsgruppen geführt. Das Wohlfahrtssystem ist ebenfalls gut ausgebaut und umfasst neben einer Bank und einem Kreditverein Unterstützungen für Beerdigungen, für Witwen oder Lebensgefährten der Mitglieder. Im Falle von berufsbedingten Krankheiten und Verletzungen werden die Kosten

übernommen. Das gilt auch für Arzneimittelrezepte und Zahnbehandlungen sowie eine Reihe von Sport- und Freizeitangeboten.

Die wichtigste Spezies in den beiden Bewirtschaftungszonen ist die Meeresschnecke »Loco«, die von Tauchern in Wassertiefen von bis zu 25 Metern geerntet wird. Aufgrund der guten Erfolge beim Loco-Management – so viel Loco wie in Punta de Choros wird fast nirgendwo sonst in Chile angelandet – haben die Fischer von Punta de Choros inzwischen begonnen, auch »Lapas« (Napfschnecken), Seeigel und Muscheln zu ernten. Sie haben zudem ihre Aktivitäten diversifiziert, indem sie eine kleine Austern-Aquakultur für die lokale Gastronomie angelegt haben und in den lokalen Ökotourismus eingestiegen sind. Dazu hat die Vereinigung 30 Glasfaserboote mit Benzinmotor für den Tourismus angeschafft, auf denen in der Hochsaison bis zu 25.000 Feriengäste mitfahren (Interview Avilez 24.11.2008). Dank dieser starken wirtschaftlichen Grundlage konnte die Fischervereinigung mit staatlicher Unterstützung eine eigene Fabrik für die Weiterarbeitung des Fangs erwerben. In der unlängst als Genossenschaft in Betrieb genommenen Fabrik sind 17 Fischer aus Coquimbo mit der professionellen Weiterverarbeitung beschäftigt, und weiteren acht einheimischen Frauen wird von den Fischern beigebracht, wie sie zum Beispiel mit Austern umgehen können, ohne diese zu verletzen. Auf längere Sicht soll die Fabrik den Familienmitgliedern der Fischer Arbeit bieten und zusätzliche Arbeitsplätze für die Gemeinde schaffen.

Der Vorsitzende der Fischervereinigung Avilez sieht den Grund für den wirtschaftlichen Erfolg der Bewirtschaftungszonen in der Disziplin der Fischer beim Schutz des Gleichgewichts des Ökosystems. »Wir sind der Ansicht, dass unsere Bestände nachhaltig sind«, sagte er (Interview Avilez 19.08.2011). Sorgen bereitet ihm, dass es der Vereinigung an ausreichend Leuten fehlt, die bereit sind, Führungsverantwortung zu übernehmen. Ein Grund dafür sei die Angst der Leute, die Erwartungen nicht erfüllen zu können.

Den Fischern in Punta de Choros geht es gut. Von den 160 Mitgliedern haben 100 ein Auto und 70 Prozent ein eigenes Haus (etliche sogar mehrere). »Das zeigt, wie gut es uns wirtschaftlich geht«, sagt Avilez, der zugleich Vizepräsident des regionalen Fischerverbandes und einer der sechs gewählten Beiräte des Bürgermeisters von La Higuera ist. Avilez' Aufstieg ins örtliche Establishment war mit dafür verantwortlich, dass die beiden Caletas ans Stromnetz angeschlossen und mit modernen Gerätschaften ausgerüstet wurden. Die Gemeinde La Higuera hat darüber hinaus staatliche Mittel für den Ausbau der Infrastruktur, neue Ausrüstungen sowie Forschung und Entwicklung erhalten, mehr als jede der anderen sechs Kommunen in der Region (Sernapesca 2008).

Im Zeitraum von 2000 bis 2007 betrug das monatliche Durchschnittseinkommen aus der Locos- und Lapas-Ernte eines Fischers der Bewirtschaftungszonen in Punta de Choros bei einer mittleren Fangmenge von 320.000 Einheiten 157.500 Pesos (circa 200 Euro). Rechnet man die Einnahmen aus dem Fang von Seeigeln und Muscheln sowie dem Tourismus hinzu, belief sich das durchschnittliche Monatseinkommen dieser Fischer auf 777.100 Pesos (circa 950 Euro) und lag damit sogar über dem der Peñuelas-Fischer. Betrachtet man nur die Loco-Ernte, so lag diese 2008 bei 740.000 Einheiten und erreichte in der Saison 2010/2011 eine Spitze von 1.270.000 Einheiten.

Institutionen für Umweltschutz und Einkommenssicherung – eine Aufwärtsspirale

Für die Fischer hat der Übergang von Open Access zu geregelten Nutzungsrechten, der auch ein Übergang von Individualismus und Rivalität zu einer organisierten und partizipativen Gemeinschaft ist, zahlreiche Vorteile mit sich gebracht. Das TURF-System hat die Fischer und ihre Position auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene gestärkt. Sie haben nicht nur ihre wirtschaftliche Basis stabilisiert, sondern stehen auch in regelmäßigem Kontakt mit Wissenschaftlern, Behörden und internationalen Akteuren – für sie eine völlig neue Erfahrung. In den wirtschaftlich erfolgreichen Managementgebieten gründen sie zudem neue Unternehmen und bringen so zusätzliche Investitionen in ihre Dörfer oder Gemeinden.

Bewirtschaftungszonen wie Peñuelas sind nicht nur wirtschaftlich und institutionell erfolgreich, sondern allem Anschein nach auch beim Artenschutz. Internationale Partner loben das Management und sehen darin ein Vorbild für die Nutzung bedrohter küstennaher Ressourcen.

Offenkundig gibt es einen starken Zusammenhang zwischen Ressourcenfülle, wirtschaftlichem Erfolg und institutioneller Leistungsfähigkeit. Daraus ergibt sich ein andauernder und sich ständig wiederholender Prozess der ökonomischen Diversifizierung, der Selbstermächtigung und des Umweltschutzes. Peñuelas zum Beispiel zeigt, welch positive Veränderungen kollektives Handeln ermöglichen kann. Der Fall belegt, dass zunächst vor allem der Faktor Mensch – also die Führungsfähigkeiten und institutionellen Kapazitäten der Fischer selbst – über den Erfolg der Bewirtschaftungszonen entscheidet. Das gibt auch für jene Gebiete Hoffnung, deren Bilanz (noch) schlecht ausfällt. Auch der Staat spielt eine wichtige Rolle, wenn es um Vertrauen, den Aufbau institutioneller Kapazitäten und insbesondere die Unterstützung der weniger erfolgreichen Gebiete geht, damit schließlich ein Prozess in Gang kommt, in dem sich die Organisationen der verschiedenen Bewirtschaftungszonen gegenseitig stärken.

Dieser Beitrag basiert auf Gallardo/Friman 2011. Die Daten wurden im Rahmen der Feldforschung in den Jahren 2008 und 2011 sowie durch E-Mail- und Telefonkontakte erhoben.

Literatur

Gallardo, Gloria L./Friman, Eva (2011): »New Marine Commons Along the Chilean Coast. The Management Areas (MAs) of Peñuelas and Chigualoco«, in: *International Journal of the Commons,* 5(2).

INE (2010): Censo Nacional Pesca y Acuacultura, online unter: http://www.ine.cl

LGPA (1991): Ley General de Pesca y Acuicultura, Nr. 18.892.

Orensanz, J.M. (Lobo)/Parma, Ana M. et al. (2005): »What are the Key Elements for the Sustainability of S-Fisheries? Insights from South America«, in: *Bulletin of Marine Science* 76(2), S. 527-556.

Qashu, S. (1999): Analysis of Marine Resource Conflicts in Two North Central Chilean Fishing Villages. Diplomarbeit, eingereicht an der Oregon State University.

San Martín, Gustavo/Parma, Ana M./Orensanz, J.M. (Lobo) (2010): »The Chilean Experience with Territorial Use Rights in Fisheries«, in: Grafton, R.Q./Hilborn, R. et al. (Hg.): Handbook of Marine Fisheries Conservation and Management, Oxford.
Sernapesca (2008): Informe Pesquero Artesanal, Servicio Nacional de Pesca, Región de Coquimbo, Santiago de Chile.
Sernapesca (2009): Anuario estadístico de pesca, Santiago de Chile.
Subpesca/Montoya, M. (2007): Subpesca: Diagnóstico Económico de la Pesquería del Recurso Loco (2003-2006).
Zuñiga, Sergio/Ramirez, Pamela/Valdevenito, Marcelo (2008): »Situación socioeconómica de las áreas de manejo en la región de Coquimbo, Chile«, in: *Latin American Journal of Aquatic Reseach*, 36:1.

Interviews

Avilez, O.: 24.11.2008; 19.08.2011.
Dubó, A.: 24.11.2008.
Guzmán, P.: 24.11.2008.
Subpesca/Montoya, M.: 26.08.2011.

Gloria L. Gallardo Fernández (Chile/Schweden) arbeitet als Associate Professor für Soziologie am Uppsala Centre for Sustainable Development, Universität von Uppsala, Schweden. Sie forscht zu kollektiven Landtiteln und Pacht-/Besitztiteln in der Kleinfischerei.

Eva Friman (Schweden) ist Forscherin und Programmdirektorin von Cemus am Uppsala Centre for Sustainable Development der Universität Uppsala. Sie hat Ideengeschichte und Umweltökonomie studiert. Heute forscht sie zur Geschichte und Theorie der Wissenschaften und interessiert sich für interdisziplinäre Nachhaltigkeitsstudien.

Frischer Wind in den Wäldern

Gemeinschaftliche Waldbewirtschaftung und Lebenssicherung in Nepal

Shrikrishna Upadhyay

Nach der friedlichen Revolution gegen das autokratische und monarchistische Panchayat-Regime[1] in Nepal gab die Wiedereinführung eines Mehrparteiensystems 1990 den Dorfgemeinschaften die Möglichkeit, sich zu organisieren und Gemeingüter wie Wasser und Wald selbst zu verwalten. Mit politischen Programmen und neuen Finanzierungsinstrumenten förderte der Staat neue Formen selbstverwalteter Graswurzelorganisationen. Die Energie, die von diesem Wandel ausging, führte in Nepal zu einer enormen Ausweitung von Wäldern in gemeinschaftlicher Hand. 1,7 Millionen Haushalte oder 32 Prozent der Bevölkerung konnten direkt davon profitieren. 16.000 Gruppen haben sich organisiert, um ihre Wälder gemeinsam zu bewirtschaften; sie verwalten 1,2 Millionen Hektar Land. Das entspricht etwa einem Viertel der Waldfläche Nepals.

Die Geschichte gemeinschaftlicher Waldbewirtschaftung

Bis zu ihrer Verstaatlichung 1957 gehörten die Wälder den Menschen. Für die Regierung jedoch war es schwierig bis unmöglich, die großen Flächen des verstaatlichten Waldes zu bewirtschaften, weil es keine entsprechenden Verwaltungseinrichtungen gab und die entlegenen und verstreuten ländlichen Regionen unüberschaubar waren. Vor allem im Bergland drängten die Dorfgemeinschaften deshalb die Regierung, ihnen die Kontrolle über die Wälder zu überlassen. Schon 1978 führte dieser Druck zu einer Änderung der Forstgesetze: Die Bewirtschaftung eines Teiles der Wälder wurde an lokale Institutionen übertragen, die sogenannten »Panchayats«. Trotz des Gesetzes übergab man diesen bis 1986 nur 48.541 Hektar Wald.

Die neue Regierung schließlich nahm die Nutzergruppen (sogenannte »community forestry user groups«, CFUGs) in ihren 8. Fünfjahrplan (1992-1997) zur Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen auf. Mit dem Forstgesetz von 1993 und weiteren Verordnungen 1995 wurden die CFUGs bevollmächtigt,

1 | Panchayats waren das unterste Gremium des Einparteiensystems, das zum Schutz der absoluten Monarchie gegründet worden war und bis 1990 nahezu 30 Jahre bestand.

ihre Wälder selbst zu bewirtschaften. Der Staat blieb Eigentümer des Waldes, räumte aber den Dorfgemeinschaften das Recht auf Selbstverwaltung ein.

Das Recht auf Selbstverwaltung

Dorfgemeinschaften sind berechtigt, sich entsprechend ihrer Bereitschaft, ihren Fähigkeiten und Gewohnheitsrechten zur gemeinschaftlichen Waldbewirtschaftung in Nutzergruppen (CFUGs) zusammenzuschließen.
Die Grenzen von Gemeinschaftswäldern werden nicht durch bestehende administrative oder politische Grenzen beschränkt.
Die Regierung kann einer CFUG die Rechte entziehen, wenn diese sich an großflächiger Entwaldung beteiligt, aber es ist auch die Pflicht der Regierung, diese CFUG wieder einzusetzen.
CFUGs können jederzeit ihre Führungsgremien wählen oder austauschen.
CFUGs können ihre Mitglieder im Falle des Regelbruchs sanktionieren.
CFUGs können jederzeit ihre Statuten ändern oder ergänzen.
Es gibt keine Flächenbegrenzung für Wälder, die an Gemeinschaften übergeben werden.
CFUGs haben das Recht,

- ihre Wälder optimal zu nutzen, indem sie neben den Forstprodukten auch Nahrungsmittel anbauen und verkaufen;
- ihren Bestand mit Hypotheken zu belasten, um Kredite aufnehmen zu können;
- frei über die Verwendung finanzieller Mittel zu entscheiden, solange 25 Prozent der Einnahmen aus dem Wald in die Verbesserung des Waldes fließen;
- ihre Produkte zu frei festgesetzten Preisen zu verkaufen;
- Unternehmen zu gründen und Gewinn zu machen;
- bei Organisationen Unterstützung zu beantragen;
- Erträge aus verschiedenen Forstprodukten zu erzielen, wobei alle Einnahmen an die CFUG gehen und nichts an die Regierungen abgeführt werden muss;
- beliebige Bereiche, Personen und Aktivitäten entsprechend den Entscheidungen der Generalversammlung finanziell zu fördern.

Quelle: Pokharel et al. 2007

Nachhaltige Lebensgrundlagen durch gemeinschaftliche Waldbewirtschaftung

Die Selbstverwaltung der nepalesischen Wälder durch die Nutzergemeinschaften hat sich ökologisch und wirtschaftlich sehr positiv ausgewirkt. Indikatoren sind der dichtere Kronenschluss[2] und die höhere Produktivität. Eine aktuelle Studie ergab, dass sich 74 Prozent der Waldflächen, die durch CFUGs bewirtschaftet

2 | Anteil der von den Baumkronen überschirmten Waldfläche (Anm. der Hg.).

werden, in »gutem« Zustand befanden, während nur 19 Prozent »heruntergewirtschaftet« waren. Andere Studien haben gezeigt, dass CFGUs hinsichtlich der Veränderungen des Waldzustandes besser abschneiden als Staatswälder.

Durch die gemeinschaftliche Waldbewirtschaftung hat die Produktion von Nutzholz, Schnittholz, Tierfutter, organischen Materialien und anderen Waldprodukten (sogenannten »non-timber forest products«, NTFP) stark zugenommen, während sich gleichzeitig die Waldflächen vergrößert haben und die Wassereinzugsgebiete geschützt wurden. Zudem wurden die Gewinne, die die CFUGs erzielen konnten, genutzt, um Mikrounternehmen der ärmeren Mitglieder zu finanzieren und die Dorfinfrastruktur auszubauen. In einigen Fällen haben landlose Menschen etwas anbauen können. In anderen Fällen wurden Gemeinschaftsunternehmen rund um die Waldnutzung aufgebaut, etwa eine Fabrik für die Verarbeitung von Heilkräutern.

Ojha und Chchatre zitieren eine Studie, die belegt, dass gemeinschaftliche Waldnutzung auch positive Effekte auf den Lebensstandard und die Nahrungsmittelsicherheit hat (Ojha/Chchatre 2009). Auch eine Längsschnittuntersuchung von 2700 Haushalten aus 26 CFUGs in den Hügeln von Koshi über einen Zeitraum von fünf Jahren belegt, dass sich Lebensstandard und Nahrungsmittelsicherheit der Bevölkerung erheblich verbessert hatten: Sie ergab, dass 46 Prozent der armen Bevölkerung durch die Beteiligung an CFUGs ihre wirtschaftliche Situation und langfristige Handlungsfähigkeit verbessern konnten. Eine andere Studie fand heraus, dass das jährliche Haushaltseinkommen von Mitgliedern der Nutzergruppen im Zeitraum von 2003-2008 um 113 Prozent von 54.995 nepalesischen Rupien (NPRs) auf 117.075 NPRs (das entspricht 2011 etwa 410 bzw. 1060 Euro) stieg. Inflationsbereinigt ist das einer Zunahme von 61 Prozent.

Die Bedeutung von Wäldern als Wasserspeicher wird oft übersehen. Genau hier wird jedoch der Zusammenhang zwischen Wäldern, Landwirtschaft und Verbesserung der Lebensqualität am deutlichsten. Daher ist es wichtig, einen ganzheitlichen und sektorübergreifenden Ansatz für den Umgang mit natürlichen Ressourcen und zur Verbesserung der Lebensqualität der Menschen zu fördern. Partizipative Aktionsforschung (PAR), die die Beteiligten an der Basis mit einbezieht, ist ein wesentlicher Teil eines solchen ganzheitlichen Management-Modells, weil Nutzergruppen nur dann die notwendigen Kompetenzen zur Selbstverwaltung entwickeln, wenn sie Vertrauen aufbauen und ein Geben und Nehmen entsteht; und wenn sie ihre Fähigkeit stärken können, die unvermeidbar auftretenden Konflikte und Probleme zu lösen.

Schließlich können Nutzergruppen, die ihre Wälder sinnvoll bewirtschaften, einen Beitrag zur Kohlenstoffbindung leisten und Umweltdienstleistungen erbringen, etwa die Verbesserung der Wasserqualität für stromabwärtsliegende Dörfer. Im UN-Programm REDD (»Reducing Emissions from Deforestation and Degradation«, dt.: Reduktion von Emissionen aus Entwaldung und zerstörerischer Waldnutzung)[3] wird versucht, solche Erfolge zu quantifizieren, damit die CFUGs

3 | Weltweit stammen zirka 20 Prozent der von Menschen verursachten Treibhausgase aus der Abholzung und Zerstörung von Wäldern. Das REDD-Modell will hier ansetzen und Waldschutz zu einem Instrument des Klimaschutzes machen. Die Idee ist, dem in Wäldern gespeicherten Kohlenstoff einen materiellen Wert beizumessen, so dass der Walderhalt

für ihren Beitrag zum Umweltschutz entschädigt werden können. Ein Fonds für gemeinschaftliche Waldbewirtschaftung könnte zur Regeneration der Wälder beitragen und den Nutzern zugleich neue Chancen zur Verbesserung ihres Lebensstandards bieten. Auch Einnahmen aus dem Emissionshandel und den Umweltdienstleistungen könnten in diesen Fonds eingebracht werden.

Zusatzverordnungen für CFUGs, die besonders der ärmeren Bevölkerung zugutekommen

- Subventionierung von Forstprodukten;
- Reservierung von bestimmten Abschnitten der Gemeinschaftswälder für bedürftige Frauen und Dalits (Unberührbare);
- besondere Vorkehrungen für die Verteilung von Forstprodukten an besonders verwundbare Gruppen (zum Beispiel Holzkohle für Schmiede, kostenlose Abgabe von Produkten an alleinstehende Frauen, Opfer von Naturkatastrophen und Konflikten);
- Vergabe von CFUG-Krediten zu niedrigen Zinsen für einkommensschaffende Tätigkeiten;
- Zuteilung von Land aus den Gemeinschaftswäldern an bedürftige Nutzer;
- Stipendien für Kinder bedürftiger Familien.

Quelle: Bhattarai 2009

Alles spricht dafür, dass CFUGs auch in Zukunft eine Vorreiterrolle für besseres Ressourcenmanagement in Nepal spielen können. Sie tragen die Energie weiter, die durch die Graswurzelbewegungen seit 1990 freigesetzt wurde, und sie verbessern den Lebensstandard der Armen.

Herausforderungen der gemeinschaftlichen Waldbewirtschaftung im Terai

Im Terai, einer sehr trockenen Region im südlichen Nepal, wird die Waldfläche durch den Ackerbau im Bergland und im indischen Teil der fruchtbaren Ganges-Ebene dezimiert. Die Menschen indischer Abstammung, eine Bevölkerungsgruppe namens Tharus, und Einwanderer aus dem Bergland bevölkern das Terai. Diese Mischung verschiedener ethnischer Gruppen erschwert das gemeinsame Handeln.

---

rentabler ist als die Waldzerstörung. Die konkrete Ausgestaltung ist jedoch äußerst komplex. Zudem öffnet sie der Einverleibung von immer neuen natürlichen Ressourcen in den Kohlenstoffmarkt Tür und Tor. Wenn dieser Markt nicht funktioniert, funktioniert auch REDD nicht. Einen konkreten Mechanismus zur Umsetzung von REDD gibt es noch nicht. Umweltschutzorganisationen und Vertreter indigener Völker üben zudem Kritik an dem Programm, weil es die Entwaldung bestenfalls verlangsamt und nicht selten die Rechte der indigenen Bevölkerung einschränkt (Anm. der Hg.).

Obwohl der Staat große Waldflächen besitzt, ist er nicht in der Lage, deren Nutzung zu überwachen und zu beeinflussen, daher sind die Wälder meist frei zugänglich (Open Access). Jeder kann sie nach Belieben nutzen, besonders im Norden entlang der Churia- und Shivalik-Berge. Ein Großteil der staatlichen Wälder wird abgeholzt, denn dort gibt es einen beträchtlichen Anteil an Hartholz mit hohem Verkaufswert. Dabei ist die Erhaltung der Terai-Wälder wichtig, um der Erosion Einhalt zu gebieten und die Überschwemmungsgefahr in Nepal und Nordindien zu minimieren.

Gemeinschaftliche Waldbewirtschaftung ist hier eine Alternative zu konventionellen Bewirtschaftungsformen. Sie konzentriert sich auf Regionen, in denen gefestigte Dorfgemeinschaften bestehen, weil sich aufgrund der ähnlichen ethnischen Herkunft der Bevölkerung Beziehungen herausbilden konnten, die auf Vertrauen und Reziprozität beruhen. Um die Terai-Wälder zu retten, müsste es jedoch weitere Anreizmechanismen geben, damit Menschen sich auch an der Bewirtschaftung staatlicher Wälder beteiligen und damit jene, die von der Waldnutzung ausgeschlossen werden müssten, Unterstützung bei der Erschließung alternativer Energiequellen bekommen. Denn sie müssen das Feuerholz ersetzen können. Um den Trend zur Zerstörung der Wälder des Terai zu stoppen – derzeit sind es jährlich rund ein Prozent –, wird eine gemeinsame Anstrengung von Forstbehörden, der Bevölkerung, lokalen Institutionen und anderen Stakeholdern erforderlich sein.

Ein Dachverband der Waldbewirtschaftungsgruppen

In dem Maße, wie die Zahl der Nutzergruppen für gemeinschaftliche Waldbewirtschaftung wächst, tauchen auch komplexere Probleme auf, die gelöst werden müssen. Zum Beispiel brauchen CFUGs eine bessere rechtliche und politische Absicherung. Doch das ist schwierig, weil häufige Regierungswechsel und andere politische Probleme oft Veränderungen der politischen Programme nach sich ziehen, die in die CFUG-Verwaltung eingreifen und Planungskontinuität unmöglich machen. Allgemein gesagt: Das politische Establishment war nicht immer förderlich für die Durchsetzung eines gemeinschaftsbasierten Modells der Waldbewirtschaftung.

Der Dachverband der Gruppen für gemeinschaftliche Waldbewirtschaftung (Federation of Community Forestry Nepal, FECOFON) wurde 1995 mit der Absicht gegründet, sich dieser Themen anzunehmen, die Interessen der Nutzergruppen zu vertreten und politische Unterstützer zu gewinnen. Die FECOFON begleitet auch die CFUGs vor Ort in ihren Dörfern und organisiert den Austausch zwischen den Gruppen und anderen Beteiligten. Wenn politische Maßnahmen die Nutzergemeinschaften bedrohen, organisiert der Verband Kundgebungen, um die Regierung zum Umdenken zu bewegen. Zudem vertritt er die Interessen der Nutzergruppen in internationalen Organisationen und bemüht sich, auch auf globaler Ebene die Agenda der Bewegung für Gemeinschaftswälder voranzutreiben.

Förderung erneuerbarer Energien

Durch die günstigen institutionellen und politischen Rahmenbedingungen, die die Regierung geschaffen hat, und durch ein neues Energieprogramm sind alternative Energiequellen in ländlichen Regionen sehr populär geworden. Mit spendenfinanzierten Programmen wurden die Nutzung von Biogas, von Sonnen- und Mikro-Wasserkraft sowie die Verbesserung der rustikalen Küchenherde in den Haushalten vorangetrieben. Hundertausende Biogasanlagen und Küchenherde konnten installiert werden, womit der Bedarf an Feuerholz reduziert und die Wälder entlastet wurden. Zudem haben sich die Heizkosten der Menschen verringert. Die Etablierung des Emissionsrechtehandels ermöglicht es, dass einige Technologien, wie Biogas und Kleinwasserkraft, in den Kohlenstoffmarkt einsteigen, was für die Zukunft eine stabile und langfristige Finanzierung erwarten lässt.

Institutionelle Innovation ist nötig

Mit dem Entstehen einer Mehrparteiendemokratie 1990 haben die Beteiligung der Bürger und die Vielfalt der Institutionen in allen Lebensbereichen zugenommen. Basisinitiativen haben verschiedene selbstverwaltete Institutionen für die Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen, für Infrastruktur, Bildung, Gesundheit und Mikrofinanzierung auf den Weg gebracht. In einigen Fällen stellt der Staat politische und rechtliche Unterstützung bereit, um solche Initiativen zu fördern. So hat er autonome Strukturen für die Finanzierung und Unterstützung von Graswurzelinitiativen geschaffen, wie den Fonds zur Armutsbekämpfung (Poverty Alleviation Fund, PAF), der 2004 mit finanzieller Unterstützung der Weltbank gegründet wurde. Der PAF hat es 14.000 Gemeinschaften mit rund 500.000 armen Haushalten in entlegenen Regionen Nepals ermöglicht, das Haushaltseinkommen zu erhöhen, Infrastrukturen zu schaffen, alternative Energiesysteme aufzubauen und die Handlungskompetenzen der Gemeinschaften zu stärken.

Die gemeinschaftliche Bewirtschaftung des Waldes ist heute so weit verbreitet, dass ein Unterstützungsfonds notwendig geworden ist, der sich auf das ganzheitliche Management natürlicher Ressourcen im Bereich lokaler Wassereinzugsgebiete spezialisiert. Die Mittel eines solchen autonomen Fonds könnten zwischen Regierung und Nutzergemeinschaften entsprechend ihrer Beiträge zur Kohlenstoffbindung geteilt werden. Der Fonds könnte durch die Erträge der Waldbewirtschaftung und mit Einnahmen aus Umweltdienstleistungen und dem Emissionsrechtehandel finanziert werden.

Ausblick

Die Berichte über CFUGs zeigen deutlich, dass die sozial schwachen Gruppen von der verbesserten Bewirtschaftung des Waldes durch die Beteiligung der Dorfgemeinschaften am meisten profitieren. Wir müssen daher wegkommen von einem Modell, das auf Konservierung ausgerichtet ist, hin zu einem Modell, das nachhaltige Existenzsicherung ermöglicht und Ernährungssicherheit, gesunde Lebensmittel und steigende Lebensqualität für die Armen in den Mittelpunkt stellt. Das

ist auch der Schwerpunkt von SAPPROS (Support for Poor Producers of Nepal), einer nepalesischen Organisation, die arme Produzenten unterstützt. SAPPROS betreibt partizipative Aktionsforschung, die die Bewirtschaftung von Land, Wald und Wasser auf der Ebene der Dorfgemeinschaften zusammenführt. Gemeinsam mit Bauern, Nutzern und den begünstigten Haushalten können wir Effektivitätsindikatoren entwickeln, Fortschritte beobachten und langfristig die Lebensverhältnisse verbessern.

Literatur

Bhattarai, S. (2009): Towards Pro-Poor Institutions: Exclusive Rights to the Poor Groups in Community Management. Discussion Paper, Forest Action Nepal and Livelihoods and Forestry Program, Kathmandu, Nepal.

Ojha, H./Persha, L./Chchatre, A. (2009): Community Forestry in Nepal, IFPRI Discussion Paper 00913, November 2009, A Policy Innovation for Local Livelihood.

Pokharel, B.K./Braneey, P./Nurse, M./Malla, Y.B. (2007): »Conserving Forests: Sustaining Livelihoods and Strengthening Democracy«, in: *Journal of Forest and Livelihood* 6(2), September 2007.

SAPPROS (2002): Natural Resource Management Manual, Support Activities for Poor Producers of Nepal, Kathmandu.

Shrikrishna Upadhyay (Nepal) ist Vorstandsvorsitzender von SAPPROS Nepal. Seine wichtigsten Bücher sind *Pro-poor Growth and Governance in South Asia* und *Economic Democracy through Pro-Poor Growth.* Er wurde 2010 mit dem Right Livelihood Award (Alternativer Nobelpreis) ausgezeichnet; http://www.sappros.org.np.

Salz und Handel am Lac Rose

Der Lebensunterhalt senegalesischer Gemeinschaften

Papa Sow und Elina Marmer

Vorbemerkung: Von der senegalesischen Hauptstadt Dakar sind es anderthalb Stunden über städtische Autopisten und Landstraßen bis zu einem rosa schimmernden See. Mit einem weiteren Besucher des Weltsozialforums 2011, dem ersten derartigen Gipfel auf afrikanischem Boden, war ich nach tagelangen Debatten der Hektik der Stadt entflohen und hatte auf einen entspannten Strandspaziergang gehofft. Die Szenerie, die uns empfing, war spektakulär. Schneeweißer Schaum am Ufer des Lac Rose. Frauen balancierten auf ihren Köpfen schwere Körbe aus dem Wasser. Am Strand türmten sie die gräulichen Salzmassen zu Kegeln auf. Wir waren bei den Salzschöpfern angekommen und sahen in Sonne und salzigem Wind dem Treiben zu. Ein junger Mann trat heran, Algora Ndiaye, aus dem angrenzenden Dorf Niaga. Algora versuchte sein Glück als »Touristenführer«, und so drohte der entspannte Strandspaziergang zwischen Souvenir- und Informationsangeboten zu versanden. Wir wehrten ihn zunächst ab, doch Algora fesselte schließlich unsere Neugier:

Mein Großvater hat früher hier gefischt. Aber es gibt längst keine Fische mehr.
Aha. ...
Heute schöpfen alle Salz. Jeder kann hier Salz schöpfen.
Wie meinst du das? Jeder?
Na, jeder eben. Der See ist öffentlich und jeder hat das Recht, sich ein Boot zu mieten und mit der Arbeit zu beginnen.
Wirklich jeder? Selbst Ausländer?
Ja, und sie müssen keine Steuern zahlen. Das ist ein öffentlicher See und jeder hat freien Zugang zu seinen Ressourcen.
Und es gibt kein Übernutzungsproblem?
Nein ... Ich nehme an, die sind alle aufrichtig und diszipliniert.
Meinst du wirklich? ...

Wir suchten uns ein schattiges Plätzchen, um verstehen zu lernen, wie das Salzschöpfen am Lac Rose funktioniert. Drei Stunden ins Gespräch vertieft, umkreisten wir die Frage, warum es keine Übernutzung gab. Es gelang Algora nicht, uns zu überzeugen. So recht zufrieden waren wir mit den Erklärungen nie. Der Grund ist einfach: Algora Ndiaye fand den entscheidenden Punkt nicht erwähnenswert. Offenbar erschien er ihm zu neben-

sächlich. Irgendwann kam er nebenbei zum Vorschein – in verblüffender Schlichtheit. Zurück in Deutschland habe ich Papa Sow und Elina Marmer eingeladen, über dieses Thema zu schreiben. Über die Salzschöpferinnen und Salzschöpfer des Lac Rose. Dabei lernte ich, dass die Übernutzungsfrage doch nicht ganz so einfach zu beantworten ist.

Silke Helfrich

In den letzten Jahren haben viele Autoren aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft in ihren Beiträgen die Wiederentdeckung der Gemeinschaft als Mittel der sozialen Integration unterstützt (Bellah 1985; Putnam 2000; Etzioni 2004; Laimé et al. 2008). In Afrika, wo die öffentlichen Institutionen eher schwach sind, sind soziale oder politische Auseinandersetzungen meist nur auf lokaler Ebene relevant. Gemeinschaften werden mobilisiert, um Treuhänder ihrer Umwelt zu werden (Scheffran et al. 2011), und eine Revitalisierung von Initiativen zur lokalen Entwicklung zeichnet sich ab. In diesem Beitrag untersuchen wir den Fall der »Salzschöpfer« vom Lac Rose im ländlichen Dakar, Senegal. Wir gehen der Frage nach, wie die Gemeinschaften rund um den See ihren Lebensunterhalt bestreiten. Der Artikel basiert unter anderem auf früheren Publikationen von Papa Sow (2002), die mit Blick auf die gemeinschaftliche Ressourcennutzung analysiert wurden.

Der Lac Rose, auch als Lake Retba bekannt, mag Lesern als ehemaliges Endziel der Rallye Paris-Dakar bekannt sein. Der See liegt zwischen weißen Dünen und der Küste im Nordosten des ländlichen Dakar. Er wird von Grundwasser gespeist und erhält in der Regenzeit eine große Menge Stauwasser vom Dorf Sangalkam und den trockenen Seen Thor und Yandal in der benachbarten Provinz Thiès. Doch das ökologische Gleichgewicht des Sees ist fragil. Mit einer Wassertiefe von nur drei Metern ist er recht flach, und die Salzkonzentration von 380g/l ist höher als im Toten Meer (340g/l). Im Jahre 1990 wurde die Flächenausdehnung des Lac Rose auf 4 km² geschätzt. Im Jahre 2005 betrug sie nur noch 3 km², und der See schrumpft weiter. Aufgrund seiner einzigartigen rosa Färbung wird er seit 2005 auf der vorläufigen Welterbeliste der UNESCO geführt. Manche Wissenschaftler sind der Ansicht, dass das Zusammenwirken der Lichtreflektion der Dünen, des hohen Magnesiumchloridgehalts und eines bakteriellen Carotinoids[1] für die rote, rosafarbene oder orangene Pigmentierung verantwortlich sind (M'Baye 1989).

In den 1970er-Jahren hat die lokale Bevölkerung aufgrund der wirtschaftlichen Not, die durch anhaltende Trockenheit verursacht wurde, begonnen, Salz selbstorganisiert aus dem See zu gewinnen und zu verkaufen. Zunächst wollte sie damit das Einkommen ihrer Familien aufbessern (Sow 2002). Heute arbeiten rund 5000 Menschen in verschiedenen Netzwerken rund um den See. Sie bestreiten mit den Ressourcen des Sees ihren Lebensunterhalt. Die Arbeitsplätze, die sie geschaffen haben, befinden sich in Nischen, die lokale Behörden mit ihrer Beschäftigungspolitik nicht füllen können. Die »Salzschöpfer« haben den See in vier Bereiche aufgeteilt, in denen die meisten Aktivitäten entwickelt und koordiniert werden: Khaar Yaala, Khoss, Virage und Daradji.

1 | Carotinoide sind natürliche Farbstoffe, die eine gelbe bis rötliche Färbung verursachen. Sie kommen vor allem in den Chromoplasten und Plastiden der Pflanzen, in Bakterien, aber auch in der Haut vor (http://www.wikipedia.de) (Anm. der Hg.).

Traditionelle Abbautechniken und Selbstorganisation

Die am Lac Rose genutzten Techniken zur Salzgewinnung sind originell und unterscheiden sich von den traditionellen und modernen Praktiken im Rest des Landes (Sow 2002). Die Salzgräber und Trägerinnen und Träger stehen brusttief im Wasser. Sie verwenden einfache Werkzeuge: Körbe, Siebe, Schaufeln und Spaten sowie Kanus mit Paddeln, die als »niosse« bezeichnet werden. Diese Kanus werden meist von Holz- bzw. Bootshändlern gemietet. Die Salzschöpfer bezahlen sie entweder in Naturalien (5-6 Behälter Salz pro Tag) oder in bar. Ein neues, industriell gefertigtes Kanu kostet 120.000-130.000 CFA (ca. 185 Euro in 2011). Die Schöpfer verdienen etwa 10.000 CFA pro Tag (ca. 15 Euro).

Die Salzerntearbeiter, also alle vor Ort mit der Salzgewinnung Beschäftigten, sind unterschiedlicher sozialer Herkunft, aber im Allgemeinen sind sie Bauern und Erntearbeiter, die ihre saisonalen landwirtschaftlichen Aktivitäten aufgegeben haben. Meist arbeiten sie hier nur vorübergehend, um etwas Geld zu verdienen, damit sie nach Dakar, in die westafrikanischen Nachbarländer (um ein Geschäft zu gründen) oder sogar nach Europa auswandern können. Männer, Frauen und Mädchen erledigen verschiedene Arbeiten. Es sind hauptsächlich die Männer, die das Salz mit großen Stöcken ausheben und die Boote damit beladen. Frauen laden das schwere, nasse, noch schwarze Salz von den Booten ab, sie sind auch Vermittlerinnen. Junge Mädchen verkaufen an den Ufern des Sees und in der Umgebung der Bungalows und Hotels Kunsthandwerk und Schmuck. Die Frauen, die am See arbeiten, sind ein wichtiger Knoten einer langen Kette im Salzhandelsnetzwerk zwischen Lac Rose und dem restlichen Afrika. Manche Männer, genannt »Kola-kola«, füllen das trockene, nun graue oder weiße und mit Jod versetzte Salz in Säcke. Nicht nur Menschen aus der Umgebung arbeiten hier, sondern auch Migranten, und zwar inländische (Baol Baol[2] und Menschen aus der Diourbel-Region im Senegal) sowie ausländische aus Guinea-Bissau (ca. 400 Personen) und Mali (ca. 800).

Im Jahr 1994 wurde ein Management-Komitee (MK) gegründet, das aus 18 Mitgliedern aus den fünf umliegenden Dörfern besteht. Es organisiert Salzabbau und -verwertung und ist bestrebt, durch gemeinsame Aktivitäten die Bedingungen für den Salzabbau und die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern. Jedes Mitglied wird von einer einflussreichen Organisation seines Dorfes gewählt (davon gibt es ganz verschiedene) und vertritt deren Interessen. Lokale Organisationen, etwa das Foyer des Jeunes de Niaga[3], GIE Bambylor etc., sind ebenfalls beteiligt. Alle drei Monate hält das Komitee eine Mitgliederversammlung ab, um die gemeinsame Arbeit zu evaluieren und neue Entscheidungen zu treffen. Alle Mitglieder des Komitees erhalten eine Entschädigung für ihre Arbeit (offenbar werden der Präsident und der Generalsekretär besser bezahlt). Obwohl die Frauen vor Ort eine wichtige Rolle spielen, bekleiden sie keine Positionen im Komitee. Das Komitee kümmert sich auch um weiterreichende Aktivitäten, wie zum Beispiel die Jodierung des Salzes. Dabei kooperiert es mit dem WFP (Welternährungs-

2 | Das Königreich Baol in Zentralsenegal war eines der ältesten Königreiche der Serer, sein Territorium erstreckte sich bis zu den Städten Touba und Mbacké (Anm. der Hg.).

3 | Die Jugendorganisation eines beteiligten Dorfes.

programm), der UNICEF und mit senegalesischen oder ausländischen Nichtregierungsorganisationen ebenso wie mit den Ministerien für Umwelt, Handel, Gesundheit und Wirtschaft. Neben der intensiven Lobbyarbeit ist das Komitee bemüht, die »Salzschöpfer« mit ihren Rechten vertraut zu machen. Dabei gelingt es ihm durchaus, einen gewissen Druck auf die lokalen Behörden auszuüben.

Nach Angaben dieses Management-Komitees wird die Salzproduktion 2011 bei 50.000 bis 60.000 Tonnen liegen. Die Produktionsspitze liegt in der Trockenzeit; während der Regenzeit (»hivernage«) kann wegen des Niederschlags und des Wasserabflusses weniger produziert werden. Die Qualität des Salzes variiert im Laufe des Jahres. Gegenwärtig wird das gute grobe Salz im Juni/Juli abgebaut. Es wird in die Elfenbeinküste exportiert (das größte Käuferland mit über 70 Prozent), nach Mali, Benin, Burkina Faso, Guinea-Bissau, Guinea, Kongo-Brazzaville, São Tome und auch nach Europa, wo es für den Winterdienst auf den Straßen eingesetzt wird. Im Jahre 2011 wurde der Preis auf 25 bis 30 CFA je Kilo Salz geschätzt. Die Händler kaufen die in Säcken verpackten Produkte vom Komitee und bezahlen auch die »Kola-kola«. Das Management-Komitee, das jedoch keine Details offenlegen wollte, erhält von den Käufern, meist private Logistik- und Handelsfirmen, eine Art Steuer auf jede abgebaute Tonne.

Legale Beschäftigungsverhältnisse gibt es in der Region kaum, auch nicht bei den am Salzabbau beteiligten Unternehmen, weswegen die Arbeitnehmerrechte fortwährend verletzt werden. Es gibt keine garantierten Löhne, Verträge oder andere rechtsverbindliche Vereinbarungen. In diesem Umfeld sind Konflikte und Spannungen natürlich vorprogrammiert. Sie führten aufgrund der Unfähigkeit des Staates und der lokalen Behörden und neben anderen Faktoren schließlich auch zur Gründung des Management-Komitees, das die Aktivitäten rund um den See beaufsichtigt, Solidarität mit den gefährdeten Gruppen übt (Migranten, ökonomisch benachteiligte Arbeitnehmer etc.) und sich um eine gewisse Verteilung der Risiken kümmert, die mit der harten Arbeit des Salzabbaus zusammenhängen. Dem Komitee zufolge gibt es einen gemeinsamen Fonds, in den jeder »Salzschöpfer« einzahlt und aus dem er – etwa im Fall eines Unglücks oder Unfalls – Geld entnehmen kann.

Es ist eine Art »erzwungener Verantwortungstransfer« vom Staat zum Management-Komitee der Salzarbeiter für die »Risikodeckung« und Beschäftigung. Obwohl es dem Komitee gelungen ist, die Probleme zu minimieren, bleibt auch festzuhalten, dass im Zusammenhang mit den Aktivitäten des Komitees neue soziale und politische Unwägbarkeiten entstehen.

Umweltprobleme und Konfliktmanagement

Die Landnutzungspolitiken am See sind unübersichtlich (Traoré 1997). Der See wird vom senegalesischen Staat als Abbaugebiet anerkannt und klassifiziert, es werden jedoch keine Förderabgaben für die Ressourcennutzung erhoben. Steuern werden von Hotels, dem Tourismussektor und den Kunsthandwerksverkäuferinnen und -verkäufern abgeschöpft.

Durch die neue Landnutzungssituation am Lac Rose konvergieren Entwicklungen in der Lokalpolitik mit den organisatorischen Veränderungen vor Ort. Seit den

1970er-Jahren hat der Dezentralisierungsprozess bedeutende territoriale Veränderungen verursacht, die sich jedoch kaum auf die »Salzschöpfer« auswirken. Eine Reihe von Reformen (Gesetz über das nationale Erbe, Dezentralisierungsgesetze von 1996, territoriale Neuordnungen etc.) haben Macht an die lokalen Behörden verlagert und deren Verantwortung bezüglich des Managements natürlicher Ressourcen und der Verfügung über Grund und Boden gestärkt. Dieser Dezentralisierungsprozess gibt auch dem ländlichen Raum (bzw. der ländlichen Bevölkerung) mehr Autonomie, und er ermöglicht die Mobilisierung sowohl öffentlicher als auch privater Akteure.

Der menschengemachten Umweltdegradierung und den damit für die »Salzabbauer« verbundenen Risiken wird insgesamt wenig öffentliche Aufmerksamkeit zuteil. Zwar kooperieren lokale Behörden mit dem Staat, um durch Bepflanzung der angrenzenden Dünen einen »grünen Vorhang« einzurichten, der die Verschlammung des Sees verhindern soll. Es werden auch und in Zusammenarbeit mit dem französischen IRD (Institut de Recherche pour le Développement) regelmäßig Umweltstudien durchgeführt. Jedoch bergen die Verstädterung und weitere Zersiedlung durch die Behinderung des Wasserabflusses die Gefahr aggressiver physischer Reaktionen im Einzugsgebiet des Sees. Außerdem werden die Muscheln für Bau- und industrielle Zwecke verwendet, was das Ökosystem des Sees weiter stören könnte.

Übernutzung

Die Salzschöpfer lassen über sechs Monate einen Teil des Sees in »jachere« (zur Regeneration) ruhen und nutzen während dieser Zeit den anderen Teil. Der saisonale Wechsel findet also zweimal im Jahr statt, im Oktober und im April. Der Einsatz von Maschinen und Motoren zum Salzschöpfen ist untersagt.[4] Wie effektiv diese Maßnahmen gegen eine Übernutzung tatsächlich sind, lässt sich nicht so einfach feststellen. Es gibt keine Information darüber, ob und wie die Anzahl der Schöpfer reguliert wird. Die hydrologischen und geologischen Gegebenheiten des Sees wurden in dieser Hinsicht noch nicht untersucht. Es bleibt ebenfalls zu erforschen, wie die offensichtlich vorhandenen Bedrohungen durch Umweltdegradierung und Klimawandel sich auf die Verfügbarkeit der Ressource auswirken.

Gesundheitsprobleme und Kriminalität

Die Salzschöpfer klagen über Juckreiz, obwohl sie ihre Haut mit Shea-Butter schützen. Einem Volksglauben zufolge kann durch Baden im See unter anderem Rheuma behandelt werden. Lokale Lobbys und Händler haben jedoch noch nicht begonnen – wie in einigen europäischen Ländern oder in Israel – solche

4 | Dieses Verbot führt dazu, dass ein Salzschöpfer, egal, wie hart er arbeitet, nicht mehr als zwei »niosses« am Tag beladen kann. Damit ist eine Art automatische Begrenzung »eingebaut«, so dass eine Person nicht das Zehnfache an Salz schöpfen kann wie eine andere (Anm. der Hg.).

Heileigenschaften kommerziell auszunutzen und medizinische Bäder anzubieten.

Mit dem Boom in der Salzproduktion kam es auch zu Kriminalität. Den sogenannten »Kuruma« hat man am See verhaftet, einer der flüchtigen Kompagnons von »Ino« (einem berühmten senegalesischen Gangster); er hatte sich als Salzschöpfer getarnt. Das Management-Komitee rief dazu auf, die – in seinem eigenen Wortlaut – »ungesunden Orte« zu entfernen, als Schutz vor Kriminalität. Im Jahre 2004 verfügten die Behörden, den Standort Lac Rose »aufzuräumen« und die Anlagen zu reorganisieren. Der eigentliche Grund für die Räumung war jedoch der Bau neuer Gebäude rund um den See. Es ging eher darum, »die Armut ein Stück weiter wegzujagen«: Bulldozer kamen und zerstörten die provisorischen Siedlungen der Arbeiter. So wurden sie gezwungen, in die umliegenden Dörfer zu ziehen und nur zum Arbeiten zum See zu kommen.

Eine authentische Vertretung der Interessen der Salzschöpfer

Die bestehenden senegalesischen Arbeitsschutzvorschriften sind nicht in der Lage, Eigentum und Individuen zu schützen. Daher handeln die Salzabbauer des Lac Rose selbst, um die Integrität der Beteiligten zu gewährleisten. Zum Berufsrisiko gehört gewissermaßen, dass die Physis und die Psyche der Salzabbauer in den besonders risikoreichen Teilen dieser »Knochenarbeit« gefährdet sind. Die Arbeiterinnen und Arbeiter selbst haben Regeln etabliert, die auf einem traditionellen politischen Instrumentarium aufbauen: Monitoring und Strafen bei nachgewiesener Nichterfüllung von Regeln und Normen. Rechtlich bindend sind diese nicht, denn Sanktionen werden meist lediglich zu dem Zweck verhängt, die existierenden normativen oder gewohnheitsrechtlichen Verpflichtungen zu unterstreichen. Ein Beispiel für den Regelungsrahmen vor Ort: Wird jemand des Diebstahls bezichtigt und das Delikt kann nachgewiesen werden, verhängt das Komitee eine sechsmonatige Arbeitssperre am See. Beginnt jemand schwerwiegende Auseinandersetzungen, erhält er oder sie eine Strafe von 5000 CFA und eine dreimonatige Arbeitssperre.[5]

Die Glaubwürdigkeit des vom Komitee (und im weiteren Sinne von den Salzerntern) etablierten Systems basiert auf der regelmäßigen Inspektion der Arbeitsbedingungen und der starken Unterstützung aller Beteiligten (Rural Council, Organisationen der umliegenden Dörfer, »Salzabbauern« etc.) sowie auf der Fähigkeit, Regelungslücken und fehlende Normen rasch identifizieren zu können. Die Fähigkeit, Rechtsstreitigkeiten und Konflikte zu schlichten, ist der wichtigste Beleg für die Wirksamkeit des kollektiven Handelns am See. Und das Management-Komitee als die einzige »legale« und tatsächlich von den Menschen anerkannte Instanz spielt dabei eine bedeutende Rolle.

5 | Gespräch von Silke Helfrich mit Algora Ndiaye im Februar 2011 am Lac Rose.

Literatur

Bellah, Robert N. et al. (1985): Habits of the Heart. Individualism and Commitment in American Life, Berkeley.

Etzioni, Amitai (2004): From Empire to Community, London.

Laimé, Mar et al. (2008): Les Batailles de l'eau, Nizza.

Mbaye, E.M. (1989): Protection de l'environnement. La Cas du Lac Rose, Mémoire ENEA, Dakar, unveröffentlicht.

Putnam, Robert (2000): Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community, New York.

Sow, Papa (2002): »Les récolteuses de sel du Lac Rose (Sénégal). Histoire d'une innovation sociale feminine«, in: *Géographie et Cultures,* No. 41, S. 93-113.

Scheffran, Jürgen/Marmer, Elina/Sow, Papa (2011): »Migration as a Resource for Resilience and Innovation in Climate Adaptation: Social Networks and Co-Development in Northwest Africa«, in: *Journal of Applied Geography,* im Druck.

Traoré, Samba (1997): »Les législations et les pratiques locales en matière de foncier et de gestion des ressources au Sénégal«, in: Tersiguel, Philippe/Becker, Charles (Hg.): Développement durable au Sahel, Karthala, coll. Sociétés Espaces, S. 89-102.

Papa Sow (Senegal) ist promovierter Geograph (Universität Barcelona) und forscht am Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) der Universität Bonn. Er erhielt 2009-2011 ein Marie-Curie-Stipendium zur Erforschung polygamer Ehen in Europa. Er erforscht sozio-ökonomische, ökologische, klimatische und demographische Veränderungen in Afrika und Europa im Vergleich.

Elina Marmer (Deutschland) hat zu Klimafragen promoviert und untersucht derzeit Klimaanpassungsstrategien in afrikanischen Ländern auf Mikro- und Makroebene. Sie ist Marie-Curie-Stipendiatin an der Universität Hamburg und assoziiertes Mitglied der Forschungsgruppe Klimawandel und Sicherheit am KlimaCampus Hamburg.

Der Schaum dieser Tage: Buen Vivir und Commons

Ein Gespräch

Gustavo Soto Santiesteban und Silke Helfrich

Helfrich: Die Begriffe »Buen Vivir« oder »Vivir Bien«[1] beschreiben ein alternatives Zivilisationsprojekt. Sie stehen bereits in den aktuellen Verfassungen Ecuadors und Boliviens. Der portugiesische Soziologe Boaventura de Souza meint sogar, wir hätten die Wahl: »China oder Sumak Kwasay«. Das erklärt sich nicht von selbst. Kannst du das erläutern?

Soto: Die Konzepte »Suma Qamaña« (im Aymara) oder »Sumak Kwasay« (im Quechua) übersetzen wir als Buen Vivir bzw. Vivir Bien. Dieser Diskurs beschreibt einen Horizont, an dem sich anderes abzeichnet als »der Sozialismus des 21. Jahrhunderts«[2] oder der »Anden-Amazonas-Kapitalismus«. Er macht jene Aspekte der Wirklichkeit sichtbar und benennbar, die vom vorherrschenden Paradigma ignoriert werden. Buen Vivir drückt eine radikal-ökologische Perspektive sowie eine andere Spiritualität aus: Das ist unvereinbar mit der Idee von »Entwicklung« und Industrialisierung. Buen Vivir verweist auf die Möglichkeit, Gemeinschaftlichkeit auf eine Weise zu leben, für die das Konzept der Entwicklung[3] nicht nur unzureichend, sondern schlicht irreführend ist.

Der bolivianische Philosoph Javier Medina, der sich intensiv mit den andinen Kulturen auseinandersetzt, schreibt über diese Kulturen: »Die Wirklichkeit ist immer mehr, als man in jedem Moment erfahren oder ausdrücken kann. Wenn wir mehr Sensibilität für das in jeder Situation schlummernde Potential entwickeln und dies als umfassenden gesellschaftlichen Paradigmenwechsel annehmen, können wir über die Dinge anders nachdenken: eben nicht nur darüber, was jetzt ist – wie im Newton'schen Paradigma –, sondern auch darüber, wohin es hingeht und

1 | Häufig übersetzt mit »Gutes Leben« (Anm. der Hg.).

2 | Der »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« ist als politischer Begriff zu Beginn des Jahrtausends vor allem im Kontext des Weltsozialforums und in Venezuela unter dem Regime von Hugo Chávez populär geworden (Anm. der Hg.).

3 | Ein weiterer Beitrag in diesem Buch, der das Konzept der »Entwicklung« kritisch diskutiert, stammt von Gustavo Esteva (Anm. der Hg.).

was werden kann« (Soto 2010). Buen Vivir bzw. Vivir Bien bezeichnen das Aufscheinen einer Hoffnung, die auf den überlieferten Praktiken indigener Gemeinschaften in Amerika beruht.

Helfrich: Deswegen überrascht es auch nicht, dass die Debatte über diesen Begriff in Bolivien und Ecuador lebendiger ist als anderswo. In Ecuador bezeichnen sich 35 Prozent der Bevölkerung als indigen. In Bolivien sind es 62 Prozent. Der Botschafter Boliviens in Deutschland, Walter Prudencio Magne Veliz, übrigens erster indigener Botschafter seines Landes überhaupt, sagte im März 2011 bei einem Vortrag: »Indigene denken sich mehr als Wir denn als Individuum.« Was umfasst dieses *Wir*?

Soto: Suma Qamaña beinhaltet mehrere Bedeutungen von Gemeinschaft: zunächst die Koexistenz zwischen Tieren, Menschen und Kulturen, dann die Gemeinschaft mit der Pachamama (Wasser, Berge, Biosphäre) und schließlich die Gemeinschaft der Ahnen (»w'aka«). Die gemeinschaftliche Praxis findet ihren organisatorischen Ausdruck im »ayllu«, in dem die »Lebens-Wirtschaft« der »chacras« sich bündelt. Die »chacra« ist jener ländlich-landwirtschaftliche Raum, in dem das Prinzip der Gegenseitigkeit, der Reziprozität, bestimmend ist. Es ist also offensichtlich, dass Aussagen über das Buen Vivir immer von einem Gemeinsamen aus gemacht werden, von der »comunidad«, (der Gemeinschaft, in der die Menschen leben, von der ersten Person Plural und nicht vom Ich, dem Einzelnen. Im Grunde ist das »Individuum« ohne Gemeinschaft mittellos, verwaist, unvollständig.

Helfrich: Diese Ideen finden wir in vielen Kulturen: Es gibt nicht das Entweder-oder. Nur das Eine oder nur das Andere. Einzelnes und Gemeinsames gehören zusammen. Entsprechend sagt Medina, es sei ein Zeichen von Intelligenz, wenn die Bolivianer »Staat und auch ›ayllu‹ wollen, obwohl das zwei sich diametral entgegenstehende Größen sind«. Und ich zitiere weiter: »Probleme entstehen dann, wenn es uns nicht gelingt, die Natur dieser beiden zivilisatorischen Projekte zu erfassen. Dann bringen wir sie durcheinander und keines wird seine Wirksamkeit entfalten. [...] Und das ist heute so [...] wir haben keinen wirklichen Staat mehr: stattdessen ein Drittweltimitat liberaler Konzepte, und wir haben auch keine wirklichen ›ayllus‹ mehr: stattdessen besänftigte soziale Bewegungen.«[4] Das ist ein hartes Urteil. Denkst du, dass »ayllus« auch im gegenwärtigen Bolivien bestehen? Haben sie eine »physisch-soziale Integrität«? (Medina 2011)

Soto: Das glaube ich schon. Das indigene »ayllu« besteht weiterhin – auf der Mikroebene, im Lokalen, im bolivianischen Hochland. Es beruht auf Gegenseitigkeit und nicht auf dem Markt, auf kultureller Identität und nicht auf Homogenisierung, aber auf Entscheidungen, die von der Versammlung aller Mitglieder getragen werden, und nicht auf Wahlen, es beruht auf ihrer De-facto-Autonomie und der Beziehung zum »Territorium«, das nicht einfach das »Land« als Produktionsfaktor beschreibt, sondern komplexe, vielfältige Beziehungen.

4 | Siehe unter: http://lareciprocidad.blogspot.com/ (Zugriff am 03.10.2011).

Helfrich: Das erinnert mich an das Commoning, das in diesem Buch eine wichtige Rolle spielt. Commoning beschreibt den Kern der Commons besser als das Substantiv selbst. Es zeigt gewissermaßen, woher die Debatte ihre Energie bezieht. Sowohl Buen Vivir als auch Commoning kann man nur im jeweiligen gesellschaftlichen und kulturellen Kontext denken und immer nur als sozialen Prozess. Eigentlich glaube ich, dass beide Ideen eher gemeinschaftliche Produktionsformen bezeichnen, die zugleich Gemeinschaft herstellen.

Soto: Ja, ein »ayllu« ist weniger eine »Produktionseinheit« als vielmehr ein System des gemeinsamen Lebens, und wenn man so will, ist Gemeinschaftlichkeit tatsächlich das erste, was in diesem System »produziert« wird. Buen Vivir ist möglich, weil die aufeinanderfolgenden Entwürfe des Nationalstaats gescheitert sind.

Helfrich: Worin besteht der wesentliche Unterschied zwischen dieser andinen Konzeption und dem westlichen Denken?

Soto: Medina hat das in einem Schema dargestellt, das natürlich grob verallgemeinert und die Dinge getrennt voneinander darstellt, was den komplexen Zusammenhang nicht wirklich fassen kann. Das muss man sich wie eine Landkarte vorstellen. Die sollten wir auch niemals mit dem verwechseln, was tatsächlich im Territorium geschieht. Zwischen den beiden Polen gibt es ein großes Kontinuum. Hier das Schema:

Westen	**Indigenes Denken in Südamerika**
Ein(zel)heit (Unidad)	Gleichwertigkeit
Individualismus	Kommunalismus
Fixierung auf den Vater: Gesetz	Fixieriung auf die Mutter: Natur
Sein (statisch, abstrakt)	Werden (zyklisch, konkret)
Antropomorph	Cosmomorph
Individuelle Ethik	Kosmische Moral
Homo faber	Homo mayeuticus
Monotheismus	Animismus
Zeit-zentriert: Geschichte, Fortschritt, Entwicklung	Raum-zentriert: Suma Qamaña

Helfrich: Homo mayeuticus?

Soto: Der Begriff weist darauf hin, dass das Leben, inmitten eines komplexen Beziehungsgefüges, im ständigen Dialog mit der Natur stattfindet; und das setzt sehr gute interpretatorische Fähigkeiten voraus. Die Natur wird als Lebendiges und nicht als eine Sache verstanden, aus der man andere Sachen herstellt. Die Interpretationen dieses Dialogs werden mündlich überliefert, im Alltag, in den handwerklichen Kreationen, über die Textilien, in der Keramik, über Musikinstrumente, Rituale und Feste, kurz über das gesamte techno-kulturelle System.

Helfrich: Unter welchen soziopolitischen Bedingungen wird die Debatte derzeit in Bolivien geführt?

Soto: Dass es das Gute Leben bis in die neue Verfassung des plurinationalen bolivianischen Staates geschafft hat, bedeutet leider nicht, dass die oben beschriebenen Praktiken und Bedeutungen sich auch in der Politik niederschlagen oder von ihr operationalisiert werden. Im Gegenteil – das, was die Bevölkerung Boliviens von der Politik zu erwarten hat, kann man im MAS-Programm[5] 2010-2015 nachlesen. Die MAS hat die Wahlen von 2009 mit 64 Prozent der Stimmen gewonnen. Aber man muss sehen, dass das Programm der MAS neodesarrollistisch[6] ist. Es setzt auf die Ausbeutung unserer Rohstoffe. Es verbindet die bolivianische Wirtschaft mit den globalen Interessen des Kapitals im 21. Jahrhundert (USA, EU, BRICS[7]) über diverse Megaprojekte im Energiebereich, im Straßen- und Bergbau und in der Rohstoffindustrie. Das geschieht meist im Rahmen von IIRSA, der Initiative für die Regionale Integration Südamerikas, die kürzlich, von der Nationalen Entwicklungsbank Brasiliens (BNDES) gefördert, in ihre zweite Phase ging.

Helfrich: Die Regierung setzt also auf das, was Eduardo Gudynas, der Direktor des Zentrums für Sozio-Ökologische Studien Lateinamerikas (Claes), »Neoextraktivismus« nennt.

Soto: Genau. Und diese Strategie treibt letztlich die Verletzung der Rechte der Mutter Erde voran. Sie missachtet die Rechte der Indigenen und die Bürgerrechte der Menschen, die an solchen Entscheidungen auf Grundlage transparenter Informationen beteiligt sein sollten. Das Konzept des Buen Vivir hat also nicht in die staatliche Politik Eingang gefunden, die führt uns stattdessen in eine ganz andere Richtung. Doch die Anklagen der indigenen Gemeinden, die von Bergbauprojekten[8] und der Ölförderung sowie von den Megainfrastrukturprojekten betroffen sind, die sich an globalen und nicht an lokalen Interessen orientieren, zeigen, dass in dem politischen Wandel, den Bolivien derzeit erlebt, noch nicht alles verloren ist. Die Logik des Gemeinschaftlichen, die auch in der bolivianischen Amazonasregion sehr präsent ist, artikuliert sich gerade sehr deutlich im

---

5 | Movimiento al Socialismo (MAS; »más« bedeutet auf Spanisch »mehr«) ist eine linksgerichtete Sammelbewegung sozialer Organisationen, Gewerkschaften und Parteien. Evo Morales, seit 2005 der erste indianische Präsident Boliviens, gehört zu ihren Führungsfiguren.

6 | Neodesarrollismo bezeichnet im Wesentlichen das Setzen auf klassische »Entwicklungsmuster« wie Infrastrukturförderung, Industrialisierung und Ressourcenausbeutung, wobei der Staat die durch Marktmechanismen nicht erzielbare Minimalversorgung der Bevölkerung zu erreichen sucht und sich bemüht, Anreize für die Wirtschaft zur Umsetzung eben dieser Infrastruktur-, Industrialisierungs- und Ressourcenausbeutungsprojekte zu setzen (Anm. der Hg.).

7 | BRICS bezeichnet die Ländergruppe Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika.

8 | Siehe dazu den Beitrag von César Padilla in diesem Buch (Anm. der Hg.).

VII. Marsch der Indigenen, der von den TIPNIS-Gemeinden[9] angeführt wird und den die gesamte bolivianische indigene Bewegung (aus dem Amazonasgebiet und den Anden) unterstützt. Es geht darum, ein einzigartiges Ökosystem auf unserem Kontinent zu retten und damit eine Lebensweise, die einem Post-Desarrollistischen Modell im 21. Jahrhunderts entsprechen kann und das Buen Vivir erdet.[10]

Helfrich: In der Commons-Debatte plädiere ich immer dafür, dass der Slogan »Jenseits von Markt und Staat« nicht zwangsläufig so verstanden wird als bedeute er »ohne Staat und Markt«. Denn einen Staat, der »unsere Räume von Gemeinschaftlichkeit« (Gustavo Esteva) erweitert, könnten wir ganz gut gebrauchen. Wie würdest du einen Staat sehen, dessen Bezugnahme auf das Suma Qamaña oder Sumak Kwasay mehr als ein Lippenbekenntnis oder ein symbolischer Akt ist?

Soto: Von dem neuen Verfassungsprozess des »plurinationalen« Staates erwarteten viele eben jene Möglichkeit, die Grundsätze des Buen Vivir auch in konkrete Politik zu übersetzen. Allerdings hält sich die Illusion der Modernität recht hartnäckig.[11] Sie dominiert die Machtausübung in Bolivien so wie die Grammatik eine Sprache dominiert. Es ist sogar gelungen, das Konzept in der offiziellen Sprache zu banalisieren: Ölförderung, um *gut zu leben;* Wasserkraftwerke im Amazonas, um gut zu leben usw.

Helfrich: Dem Begriff der Nachhaltigkeit erging es nicht anders …

Soto: Ich denke aber nicht, dass das ein »Verrat« der Regierung Morales ist. Es geht vielmehr um eine historische Mentalität. Lass mich das erklären. Die »Revolution von 1952«[12] förderte einen Prozess, der aus den Indigenen Bauern machte,

9 | Der Marsch der Gemeinden wurde am 25.09.2011 von der bolivianischen Polizei brutal aufgelöst. Das führte zum sofortigen Rücktritt der Verteidigungsministerin und zu einer Welle des Protests, der sich auch gegen den indigenen Präsidenten Evo Morales richtete. Wenige Tage später wurden die Bauarbeiten an der Straße durch das TIPNIS-Gebiet gestoppt (Anm. der Hg.).

10 | Die Völker Chiman, Mojeño und Yuracaré streiten gegen eine von BNDES finanzierte Straße; die Guaraní von Itika Guasu wehren sich gegen REPSOL; KORES-Comibol liegt unter anderen mit den Pacajes, Mosetenes, Esse Ejjas, Lecos und Paca Huaras in Konflikt und die Toromonas mit PETROBRAS und REPSOL. Siehe: Neo desarrollismo und indigene Rechte in Bolivien, http://www.ceadesc.org, http://www.ainicoticias.org, in spanischer Sprache (Zugriff am 02.10.2011).

11 | Siehe auch den Beitrag von Ugo Mattei in diesem Buch (Anm. der Hg.).

12 | Die Revolution von 1952 war eine Reaktion auf die Machtergreifung der Militärs und wurde von Gewerkschaften, Studenten und Teilen der Armee getragen. Sie brachte die Partei Movimiento Nacionalista Revolucionario (MNR) zurück in die Regierung. Die MNR setzte ein antioligarchisches Programm um, band Teile der Arbeiter und Landbevölkerung ein, anerkannte die vollen Bürgerrechte für Indígenas und schaffte die Leibeigenschaft ab. Sie war zudem um soziale Veränderungen bemüht (Mittel der Wahl: Verstaatlichung der weitgehend entkapitalisierten Zinnminen und Agrarreform). In dieser Zeit wurde auch die Gewerkschaft

durch Mischung, die Kastellanisierung[13], den individuellen Besitz von Land, durch den Markt und den »Pakt zwischen Staat und Bauernschaft«. Dieser Prozess hatte die Modernisierung und die nationale Entwicklung durch die Diversifizierung der Produktion und die zunehmende industrielle Nutzung der natürlichen Ressourcen durch den Staat vorangetrieben. Das Scheitern dieses nationalistischen Prozesses führte zu einer Phase neoliberaler Modernisierung, die mit dem Volksaufstand 2003 beendet wurde. Nun sind aber seit den 1990er-Jahren des letzten Jahrhunderts die Rohstoffpreise auf den internationalen Märkten gestiegen, und die Fata Morgana des alten ressourcenausbeutenden Entwicklungsmodells ist wieder da.

Helfrich: Diese Idee des Buen Vivir scheint mir fremd und vertraut zugleich. Fremd wegen der zahllosen Verweise auf die so andere Kultur und Geschichte. Vertraut, weil es mich an das Commoning erinnert. Massimo De Angelis schreibt: »Ein Substantiv – Commons – in ein Verb [commoning – S.H.] zu verwandeln, erdet es mit dem Fließen des Lebens: Es gibt keine Commons ohne den ständigen Prozess des Commoning, ohne gemeinsame (Re-)Produktion. Und in eben diesem Prozess [...] bestimmen die Gemeinschaften ihre Normen, Werte und Bewertungsmaßstäbe« (de Angelis 2006). Auch der Rechtsphilosoph Louis Wolcher erinnert uns daran, dass das Reden über Commons mehr ist als das Diskutieren von Eigentumskonflikten. Es ginge unterm Strich, meint Wolcher, um Lebensformen, die den Menschen Autonomie und die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse ermöglichen. Kurz: Es geht darum, das »eigene Leben in die eigene Hand zu nehmen und nicht darauf zu warten, dass Brosamen von der Tafel des Königs fallen«. Oder von der Tafel des Nationalstaats. Wolcher befürchtet aber auch, dass wir uns dazu in der westlichen Welt nicht gerade in einer guten Ausgangsposition befinden, denn »wir haben kein kulturelles Gedächtnis mehr, mit dem wir uns einer anderen Art des Seins erinnern könnten« (Wolcher 2009).

Soto: Dieses (Wieder-)Erstarken von Theorien und sozialen Horizonten in der »ersten« Welt ist für uns in Lateinamerika sehr interessant, sie befinden sich mit unseren Initiativen und Alternativen im Dialog. Während des 20. Jahrhunderts, zum Beispiel, haben sich die Organisationsformen, Strategien und Visionen des Fortschritts oder des »Wandels« sozusagen an den Erkenntnissen der sozialen und politischen Prozesse in Europa orientiert. Heute speisen sich diese auch aus unseren Debatten. Immerhin – und das wird oft vergessen – haben die gemeinschaftsbezogenen Diskurse des indigenen Amerikas auch die ersten europäischen Utopisten inspiriert. Aber, es ist wie du sagst, es geht ja nicht um Diskurse, sondern

Central Obrero Boliviano (COB) gegründet, die fortan die Machtbasis für die MNR bildete. Nach der Revolution kam es zu einer gravierenden Kapitalflucht und einer rapiden Inflation (Anm. der Hg.).

13 | Die Sprachpolitik der spanischen Krone hat in Amerika einen Prozess der »Kastellanisierung« eingeleitet. Die autochthonen Sprachen wurden zurückgedrängt und zum Teil ausgerottet. Im Kontakt mit indianischen Sprachen wie etwa dem Quechua (in Bolivien, Peru und Ecuador) oder dem Guaraní (Paraguay) sind »ethnische Varietäten« des Spanischen entstanden (Anm. der Hg.).

um soziale Praktiken, die, aus verschiedenen Gründen, Jahrhunderte überdauert haben und die heute Voraussetzung dafür sind, dass wir einen wirklich anderen sozialen, integrierenden Bezugsrahmen wieder schaffen können, in dem jeder Mensch Platz findet. Es geht ganz und gar nicht um indigene oder kommunitäre Schutzgebiete! Es geht um einen Paradigmenwechsel, den wir dringend brauchen.

Literatur

De Angelis, Massimo (2006): Introductions, in: the commoner. Re(in)fusing the Commons 11, Frühjahr/Sommer 2006, online unter: http://www.commoner.org.uk/index.php?p=24 (Zugriff am 06.02.2012).

Medina, Javier (2011): Formas Estado y Formas Ayllú. Ideas para rebobinar el proceso, online unter: http://lareciprocidad.blogspot.com/ (Zugriff am 06.02.2012).

Soto, Gustavo (2010): La espuma de estos días, online unter: http://outrapolitica.wordpress.com/2010/04/21/la-espuma-de-estos-dias/ (Zugriff am 06.02.2012).

Wolcher, Louis (2009): The Meaning of the Commons. Eröffnungsrede der Konferenz Law of the Commons, online unter: http://www.youtube.com/watch?v=sz8EpvK3ClI (Zugriff am 06. 02.2012).

Gustavo Soto Santiesteban (Bolivien) ist Autor, Semiologe und Berater zu Fragen der Rechte indigener Völker. Er forscht am Centro de Estudios Aplicados a los Derechos Económicos, Sociales y Culturales. Er ist Dozent für Semiotik, Sprachphilosophie und Erkenntnistheorie an verschiedenen Universitäten Boliviens.

Silke Helfrich (Deutschland) ist Autorin und unabhängige Commons-Aktivistin. Sie bloggt auf http://www.commonsblog.de sowie http://www.gemeingueter.de.

Keiner weiß so viel, wie wir alle zusammen.
Inschrift auf einer dänischen Rathaustür

Kapitel IV

Wissensallmende für den gesellschaftlichen Wandel

Der Code ist das Saatgut der Software

Ein Interview

Adriana Sanchez und Silke Helfrich

Helfrich: Adriana, kannst du dich vorstellen?

Sanchez: Ich heiße Adriana Sanchez und komme aus einer sehr schönen Gegend im Süden Costa Ricas, die allmählich von der expandierenden Agrarindustrie, vor allem die United Fruit Company, zerstört wird. Ich habe Sprachen und Literatur studiert und arbeite heute in einer selbstverwalteten Kooperative. Wir haben uns auf die Verknüpfung von Wissen, Technik und Gesellschaft spezialisiert und unterstützen Unternehmen der Solidarökonomie. Unsere Kooperative nennt sich Sula Batsu. Das kommt aus der Sprache der Bribri und bedeutet so viel wie »Kreativer Geist«. Ehrenamtlich unterstütze ich die Freie Kulturszene Costa Ricas. Sie versteht sich als Gemeinschaft und bringt Künstler und Entwickler Freier Software mit Bauern und anderen Menschen zusammen, die davon überzeugt sind, dass Wissen geteilt werden muss.

Helfrich: Bauern und Programmierer arbeiten also zusammen?

Sanchez: Ja, alle Menschen eines sozialen Gebildes, egal ob das ein Land, eine Kommune oder eine Arbeitsgruppe ist, teilen gewisse Interessen und ein soziokulturelles Erbe. Die Gemeinschaft für Freie Kultur von Costa Rica möchte einen Raum für Diskussionen öffnen, in dem Menschen aus verschiedenen Bereichen diskutieren und reflektieren können; ein Raum, in dem sie neue Formen entwickeln, Inhalte und lokales Wissen zu schützen, und in dem sie letztlich auch Schöpfer von Kultur sind. Hier entstehen Bündnisse, die für viele oft ganz neu und unerwartet sind, doch gerade dies ist der eigentliche Grund unserer Arbeit: Ein Software-Programmierer ist genau wie ein Bauer Träger von Wissen und Kultur, das der Allgemeinheit nützt. Daher haben sie nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die sozialen Umbrüche zu reflektieren, die mit ihrem Handeln einhergehen.

Helfrich: Was haben Software und Saatgut gemein?

Sanchez: Das Saatgut ist der Keim des Lebens. Aus ihm erzeugt man Nahrung, Kleidung und Obdach – in einem Wort: Wohlergehen. Es ist aber auch ein kleines Behältnis vergangener Zeitalter, denn es enthält viel Wissen und Geschichte. Der Vergleich zwischen Software und Saatgut hat mir schon immer gefallen. Er hilft uns, das Prinzip der Freiheit besser zu verstehen. Wenn wir den Zugang zu Wissen begrenzen – unabhängig davon, ob es sich nun um das Wissen zur Bewirtschaftung von Land handelt oder um das Wissen, das wir zum Umgang mit Software-Programmen brauchen –, dann schränken wir auch die Leistungsfähigkeit all dessen ein, was daraus entsteht: Wenn ein Unternehmen Saatgut so manipuliert, dass dem Saatgut genetische Informationen entzogen werden, um die freie Reproduktion nach der Ernte zu verhindern (und es zudem zu patentieren), dann ist das eine Manipulation und Einschränkung des Lebens selbst.[1] Wenn der Quellcode der Software unzugänglich bleibt, dann wird verhindert, dass andere kreative Menschen mit ihrem Wissen zur Verbesserung der Software und zur Anpassung an ihre Bedürfnisse beitragen. Aber alle sollten das tun können.

Helfrich: Warum wollt ihr, dass jeder Software-Programme verbessert?

Sanchez: Weil es die Lebensqualität verbessert. Es gibt da ein allgegenwärtiges Beispiel: das Internet. Während der ersten Jahre seiner Entwicklung mussten alle, die die digitalen Werkzeuge (Webseiten, Anwendungen, Datenbanken) nutzen wollten, exzellente Kenntnisse im Umgang mit Software haben. Doch seit circa zehn Jahren können die Werkzeuge, die wir im Internet finden, von den meisten Menschen genutzt werden, einschließlich jener, die weder lesen noch schreiben können. Der Zugang zu benutzerfreundlichen Technologien, die Menschen auf der ganzen Welt auch wirklich nutzen, verbessert täglich deren Lebensqualität. Stellen wir uns eine Frau vor, eine alleinerziehende Mutter aus einer ländlichen Gegend irgendwo in einem sogenannten Entwicklungsland: Dienstleistungen gibt es in solchen Ländern oft nur in den Städten. Die Frau ist also für einen Behördengang stunden- oder tagelang unterwegs. Stellen wir uns nun eine ländliche Gegend mit Internetanschluss vor. Sie kann jetzt ihre Angelegenheiten über die Websites der Behörden regeln, ohne ihre Kinder alleinlassen zu müssen, Arbeitsstunden oder ganze Tage zu verlieren. Für mich ist das eine Verbesserung der Lebensqualität. Und jetzt stellen wir uns vor, dass in dieser ländlichen Gegend Freie Software benutzt wird, die für die Allgemeinheit unterstützt und gepflegt wird – also kein Internetzentrum oder Internetcafé im traditionellen Sinne, sondern ein Zentrum, wo das Wissen zwischen den Menschen nicht nur geteilt, sondern auch gemacht wird. Wo das generierte Wissen auf den konkreten Erfahrungen und Bedürfnissen der Menschen vor Ort basiert. So entwickelt sich Freie Software. Wenn es gelingt,

1 | Adriana Sanchez bezieht sich unter anderem auf eine saatgutsterilisierende Technologie, die von Monsanto patentiert wurde. Die international agierende ETC Group hat genetische Manipulation zur Verhinderung der Keimfähigkeit des Saatguts als »Terminator-Technologie« bezeichnet. Unter diesem Namen wurde die Methode bekannt. Sie bedeutet letztlich, dass Saatgut kein Leben mehr spendet, nicht mehr von der Ernte einbehalten und wieder neu ausgebracht werden kann, sondern immer nachgekauft werden muss (Anm. der Hg.).

diese Form der kollektiven Entwicklung auf andere Gebiete zu übertragen, dann wird etwas geschaffen, das kein proprietäres Instrument jemals wird leisten können: Es entsteht Zugehörigkeit und Zusammengehörigkeit; es entsteht das Wissen, etwas gemeinsam verbessern zu können – zum Nutzen aller; und es entsteht Unabhängigkeit vom »Angebot des Marktes«. Es geht also um Selbstbestimmung. Deswegen muss der Softwarecode frei sein. Und deswegen sollte Freie Software in allen öffentlichen Einrichtungen genutzt und gefördert werden, und der Staat sollte die Initiativen zur allgemeinen Verbreitung dieser IT-Leistungen unterstützen: aus Gründen der Sicherheit, der vielseitigen Einsetzbarkeit und vor allem wegen des Potentials, das diese Werkzeuge bieten, um das Lernen, die Entfaltung vorhandener Fähigkeiten und die Kooperation anzuregen.

Helfrich: Wie werden diese Ideen in die Breite getragen. Was sagen zum Beispiel die Bäuerinnen und Bauern im Süden Costa Ricas dazu?

Sanchez: Im Grunde ist die Förderung Freier Software in den Gemeinden einfacher, als wir dachten, da viele der Menschen, mit denen wir arbeiten, gar keine anderen Betriebssysteme kennen. Außerdem ist die Fortbildung unter der Verwendung von Freier Software viel mehr als eine rein fachliche und technische Fortbildung. Sie hat eine erhebliche soziale Wirkung, und das verstehen die Leute gut. Wenn man auf einem Bauernhof arbeitet, geht es ja nicht nur ums Säen: Man muss den Lagerbestand kontrollieren, Buch führen und Termine planen oder Daten von Kunden und Lieferanten aufnehmen. In diesem Sinne gehen Landwirtschaft und Software Hand in Hand, und jemand, der das Feld bestellt, versteht sehr schnell, dass es sich auszahlt, wenn er selbst oder die Gemeinschaft ihr Saatgut und ihre Software kontrollieren und nicht Dritte. Ich weiß aus Erfahrung, dass ein Fortbildungsprozess, der strategisch begleitet wird, einen wesentlichen Umbruch im Leben eines Menschen und seiner Familie mit sich bringen kann. Hier mit Werkzeugen zu arbeiten, die unsere Nutzungsmöglichkeiten nicht einschränken, die kostenlos sind und auch auf alten Computern schnell und effektiv laufen – wie das auf dem Land häufig der Fall ist –, ist immer eine sehr attraktive Möglichkeit.

Helfrich: Was trägt die Idee der Commons zu eurer Arbeit bei?

Sanchez: Wissen wird derzeit »in Ghettos« diskutiert und generiert, und in diesen Ghettos werden die Kenntnisse der anderen kaum genutzt. Die Spezialisierung ist so weitgehend, dass das Wissen am Ende für den Alltag nicht mehr fruchtbar gemacht werden kann. Zudem fördern die Gesetze zum sogenannten »Geistigen Eigentum«, dass das Wissen eingeschlossen wird. Wenn wir nun von der Perspektive der Commons ausgehen und zunächst mal den freien Zugang zu Wissen respektieren und fördern, damit alle Leute teilen können, was sie wissen, dann »horizontalisieren« sich die Verhältnisse, das heißt: Das Wissen um die Landwirtschaft ist genauso wichtig wie das Wissen um die Entwicklung von Software. Beide sind nützlich für das Leben der meisten anderen Menschen. Wenn wir uns ermächtigen, indem wir dem, was wir wissen, mehr Wert geben, können wir bewusster mit unseren Ressourcen

und mit unseren Rechten umgehen. Und ein wirklich wichtiges Recht ist das Recht, unser Wissen zu teilen, denn das verbessert unseren Lebensstandard.

Helfrich: Ein Beispiel, bitte!

Sanchez: Oft, vor allem in den Ländern des Nordens, wird das lokale Wissen als etwas Punktuelles und Ländliches begriffen; als das Wissen der armen Leute. Doch lokales Wissen ist etwas anderes: Es ist jenes Wissen, dass an einem Ort entsteht. Dieser Ort kann mein Büro sein, meine Schule, mein Hof oder mein Hacker-Space. Die Personen dieses Ortes erschaffen kontinuierlich etwas Neues aus dem, was uns hinterlassen wurde. Sie transformieren dieses Neue in viele Werkzeuge, mit denen wir unsere Lebensqualität verbessern können. In der nördlichen Region Costa Ricas gibt es zum Beispiel ein paar Leute, die im Biolandbau arbeiten. Sie haben ein Projekt zum Schutz des einheimischen Saatguts (»semillas criollas«) ins Leben gerufen. Seit 2008 verkaufen sie eigene Produkte wie Kekse und Mehl. Es wird in selbst entworfenen Solaröfen gebacken, um jene Energie zu nutzen, die normalerweise verschwendet wird. Die Gruppe möchte die Baupläne der Öfen offenlegen und teilen, so dass die Öfen auch in anderen Regionen des Landes gebaut und genutzt werden können – zum Vorteil der dortigen Bewohner. Freie Lizenzen wie jene, die die Freie-Software-Community nutzt,[2] schienen ihnen eine gute Option, denn sie erlauben es, Wissen frei zu machen, und schützen zugleich vor der Einverleibung dieses freien Wissens durch große Firmen, die lokales Wissen aufsaugen (und im Eigeninteresse patentieren). Zwar wurden Lizenzen wie jene von Creative Commons[3] ursprünglich für digitale Inhalte konzipiert, doch sie funktionieren auch für Offline-Prozesse. Sie tragen dazu bei, dass das, was uns schon immer gehörte, auch unseres bleibt.

Adriana Sánchez (Costa Rica) ist Philologin, derzeit arbeitet sie für die Kooperative Sulá Batsú und ist dort Mitglied der Gruppe Cultura Libre CR, einem landesweiten von Creative Commons geförderten Treffpunkt für Akademiker, Künstler, FLOSS-Entwickler, Bauern und Kulturmanager.

Silke Helfrich (Deutschland) ist Autorin und unabhängige Commons-Aktivistin. Sie bloggt auf http://www.commonsblog.de sowie http://www.gemeingueter.de.

2 | Siehe dazu auch den folgenden Beitrag von Christian Siefkes (Anm. der Hg.).

3 | Siehe den Beitrag von Mike Linksvayer zu Creative Commons in diesem Buch (Anm. der Hg.).

Peer-Produktion – der unerwartete Aufstieg einer commonsbasierten Produktionsweise

Christian Siefkes

Das Linux-Prinzip

Im Jahr 1991 hatte der junge finnische Informatikstudent Linus Torvalds eine verblüffende Idee: Er begann auf seinem PC ein Betriebssystem zu schreiben. Zunächst ging es ihm nur darum, Dinge ausprobieren zu können, die mit den damals erhältlichen Betriebssystemen nicht möglich waren. Nach Monaten der Bastelei bemerkte Torvalds, dass er ein auch für andere nützliches System entwickelt hatte. Er kündigte seine Arbeit im Internet an und bat um Rückmeldung, welche Eigenschaften sich die anderen von einem solchen System wünschten. Wochen später stellte er die Software ins Internet. Jeder konnte seinen Code nun herunterladen, verwenden und (bei entsprechenden Programmierkenntnissen) den eigenen Bedürfnissen anpassen.

Die Software stieß auf gewaltiges Interesse, denn die damals verbreiteten Betriebssysteme konnten entweder wenig, oder sie waren teuer. Zudem wurden sie in Firmen entwickelt, auf die die Nutzerinnen und Nutzer keinen Einfluss hatten. Dass jemand ein Betriebssystem per Internet entwickelte, dabei die Nutzer explizit um Mitarbeit bat und die Ergebnisse allen frei zur Verfügung stellte, war eine Sensation. Es dauerte nur zwei Jahre, bis über hundert Leute an dem Projekt mitwirkten, das in Anlehnung an den Gründer »Linux« getauft wurde. Zu dieser Zeit hatte das von Richard Stallman initiierte GNU-Projekt bereits viele freie Betriebssystemkomponenten entwickelt – durch die Kombination mit dem von Torvalds geschriebenen Systemkern entstand daraus ein praktisch nutzbares und komplett freies Betriebssystem.

Heute gehört GNU/Linux – neben Windows und Mac OS – zu den drei verbreitetsten Betriebssystemen. Es wird von Millionen von Menschen verwendet. Noch beliebter als bei privaten Anwendern ist es bei Firmen, die zuverlässige Server brauchen. Auch wo die Leistungsanforderungen besonders hoch sind, wird das System genutzt, so laufen über 90 Prozent der 500 schnellsten Supercomputer unter Linux.[1]

Der Erfolg von GNU/Linux basiert darauf, dass die Software selbst – wie alle Freie Software – ein Gemeingut ist, das alle frei verwenden, weiterentwickeln und

1 | Siehe unter: http://top500.org/stats/list/37/osfam (Zugriff am 17.07.2011).

an andere weitergeben dürfen. Die Freiheiten, die Software zum Gemeingut machen, wurden schon in den 1980er-Jahren von Richard Stallman beschrieben und exemplarisch in der GNU General Public License (GPL) umgesetzt. Sie ist die populärste Lizenz für Freie Software[2] und wird auch für Linux verwendet. Entscheidend für den Erfolg ist zudem die Community, die Gemeinschaft, die die Entwicklung des Betriebssystems koordiniert. Die offene, dezentrale und scheinbar chaotische Art, in der Torvalds und seine Mitstreiter zusammenarbeiten, ist als »Basar«-Modell in die Software-Geschichte eingegangen (Raymond 1999) – im Gegensatz zum hierarchischen, sorgfältig geplanten »Kathedralenstil«, der nicht nur den Bau mittelalterlicher Kathedralen, sondern auch einen Großteil der in Firmen entwickelten Software prägte.

Bei Freier Software gibt es keine strenge Trennung zwischen Nutzung und aktiver Beteiligung. Viele Beteiligte nutzen die Software nur, doch einige tragen gelegentlich oder sogar regelmäßig und intensiv zu ihrer Weiterentwicklung bei. Wer was tut, entscheiden die Beitragenden selbst. Es gibt keine Beteiligungsverpflichtung, aber auch wenig Hindernisse. Wer gegen die üblichen Praktiken oder Empfehlungen verstößt, muss damit rechnen, von den anderen »geflamed«, das heißt in rauen Worten auf den Verstoß hingewiesen zu werden. Etwas Schlimmeres passiert selten, härtere Sanktionen, wie der formelle Ausschluss aus dem Projekt, kommen kaum vor.

Gemeingüter, Beiträge und freie Kooperation

Die Erfolgsgeschichte von GNU/Linux zeigt die für die sogenannte »Peer-Produktion« wesentlichen Merkmale auf. Peer-Produktion basiert auf Gemeingütern: Ressourcen und Güter, die allen zustehen und gemäß selbstdefinierten Regeln gemeinsam oder anteilig genutzt werden.[3] Zu den Regeln, die sich die Freie-Software-Community gegeben hat, gehören insbesondere »vier Freiheiten«, die im Beitrag von Benjamin Mako Hill ausführlich beschrieben werden.[4]

Stallmans GPL, die beliebteste Freie-Software-Lizenz, fordert, dass diese Freiheiten auch für alle Weiterentwicklungen der Software erhalten bleiben. Wenn ich demnach GPL-Software ändere und veröffentliche, muss ich sie selbst unter GPL stellen. Dieses Prinzip wird »Copyleft« genannt, da es sich das normale Urheberrecht (Copyright) zunutze macht, um dessen Funktion »umzudrehen«: Statt den Autorinnen und Autoren, die aus Gemeingut schöpfen, exklusive Verwertungs- und Kontrollrechte zu geben, stellt es sicher, dass die Software für immer und in allen Fassungen Gemeingut bleibt.

Peer-Produktion baut auf Gemeingütern auf, und sie erzeugt neue Gemeingüter oder pflegt und verbessert die vorhandenen. Andere Ressourcen wie die

2 | Zu alternativen Lizenzen und deren Vereinbarkeit miteinander vgl. auch den Beitrag von Mike Linksvayer in diesem Buch (Anm. der Hg.).

3 | Michel Bauwens schreibt in diesem Buch ausführlicher zur Peer-to-Peer-Produktion (Anm. der Hg.).

4 | Vgl. auch GNU-Projekt (2002): Die Definition Freier Software, online unter: http://www.gnu.org/philosophy/free-sw.de.html (Zugriff am 17.07.2011).

verwendeten Computer sind bei Peer-Projekten typischerweise in privater Hand, doch sie werden zum Erreichen der Projektziele benutzt, nicht zum Erzielen eines finanziellen Gewinns.[5]

Im Gegensatz zur Produktion für den Markt findet Peer-Produktion in der Regel nicht für den Verkauf, sondern für den Gebrauch statt. Projekte haben ein gemeinsames Ziel, und alle Teilnehmenden tragen auf die eine oder andere Weise zu diesem Ziel bei, weil sie die Ziele des Projekts teilen, weil sie genießen, was sie tun, oder weil sie der Community etwas zurückgeben wollen. Bei marktwirtschaftlichen Aktivitäten wird dagegen getauscht, meist eine Ware gegen Geld.[6]

Anders als in klassischen Unternehmensstrukturen und in planwirtschaftlichen Systemen gibt es in Peer-Projekten keine Befehlsstrukturen. Das heißt keineswegs, dass die Projekte unstrukturiert wären (meist gibt es Maintainer oder Administratorinnen, die das Projekt auf Kurs halten und entscheiden, ob Beiträge integriert oder zurückgewiesen werden), aber niemand kann befehlen und niemand ist gezwungen zu gehorchen. Der unübersetzbare Begriff der »Peers« bezieht sich auf diese freiwillige Kooperation zwischen Gleichberechtigten, die sich niemandem unterordnen müssen. In einem offenen Prozess entwickeln die Projektbeteiligten die Regeln und Organisationsformen der Zusammenarbeit selbst.

Freie Kultur und Freies Design

Was bei GNU/Linux funktionierte, wird in ähnlicher Form mittlerweile in unzähligen anderen Projekten praktiziert. Das wohl bekannteste Beispiel ist die 2001 gegründete freie Enzyklopädie Wikipedia. Ihre deutsche Ausgabe umfasst mittlerweile mehr als 1,3 Millionen Artikel, die englische mehr als 3,8 Millionen. Linux und die Wikipedia stehen exemplarisch für zwei Communitys – die Freie-Software-Bewegung (auch »Open-Source-Bewegung« genannt) und die Freie-Kultur-Szene. Beide sind viel größer als ihre jeweiligen Flaggschiffe. Es gibt Hunderttausende Freie-Software-Programme und Millionen von Werken (Texte, Bilder, Musik, selbst Filme), die unter Creative-Commons-Lizenzen veröffentlicht werden.[7]

Freie-Design-Projekte (oft auch »Open Hardware« genannt) entwerfen gemeinsam materielle Produkte und stellen dabei Objektbeschreibungen, Konstruktionspläne und Materiallisten zur freien Verfügung. Im Bereich elektronischer Hardware ist zum Beispiel das italienische Arduino-Projekt sehr bekannt geworden. Es wird von vielen anderen Projekten genutzt und erweitert. Offenes Möbeldesign betreiben Ronen Kadushin und das SketchChair-Projekt. Im Open Architecture Network und im Projekt Architecture for Humanity entsteht Architektur, die sich

5 | Commons sind in der Regel Mischformen von Privateigentum und Gemeineigentum, von privater und gemeinsamer Nutzung; siehe dazu beispielsweise die Beiträge von Mayra Lafoz Bertussi und Liz Alden Wily in diesem Buch (Anm. der Hg.).

6 | Stefan Meretz befasst sich in diesem Buch ausführlicher mit der Differenz zwischen der Logik des Marktes und der Logik der Gemeingüter.

7 | Die Freiheitsgrade der verschiedenen Creative-Commons-Lizenzen sind abgestuft, nicht alle gewähren die »vier Freiheiten«; mehr dazu schreibt Mike Linksvayer in diesem Buch (Anm. der Hg.).

an den Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohner und nicht an den Profitinteressen von Baufirmen oder der Selbstdarstellung von Designern orientieren soll. OpenWear ist eine kollaborative Kleidungsplattform, die Menschen ermutigt und unterstützt, selber zu Produzenten zu werden. Ähnliches betreiben Pamoyo in Berlin und Threadless in Chicago. Das Freifunk-Projekt baut frei zugängliche Funknetze auf. Das Open Prosthetics Project entwickelt frei nutzbare Arm- und Beinprothesen. Es wurde von einem ehemaligen Soldaten gestartet, der im Krieg eine Hand verloren hatte und mit den kommerziell erhältlichen Prothesen nicht zufrieden war. Das Projekt hat auch den Anspruch, eine bessere medizinische Versorgung der Menschen zu erreichen, die sie sich normalerweise nicht leisten können (zum Beispiel in den Entwicklungsländern).

Wer produzieren will, braucht Produktionsmittel. Viel Aufmerksamkeit hat der 3D-Drucker RepRap erregt, der seine eigenen Bauteile selbst »ausdrucken« kann. Fab@Home ist ein weiterer 3D-Drucker, ebenso der MakerBot, um den herum sich eine große Community gebildet hat. Thingiverse ist die Austauschplattform für 3D-Designs. Der Bau von Produktionsmitteln für die »personal fabrication« ist das Ziel der Projekte Contraptor und CubeSpawn, die computerkontrollierte (= CNC) Maschinen zur Verarbeitung von Holz und Metallen entwerfen.[8]

Bei Freien Designs kann man wie bei Freier Software und anderen freien Projekten darauf bauen, dass die Offenheit zu großer Vielfalt führt, da jeder eigene Anpassungen oder Erweiterungen beitragen kann. Dies erhöht die Chancen, dass eine dem eigenen Geschmack oder den eigenen Bedürfnissen entsprechende Variante bereits von anderen entworfen und online gestellt wurde. So können auch Spezialbedürfnisse abgedeckt werden, die sich für kommerzielle Anbieter nicht »rechnen«.

Die Entstehung communitybasierter Infrastrukturen

Mit Designs und Bauplänen allein lassen sich jedoch noch keine Dinge produzieren – dafür bedarf es auch materieller Produktionsmittel und Ressourcen. Immerhin sind im Zuge der technischen Entwicklung viele Produktionsverfahren günstiger und zugänglicher geworden. Heute können Hobbyisten und Peer-Projekte mit günstig erworbenen oder selbstgebauten Maschinen produzieren. Vor wenigen Jahrzehnten wären dafür noch kapital- und personalintensive Fabriken nötig gewesen.

Natürlich kann und wird nicht jeder alle zur Produktion notwendigen Dinge im Keller haben. Wichtig sind vielmehr Projekte, in denen sich zum Beispiel Einwohnerinnen und Einwohner eines Dorfs oder Stadtteils zusammentun, um eine gemeinsame Infrastruktur aufzubauen. Beispiele dafür gibt es. So haben die Einwohner der südafrikanischen Stadt Scarborough mit der Scarborough Wireless User Group ein dezentrales »Mesh«-Netzwerk eingerichtet, das ihnen den Zugang zum Internet und zum Telefonnetz ermöglicht. Die benötigten WLAN-Router werden von einzelnen Bürgern gekauft und dem Netz zur Verfügung gestellt – es gibt niemanden, dem das ganze Netz oder ein Großteil davon gehören würde, und damit

8 | Dank an Stefan Meretz für die Zusammenstellung vieler der hier genannten Projekte.

niemanden, der es abschalten oder zensieren könnte. Die benötigte Software und ein Teil der Hardware werden als Freie Software und Open Hardware entwickelt.

Zugleich entstehen erste offene, communityorganisierte Produktionsstätten. Weltweit existieren bereits über 50 Fab Labs, ein halbes Dutzend davon in Deutschland. Fab Labs sind offene Werkstätten, die den Anspruch haben, »beinahe alles« produzieren zu können. So weit ist es noch nicht, doch allerhand nützliche Dinge wie Möbel, Kleidung, Platinen und Computerzubehör lassen sich dort bereits herstellen. Bislang arbeiten die Fab Labs oft mit proprietären Maschinen, deren Design nicht offengelegt ist, so dass sie nicht nachgebaut oder verbessert werden können. Doch es gibt Anstrengungen, diese Abhängigkeit zu überwinden und eine von Grund auf commonsbasierte produktive Infrastruktur aufzubauen: ein Netzwerk Freier Produktionsstätten, dessen Ausstattung zu 100 Prozent aus Open Hardware und Freier Software besteht und in den zusammenarbeitenden Werkstätten selbst reproduziert werden kann. Auf diese Weise würde der kapitalistische Markt Schritt für Schritt überflüssiger, weil die Menschen immer mehr Dinge, die sie brauchen, auf der Grundlage von Commons in gemeinsamer Peer-Produktion herstellen können.

Zwei Konzepte von Fülle

Ist eine solche Ausweitung der Peer-Produktion von der immateriellen auf die materielle Ebene nicht aufgrund der Endlichkeit der natürlichen Ressourcen und der begrenzten Aufnahmekapazität der Erde zum Scheitern verurteilt? Es wäre unmöglich, sieben Milliarden Autos herzustellen und zu fahren, da allein das benötigte Benzin die vorhandenen Ölvorräte in kurzer Zeit aufbrauchen und die freigesetzten CO_2-Emissionen die Erderwärmung katastrophal beschleunigen würden (Exner et al. 2008). Jedoch sollte es ohne weiteres möglich sein, Fahrräder für alle zu produzieren, ohne die Grenzen der verfügbaren Biokapazität zu sprengen. Auch andere nicht allzu ressourcenintensive Dinge sollten in ausreichender Zahl produziert werden können, um die Bedürfnisse zu befriedigen.

Digitale Peer-Produktion im Internet hat eine erstaunliche Fülle an Software und Inhalten hervorgebracht – einen Reichtum, von dem wir alle zehren. Eine vergleichbare Fülle für alle in der materiellen Welt erscheint unmöglich, wenn man bei Fülle an »Verschwendung« denkt.

Man kann sich unter »Fülle« aber auch etwas anderes vorstellen, nämlich: »Genau was ich brauche, wenn ich es brauche«.[9] Mit Dingen, die man schnell wegwirft, kann man nicht mehr Bedürfnisse befriedigen als mit Dingen, die man länger behält. Die commonsbasierte Peer-Produktion ermöglicht es, einer solchen bedürfnisorientierten Fülle für alle näherzukommen. Dort kommt es dann etwa nicht auf Autos an, sondern auf die Möglichkeit, andere Orte zu erreichen und mit anderen Menschen in Verbindung zu treten.

Da ohne natürliche Ressourcen keine materielle Produktion möglich ist, bleibt allerdings auch das Potential der Peer-Produktion stark begrenzt, sofern nicht auch

9 | Zum Thema Fülle siehe das Gespräch zwischen Brian Davey, Wolfgang Hoeschele, Roberto Verzola und Silke Helfrich in diesem Buch (Anm. der Hg.).

die Nutzung der Naturressourcen gemäß ihren Prinzipien geregelt wird. Ebenso wie die digitale Peer-Produktion Wissen und Software als Gemeingüter betrachtet, muss die materielle Peer-Produktion die verwendeten Ressourcen und Produktionsmittel als Commons pflegen und gestalten, sie also nachhaltig nutzen und in ihrem Zustand erhalten oder verbessern. Dabei gilt es, Modi zu finden, die sicherstellen, dass niemand zu kurz kommt und alle Bedürfnisse (produktive wie konsumtive) ernst genommen werden.

Das ist eine große Herausforderung, doch die Peer-Produktion hat mit ihren (völlig unerwarteten) Erfolgsgeschichten wie GNU/Linux und Wikipedia gezeigt, dass sie Großes leisten kann. Und Beispiele für die langfristige Nutzung von natürlichen Ressourcen und die erfolgreiche Gestaltung selbstgeschaffener Infrastrukturen finden sich in der langen Geschichte der Commons zur Genüge. Für die weitere Stärkung der commonsbasierten Peer-Produktion ist es daher wichtig, dass Commoners aus allen Bereichen – ob digital, ökologisch oder traditionell – weiter aufeinander zugehen. Sie können viel voneinander lernen.

Literatur

Exner, Andreas/Lauk, Christian/Kulterer, Konstantin (2008): Die Grenzen des Kapitalismus. Wie wir am Wachstum scheitern, Wien.

Raymond, Eric (1999): Die Kathedrale und der Basar, online unter: http://gnuwin.epfl.ch/articles/de/Kathedrale/ (Zugriff am 02.10.2011).

Siefkes, Christian (2010): Peer-Produktion: »Wie im Internet eine neue Produktionsweise entsteht«, in: *Widerspruch – Münchner Zeitschrift für Philosophie,* Nr. 52, S. 37-51.

Siefkes, Christian (2011): »Das gute Leben produzieren«, in: *Streifzüge,* Nr. 51, S. 18-23.

Christian Siefkes (Deutschland) ist Programmierer und lebt in Berlin. Sein zentrales Forschungsinteresse gilt dem emanzipatorischen Potential freier Software und anderen Formen der commonsbasierten Peer-Produktion. Er bloggt auf http://www.keimform.de. Zu seinen Veröffentlichungen gehören *From Exchange to Contributions* (2007) und *The Emergence of Benefit-driven Production* (2011).

Von Märchen und Autorenrechten

Carolina Botero Cabrera und Julio Cesar Gaitán

Es war einmal eine junge Prinzessin, tugendvoll und wunderschön. Ein blauer Prinz, stark und tapfer, ist bereit, jede Mutprobe zu bestehen, um an ihrer Seite zu sein. Es folgen Abenteuer und Romantik. Und schließlich der ersehnte Moment, in dem beide sich vermählen. »So lebten sie glücklich und zufrieden. Und wenn sie nicht gestorben sind dann leben sie noch heute.«

Märchen enthalten Grundmuster, in die Werte eingeschrieben sind, die eine Gesellschaft zu verewigen sucht. Vladimir Propp identifizierte über 30 solcher Märchen-Muster. Wir kennen sie als »die Funktionen von Propp« (Propp 2003). Eines dieser Elemente ist die Vermählung, die den glücklichen Ausgang der durchlebten Abenteuer abschließt. Das »So lebten sie glücklich und zufrieden …« beschreibt die Illusion eines immerwährend glücklichen Lebens, die sich nicht auf ein beliebiges Familienmodell bezieht, sondern auf die Bindung zwischen Mann und Frau. In unserer kolumbianischen Gesellschaft heißt das: Das Glück hängt vom Modell der traditionellen, katholischen Ehe ab; unter Ausschluss aller anderer Optionen.

Gesellschaften verfügen über viele solcher Grundmuster, die sich wie Legosteine verschieden zusammenbauen lassen, doch sie bleiben im Bauwerk gut erkennbar, denn sie kennzeichnen die Argumentationslinien, die auch auf andere Realitäten und Handlungen übertragen werden können.[1]

Wir schlagen nun vor, uns mit den Grundmustern der Copyright-Debatte auseinanderzusetzen.[2] Schließlich wird der Erfolg eines Urhebers – zumindest bei uns – in der Regel mit dem Begriff des »Copyrights« verbunden. So ähnlich wie unser Wohlergehen an das Konzept der märchenhaften traditionellen Ehe gekoppelt wird.

---

1 | Siehe dazu auch den Beitrag von Franz Nahrada zu Mustern des Commoning in diesem Buch (Anm. der Hg.).

2 | In Deutschland schützt das Urheberrecht die Rechte des Urhebers eines Werkes. Das anglo-amerikanische Copyright hingegen bezeichnet das Recht, ein Werk wirtschaftlich zu nutzen (»the right to copy«). Der anglo-amerikanische Copyright-Vermerk gibt in der Regel den Rechteinhaber an und nicht den Urheber. Der konzeptionelle Unterschied zwischen Urheberrecht und Copyright ist sehr wichtig, für das zentrale Argument dieses Beitrags ist er allerdings kaum von Belang (Anm. der Hg.).

Kontrolle als Standard

In unserer von katholischen Werten geprägten kolumbianischen Gesellschaft wird unaufhörlich wiederholt, dass die Ehe der rechte Weg zur Familie sei, dass sie aus Mann und Frau bestehe und ihr Zweck die Fortpflanzung sei. Ganz ähnlich hören wir ständig, dass es ohne Copyright keine Kreativität gibt, dass viele Arbeitsplätze wegfallen werden und dass das Wohlergehen der Kulturschaffenden vom Copyright abhängt.

Nach dieser Auffassung wird das Copyright fast ausschließlich als Rechtsschutz für geistige Schöpfungen verstanden, der es dem Inhaber erlaubt, die Verwendung seiner Werke durch Dritte (Reproduktion, Bearbeitung, Verbreitung) zu kontrollieren, um den eigenen Aufwand und die Produktionskosten zu decken. Es wird angenommen, dies sei der einzige Weg, Kreative zu entlohnen. Das Copyright gilt so im Wesentlichen als ein Element der Wertschöpfungskette der Kulturbranche, »die beim Schöpfer beginnt, die Produktion durchläuft, sich über Vertrieb und Marketing fortsetzt, und schließlich in der Öffentlichkeit endet, die die Nutzung dieser Inhalte beansprucht«[3].

Kreative aller Sparten hoffen auf die Unterzeichnung von Verträgen, die ihnen im Rahmen dieses Kreativwirtschaftmodells das glückliche Ende ihrer eigenen märchenhaften Geschichte versprechen. Doch wer die Realität des Kulturbetriebs genau betrachtet, wird feststellen, dass die Unterhaltungsindustrie (die Rechteverwerter) mit etwa 20 Prozent der erfolgreichen Künstler die Investitionen des Unternehmens deckt, die es für die Investition in die übrigen braucht. Es sind eben diese 20 Prozent, die mit dem Urheberrecht »glücklich und zufrieden leben, bis an ihr Lebensende«.[4] Die restlichen 80 Prozent der Kreativen profitieren kaum von der Logik der Kulturindustrie. Vor allem aber haben diejenigen, die keine Verträge bekommen, gar nichts von dieser Kalkulation. Die meisten von uns sind weder Prinzen noch Prinzessinnen.

Vielfalt zählt

Es geht aber auch anders. Das dem derzeitigen Copyright zugrunde liegende Muster trägt nicht mehr in elektronischen Umwelt des Internets. Zahlreiche Studien beschreiben, wie Communitys mit den herkömmlichen Grundmustern des Copyrights brechen, wie sie Freie Software verwalten, wie die Idee der Freien Kultur funktioniert und wie Freie Kultur geschützt werden kann. Viele Arbeiten zeigen auch, warum eine Veränderung dieser Grundmuster geboten ist, damit das Copyright auch anderen Zielen dienen kann als jenem der Kontrolle. Die Communitys haben Instrumente geschaffen (allgemeine öffentliche Lizenzen und freie

3 | Diese Formulierung wird in Kolumbien zur Beschreibung der Intellektuellen Eigentumsrechte genutzt.

4 | Tatsächlich erstreckt sich das Recht zur exklusiven Verwertung über das Ableben hinaus, in der Regel bis zu 70 Jahre nach dem Tod des Urhebers, die konkrete Schutzdauer hängt vom Entstehungszusammenhang ab (Anm. der Hg.).

Lizenzen), die ihre Ziele in Rechtsform gießen.[5] Obwohl die Anhänger und Nutzer dieser Lizenzen nicht auf die herkömmliche Kernidee des Copyrights zurückgreifen und sich um eine andere Achse drehen als jene der totalen Kontrolle über ihre Werke, sind sie wirtschaftlich produktiv.

Natürlich wird auch innerhalb des Copyrightmodells der an sich exklusive und umfassende Verwertungsanspruch gelegentlich flexibilisiert, um wegen ihrer gesellschaftlichen Relevanz bestimmte Nutzungen zu gestatten. Diese Nutzungen sind als »Ausnahmen«, »Schranken« oder »Fair Use« bekannt (entsprechend dem jeweiligen Rechtssystem). Auch Ausnahmen und Schranken wirken zurück auf das wirtschaftliche Handeln, von dem Arbeitsplätze und Steuern abhängen (Rogers/Szamosszegi 2007). Deshalb wollen die Befürworter eines traditionellen Copyrights in der Regel nur wenige und eng begrenzte Ausnahmen oder »Fair Use«-Bestimmungen. Die Gesellschaft braucht aber sehr viele solcher »Ausnahmen« von den exklusiven Rechten! Beispielsweise für Werke, die in öffentlichen Bibliotheken benötigt werden. Bibliotheken folgen einer anderen Logik. Sie funktionieren gerade dank dieser Ausnahmen und Schranken. Die öffentliche Ausleihe ist ein Schatz, der der Gesellschaft erheblichen Nutzen bringt, und sollte deshalb nicht ausschließlich vom Willen der Autoren abhängig sein und noch viel weniger von den Zäunen, die auf dem Markt errichtet werden. Die meisten Gesetze erkennen dies an und sehen Ausnahmen für Bibliotheken vor, insbesondere für Werke, die Bibliotheken in Obhut gegeben wurden, um sie zu erhalten. Dennoch wird in Ländern wie Kolumbien immer mal wieder betont, dass die öffentliche Ausleihe nicht vom Copyright geregelt werde und daher die Arbeit der Bibliotheken von den Rechteinhabern nur toleriert würde. Die Idee der absoluten Kontrolle ist hier sehr stark. Verstärkt wird dies durch technische Schutzmaßnahmen, die die Nutzung kontrollieren und einschränken.[6]

Neue Grundmuster des Copyrights

Auch wenn wir im traditionellen (kolumbianischen) Familienmodell Vorteile und einen gewissen Nutzen erkennen, ist es eine Tatsache, dass man Familien auch anders begreifen kann. Genauso gibt es mehrere Möglichkeiten, jenseits oder im Rahmen des Copyrights kreativ tätig zu sein. Das ist heute so, und es war früher nicht anders. Neue Technologien vervielfachen tendenziell das Potential anderer Schöpfungs- und Nutzungsmuster, denn sie bieten neue Umgebungen für die Produktion, die Verbreitung und den Zugang zu Inhalten und Werken. Und selbstredend bieten sie auch andere Erfolgsmöglichkeiten als jene, die die Kreativindustrie offeriert, weil die neuen Technologien es den Kreativen unter geringem Ressourceneinsatz ermöglichen, das weltweit öffentlich zu machen, was bislang

5 | Vergleiche dazu insbesondere die Beiträge von Mike Linksvayer und Christian Siefkes in diesem Buch (Anm. der Hg.).

6 | Beispielsweise durch Kopierschutztechnologien. Benjamin Mako Hill beschreibt in seinem Beitrag den Fall des digitalen Videorekorders TiVo, der Verschlüsselungen einsetzt, um das Gerät so einzustellen, dass es nur genehmigte Versionen des Betriebssystems laufen lässt (Anm. der Hg.).

nur im lokalen oder privaten Umfeld möglich war. Das Internet offenbart sich in der Realität als ein neues, die Autonomie der Kreativen beförderndes und der Gesellschaft dienendes Produktionsmodell, in dem Freiwillige nicht unbedingt ihre Urheberrechte als einen Mechanismus zur individuellen finanziellen Belohnung nutzen, vielmehr nutzen sie es zur Stärkung der Gemeinschaft und ihrer Prinzipien. Diese Art des Handelns generiert geteilten Wohlstand (Weber 2004).

Dieses neue Produktionsmodell kann vom Markt nicht einfach ignoriert werden, sondern es wird mit der Zeit für Regierungen, Unternehmen und die Gesellschaft sogar unerlässlich (Benkler 2006). Inzwischen ist klar: Parallel zur traditionellen »Wirtschaft des Handelns« hat sich eine »Wirtschaft des Teilens« entwickelt. Das Umfeld, in dem sich diese Ökonomie des Teilens entwickelt, entspricht gerade nicht den traditionellen Mustern und Strukturen des Marktes; und ihre Beziehung zum Copyright entspricht tatsächlich nicht dem, was das Gesetz als legitim definiert hat (Lessig 2006).

Kurz, die Rahmenbedingungen für die Produktion, Verteilung und Nutzung von kreativen Werken (nicht nur der Kunst und Unterhaltung, sondern auch von Bildung und Wissenschaft) haben sich geändert, und mit ihnen ändern sich die (normativen) Grundmuster. Wir müssen diese neuen Muster identifizieren – und es müssen sich Personen finden, die ein neues Drehbuch schreiben mit einer Fülle von Modellen, die eine andere Botschaft vermitteln und eine andere Sprache sprechen als jene des Copyrights und der unbedingten Kontrolle.

Es gibt kreative Milieus, die vom Copyright als Kontrollmechanismus profitieren, aber wir müssen auch anerkennen, dass es noch etwas anderes gibt, das nicht überrollt werden darf. Wir sollten uns nicht auf eine einzige Möglichkeit fixieren, kreative Leistungen hervorzubringen, und stattdessen einen Gesellschaftsvertrag (und eine Rechtsordnung) annehmen, der Platz für alle Formen bietet, mit kreativen Werken umzugehen. Stellen wir uns ein Rechtssystem vor, in dem alle Formen der Kulturproduktion anerkannt werden, die der industriellen, aber auch die der Freien Technologien, der Freien Kultur, der traditionellen Gemeinschaften, der Wissenschaft und der städtischen Kulturprojekte. Das wäre eine Herausforderung für Gesetzgeber und Richter!

Literatur

Benkler, Yochai (2006): The Wealth of Networks: How Social Production Transforms Markets and Freedom, New Haven.

Lessig, Lawrence (2006): On the Economies of Culture, online unter: http://www.lessig.org/blog/2006/09/on_the_economies_of_culture.html (Zugriff am 13.11.2011).

Propp, Vladimir (2003): The Morphology of the Folktale, Austin.

Raymond, Eric (1997): Kathedrale und Bazar, online unter: http://gnuwin.epfl.ch/articles/de/Kathedrale/ (Zugriff am 13.11.2011).

Rogers, Thomas/Szamosszegi, Andrew (2007): Fair Use in the U.S. Economy: Economic Contribution of Industries Relying on Fair Use, online unter: http://www.ccianet.org (Zugriff am 13.11.2011).

Weber, Steven (2004): The Success of Open Networks, Cambridge/London.

Carolina Botero Cabrera (Kolumbien) ist Aktivistin, Beraterin und Rechtsanwältin, die an Universitäten in Belgien und Spanien studiert hat. Als Autorin und Referentin behandelt sie Themen wie Open Access, freie Kultur und Urheberrecht. Sie leitet die Arbeitsgruppe Recht, Internet und Gesellschaft der Stiftung Karisma und ist Creative-Commons-Projektleiterin für Kolumbien sowie Comanagerin von Creative Commons für Lateinamerika.

Julio Cesar Gaitán (Kolumbien) ist Jurist und Direktor des Prüfungsamtes für Rechtswissenschaften der Universidad del Rosario, Bogotá. Er hat einen Master in Öffentlichem Recht und eine Promotion über die Entwicklung von Rechtssystemen und neuen Rechten. Er beteiligt sich an Forschungen zu Pluralismus und Rechtskulturen, zu Wissenssoziologie und zur Entstehung von Vorurteilen.

Creative Commons

Die Wissensallmende in unsere Hände nehmen

Mike Linksvayer

Die Wissensallmende wird seit langem schlecht behandelt. Vielleicht seit jeher. Die konkreten Bedingungen dieser nachlässigen Handhabe änderten sich im Laufe der Jahrzehnte, Jahrhunderte und Jahrtausende, aber erst der Boom digitaler Netze brachte eine Wende. Er eröffnete unzählige neue Möglichkeiten, unsere kreative und kulturelle Freiheit zu entfalten. Interaktionen, die bislang vom Urheberrecht beschränkt waren – das Urheberrecht ist übrigens ein wesentlicher Bestandteil dieses schlechten Umgangs mit den Commons –, entwickelten sich explosionsartig und führten zu ganz neuen Formen gesellschaftlicher, demokratischer und ökonomischer Schaffung von Werten.

Die industriellen Anbieter kultureller Inhalte – Filmstudios, Musikkonzerne, Verlage und Medienunternehmen – reagierten auf die damit verbundene rechtliche und politische Herausforderung, indem sie die Wissensallmende ignorierten oder gar angriffen. Sie haben in den letzten zwei Jahrzehnten rückwirkend die Dauer des Urheberrechts verlängern lassen[1] und damit verhindert, dass Werke gemeinfrei wurden. Sie haben »Fair Use«[2] und andere Ausnahmen eingeschränkt,

1 | Der Autor bezieht sich hier unter anderem auf den Copyright Term Extension Act von 1998 (auch »Sonny Bono Copyright Extension Act«) in den USA. Dieser verlängerte die Gültigkeit des Copyright auf 90 Jahre nach dem Tod des Autors.
Ein weiteres Beispiel aus Europa: Im September 2011 hat sich der Ministerrat der EU-Mitgliedsstaaten auf eine Verlängerung einiger Schutzrechte für Tonaufnahmen von 50 Jahren auf 70 Jahre verständigt. Es geht um Rechte an der Aufführung eines urheberrechtlich geschützten Werkes, nicht um die Urheberrechte der Autoren oder Komponisten selbst. Die Verlängerung bedeutet demnach nicht, dass die Musikaufnahmen später gemeinfrei werden – da besagte Urheberrechte erst 70 Jahre nach dem Tod des Urhebers erlöschen (§ 64 UrhG). Von der Regelung profitieren die großen Musiklabels, die ihre Tonträgerrechte länger auswerten können (Anm. der Hg.).

2 | »Fair Use« (dt.: angemessene Verwendung) ist ein Prinzip des anglo-amerikanischen Urheberrechtssystems, kodifiziert in § 107 des US-amerikanischen Copyright Act, nach dem es erlaubt ist, geschütztes Material, etwa für Bildungszwecke, zu nutzen. »Fair Use« erfüllt eine vergleichbare Funktion wie die Schrankenbestimmungen des kontinentaleuropäischen Urheberrechts (Anm. der Hg.).

die Verwendungen urheberrechtlich geschützter Werke ohne Erlaubnis oder Bezahlung erlauben. Sie habe neue dem Urheberrecht ähnliche Monopolgesetze durchgesetzt und Massenklagen gegen normale Leute geführt. Sie haben Technologien zum Teilen von Information unterdrückt und die Gültigkeit des Copyright-Regimes auf große Teile der Welt ausgeweitet.

Commoners entwickeln eigene Werkzeuge für die Wissensallmende

Die spannendsten Entwicklungen im Umgang mit der Wissensallmende kommen nicht aus dem juristischen Establishment und auch nicht aus der Politik oder von Unternehmen, sondern von Hackern und Aktivisten. In den vergangenen zwanzig Jahren haben sie neue Praktiken, Werkzeuge und rechtliche Möglichkeiten geschaffen, um die kulturelle Allmende zu erweitern, zu pflegen und zu schützen. Zunächst entstand in den 1980er-Jahren, kurz nachdem das Urheberrecht für Software eingeführt worden war, die Freie-Software-Bewegung.[3] Ende der 1990er-Jahre wollten dann Künstler und Kreative, darunter viele Internetnutzer, die Commons in Kultur, Bildung und Wissenschaft mit ähnlichen Mitteln stärken. Aus diesem Umfeld heraus wurde im Jahr 2002 das Projekt Creative Commons (CC) ins Leben gerufen.

Schon zuvor hatte es zahlreiche Versuche gegeben, freie Lizenzen außerhalb des Software-Bereichs zu entwickeln, etwa die Free Documentation License (FDL), die Open Content Principles und die Open Publication License, die Open Audio License, die Open-Music-Lizenzen, die Open-Directory-Lizenz, die Public Library of Science Open Access License, die Ethical Open Documentation License des Electrohippie-Kollektivs, die Free Art License und andere mehr.

Die Gründer von CC als Organisation und die ersten Anwender von CC-Lizenzen sorgten durch ihre Bekanntheit für ausreichend öffentliche Aufmerksamkeit, um die neue Bewegung auf den Weg zu bringen. Nicht zufällig führte dies gleichzeitig zu einer stärkeren Zentralisierung der Nutzung solcher Werkzeuge (siehe folgende Tabelle) zum Umgang mit den so geschaffenen Commons. Autoren digitaler Werke begannen, CC-Lizenzen zu verwenden und weiterzuempfehlen, insbesondere wenn sie äquivalent zu ihren eigenen, zuvor verwendeten Lizenzen waren. Oft versuchten die Herausgeber und wichtigsten Nutzer anderer Lizenzen (s.o.) auch, die rechtliche Kompatibilität zu einer der CC-Lizenzen zu verbessern oder ihre Werke gar auf CC-Lizenzen umzustellen.

Zentrale Verwaltung und Kompatibilität

Zentralisierung klingt nicht gut. Tatsächlich bietet sie aber die Möglichkeit, zwei der größten Herausforderungen zu begegnen, mit denen wir beim sorgsamen Umgang mit der Wissensallmende konfrontiert sind. Die erste Herausforderung besteht darin, die rechtliche Kompatibilität von Inhalten zu sichern, die unter verschiedenen freien Lizenzen stehen.

3 | Zur Relevanz Freier Software in der öffentlichen Verwaltung siehe den Artikel von Federico Heinz in diesem Buch (Anm. der Hg.).

CC-Lizenzen und Werkzeuge zur freien Nutzung (Die ersten vier Werkzeuge sind vollständig frei, sie erlauben allen jede beliebige Nutzung.)	
	Public-Domain-Zeichen: für die Markierung von Werken, die nicht dem Copyright unterliegen, beispielsweise aufgrund ihres Alters.
	Public-Domain-Freigabe (CC0): die urheberrechtlichen Einschränkungen sind soweit wie rechtlich möglich aufgehoben.
	Namensnennung (CC BY): für alle ist jede Nutzung möglich, solange die Urheber genannt werden.
	Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen (CC BY-SA): wie die vorherige, jedoch mit der zusätzlichen Bedingung, dass publizierte Veränderungen unter dieselbe Lizenz gestellt werden müssen.
	Namensnennung – nichtkommerziell (CC BY-NC): jede Nutzung für nichtkommerzielle Zwecke erlaubt, solange die Urheber genannt werden.
	Namensnennung – nichtkommerziell – Weitergabe unter gleichen Bedingungen (CC BY-NC-SA): wie die vorherige, mit der zusätzlichen Bedingung, dass publizierte Veränderungen unter dieselbe Lizenz gestellt werden müssen.
	Namensnennung – keine Bearbeitung (CC BY-ND): jede Nutzung ohne Veränderung möglich, solange die Urheber genannt werden.
	Namensnennung – nichtkommerziell – keine Bearbeitung (CC BY-NC-ND); wie die vorherige, jedoch nicht für kommerzielle Nutzung.

Da es viele verschiedene Lizenzherausgeber und Lizenzen gibt, kann es leicht zur Zersplitterung der Commons in miteinander inkompatible Pools von Werken und Inhalten kommen. Tatsächlich sind fast alle Lizenzen, die vor der Einführung von Creative Commons herausgegebenen wurden, nicht miteinander kompatibel. Das macht es unmöglich, eine veränderte Fassung eines unter einer bestimmten Lizenz publizierten Werks unter einer anderen Lizenz zu veröffentlichen, da die Bedingungen der ersten Lizenz dann oft nicht erfüllt werden.[4]

Im Software-Bereich gibt es mehrere wichtige Lizenzherausgeber und viele verschiedene Lizenzen. Mit der Zeit wurde das Problem der Kompatibilität teilweise dadurch gelöst, dass sich ein Herausgeber weitgehend durchgesetzt hat: die Free Software Foundation (FSF), die die General Public License (GPL) betreut. Die FSF ist der Lizenzherausgeber mit der größten Erfahrung, und ihr klares Bekenntnis zu umfassenden Freiheiten für die Nutzer der Software[5] hat für Transparenz und

4 | Ein Beispiel: Lizenzen, die die Lizenzierung veränderter Versionen unter derselben Lizenz verlangen (das sogenannte »Copyleft« also die »Weitergabe zu gleichen Bedingungen«, siehe Tabelle), kommen naturgemäß nicht als Quellen von Inhalten für andere Lizenzen in Frage, sofern dies nicht durch eine Kompatibilitätsklausel explizit erlaubt wird.

5 | Siehe ausführlich den folgenden Beitrag von Benjamin Mako Hill (Anm. der Hg.).

Verlässlichkeit gesorgt. Einige andere Lizenzen für Freie Software sind liberaler als die GPL, was Kompatibilität in eine Richtung ermöglicht: Software unter einer liberaleren Lizenz kann in ein unter der GPL stehendes Projekt eingebunden werden, aber nicht umgekehrt. Bei anderen Lizenzen, etwa der Apache Software License 2.0, wurden die Bestimmungen sorgfältig auf die GPL abgestimmt. Während der Entwicklung der Lizenz hat man die Kompatibilität (jeweils als Geber und Empfänger) zwischen der GPL und der Apache Software License bewusst herbeigeführt. Das ist ein Beispiel für gelungene Koordination in der Pflege der Wissensallmende.

Freiheit, Kommerz und die Commons

Inkompatibilitäten gibt es auch zwischen den verschiedenen CC-Lizenzen, aber sie sind juristischer, kultureller und ideologischer Natur und Ergebnis bewusster Gestaltung. Darf beispielsweise ein als Commons konzipiertes Regelwerk kommerzielle Nutzungen einfach per Verbot ausschließen? Eine Denkweise sagt »Nein«: Unternehmen haben eine so zentrale Funktion in unserer Gesellschaft, dass ihr Ausschluss die Commons marginalisieren würde – und durch das Copyleft (die Forderung nach Weitergabe unter gleichen Bedingungen) kann zudem auch bei kommerziellen Verwendungen ein gemeinnütziger Aspekt garantiert werden. Schließlich wird verlangt, dass auch veränderte Versionen geteilt und von anderen genutzt werden dürfen. Man stelle sich kommerziell vertriebene Bildungsmaterialien vor, die auf Wikipedia-Artikeln aufbauen. In den Handel gebrachte Adaptionen von Wikipedia-Materialien müssen genauso unter die CC-BY-SA-Lizenz (Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen) gestellt werden, wie das bei anderen Nutzungen der Fall ist, so dass andere sie frei kopieren und verändern können.

Andere widersprechen jedoch dieser Auffassung. Manche Urheber wollen kommerzielle Nutzer von den Commons ausschließen. Andere sind der Ansicht, dass die optimale Lösung für unterschiedliche Bereiche kreativer Tätigkeit (zum Beispiel Fotografie, Spiele, Musik) unterschiedlich ist und dass die entsprechende Frage nicht pauschal entschieden werden kann. Sie plädieren dafür, dass die Betroffenen in der Praxis die beste Lösung für das Commons-Management in ihrem Tätigkeitsbereich jeweils selbst herausfinden. Wieder andere Urheber sind nicht daran interessiert, nichtkommerzielle Commons aufzubauen, sondern sie nutzen (im Gegensatz zur ersten Gruppe) die traditionelle kommerzielle Verwertung auf Basis des Urheberrechts. Sie schließen daher kommerzielle Nutzungen durch andere aus, während sie nichtkommerzielle Nutzungen als Marketingstrategie sehen und zulassen.

Debatten darüber, wie sich die Wissensallmende in den verschiedenen kreativen Bereichen am besten strukturieren lassen, gab es schon lange vor der Entwicklung der Creative-Commons-Lizenzen. Beispielsweise waren viele der frühen offenen Lizenzen außerhalb des Softwarebereichs nicht vollständig frei und offen. Sie erlaubten also nicht jede Nutzung durch jede beliebige Person.[6] Im Jahr 1991 wurde Linux zunächst unter einer nichtkommerziellen Lizenz veröffentlicht, wechselte aber schon kurz darauf zur GPL, deren Definition von »frei wie in Frei-

6 | Welche Implikationen diese Unterscheidung hat, beschreibt Benjamin Mako Hill im folgenden Beitrag am Beispiel der Diskussion in der Softwarewelt (Anm. der Hg.).

heit« für andere Bereiche der Wissensallmende vielleicht unangemessen ist. Man könnte sich aber auch ohne das Beispiel der Freien Software für kreative Inhalte und Werke auf die Erlaubnis beliebiger Nutzungen für alle – gewissermaßen als naheliegende Lösung für die Wissensallmende – festlegen. Tatsächlich ist der Trend zu einem Konsens für »frei wie in Freiheit« mittlerweile in verschiedenen Bereichen außerhalb von Software klar erkennbar. Dazu zählen wissenschaftliche Veröffentlichungen (Open Access), Bildung (Open Education), der Umgang mit Informationen im öffentlichen Sektor und die Offenlegung von Daten. Auch in den bereichsübergreifenden Statistiken zur Verwendung von CC-Lizenzen ist dieser Trend erkennbar. Im Jahr 2003 war »Namensnennung – nichtkommerziell – Weitergabe unter gleichen Bedingungen« (BY-NC-SA) bei weitem die beliebteste Lizenz; Mitte 2009 wurde sie von der komplett freien BY-SA-Lizenz (Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen) überholt.

Wikipedia und Creative Commons

Der Trend zu »frei wie in Freiheit« ist also mit den Jahren deutlich geworden. Zur gleichen Zeit, als die BY-SA-Lizenz die beliebteste CC-Lizenz wurde, migrierten Wikipedia und andere Projekte der Wikimedia Foundation von der Free Documentation License (FDL) zur BY-SA-Lizenz als Hauptlizenz. Dieser wichtige Schritt markierte den Höhepunkt einer relativ langfristigen Entwicklung in der Governance moderner Commons. Die Wikipedia war im Jahr 2001 gegründet worden, noch bevor die Creative-Commons-Lizenzen auf den Weg gebracht waren. Die Wikipedia verwendete zunächst die FDL, die von der Free Software Foundation für gedruckte Software-Handbücher entworfen worden war. Deshalb war sie für eine Online-Enzyklopädie wenig geeignet.

Viele Wikipedianer wollten auf die BY-SA-Lizenz umsteigen, doch dies war nicht so einfach. Die Wikipedia besteht aus Beiträgen, die direkt unter eine freie Lizenz gestellt werden. Sie erwartet von den Autorinnen und Autoren nicht, dass sie der Wikipedia spezielle Rechte gewähren, die nicht auch die Öffentlichkeit besitzt. Das ist im Grunde ein »Best Practice« für den Umgang mit der Wissensallmende, denn wenn ein Beteiligter »gleicher als die anderen« ist und sich nicht an die allgemeinen Regeln der Commons halten muss, gefährdet dies den Zusammenhalt der Gemeinschaft, und es blockiert die Selbstverwaltung. Nun ergab sich jedoch das Problem, dass die FDL inkompatibel zu anderen Copyleft-Lizenzen ist. Und abgesehen von diesem rechtlichen Hindernis waren viele Wikipedianer nicht überzeugt, dass Creative Commons der ideale Herausgeber für die Hauptlizenz des Wikipedia-Projekts wäre. Die verschiedenen nur teilweise offenen Lizenzen von Creative Commons signalisierten kein ausreichend klares Bekenntnis zur völligen Freiheit, bei der niemand ausgeschlossen werden kann. Auch die Free Software Foundation, die als Herausgeberin der FDL die Kompatibilität ermöglichen musste, hatte zunächst Bedenken. Doch die Migration ist geglückt und die erfolgreiche Migration der Wikipedia zur BY-SA-Lizenz hat die Kompatibilität der verschiedenen Pools der Wissensallmende verbessert und damit ihre Robustheit und ihren Zusammenhalt gestärkt.

Der öffentliche Sektor setzt auf CC-Lizenzen[7]

Die zweite Herausforderung, für die die zentrale Herausgabe von Lizenzen eine Lösung bietet, ist die Verbesserung der Sichtbarkeit und Überzeugungskraft der Commons. Die anfängliche Nutzung durch Blogger, Fotografen und Musiker sowie frühe institutionelle Verbindungen verschafften den CC-Lizenzen bereits Aufmerksamkeit im Mainstream. Später wurden sie von Software-Plattformen und großen Institutionen übernommen, was ihre Nutzung schlagartig vervielfachte. Viele Regierungen benutzen mittlerweile CC-Lizenzen, um Informationen aus dem öffentlichen Sektor zu veröffentlichen – dabei spielten Australien und Neuseeland die Vorreiterrolle. Einige Geldgeber knüpfen inzwischen Förderungen an die freie Lizenzierung der geförderten Werke, die allen zumindest gewisse Zugangs- und Weiterverwendungsrechte einräumt. CC-Lizenzen sind zu einem Standardinstrument geworden, um die Wissensallmende zu erweitern und zu pflegen. Sie haben es für viele Commoners und auch für die breite Öffentlichkeit einfacher gemacht, sich an Commons zu beteiligen und aus ihnen Nutzen zu ziehen.

Eine Schlüsselrolle in diesem Prozess spielte das weltweite Netzwerk von Partnern (die autonom sind oder Teil größerer Institutionen, etwa juristische Fakultäten, kulturelle Institutionen und die jeweiligen Landesorganisationen der Wikimedia). Diese Partner liefern unabdingbares Expertenwissen – und sie üben den nötigen Druck aus –, um die CC-Werkzeuge weltweit verwendbar zu machen. Ohne ihren Einsatz wäre es für Regierungen und andere Institutionen oft einfacher, eigene (inkompatible) Nutzungsbestimmungen zu schaffen, was allerdings wiederum zur bereits diskutierten Zersplitterung der Commons führen würde.

Im Herbst des Jahres 2011 begann CC damit, die Anforderungen und Entwürfe für die Version 4.0 seiner Lizenzen zusammenzutragen. Die Veröffentlichung der Version 4.0 wird ein weiterer entscheidender (und aufwändiger!) Schritt bei der Entwicklung geeigneter Governance-Strukturen für die Wissensallmende sein.

Die Zukunft der Wissensallmende

Creative Commons und verwandte Bewegungen haben die Wissensallmende, die bis vor kurzem bestenfalls ignoriert wurden, wieder in den Blick gerückt. Sie zu ignorieren ist schwer geworden, denn nicht selten gelingt es aus den kulturellen und digitalen Commons heraus, Monopole auf dem Markt für Wissen und Ideen auszukooperieren,[8] womit sie den Wert lebendiger, nichtmarktförmiger Commons für Kultur, Bildung, Wissenschaft, Demokratie und für die Wirtschaft belegen (man denke nur an den Erfolg von Wikipedia).

Viele Fragen zur Organisation der Wissensallmende und den für ihre Produktion geeigneten Strukturen sind noch offen. Wie kann man zum Beispiel vermeiden, dass proprietäre Methoden immer weitergeführt werden? Wie können

7 | Ein aktuelles Gegenbeispiel aus Deutschland beschreibt Matthias Kirschner in diesem Buch (Anm. der Hg.).

8 | Siehe den Beitrag von Stefan Meretz in diesem Buch (Anm. der Hg.).

stattdessen die besonderen Eigenschaften der Commons, die wirtschaftlich und politisch größere Vorteile bieten, zur Schaffung von Werken und Produkten sowie zur Erweiterung der Wissensallmende genutzt werden?

Trotz aller beschriebenen Entwicklungen »von unten« ist die gesellschaftliche Organisation der Wissensallmende noch immer sehr schwach. Im Vergleich mit dem Wissen und der Erfahrung in der Produktion und Vermarktung über intellektuelle Monopole steckt die commonsbasierte Peer-Produktion[9] noch in den Kinderschuhen. Doch wir können hoffen, dass Geschichte und Technologie auf unserer Seite sind und dass schon die nächste Generation unser Wissen nutzt und vertieft. Um die Zukunft so zu gestalten, wie wir sie brauchen und wünschen, bedarf es der Anstrengung vieler Commoners.

Mike Linksvayer (USA) war Technischer Direktor und stellvertretender Geschäftsführer von Creative Commons. Eine seiner Leidenschaften: an der Schnittstelle zwischen Software-Freiheit und anderen Commons-Bewegungen zu arbeiten. Er bloggt auf http://gondwanaland.com/mlog.

9 | Siehe die Beiträge von Christian Siefkes und Michel Bauwens in diesem Buch (Anm. der Hg.).

Freiheit für Nutzer, nicht für Software

Benjamin Mako Hill

Richard Stallman begründete 1985 die Freie-Software-Bewegung und veröffentlichte ein Manifest, in dem er Computernutzer aufforderte, sich mit ihm gemeinsam für Software einzusetzen, die ihren Nutzern gewisse Freiheiten garantiert (Stallman 2002). Er publizierte eine Definiton Freier Software, die Free Software Definition (FSD), die die Rechte eines jeden Nutzers aufzählte, nämlich die Freiheit,

- das Programm zu jedem Zweck auszuführen;
- die Funktionsweise eines Programms zu untersuchen und es an seine Bedürfnisse anzupassen;
- Kopien weiterzugeben und damit seinen Mitmenschen zu helfen;
- ein Programm zu verbessern und die Verbesserungen an die Öffentlichkeit weiterzugeben, so dass die gesamte Gesellschaft profitiert.[1]

Als Informatiker verstand Stallman, wie Programmierer Software so gestalten können, dass sie Einfluss auf die Benutzung ihrer Programme haben. Beispielsweise können Programmierer Software schreiben, die ihre Nutzer ausspioniert, die gegen sie arbeitet oder die Abhängigkeiten schafft. Da die Kommunikation und das Leben der Menschen mehr und mehr vom Computer beeinflusst wird, wird auch ihre Erfahrung zunehmend durch die entsprechende Technologie beeinflusst und infolgedessen durch diejenigen, die die Software kontrollieren. Wenn Software »frei« ist, können sich Nutzer von Funktionen befreien, die ihnen nicht dienen. Sie können zusammenarbeiten, um ihre Technologien zu verbessern und sie selbst in die Hand zu nehmen. Nach Stallmans Ansicht ist Freie Software essentiell für eine freie Gesellschaft.

Leider dachten viele Menschen, die »Freie Software« hörten, dieses »frei« bedeute vor allem kostenfrei. Das führte verständlicherweise zu Verwirrung, denn Freie Software kann ohne Erlaubnis oder Bezahlung weitergegeben werden, und so geschieht es meist auch. Im gemeinsamen Bemühen, die Verwirrung aufzuklären, wurde der Slogan »free as in ›free speech‹, not as in ›free beer‹« (»Frei wie in ›Freiheit‹, nicht wie in ›Freibier‹«) geprägt, der auf den Unterschied zwischen den lateinischen Worten »liber« und »gratis« verweist. Der Spruch haftet heute der

1 | Siehe unter: http://www.gnu.org/philosophy/free-sw.de.html (Zugriff am 07.10.2011).

Bewegung an wie ein Klischee. Eine Biografie von Stallman trägt den Titel Free as in Freedom (Williams 2002).

In den späten 1990er-Jahren schlug eine Gruppe von Enthusiasten für Freie Software einen neuen Begriff vor: Open Source. Wie Stallman war auch diese Gruppe von der Mehrdeutigkeit des Wortes »frei« frustriert. Allerdings war das Hauptanliegen der Open-Source-Befürworter, Freie Software auch für Unternehmen attraktiv zu machen. Sie meinten, gewinnorientierte Unternehmen würden den Begriff »Freie Software« abstoßend finden, beschrieben die technischen Vorzüge, die die »Offenheit« Freier-Software-Entwicklung durch die Zusammenarbeit der Nutzer in großen Netzwerken bringen könnte, und vernachlässigten die Betonung der »Freiheit«. Diese Aufrufe fanden bei High-Tech-Firmen um die Jahrtausendwende Anklang, als sich das auf Freier Software basierende GNU/Linux-Betriebssystem zunehmender Beliebtheit erfreute und der Apache-Webserver einen Markt dominierte, auf dem sich vor allem Wettbewerber tummelten, die mit proprietärer Software arbeiteten. Das »Open-Source«-Konzept erlebte 1998 einen weiteren Schub, als Netscape den Quellcode seines Browsers Navigator veröffentlichte.

Trotz der rhetorischen und philosophischen Unterschiede bezeichneten »Freie Software« und »Open Source« dieselbe Software, dieselben Communitys, dieselben Lizenzen und dieselben Praktiken in der Entwicklung. Die Definition von Open Source war eine fast wortgleiche Kopie der Richtlinien für Freie Software, die die Debian-Free-Software-Community herausgegeben hatte; und sie war sogar ein Versuch, Stallmans Definition Freier Software neu zu formulieren. Stallman hat die Spaltung zwischen Freier Software und Open Source als das Gegenteil eines Schismas beschrieben. Bei einem Schisma beten zwei religiöse Glaubensgemeinschaften aufgrund mitunter geringfügiger Unstimmigkeiten über Liturgie oder Doktrin getrennt. Im Fall von Freier Software und Open Source haben beide Gruppen fundamental unterschiedliche Philosophien, politische Einstellungen und Motivationen artikuliert – dennoch arbeiten sie weiterhin eng zusammen.

In den jeweiligen Communitys für Freie Software und Open-Source-Software überschatteten die Diskussionen zum Thema »liber« und »gratis« eine zweite, viel weniger diskutierte Ebene der sprachlichen Mehrdeutigkeit des Begriffs »Freie Software«: Er führte dazu, dass die vier Freiheiten als Aussagen über Eigenschaften verstanden wurden, die die Software selbst haben sollte. Natürlich ist es Stallman gleichgültig, ob die Software selbst frei ist; ihm geht es vielmehr um die Freiheit der Software-Nutzer. Die Slogans »Frei wie ›Freiheit‹« und »Nicht frei wie in ›Freibier‹« helfen bei der Auflösung dieser Art Zweideutigkeit nicht weiter. Sie können sogar noch mehr verwirren. »Frei wie in ›Freiheit‹« sagt einfach nichts darüber aus, was frei sein soll; während das Argument, es gehe um »Meinungsfreiheit, nicht Freibier« sogar noch ein Parallelproblem reproduziert: Befürwortern der Meinungsfreiheit geht es schließlich nicht um die Freiheit der Sprache, sondern um die Freiheit, zu sprechen. Wenn die Rhetorik der Freie-Software-Bewegung die Aufmerksamkeit auf die Eigenschaften von Software lenkt, hat das zur Folge, dass manche Menschen die Freiheit der Nutzer als Anliegen zweiter Ordnung betrachten – als folge dies automatisch aus der Freiheit des Codes.

Wenn Software frei ist, nicht die Nutzer

Die Freiheit der Nutzer ergibt sich aber nicht immer aus der Freiheit der Software. Tatsächlich hat Freie Software mit ihrer wachsenden ökonomischen und politischen Bedeutung auch die Aufmerksamkeit einiger Akteure auf sich gezogen, die einerseits die Vorzüge Freier Software für sich nutzen möchten, während sie andererseits die Nutzer einschränken und in einem Abhängigkeitsverhältnis lassen.

Google, Facebook und andere Titanen der Internetökonomie haben ihre Unternehmen auf Freier Software aufgebaut. Und sie sind nicht bloß Trittbrettfahrer in der Art und Weise, wie sie diese Ressource verwenden; in vielen Fällen veröffentlichen diese Firmen zumindest einen Teil des Codes, der auf ihren Servern läuft, und sie investieren bedeutende Ressourcen in die Schaffung oder Verbesserung dieses Codes.

Jeder Nutzer eines auf Freier Software basierenden Netzwerkdienstes, auch Google und Facebook, kann eine Kopie der Software haben, die die vier Freiheiten der Definition für Freie Software ermöglicht. Aber die Nutzer bleiben der Willkür der Firma, die ihre Kopie einsetzt, unterworfen; es sei denn, die Nutzer betreiben den Internetdienst selbst – was vermutlich technisch oder wirtschaftlich nicht machbar ist. Software als Dienstleistung (»Software as a Service«, SaaS) – das heißt Software, die über die »Wolke«, die Cloud, bereitgestellt wird – ist völlig kompatibel mit der Vorstellung von Freier Software. Aber dadurch, dass die Nutzer der Dienste »in der Wolke« die Software nicht ändern und nicht nutzen können, wie sie wollen, wenn der Anbieter des Dienstes es ihnen nicht erlaubt (und sie kontrolliert), sind SaaS-Nutzer mindestens so abhängig und verletzlich, als würden sie proprietäre Software nutzen.

Googles Chrome-OS ist ein Versuch, ein Betriebssystem zu bauen, das Nutzer online bringt und direkt mit Diensten wie Google Docs verbindet, so dass die Nutzer ihre Computernutzung überwiegend in dieser Weise gestalten. Als Google Chrome OS ankündigte, haben viele in der Freie-Software-Community gefeiert; Chrome OS ist auf GNU/Linux aufgebaut, ist fast ausschließlich Freie Software und hat die Unterstützung von Google. Aber es ist das Ziel von Chrome OS, den Ort zu verändern, an dem die Rechenleistung erbracht wird, indem Anwendungen, die ein Nutzer auf dem eigenen Rechner laufen lassen könnte, durch SaaS ersetzt werden. Jeder Schritt von einem Stück Freier Software auf dem eigenen Rechner hin zu einem SaaS-Dienst ist ein Schritt von einer Situation, in der Nutzer die Kontrolle über ihre Software hatten, hin zu einer Situation, in der sie kaum noch über Einfluss verfügen. Beispielsweise ermöglicht Googles Einsatz Freier Software in seinen SaaS-Diensten die Überwachung aller Nutzungen und das Hinzufügen oder Entfernen von Features nach Gutdünken. Indem sie sich auf die Freiheit der Software und nicht auf jene der Nutzer konzentrierten, haben viele Unterstützer Freier Software diese besorgniserregende Dynamik nicht ausreichend erkannt.

Der TiVo – ein bahnbrechender digitaler Videorekorder – ist eine weitere Herausforderung dieser Art. Seine Software basierte auf GNU/Linux. In Übereinstimmung mit der »Copyleft«-Lizenz, unter der die meiste Freie Software vertrieben wird, veröffentlichte der TiVo-Konzern den vollständigen Quellcode. Aber TiVo setzte eine Verschlüsselung ein, um sein Gerät so einzustellen, dass es nur be-

stimmte genehmigte Versionen von Linux laufen ließ. TiVo-Nutzer konnten die TiVo-Software untersuchen und verändern, aber sie konnten die modifizierte Software auf ihrem TiVo nicht nutzen. Die Software war frei, nicht aber die Nutzer.

SaaS, Chrome OS und »TiVoisierung« sind Themen, die die Freie-Software- und Open-Source-Bewegungen weiterhin in Aufruhr versetzen und die philosophischen Bruchlinien aufdecken. Es überrascht nicht, dass Open-Source-Befürworter kein Problem mit SaaS, Chrome OS und TiVoisierung sehen; schließlich fühlen sie sich nicht der Freiheit der Nutzer der Software verpflichtet. Aber jedes dieser Beispiele hat sogar unter Menschen Zwietracht gesät, die die Überzeugung teilen, dass Software frei sein soll. Die Free Software Foundation (FSF) hat zwar gegen jede der oben genannten Themen Position bezogen; aber auch sie erkannte jede Gefährdung nur langsam und hat diese Positionen nur mühsam an ihre Unterstützer kommunizieren können. Heute sieht es ganz danach aus, dass das dienstorientierte Geschäftsmodell von Google eine größere Bedrohung für die künftige Freiheit von Computernutzern darstellt als das Geschäftsmodell von Microsoft. Da Google aber die Lizenzbedingungen Freier Software peinlich genau einhält und Freie-Software-Projekten riesige Mengen Code und Geld spendet, haben die Befürworter Freier Software die bestehende Bedrohung erst sehr spät erkannt und darauf reagiert.

Sogar die FSF hat weiterhin Mühe mit ihrem eigenen softwarebezogenen Auftrag. Stallman und die FSF haben in den letzten Jahren daran gearbeitet, unfreien Code, der in der Regel auf kleineren Subrechnern läuft (das heißt eine drahtlose Schnittstelle oder ein Grafikbauteil innerhalb eines Laptops), von der zentralen Festplatte des Rechners auf die Subprozessoren selbst zu verschieben. Der Zweck dieser Bemühungen ist es, unfreie Software zu eliminieren, indem sie in Hardware verwandelt wird. Doch sind die Nutzer von Software tatsächlich freier, wenn in ihrem Rechner Technologien, die sie auf Grund des Eigentumsrechts nicht verändern können, eine andere Form annehmen, aber dennoch bestehen bleiben?

Der Schlüssel zur Beantwortung dieser und anderer Fragen liegt in der Konzentration auf die Unterscheidung zwischen »frei« und »offen«. Befürworter Freier Software müssen zu ihrem großen Ziel zurückkehren, die Menschen zu befreien, nicht die Software. Die grundlegende Innovation von Stallman und der Freie-Software-Bewegung war es, Fragen individueller Autonomie und Freiheit mit Bereichen zu verbinden, in denen die meisten Menschen die Relevanz von Freiheit und Autonomie nicht erkannten. Da sich die Natur der Technologie permanent ändert, wird sich auch die Art und Weise verändern, die Freiheit der Nutzer zu verteidigen. Und wenn andere die Prinzipien Freier Software auf neue Bereiche übertragen und anpassen, werden sie mit ähnlichen Problemen konfrontiert sein. Nur in dem Maße wie unsere Communitys in der Lage sind, zwischen der »Offenheit« von Artefakten, also von Menschen gemachten Dingen einerseits und den Fragen der Kontrolle, der Politik und der Macht andererseits, zu unterscheiden, wird die Freie-Software-Philosophie in den Diskussionen über neue und klassische Commons – gleich ob Software oder nicht – relevant bleiben.

Literatur

Stallman, Richard M. (2002): Free Software, Free Society: Selected Essays of Richard M. Stallman, Free Software Foundation.

Williams, Sam (2002): Free As in Freedom: Richard Stallman's Crusade for Free Software, Sebastopol.

Benjamin Mako Hill (USA) ist Stipendiat und Doktorand am Berkman Center for Internet and Society der Harvard Universität und forscht am MIT. Er untersucht die sozialen Strukturen in Gemeinschaften für Freie Kultur und Freie Software und ist in vielen Projekten für Freie Software und Freie Kultur aktiv.

Öffentliche Verwaltung braucht Freie Software

Federico Heinz

Öffentliche und private Verwaltungen haben vieles gemein: unter anderem das Ziel, endliche Ressourcen so gut wie möglich zu nutzen. Aber sie sind auch sehr unterschiedlich. Das liegt vor allem daran, dass die öffentlichen Verwaltungen ihr Tun offenlegen müssen. Mit Ausnahme weniger, sehr spezifischer Angelegenheiten, die aus Sicherheitsgründen geheim gehalten werden, sind Behörden nicht nur der Politik, sondern auch der Öffentlichkeit rechenschaftspflichtig. Das gilt auch für interne Betriebsabläufe, und dies hat ernstzunehmende Konsequenzen für die EDV-Nutzung in unseren Verwaltungen. Dort hat der Rechner den Aktenordner längst obsolet gemacht. Er hat die Entscheidungsfähigkeit der Beamten verbessert und die Kommunikationsvorgänge runderneuert, so dass die Behörden schneller und zuverlässiger arbeiten können. Die Kehrseite: Wer von uns war nicht schon Zeuge, wie der ein oder andere Computerabsturz ganze Behörden lahmlegte?

Solche Fehlleistungen sind lästig, aber man kann einiges tun, um sie zu vermeiden oder ihre Folgen zu begrenzen. Viel gravierender ist etwas anderes, etwas, das uns erst bewusst wird, wenn wir eine ganz einfache Frage stellen: Wer kontrolliert unsere Computer? Die meisten EDV-Nutzer glauben, der Computer gehorche ihren Befehlen. Demzufolge nehmen sie an, dass auch Organisationen die Kontrolle über ihre EDV-Infrastruktur besitzen. Doch beide Annahmen sind falsch: Der Rechner ist seinem Besitzer gegenüber nicht loyal. Er verrät ihn fleißig, wenn das Programm, sein wirklicher Meister, es befiehlt.

Es ist bemerkenswert, wie oft Nutzer proprietärer Software verraten werden, ohne dessen gewahr zu werden. Fast jeden Tag erleben sie, wie der Computer sich weigert, einem Befehl zu folgen, oder wie er Dinge tut, die von den Nutzern weder gefordert noch erlaubt wurden. An Beispielen mangelt es nicht: Mal installiert der Computer ein Schädlingsprogramm, statt einen E-Mail-Anhang zu öffnen. Mal weigert er sich, ein bestimmtes Medium abzuspielen oder dessen Inhalt auf ein anderes zu übertragen. Mal installiert er Programme mit unbekannter Funktion, ohne vorab Bescheid zu sagen. Mal weigert sich ein Programm, ab einem bestimmten Datum weiterzuarbeiten. Mal löscht ein E-Book-Lesegerät Werke, für die Geld über den (virtuellen) Ladentisch ging, um kommerzielle Interessen Dritter zu schützen.[1]

1 | So hat beispielsweise Amazon die E-Book-Fassung der beiden Bücher *1984* und *Animal Farm* von George Orwell Mitte 2009 von den Kindle-Geräten gelöscht.

Das Problem der Fernkontrolle durch Computerprogramme verschärft sich zudem durch die Kombination restriktiver Lizenzbedingungen mit den außergewöhnlich hohen Kosten, die mit dem Umstieg auf ein anderes Programm verbunden sind. Lieferanten proprietärer Software setzen Lizenzbedingungen nicht nur nach Gutdünken ein – oft ändern sie diese noch nachträglich, willkürlich und rückwirkend. Sie können mit ihren Kunden so umgehen, weil es für diese nicht einfach ist, ihre Lieferanten zu wechseln, ohne zugleich auf andere Programme umzusteigen. Und genau das ist teuer und kompliziert.

Eine öffentliche Verwaltung aber, die der ganzen Gesellschaft verpflichtet ist, kann es sich nicht leisten, die Kontrolle ihrer Infrastruktur Einzelpersonen oder Organisationen zu überlassen, die andere Interessen vertreten. Sie verwaltet Daten, deren Sicherheit – also Zuverlässigkeit und Verfügbarkeit – das Leben jedes Bürgers in erheblichem Maße beeinflusst. Deswegen ist es unverantwortlich, diese Daten mit Software zu verarbeiten, für die von den Herstellern lediglich eine begrenzte Nutzungserlaubnis zu restriktiven Bedingungen erworben werden kann.

Freie Software im Auswärtigen Amt: erst hü, dann hott

Der Vorgang sollte wohl in aller Stille vor sich gehen. Durch Anfragen im Bundestag und »geleakte« Dokumente[2] kam er Anfang 2011 dann doch an die Öffentlichkeit: Das Auswärtige Amt (AA), einst Vorzeigeprojekt für den Einsatz Freier Software in den Bundesministerien, will Laptops und teilweise auch Server wieder mit unfreier Software betreiben. Dies ist ein Rückschlag für den Einsatz Freier Software in der öffentlichen Verwaltung – und dennoch können wir daraus lernen.

Eine erfolgreiche Umstellung auf Freie Software muss systematisch geschehen. Es ist immer schwer, die Strukturen großer Organisationen zu verändern. Beteiligte müssen überzeugt werden, Fachwissen und Geld müssen vorhanden sein, und um die Änderung gegenüber dem internen und externen Druck durchzusetzen, ist politische Rückendeckung erforderlich.

Das Auswärtige Amt hatte in den vergangenen Jahren zunächst aus Kosten-, später aus Sicherheitsgründen damit begonnen, Freie Software zu nutzen; plötzlich die Kehrtwende, die das Amt auf Nachfragen mit fehlenden Funktionen, höheren Kosten und schlechter Benutzbarkeit Freier Software begründete. Die bisherigen Informationen[3] zeigen jedoch: Mitarbeiter wurden nicht in den Prozess eingebunden, sie wurden nicht über den Sinn der Umstellung informiert und ihnen wurde selbst überlassen, ob sie GNU/Linux oder Microsoft Windows verwenden.

2 | Siehe unter: https://netzpolitik.org/2011/interne-dokumente-des-auswartigen-amtes-zur-anderung-der-open-source-strategie/ (Zugriff am 14.02.2012).

3 | Siehe unter: http://blogs.fsfe.org/mk/?p=781 (Zugriff am 14.02.2012).

Aktualisierungen der Software zur Verbesserung der Benutzbarkeit wurden nicht vorgenommen und statt die technischen Probleme zu lösen, zog man es vor, 80.000 Euro für Studien auszugeben. Solche Management-Fehler verursachen bei jeder Umstellung Probleme, egal ob auf unfreie oder auf Freie Software. Darüber hinaus hat die Leitung des AA die Umstellung unzureichend unterstützt. Entweder übersah sie die strategischen Vorteile Freier Software oder diese Vorteile blieben unberücksichtigt. Das Auswärtige Amt will nun den kurzfristig einfacheren Weg gehen, der jedoch mittelfristig zu höheren Kosten und langfristig zu Abhängigkeit und Kontrollverlust führt.
Migrationen scheitern, wenn sie nur aufgrund von Kosten- und Sicherheitsaspekten durchgeführt werden. Entscheidungen für oder gegen Freie Software sind nie rein technische, sondern immer politische Entscheidungen. Hat unsere Verwaltung selbst die Kontrolle über ihre Computer, oder bestimmen Dritte, wie die Verwaltung ihre Computer benutzen kann? Es geht darum, wer in unserer Gesellschaft wie viel Macht bekommt. Solche Entscheidungen müssen transparent ablaufen, denn mit ihnen steht und fällt eine Demokratie.

Matthias Kirschner

Das Problem wird noch deutlicher, wenn wir uns die Risiken vor Augen führen, die entstehen, wenn ein Land Teile seiner kritischen Infrastruktur ausländischen Firmen anvertraut. Diese können beispielsweise von Sicherheitsbehörden unter Druck gesetzt werden, Mechanismen für Fernüberwachung bzw. -sabotage in ihre Produkte und Dienstleistungen einzubauen, wie zum Beispiel das berüchtigte NSAKEY in Windows.[4]

All dies ist nur vermeidbar, wenn die Verwaltung ausschließlich Programme verwendet, die nicht von anderen Personen oder Organisationen kontrolliert werden können. Stattdessen kann sie Software nutzen, die aus vielen Quellen bezogen und die von jedem gepflegt werden kann, den die entsprechende Behörde damit beauftragen möchte. Es müssen im Detail von Verwaltung und Öffentlichkeit überprüfbare Programme sein, um sicherzustellen, dass sie ihren Zweck tatsächlich erfüllen. Es müssen Programme sein, die verändert werden können, um sie den Bedürfnissen der Verwaltung anzupassen, ohne Rücksicht auf die Belange der Lieferanten.

Das hört sich anspruchsvoll an, ist es aber nicht. Solche Programme gibt es nicht nur – die digitale Infrastruktur der Welt beruht auf ihnen! Richard Stallman, Gründer der Bewegung, die deren Entwicklung möglich machte, hat sie vor 25 Jahren »Freie Software« genannt. Mit Freier Software können die Bedürfnisse fast jeder Organisation befriedigt werden – und zwar mit vergleichbaren oder sogar niedrigeren Kosten als für proprietäre Produkte. Und ohne die Kontrolle über sensible Daten aufgeben zu müssen!

4 | Ein kryptographischer Schlüssel, der in vielen Versionen von Microsoft Windows vorhanden ist und vermutlich den US-Geheimdiensten die Aufgabe erleichtert, in fremden Computern zu spionieren; siehe unter: http://en.wikipedia.org/wiki/NSAKEY (Zugriff am 14.02.2012).

Doch die meisten öffentlichen Verwaltungen verwenden noch immer proprietäre Software. Warum? Der eine wird behaupten, dass es einem freien Programm an dieser oder jener Funktion fehlt, die Technokraten als unabdingbar eingestuft haben; die anderen werden klagen, dass die unmittelbaren Lizenzkosten eines proprietären Programms geringer sind als die Kosten für die Einführung und Anpassung Freier Software. Diese und andere Variationen desselben Argumentationsmusters sind nichts anderes als Ausreden: Funktionen können immer eingebaut werden; niedrige Lizenzkosten sind unwesentlich, wenn die Umsteigekosten astronomisch sind; und gerade diese Kosten entfallen nach einmaligem Umstieg auf Freie Software für immer. Die Einwände sollen von der Tatsache ablenken, dass die Verantwortlichen es schlicht nicht wagen, eine andere Politik durchzusetzen. Eine Politik, die Datensicherheit und Transparenz überhaupt erst möglich macht.

Es geht nicht darum, ob ein Programm bequemer, billiger, schneller oder »besser« ist als ein anderes. Es geht um grundlegende Prinzipien der republikanischen Verfasstheit. Keine Gesellschaft kann es sich leisten, diese preiszugeben.

Federico Heinz (Argentinien) ist Programmierer und Freie-Software-Aktivist sowie Mitbegründer der Fundación Vía Libre, die sich für freies Wissen als Motor sozialer Entwicklung einsetzt. Er hat bei der Erstellung von Gesetzesvorschlägen für den Einsatz Freier Software in der Öffentlichen Verwaltung zahlreiche Abgeordnete in verschiedenen Ländern Lateinamerikas beraten.

Matthias Kirschner (Deutschland) arbeitet seit 2004 als Verwaltungswissenschaftler für die Free Software Foundation Europe. Er ist dort für mehrere Kampagnen und den Kontakt mit Politik, Verwaltung und Unternehmen zuständig. In seinem Weblog »I love it here«, http://blogs.fsfe.org/mk/, und dem monatlichen FSFE-Newsletter, http://fsfe.org/news/newsletter.html, schreibt er über aktuelle Entwicklungen rund um Freie Software.

Linz: Von der Stahlstadt zur Open-Commons-Region

Wie eine Kommune von einem Bekenntnis zur Allmende profitieren kann

Thomas Gegenhuber, Nauman Haque und Stefan Pawel

Linz hat die erste kommunale Initiative gestartet, um das Konzept der Commons auf digitale Artefakte anzuwenden. Die Stadt will ein dynamisches öffentliches Ökosystem schaffen, das die Verwaltung, die Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Wissenschaft, Kunst- und Kulturszene sowie Bildungseinrichtungen einbindet.

Linz ist die Landeshauptstadt von Oberösterreich. Die Stadt mit ihren circa 190.000 Einwohnern wurde lange Zeit vor allem als Industriestadt wahrgenommen. Dabei ist Linz bereits seit vielen Jahren offen für kulturelle und technologische Innovationen. Insbesondere die 1979 erstmals veranstaltete Ars Electronica machte Linz zu einer Stadt, die mit digitaler Kultur experimentiert. Die Ars Electronica ist zugleich Avantgarde-Festival, Zukunftsmuseum, Plattform für herausragende Leistungen der digitalen Kunst und ein Labor für Medienkunst, das künstlerisches Fachwissen für Forschungsprojekte zur Verfügung stellt.

Von der Idee möglichst breiter digitaler Teilhabe inspiriert, startete Linz im Jahr 2005 ein Hotspotsprojekt. 119 freie und kostenlose Wi-Fi-Hotspots wurden an öffentlichen Plätzen wie Parks, Büchereien oder Jugendzentren installiert. Dem öffentlichen Zugang zum Netz folgte wenig später der öffentliche Zugang zum Webspace in Form eines Public Space Servers, der allen Linzerinnen und Linzern ein GB Webspace zur völlig freien Nutzung überlässt.

In einem weiteren Schritt wurden die städtischen Kulturförderrichtlinien angepasst. Kreative, die Creative-Commons-Lizenzen verwenden, bekommen einen zehnprozentigen Bonus auf die zugesprochenen Förderungen. Um diese und andere Initiativen in einem lokalpolitischen Strategiekonzept zu verankern, entwickelte die Stadt, unterstützt von Mitarbeitern der örtlichen Johannes-Kepler-Universität und der Zivilgesellschaft, ein Rahmenkonzept für die erste Open-Commons-Region in Europa.

»Die Basis einer Open-Commons-Region sind die digitalen und frei zugänglichen öffentlichen Güter einer Gesellschaft. Damit sind freie und offene Software, offene (Geo-)Daten, freie Lern- und Lehrmaterialien und frei zugängliche kreative Werke im Bereich Film, Musik und Foto gemeint«, erklärte der Linzer Gemeinde-

rat und Mitinitiator Christian Forsterleitner. Gerald Kempinger, IT-Leiter der Stadt, ergänzte: »Wir begrüßen jede Initiative, ob von Bürgerinnen und Bürgern, von Communitys oder Unternehmen« (Glechner 2010).

Die Basis der Initiative wurde in der 2010 präsentierten Studie »Open-Commons-Region Linz« gelegt, die von der städtischen IT-Abteilung in Zusammenarbeit mit dem Informatikprofessor Gustav Pomberger erstellt wurde (Kempinger/Pomberger 2010). In der Vergangenheit hatte man öffentliche Mittel für die Wirtschaftsentwicklung hauptsächlich für kapitalintensive Infrastrukturen wie Straßen oder Gebäude eingesetzt. In einer Wissensgesellschaft muss jedoch mindestens ebenso intensiv in sogenanntes »intellektuelles Kapital«, freie und offene Daten und Ideen investiert werden. Daher möchte die Stadt Rahmenbedingungen bieten, die das Teilen von Informationen und Wissen einfacher machen, die das Bewusstsein für die digitalen Commons schärfen und Initiativen unterstützen, die auf dem Gedanken der Open Commons aufbauen.

Die Studie empfiehlt drei konkrete Maßnahmen:

- Erstens ist die Bedeutung von Open Commons in die Köpfe der Menschen zu tragen, indem möglichst rasch Pilotprojekte entstehen, eine Marke für die Open-Commons-Region entwickelt und gut informiert wird.
- Zweitens sollen Open-Commons-Aktivitäten organisiert, koordiniert und gefördert werden. Dafür bedarf es einer Einrichtung zur Begleitung und Koordination des Zugangs zu den Datenbeständen der Stadtverwaltung (Kempinger/Pomberger 2010). »Die Stadt Linz muss ihre eigenen Archive und Datenbanken öffnen. Wenn die Stadt daran scheitert, ein positives Vorbild zu sein, wird die Open-Commons-Region scheitern«, meint Leonhard Dobusch, Forscher am Institut für Management der Freien Universität Berlin.
- Drittens soll die nationale und internationale Vernetzung sowie Zusammenarbeit mit anderen Regionen forciert werden, um die Idee der Open Commons zu verbreiten und um von anderen Städten in Europa zu lernen.

Bereits Ende 2010 wurde das von der Studie empfohlene Koordinationsbüro für die städtischen Open-Commons-Aktivitäten eingerichtet. Von diesem wurde als erstes Projekt für 2011 der Aufbau einer Open-Government-Data-Plattform vorangetrieben, das mehr Transparenz bringen soll und es Dritten ermöglicht, die öffentlichen Datenbestände einfacher und produktiver zu nutzen. Die Website startete im Oktober 2011 und stellt statistische Daten der Stadt, Wahlergebnisse, Orthofotos (geocodierte Luftbilder), Stadtpläne, Echtzeit-Fahrplandaten des öffentlichen Verkehrs und Gemeinderatsprotokolle zur Verfügung (Stadt Linz 2011).

Die zweite, ebenfalls im Jahr 2011 gestartete Initiative ist ein geobasiertes Anliegen- und Beschwerdemanagement, das »Schau.auf.Linz« heißt und auf der Idee der bekannten Plattformen SeeClickFix oder FixMyStreet basiert. Es ermöglicht den Menschen, ihre Probleme online oder per Mobilfunk zu melden und den Bearbeitungsstand ihrer Anliegen nachzuverfolgen. Die Vorgänge werden von der Verwaltung transparent und offen dargestellt.

Die ersten Schritte zur Open-Commons-Region sind getan. Dass die Richtung stimmt, zeigen die ermutigenden Reaktionen der Linzer Zivilgesellschaft, der Wis-

senschaft und der Unternehmen. Natürlich haben manche Einrichtungen und Personen Anlaufschwierigkeiten, die Philosophie von Open Commons zu verstehen und sich damit zu identifizieren. Aber die Stadt Linz und alle anderen Akteure dieses neuen kommunal-zivilgesellschaftlichen Ökosystems wollen die Hürden gemeinsam meistern, um die Vision einer Open-Commons-Region Wirklichkeit werden zu lassen.

Literatur

Dobusch, Leonhard/Forsterleitner, Christian/Hiesmair, Manuela (2011): Freiheit vor Ort. Handbuch kommunale Netzpolitik, München. Volltext online unter: http://www.freienetze.at (Zugriff am 14.02.2012).

Glechner, Claudia (2010): »Linz Sees Open Commons Future«, in: Futurezone, 24.08.2010.

Interview mit Leonard Dobusch (2010).

Kempinger, Gerald/Pomberger, Gustav (2010): Open Commons Region Linz, online unter: http://www.linz.at/images/ko-Studie_Open_Commons_Region_Linz.pdf (Zugriff am 14.02.2012).

Stadt Linz (2011): Open Data Linz: http://www.data.linz.gv.at (Zugriff am 14.02. 2012).

Thomas Gegenhuber (Österreich) hat viele Jahre für gemeinnützige Organisationen gearbeitet, unter anderem im Think-tank nGenera insight (Toronto, Kanada), der von Don Tapscott geleitet wird. Dort forschte er zu Open Government. Derzeit trägt er zu Open-Government-Projekten in Linz bei. Blog: http://www.thomas-gegenhuber.at.

Nauman Haque (Kanada) ist assoziierter Forschungsdirektor für den Unternehmensrat für Kleinunternehmen bei Corporate Executive Board. Nauman hat zehn Jahre Erfahrung in der Forschungs- und Beratungsbranche. Er hat zu verschiedenen Themen geforscht, unter anderem in den Bereichen Unternehmenskooperation, soziale Medien, digitale Identität und Kundenverhalten.

Stefan Pawel (Österreich) ist Projektmanager der Open-Commons-Region Linz. Er hat Erfahrung im Projektmanagement in den Bereichen Internetportale, Marketing und Vertrieb. Er ist Coautor von *Freie Netze. Freies Wissen* sowie *Freiheit vor Ort* und veröffentlicht zum Thema Web Science: http://www.blog.opencommons.at, http://www.data.linz.gv.at.

Innovationen emanzipieren

Global Innovation Commons

David E. Martin

Patente sind im Grunde nichts anderes als ein Gesellschaftsvertrag für Innovationen: Die Öffentlichkeit gewährt den Unternehmern über den Staat Monopole für einen begrenzten Zeitraum, um Innovation zu fördern, und sie gewinnt über den Markt – so die Annahme – neues Wissen sowie Zugang zu neuen Technologien. Dieser Gesellschaftsvertrag zur »Förderung der Wissenschaft und der Künste« ist, gemessen am beschriebenen Ziel, jedoch wenig erfolgreich. Vielmehr wird dieses Ziel vor allem durch die öffentliche Förderung wissenschaftlicher Forschung und durch Verträge mit Industrieunternehmen erreicht.

In der Realität werden Patente eher als Waffen für Rechtsstreitigkeiten eingesetzt oder zum Ausweis individueller Leistung. Sie sind bestenfalls ein Mittel, um Knappheit auf dem Markt herzustellen und davon zu profitieren.

Seit Jahrzehnten haben politische Entscheidungsträger auf beiden Seiten des Atlantiks ein völlig unbegründetes Axiom aufgestellt; demnach sind Instrumente des Eigentumsrechts erforderlich, um Innovation und Entwicklung zu stimulieren. Sie haben die Idee verbreitet, Gesellschaften könnten nur dann technologisch innovativ sein, wenn sie die Kreativität der Menschen einschränken und deren geistige Schöpfungen in eigentumsrechtlich definierten Formen horten: insbesondere in Form von Patenten. Dieser Glaube ist von der World Trade Organization (WTO), der World Intellectual Property Organization (WIPO)[1], durch Politiken und Gesetze zur Wettbewerbsfähigkeit sowie durch einen falschen Entwicklungsbegriff aggressiv in Umlauf gebracht worden.

Seit dreißig Jahren versuchen Ökonomen erfolglos, eine direkte Korrelation zwischen der Anwendung von Eigentumsrechten und ökonomischem Nutzen – vom sozialen Nutzen ganz zu schweigen – herzustellen. Dieses Bemühen wird von zwei Problemen torpediert. Das erste Problem ist: Moderne Patentbehörden lehnen kategorisch jegliche Verantwortung für die gesamtwirtschaftlichen Folgen der von ihnen gewährten Patente ab – und dabei arbeiten sie mit einem Geschäftsmodell (Gebühren und persönliche Entlohnung), das Patentprüfer dafür belohnt,

1 | Mehr zur Politik von WTO und WIPO findet sich im Beitrag von Beatriz Busaniche in diesem Buch (Anm. der Hg.).

dass sie mehr Patente ausstellen.[2] Als die WIPO und andere untersuchten, was geschehen würde, wenn Patentbehörden Qualität und Marktkonsequenzen mit berücksichtigten, stellten sie fest, dass dann weniger Patente ausgestellt würden. Allerdings sänken damit auch die Einnahmen aus den Patentgebühren der prüfenden Behörde, weswegen solche Ideen zur Reform des Patentwesens in der Regel schnell zu den Akten gelegt werden.

Ein zweites Problem ist schlicht die stark ansteigende Anzahl der Patente. Seit 1980, als die USA und Japan den modernen »Kalten Krieg« um Innovationen in Gang setzten, bemühen sich Unternehmen um neue Patente, mit denen sie sich für die Auseinandersetzung um die Kontrolle der Märkte rüsten. Sogar ein dubioses Patent kann in Rechtsstreitigkeiten und anderen Konflikten als Druckmittel eingesetzt werden. Die stark ansteigende Zahl an Patenten, von denen viele illegal sind, hat den globalen Patentbestand derart »verstopft«, dass die Wahrscheinlichkeit, tatsächliche Innovationen und Erfindungen durch Zufall zu entdecken, höher ist als durch die aktive Suche danach in den öffentlichen Patentsammlungen.[3] Da das System weder funktioniert noch funktionieren kann, ist der Verweis auf Patente für die Bewältigung unserer dringenden Herausforderungen in Sachen Innovationen verfehlt.

Zumindest seit dem Jahr 1980 setzen Unternehmen Patente und andere Instrumente zum Schutz des Geistigen Eigentums ein, um den Zugang zu Innovationen und deren marktorientierte Verwendung zu blockieren. Es ist kein Zufall, dass manche der größten »patent estates«[4] (Patentbestände) von denjenigen Unternehmen angelegt wurden, die den größten Marktanteil zu verlieren hatten. Ölkonzerne beantragten und besitzen Tausende Patente für die Nutzung von Sonnen- und Windkraft bis hin zu Wasserstoff- und Hybridantrieben. Farbenhersteller besitzen zwar Tausende Patente für alternative Oberflächenbeschichtungstechniken, setzen aber weiterhin toxische Metalle in der industriellen Produktion ein. Pharmaunternehmen und ihre Partner in der Agrochemie besitzen Tausende Patente zur Behandlung von Krankheiten und zur Altlastensanierung und stellen so sicher, dass außer ihnen niemand diese Möglichkeiten nutzen kann.

Defensive Patente – die in den Industrieländern geschätzte 80 Prozent aller Anträge ausmachen – sind keine Artefakte der Innovation, sondern Faustpfand, um Risiken in Rechtsstreitigkeiten zu minimieren. Sie verhindern nicht nur, dass Dritte Forschung, Entwicklung und Vermarktung betreiben, sondern sie blockieren auch die Markteinführung dringend benötigter Technologien.

---

2 | Das gilt auch für das Europäische Patentamt, siehe unter: http://eupat.ffii.org/akteure/epa/index.de.html (Anm. der Hg., Zugriff am 14.02.2012).

3 | Die Patentanmeldung wird grundsätzlich in einer sogenannten »Offenlegungsschrift« ebenso öffentlich dokumentiert wie das erteilte Patent durch die Patentschrift (Anm. der Hg.).

4 | Ein »patent estate« ist ein großer Bestand an Patenten, dessen Zweck es ist, Produkte oder Prozesse gewissermaßen »einzukreisen«. Häufig patentieren große Unternehmen kommerzielle Alternativen zu ihrer eigenen Technologie, um Wettbewerber von einem bestimmten Marktsegment fernzuhalten. Beispielsweise haben viele Mineralölunternehmen Technologien für alternative Energien patentiert, um zu verhindern, dass diese Alternativen ihre Einnahmen aus dem Ölgeschäft schmälern. So wie Pharmaunternehmen Heilverfahren patentieren, um die Abhängigkeit von ihren Medikamenten aufrechtzuerhalten.

Die folgende Abbildung verdeutlicht die erschreckenden Auswirkungen von Patenterteilungen im Laufe der vergangenen 25 Jahre. Lange bevor es für Technologien wie Biochips, Brennstoffzellen oder Wasserstofffahrzeuge Nachfrage oder entsprechende Geschäftsmodelle gab, wurden Patente vergeben, die Technologien antizipierten und abdeckten, lange bevor der Markt sie überhaupt hätte aufnehmen können. Die Abbildung zeigt die Periode, in denen die meisten Patente beantragt wurden, nämlich als Unternehmen vielfältige Nutzungen der entsprechenden Technologien erwarteten (1987-1990). Ihr folgte eine Periode der raschen Aufgabe von »patent estates« (1989-2006), weil die Patente nicht durch regelmäßige Gebührenzahlungen aufrechterhalten bzw. Unternehmen aufgelöst wurden. In beiden Fällen wurden mehr Rechte freigegeben – und fielen damit den Commons zu –, als von der Industrie letztlich behalten.

Der hellgraue Bereich (1997-2001) zeigt den Zeitraum, in dem große multinationale Konzerne die meisten unternehmerischen Neugründungen in jedem Industriesektor aufkauften. Der schwarze Bereich (2007-2009) gibt den Verlauf der grundlegenden Patente in diesen Marktbereichen an. Dabei handelt es sich um breit angelegte Patente, die den Kern der Erfindung offenlegen und die Basis für eine ganze »Familie« an Innovationen legen. Schließlich zeigt der schraffierte Bereich (verschiedene Jahre, 2009 bis 2018) an, in welchem Zeitraum diese Technologien nach Meinung von Industrieexperten und Marktanalysten Marktreife erlangt haben werden. Es ist beachtenswert, wie enorm die Anzahl der Patente ist, die jetzt auslaufen oder verfallen und damit für jedermann zugänglich sind.

Bei der Betrachtung und Analyse dieser Abbildung könnte man schier verzweifeln.

Was wäre, wenn all die ausgelaufenen, verfallenen und ungültigen Patente in einer einzigen Datenbank konsolidiert würden? Unternehmer und nationale Regierungen könnten, Land für Land, Datenbankabfragen durchführen, um hilfreiche Technologien zu identifizieren, die jedermann zugänglich sind und von allen genutzt werden können. Wichtige Technologien für Energie, Wasser und Landwirtschaft könnten preisgünstiger entwickelt werden als durch patentierte Technologien.

Das ist die grundlegende Idee von Global Innovation Commons (M-CAM). Ziel des Projektes ist es, die Vorteile des Modells der quelloffenen Softwareentwicklung[5] – freie Teilhabe, schnellere Innovation, größere Zuverlässigkeit, günstigere Kosten – auf Technologien zu übertragen, deren Patentschutz nicht mehr gültig ist. Es bietet so einen ersten Schritt in eine Welt voller Chancen, eine Welt frei von Blockaden – egal ob es um sauberes Wasser für China oder den Sudan geht oder um CO2-freie Energie.

In Global Innovation Commons wurden Patente, Forschungsveröffentlichungen, vom Staat oder der Industrie finanzierte Forschungsberichte sowie Unterlagen über die Beschaffung von Technologien zusammengetragen und hinsichtlich ihres rechtlichen Status in jedem Land der Erde überprüft. Diese Materialien sind so zusammengestellt, dass der jeweilige Geltungsbereich leicht erkannt werden kann.

5 | Siehe dazu den Beitrag von Benjamin Mako Hill in diesem Buch (Anm. der Hg.).

1987
1988
1989
1990
1991
1992
1993
1994
1995
1996
1997
1998
1999
2000
2001
2002
2003
2004
2005
2006
2007
2008
2009
2010
2011
2012
2013
2014
2015
2016
2017
2018
Biochips
Biotechnologie
Brennstoffzellen
Genomforschung
Hybride Elektrofahrzeuge
Wasserstoffbetr. Fahrzeuge
Nanotechnologie
Windkraft
Wassertechnologie
Spitze der Anzahl beantragender Einheiten
größtes Verfallenlassen von Patenten
Konsolidierung der Branche zu multinationalen Konzernen
Auslaufen grundlegender Patente
Prognose für kommerzielle Anwendung im Markt

So kann ein Unternehmen oder eine Regierung feststellen, was nur für den inländischen Markt und für den begrenzten Export oder den allgemeinen Export entwickelt werden darf. Global Innovation Commons setzt, wo immer möglich, verfallene Patente ein und identifiziert Märkte, für die kein Patentschutz besteht und wo man Innovationen uneingeschränkt nutzen kann, ohne rechtliche Folgen befürchten zu müssen.

Wenn man »Artefakte zur Einhegung von Innovationen«, also Patente und die entsprechenden Antragsinformationen, auf den juristischen Geltungsbereich hin untersucht, kann man sofort diejenigen Länder identifizieren, in denen die entsprechende Technologie angewandt werden darf. In der Datenbank wird jedes dieser Artefakte gemeinsam mit dem jeweiligen Geltungsbereich angezeigt. So kann der Nutzer erfahren, auf wen die Innovation zurückgeht, wer das Patent besitzt und vieles mehr. Nicht nur die Geltungsbereiche für die gewerbliche Entwicklung und Nutzung sind sofort identifizierbar, sondern auch jene, in denen die aktive Durchsetzung des Patents Produkte oder Dienstleistungen blockieren könnte, die aus quelloffenen Informationen entstünden.

Dem Spiegel zufolge ist die Datenbank von Global Information Commons ein enormer Fortschritt, denn sie trägt viele verschiedene patentfreie Technologien aus vielen Teilen der Welt zusammen. »Die spezielle Software [der Global Information Commons – D.M.] und ein enormer Server sind dazu programmiert, Hunderttausende Dateien mit Patentinformationen aus einer scheinbar unzusammenhängenden Liste von Orten – Papua-Neuguinea, Berlin, der brasilianische Regenwald, New York – zu durchforsten und zu vergleichen. Manche dieser Patente sind gültig, andere sind ausgelaufen« (Spiegel Online International, 11.05.2009)[6].

Eine Suche in der Datenbank zeigt zum Beispiel, dass ein Drittel der heute als »energiesparende Technologie« registrierten Patente Erfindungen lediglich reproduziert, die zum ersten Mal nach der Ölkrise der 1970er-Jahre entwickelt wurden und daher bereits frei nutzbar sein müssten.[7] Das heißt: Sehr viele Patente sind überhaupt nicht neu. Sie reproduzieren einfach jahrzehntealte Innovationen. Aber Patentanträge verhüllen diese Tatsache häufig durch die Verwendung einer blumigen und komplizierten Ausdrucksweise. Überarbeitete Patentprüfer, die mit begrenzten Ressourcen zu kämpfen haben und sich bemühen, rechtliche Auseinandersetzungen zu vermeiden, gewähren oft neue Patente, die nicht wirklich berechtigt sind. Global Innovation Commons hilft, den patentfreien Status wichtiger Technologien offenzulegen.

Und es gibt noch einen weiteren Grund, warum heute so viele alte Patente zumindest in einigen Ländern verfügbar sind. Als sich viele Unternehmen in den

6 | Siehe unter: http://www.spiegel.de/international/europe/0,1518,628606,00.html (Zugriff am 23.01.2012).

7 | Denn die maximale Laufzeit eines Patents beträgt laut § 16 PatG, Art. 63 (1) des Europäischen Patentübereinkommens (EPÜ) 20 Jahre ab dem Tag nach der Anmeldung. Gemäß § 16a PatG, Art. 63 (2) b) EPÜ kann die Schutzdauer allerdings für Erfindungen, die erst nach aufwändigen Zulassungsverfahren (zum Beispiel klinische Studien bei Arzneimitteln) wirtschaftlich verwertet werden können, um maximal fünf Jahre verlängert werden. Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Patent (Zugriff am 06.12.2011) (Anm. der Hg.).

1970er- und 1980er-Jahren am »Kalten Krieg des Innovationsmissbrauchs« beteiligten, haben sie es meist versäumt, Patentanträge in den »am stärksten marginalisierten Staaten«, den »Most Marginalized States« (MMS), zu stellen. (Wir verwenden diesen Begriff anstelle des üblichen Begriffs der »am wenigstens entwickelten Länder«, den »Least Developed Countries« bzw. LDC.) Sie haben dort keine Patente beantragt, weil ihnen die dortigen Märkte unwesentlich erschienen.

Dieses Versäumnis bietet nun ein noch nie dagewesenes Veränderungspotential. Mit Global Innovation Commons kann die Menschheit das beanspruchen, was ihr gemäß dem internationalen Recht zusteht: nämlich jeden innovativen Gedanken und jede durchdachte Idee in den Zehntausenden Patenten, die jetzt zum Commons geworden sind. Weil Patentinhaber aus Industrieländern den Patentschutz in den am stärksten marginalisierten Staaten nicht beantragt haben oder weil Patente ausgelaufen beziehungsweise verfallen sind, besteht mithin in vielen Bereichen ein erstaunliches Anwendungspotential für Open-Source-Technologieentwicklung. Einige Beispiele:

- Solare Energiesysteme: 9074 Patente stehen zur Verfügung, die 9,3 Milliarden US-Dollar an Forschungs- und Entwicklungskosten sowie 133 Milliarden US-Dollar an »terminal deployment value«[8] bedeuten.
- Schwerkraftgetriebene bzw. durch Magnetismus verstärkte Anlagen zur Stromgewinnung: 16.434 Patente stehen zur Verfügung, die 16,8 Milliarden US-Dollar an Forschungs- und Entwicklungskosten sowie 241 Milliarden US-Dollar an »terminal deployment value« bedeuten.
- Gezeitenkraftwerke: 6717 Patente stehen zur Verfügung, die 6,9 Milliarden US-Dollar an Forschungs- und Entwicklungskosten sowie 98,3 Milliarden US-Dollar an »terminal deployment value« bedeuten.
- Anlagen für die Erzeugung von Strom oder mechanischer Energie aus der Bewegung von Wasser: 12.869 Patente stehen zur Verfügung, die etwa 13,2 Milliarden US-Dollar an Forschungs- und Entwicklungskosten sowie 188 Milliarden US-Dollar an »terminal deployment value« bedeuten.

Technologisches Wissen, das jetzt zu den Commons gehört, eröffnet ähnliche Chancen für die Entwicklung geothermischer Anlagen (11.449 Patente), hybrider Elektrofahrzeuge (21.412 Patente), von Brennstoffzellen (23.861 Patente) und Windturbinen (9028 Patente). Die Weltbank schätzt, dass die Technologien in der Datenbank von Global Innovation Commons mehr als zwei Billionen US-Dollar an Lizenzgebühren einsparen könnten.

Als Volkswagen 1979 ein Patent für ein hybrides Elektrofahrzeug mit einem rotierenden Schwungrad anmeldete und erhielt, dessen Masse eine Reihe von Kupplungen unterschiedlich ineinandergreifen lässt, waren die Patentansprüche

8 | Der »terminal deployment value« ist, unabhängig von den Forschungs- und Entwicklungsausgaben der Patentinhaber, definiert als der Gesamtbetrag, den diese und Dritte für ihre Aktivitäten zum Schutz durch Lizenzierung oder für den Erwerb von Patenten und anderen Vereinbarungen sowie Anbahnung von Geschäften mit kommerziellen Käufern der patentierten Technologien ausgegeben haben.

so umfassend, dass sie quasi jedes hybride Elektrofahrzeug beschreiben, das seither gebaut wurde. Allerdings lief dieses Patent 2002 aus. Jetzt ist es lizenzfrei, und alle können überall jedes Element dieser Erfindung ohne Furcht vor der Durchsetzung von Patentrechten anwenden. Ja, richtig gelesen! Menschen in einem marginalisierten Land könnten 100 Prozent dieser Information nutzen, um ein Auto zu entwerfen und zu bauen, das mit dem Toyota Prius konkurrieren könnte. Heute.

Jeder Commoner kann diese enorme Datenbank als Instrument nutzen, um öffentlich finanzierte und erschwingliche Open-Source-Technologien zu entwickeln, die in den Bereichen Gesundheit, Energie, Verkehr, Nahrungsmittel und Wasserversorgung dringend gebraucht werden. Das »Recycling« bzw. die Wiederverwertung unrechtmäßig gewährter Patentbestände kann so öffentliche und private Gelder endlich für effizientere Anwendungsbereiche freisetzen.

Damit können Patente zu einem ihrer ursprünglich gedachten, aber längst vergessenen Zwecke zurückkehren: nämlich andere anzuregen, mit frischen Ideen Neues auf sie aufzubauen. Praktisch betrachtet können Behörden und Institutionen, die öffentliche Gelder ausgeben, für das öffentliche Beschaffungswesen und für öffentliche Investitionen in Entwicklung standardgemäß vorschreiben, dass öffentliche Gelder vorrangig an solche Innovatoren fließen, die Open-Source-Technologien einsetzen oder integrieren.

Global Innovation Commons hat sich vorgenommen, eine Welle technologischer Innovation anzustoßen, in der neue Ideen geteilt und nicht exklusiv und privat kontrolliert werden.

Angesichts der Größe der Herausforderung, mit der die Menschheit konfrontiert ist, möchten wir die in unserer Datenbank zusammengetragenen innovativen Impulse nutzen, um besonders Unternehmen in den am meisten marginalisierten Staaten zu motivieren, sich in Umwelttechnologien zu engagieren. Wir können uns eine Welt vorstellen, in der die Ökosysteme respektiert werden, die Zusammenarbeit zwischen den Menschen einfacher wird und jede engagierte Person in Wohlstand leben kann. Ironischerweise ergibt sich diese Chance aus dem enormen Schatz an jahrzehntealten, patentfreien Innovationen, der – unwillentlich – aus der ungleichen Verteilung von Ressourcenzugang, Reichtum und Macht entstanden ist.

David E. Martin (USA) ist Unternehmensgründer und Politikberater. Er hat Pionierarbeit auf dem Gebiet der Analyse unstrukturierter Daten und der linguistischen Genomik geleistet und neue Methoden für die Verbindung von globalen Finanzen und Ethik entwickelt. Er ist Gründer und Geschäftsführer von M-CAM. Sein Blog ist http://invertedalchemy.blogspot.com.

Move Commons: Labels für soziale Initiativen

Ein Vernetzungsinstrument[1]

Javier de la Cueva, Bastien Guerry, Samer Hassan und Vicente J. Ruiz Jurado

Überall gibt es Initiativen, die Commons schaffen und fördern, sei es Freie Kultur, die Produktion von offenen Bildungsressourcen, den »Open Educational Resources« (OER), lokale Saatgutbanken oder Projekte zur Wiederaneignung der Stadt. Allerdings erreichen nur wenige einen großen Bekanntheitsgrad und eine kritische Masse. Die meisten verbleiben in ihrer sozialen oder politischen Nische und werden vom Mainstream mehr oder weniger ignoriert. Dabei gibt es viele Menschen, die sich gern dafür engagieren würden, die Welt zu verändern. Sie wissen bloß nicht, welche Initiativen sie unterstützen könnten und wie sie zu finden sind. Von außen betrachtet erscheint es schwierig, einen Überblick über die Vielfalt der Organisationen zu bekommen. Und am Ende ist es meist so, dass die Menschen jene großen Nichtregierungsorganisationen unterstützen, die genügend Ressourcen haben, um Werbung und Marketing zu finanzieren. Kleine, lokale Initiativen können dann häufig ihr Potential nicht entwickeln, auch wenn es enorm ist.

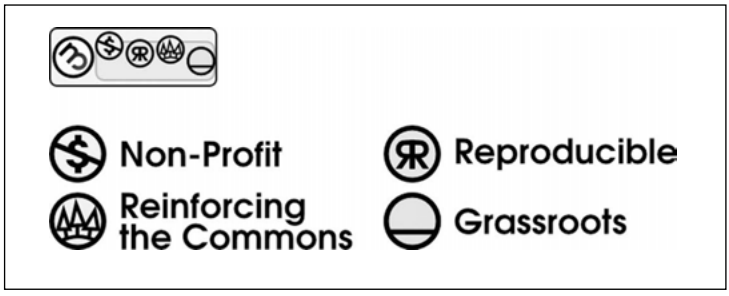
Move Commons ist ein neues Webtool, das versucht, diese Situation zu verändern. Move Commons will die Sichtbarkeit kleiner sozialer Initiativen erhöhen und gleichzeitig ein Netzwerk ähnlicher Initiativen rund um den Globus aufbauen. Als Entwickler dieses Tools sind wir davon überzeugt, dass es den Engagierten hilft, voneinander zu erfahren; es kann die Entwicklung neuer Projekte erleichtern und verschiedene Bewegungen dabei unterstützen, eine »kritische Masse« zu erreichen.

Wie funktioniert Move Commons?

Move Commons hilft Initiativen, Kollektiven, Nichtregierungsorganisationen, gemeinnützigen Organisationen und sozialen Bewegungen, ihre Kernprinzipien auf einfache Weise zu veröffentlichen. Der dazu eingesetzte Mechanismus ähnelt dem

1 | Der mit den Commons verbundene Tatendrang zeigt sich exemplarisch in diesem von jungen Hackern entwickelten Projekt, das sich noch in einem frühen Entwicklungsstadium befindet. Es geht um Ideen, die Commoning durch Nutzung digitaler Werkzeuge einfacher machen (Anm. der Hg.).

von Creative Commons.[2] Creative Commons ermöglicht es zum Beispiel Autoren, ihre Werke mit Icons zu kennzeichnen, die für bestimmte Nutzungsrechte stehen. Move Commons liefert nun einen Satz von »Labels« für soziale Initiativen und setzt auf ein nutzerfreundliches, von unten nach oben aufgebautes System. Die Labels bestehen aus vier Icons mit komplementären Schlagwörtern (zum Beispiel der Arbeitsbereich der Organisation, Forschungsthemen, geographische Lage etc.). Wie bei den CC-Lizenzen verwenden Move-Commons-Icons RDFa-Tags – also Metadatenprotokolle, die die Auffindbarkeit der Projekte und Organisationen im Internet erleichtert. Projekte können auf der Move-Commons-Seite »Plaketten« auswählen, die die Art ihrer Aktivitäten genau beschreiben, und das dadurch generierte Logo (eine Kombination aus vier Icons, siehe Abb. unten) auf der eigenen Webseite platzieren. Internetsurfer erkennen so auf einen Blick prinzipielle Eigenschaften der Initiative, denn die Icons beantworten mehrere Fragen: Handelt es sich um eine nicht gewinnorientierte Initiative? Ist sie transparent? Kann ich die von der Initiative produzierten Inhalte frei verwenden? Wie ist sie intern organisiert? Stärkt sie die Commons?



Wenn eine Plakette für die eigene Webseite generiert wird, bekommt man von Move Commons nicht nur die leicht verständlichen Icons. Man erhält außerdem einen maschinenlesbaren »semantischen Code«, der die eigenen Informationen enthält. Auch dieser Code wird auf der eigenen Webseite platziert.[3] Er ermöglicht es Suchmaschinen, Webseiten mit Move-Commons-Plaketten zu identifizieren und zu »verstehen« und so Recherchen wie »Ich suche eine Graswurzelorganisation in Kairo, die nicht gewinnorientiert ist und Creative-Commons-Inhalte in den Bereichen ›Umweltbildung‹ und ›Kinder‹« möglich zu machen. (Die Themen, Schlagwörter und Orte können beliebig ausgetauscht werden.) Wenn diese Suchanfrage Ihre Initiative beschreibt, ermöglicht der semantische Code das Auffinden Ihrer Webseite, und sie würde in den Suchergebnissen erscheinen. So können Projekte weltweit ähnliche Initiativen finden und mit ihnen zusammenarbeiten. Potentielle Freiwillige können leichter eine Initiative identifizieren,

2 | Mike Linksvayer erklärt in seinem Beitrag zu diesem Band die Creative-Commons-Lizenzen (Anm. der Hg.).

3 | »Semantischer Code« besteht aus Metadaten, die in Webseiten eingebettet sind. Ihr Zweck ist, maschinenlesbares Suchen und die Organisation von Informationen zu erleichtern. Dadurch können Internetnutzer auf schnellere und intelligentere Weise Informationen abrufen.

die sie interessiert, auch wenn sie klein ist und sich nicht »selbst vermarkten« kann.

Die Move-Commons-Labels

Die vier Labels, die wir für jede Initiative vorschlagen, sind wie folgt: »nicht gewinnorientiert«, »reproduzierbar«, »Basisorganisation« und »stärkt Commons«.

1. »Nicht gewinnorientiert« bedeutet, dass die Initiative gemeinnützigen Charakter hat.
2. »Reproduzierbar« heißt, dass die Initiative es anderen leicht macht, sie zu »klonen«. Die Initiative dokumentiert Prozesse und teilt ihre Inhalte mit anderen, die sie weiterverwenden dürfen. So können andere ihren Fußstapfen folgen und Probleme vermeiden, die woanders bereits gelöst sind.
3. »Basisorganisation« bedeutet, dass die Strukturen der Initiative so horizontal wie möglich, also hierarchische Strukturen minimal sind oder nicht existieren und sich die Mitglieder oder Nutzer an der Entscheidungsfindung beteiligen, statt Anweisungen von »oben«, etwa eines Vorstandes, zu folgen.
4. »Stärkt Commons« bedeutet, dass die Initiative zum Ziel hat, Commons zu stärken. Vielleicht arbeitet sie an einem Umweltprojekt. Oder sie schreibt Freie Software. Oder sie verbreitet frei lizensierte Lerninhalte. In allen Fällen stärkt sie Commons, und die Menschen sollten davon wissen. (Für die Zukunft schwebt uns vor, dass flexible Dienste die Crowd-Validierung dieses von den Initiativen selbst gewählten Labels anbieten könnten.)

Vertrauen und Validierung

Move Commons ist ein System, bei dem die Nutzer, also die Initiativen, selbst entscheiden, welche Icons bzw. Kategorien sie anwenden, weil sie ihnen entsprechen. Dies ist tatsächlich anders als Systeme, bei denen zentrale Institutionen formale Zertifizierungen ausstellen. Solche Systeme bauen darauf, dass die Nutzer dem Aussteller der jeweiligen Zertifizierung vertrauen (zum Beispiel die Garantie des gemeinnützigen Status einer Stiftung). Das ist ein Weg. Allerdings gibt es viele Probleme mit der tatsächlichen Vertrauenswürdigkeit und Legitimität dieser Institutionen.

Innerhalb eines Move-Commons-Ökosystems sind es die Initiativen selbst, die sich die Kategorien zuordnen. Es gibt keine »zentralisierte zertifizierende Institution«. Es könnte deshalb natürlich auch Initiativen geben, die sich – irrtümlich oder absichtlich – falsche Kategorien zuordnen, zum Beispiel als Basisinitiativen ausgeben, auch wenn dies nicht der Fall ist. Um dem vorzubeugen, wäre es notwendig, wenn es für jede Kategorie klare Kriterien gäbe sowie ein Verfahren der Crowd-Validierung durch die jeweilige Community.[4] So könnte man »selbstzertifizierte« Icons auch korrigieren. Solche Verfahren bedürfen aber einer offenen

4 | Ein Lösungsvorschlag findet sich im fünften Kapitel des Buchs *The Evolution of Reputation* von Howard Rheingold.

Infrastruktur und würden sie fortführen, denn die Basisversion von Move Commons enthält kein Validierungsverfahren. Das hält Move Commons flexibel und es erlaubt die Integration von Lösungen durch Dritte.

Die kritische Masse erreichen

Ziel des Move-Commons-Labels ist es, Gemeinschaften, Gruppen und Initiativen dazu zu bewegen, über ihre Arbeit nachzudenken und diese Arbeit eventuell sogar in Richtung der Ideale, die hinter den vier Labels stehen, zu verschieben. Die Frage »Wie könnten wir reproduzierbar werden?« kann dazu motivieren, weiter zu fragen: »Was sollten bzw. können wir tun, um es zu sein und somit einen Beitrag zu den Commons zu leisten?« »Sind wir horizontal genug, um als Basisorganisation zu gelten? Warum nicht?«

Die Labels helfen Menschen, kleine lokale Initiativen zu entdecken, und ermutigen sie, an Projekten mitzuarbeiten, die ihren Interessen und Leidenschaften entsprechen. Der wichtigste Aspekt aber ist: Freiwillige und Spender können feststellen, dass »sie nicht allein dastehen«.

Move-Commons-Labels können Initiativen dabei unterstützen, eine kritische Größe zu erreichen, Doppelarbeit zu vermeiden, Fehler und Erfolge zu teilen und größeren Netzwerken beizutreten.

Die treibende Kraft hinter Move Commons sind ein paar Freiwillige, die lizenzfreie Tools entwickeln, um die Commons zu fördern. Ihre Arbeit wird vom Comunes-Kollektiv (http://comunes.org), einer gemeinnützigen spanischen Organisation, unterstützt. Bis Ende 2011 war Move Commons in der Alpha-Entwicklungsphase. Geplant ist, das Formular für die Zusammenstellung der Plaketten zu verbessern und eine mit Move Commons kompatible Suchmaschine zu entwickeln. Sobald dies geschehen ist, können Dritte ihre Dienste auf das Netzwerk der mit Move-Commons-Labeln versehenen Initiativen setzen, zum Beispiel Empfehlungssysteme für Initiativen, Landkarten, Netzwerkvisualisierung und Web-Widgets.

Move Commons ist völlig dezentral. Jede und jeder kann die Plaketten generieren, und jede Suchmaschine kann den semantischen Code verfolgen. Wir werden kein zentraler Knoten werden! Für offene, digitale Commons-Plattformen ist dies essentiell.

Javier de la Cueva (Spanien) ist praktizierender Anwalt, Systemadministrator und Dozent für Geistiges Eigentum. Er war Verteidiger in den Fällen Ladinamo (erste gerichtliche Entscheidung, die das Copyleft anerkannte) und Sharemula (in dem bestätigt wurde, dass Webseiten, die Links zu P2P-Netzwerken bereitstellen, geistige Eigentumsrechte nicht verletzen). Er ist aktiv am Medialab-Prado Commons Lab in Madrid.

Bastien Guerry (Frankreich) ist Freie-Software-Aktivist. Zurzeit untersucht er neue digitale Erfahrungen für Kulturerbe-Institutionen. In den vergangenen fünf Jahren hat er für Projekte wie One Laptop Per Child, Wikimedia und das GNU-Projekt gearbeitet.

Samer Hassan (Spanien/Libanon) ist Aktivist, forscht über künstliche Intelligenz und ist Assistenzprofessor an der Universidad Complutense in Madrid. Er ist Mitbegründer des Comunes.org-Kollektivs, unter dessen Dach Initiativen wie Ourproject, Kune und Move Commons beheimatet sind.

Vicente J. Ruiz Jurado (Spanien) ist Computeringenieur. Seit über einem Jahrzehnt trägt er dazu bei, gesellschaftliche Probleme durch sozialen, Umwelt- und Commons-Aktivismus sowie Hacker-Aktivitäten zu lösen. Er ist Mitbegründer von http://ourproject.org, http://movecommons.org und http://comunes.org.

Die Grundlagen einer langlebigen, commonsbasierten Informationsproduktion

Philippe Aigrain

Vor fast 40 Jahren diskutierten Noam Chomsky und Michel Foucault vor Studenten der Technischen Universität von Eindhoven in den Niederlanden die Natur des Menschen im Spannungsfeld zwischen Gerechtigkeit und Macht.

»Ein komplexes und dezentrales System aus freien Beziehungen, das ökonomische und soziale Institutionen mit einbezieht, erscheint mir als die angemessene soziale Organisationsform für eine hochentwickelte Technologiegesellschaft. In ihr wird es nicht mehr erforderlich sein, menschliche Wesen wie Glieder einer Produktionskette zu behandeln. Wir müssen dies durch eine Gesellschaft der Freiheit und der freien Organisation erreichen, wo der kreative Impuls, der der menschlichen Natur inne wohnt, zur vollen Entfaltung kommen kann«, sagte Chomski (Chomski/Foucault 2006: 51).

Die meisten europäischen Leserinnen und Hörer jener Zeit begrüßten den beißenden Scharfsinn von Foucault, der sich nicht vereinnahmen ließ. Sie begrüßten, wie er sowohl die Sozialstrukturen bloßstellte, die der Beschwörung der menschlichen Natur zugrunde lagen, als auch die Machtspiele hinter den zur Hoffnung ermutigenden Kulissen. Chomski indes machte damals einen eher naiven Eindruck. Aber hier und heute, aus der Perspektive der digitalen Humanisten, zu denen wir inzwischen geworden sind, springt ins Auge, wie treffend er das Potential des Menschen eingeschätzt hat, seine Fähigkeiten zu entwickeln. Ich schlage vor, unser Augenmerk auf die ökonomischen und sozialen Institutionen der Computertechnologie und des Internets (und auf Chomskis Gedanken) zu richten, bevor uns die Entwicklungen derselben beweisen, dass sie ein komplexes System freier Organisation benötigt hätten.

Hinsichtlich des Umfangs und der Nachhaltigkeit von Kooperation in einem Netzwerk gibt es zwei Herausforderungen: die Organisation des Netzwerks und die Beziehung zwischen der Wirtschaft und den Gemeinschaften, aus denen das Netzwerk besteht.

Einzelne, Gemeinschaften und informationelle Ökosysteme

Yochai Benkler prägte den Begriff der »commonsbasierten informationellen Peer-Produktion« (Benkler 2002). Zuvor waren die meisten Arbeiten zur Überlebens-

fähigkeit von Software-Entwicklung und freier Inhalte auf die Funktionsweise einiger Großprojekte fokussiert; Projekte also, zu denen sehr viele beigetragen haben, wie etwa zur Entwicklung der Grundstrukturen von Linux und Apache oder später zur Wikipedia.

Dies war etwas irreführend, weil die Aufmerksamkeit für einzelne Projekte den Blick für die Tragfähigkeit einer Vielzahl von Projekten sowie des aus ihnen entstehenden Wirtschaftssystems versperrt. Rund 80 Prozent aller freien Software-Projekte haben nur einen einzigen Entwickler. Die Zusammenarbeit zwischen solchen Projekten ist deshalb mindestens so zeitaufwändig wie die Arbeit in den Projekten selbst. Auch ein Artikel in der Enzyklopädie Wikipedia hat in der Regel nur eine sehr kleine Anzahl von Autoren, aber es ist die Gesamtheit aller Autoren, die sich auf ein gemeinsames Regelwerk einigen muss.

Wir müssen also die Kooperation innerhalb der einzelnen Projekte, zwischen den Projekten bis hin zum Wirtschaftssystem analysieren. Um dies zu tun, versuchte ich – angeregt durch die Arbeit von Clay Shirky (Shirky 2003) –, die wichtigsten Veränderungen zu identifizieren, die diese neuen Prozesse informationeller Produktion ausmachen. Der Schlüssel dieses Neuen ist die Entkopplung zwischen der Organisationsform eines bestimmten Projektes und den Rechten und Freiheiten innerhalb des gesamten Systems. Im Gegensatz zu der grob vereinfachenden Vision von Eric Raymond, wonach Freie-Software-Projekte den Prinzipien eines dezentral organisierten Basars folgen[1], sind die einzelnen Projekte sehr verschieden gestaltet: Man findet dort sowohl hierarchische Organisationsformen wie auch horizontale Zusammenarbeit. In jedem Fall aber werden die funktionierenden (Makro-)Projekte maßgeblich von dem beeinflusst, was Clay Shirky als »Verfassungen« bezeichnet hat. Dazu gehört etwa der Anspruch der Neutralität in der Wikipedia. Auch diese Verfassungen sind geprägt von der Verfügbarkeit technischer Möglichkeiten und den sie bestimmenden gesellschaftlichen Institutionen. Auch auf Makroebene existieren also Grundbedingungen für Kooperation. Dazu gehören einerseits die technischen Infrastrukturen der jeweiligen Gemeinschaften (freier und offener Zugang zu Computern, das Internet und seine Neutralität, Zugang zu frei wiederverwendbarem Wissen) und andererseits verschiedene soziale Bedingungen wie die vorherige Aneignung von Fertigkeiten oder die gesellschaftliche Wertschätzung der Kooperation. Das Sozialverhalten (die Netiquette) in virtuellen öffentlichen Räumen hängt nicht nur vom guten Willen der Teilnehmer oder von deren Großzügigkeit ab, sondern sie wird auch technisch, politisch und philosophisch begründet. Das hat Milad Doueihi mit seinem Begriff des »Digitalen Humanismus« zu erklären versucht (Doueihi 2009). Der als Religions- und Zivilisationshistoriker bekannte Analyst des digitalen Zeitalters sieht drei Kennzeichen im »Digitalen Humanismus« zur Wirkung kommen: erstens die aus einer – weit mehr als Alphabetisierung umfassenden – Bildung erwachsenden Fähigkeiten jedes Einzelnen, etwas zum gemeinsamen Pool beizutragen; zweitens bereits existierende digitale Kulturen und Infrastrukturen, die miteinander geteilt werden; drittens, vor allem, die Toleranz gegenüber Wissenslücken und fehlenden

1 | Siehe dazu auch die Beiträge von Christian Siefkes und Benjamin Mako Hill in diesem Buch (Anm. der Hg.).

Fertigkeiten, begleitet von dem steten Bemühen, diese so weit wie möglich auszugleichen. Das würde, so Doueihi, Bildung, Forschung und Kultur im umfassenden Sinne stärken.

Um der commonsbasierten informationellen Peer-Produktion zum globalen Durchbruch zu verhelfen, muss man sich drei Herausforderungen stellen: Es muss gewährleistet sein, dass jeder Einzelne überall einen Beitrag zu ihr leisten kann; einige seltene Ressourcen müssen für das reibungslose Funktionieren der jeweiligen Projekte oder Organisationen zur Verfügung stehen; und es muss möglich sein, die Ergebnisse dieser Produktion sozial zu verbreiten.

Schon oft wurde darauf hingewiesen, dass, selbst wenn die Zeit des Einzelnen knapp bemessen ist, dies nicht für die Zeit der Allgemeinheit gilt. Das belegt die Fülle der Kreationen, Innovationen und öffentlichen Debatten, die aus der informationellen Peer-Produktion entstehen. Diese optimistische Feststellung, die zum Teil auf der Freisetzung der bislang vom Fernsehen in Anspruch genommenen Zeit basiert, muss allerdings erneut unter die Lupe genommen werden. In Cause commune (Aigrain 2005) habe ich betont, dass die soziale Organisation der Zeit, ihre Aufteilung in Arbeit und Konsum, die erheblichen Ungleichgewichte in der Zeitnutzung, die es zum Beispiel zwischen Männern und Frauen gibt, und die Offensive der Management-Kultur, uns auch noch die letzten Nischen frei verfügbarer Zeit zu nehmen, sowie der Abscheu, Arbeit zu teilen, zu einer immer unsozialeren Zeitnutzung führen können.

Wir brauchen demnach eine politische Bewegung für unsere Emanzipation in Sachen Zeitnutzung, eine Zeit-Emanzipation.[2]

Selbst wenn also, global gesehen, Zeit im Überfluss zur Verfügung steht, kann die Zeit für bestimmte Tätigkeiten knapp sein. Die hauptsächlich von Rishab Ghosh (Ghosh 2005) durchgeführten Studien zeigen, dass es möglich ist, bereits mit einer Stunde pro Woche die Beiträge zur gemeinschaftlichen Produktion von Wissen spürbar zu beeinflussen. Doch sie bezieht sich auf Situationen, in denen eine sehr kleine Anzahl von Beitragenden einen beträchtlichen Teil ihrer Zeit für Projekte oder konkrete Organisationen aufwendet: zehn Stunden pro Woche oder ein Mehrfaches dessen, und dies über einen gewissen Zeitraum hinweg. Dass solche Leute selten sind, kann die Entwicklung eines commonsbasierten Ökosystems der Wissensproduktion hemmen. Deshalb geht die Suche nach Mitteln und Möglichkeiten weiter, auf Dauer mehr Menschen einzubinden und dafür zu sorgen, dass die von ihnen investierte Zeit auch verlässlich verfügbar ist. (Kultur-) Sponsoring, Stiftungen oder Finanzierungen durch viele einzelne Beträge helfen dabei, sie voranzutreiben. Ob dies aber letztlich dazu führt, die Wissensproduktion – jenseits der Märkte, wie wir sie kennen – auf eine andere Stufe zu heben, bleibt ungewiss.

Ein weiteres Problemfeld: Selbst wenn die commonsbasierte informationelle Peer-Produktion erfolgreich ist, behindern drei Dinge die tatsächliche soziale Aneignung ihrer Werkzeuge und sozialen Praktiken: Netzwerkeffekte, die Macht der

2 | Diese Ideen wurden kürzlich sehr konkret durchdacht, sowohl durch Juliet Schor in ihrem Buch *Plenitude* (Schor 2010) als auch durch Stefano Bartolini in seinem *Manifest für das Glück* (Bartolini 2010).

Akteure des profitorientierten Wissenskapitalismus samt ihrer Monopole sowie die ständige Weiterentwicklung technologischer Produkte, die häufig ohne tatsächlichen funktionellen oder gesellschaftlichen Nutzen vorangetrieben wird.

Das Problem, dass zwischen Benutzerfreundlichkeit und der Entwicklung von Technologien, die wir als Gesellschaft auch kontrollieren können, ein Kompromiss gefunden werden muss, ist bislang kaum bearbeitet. Zentralisierte soziale Netzwerke wie Facebook, zentralisierte Systeme zur Speicherung und Weitergabe von Daten[3] sowie proprietäre Smartphones mit ihren Apps sind Beispiele für Entwicklungen, die einem commonsbasierten informationellen Ökosystem wenig nutzen.

Commons und Wirtschaft verbinden

Die Geldwirtschaft dominiert nach wie vor den Zugang zu materiellen Ressourcen (Wohnraum, Nahrungsmittel sowie weitere Güter, die für die menschliche Existenz unentbehrlich sind) und sie bestimmt unsere Nutzung der Zeit. Die Infrastrukturen, die wir für die digitale Wissensallmende brauchen, haben aber eine Stärke, die in physischen Netzwerken (Transport, Energie, Wasser) kaum anzutreffen ist: den Einzelnen in seiner Funktion für das jeweilige Projekt.

Ein gutes Beispiel dafür sind die von Bürgerinnen und Bürgern vergemeinschafteten Wi-Fi-Netzwerke. Sie funktionieren in großem Maßstab, weil sie von lokalen Communitys getragen werden. Turku in Finnland zeigt, wie Gemeinschaften und Kommunen hier Hand in Hand arbeiten. Die kommunalen Behörden haben dort alle Wireless-LAN-Abonnenten in einem Verbund zusammengefasst und dann mit dem Telekommunikationsbetreiber einen Vertrag geschlossen. Im Gegensatz dazu bauen bei uns in Frankreich die Betreiber ihre je eigenen Zugangsnetze auf, die nur den jeweiligen Abonnenten zur Verfügung stehen.

Projekte wie die von Eben Moglen lancierte Freedom Box Foundation zielen auf eine noch sehr viel ehrgeizigere gemeinschaftliche Infrastruktur ab. Sie soll auf Mikro-Servern beruhen, die von jedem problemlos genutzt werden können, um Daten und Dienste im Internet anzubieten, und sie soll dem Kontrollbedürfnis entgegengesetzt werden, das ein offenes und neutrales Internet definitiv zerstört.[4]

In den Diskussionen um die Infrastruktur geht es heute hauptsächlich um Regeln. Wie kann Netzneutralität gesichert werden? Oder: Wie wird das Internet vor dem Kontrollbegehren von Staat und privatwirtschaftlichen Akteuren geschützt? Die wirtschaftliche Tragfähigkeit der Infrastruktur selbst steht hingegen kaum auf der Tagesordnung. Dabei werden gerade dort, wo es um die Fähigkeit und Möglichkeit des Einzelnen geht, zu den Commons beizutragen, oder um die Auswirkungen der informationellen Commons auf die Geldwirtschaft, die Debatten immer komplexer. Die Menschen brauchen Zeit und angemessene Gelegen-

3 | Das Problem beschreibt Benjamin Mako Hill in seinem Beitrag ausführlicher (Anm. der Hg.).

4 | Siehe auch folgende Projekte oder Anwendungen: Commotion, OpenGarden.com, Diaspora, Thimbl und andere.

heiten, um ständig neue Fähigkeiten zu erwerben. In einigen Fällen genügt es mitunter, jenen, die über eine gewisse Grundbefähigung verfügen, mehr Freizeit zu geben. In anderen Fällen bedarf es erheblicher kollektiver Investitionen. Diese Investitionen können für die Tragfähigkeit einer gesellschaftlich kontrollierten Infrastruktur entscheidend sein (Innovations-Commons oder bestimmte kulturelle Commons).

Die Wechselwirkungen zwischen Commons und Geldwirtschaft werden, auch unter den Protagonisten der Commons-Debatte, sehr unterschiedlich analysiert. Nehmen wir die Tatsache, dass Menschen digitale Werke austauschen und miteinander teilen – egal ob dies erlaubt ist oder nicht – und die Folgen für die Kulturwirtschaft: Man kann heute schon recht gut sehen, dass sich diese Form des Teilens leicht positiv auswirkt und dass es selbst in der zentralisierten Kulturwirtschaft kaum oder gar keine negativen Auswirkungen gibt (Aigrain 2011).[5] Das müsste im Grunde genügen, um die Argumente jener zu widerlegen, die das Teilen digitaler Werke unter allen Umständen verhindern wollen. Wobei noch völlig offen bleibt, ob und unter welchen Bedingungen die Wirtschaft das Wachsen der Commons unterstützen kann und die Fähigkeit eines jeden, zu den Commons beizutragen. Denn die Zahl derer, die sich kulturell oder künstlerisch engagieren, steigt rapide an: Rund 15 Prozent der Europäer über 15 Jahren (EU-27) produzierten im Jahr 2007 die im Internet frei verfügbaren Inhalte (Deroin 2010). Auch die Zahl derer, die sich ernsthaft engagieren wollen, wächst rasant. Sie übersteigt inzwischen die Anzahl der hauptberuflichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Kultur- und Medienbereich bei weitem.

Grob vereinfacht sind drei Sichtweisen zu unterschieden: erstens die optimistische Vision einer Synergie zwischen den Commons und neuen Formen wirtschaftlicher Aktivitäten; zweitens die Forderung nach einer umfassenden Lösung struktureller Art, wie etwa mittels eines Grundeinkommens; drittens der Ansatz eines »Werkzeugkastens«, der spezielle Räume öffnet für jedes konkrete Modell, das auf Kooperation und Vergemeinschaftung beruht.

Die Entwicklung einer Wissens- und Informationsallmende eröffnet jenseits der Märkte den Blick für immense Tätigkeitsfelder, einschließlich solcher, die bisher Teil des Marktgeschehens waren. Diese Entwicklung gräbt einer Informationswirtschaft, die sich bisher auf der Monopolisierung von Informationsressourcen ausgeruht hat, das Wasser ab und entzieht ihr Geld.

Die Bilanz dieses Geldentzugs auf der einen Seite und des Wachstums der Wissensallmende auf der anderen ist ungewiss; aber die optimistische Sicht, die durch Lawrence Lessig in seinem Modell einer Hybridökonomie vertreten wird, umreißt zumindest die Thematik der sozialen Tragfähigkeit von Commons (Lessig 2008). Der Ansatz von Yann Moulier-Boutang wiederum stellt in gewisser Weise die Kombination einer begründeten Version dieser optimistischen Sichtweise mit einem makroskopischen Ansatz dar, der eine gerechte Verteilung von Ressourcen und die Freisetzung von Zeit für den Einzelnen bewirken soll (Moulier-Boutang

5 | Auf der folgenden Website sind weitere Studien zum Thema gelistet: http://www.laquadrature.net/wiki/Studies_on_file_sharing (Zugriff am 14.02.2012).

2007). Eine dritte Schule fasst all jene zusammen, die auf vielfältige Formen der Kopplung zwischen Wirtschaft und Commons mit den unterschiedlichsten Modellen der Vergemeinschaftung setzen.

Es kann problematisch sein, unsere Beiträge zu den Commons auf lange Sicht auf Entnahmen aus der Marktwirtschaft zu gründen. Ich verstehe daher das dringende Bedürfnis, eine unabhängige Finanzierung für die Wissensallmende zu entwickeln. Vorläufig scheint es mir aufgrund der Schwierigkeiten, diesen Ansatz auf den Weg zu bringen, und angesichts der besonderen Notwendigkeiten in jedem Bereich gerechtfertigt, dass in einigen Fällen für ganz spezifische Commons Mittel über spezielle Märkte zur Verfügung gestellt werden und dass andere Vorhaben sich aus Steuermitteln finanzieren und in wieder anderen Fällen eine Vergemeinschaftungspflicht hergestellt wird (gesetzlich bestimmte Beiträge, die von den Beitragenden selbst verwaltet werden).

Alles, was eine freiwillige Vergemeinschaftung in großem Maßstab fördert, ist willkommen.

Der Text ist eine bearbeitete Fassung eines Beitrags des Autors zum Seminar »Vom Öffentlichen zu den Commons« am 11. Mai 2011 in Paris (Collège International de Philosophie et Université de Paris).

Literatur

Aigrain, Philippe (2005): Cause commune: l'information entre bien commun et propriété, Paris.

Aigrain, Philippe (2010): Declouding Freedom: Reclaiming Servers, Services and Data. Edition of the 2020 FLOSS Roadmap, online unter: https://flossroadmap.co-ment.com/text/NUFVxf6wwK2/view/ (Zugriff am 14.02.2012).

Aigrain, Philippe (2011): Sharing: Culture and the Economy in the Internet Age, Amsterdam.

Bartolini, Stefano (2010): Manifesto per la felicità: come passare della società del ben-avere a quella del ben-essere, Rom.

Benkler, Yochai (2002): »Coase's Penguin, or Linux and the Nature of the Firm«, Yale Law Journal 112, S. 369, online unter: http://www.benkler.org/Coases Penguin.html (Zugriff am 14.02.2012).

Chomski, Noam/Foucault, Michel (2006): Sur la nature humaine, Brüssel.

Deroin, Valérie (2010): Diffusion et utilisation des TIC en France en Europe en 2009. DEPS, Ministère de la Culture.

Doueihi, Milad (2009): Pour un humanisme numérique. Compte-rendu du séminaire Sens public de la MSH Paris Nord en coopération avec l'INHA-Invisu, Seuil.

Ghosh, Rishab A. (2005): Understanding Free Software Developers: Findings from the FLOSS Studies, online unter: http://flossproject.org/papers/ghosh-2005.pdf (Zugriff am 14.02.2012).

Lessig, Lawrence (2008): REMIX: Making Art and Commerce Thrive in the Hybrid Economy, New York.

Moulier-Boutang, Yann (2007): Le capitalisme cognitif: La nouvelle grande transformation, Amsterdam.
Schor, Juliet (2010): Plenitude. The New Economics of True Wealth, New York.
Shirky, Clay (2003): Social Software and the Politics of Groups, online unter: http://www.shirky.com/writings/group_politics.html (Zugriff am 14.02.2012).

Philippe Aigrain (Frankreich) ist Informatiker und Commons-Theoretiker, CEO von Sopinspace und Mitbegründer von La Quadrature du Net. Dr. Aigrain ist Autor verschiedener Bücher, darunter Sharing: Culture and the Economy in the Internet Age (2011). Er bloggt auf http://paigrain.debatpublic.net.

Die Peer-to-Peer-Ökonomie und eine neue commonsbasierte Zivilisation

Michel Bauwens und Franco Iacomella

Die Peer-to-Peer-Vision (P2P) für Wirtschaft und Gesellschaft basiert nicht auf einem utopischen Ideal; sie besteht vielmehr in der Verallgemeinerung jener Formen von Peer-Produktion, Peer-Governance und Peer-Besitz, die derzeit schon im Entstehen sind.[1] Die Vision einer neuen Zivilisation und eines neuen Wirtschaftssystems beginnt mit der Analyse der grundlegenden Fehler dessen, was ist. Die Kritik an den Fehlfunktionen des gegenwärtigen Wirtschaftssystems lässt sich in drei wesentlichen Punkten zusammenfassen:

1. Die gegenwärtige Politische Ökonomie basiert auf einer falschen Vorstellung von materieller Fülle. Wir bezeichnen sie als Pseudo-Fülle. Sie beruht auf den Zielsetzungen andauernden Wachstums, endloser Kapitalakkumulation und einer schuldengetriebenen Zinsdynamik. Ein solches Wirtschaften kann natürlich nicht nachhaltig sein, da endloses Wachstum in einem physikalisch begrenzten, endlichen System logisch und physikalisch unmöglich ist.[2]
2. Die gegenwärtige Politische Ökonomie basiert auf einer falschen Vorstellung von immaterieller Knappheit. Sie glaubt, dass sich mit einer übertriebenen Menge und Vielfalt von Monopolrechten, die auf der Idee des »Geistigen Eigentums« beruhen – etwa Urheberrechte, Marken und Patente – das Teilen wissenschaftlicher, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Innovationen verhindern ließe.[3] Daher untergräbt sie die Grundlagen der menschlichen Zusammenarbeit, schließt viele Menschen von der Nutzung von Innovationen aus und behindert das gemeinsame Lernen. In einem Zeitalter enormer globaler Herausforderungen führt diese Art des Wirtschaftens dazu, dass viele praktikable Alternativen

1 | Siehe auch den Beitrag von Christian Siefkes in diesem Buch (Anm. der Hg.).

2 | In dem Gespräch zwischen Brian Davey, Silke Helfrich, Wolfgang Höschele und Roberto Verzola wird das Thema Fülle aus der Perspektive der Commons vertieft (Anm. der Hg.).

3 | Wie dies geschieht, beschreiben neben anderen Autoren insbesondere Beatriz Busaniche und David Martin in diesem Buch (Anm. der Hg.).

hinter privaten Schutzwällen eingeschlossen bleiben oder gar nicht erst finanziert werden, weil sie keinen ausreichenden Profit versprechen.[4]

3. Pseudo-Fülle, die die Biosphäre zerstört, und künstliche Knappheit, die Innovationen gezielt blockiert oder verlangsamt, bringen uns in Sachen sozialer Gerechtigkeit nicht voran. Zwar mögen die Menschen in Bezug auf ihre bürgerlichen und politischen Rechte gleichgestellt sein, aber die zunehmende materielle Ungleichheit macht diese Rechte häufig zur Makulatur. Und ein weiteres Extrem ist, dass die Gesellschaft dem juristischen Konstrukt des profitorientierten Unternehmens Rechte zugesteht, die eigentlich nur Einzelpersonen besitzen können.[5] Dabei ist das profitorientierte Unternehmen aus der Perspektive unserer Rechte pathologisch, da es ausschließlich den eigenen Shareholdern verpflichtet ist und das Allgemeinwohl gar nicht berücksichtigen kann. Diese Unternehmensform funktioniert wie eine Maschine, die die negativen Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft so weit wie möglich ignoriert. Mithin ist der von solchen Institutionen getriebene Kapitalismus selbst ein Mechanismus, der nicht nur auf Knappheit beruht, sondern künstliche Knappheit sogar gezielt herstellt; steril gemachtes Saatgut, das sogenannte Terminator-Saatgut, das von Monsanto entwickelt wurde, ist dafür ein eindrückliches Beispiel.[6] Terminator-Saatgut wird so manipuliert, dass es sich nicht selbst reproduzieren kann, wodurch nicht nur die Kreisläufe der Fülle spendenden Natur unterbrochen werden, sondern die Bauern auch in dauerhafte Abhängigkeit der Unternehmen geraten, die Saatgut verkaufen.

Diese Analyse legt nahe, dass jede Alternative für den gegenwärtigen Kapitalismus die drei genannten Punkte gemeinsam angehen muss: Die Produktionsweise muss das dauerhafte Überleben, die nachhaltige Nutzung und das Gedeihen der Biosphäre sichern. Sie muss das Teilen von Wissen und sozialen Innovationen fördern. Und sie muss auf der Erkenntnis aufbauen, dass soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit nur unter Berücksichtigung der tatsächlichen Begrenztheit der Natur und der tatsächlichen Fülle von Wissen und Innovationen möglich sind.

Vision, Werte und Ziele

Die gegenwärtige Gesellschaft besteht aus drei Sphären: einer öffentlichen Sphäre, die durch den Staat und die Behörden dominiert wird; einer privaten Sphäre der profitmaximierenden Unternehmen; und einer Sphäre der Zivilgesellschaft, in der die weniger Privilegierten mit erheblichen Mühen ihre Rechte und Interessen zum Ausdruck bringen und durchzusetzen versuchen.

---

4 | Ein Beispiel dafür ist das Thema Medikamente für vernachlässigte Krankheiten. Christine Godt, Christian Wagner Ahlfs und Peter Tinnemann greifen es in ihrem Beitrag auf (Anm. der Hg.).

5 | Vgl. dazu verschiedene Beiträge in diesem Buch wie die von Scherhorn, Padilla oder Alden Wily (Anm. der Hg.).

6 | Mehr dazu in der Wikipedia: http://de.wikipedia.org/wiki/Genetic_Use_Restriction_Technology (Zugriff am 15.10.2011).

Auch die Vision einer Peer-to-Peer-Zivilisation beruht auf diesen drei gesellschaftlichen Sphären – Staat, Markt und Gesellschaft –, aber in anderen Rollen und in einem neu austarierten Gleichgewicht. Im Zentrum dieser neuen Gesellschaft steht hier die Zivilgesellschaft, die im Wesentlichen nach Commons-Prinzipien organisiert ist und funktioniert. Sie schafft durch die Peer-Produktion außerhalb der Marktlogik gesellschaftlichen Nutzen. Dabei schöpft sie aus den Gütern, die uns gemeinsam gehören – sowohl aus dem natürlichen Erbe der Menschheit (Meer, Atmosphäre, Land usw.) als auch aus jenen Commons, die durch kollektive Innovationen erzeugt und häufig aufgrund ihrer immateriellen Natur frei geteilt werden können (Wissen, Software und Design, Kultur und Wissenschaft). In der Zivilgesellschaft gibt es eine große Spannbreite von Aktivitäten, die strukturell vorteilhaft für die Commons sind – nicht nur indirekt und hypothetisch, wie die Metapher der »unsichtbaren Hand« es behauptet, sondern ganz direkt. Denn Verfasstheit und Strukturen vieler sozialer Organisationen sind direkt darauf ausgerichtet, dem Gemeinwohl zu dienen. In dieser Sphäre gibt es Institutionen wie Trusts[7], die materielle Ressourcen für die gemeinsame Nutzung verwalten (beispielsweise Land-Trusts[8] und Naturschutzgebiete), und gemeinnützige Organisationen, die dazu beitragen, die kooperative Infrastruktur kultureller und digitaler Commons zu erhalten. Ein sehr bekanntes Beispiel aus dem Bereich des Freien Wissens ist die Wikimedia Foundation, die die technologische Fortentwicklung der Wikipedia finanziert. In ähnlicher Weise unterstützen die Linux Foundation und die Apache Foundation zwei der wichtigsten Communitys der Freien Software. Diese Organisationen funktionieren nicht wie klassische NGOs, die mit hierarchischen Befehlsstrukturen und bezahltem Personal Mittel an Projekte verteilen; vielmehr nutzen sie ihre Ressourcen und ihre Glaubwürdigkeit, um bezahlten und unbezahlten Beitragenden zu helfen, ihre Commons auf der Grundlage gemeinsamer Entscheidungen weiterzuentwickeln.

Um diesen Kern einer neuen Zivilisation herum gibt es weiterhin eine private Sphäre, in der Marktteilnehmer mit privater Agenda und privaten Kontrollmechanismen Mehrwert im Umfeld der Commons erzeugen. Jedoch wird aufgrund der pathologischen und destruktiven Natur profitmaximierender Unternehmen in der Peer-to-Peer-Wirtschaft der private Sektor so reformiert werden müssen, dass er ethischeren Zielen dient: durch geeignete Besteuerung und verschiedene Modelle, um Einkommen zu teilen und Nutzungsmöglichkeiten zu fördern, die positive externe Effekte haben (zum Beispiel Infrastruktur, geteiltes Wissen); sowie durch Steuern und Nutzungsgebühren, die nach Möglichkeit negative externe Effekte verringern (zum Beispiel Verschmutzung, Übernutzung kollektiver Ressourcen).[9]

Kooperative Unternehmen sind in dieser neuen Ökonomie die prominentere und am besten entwickelte Form der privaten Organisation. Unternehmen existieren also weiterhin, aber ihre Funktionslogik verändert sich so, dass sie den Wertvorstellungen der Commons entspricht. Stehen Commons und Commoners erst

7 | Zu diesem Begriff siehe den Beitrag von James Quilligan in diesem Buch (Anm. der Hg.).

8 | Siehe dazu den Artikel von Geert de Pauw in diesem Buch (Anm. der Hg.).

9 | Siehe auch Gerhard Scherhorns Vorschlag in diesem Buch, ein commonsbasiertes Wettbewerbsrecht zu entwickeln (Anm. der Hg.).

einmal im Zentrum der Produktion, werden sie sich vermutlich für jene Institutionen entscheiden, die dem Wertesystem der Commons am nächsten kommen. Heute existieren die Open-Source-Ökonomie, die auf geteilten Innovationen beruht, und die »ethische Ökonomie« reformorientierter Marktteilnehmer getrennt voneinander. Doch beide müssen sich weiterentwickeln und reifen, um zusammenkommen zu können. Als ein frühes Beispiel dafür kann die Anpassung von IBM an die Werte und Regeln der Linux-Community gelten, die zeigte, dass sogar Großunternehmen des alten Stils sich verändern können.[10]

Es ist davon auszugehen, dass sich in dieser Dynamik neue Formen der Kooperation und des »verteilten Eigentums« herausbilden werden; dieser Trend wurde von Matt Cropp in dem Artikel »The Coming Micro-Ownership Revolution«[11] beschrieben. Cropp verdeutlicht die direkte Verbindung zwischen der P2P-bedingten Verringerung der Transaktionskosten[12] und der Verschiebung hin zu stärker verteilten Formen des Eigentums. Die neuen Unternehmensformen werden nicht mehr auf dem Eigentum von Shareholdern beruhen, sondern auf gemeinsamem Grundkapital, das von den Commoners selbst eingebracht wird. Daraus entsteht eine dritte Art von Commons, nennen wir sie »hergestellte materielle Commons«. Sie kommen zu den ererbten materiellen, natürlichen Commons und den hergestellten, »immateriellen« kulturellen Commons hinzu und bilden den Produktionsapparat der Menschheit (mit anderen Worten: ihr Kapital). Die neuen Formen verteilten individuellen Eigentums, welches freiwillig in gemeinsame Vorhaben und Projekte eingebracht wird, ähneln mehr den aggregierten Beiträgen, wie sie in der Peer-Produktion bereits üblich sind, als älteren Formen von Gemeineigentum.

Wie unterscheiden wir nun zivilgesellschaftliche Organisationsformen von privaten Einheiten, die sich irgendwie sozial engagieren? Erstere orientieren sich insgesamt an der Idee der Commons, und sie tragen institutionell Verantwortung für die Commons, die wesentlich auf nichtmarktförmiger Kooperation beruht; die privaten Akteure dagegen sind freiwillige Zusammenschlüsse von Commoners, die unter Nutzung von Commons Güter und Dienstleistungen für den Markt produzieren, um damit ihre gesellschaftliche Reproduktion als Individuen oder als

10 | Ende der 1990er-Jahre begann IBM damit, seine Großcomputer für Linux zu entwickeln, was entsprechende Anpassungen in neuen Linux-Versionen (beginnend mit dem Linux Kernel 1.16.1 vom Dezember 1999) erforderlich machte. Im Januar 2000 verkündete IBM dann, eine Milliarde Dollar in Linux investieren zu wollen, und arbeitet seitdem eng mit der Linux-Community zusammen, siehe unter: http://www.linux-magazin.de/NEWS/Gegen-alle-Widerstaende-IBM-feiert-10-Jahre-Linux-auf-System-z (Zugriff am 02.12.2011) (Anm. der Hg.).

11 | Siehe unter: http://cuhistory.blogspot.com/2011/05/coming-micro-ownership-revolution.html (Zugriff am 15.10.2011).

12 | Ökonomen bezeichnen jene Kosten, die entstehen, um Tauschaktionen auf dem Markt anzubahnen, abzuwickeln und abzusichern, als Transaktionskosten. Dazu gehören etwa Informationsbeschaffung und Kommunikation, Kosten der Vertragsanbahnung, -gestaltung und -änderung, der Koordination und Abwicklung, Qualitäts- und Terminkontrolle, Preisgestaltung und vieles mehr. Kurz: alle Kosten, die mit der Durchsetzung von Verfügungsrechten verbunden sind (Anm. der Hg.).

Gruppe zu sichern. Beide »Sektoren« verbindet das gemeinsame Interesse am Erhalt der Commons.

Über der zivilgesellschaftlichen Sphäre und der Marktsphäre liegt eine öffentliche Sphäre, die für das Allgemeinwohl insgesamt verantwortlich ist (da auch Commoners in erster Linie mit je »ihren« Commons beschäftigt sind). Der öffentliche Sektor etabliert die Parameter und die unterstützenden Strukturen, innerhalb derer die Commons operieren und mit deren Hilfe sie gedeihen können. Der öffentliche Sektor der P2P-Ökonomie ist jedoch weder eine Versorgungseinrichtung für Unternehmen im Dienste einer Finanzelite[13] noch ein Wohlfahrtsstaat in paternalistischer Beziehung zur Gesellschaft, sondern vielmehr ein »Partnerstaat«, der der Gesellschaft dient und Verantwortung für die übergreifende Kontrolle der drei Sphären übernimmt. Der Partnerstaat unterstützt »die gemeinsame Produktion von gesellschaftlichem Nutzen in der zivilgesellschaftlichen Sphäre«, den »Markt« und damit die an gesellschaftlichen Zielen orientierten Aktivitäten der neuen privaten Sphäre, und er kümmert sich überdies um die öffentlichen Dienstleistungen zum Wohle aller.

Es ist hier sehr wichtig, Markt und Kapitalismus voneinander zu unterscheiden. Märkte gibt es schon länger als den Kapitalismus, sie sind eine einfache Form zur Verteilung von Ressourcen, wobei Angebot und Nachfrage über ein Tauschmedium zusammengebracht werden. Dieser Verteilungsmechanismus ist an sich mit einer großen Spannbreite von Systemen kompatibel, die ihn schließlich dominieren können: etwa »gerechte Preise«, die Berechnung der echten Kosten (also die Internalisierung aller gesellschaftlichen Kosten), fairer Handel und andere. Der Markt setzt nicht voraus, dass Arbeit und Geld als Waren angesehen oder dass die Arbeiter von den Produktionsmitteln separiert werden. Märkte können auch anderen Logiken und Modalitäten untergeordnet werden – etwa jener des Staates oder jener der Commons.

Der Kapitalismus dagegen, der von manchen als »Anti-Markt« (Braudel 1986) angesehen wird, erfordert unter anderem: erstens die Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln; zweitens unendliches Wachstum (entweder durch Konkurrenz und Kapitalakkumulation, wie von Karl Marx beschrieben, oder durch die Dynamik von Zins und Zinseszins, wie von Silvio Gesell dargestellt).

In der Vision einer commonsbasierten Gesellschaft wird der Markt der Logik der Commons untergeordnet und durch den Partnerstaat reguliert. Er ist dann nur eine der hybriden Organisationsformen, die mit den Commons kompatibel sind. Diese Vision schließt auch die Entwicklung einer Gesellschaft nicht aus, die den Markt überflüssig macht, indem beispielsweise eine ressourcenbasierte Ökonomie an seine Stelle tritt.[14] Wichtig ist jedoch, den Commoners und Bürgern die Freiheit

13 | Siehe dazu den Beitrag von Antonio Tricarico und Heike Löschmann in diesem Buch (Anm. der Hg.).

14 | In ressourcenbasierten Wirtschaftsformen werden Ressourcen direkt dorthin geleitet, wo sie benötigt werden, oder sie werden direkt oder durch transparente Buchführung geldlos getauscht. Man kann argumentieren, dass eine Kombination vernetzter Kooperation mit offenem Management und Transparenz in Buchführung und Produktion die Nutzung von Geld zum Tausch von Ressourcen überflüssig macht.

zu geben, zwischen verschiedenen Mechanismen zu wählen und experimentell die besten Lösungen für die Verteilung knapper Ressourcen herauszufinden.

Wesentliches Merkmal des neuen Systems: Die Commons bilden den neuen Kern, mit dem eine Reihe hybrider Mechanismen in produktiver Weise koexistieren können, darunter auch reformierte Markt- und Staatsformen.

Individualität, Relationalität und Kollektivität

Eine commonsorientierte Gesellschaft stellt nicht die Rückkehr zum vormodernen Holismus dar, bei dem das Individuum dem Ganzen untergeordnet wird; vielmehr beruht eine solche Gesellschaft auf der Anerkennung des Bedürfnisses nach Relationalität und Kollektivität freier und gleicher Individuen. Es ist demnach eine Gesellschaft des »kooperativen Individualismus«, nicht des Kollektivismus. Bereits heute lässt sich in der Peer-Produktion beobachten, wie Individuen ihre Beiträge freiwillig in einem gemeinsamen Projekt bündeln. Dies ist möglich, weil heutige Peer-Produzenten größere Kontrolle über ihre eigenen Produktionsmittel haben, als das in der Vergangenheit der Fall war. Sie verfügen über ihre Kreativität, ihre Computer und über Netzwerkzugang. Wir schlagen nun vor, diese Vision und Realität auf die Gesamtheit der Produktionsmittel zu erweitern. Sie sollte alle Bürger als Peer-Produzenten einbeziehen, so dass diese ihre Ressourcen einschließlich des physikalischen und finanziellen Kapitalbedarfs zusammentun und ihre Ziele in Abstimmung miteinander verfolgen können. Der Prozess, sich zusammenzuschließen, wird von dem Bedürfnis getragen, auf nachhaltige Weise gute Lebensbedingungen für alle herzustellen. In diesem Zusammenhang ist verteiltes Eigentum eine Garantie gegen den möglichen Missbrauch des Gemeineigentums, da die Individuen sich jederzeit zurückziehen und ihre immateriellen und materiellen Beiträge »forken«[15] können. Die Vision: In einer künftigen Commons-Gesellschaft entsteht durch ein gleichmäßig verteiltes produktives Kapital eine gewisse Unabhängigkeit von den jeweils vor Ort verfügbaren materiellen Ressourcen.

Wie lässt sich all das erreichen?

Treibende gesellschaftliche Kraft der commonsbasierten P2P-Gesellschaft sind jene, die sich selbst als autonome Produzenten geteilten Wissens und Werts verstehen. Das könnte der große Beitrag der Wissensarbeiter und der Hacker zur Geschichte der modernen Arbeiterbewegung und der sozialen Bewegungen sein: Die Innovationen der Wissensarbeiter werden mit den historischen Traditionen des Widerstands, der Kreativität und Emanzipation der traditionellen Arbeiterklasse und der Bauern sowie mit den progressiven Teilen anderer Klassen zusammengebracht.

15 | Als »forken« wird die Abspaltung eines Softwareprojekts von einem anderen bezeichnet, wobei der bisher entwickelte Code in das abgespaltete Projekt (»fork«) übernommen wird. Der Begriff wird vor allem in der Freien Software verwendet, wo »forken« aufgrund freier Lizenzen prinzipiell möglich ist, siehe unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Abspaltung_(Softwareentwicklung) (Zugriff am 02.12.2011) (Anm. der Hg.).

Ganz neue Bündnisse sind denkbar: zum Beispiel das Zusammengehen konstruktiver und in allen Lebensbereichen verankerter Peer-Produktionsgemeinschaften, die die Saat der neuen Gesellschaft in der alten produzieren; mit sich neu mobilisierenden Massenbewegungen, die politische Vorschläge zur Veränderung zum Besseren machen, die in unserer Zeit tiefer kapitalistischer Krisen oft fehlen. Mit anderen Worten: Es geht um die Konvergenz jener gesellschaftlichen Kräfte, die sich der »Konstruktion des Neuen« und dem »Widerstand gegen das Alte« widmen. Diese Konvergenz wird die Energie und politisch-programmatische Vorstellungskraft hervorbringen, die die globalen Reform- und Veränderungsbewegungen wieder aufleben lassen.

Auch das Zusammenwirken verschiedener globaler Kräfte kann zu neuen politischen und kulturellen Bündnissen führen: erstens diejenigen, die gegen das »Wegschließen« und die Privatisierung von Wissen kämpfen und zugleich neue Wissens-Commons produzieren; zweitens diejenigen, die sich für den nachhaltigen Umgang mit der Umwelt einsetzen; drittens diejenigen, die auf lokaler und globaler Ebene für soziale Gerechtigkeit kämpfen. Mit anderen Worten: Wir brauchen eine weltweite Allianz der neuen »Offenheits«-Bewegungen, der Umweltbewegungen und der traditionellen Bewegungen für soziale Gerechtigkeit und Emanzipation. Wir brauchen ein »großes Bündnis für die Commons«.

Literatur

Bollier, David (2009): Viral Spiral. How the Commoners Built a Digital Republic of Their Own, New York.

Botsman, Rachel/Rogers, Roo (2010): What's Mine is Yours. The Rise of Collaborative Consumption, New York.

Braudel, Fernand (1986): The Perspective of the World, New York.

Brown, Marvin (2010): Civilizing the Economy. A New Economics of Provision, Cambridge.

Carson, Kevin (2010): The Homebrew Industrial Revolution. A Low-Overhead Manifesto, Eigenverlag.

De Ugarte, David: Phyles. Economic Democracy in the Network Century, online unter: http://deugarte.com/gomi/phyles.pdf (Zugriff am 17.12.2011).

De Ugarte, David: The Power of Networks, online unter: http://deugarte.com/gomi/the-power-of-networks.pdf (Zugriff am 17.12.2011).

De Ugarte, David/Quintana, Pere/Gomez, Enrique/Fuentes, Arnau: From Nations to Networks, online unter: http://deugarte.com/gomi/Nations.pdf (Zugriff am 17.12.2011).

Gansky, Lisa (2010): The Mesh: Why the Future of Business is Sharing, New York.

Hands, Joss (2011): @ Is For Activism, New York.

Hecksher, Charles/Adler, Paul S. (2006): The Firm as a Collaborative Community. Reconstructing Trust in the Knowledge Economy, New York.

Hoeschele, Wolfgang (2010): The Economics of Abundance. A Political Economy of Freedom, Equity, and Sustainability, London.

Hyde, Lewis (2010): Common as Air. Revolution, Art, and Ownership, New York.

Kane, Pat (2003): The Play Ethic. A Manifesto for a Different Way of Living, London.

Kleiner, Dmytri (2010): The Telekommunist Manifesto. Institute for Network Cultures.
Krikorian, Gaelle/Kapczynski, Amy (Hg.) (2010): Access to Knowledge in the Age of Intellectual Property, New York.
Lessig, Lawrence (2006): Freie Kultur – Wesen und Zukunft der Kreativität, München.
O'Neill, Mathieu (2009): Cyberchiefs. Autonomy and Authority in Online Tribes, London.
Schor, Juliet (2010): Plenitude. The New Economics of True Wealth, New York.
Shirky, Clay (2010): Cognitive Surplus: Creativity and Generosity in a Connected Age, New York.
Stallman, Richard (2002): Free Software, Free Society, Boston.
Vaden, Tere/Suoranta, Juha (o.J.): Wikiworld: Political Economy of Digital Literacy, and the Road from Social to Socialist Media, Eigenverlag.
Von Hippel, Eric (2004): The Democratization of Innovation, Cambridge.
Walljasper, Jay (2010): All That We Share: A Field Guide to the Commons, New York.
Wark, McKenzie (2004): A Hacker Manifesto, Cambridge.
Weber, Steve (2004): The Success of Open Source, Cambridge.

Michel Bauwens (Belgien/Thailand) ist Gründer der P2P Foundation, einem weltweiten kollaborativen Forschungsnetzwerk über Peer-Produktion, und Mitbegründer der Commons Strategies Group. Er lebt in Chiang Mai/Thailand und ist zurzeit Primavera Research Fellow an der Universität zu Amsterdam.

Franco Iacomella (Argentinien) ist Aktivist zu Peer-Produktion und Commons. Er ist Mitglied verschiedener Organisationen im Bereich Offene Bildung, Freie Software und commonsbasierte Peer-Produktion und bloggt auf http://www.francoiacomella.org.

Wissensökonomie und Wissensökologie zusammen denken

Rainer Kuhlen

Recht, Technik, Markt und Ethik begründen nach Lawrence Lessig Regulierungsformen für Ressourcen, die vom Menschen gestaltet und genutzt werden (Lessig 1999: 88). Dabei ist Ethik sicherlich die grundlegendste und zumindest perspektivisch die durchsetzungsstärkste Regulierungsform. Kein Recht, keine Technik, kein Markt kann sich dauerhaft im Widerspruch zum dominierenden normativen Bewusstsein verhalten.

Die ethische Begründung für einen fairen Zugriff auf und die freie Nutzung von elementaren Ressourcen wie Wasser und Luft ist unabweisbar, da nicht nur die bloße Existenz eines jeden Menschen davon abhängt, sondern auch das, was seit Aristoteles in der Ethik das »gute Leben« heißt. Wenn etwas »unabweisbar« ist, ist es aber noch keine gesicherte Realität. Immer wieder werden grundlegende ethische Prinzipien und Menschenrechte abgeschwächt oder gar gänzlich ignoriert. Dafür gibt es viele Gründe. Einer der prominentesten ist wohl, dass für das, worüber alle Menschen freie Verfügung haben sollten, weil sie ohne das jeweilige Gut nicht leben können, private Besitz- oder Eigentumsansprüche reklamiert und durchgesetzt werden.

Dies hat Folgen, da Eigentümern das Recht eingeräumt und garantiert wird, andere vom Zugriff und von der Nutzung der Ressource auszuschließen. In modernen Gesellschaften gibt es zwar durchaus Einschränkungen der Rechte der Eigentümer, die durch das öffentliche Interesse begründet sind. Im deutschen Grundgesetz ist zum Beispiel das Prinzip der Sozialpflichtigkeit des Eigentums festgeschrieben (Art. 14, 2 GG). Diese Einschränkungen sind aber oft genug ihrerseits so eingeschränkt[1], dass von einer Einlösung des ethischen Primats fairer Zugriffs- und Nutzungsrechte aller Menschen kaum mehr gesprochen werden kann. Das trifft sogar für elementare Ressourcen wie Luft oder Wasser zu. Und es trifft erst recht – und damit nähere ich mich meinem Thema – auf immaterielle Ressourcen zu, obgleich, paradox genug, gerade hier unbeschränkter Zugriff und freie Nutzung leichter zu erreichen wäre.

Trotzdem – und das mag als vorsichtige Bestätigung für die These gelten, dass ethische Prinzipien den längeren Atem haben – setzt sich immer stärker als Norm

1 | Beispiele sind die §§ 52a, 52b, 53, 53a des deutschen Urheberrechtsgesetzes.

durch, dass die menschliche Existenz und Entwicklung nicht von der privaten Aneignung und von privaten exklusiven Rechtsansprüchen an das, was in diesem Buch Gemeingüter oder Commons genannt wird, gänzlich abhängig sein dürfen. Nach circa 40 Jahren der Auseinandersetzung mit den Commons besteht ein allgemeiner und zunehmend auch weltweiter Konsens darüber, dass der durch Nachhaltigkeit bestimmte Umgang mit natürlichen Ressourcen nicht nur deren nicht unbeschränkte, aber faire Nutzung für jedermann erlaubt, sondern auch die kommerzielle Verwertung, allerdings kaum länger unter exklusiven privaten Rechtsansprüchen. Für lange Zeit wurde es als paradox angesehen, Ökonomie und Ökologie für miteinander verträglich zu halten. Die Praxis hat das Paradox aufgelöst.

Im Folgenden will ich einige der grundlegenden Einsichten und Konzepte der allgemeinen, in der Regel bislang auf natürliche Ressourcen bezogenen Ökologie auf eine Wissensökologie übertragen.

Wissen ist das Wasser des Geistes

Ökologie der natürlichen und Ökologie der immateriellen Ressourcen scheinen zunächst im Widerspruch zueinander zu stehen. Die Nachhaltigkeit der ersteren, einschließlich der Verfügbarkeit für spätere Generationen, soll nicht zuletzt dadurch gesichert werden, dass sie vor Übernutzung geschützt werden und daher auch der Zugang zu ihnen zu begrenzen ist – es sei denn, ein gleichwertiger und allgemein akzeptierter Ersatz für den Verlust einer Ressource wird gefunden oder entwickelt.

Es gibt bislang keine allgemein anerkannte Definition von Wissensökologie (Kuhlen 2004b)[2]. Die umfassendste Bestimmung des Begriffs stammt von Knowledge Ecology International[3]: Danach soll sich Wissensökologie mit den sozialen Aspekten der Regeln für geistiges Eigentum beschäftigen, aber auch mit der Sicherung des Zugriffs auf Wissen, mit Informations- und Barrierefreiheit, mit neuen, auf Teilen von Wissen abzielenden Publikationsmodellen bis zum Verbraucherschutz und zur Regulierung der Telekommunikationsmärkte.

Wissensökologie kann für den Zweck dieses Artikels definiert werden als der nachhaltige Umgang mit Wissen und Information. Dafür muss »Nachhaltigkeit« erweitert oder gar anders bestimmt werden. Wissen verbraucht und erschöpft sich nicht im Gebrauch. Ganz im Gegenteil, je mehr es genutzt wird, desto mehr nutzt es vielen Leuten, und desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich aus Wissen Innovationen, neue Produkte und Dienstleistungen entwickeln und dass neues Wissen aus existierendem entsteht.

Entscheidend ist aber, dass für die immaterielle Ressource »Wissen und Information« die gleiche ethische Begründung gilt wie für die materiellen Ressourcen, insofern sie zu den Gemeingütern (Commons) gerechnet werden können. So wie Wasser unabdingbar ist für die menschliche Existenz, so ist Wissen unabdingbar

2 | Wir klammern hier das weit verbreitete Verständnis von Organisationen als »knowledge ecologies« aus.

3 | Siehe unter: http://keionline.org/node/15 (Zugriff am 01.12.2011).

für die soziale und individuelle Entwicklung. Wissen ist sozusagen das Wasser des Geistes, zu Wasser äquivalent: Knowledge is the water of the mind.

Was richtig für Wasser ist, trifft auch für Wissen und Information zu: Sie sollen nicht Gegenstände privaten exklusiven Eigentums sein. Dies ist ein grundlegendes ethisches Postulat. Aber auch hier sieht die Realität anders aus: Wissen ist bis in die Gegenwart hinein immer wieder Gegenstand privater Aneignung gewesen. Dahinter standen das Konzept und der Anspruch auf private intellektuelle Eigentumsrechte.[4] Allerdings beziehen sich die privaten Ansprüche weniger auf Wissen selber, sondern – wie ich im nächsten Abschnitt ausführen werde – auf den Zugriff und das Ausmaß der zugelassenen Nutzung. Die Realität der kommerziellen Informationsmärkte zeigt sehr deutlich, dass Menschen auf vielfältige Weise von Zugriff und Nutzung von Wissen ausgeschlossen werden. Die Eigenschaft von Wissen, im Gebrauch zwar nichtrivalisierend, aber durchaus ausschließbar zu sein,[5] hat in der ökonomischen Gütertheorie dazu geführt, Wissen als »Allmendegut« bzw. als »Gemeinressource« (»common-pool resources«) einzuordnen und eben nicht als »öffentliches Gut«, das gewöhnlich als nichtrivalisierend und nichtausschließbar klassifiziert wird.

Diese Terminologie und Klassifizierung ist für die Entwicklung einer allgemeinen Commons-Theorie zwar nicht nutzlos, aber auch nicht ausreichend.[6] Sie trägt der nicht zuletzt auf Elinor Ostrom zurückgehenden Unterscheidung zwischen »common-pool resources« und »commons« nur unzureichend Rechnung. Ich greife diese Unterscheidung im nächsten Absatz auf, wobei ich allerdings den von Ostrom und anderen Institutionalisten verwendeten Wissensbegriff leicht, aber folgenreich modifiziere. Die Herausforderung ist in Wirklichkeit ja nicht die Frage nach der Produktion von Wissen oder die Frage, wer Wissen besitzt oder kontrolliert – denn niemand kann Wissen besitzen, wenn es einmal öffentlich geworden ist. Die Herausforderung ist vielmehr, zu entscheiden, wer den Zugriff auf und die Nutzung von Wissen kontrolliert. Das ist nicht eine Frage von Wissen, sondern von Information.

Wissen als Gemeinressource und Wissen als Commons

Seit dem grundlegenden Band von Hess/Ostrom (2007) hat es sich durchgesetzt, Wissen als Commons zu begreifen. Nach Ostrom ist Wissen das Ensemble der intellektuellen Aktivitäten, die in einer medialen Form öffentlich zugänglich gemacht worden sind. Es ist damit Teil des gemeinsamen menschlichen Erbes und somit eine Common-Pool-Ressource (eine Gemeinressource), und zwar eine besonders prominente und universale.

»Wissen«, so wie es meistens in der Literatur verwendet wird, »bezieht sich auf alle intelligible Ideen, Informationen und Daten, in welcher Form auch immer sie ausgedrückt oder erzeugt werden« (Ostrom/Hess 2007: 7). In unserem Verständ-

4 | Zur gegenwärtigen Entwicklung des sogenannten »intellektuellen Eigentums« vgl. den Beitrag von Beatriz Busaniche in diesem Buch (Anm. der Hg.).

5 | Diese Begriffe werden im Beitrag von Silke Helfrich kurz erläutert (Anm. der Hg.).

6 | Vgl. die Beiträge von Ugo Mattei und James Quilligan in diesem Buch (Anm. der Hg.).

nis – nicht aus terminologischen, sondern aus pragmatischen Gründen – ist Wissen in erster Linie ein kognitives, aber auch gleichermaßen sozial- und kulturabhängiges Konstrukt, ein allgemeiner Begriff für »Fakten, Ideen, Systeme oder Vorgehensweisen« (um die Formulierung des U.S. Copyright Office zu verwenden)[7].

Einmal in die Welt gesetzt, ist Wissen offen und frei nutzbar für jedermann und damit tatsächlich entsprechend der klassischen Güterklassifikation ein »öffentliches Gut« (»public good«). Denn sobald Wissen den »Kopf« seines Schöpfers verlassen hat, kann es nicht länger als ausschließlich privates Eigentum reklamiert werden. Das wird in dem berühmten Brief von Thomas Jefferson an Isaac McPherson (1813) so formuliert: »If nature has made any one thing less susceptible than all others of exclusive property, it is the action of the thinking power called an idea, which an individual may exclusively possess as long as he keeps it to himself; but the moment it is divulged, it forces itself into the possession of every one, and the receiver cannot dispossess himself of it [...]. That ideas should freely spread from one to another over the globe, for the moral and mutual instruction of man, and improvement of his condition, seems to have been peculiarly and benevolently designed by nature [...].«[8]

Zweifellos sind mentale Strukturen nur wahrnehmbar und kommunizierbar, wenn sie in irgendeiner medialen Form repräsentiert sind. Die erstellte Repräsentation selber ist kein Wissen. Ein Buch ist streng genommen kein Wissensobjekt, sondern es enthält Wissen (und ist auch nur deshalb urheberrechtlich geschützt). Auch ein Musikstück ist kein Wissen, es mag aber eine Idee widerspiegeln, die dem Komponisten vorgeschwebt hat.

Aus informationswissenschaftlicher Sicht sollte daher der Ausdruck »Wissensobjekte« vermieden und von »Informationsobjekten« gesprochen werden, um Objekte zu bezeichnen, die aus Wissen entstanden, medial repräsentiert und so kommunizierbar geworden sind. Bücher, Musikstücke, Statuen, Bilder, Filme sind Informationsobjekte, die auf den kommerziellen Informationsmärkten gehandelt, aber auch in offenen Umgebungen frei zugänglich und nutzbar gemacht werden können.

Diese Unterscheidung hat mit Blick auf die Ausschließbarkeit und die Eigentumsansprüche Konsequenzen. Das fundamentale und auch vom Urheberrecht nicht angezweifelte Recht der freien Nutzung von Wissen ist folgenlos, wenn der Zugriff auf das repräsentierte Wissen nicht ermöglicht wird. In der Realität hängt der Zugriff auf Wissen, und erst recht das Ausmaß der Nutzung, einerseits von den (methodischen und technologischen) Formen ab, durch die Wissen wahrnehmbar gemacht worden ist, und andererseits von den erfolgreich geltend gemachten Rechtsansprüchen an die jeweilige mediale Repräsentation der Informationsobjekte.

Statt nun auf dieser für manche etwas spitzfindig anmutenden Unterscheidung von Wissen und Information bzw. Wissens- und Informationsobjekten zu

7 | Siehe unter: www.copyright.gov/help/faq/faq-general.html (Zugriff am 21.12.2011).

8 | Thomas Jefferson to Isaac McPherson, Writings 13: 333-335, online unter: http://press-pubs.uchicago.edu/founders/documents/a1_8_8s12.html (Zugriff am 21.12.2011).

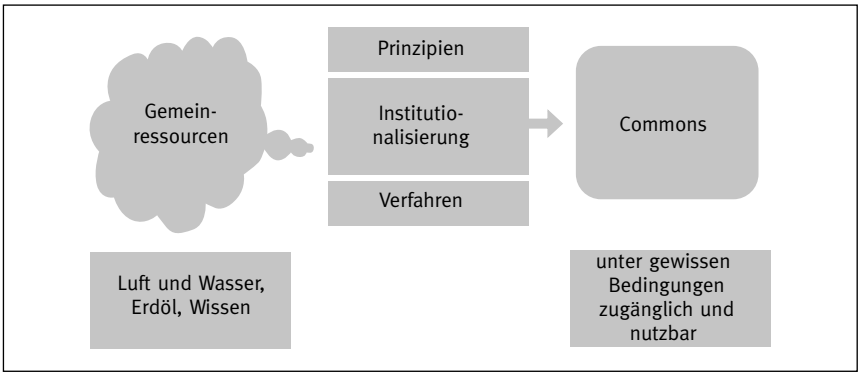
beharren[9], verwenden wir im Folgenden die Abkürzung »W&I« und zuweilen auch »Wissen« als Oberbegriff für beides. Dabei bezieht sich »Wissen« primär auf die Gemeinressource selbst, während »Wissen als Commons« die konkreten Institutionalisierungsformen für zugreifbare und nutzbare Informationen beschreibt.

Wie können Rechte am »Wissen als Commons« durchgesetzt werden?

Jede Gesellschaft hat für sich als Ganze oder auch nur in Teilbereichen Formen entwickelt, wie Gemeinressourcen zugreifbar und genutzt, aber auch wie sie vor Übernutzung und vor der Verletzung der Rechte Betroffener (Personen, Gruppen oder Organisationen) geschützt werden können. In der Institutionenökonomie bedeutet das, dass Gemeinressourcen nur dann zu Commons werden können, wenn die davon betroffenen Akteure ein gemeinsames Werteverständnis haben und sich auf Regeln geeinigt haben.

Abbildung 1 zeigt, stark vereinfacht, die allgemeine Struktur zur Institutionalisierung von Wissen als Commons.

Abbildung 1: Modell zur Institutionalisierung von Gemeinressourcen als Commons



Quelle: Rainer Kuhlen

Die konkreten Institutionalisierungsformen, die jeweils geltenden Prinzipien und Verfahren sind in hohem Maße kulturabhängig und interessengeleitet. Sie sind aber auch abhängig von den technologischen Rahmenbedingungen für Produktion, Aufbereitung, Verteilung und Nutzung von W&I. Sicherlich sind die Beziehungen zwischen den Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) einerseits sowie den Werten, Prinzipien und Normen und den Kommunikationsformen, Regeln, Gesetzen und Vertragsformen andererseits nicht deterministisch, sondern eher bidirektional: Technologie beeinflusst moralische Einstellungen,

9 | Zu dem pragmatischen Verständnis von Information, komprimiert in dem Aphorismus »Information ist Wissen in Aktion«, vgl. Kuhlen 2004a. Allerdings macht es durchaus Sinn, weiter von »Wissensökologie« zu sprechen, weil damit die gesamte Umgebung angesprochen wird, durch die ein nachhaltiger Umgang mit Wissen, über Informationsobjekte hinaus, möglich wird.

aber diese – zusammen mit anderen Faktoren wie politischer Wille und ökonomisches Interesse – steuern auch die Wahl aus den verfügbaren Technologien.[10] So kann Technologie (zum Beispiel Software) zum Einsatz von Digital Rights Management zum Schutz kommerzieller Marktinteressen genutzt werden, aber auch zum Aufbau von offenen P2P-Projekten zum freien Teilen von W&I.

Wie auch immer, die technologischen Rahmenbedingungen mit Blick auf W&I sind niemals stabil. Produktion, Verteilung und Nutzung von W&I waren zu einer Zeit, als Wissen durch das Schreiben auf Pergament als Informationsobjekt sichtbar gemacht wurde, gänzlich andere als jene, die sich durch Gutenbergs Entwicklung des Drucks mit beweglichen Buchstaben ergeben haben. Und heute, in den elektronischen Umgebungen des Internets, sind sie wiederum gänzlich verschieden. Technologische Veränderungen vollziehen sich aber nicht nur durch große Paradigmenwechsel, sondern auch allmählich in »kleineren« Schritten. So hat zum Beispiel die nichtlineare Wissensorganisation durch Hypertextmethodologie oder die breite Verfügbarkeit multimedialer Repräsentationsformen weitreichenden Einfluss auf die zur Anwendung kommenden Institutionalisierungsverfahren. Das gilt für die zugrunde zu legenden Prinzipien und Werte wie für die Prozeduren und Regeln gleichermaßen. Technologische Rahmenbedingungen haben also Regulierungskonsequenzen. Sie beeinflussen, wer wofür Eigentumsrechte reklamiert und wer von diesen Eigentümern welche Zugriffs- und Nutzungsmöglichkeiten erhält. Sie bestimmen Strategien der Verknappung oder der Offenheit. Und sie sind nicht immer eindeutig. Von einem ethischen, aus einem gemeinschaftlichen Ansatz begründeten Standpunkt können Institutionalisierungsformen als angemessen angesehen werden, wenn sie den in Abbildung 1 angedeuteten Prinzipien wie Offenheit, Inklusivität, Nachhaltigkeit etc. folgen, nicht zuletzt auch deshalb, weil die über die gegenwärtigen Technologien erschließbaren Potentiale dadurch eher abgerufen werden können. Aber diese Präferenz muss nicht gänzlich in Widerspruch zu kommerziellen Verwertungsformen stehen, zumal selbst für diese, inklusive des Beharrens auf exklusiven Eigentumsansprüchen, ethische Argumente in Anspruch genommen werden, zum Beispiel dass, utilitaristisch gedacht, die Überführung von Wissen in marktfähige Informationsprodukte letztlich im weiteren öffentlichen Interesse liegt. Das kann hier weder weiter ausgeführt noch systematisch kritisiert werden.

Gegenwärtig sind wir noch weit davon entfernt, eine Kompatibilität zwischen offenen und verknappenden Institutionalisierungsformen von W&I theoretisch schlüssig darlegen, geschweige denn umfassend belegen zu können. In der Realität erleben wir weltweit eher eine sich erheblich zuspitzende Kontroverse zwischen offenen und freien sowie proprietären und verknappenden Institutionalisierungsformen. Dies wird insbesondere in den Auseinandersetzungen darüber deutlich, was verschiedene Seiten unter einem starken Urheberrecht verstehen. Ist es eines, das die kommerziellen Verwertungsansprüche stärkt, oder eines, das den Charakter von Wissen als Commons schützt?

Das klassische, über den Markt praktizierte Verwertungsmodell von W&I hat, vor allem mit Blick auf Bildung und Wissenschaft, im Zusammenspiel der Auto-

10 | Siehe dazu ausführlicher Josh Tenenberg in diesem Buch (Anm. der Hg.).

ren, Verlage und Bibliotheken lange zufriedenstellend funktioniert: Wissen wird von Menschen produziert, deren Erwartungen, über Publikationen bekannt und anerkannt zu werden, von der Informationsindustrie über eine Vielzahl von Informationsprodukten und -dienstleistungen entsprochen wurde. Diese wiederum wurden denjenigen, die nicht die Mittel aufbringen konnten oder wollten, diese Produkte auf den Märkten zu erwerben, über Bibliotheken, Museen, Archive oder öffentlich finanzierte und betriebene Online-Datenbanken weitgehend kostenlos zugänglich gemacht.

Die derzeit stattfindende tendenziell vollständige Digitalisierung aller Vorgänge für Produktion, Aufbereitung, Zugänglichmachung und Nutzung von W&I sollte an sich das Potential zur freien Nutzung befördern und zugleich die Aussicht auf kommerziellen Erfolg nicht schmälern. Aber auf fast schon paradoxe Weise hat der Digitalisierungsprozess eher zur Unzufriedenheit aller Akteure geführt. Ich beziehe dies, wie auch die folgenden Ausführungen insgesamt, in erster Linie auf die Bereiche Bildung und Wissenschaft, aber die Argumente gelten in der Regel auch für die weiteren Kulturbereiche:

Autorinnen und Autoren sehen sich in ihrer informationellen Autonomie durch Ansprüche der kommerziellen Verwerter eingeschränkt. Sie erhalten in ihrer doppelten Eigenschaft als Nutzer nicht mehr im ausreichenden Ausmaß Zugriff auf die Informationsprodukte, die sie für das Schaffen neuen Wissens brauchen, zumindest nicht mehr zu für sie akzeptablen Bedingungen und Preisen.

Verlage sehen ihre traditionellen Geschäftsmodelle und Vergütungsansprüche durch die technisch gegebenen Möglichkeiten Dritter, sie relativ leicht außer Kraft zu setzen, bedroht. Sie sehen sich zudem durch entstehende alternative Publikationsmodelle, vor allem im Open-Access-Paradigma, aber auch durch direkte Autorenpublikationsforen wie bei Amazon, aus den Märkten gedrängt.

Die Budgets der Mittlerinstitutionen wie Bibliotheken können mit den drastisch angestiegenen Kosten für die Informationsprodukte nicht mithalten. Zudem werden sie ebenso drastisch durch Urheberrechtsregelungen, die die kommerzielle Verwertung begünstigen, in ihren Vermittlungsleistungen eingeschränkt.

Wie oft in der Wissenschafts-, aber auch der Sozial- und Politikgeschichte ist das, was mit Kant eine »Kopernikanische Wende« genannt wird, eine überraschende Lösung, um aus den Aporien der Gegenwart herauszukommen. Welches sind diese?

Die Balance zwischen den Interessen der Autoren, Verwerter und Nutzer existiert nicht mehr. W&I wird in erster Linie als Gegenstand kommerzieller Verwertung gesehen, geschützt durch die sich stets verschärfende Urheberrechtsgesetzgebung der letzten 30 Jahre.

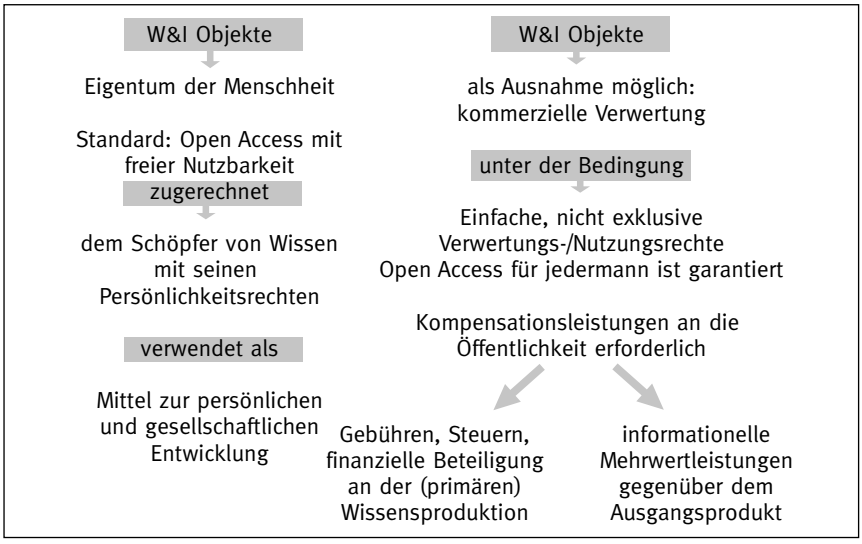
Vor allem in den Bereichen Bildung und Wissenschaft ist ein deutliches Marktversagen erkennbar. Die Nutzungsbedingungen (nicht zuletzt die Kosten) der kommerziellen Anbieter sind den Potentialen elektronischer Medien nicht angemessen. Diese Medien werden zudem nicht ausreichend zur Erzeugung innovativer Informationsprodukte genutzt.

Es baut sich zunehmend Widerstand gegen die bisherige Praxis der vertraglich abgesicherten vollständigen Übertragung der den Autoren zustehenden Verwertungsrechte in exklusive Nutzungsrechte der Verleger auf.

Die Öffentlichkeit akzeptiert immer weniger, dass das mit öffentlichen Mitteln produzierte Wissen zum Beispiel an öffentlichen Universitäten in der Regel kostenlos an die Verlage abgegeben wird und dass dann für die entstehenden Produkte – von eben diesen Universitäten – hohe Nutzungsgebühren zu entrichten sind.

Das dem Urheberrecht zugrunde liegende Konzept des singulären Autors und des geschlossenen Werks steht im Widerspruch zur zunehmenden Praxis des kollaborativen Erstellens von Wissen und zur Entwicklung von offenen Informationsprodukten.

Abbildung 2: Modell zur Institutionalisierung von Wissen im Paradigma von »commonsbasierten« Informationsmärkten



Quelle: Rainer Kuhlen

Angesichts dieser Situation kann die Kopernikanische Wende nur bedeuten, dass das jetzige Primat der kommerziellen Verwertung für die Institutionalisierung von W&I vom Kopf auf die Füße gestellt wird: Der freie Zugriff und die freie Nutzung sollen die Regel sein und die kommerzielle Verwertung die Ausnahme, die zudem nur durch Kompensationsleistungen an die Öffentlichkeit bzw. an die Wissensproduzenten zu rechtfertigen ist. Dies trägt dem Charakter von Wissen als Commons Rechnung. Auch in diesem Modell (Abbildung 2) ist also kommerzielle Verwertung möglich.

So paradox das heute noch klingen mag: die Kompatibilität zwischen Wissensökonomie und Wissensökologie ist das zukünftige Handlungsmuster auf offenen und proprietären Informationsmärkten. Allerdings ist dies bislang nur Programm. Die Wissensökologie wird sich der Herausforderung stellen müssen, die Ausführungsformen dafür zu entwickeln.

Literatur

Hess, Charlotte/Ostrom, Elinor (Hg.) (2007): Understanding Knowledge as a Commons. From Theory to Practice, Cambridge/London.

Kuhlen, Rainer (2004a): »Information«, in: Kuhlen, Rainer/Seeger, Thomas/Strauch, Dietmar (Hg.): Grundlagen der praktischen Information und Dokumentation. Handbuch zur Einführung in die Informationswissenschaft und -praxis, 5. Auflage, S. 3-20, online unter: http://bit.ly/oX1up0 (Zugriff am 13.02.2012).

Kuhlen, Rainer (2004b): »Wissensökologie«, in: Kuhlen/Seeger/Strauch: Grundlagen der praktischen Information und Dokumentation, S. 105-113, online unter: http://bit.ly/nus2vn (Zugriff am 13.02.2012).

Lessig, Lawrence (1999): Code and Other Laws of Cyberspace, New York.

Ostrom, Elinor (1999): Governing the Commons. The Evolution of Institutions for Collective Action, Cambridge.

Rainer Kuhlen (Deutschland) ist Professor für Informationswissenschaften an der Universität Konstanz. Er ist Mitglied der Deutschen UNESCO-Kommission und der Grünen Akademie. Sein jüngstes Buch trägt den Titel *Successful Failure – Twilight of Copyright?* (2008). Aktuell arbeitet er am Projekt IUWIS mit: http://www.iuwis.de. Seine Website ist http://www.kuhlen.name, sein Blog http://www.netethics-net.

Das wahre Bestreben des Staates muß daher dahin gerichtet sein, die Menschen durch Freiheit dahin zu führen, daß leichter Gemeinheiten entstehen, deren Wirksamkeit [...] an die Stelle des Staates treten können.
Wilhelm von Humboldt, Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen (1792)

Kapitel V

Commons produzieren, Politik neu denken

Das Menschenrecht auf eine saubere Umwelt und die Renaissance der Commons

David Bollier und Burns H. Weston

Jeder Mensch hat ein Recht auf eine intakte Umwelt. Davon gehen wir aus. Dieses Recht ist zwar in seiner Wirkung begrenzt, aber es ist Bestandteil unseres rechtlichen wie moralischen Erbes und wir meinen, dass es neu gedacht und mit Leben gefüllt werden muss, wenn uns die Erde weiterhin günstige Lebensbedingungen schenken soll.

Das Menschenrecht auf Umwelt wiederzubeleben bedarf nicht nur einer Abwendung von der neoliberalen Politik und Ökonomie, die unaufhörliches Wachstum, die Kommerzialisierung der Natur und eine vom Markt geprägte Beziehungskultur erfordert. Es setzt auch voraus, dass wir die Commons als Governance-Modell nutzen, um eine neue Architektur des Rechts und des staatlichen Handelns konzipieren zu können.

Seit den Anfängen der industriellen Revolution, vor allem aber seit dem Beginn der forcierten Globalisierung vor etwa 30 Jahren, wird das Recht auf eine intakte Umwelt von mächtigen ökonomischen und politischen Interessenvertretern unterdrückt und desavouiert. Dies geschieht zwar nicht mit vorgehaltener Pistole, aber doch im Rahmen eines Rechtssystems, das die private und öffentliche Plünderung unseres gemeinsamen Reichtums zum Schaden aller favorisiert. Wer das Recht auf Umwelt ignoriert, öffnet letztlich allerdings der Auslöschung Tür und Tor.

Spätestens seit *Silent Spring* (dt.: *Der stumme Frühling*) von Rachel Carson wissen wir, dass die Menschheit nicht-erneuerbare Ressourcen verschwendet, wertvolle Arten willkürlich vernichtet und fragile Ökosysteme vergiftet und degradiert. In den letzten Jahrzehnten haben diese zunehmend vieldimensionalen und allgegenwärtigen Entgleisungen eine systemische Dimension angenommen. Seit einiger Zeit ist auch klargeworden, dass Kohlendioxid- und andere Treibhausgasemissionen die Erde in einem Ausmaß bedrohen, das seit Dinosaurierzeiten ohne Beispiel ist.

Aus rechtlicher Perspektive betrachtet ist ein effektiver und fairer Umweltschutz, der die Grundbedürfnisse aller befriedigen kann, am ehesten durch die rigorose Durchsetzung eines neu konzipierten Menschenrechts auf Umwelt zu gewährleisten. Dies ist nur durch eine commons- und rechtebasierte ökologische Governance möglich, die lokal wie global funktioniert und auf Prinzipien wie der Achtung der Natur und der Mitmenschen beruht.

Ein derartiger Paradigmenwechsel ist eine gewaltige Herausforderung. Er erfordert, dass wir einige grundlegende Prämissen unseres Rechtssystems und unserer ökonomischen, politischen und kulturellen Ordnungen überdenken. Doch es ist machbar, sich dieser lebenswichtigen Aufgabe zu stellen, wenn wir uns von der Rigidität staatszentrierter Modelle und ihrer langwierigen Rechtsverfahren befreien; wenn wir unser Verständnis von »Wert« ausweiten, indem wir soziales Wohlergehen darin berücksichtigen, und aufhören, Natur wie Kapital zu behandeln; wenn wir unsere Vorstellung von Menschenrechten erweitern, damit sie nicht nur moralischen, sondern auch strategischen Anliegen dienen können; und wenn wir die Macht der nicht marktförmigen Teilhabe, des Lokalen und der gesellschaftlichen Vielfalt bei der Bewältigung von Umweltproblemen anerkennen.

Der Status des Menschenrechts auf eine intakte Umwelt

Das Menschenrecht auf eine intakte Umwelt kann tatsächlich ein machtvolles Instrument sein, um ein System ökologischer Governance im Interesse des Allgemeinwohls aufzubauen und zu stärken. Skeptiker sagen, dieses Recht existiere höchstens als moralisches Recht und ließe Elemente vermissen, um es durchzusetzen und zu kontrollieren. Dabei würde erst dies ihm Gesetzeskraft verleihen. Haben sie damit recht? Die Antwort lautet »Ja« und »Nein«.

Nach der gängigen Rechtsauffassung gibt es derzeit mindestens drei Möglichkeiten, das Menschenrecht auf Umwelt juristisch anzuerkennen:

- als ein Anspruch, der sich von anderen anerkannten Rechten ableitet; dies bezieht sich primär auf die Grundrechte auf Leben, Gesundheit und die Achtung der Privatsphäre, aber gelegentlich auch auf daraus abgeleitete Rechte, zum Beispiel das Recht auf Lebensraum, Existenzgrundlagen, Kultur, Würde oder Nichtdiskriminierung und Schlaf;
- als eigenständiger Anspruch, der nur von seiner eigenen Anerkennung abhängt; dieser Ansatz wird zunehmend favorisiert, weil hier etliche Bestimmungen aus Staatsverfassungen und regionalen Vertragswerken, die ein solches Recht bereits proklamieren, als Beleg dafür dienen können, dass dieser Ansatz funktioniert;
- als Cluster prozeduraler Ansprüche, die (ähnlich wie die erstgenannten abgeleiteten Rechte) von einer »Neuformulierung und Expansion bestehender Menschenrechte und Pflichten« stammen und als »prozedurale Umweltrechte« bekannt sind.

Alle drei Manifestationen des Menschenrechts auf Umwelt, gleichgültig wie tauglich ihre konkreten Anwendungen sind, sind in ihrer rechtlichen Anerkennung und ihrem juristischen Geltungsbereich begrenzt, wie eine sorgfältige Durchsicht des Status der weltweiten Menschenrechtsgesetzgebung zeigt. Juristisch gesehen ist das Recht auf eine intakte Umwelt bislang am stärksten in seiner abgeleiteten Form anerkannt (das heißt abgeleitet aus anderen anerkannten Rechten), statt in »autonomen Formen« (das heißt als eigenständiges Recht anerkannt). Interessanterweise findet sich insbesondere die autonome Variante hauptsächlich in

den Entwicklungsländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Doch zunehmend werden auch prozedurale Umweltrechte anerkannt – vorwiegend auf regionaler Ebene.

Im Grunde scheint es unmöglich, dass ein formelles und weltweit anerkanntes Menschenrecht auf Umwelt existieren wird, solange sich die ökologische Governance im Griff des unregulierten Kapitalismus befindet. In den letzten Jahren wurden jedoch zwei attraktive alternative Ansätze entwickelt: Der erste Ansatz – intergenerationelle Umweltrechte – setzt hauptsächlich bei moralischen Appellen an; der zweite – die Rechte der Natur; hier sind die Regierungen von Ecuador und Bolivien bahnbrechend – behauptet, dass die Natur selbst über Rechte verfüge, die von den Menschen vertreten und verteidigt werden müssten.

Beide Ansätze gehen über den engen Anthropozentrismus des bestehenden Rechts hinaus. Ihrer Natur nach sind sie autonome, nicht abgeleitete Rechte. Sie brauchen eine starke Anwaltschaft, um sie einzufordern und durchzusetzen. Bislang werden sie hauptsächlich auf nationaler und subnationaler Ebene gefordert. Sie spiegeln, politisch gesehen, eine tiefe Unzufriedenheit mit den üblichen Formen der Lobbyarbeit von Umweltschützern und der tiefsitzenden Verankerung der formalen Rechtsordnung im Neoliberalismus. So wundert es nicht, dass bestimmte wirtschaftliche und politische Interessenvertreter diesen innovativen rechtlichen Schachzügen enormen Widerstand entgegensetzen – und zwar aus Gründen, die historischer und philosophischer Natur sind. Es sei denn, es gibt eine ökologische Katastrophe, die die bisherigen Spielregeln außer Kraft setzt. Die Commons weisen aber heute schon den Weg zu einem anderen Governance-Ansatz.

Den Weg für ein neues Paradigma bahnen

Wir gehen davon aus, dass die zahlreichen Umweltkrisen nicht allein durch »grüne« Technologien oder wirtschaftliche Reformen überwunden werden können; vielmehr müssen Governance-Formen entwickelt werden, die es den Menschen erlauben, sich vom Anthropozentrismus hin zu einem Biozentrismus zu bewegen, und die die Menschen ermutigen, bessere Beziehungen mit der Natur selbst und mit anderen Menschen aufzubauen.

Solch ein Ansatz sollte, erstens, von einer Logik des Respekts für die Natur, für Suffizienz und gegenseitige Abhängigkeit, geteilte Verantwortung sowie Fairness für alle auf der Suche nach einer sich im ökologischen Gleichgewicht befindlichen Umwelt getragen werden; und, zweitens, von der Ethik einer Bürgerschaft, die zugleich global und lokal denkt und auf Transparenz und Rechenschaftslegung in allen Umweltangelegenheiten besteht.

Wir glauben, dass ein Menschenrecht auf eine commons- und rechtebasierte ökologische Governance beides beinhaltet. Richtig umgesetzt, kann uns dieser Ansatz über die neoliberale Allianz von Staat und Markt – kurz »Staat/Markt« – hinaus voranbringen.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass verschiedene Industrielobbys die Gesetzgebungsprozesse in vielen Ländern der Welt okkupiert, wenn nicht gar korrumpiert haben; und dass der Regulierungsapparat, auch wenn er notwendige Funktionen erfüllt, im Grunde genommen nicht in der Lage ist, seinen gesetzlichen Auftrag

zu erfüllen, geschweige denn neue, bahnbrechende Umweltstandards durchzusetzen. Des Weiteren ist die Regulierung häufig dem Einfluss der Bürger und der Rechenschaftspflicht entzogen. Angesichts dieser Parameter des Verwaltungsstaates und des neoliberalen Politikkonsenses sind wir in Sachen Umweltrecht an den Grenzen der Innovation und einer glaubhaften Führungsrolle der zuständigen Institutionen angelangt.

Ein weiteres grundlegendes Problem: Das Preissystem – der scheinbar beliebteste Governance-Mechanismus der Politik – hat Schwierigkeiten damit, subtile, qualitative, langfristige und komplizierte »Werte« abzubilden. (Genau dies sind die Attribute natürlicher Systeme.) Das gegenwärtige Preissystem ist nicht in der Lage, qualitativ unterschiedliche Arten von Wert darzustellen. Das bekannteste Beispiel hierfür ist die »Tragfähigkeit« natürlicher Systeme und die ihnen inhärenten Nutzungsgrenzen. Es geht gegenwärtig hauptsächlich – wenn nicht ausschließlich – um den Tauschwert. Das ist die große Erzählung der konventionellen Wirtschaftswissenschaft. Das Bruttoinlandsprodukt bildet die Summe aller Marktaktivitäten ab, gleichgültig, ob sie der Gesellschaft tatsächlich nützten oder nicht. Umgekehrt wird alles, was keinen Preis hat und »außerhalb« des Marktes existiert, als wertlos betrachtet.

Commons als Modell für ökologische Governance

Ein Commons ist ein Regime für das Management gemeinsamer Ressourcen, das nicht auf individuelle Eigentumsrechte und staatliche Kontrolle angewiesen ist. Es gründet auf Arrangements gemeinsamen Eigentums, die meist selbstorganisiert und komplex sind und auf je spezifische Art im sozialen Miteinander verwirklicht werden. Commons werden allgemein durch das geregelt, was wir »Vernacular Law« nennen. Dabei handelt es sich um die »inoffiziellen« Normen, Institutionen und Verfahren, die eine Gemeinschaft von Ebenbürtigen ausarbeitet, um die gemeinsamen Ressourcen selbst und typischerweise demokratisch zu verwalten. Staatliches Recht und Handeln kann die Parameter setzen, innerhalb derer Vernacular Law operiert, aber es kontrolliert nicht direkt, wie ein bestimmtes Commons organisiert wird.

So sind Commons quasi souverän: Zentralisierte Mandate des Staates werden genauso gemieden wie die Tauschstrukturen des Marktes. In ihrer breitesten Definition könnten Commons ein wichtiges Vehikel werden, um das Menschenrecht auf eine intakte Umwelt auf allen Ebenen zu gewährleisten. Dies erfordert jedoch neue rechtliche und politische Normen, Institutionen und Verfahren, die Commons auch rechtlich anerkennen und unterstützen.

Commons sind, verglichen mit bestehenden Governance-Formen, ein Fortschritt, denn sie zeigen uns Möglichkeiten auf, Werte zu benennen und zu schützen, die der Markt nicht anerkennt. Sie geben uns ein Vokabular, um über die angemessenen Grenzen des Marktes zu sprechen – und die Werte durchzusetzen. Der Commons-Diskurs hilft, die Auseinandersetzung über jene sogenannten »Externalitäten des Marktes« zu führen, die häufig an den Rand der Wirtschaftstheorie und der Politik gedrängt werden. Er stellt Fragen wie: Wie können angemessene Grenzen für die marktbasierte Ausbeutung der Natur gesetzt werden? Welche

rechtlichen Prinzipien, Institutionen und Verfahren können helfen, eine gemeinsame Ressource fair und über lange Zeit nachhaltig zu bewirtschaften und dabei sensibel für die Umweltrechte heutiger wie künftiger Generationen zu sein?

Eine commons- und rechtebasierte ökologische Governance ist auch deswegen überzeugend, weil sie drei wichtige Dinge zusammenbringt: eine reiche Rechtstradition, die über Jahrhunderte zurückreicht; einen attraktiven kulturellen Diskurs, der die Menschen organisiert und anregt; und eine weitverbreitete partizipatorische soziale Praxis, die in großen wie kleinen, lokalen wie transnationalen Projekten gute Ergebnisse bringt.

Die Geschichte der rechtlichen Anerkennung der Commons – und damit das Recht der Commoners auf die Umwelt – geht Jahrhunderte, sogar Jahrtausende zurück. Bereits 1700 v. Chr. gab es Gesetze zum Waldschutz in Persien. In Ägypten etablierte Pharaoh Akhenaten Naturschutzgebiete schon im Jahre 1370 v. Chr. Hugo Grotius, häufig als Vater des Völkerrechts bezeichnet, vertrat in seiner berühmten Abhandlung *Mare Liberum* (1609) die Ansicht, dass das Meer für die Navigation und Fischerei frei sein müsse, weil das Naturgesetz den Besitz von Gütern verbietet, die »von der Natur für Gemeinsames geschaffen« zu sein scheinen (Baslar 1998).[1] Die Antarktis wird seit der Ratifizierung des Antarktisvertrags 1959 als stabiles, dauerhaftes intergouvernementales Commons gemanagt; das ermöglicht internationalen Wissenschaftlern, in großen Forschungsprojekten zusammenzuarbeiten, ohne militärische Konflikte wegen divergierender territorialer Ansprüche zu riskieren. Der Weltraumvertrag von 1967 erklärt den Weltraum, den Mond und andere Himmelskörper als »gemeinsames Erbe der Menschheit«, das »keiner nationalen Aneignung unterliegt«.

Commons sind eine dauerhafte transkulturelle Institution, die gewährleistet, dass Menschen direkten Zugang zu und Nutzungsrechte an natürlichen Ressourcen haben oder die Regierung als formaler Treuhänder für das Gemeinwohl fungieren kann. Commons bildeten schon immer eine Art Gegengewicht zu den dominierenden Systemen der Macht, denn obwohl sich die Strukturen staatlicher Macht im Laufe der Jahrhunderte gewandelt haben (Stämme, Monarchen, Feudalismus, Republiken), reagieren Commons – gleich ob als Nutzungsformen einer Küstenregion, eines Waldes oder eines Sumpfgebietes – stets auf dauerhafte menschliche Bedürfnisse: die Notwendigkeit der eigenen Subsistenz, die Erwartung grundsätzlicher Fairness und respektvollen Umgangs sowie das Recht auf eine intakte Umwelt.

In diesem Sinne bilden die historischen Fragmente dessen, was man als »Commons-Recht« bezeichnen könnte, eine eigene Rechtstradition, die die Umweltrechte fördern könnten. Sie beziehen sich auf den elementaren moralischen Konsens, dass alle Schöpfungen der Natur und der Gesellschaft, die wir von vorangehenden Generationen erben, geschützt und für künftige Generationen treuhänderisch verwaltet werden sollten.

Heute gelten der Nationalstaat und der Markt als die einzigen glaubwürdigen und relevanten Governance-Akteure. Dabei sind die Commons, wie die Beiträge in diesem Buch belegen, ein ausgesprochen praktischer und vielseitiger Modus, mit

1 | Siehe auch den folgenden Beitrag von Prue Taylor (Anm. der Hg.).

gemeinsamen Ressourcen umzugehen. Ihre Lebensfähigkeit ist weithin übersehen worden, nicht nur wegen der sich permanent fortschreibenden Hardin'schen Metapher der »Tragik der Allmende« und der Allmacht des Staat/Markt-Duopols, sondern auch weil Commons in so verschiedenartigen Formen existieren und von so vielen verschiedenen Menschen und Gruppen getragen werden.

Eine neue Architektur von Recht und Politik

Wenn sich dieses Paradigma durchsetzen soll, müssen wir die heute existierenden Commons sowie die noch zu schaffenden als Teile einer Weltsicht begreifen, die formale Anerkennung und Unterstützung durch den Staat verdient. Der Staat könnte gemeinsam mit der Zivilgesellschaft das Aufkommen eines Commons-Sektors erleichtern: einer erklecklichen Menge commonsbasierter Institutionen, Projekte und sozialer Praktiken, die die Wertvorstellungen kollektiven Handelns befördern. Wenn man die rechtliche Anerkennung und großzügige Förderung, in deren Genuss der »freie Staat« und der »freie Markt« seit Generationen gekommen sind, auf die Commons ausdehnen würde, könnte dies enorme Energien und Kreativität entfesseln. Diese Anerkennung könnte auch helfen, Staat und Markt auf vielerlei Weise zu transformieren, nicht zuletzt, indem sie Vetternwirtschaft, Korruption und Geheimhaltung begrenzen würde.

Wenn die Idee der Commons ihr Versprechen als Governance-Modell erfüllen soll, muss es eine geeignete und unterstützende Architektur in Recht und Politik geben. Dafür brauchen wir Innovationen in drei Bereichen:

- interne Governance-Prinzipien und -Politiken, die die Entwicklung und das Management von Commons leiten;
- Makroprinzipien und -politiken, die der Staat/Markt aufnehmen kann, um Commons- und Peer-to-Peer-Governance-freundliche Gesetze, Institutionen und Verfahren zu entwickeln;
- katalytische rechtliche Strategien, die Commoners (Zivilgesellschaft und klar definierte Gemeinschaften), der Staat und internationale zwischenstaatliche Organe verfolgen können, um ökologische Commons anzuerkennen, zu schützen und zu unterstützen.

Allgemeine interne Governance-Prinzipien und -Politiken

Elinor Ostroms acht Designprinzipien, im Jahre 1990 erstmals veröffentlicht, sind nach wie vor die solideste Grundlage zum Verständnis der internen Governance von Commons.[2] In einer ausführlichen Studie von 2010 fassen Poteete, Janssen und Ostrom die Schlüsselfaktoren zusammen, die es selbstorganisierten Gruppen ermöglichen, kollektive Lösungen für Probleme im Umgang mit kollektiven Ressourcen kleinen und mittleren Maßstabs zu finden. Zu den wichtigsten gehören: Erstens, verlässliche Informationen über die kurz- und langfristigen Kosten und den Nutzen von Handlungen stehen zur Verfügung; zweitens, die beteiligten Individuen halten die Ressourcen für ihr eigenes Tun für wichtig und haben eine

2 | Siehe S. 53/54 in diesem Buch (Anm. der Hg.).

langfristige Nutzungsperspektive; drittens, es ist den Beteiligten wichtig, einen Ruf als vertrauenswürdiges Gegenüber zu erlangen; viertens, Individuen können zumindest mit einigen der anderen Beteiligten direkt kommunizieren; fünftens, informelle Überwachung und Sanktionierung ist machbar und wird als angemessen erachtet; sechstens, soziales Kapital und »leadership«[3] existieren und basieren auf vorherigen Erfolgen bei der Lösung gemeinsamer Probleme (Poteete et al. 2010).

Ostrom merkt an, dass »ausführliche empirische Forschung zu kollektivem Handeln [...] wiederholt einen notwendigen Kernbestand von Vertrauen und Gegenseitigkeit unter den Beteiligten identifiziert hat, der mit erfolgreichem kollektiven Handeln assoziiert ist«. Außerdem: »Wenn Teilnehmer befürchten, dass sie ausgenommen werden, weil sie kostspielig handeln, während andere davon profitieren«, verstärkt dies die Notwendigkeit für Überwachung, um Schwindeleien und Betrug entgegenzutreten.[4]

Sowohl Menschenrechte als auch die Rechte der Natur sind in der Governance ökologischer Commons enthalten. Wenn Vertrauen und Gegenseitigkeit kultiviert werden und sich dadurch die Chance auf ein stabiles, kollektives Ressourcenmanagement erhöhen soll, müssen die operationellen und verfassungsgebenden Regeln als fair angesehen werden. Dazu müssen ökologische Commons die Werte der Menschenwürde verkörpern, wie sie optimal in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und in den neun Kernübereinkommen zu internationalen Menschenrechten formuliert sind.

Makroprinzipien und -politiken

Für größere gemeinsame Ressourcen – nationale, regionale, globale – muss der Staat eine aktivere Rolle bei der Etablierung und Überwachung der Commons spielen. Er mag unabdingbar sein, wenn eine Ressource nicht leicht in »Pakete« eingeteilt werden kann (die Atmosphäre, Fischgründe) oder wenn sie große Renten abwirft (zum Beispiel Mineralöl). In solchen Fällen ist es sinnvoll, dass der Staat eingreift und angemessene Managementsysteme entwickelt. Der *Staat als Treuhänder der Commons*, wie wir das nennen, verwaltet typischerweise Mineralien, Holz und andere natürliche Ressourcen auf öffentlichem Grund und Boden, in Nationalparks und in der Wildnis; er managt Flüsse, Seen und andere Gewässer, staatlich geförderte Forschung, zivile Infrastruktur und anderes mehr.

Allerdings gibt es eine tiefgreifende strukturelle Spannung zwischen Commoners und dem Staat/Markt, weil der Staat ausgesprochen starke ökonomische Anreize für äußerst belastbare Bündnisse mit dem Markt und für eine Agenda der Privatisierung, Kommerzialisierung und Globalisierung setzt – trotz der nachteiligen Konsequenzen für die Allgemeinheit. Jeder erfolgreiche commonsbasierte

3 | Leadership wäre hier mit »Führung« nur unbefriedigend übersetzt. In der Commons-Debatte ist oft von »Kümmerern« die Rede, Menschen, die in besonderer Weise Sorge tragen, dafür anerkannt werden und eine Leitungsrolle übernehmen (Anm. der Hg.).

4 | Ostrom-Zitate aus »A Multi-Scale Approach to Coping with Climate Change and Other Collective Action Problems«, in: *Solutions* No. 2 (24.02.2010), online unter: http://www.thesolutionsjournal.com/node/565 (Zugriff am 15.11.2011)

Rechtsrahmen muss aktiv dagegen vorgehen, um zu gewährleisten, dass der Staat/Markt seine treuhänderischen Verpflichtungen nicht durch Einhegungen[5] oder durch die Verschmelzung mit Marktakteuren preisgibt.

Das übergreifende Ziel muss sein, den neoliberalen Staat/Markt als »Triarchie« mit den Commons neu zu konzipieren – als Staat/Markt/Commons.[6] Der Staat würde seine Verpflichtung zu repräsentativer Governance und der Verwaltung öffentlichen Eigentums beibehalten, genauso wie private Unternehmen weiterhin ihr eigenes Kapital besitzen würden, um handelbare Güter und Dienstleistungen zu produzieren. Aber der Staat müsste seinen Fokus verlagern und, in den Worten von Michel Bauwens, ein »partnerschaftlicher Staat« werden. Ein Partner nicht nur des Marktes, sondern auch der Commons.

Katalytische rechtliche Strategien

Die vielleicht wichtigste Herausforderung in der Förderung von Commons-Governance ist die Gleichgültigkeit oder Feindseligkeit des liberalen Staates gegenüber den meisten Kollektiven (ausgenommen der Unternehmen). Dementsprechend müssen Commoners sehr geschickt sein, wenn ihre Commons rechtlich anerkannt und geschützt werden sollen. Da die Gesetzgebung in den einzelnen Ländern extrem unterschiedlich ist, sind unsere Vorschläge allgemeiner Natur. Sie bedürfen für jeden Hoheitsbereich der Modifikation und Verfeinerung. Dennoch gibt es eine Reihe rechtlicher und praktischer Interventionen, die die Commons-Governance befördern helfen:

- Geschickte Anpassungen des Vertragsrechts und des Eigentumsrechts sind eine fruchtbare Möglichkeit, um Commons zu schützen.[7] Die grundlegende Idee: konventionelles Recht, das den Interessen des Privateigentums dient, zu nutzen, aber dessen Zweck gewissermaßen umzudrehen, um individuellen und kollektiven Interessen gleichermaßen zu dienen. Das berühmteste Beispiel ist vermutlich die General Public License, GPL, eine Lizenz, die Urheber (Programmierer) für Software nutzen können, um zu gewährleisten, dass der Code und jegliche spätere Modifikation von jedermann frei genutzt werden kann.[8] Die GPL war eine bahnbrechende rechtliche Innovation, die wesentlich dazu beigetragen hat, Software-Commons zu schaffen.
- Mehrere ökologisch ausgerichtete Trusts, die den Interessen indigener Völker und ärmerer Länder dienen, könnten solche Ad-hoc-Lösungen unter Nutzung des privaten Eigentums- und Vertragsrechts nachmachen, um neue Commons

5 | Siehe insbesondere Kapitel 2 dieses Buches (Anm. der Hg.).

6 | Der Begriff »Triarchie« wurde von Michel Bauwens entwickelt und auf dem Blog der P2P Foundation problematisiert, siehe unter: http://blog.p2pfoundation.net/the-new-triarchy-the-commons-enterprise-the-State/2010/08/25 (Zugriff am 15.02.2012).

7 | Ein hervorragendes Beispiel, was das für die Anpassung des Wettbewerbsrechts bedeuten könnte, bringt Gerhard Scherhorn in diesem Buch (Anm. der Hg.).

8 | Siehe ausführlicher die Beiträge von Christian Siefkes und Benjamin Mako Hill in diesem Buch (Anm. der Hg.).

zu begründen. Ein Beispiel ist Global Innovation Commons, eine internationale Datenbank abgelaufener Patente, die es jedermann ermöglicht, ökologisch bedeutsame Technologien zu produzieren, zu modifizieren und zu teilen.[9]

- Auch »Teilhaber-Trusts« könnten genutzt werden, um ökologische Ressourcen zu managen, wobei die Einkünfte direkt an die Commoners verteilt würden. Dieses Modell basiert auf dem Alaska Permanent Fund, der Abgaben auf die Ölförderung auf staatlichem Land einnimmt und dann allen Bewohnern des Staates Alaska zu gleichen Teilen zukommen lässt. Manche Aktivisten haben eine Himmels-Treuhand vorgeschlagen, um ähnlich bei der Versteigerung von CO_2-Emissionszertifikaten vorzugehen.[10]
- Die innovativsten Ansätze in der Entwicklung ökologischer Commons (wie auch der Wissensallmende, die mit ihnen synergetisch zusammenwirken) kommen aus lokalen und regionalen Kontexten. Der Grund dafür ist einfach: Die geringe Größe solcher Commons macht die Teilhabe daran leichter und die Vorzüge offensichtlicher. Bewerkenswerte Beispiele werden von der »Relokalisierungsbewegung« in den USA und in Großbritannien vorangetrieben, allen voran die Transition-Town-Bewegung.[11]
- Auch Bundes- und Provinzregierungen spielen eine Rolle in der Förderung der Commons. Bundesstaaten- und nationale Regierungen verfügen meist über Wirtschaftsministerien, die Konferenzen ausrichten, kleine Unternehmen unterstützen, Exporte fördern usw. Warum sollte es für Commons keine analoge Unterstützung geben? Regierungen könnten beim Aufbau translokaler Strukturen helfen, die lokale und subnationale Commons stärken, etwa Community Supported Agriculture[12] und die Slow-Food-Bewegung, deren Wirkung so verstärkt würde.
- Die Doktrin des öffentlichen Trusts (Public Trust Doctrine) kann und sollte im Umweltrecht ausgeweitet und auf ein weitaus breiteres Spektrum natürlicher Ressourcen, unter anderem die Atmosphäre, angewandt werden. Dies wäre eine gute Möglichkeit, Staaten als verantwortungsbewusste Treuhänder unseres gemeinsamen ökologischen Reichtums in die Pflicht zu nehmen.
- Digitale Netzwerktechnologien machen es heute möglich, Verwaltungsprozesse neu zu erfinden, so dass mehr Transparenz und Beteiligung gelingt oder dass komplexe Ressourcensysteme tatsächlich direkt als Commons gemanagt werden können. Die »partizipatorische Erfassung« der Wasserqualität und anderer Umweltfaktoren könnte beispielsweise mit Hilfe interessierter Bürger dezentralisiert werden. Regierungswikis und Crowdsourcing-Plattformen können helfen, Bürgerinnen und Bürger intensiver in die Politikgestaltung und -durchsetzung einzubinden.

---

9 | Siehe den Beitrag von David Martin in diesem Buch (Anm. der Hg.).

10 | Vgl. das Buch *Kapitalismus 3.0* von Peter Barnes, hg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Hamburg 2008 (Anm. der Hg.).

11 | Siehe die Beiträge von Gerd Wessling und Rob Hopkins in diesem Buch (Anm. der Hg.).

12 | Auf Produzenten- und Verbraucherseite gemeinschaftlich getragene landwirtschaftliche Produktion (Anm. der Hg.).

Der Weg nach vorn

Man könnte behaupten, eine auf Commons- und Umweltrechte gründende Governance sei ein utopisches Unterfangen. Doch wir glauben, dass das neoliberale Projekt der sich ewig ausdehnenden Konsumtion auf globaler Ebene utopisch ist, ein utopisch-totalitärer Traum. Dieses Projekt kann seine mythologische Vision des menschlichen Fortschritts durch eine alles durchdringende Marktaktivität nicht erfüllen. Es verlangt schlichtweg mehr, als die Natur bereitstellen kann, und führt dabei zu erheblichen sozialen Ungleichgewichten. Der erste Schritt zur Vernunft erfordert, dass wir unsere vielfältigen ökologischen Krisen als Symptome einer nicht nachhaltigen kulturellen, sozioökonomischen und politischen Weltsicht anerkennen. Der Übergang zu neuen Governance-Formen wird viele Komplikationen und unkalkulierbare Herausforderungen mit sich bringen. Fest steht, dass wir zunächst die Rolle von Staat und Markt neu konzipieren müssen und dass wir Zukunftsentwürfe brauchen, die die Commons stärken.

Dieser Beitrag basiert auf einer längeren Abhandlung der Autoren, die bei The Commons Law Project unter http://www.commonslawproject.org zur Verfügung steht (Zugriff am 15.02.2012).

Literatur

Baslar, Kemal (1998): The Concept of the Common Heritage of Mankind in International Law, Den Haag.

Poteete, Amy R./Janssen, Marco A./Ostrom, Elinor (Hg.) (2010): Working Together: Collective Action, the Commons and Multiple Methods in Practice, Princeton.

David Bollier (USA) ist Autor, Aktivist und unabhängiger Commons-Theoretiker. Er ist Mitbegründer der Commons Strategies Group und Autor von zehn Büchern, darunter *Viral Spiral* und *Silent Theft.* Bollier ist Mitherausgeber der englischen Ausgabe dieses Bandes. Er lebt in Amherst, Massachusetts, und bloggt auf http://www.bollier.org.

Burns H. Weston (USA) ist emeritierter Juraprofessor, Wissenschaftler am Menschenrechtszentrum der Universität Iowa, Direktor der Climate Legacy Initiative, Codirektor des Commons Law Project (CLP) und Mitglied der World Academy of Art and Science. Er ist Mitherausgeber von *World Order: A Problem-Oriented Coursebook* (2011).

Das Gemeinsame Erbe der Menschheit

Eine kühne Doktrin in einem engen Korsett

Prue Taylor

Die Idee eines »Gemeinsamen Erbes der Menschheit« berührt die Ethik ebenso wie das internationale Recht. Sie bedeutet, dass manche Orte der gesamten Menschheit gehören und dass die Ressourcen dieser Orte allen Menschen zur Verfügung stehen sollten. Künftige Generationen und die Bedürfnisse der Entwicklungsländer müssten berücksichtigt werden.

Als die Idee – man kann auch von einem Konzept sprechen – eines »Gemeinsamen Erbes der Menschheit« in den 1960er-Jahren eingeführt wurde, gab es Kontroversen zu Fragen des Geltungsbereichs, des Inhalts und des Status sowie zu der Beziehung zu anderen Rechtsbegriffen. Und so ist es bis heute geblieben. Manche meinen, das Konzept sei nicht mehr aktuell, da es in der Praxis (etwa beim Abbau von Ressourcen am Meeresboden) nicht angewendet und von späteren modernen Umweltübereinkommen abgelehnt wurde. Andere hingegen halten es für ein allgemeines Prinzip des internationalen Rechts mit fortdauernder Bedeutung.

Die eskalierende globale ökologische Zerstörung unterstreicht die anhaltende Bedeutung des Konzepts vom »Gemeinsamen Erbe der Menschheit«, trotz mangelnder Akzeptanz seitens der Nationalstaaten. Belege dafür finden sich in den zahlreichen Bemühungen, das »Gemeinsame Erbe der Menschheit« auf das natürliche und kulturelle Erbe, die Ressourcen des Meeres, die Antarktis sowie globale ökologische Systeme wie die Atmosphäre (Taylor 1998) oder das Klimasystem anzuwenden.

Ursprünge des Konzepts

Erörterungen zum Thema beginnen meist mit der Rede des maltesischen Botschafters Arvid Pardo (1914-1999) an die Vereinten Nationen im Jahre 1967. Pardo hatte vorgeschlagen, den Meeresgrund über den nationalen Zuständigkeitsbereich hinaus als gemeinsames Erbe der Menschheit zu betrachten. So wurde die Rede unter anderem der Auslöser für die späteren Verhandlungen zum Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (UNCLOS III) von 1982, weswegen man Arvid Pardo auch den »Vater des Seerechtsübereinkommens« nennt. Aber das Gemeinsame Erbe der Menschheit hat eine viel längere Geschichte, von der Pardo Gebrauch machte, als er es als Rechtsbegriff für die Ozeane entwickelte. Andere, darunter die

Schriftstellerin und Umweltaktivistin Elisabeth Mann Borgese[1] (1918-2002), hielten das Gemeinsame Erbe der Menschheit für ein ethisches Konzept, das für eine neue Weltordnung zentral sei und auf neuen Formen der Kooperation, der Wirtschaftstheorie und der Philosophie aufbaue. Dieser Blick in die Geschichte ist wichtig, um den ethischen Kern des Gemeinsamen Erbes der Menschheit deutlich zu machen: nämlich die Verantwortung der Menschen, für die Umwelt – deren Teil wir sind – zu sorgen und sie für gegenwärtige und künftige Generationen zu schützen.

Ein Entwurf für eine Weltverfassung aus dem Jahre 1948 sah vor, dass die Erde und ihre Ressourcen zum gemeinsamen Eigentum der Menschheit gehören sollten und zum Nutzen aller zu bewirtschaften seien. Bedenken hinsichtlich der Nutzung der Nukleartechnologie für militärische und friedliche Zwecke führten zudem zu dem Vorschlag, sogar die nuklearen Ressourcen als gemeinsamen Besitz anzusehen, der gemeinsam bewirtschaftet werden sollte.

Auch im UN-Weltraumvertrag von 1967 hat das Konzept des Gemeinsamen Erbes der Menschheit Spuren hinterlassen. Zwar regelt der Vertrag die staatliche Erforschung und Nutzung des Weltraums, des Mondes und anderer Himmelskörper. Doch erst im Kontext der Herausbildung des Seerechts bekam das Konzept tatsächlich Gewicht. Die World Peace through Law Conference von Genf im Jahr 1967 bezeichnete die Hochsee als das »Gemeinsame Erbe der Menschheit« und erklärte, dass der Meeresboden unter die Hoheit und Kontrolle der UNO gestellt werden sollte.

Das Seerecht revolutionieren

Es war die Sorge über die Auswirkungen neuer Technologien, über die Militarisierung, die Ausdehnung staatlicher Eigentumsansprüche (zum Beipsiel Festlandsockel- und ausschließliche Wirtschaftszonen), die wachsenden Disparitäten und die damit verbundenen Gefahren für die langfristige Sicherheit, die Arvid Pardo zu der Idee anregten, dass jeglicher Raum der Meere (das heißt die Meeresoberfläche, die Wassersäule, der Meeresboden und sein Untergrund sowie lebende Ressourcen) zum gemeinsamen Erbe der Menschheit deklariert werden sollten, gleichgültig, ob nationale Hoheitsansprüche bestehen oder nicht. Die Absicht war, den veralteten Rechtsbegriff der »Freiheit der Meere« zu ersetzen, indem man die Meere zu internationalen Commons erklärte. (Gebiete mit bedeutenden natürlichen Ressourcen, die jenseits der Hoheitsgebiete souveräner Staaten liegen, werden als internationale Commons bezeichnet.)

Der Rechtsbegriff »Freiheit der Meere«, entwickelt vom niederländischen Juristen Hugo Grotius (1583-1645), bedeutet auch freien Zugang, was eine Laisserfaire-Haltung in der Ressourcennutzung erlaubt. Die wenigen existierenden Restriktionen dienen hier lediglich dazu, die Interessen der Staaten sowie letztlich die freie Nutzung zu protegieren.

Eigentlich könnten der Meeresraum und seine Ressourcen jenseits einer bestimmten Grenze nicht Eigentum von Staaten sein, wenn sie als Gemeinsames

1 | Elisabeth Mann Borgese, die Tochter von Katia und Thomas Mann, wurde in den 1970er-Jahren Pardos Ehefrau (Anm. der Hg.).

Erbe der Menschheit, als Commons, begriffen würden. Das Meer wäre offen für die internationale Staatengemeinschaft, doch seine Nutzung würde einer internationalen Verwaltung im Interesse des Allgemeinwohls und der gesamten Menschheit unterliegen. Dort, wo Gebiete des Meeres und deren Ressourcen in nationalen Hoheitsgebieten liegen, würden Staaten die Nutzung regeln, doch auch hier zum Wohle der gesamten Menschheit und nicht nur im nationalen Interesse. Dieser Ansatz geht von der Einheit der Meere als ökologische Systeme aus und lehnt sowohl die Freiheit im Sinne des Laisser-faire als auch die uneingeschränkte staatliche Souveränität ab. Es gab auch Bemühungen, mit Hoheitsfragen so umzugehen, dass eine einzige Demarkationslinie zwischen nationalem und internationalem Meeresraum geschaffen würde – siehe den Entwurf zum Ocean Space Treaty von 1971 –, um sich allmählich ausweitende Ansprüche nationaler Hoheit zu unterbinden.

Das Konzept des gemeinsamen Erbes der Menschheit sollte ursprünglich das Seerecht revolutionieren, da es für alle Meere und Meeresressourcen gelten sollte. Aber Arvid Pardo erkannte bereits 1967, dass mächtige Staaten, die ihre Souveränität auf größere Gebiete des Meeres und mehr Ressourcen ausdehnen wollten, dies ablehnen würden. Indem man sich schließlich auf einen Rechtsstatus des weitaus stärker begrenzten »Meeresbodens« jenseits nationaler Hoheit konzentrierte, wollte man sicherstellen, dass der Begriff des Gemeinsamen Erbes der Menschheit innerhalb der UN zumindest Fuß fassen konnte.

Der Vorschlag von Malta aus dem Jahr 1967 führte zu einer Reihe wichtiger Entwicklungen – darunter die Erklärung der Grundsätze für den Meeresgrund und den Meeresuntergrund jenseits nationaler Hoheitsbefugnisse, die 1970 von der UN-Generalversammlung verabschiedet wurde. Die Erklärung legte die zur Umsetzung der Idee eines gemeinsamen Erbes der Menschheit erforderlichen Grundsätze dar und half, einen Konsens für die Verhandlung einer neuen Seerechtskonvention, UNCLOS III, herzustellen. Das Ergebnis war letzten Endes aber eine weitaus eingeschränktere Anwendung des Konzepts, als jemals von seinen Befürwortern beabsichtigt gewesen war. UNCLOS III hat das gemeinsame Erbe der Menschheit auf ein paar Steine beschränkt (zum Beispiel mineralische Ressourcen wie Manganknollen), die auf dem Meeresboden der Tiefsee liegen.

Teil XI der Seerechtskonvention befasst sich mit dem Meeresboden jenseits der nationalen Hoheitsgebiete. Artikel 136 erklärt dieses Gebiet und seine Ressourcen (und nur das) als »Gemeinsames Erbe der Menschheit«. Sie dürfen nach Artikel 137 von keinem Staat und keiner Person eingefordert, angeeignet oder zum Eigentum erklärt werden. Alle Rechte an den Ressourcen gehören der gesamten Menschheit (Artikel 140). Die Internationale Meeresbodenbehörde (IMB) garantiert die gleichberechtigte finanzielle Teilhabe und Beteiligung an dem Nutzen aus Tätigkeiten in dem entsprechenden Gebiet, wobei die Interessen von Entwicklungsländern besonders zu berücksichtigen sind. Die Förderung der Forschung des Technologietransfers für Entwicklungsländer sowie der Schutz des ökologischen Gleichgewichts sind wichtige Aufgaben der IMB (Artikel 143-145).

Die Regelungen in Teil XI der Seerechtskonvention schaffen ein internationales Verwaltungs- und Managementregime für lediglich einen kleinen Teil der internationalen Commons: das Schutzgebiet und seine Ressourcen. Die Freiheit der Meere (Teil VII) wurde aber nicht ersetzt; die beabsichtigte revolutionäre Ände-

rung des Seerechts kam nicht zu Stande. In den 1970er-Jahren war man der Überzeugung, die wirtschaftlich attraktivsten mineralischen Ressourcen dieses Gebietes seien Manganknollen. Daher war Pardo der Ansicht, dass das Konzept des Gemeinsamen Erbes der Menschheit in seiner Anwendung auf »hässliche kleine Steine, die in den dunkelsten Tiefen der Schöpfung herumliegen«, reduziert worden sei. Trotz dieser strikten Begrenzung war die Anwendung des Konzepts immer noch revolutionär genug, um die Vereinigten Staaten von Amerika – neben anderen Gründen – zu veranlassen, UNCLOS III zunächst nicht beizutreten.

Bis heute hat es keine kommerzielle Ausbeutung des Gebietes[2] und seiner Ressourcen gegeben. Gleichzeitig besteht der fragmentierte Ansatz der Hoheitsrechte über verschiedene Bereiche des Meeresraums weiter, trotz der unwiderlegbaren Einheit ökologischer Systeme.

Der Mondvertrag von 1979

Obwohl sich Aspekte des Konzepts des Gemeinsamen Erbes der Menschheit im Weltraumvertrag von 1967 wiederfanden, gab es erst 1979 eine klare Aussage dazu im Mondvertrag. Der Mondvertrag regelt die Erforschung und Ausbeutung der Ressourcen des Mondes. Artikel 11(1) erklärt, dass der Mond und seine natürlichen Ressourcen das gemeinsame Erbe der Menschheit seien. Auseinandersetzungen über die Einzelheiten eines internationalen Systems zum Abbau der Ressourcen, darunter Bestimmungen zum gerechten Vorteilsausgleich, hat man durch Vertagung auf Verhandlungen über ein künftiges Managementregime gelöst. Der Mondvertrag wurde nur von wenigen Staaten ratifiziert; dennoch kam er bereits zur Anwendung, um Ansprüche auf Eigentumsrechte mit der Begründung zurückzuweisen, dass der Vertrag ein allgemeines Rechtsprinzip beinhalte, das auf die Gesamtheit der internationalen Gemeinschaft anzuwenden sei – und nicht nur auf jene Staaten, die den Vertrag ratifiziert haben.

Schlüsselelemente

Es gibt keine prägnante Definition des Konzepts des Gemeinsamen Erbes der Menschheit, über die vollständig Einigkeit herrscht. Entscheidend sind stets die Details des jeweiligen Vertragswerkes, das es zur Anwendung bringt. Allerdings gibt es eine Reihe von Schlüsselelementen:

- Kein Staat und keine Person darf sich Räume oder Ressourcen des gemeinsamen Erbes zum Eigentum machen (das Prinzip der Nicht-Aneignung). Man kann sie nutzen, aber nicht nach Belieben darüber verfügen, denn sie gehören als Teil des internationalen Erbes der gesamten Menschheit. Wenn sich das Gemeinsame Erbe der Menschheit auf Räume und Ressourcen innerhalb nationaler Hoheit bezieht, unterliegt die Ausübung der Souveränität der Pflicht, sie zugunsten des Allgemeinwohls zu schützen.

2 | Gemeint ist »the Area«, das Schutzgebiet von UNCLOS (Anm. der Hg.).

- Nutzungen des gemeinsamen Erbes sollen kooperativ und zugunsten der gesamten Menschheit geschehen. Dies wurde so interpretiert, dass es einer treuhänderischen Beziehung für den expliziten Schutz der Interessen der Menschheit bedarf – die sich von den Interessen einzelner Staaten oder privater Einheiten unterscheiden. Die Erträge (finanzieller, technologischer und wissenschaftlicher Art) aus dem Gemeinsamen Erbe der Menschheit sollen gerecht geteilt werden. Dies schafft eine Basis für die Begrenzung öffentlicher oder privater kommerzieller Erträge und für die Priorisierung der Verteilung an Dritte, darunter Entwicklungsländer (intragenerationelle Gerechtigkeit).
- Das gemeinsame Erbe soll friedlichen Zwecken vorbehalten sein (Verhinderung militärischer Nutzung).
- Das gemeinsame Erbe soll künftigen Generationen in prinzipiell nicht beeinträchtigtem Zustand überliefert werden (Schutz der ökologischen Integrität und intergenerationelle Gerechtigkeit).
- In den letzten Jahren haben diese Schlüsselelemente sichergestellt, dass das gemeinsame Erbe der Menschheit in der Arbeit internationaler Umweltjuristen weiterhin im Mittelpunkt steht. Sie alle sind der Ansicht, dass es viele wichtige Komponenten des Nachhaltigkeitskonzepts miteinander verbindet.

Auseinandersetzungen

Fast sämtliche Elemente des Gemeinsamen Erbes der Menschheit werden kontrovers diskutiert, da es alle Ressourcenmanagementregime von globaler Bedeutung in Frage stelle. Ganz gleich, wo sie sich befinden. Daher fordere es traditionelle Begriffe des internationalen Rechts heraus: etwa den Gebietserwerb, die Souveränität, die souveräne Gleichheit, die internationale Rechtspersönlichkeit oder die Allokation planetarer Ressourcen. Zugleich ist seit langem anerkannt, dass der für die Meere geschaffene Präzedenzfall das Potential hat, die Grundlage für die künftige Ordnung einer zunehmend verflochtenen Welt zu werden.

Doch inwieweit kann das gemeinsame Erbe der Menschheit die weitere Fragmentierung und Privatisierung der Commons (bzw. Einhegungen) verhindern und den rechtlichen Schutz des Allgemeinwohls an deren Stelle setzen? Die Meinungen gehen zum Beispiel darüber auseinander, ob das Element der Nicht-Aneignung die Anwendung des Konzepts auf global bedeutsame Räume und Ressourcen (zum Beispiel Regenwälder) innerhalb des Territoriums souveräner Staaten verhindert oder nicht. Das Element der gerechten Nutzung (oder des gerechten Vorteilsausgleichs), welches vorschreibt, das Erträge aus der Nutzung des gemeinsamen Erbes gerecht geteilt werden müssen, hat sich ebenfalls als polarisierend erwiesen, insbesondere zwischen Industrie- und Entwicklungsländern sowie Unternehmen. Entwicklungsländer halten dieses Element für den Schlüssel der Verteilungsgerechtigkeit. Industrieländer und kommerzielle Interessenten betrachten es als mögliches Hemmnis für Investitionen und Marktanreize. Sie favorisieren Lizenzvereinbarungen, um privaten Unternehmen die Ressourcenausbeutung zu gestatten. Das Übereinkommen von 1994 zur Durchführung des Teiles XI der UN-Seerechtskonvention (eine Ergänzung der Konvention) wird allgemein negativ bewertet, denn es habe die Verteilungselemente des ursprünglichen Re-

gimes zugunsten kommerzieller Interessen ausgehöhlt. Deshalb und wegen der Erfahrungen aus anderen Debatten lehnen viele das Konzept des Gemeinsamen Erbes der Menschheit als Grundlage für UN-Vertragswerke zum Klimawandel oder zum Schutz der biologischen Vielfalt ab.

Die UN-Klimarahmenkonvention aus dem Jahr 1992 besagt, dass das Problem des Klimawandels »die ganze Menschheit mit Sorge erfülle«. Der ursprüngliche Vorschlag Maltas war ein Vertrag, der das Klimasystem zu einem Teil des Gemeinsamen Erbes der Menschheit erklärte, aber er wurde abgelehnt. Entwicklungsländer lehnten zudem die Verwendung des Konzepts im UN-Übereinkommen über die biologische Vielfalt aus dem Jahr 1992 ab, denn sie sahen ihre souveränen Rechte, die biologischen Ressourcen auf ihren eigenen Territorien nutzen und davon profitieren zu können, potentiell gefährdet. Sie hatten den Verdacht, dass das Argument des Umweltschutzes oder der (gemeinsamen) geistigen Eigentumsrechte nur als Vorwand für Einmischung dienen würde.

Anwendungen und Ausblick

Im Laufe der Jahre ist das Konzept des Gemeinsamen Erbes der Menschheit auf verschiedene Ressourcen und Räume angewandt worden: Fischgründe, die Antarktis, die arktische Landschaft, geostationäre Erdumlaufbahnen, genetische Ressourcen sowie Grundnahrungsmittel. In jüngster Vergangenheit hat die UNESCO viele Initiativen unterstützt (Erklärungen, Konventionen und Protokolle), die das natürliche und kulturelle Erbe als das Gemeinsame Erbe der Menschheit anerkennen. Das »natürliche und kulturelle Erbe« beinhaltet materielle und immaterielle Elemente, von archäologischen Stätten und historischen Monumenten über kulturelle Phänomene (etwa Literatur, Sprache und Sitten und Gebräuche) bis hin zu natürlichen Systemen einschließlich Inseln, Biosphärenreservaten und Wüsten. Ein neuer Bereich, auf den das Gemeinsame Erbe der Menschheit angewandt werden könnte, ist das menschliche Genom. Dies könnte seine Patentierung durch Unternehmen verhindern.

Aus ökologischer und intergenerationeller Sicht kann man argumentieren, dass es sich bei der Erde selbst um ein globales Commons handelt, das von jeder Generation zu teilen ist, und dass das Konzept des Gemeinsamen Erbes der Menschheit »auf alle internationalen natürlichen und kulturellen Ressourcen ausgeweitet werden soll, die für das Wohlergehen künftiger Generationen von Bedeutung sind, wo auch immer sie sich befinden« (Weiss 1989; Taylor 1998).

Kurzfristig und aus der Perspektive staatlichen Handelns sowie laufender Vertragsverhandlungen betrachtet, wird die künftige Anwendung des Konzepts wahrscheinlich begrenzt sein. Völkerrechtler sehen es – über UNCLOS III und den Mondvertrag hinaus – als lediglich politisch motivierten Ausdruck schöner Hoffnungen. Zu den Themen, die in Kürze die Verpflichtung von Staaten auf das Gemeinsame Erbe der Menschheit auf den Prüfstand stellen werden, gehören der Status der lebenden Meeresressourcen, Ansprüche auf den Meeresboden unter dem schmelzenden Eis der Arktis sowie der Status der Ölreserven unter dem Meeresboden der Tiefsee. In diesem Kontext ist das Gemeinsame Erbe der Menschheit gegenwärtig die einzige Alternative zur »Freiheit der Nutzung«, ergo der Aneignung durch einzelne Staaten. Das Prinzip erkennt die gegenseitige Abhängigkeit

von Ökosystemen und menschlicher Nutzung an. Daher hat es viel mit Ansätzen zum Ökosystemmanagement gemein, deren Ziel es ist, fragmentarische, ressourcenspezifische Managementregime zu überwinden.

Das gemeinsame Erbe der Menschheit ist zudem relevant für die breitere Debatte über die Transformation der Rolle des Staates. Weg vom Fokus auf den Schutz nationaler Interessen, hin zur Gemeinsamen Verantwortung für den Schutz ökologischer Systeme, wo auch immer sie sich befinden – im Interesse der ganzen Menschheit. Staaten mögen zurückhaltend sein, wenn sie gefordert sind, sich mögliche Anwendungen des Gemeinsamen Erbes der Menschheit zu eigen zu machen, aber das Völkerrecht ist nicht mehr die alleinige Domäne von Staaten und Völkerrechtlern. Die globale Zivilgesellschaft spielt eine zunehmende Rolle in der Entwicklung von und im Engagement für solche Ideen.

Das Gemeinsame Erbe der Menschheit verbindet sich mit dem wiedererstarkenden Interesse an Ideen wie Weltbürgerschaft, globale Verfassung, globale ökologische Bürgerschaft und Fairness. Sie alle sind Teil der Suche nach gemeinsamen ethischen Prinzipien für eine friedlichere und nachhaltigere Zukunft (The Earth Charter Initiative 2000).

Dieser Beitrag ist eine adaptierte Version von: Taylor, Prue (2011): »Common Heritage of Mankind Principle«, in: Bosselmann, Klaus/Fogel, Daniel/Ruhl, J.B. (Hg.): The Encyclopedia of Sustainability, Vol. 3: The Law and Politics of Sustainability, Great Barrington, MA: Berkshire Publishing, S. 64-69.

Literatur

Committee to Frame a World Constitution (1948): Preliminary Draft of a World Constitution, as Proposed and Signed by Robert M. Hutchins [and others], Chicago.

Mann, Borgese/Mann, Elisabeth (2000): »Arvid Pardo (1914-1999): In Memoriam«, in: Mann, Elisabeth/Mann, Borgese et al. (Hg.): Ocean Yearbook (14. Auflage), Chicago, S. xix-xxxviii.

Pardo, Arvid (1967): Address to the 22nd Session of the General Assembly of the United Nations, U.N. GAOR, U.N. Doc. A/6695.

Pardo, Arvid (1975): The Common Heritage: Selected Papers on Oceans and World Order 1967-1974, Msida.

Sand, Peter H. (2004): »Sovereignty Bounded: Public Trusteeship for Common Pool Resources?«, in: *Global Environmental Politics*, 4(1), S. 47-71.

Taylor, Prue (1998): An Ecological Approach to International Law: Responding to Challenges of Climate Change, London.

Türk, Helmut (2010): »The Idea of Common Heritage of Mankind«, in: Martínez Gutiérrez, Norman A. (Hg.): Serving the Rule of International Maritime Law: Essays in Honour of Professor David Joseph Attard, Oxfordshire, S. 157-175.

Weiss, Edith B. (1989): In Fairness to Future Generations: International Law, Common Patrimony, and Intergenerational Equity, Tokyo.

Wolfrum, Rüdiger (2008): Common Heritage of Mankind, http://www.mpepil.com (Zugriff am 02.07.2010).

Verträge und Resolutionen

Erklärung über die Rechtsgrundsätze für das Verhalten von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums (13. Dezember 1963), GAOR, 18. Sitzung Supp. No. 15, 15.

Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (angenommen am 9. Mai 1992, in Kraft getreten am 21. März 1994).

Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen 1962 (XVIII).

Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen 2749 (XXV), Erklärung von Grundsätzen für den Meeresboden und den Meeresuntergrund jenseits der Grenzen des Bereichs nationaler Hoheitsbefugnisse, U.N. GAOR, 25. Sitzung, Supp. No. 28, 24. U.N. Doc. A/8028 (1970).

Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (abgeschlossen am 10. Dezember 1982, in Kraft getreten am 16. November 1994), 1833 UNTS 397.

The Earth Charter Initiative (2000), online unter: http://www.earthcharterinaction.org/content/pages/Read-the-Charter.html (Zugriff am 02.08.2010).

Übereinkommen über die biologische Vielfalt (Biodiversitätskonvention, angenommen am 22. Mai 1992, in Kraft getreten am 29. Dezember 1993).

Übereinkommen zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt (angenommen am 16. November 1972, in Kraft getreten am 17. Dezember 1975), 1037 UNTS 151.

Übereinkommen zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten auf dem Mond und anderen Himmelskörpern (Weltraumvertrag, angenommen am 5. Dezember 1979, in Kraft getreten am 11. Juli 1984), 1363 UNTS 3.

Prue Taylor (Neuseeland) ist Juradozentin an der Universität Auckland und stellvertretende Direktorin des New Zealand Centre for Environmental Law. Sie forscht zu Fragen des Umweltrechts und zu ethischen Fragen. Sie ist Mitherausgeberin von Property Rights and Sustainability: The Evolution of Property Rights to meet Ecological Challenges (2011).

Ideen für den Wandel – der Institutionenvielfalt Sinn geben

Ryan T. Conway

Die Theorien und Ideen von Nobelpreisträgerin Elinor Ostrom, die der Frage nachgeht, wie Menschen in Gemeinschaften kooperieren (oder auch nicht), haben zu einem eigenen Ort kollektiven Handelns inspiriert. Dieser »Ort« ist der Workshop in Political Theory and Policy Analysis an der Indiana University in Bloomington, Indiana, USA. Studenten und Wissenschaftler vieler Disziplinen arbeiten hier sowie Menschen, die aktiv am Management gemeinschaftlicher Wassernutzung, in Fischereiorganisationen, an der Bereitstellung städtischer Dienstleistungen und in Genossenschaften beteiligt sind.

Fasziniert von dem praktischen Ansatz und der Möglichkeit, das Instrumentarium des Workshops zu nutzen, sowie von der bunt gemischten Gruppe von Wissenschaftlern und Praktikern, bewarb ich mich 2010 beim Workshop als Doktorand. Das Team in Bloomington hat mit der Zeit fast 260 Gastwissenschaftler aufgenommen, weitere 18 kommen im laufenden akademischen Jahr hinzu. Eine derartige internationale und interdisziplinäre Vielfalt – die den Workshop seit seiner Gründung 1973 prägt – ist wahrlich eine Quelle der Inspiration. Und eine Seltenheit in der akademischen Welt.

Im Folgenden skizziere ich die Grundlagen des Workshops und beantworte – aus meiner Sicht – die Frage, wie nützlich das dort entwickelte Instrumentarium für die Praxis und die wissenschaftliche Forschung ist. Meine Grundüberzeugung ist einfach: Geteilte Ideen und ein gemeinsames Grundverständnis von Situationen und Problemen sind sowohl für die Schaffung als auch für die Analyse von Institutionen unabdingbar.

Die klassische Sichtweise in Frage stellen

Im Workshop wird häufig gewarnt: »Es gibt keine Patentrezepte!« Das heißt: Es gibt für problematische Situationen keine »Lösung von der Stange«, und es gibt kein endgültiges Modell für eine soziale Ordnung, denn Verhaltensweisen und Umstände verändern sich fortlaufend. Die Aufgabe der Wissenschaft ist es, unsere Modelle der sozialen Ordnung stets auf den neuesten Stand zu bringen. Nur so können wir sie genauer beschreiben und – hoffentlich – nützliche Erkenntnisse für jene Menschen anbieten, die in der Komplexität des sozialen Miteinanders vor

schwierigen Entscheidungen stehen. Diese kontinuierliche Anpassung ist nicht nur praxisrelevant, sie ist auch eine wichtige Sichtweise.

Ein Beispiel: Strategien zur »bestmöglichen« Nutzung der uns zur Verfügung stehenden Ressourcen auszuarbeiten und anzuwenden bedeutet, mit dem geringstmöglichen ideologischen Ballast zu »wirtschaften«. Jede Art zu wirtschaften – ob es sich nun um den internationalen kapitalistischen Markt handelt, ein zentral geplantes nationales Produktions- und Distributionssystem oder um eine Tauschgemeinschaft unter Nachbarn – geht mit ihrem eigenen Verständnis der Welt und einer Vorstellung davon einher, was »am besten« ist. Wenn sich demnach eine Gruppe auf gemeinsame Annahmen über die Welt einigt, etwa darüber, wie eine Volkswirtschaft funktionieren soll, kann sie den Dingen eine Ordnung geben. Mehr noch: Wenn sie solch ein gemeinsames Modell der Welt hat, kann sie einzelne Aspekte, Attribute und Beziehungen klären und weitere Ordnungsschichten hinzufügen.

Aber was ist ein Modell der Welt ohne die Menschen, die darin leben?[1] Uns selbst mit einzubeziehen erfordert Selbstreflexion. Es erfordert einen Prozess, in dem wir anerkennen müssen, dass unsere rationalen und sinnstiftenden Fähigkeiten zusammenwirken, um uns – und künftigen Generationen – das Überleben zu ermöglichen. Doch dabei können Probleme auftauchen: Wenn alle Beteiligten in einer bestimmten Konstellation versuchen, die zur Verfügung stehenden Ressourcen einzeln zu nutzen, profitiert nicht immer die Gruppe davon – im Gegenteil. Und genau das geschieht, wenn Menschen kein gemeinsames Bild davon haben, was vorgeht oder was zu tun ist. Wenn wir Schwierigkeiten haben, unsere Ideen zu koordinieren, haben wir häufig auch Probleme zu kooperieren. Wir nennen solche Situationen »soziale Dilemmata«.

Eines der schwierigsten sozialen Dilemmata ist die sogenannte »Tragik der Allmende«. Zwar kann sich die Allmende (Commons) auf jegliche Art gemeinsamer Ressourcen und deren Nutzungsregeln beziehen, aber ein Großteil der Arbeit von Ostrom beschäftigt sich mit Ressourcen wie Land und Wasser, die von Gemeinschaften zur Existenzsicherung genutzt werden. Solche Ressourcen – etwa Fischressourcen oder Bewässerungssysteme – sind sogenannte »common pool resources« (CPRs), Gemeinressourcen, das heißt, sie sind in ihrer Verfügbarkeit begrenzt und nur schwer durch Eigentumsrechte zu managen.

Lange Zeit glaubten zahlreiche Wissenschaftler und politische Entscheidungsträger, die einzige Möglichkeit, eine Tragödie zu vermeiden, sei, die Commons zu privatisieren oder durch den Staat zu verwalten. Aber davon ließ sich Ostrom nicht überzeugen. Ihre recht radikale Idee bricht mit der klassischen Sichtweise: Der Erhalt von Gemeinressourcen hängt weder davon ab, ob der Staat Gesetze erlässt oder Strafen auferlegt, noch davon, ob jedem Fisch, jedem Grashalm oder jedem Tropfen Wasser ein monetärer Wert zugewiesen wird. Stattdessen können Menschen sich zusammentun, ihre Sicht der Dinge teilen und ihre Ressourcen verwalten, indem sie selbst erarbeitete Normen und Regeln durchsetzen. Sie können,

1 | Fragen von Machtdisparitäten, Rasse, Klasse und Gender wurden nicht formal in den Analyserahmen des Workshops integriert, aber einige Beteiligte haben sie bearbeitet, etwa: Clemente 2010.

auch wenn das weithin als unkonventionell gilt, »jenseits von Markt und Staat« kooperieren (Ostrom 2010).

Das Instrumentarium des Workshops

Im Laufe vieler Jahre und zahlloser Untersuchungen über Erfolgs- und Misserfolgsfälle gemeinsamer Ressourcenbewirtschaftung haben Elinor Ostrom und die am Workshop Beteiligten ein Instrumentarium entwickelt, um kollektives Handeln zu analysieren. Die so gewonnenen Erkenntnisse helfen den Praktikern und inspirieren die Wissenschaftler. Jedes Instrument kann genutzt werden, um die verschiedenen Arten und Weisen zu beschreiben, wie Gemeinschaften ihr Tun durch strukturierte Entscheidungsprozesse organisieren; das heißt: wie sie sich auf eine Art des Wirtschaftens einigen und wie sie wirtschaften. Im Folgenden die wichtigsten Instrumente:

- Die »Grammatik von Institutionen« ist eine Art Prüfwerkzeug; sie erlaubt dem Analytiker, jede soziale Norm oder Regel in kleinere Komponenten zu fassen und sie so leichter zu verstehen. Man könnte sie auch »Bausteine der Sozialbeziehungen« nennen. Dies reicht für die Analyse einzelner sozialer Gebote im Grunde aus, doch die meisten Menschen fällen Entscheidungen in Situationen, in denen sie mit mehreren und häufig konfligierenden Normen und Regeln konfrontiert sind.
- Um die Analyse solch komplexer Situationen voranzubringen, wurde ein weiteres Instrument entwickelt: die Workshopper nennen es »IAD: Institutional Analysis and Development Framework« (Modell zur Analyse von Institutionen und Entwicklungsprozessen). Während die Grammatik von Institutionen am ehesten geeignet ist, um einzelne soziale Normen oder Regeln zu analysieren, so ist IAD am besten geeignet, ein ganzes Set von Normen und Regeln zu studieren, die in einer einzigen Entscheidungssituation zusammentreffen. Zugleich können die grundlegenden relationalen Bausteine vieler sozialer Gebote mit diesem Modell analysiert werden.
- Der »Social-Ecological Systems Framework« (SES, Modell zur Analyse Sozialökologischer Systeme) wiederum erlaubt dem Wissenschaftler, alle jene Variablen aufzulisten, die mit einem sozial-ökologischen System in Beziehung stehen. Obwohl dieses Modell etwas allgemeiner ist als die beiden anderen Instrumente, kann es sie integrieren.

Die Grammatik von Institutionen

Eine Stärke des Workshop-Instrumentariums ist, dass sämtliche Instrumente miteinander kompatibel sind, da sie von einem Hauptwerkzeug aus entwickelt wurden: der schon genannten »Grammatik von Institutionen« (Crawford/Ostrom 1995), mit dem die grundlegenden Bausteine sozialer Beziehungen identifiziert werden. Beim Workshop gibt es besondere Begriffe für diese Bausteine. Nehmen wir als einfaches Beispiel eine Wohngemeinschaft, deren Bewohner sich verschiedene Aufgaben teilen, die sie abwechselnd übernehmen müssen. Eine der Tätig-

keiten ist die des »Abfallmanagers«. Dazu gehört der Umgang mit organischem Abfall: Am zweiten Freitag eines jeden Monats muss die oder der Verantwortliche alle Behälter mit organischem Abfall in die Haupttonne entleeren, und zwar ohne die Deckel der Behälter im Wohnbereich zu öffnen und den Abfall in der Wohnung zu »verteilen«. Die zweite Regel lautet: Wer das nicht wie vorgegeben erledigt, muss die Aufgabe für zwei weitere Monate übernehmen.

Wendet man die fünf beziehungsbezogenen Bausteine des Workshops an, könnte man das Beispiel des Abfallmanagers wie folgt analysieren:

- »Attribute« (für wen gilt die Norm bzw. Regel): den Abfallmanager der Wohngemeinschaft;
- »Deontik« (darf, darf nicht, oder muss getan werden): muss der Verpflichtung nachkommen, den organischen Abfall zu entsorgen; darf die Deckel nicht im Wohnraum öffnen; darf keinen Abfall in der Wohnung hinterlassen;
- »Ziele« (vorgesehene Handlungen): alle Behälter mit organischem Abfall sind in die Haupttonne zu entleeren;
- »Bedingungen« (wann, wo und wie gilt die Regel): am zweiten Freitag eines jeden Monats, im Hauptgebäude;
- »Sonst …« (vereinbarte spezifische Strafen, wenn jemand die Vereinbarungen missachtet): sonst bleibt sie bzw. er für zwei weitere Monate Abfallmanagerin.[2]

Das Beispiel zeigt, wie wir die beziehungsbezogenen Bausteine kombinieren, um eine Norm oder eine Regel zu erstellen, die das Verhalten von Menschen in einer Situation kollektiven Handelns leiten. Im Workshop werden diese Kombinationen »institutionelle Aussagen« genannt, die in Form von Regeln, Normen oder gemeinsamen Strategien auftreten. Wenn eine Gruppe ihr Verhalten durch eine Aussage organisiert, die alle fünf Teile enthält, handelt es sich um eine »Regel«. Wenn die Gruppe keine Strafe – kein »Sonst …« – festgelegt hat, handelt es sich um eine »Norm«. Wenn Mitglieder der Gruppe nur das Wissen über »Attribute«, »Ziele« und »Bedingungen« teilen – wer, was, wann, wo und wie man zu handeln hat – so setzt man nach diesem Ansatz[3] voraus, dass jede Person dieselbe Situation wahrnehmen und dieselbe Lösung entwickeln wird: dabei handelt es sich um eine »gemeinsame Strategie«.

Die einfachste Möglichkeit, die Beziehung zwischen der Grammatik von Institutionen und den anderen Instrumenten des Workshops (IAD und SES) zu beschreiben, ist, sich die DNA vorzustellen. Genau wie Nukleobasen und Aminosäu-

2 | Die englischen Begriffe für die Bausteine sind »attributes«, »deontics«, »aims«, »conditions« sowie »or else« und ergeben das Kürzel ADICO, mit dem im Workshop oft gearbeitet wird (Anm. der Hg.).

3 | Diese Grundannahme gilt auch außerhalb des Workshops. Sie leitet sich aus umfangreichen Forschungen der »Spieltheorie« ab, nach der angenommen wird, dass Menschen Entscheidungen treffen, indem sie die Kosten und Nutzen einer jeden verfügbaren Option kalkulieren. Dieser Ansatz hat viele leistungsfähige mathematische Modelle geschaffen, aber er geht davon aus, dass jeder Mensch im Grunde auf dieselbe Art und Weise Entscheidungen trifft, was selbstverständlich stark umstritten ist.

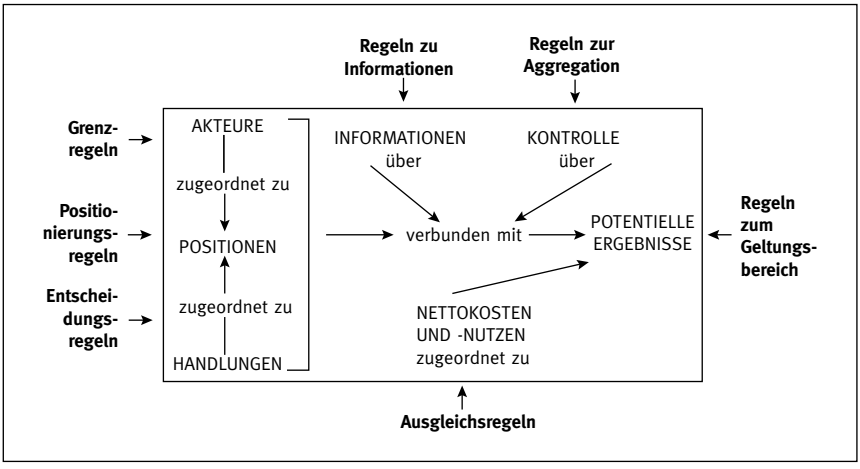
ren sich auf verschiedene Weise kombinieren, um viele unterschiedliche Proteine zu bilden, gibt es grundlegende Bausteine von Sozialbeziehungen, die verschieden kombiniert werden, um unterschiedliches Gruppenverhalten zu generieren. Naturwissenschaftler brauchen bestimmte Instrumente, um genetische Bausteine zu identifizieren, und wieder andere, um die biologischen Strukturen, die sich aus diesen Bausteinen zusammensetzen, zu kartieren. In den Sozialwissenschaften verhält es sich genauso: Wir benötigen bestimmte Instrumente, um die Bausteine der Sozialbeziehungen zu identifizieren, und wieder andere, um größere Sozialstrukturen abzubilden.

Das Modell für die Analyse von Institutionen und Entwicklungsprozessen (IAD)

Doch zurück zu unserem Abfallmanager. Die Aufgabe, den organischen Müll zu entsorgen, beinhaltet drei Entscheidungsebenen: Erstens, ein Plenum der Bewohner der Wohngemeinschaft entscheidet, die Rolle des Abfallmanagers in die Aufgabenliste aufzunehmen, und ernennt ein Komitee zur Erarbeitung der Details; zweitens, das Komitee entscheidet über die konkreten Pflichten und wie sie zu erfüllen sind; drittens, das Mitglied, das diese Aufgabe übernimmt, muss sich entscheiden, ob und wie es die Aufgabe ausführen will.

Ebene 1 ist eine »Entscheidung über eine Verfassung«: Die Mitglieder entscheiden darüber, wie Regeln aufgestellt werden sollen. Ebene 2 ist eine »Entscheidung über die Ausführungsregeln«: Die Mitglieder des Komitees stellen also unter Berücksichtigung der Wie-Leitlinie aus Ebene 1 die Regeln auf. Ebene 3 ist eine »Entscheidung über das Wie der Operation«: Das Mitglied entscheidet, wie es der Aufgabe des Abfallmanagers gerecht wird.

Abbildung 1: Die Handlungssituation



Quelle: Ostrom 2005: 189

Jede Entscheidung, die auf einer dieser drei Ebenen getroffen wird, stellt in der Sprache der Workshopper eine »Handlungssituation« dar. Zur Erläuterung dieses Begriffs können wir untenstehende Abbildung nutzen. Betrachten Sie die sieben Hauptelemente: Akteure, Positionen, Handlungen, Information, Kontrolle, Nettokosten und -nutzen sowie potentielle Ergebnisse. Am Rande zeigt eine bestimmte Regel auf jedes der sieben Hauptelemente. Zum Beispiel bestimmt links unten eine »Entscheidungsregel«, welche Art Handlung eine Person ausführen kann.

Wenn wir uns nun erinnern, dass die Grammatik von Institutionen in der Lage ist, jede dieser Regeln zu analysieren, kann man erkennen, dass sie, je nachdem, wie spezifisch die Analyse sein soll, gemeinsam mit dem IAD sinnvoll genutzt werden kann. Die Beziehung zwischen den Modellen IAD und SES ist ganz ähnlich.

Dieses Modell für sozial-ökologische Systeme (SES) (Ostrom 2007) gibt eine umfassende Liste wichtiger Faktoren, Beziehungen und Variablen vor, die Berücksichtigung finden müssen, um zu verstehen, wie sich soziale Arrangements – etwa Normen und Regeln – mit natürlichen Beziehungen in einem Ökosystem überlappen. So wie das Modell IAD eingesetzt werden kann, um das Management einer einzelnen Gemeinressource zu analysieren, ermöglicht SES einem Forscher, mehrere Ressourcen in einem größeren Ökosystem zu identifizieren und deren Management zu vergleichen.

Da IAD drei Analyseebenen enthält und jede Ebene wiederum sieben Regeln, liegt es auf der Hand, dass es sehr schnell sehr kompliziert werden kann. Der Vorteil unseres Workshop-Instrumentariums ist allerdings, dass es bei sorgfältigem Einsatz ein gewisses Maß an Konsistenz und Ordnung in unser Nachdenken über diese unglaublich komplexen Situationen bringen kann. Überdies können die Instrumente auch unabhängig voneinander genutzt werden. Man sucht sich die jeweils passenden Werkzeuge nach den spezifischen Gegebenheiten aus.

Wem es nicht lohnend erscheint, sich durch dieses »Fachchinesisch« durchzuarbeiten, sollte sich die Vorteile noch einmal vergegenwärtigen: Wenn wir alle auf der Basis eines gemeinsamen Verständnisses zusammenarbeiten – in unserem Beispiel auf der Basis der analytischen Instrumente des Workshops –, dann verbessern wir unsere Fähigkeit zur Zusammenarbeit.

Eine Variable fehlt: Wie Ideen und Worte einen Unterschied machen

»Aber«, könnten Sie fragen, »brauchen wir dieses neue Vokabular denn wirklich, um unsere ganz gewöhnlichen Erfahrungen zu beschreiben?« Ich denke Ja – und zwar aus einem einfachen Grund: Unser Denken und Sprechen strukturiert und bestimmt (teilweise) unser Verhalten, gleichgültig, ob wir kollektiv handeln oder darüber forschen. Wenn wir also lernen, Ideen miteinander zu teilen und sie mit denselben Worten zu beschreiben, werden wir uns einem Thema besser gemeinsam nähern können. Zudem bin ich überzeugt, dass sowohl die Praxis des kollektiven Handelns als auch die Forschung auf dem gründen, was Tomasello »gemeinsame Absicht« nennt und manche Politikwissenschaftler als »kollektive Ideenbildung« bezeichnen (Tomasello et al. 2005).

Mit anderen Worten: Effektives kollektives Handeln kann in der Praxis auf eine gemeinsame Vision angewiesen sein – sowohl eine Vision unserer Welt als

auch der Ziele, die wir in ihr zu verwirklichen suchen. In einem Tauschsystem in der Nachbarschaft mag dies eine Idee davon sein, was die Nachbarschaft ausmacht oder welche Güter ausgetauscht werden können. Es kann auch ein explizites oder unausgesprochenes Ziel sein, wegen dem das System überhaupt ins Leben gerufen wurde. Im Workshop ist dieses Gemeinsame die Akzeptanz des Instrumentariums selbst. Es bildet den Ausgangspunkt für Konzepte und Modelle, die uns dabei unterstützen, Sozialverhalten zu erklären. Ohne gemeinsame Ziele wäre es für die Nachbarn schwierig, ein Tauschsystem zu organisieren; ohne die gemeinsamen Ideen und Begriffe würde der Workshop nicht funktionieren. Diese Behauptung ist durchaus kontrovers, und die Gründe dafür sind komplex.[4] Aber der eigentliche Kern des Workshops liegt darin, die Grenzen unserer Instrumente kontinuierlich zu hinterfragen, auszuweiten und zu revidieren – und zwar aus so unterschiedlichen Perspektiven wie sie der Vielfalt der Workshopper entsprechen.

Egal, ob man Mainstream- oder Alternativökonomien betrachtet, man wird immer auf irgendein soziales Dilemma stoßen. Viele Wissenschaftler sagen, dass die Überwindung sozialer Dilemmata bedeute, das Problem kollektiven Handelns zu lösen. Das ist eine verallgemeinernde Art zu sagen: Wenn man Vorteile für alle Gruppenmitglieder wünscht, muss ein Teil der Menschen das Risiko akzeptieren, mehr zu zahlen. An diesem Punkt kommen die Ideen des Workshops zum Tragen. Gruppen können manchmal das Problem kollektiven Handelns lösen, indem sie Regeln, Normen und gemeinsame Strategien anwenden. Allerdings können weder institutionelle Aussagen noch ihre beziehungsbezogenen Bausteine einfach aus dem Nichts entstehen. Eine gemeinsame Absicht muss entwickelt werden – das heißt, ein »Problem der kollektiven Ideenbildung« muss überwunden werden, *bevor*[5] Gruppen effektiv zusammenarbeiten können.

Kollektive Ideenbildung beinhaltet, gemeinsame Definitionen, kollektives Wissen und ein gemeinsames Verständnis einer Situation zu finden und sich darauf zu einigen. All dies ist erforderlich, um Institutionen zu schaffen. Crawford und Ostrom merken an, dass man durch die Konzentration auf das gemeinsame Verständnis von Erwartungen, Präferenzen und Verhalten die Falle vermeide, Institutionen als Dinge zu behandeln, die außerhalb des gemeinsamen Verständnisses und dem daraus resultierenden Verhalten der Beteiligten existierten (Crawford/Ostrom 1995). Andere Wirtschaftswissenschaftler teilen dies. Denzau und North haben einen viel beachteten Artikel geschrieben, in dem sie erläutern, welche Bedeutung dieses gemeinsame Verständnis hat – sie reden von »mentalen Modellen« (Denzau/North 1994). Diana Richards, Whitman Richards und Brendan McKay haben dazu beigetragen, dass wir besser verstehen, wie mentale Modelle die Entscheidungsfindung beeinflussen, indem sie abbilden, wie gemeinsame Wissens-

4 | Wenige haben bislang die Spannung zwischen Ansätzen der Spieltheorie und der gemeinsamen Ideenbildung direkt thematisiert. Diana Richards hat hier beispielsweise interessantes Neuland mit der Gestaltung einiger eleganter formaler Modelle betreten. Sie versucht, die Auswirkungen gemeinsamer mentaler Modelle auf ihre Leistung im Umgang mit Dilemmata zu untersuchen und zu verstehen (Richards 2001).

5 | Hervorhebung durch die Herausgeber.

strukturen das Verhalten der Menschen in sozialen Dilemmata beeinflussen (Richards 2001; Richards et al. 2002).

Mentale Modelle zeigen, wie wir die Welt ordnen und verstehen. Sie sind nützliche, vereinfachte Versionen unserer sozialen und ökologischen Welten, genau wie eine Landkarte eine nützliche, vereinfachte Version eines Territoriums ist. Wenn wir jedoch unsere unterschiedlichen mentalen Modelle, zum Beispiel eines Fischereigebiets, nicht durchdiskutieren, gibt es kaum eine kollektive Ideenbildung, denn unsere Auffassungen über den Umgang mit unseren Ressourcen stehen durchaus miteinander im Konflikt.

Welcher Schritt folgt nun, nachdem wir anerkannt haben, dass gemeinsame Ideen und eine gemeinsame Sprache für die Entwicklung effektiver Institutionen wichtig sind? Manche Forschungsarbeiten haben gezeigt, dass die Arbeit innerhalb einer Organisation besser wird, wenn man die Barrieren zwischen verschiedenen Fachsprachen durchbricht und mentale Modelle teilt. Des Weiteren wissen wir, wie schwierig es ist, Basisprojekte kollektiven Handelns zu gründen, auszuweiten oder zu kopieren, etwa Wirtschaftsgemeinschaften zwischen Landwirten und Verbrauchern, Tauschsysteme in der Nachbarschaft und andere. Der Erfolg solcher Vorhaben kann davon abhängen, wie viel Mühe man in die gemeinsame Ideenbildung steckt, bevor man beginnt, messbare Lösungen zum Problem des kollektiven Handelns zu entwickeln.

Wenn es dann gelingt, Gemeinsamkeiten mit Gruppen zu finden, die andere mentale Modelle und ein anderes Vokabular haben, wäre es für alle leichter, kollektiv zu handeln.

Dieser Beitrag ist die adaptierte und gekürzte Fassung eines Aufsatzes, der zuerst im Grassroots Economic Organizing (GEO) Newsletter *erschien:* GEO Newsletter, Band 2, Ausgabe 9, Collective Action: Research, Practice and Theory.

Literatur

Clemente, Floriane (2010): »Analysing Decentralised Natural Resource Governance: Proposition for a ›Politicised‹ Institutional Analysis and Development Framework«, in: *Policy Sciences* 43(2), S. 129-156.

Crawford, Sue/Ostrom, Elinor (1995): »A Grammar of Institutions«, in: *American Political Science Review* 89(3), S. 582-600.

Denzau, Arthur/North, Douglass (1994): »Shared Mental Models: Ideologies and Institutions«, in: *Kyklos* 47(1), S. 3-31.

Ostrom, Elinor (2005): Understanding Institutional Diversity, Princeton.

Ostrom, Elinor (2007): »A Diagnostic Approach for Going beyond Panaceas«, in: *PNAS* 104(39), S. 15181-15187.

Ostrom, Elinor (2009): »A General Framework for Analyzing Sustainability of Social-Ecological Systems«, in: *Science* 325(5939), S. 419-422.

Ostrom, Elinor (2010): »Beyond Markets and States: Polycentric Governance of Complex Economic Systems«, in: *American Economic Review* 100(3), S. 641-672.

Richards, Diana (2001): »Coordination and Shared Mental Models«, in: *American Journal of Political Science* 45(2), S. 259-276.

Richards, Whitman/McKay, Brendan D./Richards, Diana (2002): »The Probability of Collective Choice with Shared Knowledge Structures«, in: *Journal of Mathematical Psychology* 46, S. 338-351.

Tomasello, Michael/Carpenter, Malinda/Call, Malinda/Behne, Tanya/Moll, Henrike (2005): »Understanding and Sharing Intentions: The Origins of Cultural Cognition«, in: *Behavioral and Brain Sciences* 28, S. 675-735.

Ryan T. Conway (USA) gehört zum Forschungsteam Managing the Health Commons am Workshop in Political Theory and Policy Analysis. Im Rahmen des Doktorandenprogramms für Politische Wissenschaft der Indiana University, Bloomington, erforscht er, wie mentale Modelle kooperatives Verhalten in Konkurrenzsituationen beeinflussen.

Von Wissen und anderen Reichtümern

Kulturelle Commons konstruieren

Michael J. Madison, Brett M. Frischmann und Katherine J. Strandburg

Die Hummerfischerei in Maine ist ein gutes Beispiel für erfolgreich verwaltete natürliche Ressourcen. Da ohne Regulierung die Gefahr der Überfischung bestünde, entwickelten die Fischer der Region im Lauf der Zeit formelle und informelle Regeln, die die Fangberechtigten, die Zeiten und die Orte sowie die erlaubte Menge des Hummerfangs festlegen. Das Ergebnis ihrer Anstrengungen ist ein planvoll gestaltetes Commons, das auf Zugangsbeschränkungen und verteilter Kontrolle beruht. Die Hummer überleben und der Hummerindustrie geht es gut.

Wie funktionieren solche Commons? Woher kommen sie, was trägt zu ihrer Dauerhaftigkeit und Leistungsfähigkeit bei, und was untergräbt sie? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt der Institutionenökonomik. Sie hat viel dazu beigetragen, die Erfolge und Misserfolge bei der Ausgestaltung natürlicher Commons zu verstehen.[1] In unserem Artikel *Constructing Commons in the Cultural Environment* (im weiteren *Constructing Commons*) haben wir uns mit diesem Ansatz und mit der Frage auseinandergesetzt, wie die Ausgestaltung der (von uns sogenannten) »konstruierten Commons« im kulturellen Umfeld verstanden werden kann.

In konstruierten Commons werden keine Krustentiere produziert, aufbewahrt und verbraucht, sondern Informationen: urheberrechtlich geschützte Werke, patentierte Erfindungen und andere Formen von Information und Wissen, deren Austausch nicht immer mit den formellen Regeln zum geistigen Eigentum vereinbar ist (Madison et al. 2010). Der in *Constructing Commons* entwickelte Ansatz ermöglicht es uns, die soziale Bedeutung der Institutionen konstruierter Commons zu untersuchen. Das ist für die Auseinandersetzung mit dem Eigentumsrecht im Besonderen und für die soziale Ordnung im Allgemeinen relevant. Die herkömmliche Auffassung der Eigentumsforschung, insbesondere im Bereich des sogenannten »intellektuellen oder geistigen Eigentums«, geht davon aus, dass die Produktion und der Verbrauch von Gütern vorwiegend über individuelle Eigentumsrechte an einzelnen Gütern geregelt sind, die über Marktmechanismen verteilt werden – und dass dies auch die beste Lösung sei. Sobald sich Marktmechanismen aber als ungeeignet erweisen, gesellschaftlichen Wohlstand zu optimieren,

1 | Siehe dazu auch die Beiträge von Ryan T. Conway sowie Helen Markelova und Esther Mwangi in diesen Band.

bei Marktversagen also, werden staatliche Eingriffe als Lösung vorgeschlagen. Intellektuelles Eigentum wird im Allgemeinen als Hilfsmittel gegen Marktversagen gerechtfertigt. Schöpferische Werke und Erfindungen werden als öffentliche Güter beschrieben, deren Immaterialität ihre Schöpfer daran hindert, potentielle Nutzer auszuschließen, für den Zugang einen Preis zu verlangen und so ihre Investitionen zurückzubekommen. Urheberrecht und Patentgesetze schaffen so künstliche, aber gesetzlich sanktionierte Formen des Ausschlusses und geben Schöpfern und innovativen Köpfen eine gewisse Kontrolle über den Markt.

Diese konventionelle Sicht betrachtet gemeinschaftsbasierte und kollektiv organisierte Institutionen, insbesondere wenn sie informelle Regeln und Normen mit formeller Regulierung verbinden, als Ausnahmen, die auf vorherigen Eigentumsrechten beruhen. Eine systematische Erstellung und Analyse von Fallstudien zu konstruierten kulturellen Commons nach dem von uns vorgeschlagenen Modell ermöglicht eine kritische Überprüfung der Gültigkeit dieser eigentumsfixierten Perspektive.

Der Ausdruck »konstruierte kulturelle Commons« bezieht sich auf gesellschaftlich getragene Institutionen, die dafür geschaffen wurden, Kultur und wissenschaftliches Wissen formell oder informell fortzuentwickeln und zu teilen, ähnlich wie unter »natürlichen Commons« eine spezifische, gemeinsam gestaltete Umgebung für natürliche Ressourcen verstanden wird, wie die bereits erwähnte Hummerfischerei in Maine.

Ein Commons ist weder ein Ort noch ein Ding, sondern ein Regelwerk zur Handhabe von Ressourcen. Kulturelle Commons sind Regelwerke für das Teilen von Informationen oder kulturellen Gütern. Solche Commons sind in dem Sinn »konstruiert«, dass ihre Erzeugung, Existenz, Verwaltung und Dauerhaftigkeit nicht dem Zufall überlassen bleiben, sondern in sozialen Prozessen und institutioneller Planung entstehen. Beispiele für konstruierte kulturelle Commons sind: Patentpools, in denen die Inhaber von Patenten aus einem bestimmten Technologiebereich diese einem gemeinsamen »Pool« zur Verfügung stellen und Produzenten aus diesem Pool alle nötigen Rechte erhalten können, um Güter auf Basis dieser Patente zu entwickeln und zu verkaufen;[2] Open-Source-Softwareprojekte, die den Nutzern der Programme die Möglichkeit einräumt, sie zu verändern und in veränderter oder unveränderter Form weiterzugeben;[3] die Internet-Enzyklopädie Wikipedia, die ihren Nutzern die Möglichkeit gibt, ihre Inhalte zu verändern und zu erweitern; die von der Associated Press betriebene Presseagentur für Journalismus, die den teilnehmenden Medien und Presseorganen die Möglichkeit gibt, Werke der anderen Mitglieder zu publizieren; und die Jam-band-Fangruppen, die Auftritte ihrer Lieblingsbands aufnehmen, teilen und kommentieren – mit Erlaubnis der Künstler (die erste und bekannteste Jam-band-Community hat sich im Umfeld der Band Grateful Dead entwickelt).

2 | Über diese Art des »Poolens« hinaus geht der Vorschlag der Global Innovation Commons, der in diesem Band von David Martin beschrieben wird (Anm. der Hg.).

3 | Vergleiche dazu beispielsweise die Beiträge von Benjamin Mako Hill und Christian Siefkes (Anm. der Hg.).

Die genannten Beispiele unterscheiden sich deutlich voneinander, haben aber auch gemeinsame strukturelle Merkmale – etwa die Existenz von Mechanismen für das Teilen von Informationen oder kulturellen Werken –, die eine vergleichende Analyse möglich machen. So einigen sich die Teilnehmenden in der Regel auf Begrenzungen, die auf die Eigenschaften der jeweiligen Güter, Gemeinschaften und Interessen zugeschnitten sind.

Commons beruhen nicht auf den Tauschprinzipien des Marktes, die von traditionellen Eigentumsrechten abhängen, sind aber auch nicht ausschließlich durch staatliche Regulierung bestimmt. Die Forschung hat sich bislang nicht ausreichend mit dem organisierten Teilen und der gemeinsamen Verwaltung kultureller Güter beschäftigt. Die theoretische Diskussion zum Umgang mit intellektuellem Eigentum hat sich auf die Extreme des Ausschlusses oder aber des freien Zugangs beschränkt und dabei das große Spektrum konstruierter Commons zwischen diesen Extremen übersehen. Diese Diskussionen sind häufig losgelöst von empirischen Untersuchungen, die zeigen, wie vielfältig und kreativ die Praxis in vielen Communitys aussieht. In *Constructing Commons* haben wir argumentiert, dass es höchste Zeit wird, diesem mittleren Bereich der konstruierten kulturellen Commons mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

Die Forschungen zum Hummerfischfang in Maine und anderen natürlichen Commons beruhen auf der von Elinor Ostrom und ihren Mitarbeitern entwickelten Fallstudien-Methode. Diese Methode verwendet den sogenannten »IAD-Forschungsansatz« (»Institutional Analysis and Development«),[4] wobei durch strukturierte Forschungsfragen unterschiedlichste Gestaltungsformen von Commons untersucht und Theorien und Modelle zu ihrer Erklärung entwickelt werden.

Zur Erläuterung des Ansatzes in einem kulturellen Kontext kann eine Fußballliga dienen. Die formalen Regeln des Fußballspiels sind festgelegt, aber die tatsächlich angewandten Regeln unterscheiden sich in Details durchaus zwischen professionellen Ligen und Freizeitspielen, zwischen Kinder- und Erwachsenenligen und so weiter. Eine bestimmte Fußballliga ist zudem gekennzeichnet durch die Beziehung der Spieler zueinander (die Nachbarn, berufliche Konkurrenten, Freunde und vieles mehr sein können), durch die Eigenschaften der jeweiligen Spielfelder und sogar durch das Klima der Austragungsorte. Der Handlungsraum (Fußballspiele) hängt von komplexen und spezifischen Interaktionen zwischen all diesen Eigenschaften ab. Das Ergebnis sind dennoch in jeder bestimmten Liga leicht identifizierbare Interaktionsmuster, die klar als »professioneller Fußball«, »Freundschaftsspiel am Wochenende«, »Spiel in einer Kinderliga« und so weiter erkennbar sind. Überdies können Ligen erfolgreich sein und viele Jahre bestehen, während die Spieler wechseln; andere scheitern und lösen sich rasch wieder auf. Das Ziel der Anwendung des IAD-Forschungsansatzes auf diesen Bereich besteht darin, die Analyse verschiedener Fußballligen als Grundlage zu nehmen, um Erfolg und Scheitern als Funktionen des Kontexts beschreiben zu können. Anders ausgedrückt: Wir wollen wissen, welche Merkmale Commons produktiv und stabil machen und welche ihr Funktionieren untergraben. Unter welchen Bedingungen

4 | Der IAD-Forschungsansatz wird in diesem Band von Ryan T. Conway in groben Zügen dargestellt (Anm. der Hg.).

sind Commons-Lösungen prädestiniert dafür, von der Politik aufgegriffen zu werden, und unter welchen Umständen verursachen sie sozialen Schaden?

Diese Methode strukturierter Untersuchung bietet die Vorteile einer systematischen Herangehensweise, ohne der Commons-Forschung ein bestimmtes theoretisches Paradigma überzustülpen. Sie ermöglicht es, die Komplexität real existierender Commons als Ausgangspunkt für das theoretische Verständnis zu nehmen, statt sie ins Korsett eines vorgefertigten Modells zu zwängen. Nach einer größeren Anzahl an Studien ermöglicht Ostroms Ansatz Verallgemeinerungen (etwa in Form der Designprinzipien),[5] auf deren Grundlage genauere Modelle gebildet und experimentelle Studien zu den in den Fallstudien beobachteten Aspekten durchgeführt werden können.

Aufbauend auf Ostroms Arbeiten schlagen wir daher eine systematische, auf Fallstudien basierende Erforschung der Konstruktion kultureller Commons vor. Die Zeit dafür ist reif. Zahlreiche Forscher haben bereits mit Fallstudien konstruierter kultureller Commons begonnen. Dabei wurden aber in der Regel nur spezielle Gebiete (etwa Open-Source-Software oder wissenschaftliches Publizieren) untersucht und eine begrenzte Anzahl beschreibender Variablen berücksichtigt. Dies erschwert die Integration und gemeinsame Auswertung der Studien, was sich wiederum nachteilig auf die Durchführung weiterer Fallstudien auswirkt.

»Constructing Commons« adaptiert und erweitert Ostroms IAD-Forschungsansatz so, dass die Unterschiede zwischen konstruierten kulturellen Commons und natürlichen Commons angemessen erfasst werden können. Besonders zu beachten ist, dass bei kulturellen Commons (im Gegensatz zu natürlichen Commons) in der Regel eine Organisationsstruktur vorhanden sein muss, die die entsprechenden Güter produziert und zugleich das Teilen der vorhandenen Güter ermöglicht.[6] Diese Eigenheit kultureller Commons schafft eine stärker interagierende Menge exogener Variablen, da sich die verwalteten Ressourcen nicht von den Merkmalen und Regeln der Gemeinschaft trennen lassen, die sie produziert. Man kann sich eine Universität vorstellen, die als kulturelles Commons fungiert. Lehrpersonal und Studierende der Universität teilen existierendes Wissen und Wissensressourcen (wie Fachliteratur, Archivmaterial und Forschungsthemen) und arbeiten bei der Produktion neuen Wissens zusammen. Diese Tätigkeiten werden nur selten durch Besitzansprüche von Lehrenden oder Studierenden eingeschränkt. Die Universität und ihre vielen Institute, Fakultäten und Fächer werden durch eine ausgefeilte interne Regulierungsstruktur verwaltet. Es gibt zudem ein wachsendes Interesse an genauen gesetzlichen Regelungen von Technologietransferprozessen, denn das sind jene Punkte, an denen sich die kulturellen Commons mit dem eigentumsbasierten Markt jenseits der Universitätsmauern berühren (vgl. Madison, Frischmann und Strandburg 2009).

---

5 | Kurz zusammengefasst in dem Kasten auf S. 53/54.

6 | Viele Autoren dieses Buchs fassen im Gegensatz dazu *alle* Commons als produktive gemeinschaftsbasierte Systeme auf, das heißt: Commons jedweder Art müssen *immer* produziert werden (Anm. der Hg.).

Bei kulturellen Commons ist keine präzise Trennung zwischen Ressourcen, produzierten Ergebnissen und den Merkmalen der dazugehörigen Gemeinschaft möglich, da die Interaktionen zwischen den Mitgliedern solcher Commons untrennbar mit Form und Inhalt des Wissens-Outputs verbunden sind, der wiederum eine Ressource für die zukünftige Produktion darstellt. Diese Unterschiede verlangen nach speziell auf kulturelle Commons zugeschnittenen Untersuchungsmethoden. Da die in einem kulturellen Commons geteilten Ressourcen konstruiert und nichtrival[7] sind, müssen die Grenzen solcher als Commons verwalteter Ressourcen anders definiert werden als bei natürlichen Commons. Zunächst ist bewusst ein Untersuchungsbereich zu wählen. In Abhängigkeit von den jeweils untersuchten Commons (ob eine Universität als Forschungsgemeinschaft oder ein Patentpool) können das die Menge gemeinfreier Werke (»Public Domain«) oder – in proprietären Umgebungen – die Objekte intellektuellen Eigentums sein. Im nächsten Schritt muss der Grad an Offenheit differenziert untersucht werden. Natürliche Commons sind in dieser Hinsicht einfach zu beschreiben: Häufig sind sie für Mitglieder zugänglich und für alle anderen geschlossen. Das ist auch vernünftig, da natürliche Ressourcen rivale Güter sind – Ziel der Ausgestaltung des Commons ist es üblicherweise, durch Zugangsbeschränkungen ihre Übernutzung zu verhindern. Intellektuelle Güter sind dagegen nicht denselben Beschränkungen unterworfen und können ohne das Risiko von Engpässen oder Übernutzung geteilt werden. Daher spiegelt der Aufbau eines konstruierten kulturellen Commons viele Entscheidungen bezüglich des Grads und Typus der Beteiligung wieder, die verschiedenen Personen und Gruppen zugebilligt wird. Beispielsweise erlauben Freie-Software-Projekte oft jedem, zu kommentieren, Vorschläge zu machen oder Programmcodes zur Prüfung einzureichen. Dennoch werden die Projekte von einer kleinen Gruppe von Programmierern gemanagt, die bestimmen, welcher Code in die veröffentlichten Versionen der Software aufgenommen wird. Außerdem können Menschen, die an der Erstellung des Codes nicht beteiligt waren, diesen Code nutzen, wobei oft bestimmte Einschränkungen gelten (etwa für die kommerzielle Nutzung), die von Projekt zu Projekt variieren.[8]

Dass den Eigentumsrechten und staatlichen Eingriffen in der bisherigen Forschung meist ein logischer und normativer Vorrang eingeräumt wurde, könnte sich als unangemessen erweisen. Die soziale Ordnung beruht auf einer Vielzahl an formellen und informellen Institutionen und bringt sie zugleich hervor. Entscheidend ist, dass das Verständnis kultureller Commons Hinweise darauf geben kann, wie organisiertes Teilen oder Offenheit bei kulturellen Gütern eben jene »Überschüsse« oder Nutzeffekte erzeugt, die diese Güter so gesellschaftlich vorteilhaft machen (vgl. Frischmann/Lemley 2007 sowie Frischmann 2008). Der gesellschaftliche Wert von Wissen, Kultur und Informationen liegt nicht nur in deren

7 | Vgl. zum Begriff der »Rivalität« den Artikel von Silke Helfrich in diesem Buch (Anm. der Hg.).

8 | Siehe auch die Artikel von Mike Linksvayer und Christian Siefkes in diesem Buch (Anm. der Hg.).

konkreter Bedeutung für Produzenten und Nutzer dieser Informationen, sondern auch darin, wie die Nutzer sie mit anderen teilen.

Detaillierte Untersuchungen werden nötig sein, um genauer zu verstehen, wie konstruierte kulturelle Commons entstehen und funktionieren. Dabei müssen die ineinander geschachtelten Ebenen und ihre Eigenschaften berücksichtigt werden, in denen Commons wirken. Wir schlagen daher vor, dass sich die künftige Forschung an Clustern orientiert; dazu gehört etwa die vergleichende Erfassung von Zugangsregeln bei kulturellen Commons sowie die Frage, wie die Mitglieder solcher Commons an der gemeinsamen Produktion beteiligt sind und die »Entnahme« von Informationsgütern organisieren. Interdisziplinäre Fallstudien werden dabei ebenso nützlich sein wie die systematische Auswertung der bereits existierenden Forschungsliteratur, um die für jedes Cluster relevanten Attribute zu identifizieren. Durch die Anwendung in konkreten Fallstudien sollte dabei der Forschungsansatz zugleich Schritt für Schritt ergänzt und verbessert werden.

Unsere Beschäftigung mit konstruierten kulturellen Commons hat über den hier skizzierten Vorschlag hinaus mehrere Aspekte ergeben, die für die Forschung zu geistigem Eigentum relevant sind. Die Beschäftigung mit konstruierten Commons hilft dabei, der gemeinsamen Ressourcenverwaltung einen angemessenen Platz bei der Untersuchung von Eigentumsformen einzuräumen. Im Laufe der Zeit sollte dies der Skepsis vieler Forscher entgegenwirken, und kollektive Lösungen werden sich auch jenseits eng definierter Nischen entfalten. Überdies lenken Fallstudien unsere Aufmerksamkeit auf das Konstruiert-Sein, also den geplanten Charakter der kulturellen und rechtlichen Umwelt in der Wissens- und Informationspolitik.[9] Und schließlich können – wie bei natürlichen Commons auch – systematische Fallstudien-Analysen der konstruierten Commons dazu beitragen, jene Allheilmittel in Frage zu stellen, die uns mitunter empfohlen werden, obwohl sie auf allzu einfachen Modellen basieren.

Literatur

Frischmann, Brett M. (2008): »Speech, Spillovers, and the First Amendment«, in: University of Chicago Legal Forum, S. 301-333.

Frischmann, Brett M./Lemley, Mark A. (2007): »Spillovers«, in: *Columbia Law Review* 107, 1, S. 257-301.

Madison, Michael J./Frischmann, Brett M./Strandburg, Katherine J. (2009): »The University as Constructed Cultural Commons«, in: *Washington University Journal of Law & Policy* 30, S. 365-403.

Madison, Michael J./Frischmann, Brett M./Strandburg, Katherine J. (2010): »Constructing Commons in the Cultural Environment«, in: *Cornell Law Review* 95, 4: 657-709.

Ostrom, Elinor (2005): Understanding Institutional Diversity, Princeton.

9 | Über eine commonsbasierte Wissens- und Informationspolitik schreibt Rainer Kuhlen in diesem Buch (Anm. der Hg.).

Michael J. Madison (USA) ist Professor der Rechtswissenschaften an der Universität von Pittsburgh. Er forscht zu wissensbasierten Institutionen, Innovationen und kulturellen Commons. Seine Artikel sind abrufbar unter: http://madisonian.net/home. Er bloggt auf http://madisonian.net.

Brett M. Frischmann (USA) ist Rechtsprofessor und Direktor des Intellectual Property and Information Law Program an der Cardozo Law School. Seine Forschung konzentriert sich auf kulturelle und infrastrukturelle Commons. Er ist Autor des Buches *Infrastructure: The Social Value of Shared Resources (2012).*

Katherine J. Strandburg (USA) ist Professorin für Rechtswissenschaften an der New York University. Ihre Veröffentlichungen konzentrieren sich auf kulturelle Commons und die Auswirkungen von Nutzer- und kollaborativer Innovation auf das Patentrecht sowie von vernetzter Kommunikation auf die Privatsphäre. Zuvor promovierte und forschte sie als Physikerin am Argonne National Laboratory.

Peer-Produktion und Peer-Governance der digitalen Commons

Michel Bauwens

In meinem Essay »The Political Economy of Peer Production« (Bauwens 2006) habe ich die commonsbasierte Peer-Produktion auf zwei verschiedene Arten definiert. Die erste orientiert sich an Nick Dyer-Whitefords Analyse, die Peer-Produktion in mehrere Phasen unterteilt. Dies sind:

- Inputphase: Ohne jemandes Erlaubnis zu bedürfen, finden sich Menschen zusammen, um gemeinsam Werte zu schaffen. Voraussetzung dafür ist der Zugang zu offenem und freiem »Rohmaterial«, das schon existiert oder erzeugt wird.
- Prozessphase: Menschen arbeiten außerhalb des Systems der Lohnabhängigkeit zusammen und leisten freiwillig Beiträge. Sie müssen Prinzipien der Kontrolle entwickeln, die Mitbestimmung garantieren und die potentiell gleichwertigen Beiträge, die Äquipotentialität, zu den Commons widerspiegeln.
- Outputphase: Commoners würden keine Beiträge leisten, wenn eine private Aneignung ihrer Tätigkeit möglich wäre. Daher werden neue Formen der freien Lizenzierung verwendet[1], um allgemeine Verfügbarkeit zu garantieren und ein frei zugängliches Commons zu schaffen.

Die commonsbasierte Peer-Produktion kann aber auch als die gemeinsame Erzeugung von Werten definiert werden. Peer-Governance steuert diesen Vorgang, und Peer-Eigentum schützt die gemeinsam geschaffenen Werte vor privater Aneignung. »Äquipotentialität« meint die gleiche Freiheit, Gelegenheit und Fähigkeit aller Menschen, zu den Commons beizutragen, indem die zur Entwicklung der Commons erforderlichen Tätigkeiten mit den freiwilligen Beiträgen in Übereinstimmung gebracht werden. Dieser Prozess beruht auf einem System des stigmergischen Signalisierens,[2] das die freiwillige und schnelle Verteilung von Tätigkeiten

1 | Vergleiche unter anderem die Beiträge von Benjamin Mako Hill und Mike Linksvayer in diesem Buch (Anm. der Hg.).

2 | Stigmergie ist die Signalsprache der Ameisen und Bienen. Allgemeiner handelt es sich um hinweisbasierte Umweltmechanismen zur Koordination der Arbeit unabhängiger

erleichtert. Man könnte sagen, dass in der Peer-Produktion die »Arbeitsteilung« in ein System der »Aufgabenverteilung« umgewandelt wird.

Peer-Governance im engeren Sinne sollte für jene Aspekte von Peer-Produktion reserviert bleiben, die sich gänzlich außerhalb einer hierarchischen Zuordnung von Aufgaben befinden. Jene Bereiche also, in denen es keine Befehlsmechanismen gibt, die den Produktionsprozess direkt bestimmen. Peer-Governance kann dennoch verschiedene Arten von Hierarchien umfassen, beispielsweise Mechanismen der Qualitätssicherung, die am Ende des Produktionsprozesses erfolgen. Hierarchien aber, die verhindern, dass alle frei beitragen können, sind mit Peer-Produktion und Peer-Governance nicht vereinbar. Noch komplizierter wird die Sache dadurch, dass Peer-Produktion unter heutigen Bedingungen eine hybride Organisationsform ist, die mit der kapitalistischen Wirtschaft, innerhalb derer sie sich entwickelt, im gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis steht.

In der Praxis können wir die Entstehung einer dreigliedrigen Struktur bei gemeinsam organisierter Produktion beobachten. Im Mittelpunkt steht eine Community, die sowohl freiwillige Beitragende als auch bezahlte Angestellte umfasst, eine materielle Infrastruktur zur Kooperation besitzt und manchmal Koalitionen aus Unternehmen und Freien hervorbringt. Das heißt: Freiwillige und bezahlte Angestellte bringen Wissen, Programmcode und Entwürfe in den gemeinsamen Pool ein und sichern entstehende digitale Commons durch unterschiedliche freie Lizenzen rechtlich ab. Peer-Projekte sind erfolgreich, solange sie Freiwillige oder Unternehmen als Beitragende gewinnen können, die zur Verwendung alternativer Lizenzen bereit sind.

Im Allgemeinen werden Peer-Gemeinschaften durch Regeln und Normen bestimmt, die sich aus meritokratischen Idealen ergeben. Während meistens jede dazu befähigte Person Beiträge leisten kann, gibt es auch Mechanismen nachträglicher Qualitätskontrolle, die aufgrund meritokratischer Kriterien durch einzelne oder ganze Gruppen durchgeführt wird. Dies wird manchmal als »Maintainer«-Modell des Managements bezeichnet. Die genauen Regeln können kompliziert sein und wiederum bestimmte Hierarchien erzeugen, wie etwa die der »Admins« und Editoren in der Wikipedia. Diese Art der Governance ist jedoch kein klassischer, auf Knappheit beruhender Allokationsmechanismus, wie er Märkte, Bürokratien und sogar Demokratien dominiert, da Beiträge (Code, Text, Entwürfe usw.) allgemein als nichtrival[3] und in Fülle vorhanden gelten. Jeder kann beitragen, aber bestimmte Entscheidungen müssen getroffen werden, um das Endprodukt zusammenzustellen und in einer bestimmten Form herauszugeben. Dies kann als ein zwangsfreier Produktionsprozess mit starken »pluri-archischen« Elementen betrachtet werden. Er beinhaltet die Möglichkeit, die Kooperation einzustellen oder zu »forken« (enttäuschte Teilnehmer verlassen das Projekt und führen es selbständig weiter), und er ermöglicht zugleich wirkungsvolle, nachträgliche Kontrollmechanismen, die die zuverlässige Produktqualität sicherstellen.

Akteure. Siehe für eine detaillierte Erläuterung: http://p2pfoundation.net/Stigmergy (Zugriff am 23.09.2011).

3 | Zum Begriff der Rivalität siehe den Beitrag von Silke Helfrich ab S. 85 in diesem Band (Anm. der Hg.).

Der zweite Aspekt der dreigliedrigen Struktur von Peer-Produktionsgemeinschaften, die materielle Infrastruktur der Kooperation, ist manchmal kostspielig und erfordert erhebliche Investitionen. Man denke etwa an die Kosten, die der Betrieb der Wikipedia-Server verursacht. Im Allgemeinen gründen Peer-Communitys daher »gemeinnützige« Gesellschaften oder Vereine, die unter anderem die Infrastruktur verwalten und dafür Spenden sammeln. Diese Organisationen wählen meist die Rechtsform des gemeinnützigen Vereins und sind überwiegend demokratisch organisiert. Es gibt Wahlen, Auslosungs-, Rotationsverfahren und andere Methoden. Solche Vereinigungen sind nutzenorientiert in dem Sinn, dass sie für die Commons und eine Gemeinschaft von Beitragenden tätig sind, aber sie üben keine Kontrolle über den Produktionsprozess aus.

Der dritte Aspekt commonsbasierter Peer-Produktion sind Koalitionen aus Unternehmen und Freien, die entweder ihre Dienste und Arbeitszeit verkaufen oder zusätzlichen Wert schaffen, der auf dem Markt in Geld umgesetzt werden kann. Diese Unternehmen sind wichtig für die Reproduktion der Commoners und der Commons, da sie viele Beitragende bezahlen und gemeinnützige Vereine kofinanzieren können.

Unter heutigen Bedingungen sind viele commonsbasierte Peer-Projekte in das herrschende kapitalistische Wirtschaftssystem eingebunden. Dies hat zu einer fragilen gegenseitigen Abhängigkeit geführt: Die Communitys benötigen das Kapital und die Lohnzahlungen der Unternehmen, während diese sich einen Teil der Produkte der gesellschaftlichen Kooperation aneignen und verkaufen (müssen).[4] Diese Hybridform der wirtschaftlichen Zusammenarbeit wirft Fragen für die Peer-Governance auf:

- Wie kann die Community ihre unabhängigen Prozesse, Regeln und Werte erhalten, wenn ein beträchtlicher Teil der Beitragenden von Unternehmen bezahlt wird? In der Praxis führt dies mitunter dazu, dass Open-Source-Communitys von einzelnen Unternehmen dominiert werden, was sie als echte Common(er)s disqualifiziert. Andererseits kann es vorkommen, dass Unternehmen sich an die Regeln und Werte einer Community anpassen. Als Beispiel sei hier die respektvolle Beziehung genannt, die IBM zur GNU/Linux-Community unterhält.
- Wie können die gemeinnützigen Organisationen ihre Unabhängigkeit und demokratischen Abläufe bewahren, wenn sie von Unternehmen mitfinanziert werden? In der Praxis beschränken viele Vereine, so etwa die Linux Foundation, die Beteiligung einzelner Unternehmen, um deren Dominanz zu verhindern.

Peer-Governance wirft also viele Fragen der Machtverteilung auf. Sie bringt eine neue Art des (Klassen?-)»Kampfes« zwischen peer-produzierenden Communitys und Commoners einerseits und Unternehmen und kommerziellen Akteuren andererseits hervor. Doch auch im besten Fall der Peer-Produktion gibt es viele »in-

4 | Es geht mir hier nicht um die strukturellen Bedingungen von kommerziellen sozialen Netzwerken wie Facebook oder Crowdsourcing-Plattformen, bei denen Selbständige für den Markt produzieren. Vergleiche dazu auch den Beitrag von Benjamin Mako Hill in diesem Buch (Anm. der Hg.).

terne« Spannungen zwischen den neuartigen meritokratischen Hierarchien, die sich in den Communitys selbst herausgebildet haben. Für solche Probleme gibt es die unterschiedlichsten Lösungen, doch Demokratie und Pluri-archismus sind nie einfach gegeben. Ihre Bewahrung bleibt stets eine gesellschaftliche Herausforderung.

Wichtig und zu einem gewissen Grad geschichtlich neu ist, dass äquipotentielle Kooperationsmechanismen, die auch jenseits des lokalen Levels funktionieren, immer bedeutender werden. Dazu gehört die Möglichkeit stigmergischer, horizontaler Kommunikation einer großen Anzahl von Menschen untereinander, die rechtliche Absicherung der Commons durch offene Lizenzen und die Möglichkeit, Projekte zu forken. Verglichen mit den fast schon feudalen Strukturen in privaten, auf Lohnabhängigkeit beruhenden Unternehmen, sind dies vielversprechende Bedingungen für die demokratische Kontrolle von Produktionsprozessen.

Deshalb sollten wir uns für Alternativen einsetzen, die die Peer-Produktion von einer allzu großen Abhängigkeit von der kapitalistischen Wirtschaft befreien. Um zu vermeiden, dass Commons und Peer-Produktion von den Forderungen der Kapitalakkumulation für ihre eigene gesellschaftliche Reproduktion abhängig sind, müssen wir bessere Möglichkeiten finden, um die Selbständigkeit der Peer-Produktion zu verteidigen.[5] Zudem gilt es, eine autonome »Zirkulation der Commons« in Gang zu bringen, die jene sozialen Praktiken fördert, die dieses Produktionsparadigma gerade beleben und wertvoll machen.

Die Commoners sollten deshalb selbst eine neue Art gemeinnütziger Organisation schaffen, die auf dem Markt operiert. Eine solche Organisationsform würde Commoners als Mitglieder haben und deren Interessen sowie den Commons oberste Priorität einräumen. Dabei würde sie die Profitmechanismen ihren sozialen Zielen unterordnen. Solche Peer-Organisationen könnten durch gegenseitige Unterstützung und Zusammenarbeit eine Gegenökonomie schaffen und einer neuen Logik des Produzierens zum Durchbruch verhelfen, die die Abhängigkeit von Kapital überwindet. Für solche Organisationseinheiten wurde der Name »Phyles« vorgeschlagen[6], und für ihren Betrieb sind spezielle Lizenzen entwickelt worden,[7] deren Logik darin besteht, die freie Nutzung der Commons auf diejenigen zu beschränken, die ihrerseits etwas beitragen, und profitorientierte Unternehmen für die Nutzung bezahlen zu lassen. Auf diese Weise wird verhindert, dass Wert aus den Commons zum Kapital abfließt. Vielleicht ist das ein geeigneter Mechanismus, um die Selbständigkeit der Commons zu stärken.

5 | Ideen dafür finden sich im Beitrag von Philippe Aigrain in diesem Buch (Anm. der Hg.).

6 | Siehe unter: http://p2pfoundation.net/Phyles (Zugriff am 24.09.2011).

7 | Siehe unter: http://p2pfoundation.net/Peer_Production_License (Zugriff am 24.09.2011).

Literatur

Bauwens, Michel (2006): »The Political Economy of Peer Production«, in: C*Theory,* 02.10.2006, online unter: http://www.ctheory.net/articles.aspx?id=499 (Zugriff am 15.02.2012).

Michel Bauwens (Belgien/Thailand) ist Gründer der P2P Foundation, einem weltweiten kollaborativen Forschungsnetzwerk über Peer-Produktion, und Mitbegründer der Commons Strategies Group. Er lebt in Chiang Mai/Thailand und ist zurzeit Primavera Research Fellow an der Universität zu Amsterdam.

Lokal, regional, global?

Mehrebenen-Governance und die Frage des Maßstabs

Esther Mwangi und Helen Markelova

Die meisten Autoren, die sich mit dem Management natürlicher Ressourcen befassen, sind sich einig, dass die Komplexität der Ressourcen selbst, die zahlreichen Interaktionen sowie die gegenseitige Abhängigkeit zwischen Ressourcen und ihren Nutzern verlangen, die Aufmerksamkeit auf die jeweilige Maßstabsebene zu konzentrieren. Wissenschaftler, die sich mit ökologischen Fragen befassen, konzentrieren sich meist auf die biogeophysische Ebene, während jene, die sich Governance-Fragen widmen, hauptsächlich Governance-Arrangements auf verschiedenen Ebenen analysieren. Diese Arrangements korrespondieren direkt mit dem Maßstab der zu bewirtschaftenden Ressource – oder auch nicht. Traditionell ist das menschliche Handeln nur unzureichend auf die Eigenschaften der ökologischen Systeme bezogen. Darauf haben Cash et al. (2006) aufmerksam gemacht. Das Ergebnis sind schlecht gestaltete Institutionen für den Umgang mit natürlichen Ressourcen. So können kurze Amtszeiten für Regierungsvertreter mit der langfristigen Planung, die für die Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen nötig ist, konfligieren.

Das Versäumnis, in Mensch-Umwelt-Systemen sowohl die richtige Maßstabsebene als auch die Dynamiken über Ebenen hinweg zu berücksichtigen, hat häufig verfehlte Politiken und Ressourcenmanagementsysteme zur Folge. Die Herausforderung besteht darin, dieses Problem anzugehen und Governance-Formen zu gestalten, die sich kohärent an die biogeophysischen Maßstäbe der jeweiligen Ressourcen anpassen – räumlich oder zeitlich. Dies ist meist sehr schwierig und komplex, weil Fragen des Maßstabs im Allgemeinen mit politischen Strukturen und Autorität gekoppelt sind.

Der Maßstab im Management natürlicher Ressourcen und in der Umweltforschung

Das integrierte Management natürlicher Ressourcen (»Integrated Natural Resource Management«, INRM) ist ein komplexer Prozess, der auf mehreren Ebenen mit vielen Beteiligten, die ihre je eigenen Ziele und Wahrnehmungen haben, stattfindet (Campbell et al. 2001). Der Begriff »integriertes Management natürlicher Ressourcen« umfasst zahlreiche Aktivitäten mit mehreren Komponenten, weswegen das Risiko besteht, dass er zu breit angelegt ist. Doch immerhin zielt der

Begriff darauf ab, sich auf die angemessensten Indikatoren – etwa Nachhaltigkeit und Nutzenverteilung – zu konzentrieren. Diese variieren sowohl in Abhängigkeit von der Managementebene als auch in Abhängigkeit von der Ebene, auf der die dominierenden sozialen und ökonomischen Prozesse ablaufen. Eingriffe können auf einer Maßstabsebene funktionieren, aber auf einer höheren Ebene ganz andere Auswirkungen haben. Zum Beispiel können Maßnahmen zum Boden- und Gewässerschutz an einem bestimmten Standort die Ernteerträge erhöhen, aber das Wasserangebot flussabwärts vermindern.

Campbell et al. (2001) weisen nach, dass der je angemessene Maßstab von den erwarteten Auswirkungen, den spezifischen Zielen, dem Zeitraum der Studie, dem benötigten Maß an Genauigkeit und dem vom Evaluierer gewählten Wertesystem abhängt. Analysen auf der Ebene von Einzelgrundstücken oder Höfen sind relativ handhabbar, aber schon die Auswirkungen für die von einem Wassereinzugsgebiet betroffene Gemeinschaft, die die Berücksichtigung zahlreicher verkomplizierender Faktoren – ökologischer, sozialer, kultureller, institutioneller, ökonomischer und politischer Natur – erfordert, ist schwer in den Griff zu bekommen. Zudem kann man an Studien zum integrierten Management natürlicher Ressourcen mit vielen verschiedenen Bewertungskriterien herangehen, etwa Armutsbekämpfung, ökologische Resilienz, Schutz natürlicher Ressourcen, Wirtschaftswachstum sowie menschliche und soziale Entwicklung, was die unterschiedlichen Interessen verschiedener Beteiligter widerspiegelt.

Aus den meisten von uns gesichteten Studien ergibt sich, dass Umweltinterventionen (selbst wenn sie verschiedene Ebenen berücksichtigen) nicht effektiv sein werden, wenn es an angemessenen Governance-Strukturen fehlt. Cash und Moser (2000) weisen darauf hin, dass große Probleme entstehen, wenn eine Umweltthematik auf einer institutionellen Ebene bearbeitet wird, deren Wirkungsbereich nicht dem geografischen Maßstab oder der spezifischen räumlichen Dynamik des Problems entspricht. Ostrom (2009) ist der Ansicht, dass, obwohl sich der Nutzen aus Maßnahmen zur Senkung von Treibhausgasemissionen von der Haushalts- bis zur globalen Ebene verteilt, Verwaltungseinheiten auf kleiner und mittlerer Ebene eher geeignet sind, Vertrauen und Engagement aufzubauen, als solche, die ausschließlich auf globaler Ebene arbeiten.

Ressourcenmanagement-Netzwerke auf verschiedenen Ebenen können nicht nur widerstandsfähigere Governance-Strukturen schaffen, sondern auch effektiver sein und mehr Beteiligung ermöglichen. Adger et al. (2005) merken an, dass jene marinen Bereiche der Karibik, die durch integrierte und gut vernetzte Systeme gemanagt werden – das heißt nationale und internationale Agenden, Strukturen, Netzwerke und Rechtssysteme sind miteinander verzahnt – und über viele Nutznießer verfügen, robuster sind als Systeme mit gröberen oder weniger Verknüpfungen. Die Resilienz[1], also die Widerstandsfähigkeit, und die Stabilität von Governance-Systemen hängen demnach von der Nutzenverteilung über verschiedene Ebenen hinweg ab, was sich in der Fähigkeit des Systems zeigt, Legitimität und Vertrauen zwischen den Ressourcennutzern und Regierungsinstitutionen

1 | Zum Begriff der »Resilienz« vgl. den Beitrag von Rob Hopkins in diesem Band (Anm. der Hg.).

herzustellen. Adger et al. glauben, dass Mehrebenen-Governance nicht nur aus ökologischen Gründen gefördert werden soll, sondern weil die gemeinsame Verantwortung für das Ressourcenmanagement positive Anreize für die nachhaltige Nutzung schafft. Sie überwindet außerdem Legitimitätsprobleme des traditionellen Managements natürlicher Ressourcen und die Grundannahme, dass lokale Regime größere Abhängigkeiten mit anderen Ebenen meiden sollen.

Auch Forschungen zur Waldbewirtschaftung bestätigen die Notwendigkeit von Mehrebenen-Governance. Ribot et al. (2006) argumentieren, dass es sowohl in der Politikgestaltung als auch in der -implementation Verfahren geben muss, die die Beteiligung der Öffentlichkeit, die demokratische Kontrolle und die Teilhabe der Gemeinschaften fördern – und dabei verschiedene Ebenen umfassen. Poteete und Ostrom (2004) merken an, dass Waldökosysteme komplexe Interaktionen zwischen Ökosystemen und sozialen Systemen erfordern, weil sie von vielen biophysischen, demografischen, ökonomischen und institutionellen Faktoren betroffen sind. Politiken, die die Entwicklung lokaler Institutionen fördern, benötigen ein solides Verständnis der Determinanten lokaler Sozialorganisation und erfolgreichen Waldmanagements.

Definition des Maßstabs und Mehrebenen-Governance

Wie gezeigt, gibt es je nach Forschungsdisziplin und Ziel einer Studie mehrere Definitionen von »Maßstab« und »Ebene«. Die naturwissenschaftliche Literatur betrachtet den Maßstab als Bezeichnung einer *Größenordnung,* nicht eines bestimmten *Werts* (Schulze 2000). Die Maßstabsanpassung umfasst Änderungen bei Prozessen und Akteuren, sowohl auf- als auch abwärts von einer bestimmten Ebene. Sie erkennt die Interkonnektivität dieser Ebenen unterschiedlichen Maßstabs an und bezieht wichtige Restriktionen, Interaktionen und Feedback ein, die mit solchen Anpassungen zusammenhängen können. In der Governance-Forschung wird dieses Konzept eher als Verknüpfungsproblem zwischen verschiedenen Ebenen von Entscheidungsgremien betrachtet, die ihren je eigenen Interessen nachgehen – lokal, national und global (Adger et al. 2005). Das Zusammenspiel von Institutionen auf verschiedenen Ebenen kann in hohem Maße asymmetrisch, aber auch relativ ausgeglichen sein. Beispielsweise haben in der Mekong-Region zentralstaatliche Behörden die Befugnis, formale Regeln aufzustellen, während gemeinschaftsbasierte Institutionen beim operationellen Management der Bewässerung und des Überschwemmungsschutzes Regelanpassungen vornehmen können. Auch das Konzept »verschachtelter Governance« kann als Definition einer Mehrebenen-Governance gesehen werden (Ostrom 1990). Zum Beispiel werden durch nationale Definitionen spezifischere Rechtsbeziehungen und -verfahren etabliert, die in einem nationalen Hoheitsgebiet angewandt werden können. Maßstabsübergreifende Beziehungen zu festigen heißt hier, für Entscheidungsprozesse auf einer bestimmten Ebene Beteiligte der anderen Ebenen mit einzubeziehen.

Partizipation der Beteiligten

In der gesamten Literatur werden der Staat und seine Behörden mit ihren Zuständigkeiten auf verschiedenen Ebenen als unerlässliche Akteure für das effektive Management natürlicher Ressourcen genannt. Die Studie von Swallow et al. (2001)

zum Management von Wassereinzugsgebieten zeigt, dass der Staat auf verschiedenen Ebenen unterschiedliche Rollen einnehmen kann. Er kann die Entwicklung und Effektivität lokaler Organisationen fördern (lokale Ebene), politische und finanzielle Unterstützung für gemeinschaftliche Aktivitäten bereitstellen (kommunale Ebene) und eine Politik machen, die die Entfaltung der lokalen Ebene vorantreibt (nationale Ebene). Bebbington et al. (2006) sagen, es sei von entscheidender Bedeutung, den Verbindungen zwischen verschiedenen Orten sowie zwischen Dörfern und nichtlokalen Akteuren Aufmerksamkeit zu schenken, denn die Beziehungen zu externen Akteuren wirken sich auf die Fähigkeit aus, vor Ort auf Veränderungen und Druck zu reagieren. Dies hatte schon oft interessante Neuverhandlungen der Beziehungen zwischen Dorfbewohnern, Dorfrat, Staat und Wirtschaft zur Folge.

Arten von Maßstabsebenen

Verschiedene Wissenschaftler schlagen unterschiedliche Arten von (Maßstabs-) Ebenen vor, die im Management natürlicher Ressourcen zu berücksichtigen sind. Zum Beispiel identifizieren Harrington et al. (2001) die folgenden:

- der Analysemaßstab: von der Pflanze über das Grundstück und den Bauernhof hin zum Wassereinzugsgebiet und zur Region;
- der Interventionsmaßstab: wichtige Maßnahmen wie Änderungen von Politiken, institutionelle Anpassungen oder Änderungen in den Eigentumsrechten versus weniger relevante Maßnahmen, etwa die landwirtschaftliche Beratung für bestimmte Praktiken oder dass Bauern verschiedene Dinge ausprobieren;
- der Investitionsmaßstab für Interventionsstrategien: kleine versus große Investitionen in landwirtschaftliche Beratung, Programme für Experimente in der Landwirtschaft oder Bemühungen, politischen Entscheidungsträgern Informationen bereitzustellen;
- der Maßstab des Empowerments von Gemeinschaften: die Zahl der Gemeinschaften, die in der Lage sind, durch lokale Lernprozesse ihre eigenen Forschungserfahrungen zu machen und Anpassungsmaßnahmen vorzunehmen;
- der geografische Verbreitungsmaßstab einer Praxis des integrierten Managements natürlicher Ressourcen: ob die Praxis auf ein Dorf oder ein Wassereinzugsgebiet beschränkt bleibt oder regionale beziehungsweise nationale Bedeutung erlangt;
- der Wirkungsmaßstab: zum Beispiel der Umfang, in dem erwünschte Ergebnisse, etwa Verbesserungen der Produktivität eines Systems oder der Ressourcenqualität, durch Forschung für integriertes Management natürlicher Ressourcen erreicht worden ist.

Zwischen diesen Maßstabsebenen bestehen Verbindungen: Größere Auswirkungen sind Ergebnis von mehr Investitionen in geeignete Maßnahmen oder Ergebnis der effizienteren Nutzung dieser Investitionen, indem man sich stärker auf das Empowerment der Gemeinschaften verlässt, was wiederum zur Ausdehnung des geografischen Wirkungsbereichs nachhaltiger Praktiken führen kann.

Im Kontrast dazu betrachten Swallow et al. (2001) Maßstabsebenen als Aus-

druck von Hierarchie und Größe. Das Konzept der hierarchischen Maßstäbe umfasst Prozesse, in denen die höherrangigen Ebenen den weniger hochrangigen Restriktionen auferlegen. Zum Beispiel schränken nationale Gesetze die Hoheit und Autonomie von politischen Entscheidungsträgern der lokalen Ebene ein, während lokale Organe sehr wenig Einfluss auf die Formulierung nationaler Gesetze haben. Cash et al. (2006) unterscheiden zwischen dem geografisch bzw. räumlichen Maßstab und dem zeitlichen Maßstab. Letzterer beinhaltet die Unterteilung in Zeitfenster, die zum Beispiel mit der Frequenz, Dauer und Häufigkeit natürlicher Phänomene korrelieren. Mit diesen Maßstabsebenen eng verbunden ist die Skala der verschiedenen Hoheitsbereiche wie auch der verfassungsmäßigen und rechtlichen Verknüpfungen zwischen ihnen, die als klar abgegrenzte politische Einheiten definiert sind, etwa Städte, Länder, Bundesstaaten oder Provinzen sowie Nationen.

Wieder andere Wissenschaftler sind der Ansicht, die Hauptunterschiede zwischen Maßstabsebenen seien in den räumlichen und zeitlichen Dimensionen zu finden. Gottret und White (2001) zeigen, dass das Messen der Auswirkungen von Maßnahmen und Prozessen über räumliche Maßstabsebenen hinweg ein Schlüsselthema in der Wirkungsabschätzung von integriertem Ressourcenmanagement ist.

Ansätze zur Mehrebenen-Koordinierung in der Governance natürlicher Ressourcen

Die Literatur über Mehrebenen-Governance für natürliche Ressourcen bezieht sich in der Regel auf einen von zwei gegensätzlichen Ansätzen: »Big Government« oder »Small is Beautiful«. Murphree (2000) argumentiert, dass beide Ansätze zwar versuchen, verschiedene Maßstabsebenen miteinander in Einklang zu bringen, aber jeweils eigene Probleme aufweisen. Der »Big Government«-Ansatz setzt konventionelles Ressourcenmanagement durch öffentliche Behörden durch, versäumt es aber häufig, bereits bestehende Interaktionen in der Ressourcennutzung über die Ebenen hinweg zu erkennen (Mwangi/Ostrom 2008). Hier werden Ressourcennutzungsmuster festgeschrieben, Flexibilität reduziert und die Fähigkeit untergraben, sich plötzlichen Schocks, etwa klimatischen Veränderungen, anzupassen (Adger et al. 2005). »Small is Beautiful« hingegen versucht, die Entscheidungsgewalt auf lokaler bzw. kommunaler Ebene anzusiedeln. Kleine Hoheitsgebiete sind für die Wählerschaften transparenter und politisch leichter zu akzeptieren. Gruppendruck auf lokaler Ebene ermöglicht zudem engere und effizientere Kontrollen als Vorschriften von ferne. »Small is Beautiful« ist auch eher in der Lage, Steuerung und Nutzen miteinander zu verknüpfen. Das ist wichtig, um Verantwortung zu teilen und die Menschen zu Umweltinvestitionen und -kontrollen zu motivieren. Desweiteren können Verantwortung und Autorität unter dem Dach einer einzigen lokalen Institution koordiniert oder gemeinsam mit den beteiligten Akteuren explizit gemacht werden (Lovell et al. 2002). Bei »Small is Beautiful« besteht jedoch das Problem, Verzahnungen mit anderen Nutzern und Institutionen über räumliche, funktionale und ökologische Maßstabsebenen hinweg aufrechtzuerhalten (Murphree 2000). Für die Probleme beider Politikansätze sind mehrere Lösungen vorgeschlagen worden, insbesondere: Dezentralisierung und Partizipation. Beide beinhalten die Übertragung von Entscheidungsmacht und politischer Macht von

der zentralen auf eher lokale Ebenen (Bezirke, Landkreise und Gemeinschaften; Blaikie 2006). Ähnliche Reformen beinhalten eine »Abwärtsrechenschaftspflichtigkeit«, das heißt, sie gewähren lokalen Entitäten sowie kompetenten lokalen Institutionen ein bedeutendes Maß an Autonomie in der Entscheidungsfindung (Ribot 2001).

Partizipation der Gemeinschaft

Die Partizipation der Gemeinschaft am Management natürlicher Ressourcen ist in den letzten Jahrzehnten weithin als Möglichkeit gepriesen worden, von unten nach oben Verknüpfungen zwischen den Governance-Ebenen zu schaffen. Und tatsächlich: Wenn Menschen einen Anteil an den Entscheidungsprozessen haben, verbessert dies die Aussichten auf effizientes, faires und nachhaltiges gemeinsames Handeln (Blaikie 2006), besonders in Gemeinschaften, in denen es eine integrierte Sozialstruktur und gemeinsame Interessen gibt. Allerdings zeigen Lovell et al. (2002), dass Initiativen »von unten nach oben« auch Unterstützung der Behörden benötigen. Das von der Weltbank unterstützte Management von Wassereinzugsgebieten ist zum Beispiel kritisiert worden, weil in Infrastrukturen investiert wurde, ohne den fortlaufenden Unterhalt vor Ort zu gewährleisten. Andererseits können Nichtregierungsorganisationen, die in einzelnen Dörfern institutionelle Nachhaltigkeit erreichen, ihre Modelle meist nicht zügig wiederholen. Es braucht offenbar beides in einem ausgewogenen Verhältnis. Blaikie (2006) zeigt, dass institutionelle Nachhaltigkeit – obwohl es ein festgelegtes Entwicklungsziel für das ländliche Afrika war – einerseits häufig von postkolonialen Staaten unterminiert wurde, die eine Zentralisierung der Macht favorisierten, und andererseits von Förstern, Agrarwissenschaftlern oder Beratern, die lokale Teilhabe als Entmachtung ihres professionellen Status und als Ablenkung von wissenschaftlichen Zielen betrachteten. Bebbington et al. (2006) belegen am Beispiel Indonesiens, dass Projekte, deren Ziel die verbesserte lokale Partizipation und wirtschaftliche Entwicklung war, von staatlichen und lokalen Eliten vorangetrieben wurden. Sie begrenzten die Möglichkeiten ortsansässiger Gemeinschaften, sich mit anderen Akteuren zu vernetzen. Der Staat erleichterte zudem private Investitionen, die wiederum die Bevölkerung ausschlossen. Das unterminierte nicht nur lokale Existenzen, sondern machte auch die Verteilung von Vermögenswerten und Kapazitäten noch ungleicher. Comanagement – das Teilen der Macht zwischen Regierungen und lokalen Gemeinschaften – ist als eine Möglichkeit vorgeschlagen worden, diese Probleme zu minimieren (Cash et al. 2006).

Dezentralisierung und Koordination über mehrere Ebenen

Comanagement ist eng mit einer Form der Dezentralisierung verbunden, die die Ebenen »von oben nach unten« miteinander verknüpft. Insgesamt werden in der Literatur unterschiedliche Forschungsergebnisse zu der Frage referiert, ob Dezentralisierung lokale Teilhabe fördert und robuste, gerechte Governance-Strukturen für die nachhaltige Ressourcenbewirtschaftung ermöglicht. In ihrer Studie über die Dezentralisierungsreformen im bolivianischen Forstwesen untersuchen Andersson und Gibson (2006) sowohl deren positive als auch deren negative Folgen. Befürworter der Dezentralisierung glauben, dass sie die Rechenschaftslegung ver-

bessert, denn lokale Regierungen sind zugänglicher als Zentralregierungen. Sie sind außerdem besser über die lokalen Verhältnisse und Präferenzen informiert und werden daher zu besseren Entscheidungen hinsichtlich der Bereitstellung öffentlicher Güter kommen. Gegner der Dezentralisierung sind der Ansicht, dass diese Reformen die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen auf lokaler Ebene reduzieren könnten, weil lokale Eliten eher in der Lage sind, öffentliche Gelder für ihre eigenen Interessen abzuzweigen, als eine Zentralregierung. Zum Beispiel hatte die Dezentralisierung in Zentral-Kalimantan, Indonesien, uneindeutige Rechte und Regeln für die Waldressourcen zur Folge, was der Entwaldung Vorschub leistete (McCarthy 2003). Auch Veron et al. (2006) stellten fest, dass die Dezentralisierung (von oben nach unten) mehrere potentielle Probleme birgt, die die transparente Verzahnung zwischen verschiedenen Governance-Ebenen behindern. Sie schafft neue Eliten auf lokaler Ebene, die sich vernetzen und korrupte Strukturen entwickeln. Das heißt, auch die Korruption wird dezentralisiert, und es entsteht mitunter eine neue Klasse von Politunternehmern, die zuvor nicht existierte. Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass Dezentralisierung und die Stärkung horizontaler Rechenschaftspflicht die Korruption nicht verhindert. Sie legen nahe, dass aufwärts wie abwärts Strukturen der Rechenschaftslegung bestehen müssen und dass die Wirksamkeit der Dezentralisierung auch von der Stärke der zentralisierten öffentlichen Institutionen abhängt.

Eine weitere Studie zu Dezentralisierungsreformen von Wardell und Lund (2006) zeigt, dass Dezentralisierungsprozesse widersprüchlich sind. Obwohl postkoloniale Verwaltungen die Bedeutung lokaler Ressourcennutzer unterstreichen, schränken sie häufig gemeinschaftliche Gewohnheitsrechte ein oder suspendieren sie ganz. Oder der neue rechtliche Rahmen gibt zwar strengere Regeln, aber sie werden nicht beachtet oder geahndet, was neuen Raum für das Renditestreben lokaler Verwaltungen schafft. Zudem kann der Staat auf lokaler Ebene als Instrument sozialer Kontrolle genutzt werden, wie Bebbington et al. (2006) für Indonesien nachwiesen. Die Defizite der Dezentralisierung sind in den länderübergreifenden Studien von Ribot et al. (2006) zusammengefasst. Sie zeigen, dass Zentralregierungen häufig die Fähigkeit lokaler Regierungen unterminieren, bedeutsame Entscheidungen zu treffen, anstatt effizient institutionelle Ebenen miteinander zu verknüpfen. Sie begrenzen oft die Übertragung von Befugnissen und wählen lokale Institutionen aus, die zentralen Interessen dienen.

Obwohl Dezentralisierung vielversprechend ist, um Institutionen für das Management natürlicher Ressourcen über verschiedene Ebenen hinweg miteinander zu verknüpfen, sind die politischen Verhältnisse und die institutionellen Bedingungen, unter denen sie umgesetzt wird, komplex und situationsspezifisch. Viele Hürden sind zu nehmen, wie Larson (2002) aufzeigt. Allerdings gibt es auch Hinweise darauf, dass Dezentralisierungsprozesse die lokale Bevölkerung stärken, ihre eigenen Umweltprobleme zu identifizieren, Ressourcen effizienter zuzuteilen, Informationskosten zu reduzieren und mit einem Gefühl der Zugehörigkeit in der Entscheidungsfindung zu profitieren (McCarthy 2003).

Bedingungen für erfolgreiche Mehrebenen-Governance

Ansätze zur Beteiligung der lokalen Gemeinschaften und zur Dezentralisierung sind nicht immer effektiv, wenn es darum geht, verschiedene Governance-Ebenen miteinander zu verzahnen. Es gibt zahlreiche Belege dafür, dass sie von den Eliten für ihre eigenen Zwecke genutzt werden und dass sich der Dezentralisierungsprozess sogar negativ auf die Ressourcen auswirkt. Poteete und Ostrom (2004) merken an, dass die Eigenschaften einer Ressource, die Eigenschaften von Nutzern und das institutionelle Umfeld Schlüsselfaktoren sind, die berücksichtigt werden müssen, wenn man das Zusammenwirken von Institutionen über Maßstabsebenen hinweg fördern will.

Auch Gruppencharakteristika, etwa Größe und Homogenität, gewinnen an Bedeutung, wenn es um Fragen der Koordination und Verteilung geht (Poteete/Ostrom 2004). Heterogenität in Gruppen kann mehrdimensional sein – etwa Gender, Macht, Reichtum und Vermögenswerte, Ethnizität, Produktionssystem, Lage in einem Wassereinzugsgebiet etc. Meist nimmt sie mit der Gruppengröße zu. Es ist allerdings wichtig, herauszufinden, welche Typen von Heterogenität die Mehrebenen-Kooperation fördern können – etwa indem sie Anreize zur Zusammenarbeit schaffen – und welche sie behindern – etwa indem sie Vertrauen unterminieren.

Daher bleibt zum Beispiel die Frage offen, ob radikale Dezentralisierung eine Vorbedingung für wirksames Waldmanagement ist. Kollektives Handeln, sei es vertikal oder horizontal, hat immer seinen Preis. Akteure müssen nicht nur Informationen beschaffen, sondern auch Koordinationsprobleme lösen, Verteilungsfragen angehen und die Anreizprobleme überwinden, die mit gemeinsam genutzten Ressourcen zusammenhängen (Poteete/Ostrom 2004). Lokale Autonomie kann dem erfolgreichen Management gemeinsam genutzter Ressourcen, etwa Wäldern, zuträglich sein. Doch ausreichend ist sie nicht.[2] Wenn sie allein handeln, kann es sein, dass Gemeinschaften nicht in der Lage sind, ihre Waldressourcen vor anderen Gemeinschaften oder vor der Übernahme durch staatliche Behörden oder private Unternehmen zu schützen. Daher bedarf es des Zusammenwirkens mehrerer institutioneller Ebenen für ein effektives und nachhaltiges Management natürlicher Ressourcen.

Murphree (2000) schlägt eine Möglichkeit vor, die Effizienz lokaler Entscheidungsmacht mit dem jeweiligen Maßstab der Ressourcensysteme zu verknüpfen und gleichzeitig die Nachteile einer Dezentralisierung »von oben nach unten« zu vermeiden. Die Managementerfordernisse bestimmter Ressourcensysteme müssen Hoheitsgebieten zugeordnet werden, die nicht größer als notwendig sind. Wer lokalen Nutzern mehr Autorität und Verantwortung gibt, ohne die gesamte Bandbreite der Funktionen einer Ressource zu bedenken, ohne die Unterschiedlichkeit der Nutzerinteressen zu berücksichtigen und die Fähigkeit lokaler Institutionen, diese Verantwortung auch zu übernehmen, wird die Probleme verkomplizieren, anstatt sie zu lösen.

2 | Ein Beispiel aus Nepal beschreibt Shrikrishna Upadhyay in diesem Buch (Anm. der Hg.).

Fazit

Insgesamt bedürfen die Governance-Strukturen für das integrierte Management natürlicher Ressourcen einer angemessenen Mischung lokaler und staatlicher Institutionen, die stark von der zentralstaatlichen Ebene unterstützt werden. Staatliche Institutionen werden gebraucht, um die Formierung und Stärkung lokaler Institutionen zu unterstützen, gerade dort, wo sie schwach oder nicht existent sind, um Konflikte zu vermitteln und um Ressourcennutzungsvereinbarungen zwischen verschiedenen Nutzergruppen auszuarbeiten (Ostrom 1990, 1995).

Es ist unmöglich, die wahre Komplexität der Mensch-Ressource-Interaktionen abzubilden und zu berücksichtigen, ohne die verschiedenen Maßstäbe zu berücksichtigen und die Verknüpfungen zwischen den Ebenen zu betrachten. Die Art der Institution muss mit dem Maßstab der jeweiligen Ressource zusammenpassen, wenn die Rechenschaftspflicht von allen und auf allen Ebenen gefördert werden soll. Sowohl der Ansatz der Dezentralisierung »von oben nach unten« als auch der Ansatz der Partizipation von Gemeinschaften »von unten nach oben« haben ihren Wert. Doch beide Ansätze sind anfällig für dieselben Probleme, besonders für die Vereinnahmung durch die jeweiligen Eliten für ihre eigenen Zwecke.

Literatur

Adger, W. Neil/Brown, Katrina/Tompkins Emma L. (2005): »The Political Economy of Cross-Scale Networks in Resource Co-Management«, in: *Ecology and Society* 10(2), S. 9.

Andersson, Krister/Gibson, Clark C. (2006): »Decentralized Governance and Environmental Change: Local Institutional Moderation of Deforestation in Bolivia«, in: *Journal of Policy Analysis and Management* 26(1), S. 99-123.

Bebbington, Antoni/Dharmawan, Leni/Fahmi, Erwin/Guggenheim, Scott (2006): »Local Capacity, Village Governance, and the Political Economy of Rural Development in Indonesia«, in: *World Development* 34(11), S. 1958-1976.

Blaikie, Pierce (2006): »Is Small Really Beautiful? Community-Based Natural Resource Management in Malawi and Botswana«, in: *World Development* 34(11), S. 1942-1957.

Campbell, Bruce/Sayer, Jeffrey A./Frost, Peter/Vermeulen, Sonja/Ruiz Pérez, Manuel/Cunningham, Anthony/Prabhu, Ravi (2001): »Assessing the Performance of Natural Resource Systems«, in: *Conservation Ecology* 5(2), S. 22, online unter: http://www.consecol.org/vol5/iss2/art22/ (Zugriff am 15.02.2012).

Cash, D./Adger, W./Berkes, F./Garden, P. (2006): »Scale and Cross-Scale Dynamics: Governance and Information in a Multilevel World«, in: *Ecology and Society* 11(2), S. 8.

Cash, D./Moser, S.C. (2000): »Linking global and local Scales: Designing dynamic assessment and management processes«, in: *Global Environmental Change* 10(2): S. 109-120.

Gottret, M./White, D. (2001): »Assessing the Impact of Integrated Natural Resource Management: Challenges and Experiences«, in: *Conservation Ecology* 5(2), S. 17.

Harrington, L./White, J./Grace, P./Hodson, D./Hartkamp, A.D./Vaughan, C./Meisner, C. (2001): »Delivering the Goods: Scaling out Results of Natural Resource Management Research«, in: *Conservation Ecology* 5(2), S. 19, online unter: http://www.consecol.org/vol5/iss2/art19/.

Larson, Ann M. (2002): »Natural Resources and Decentralization in Nicaragua: Are Local Governments Up to the Job?«, in: *World Development* 30(1), S. 17-31.

Lovell, Chris/Mandondo, Alois/Moriarty, Patrick (2002): »The Question of Scale in Integrated Natural Resource Management«, in: *Conservation Ecology* 5(2), S. 25.

McCarthy, John (2003): »Changing to Gray: Decentralization and the Emergence of Volatile Socio-Legal Configurations in Central Kalimantan, Indonesia«, in: *World Development* 32(7), S. 1199-1223.

Murphree, M. (2000): Boundaries and Borders: The Question of Scale in the Theory and Practice of Common Property Management. Presented at the Eight Biennial Conference of the International Association for the Study of Common Property (IASCP), Bloomington, May 31-June 4.

Mwangi, Esther/Ostrom, Elinor (2008): »A Century of Institutions and Ecology in East Africa's Rangelands: Linking Institutional Robustness with the Ecological Resilience of Kenya's Maasailand«, in: Beckmann, Volker/Padmanabhan, Martina (Hg.): Institutions and Sustainability. Political Economy of Agriculture and the Environment. Essays in Honor of Konrad Hagedorn, Dordrecht.

Ostrom, Elinor (1990): Governing the Commons. The Evolution of Institutions for Collective Action, Cambridge.

Ostrom, Elinor (1995): »Designing Complexity to Govern Complexity«, in: Hanna, S./Munasinghe, M. (Hg.): Property Rights and the Environment: Social and Ecological Issues. The Beijer International Institute of Ecological Economics and the World Bank, Washington, S. 33-45.

Ostrom, Elinor (2009): A Polycentric Approach for Coping with Climate Change. World Bank Policy Research Working Paper Series No. 5095.

Poteete, Amy/Ostrom, Elinor (2004): An Institutional Approach to the Study of Forest Resources, online unter: http://www.indiana.edu/~workshop/papers/W01I-8.pdf (Zugriff am 15.02.2012).

Ribot, Jesse (2001): »Integral Local Development: ›Accomodating Multiple Interests‹ Through Entrustment and Accountable Representation«, in: *International Journal of Agricultural Resources, Government and Ecology* 1 (3/4), S. 327-350.

Ribot, Jesse/Agrawal, Arun/Larson, Ann M. (2006): »Recentralizing While Decentralizing: How National Governments Reappropriate Forest Resources«, in: *World Development* 34(11), S. 1864-1886.

Schulze, Roland (2000): »Transcending Scales of Space and Time in Impact Studies of Climate and Climate Change on Agrohydrological Responses«, in: *Agriculture* 82, S. 185-212.

Swallow, Brent M./Garrity, Dennis/van Noordwijk, Meine (2001): »The Effects of Scales, Flows and Filters on Property Rights and Collective Action in Watershed Management«, in: *Water policy* 3, S. 457-474.

Veron, René/Williams, Glyn/Corbridge, Stuart/Srivastava, Manoj (2006): »Decentralized Corruption or Corrupt Decentralization? Community Monitoring of

Poverty-Alleviation Schemes in Eastern India«, in: *World Development*, 34(11), S. 1922-1941.

Wardell, Andrew/Lund, Christian (2006): »Governing Access to Forests in Northern Ghana: Micro-Politics and the Rents of Non-Enforcement«, in: *World Development* 34(11), S. 1887-1906.

Esther Mwangi (Kenia/USA) ist Wissenschaftlerin im Wald- und Forst-Governance Programm des Center for International Forestry Research (CIFOR). 2005 erhielt sie den Harold D. Laswell Award für die beste politikwissenschaftliche Doktorarbeit der Indiana Universität zum Thema ökologische und soziale Auswirkungen von Eigentumsrechten auf Massai-Weideland in Ostafrika. Anschließend Tätigkeit am International Food Policy Research Institute (IFPRI).

Helen Markelova (Russland/USA) promoviert in Angewandter Ökonomie an der Universität Minnesota, USA. Zuvor arbeitete sie im Programm für Kollektives Handeln und Eigentumsrechte (CAPRi) der Consultative Group on International Agricultural Research (CGIAR).

Die Welt als Allmende

Für ein gemeingütersensitives Wettbewerbsrecht[1]

Gerhard Scherhorn

Eine Allmende[2] bewirtschaften heißt, aus einer endlichen Ressource dauerhaft Ertrag ziehen, indem man sie durch Schonung und Reinvestition vor Übernutzung bewahrt. Die Nutzer der Allmende vereinbaren und überwachen die dazu erforderlichen Regeln selbst. Der Staat schafft die Voraussetzungen und garantiert die Sanktionen. Das kann auch für die globalen Gemeinressourcen gelten, auch auf sie ist das zentrale Prinzip der Allmende anwendbar: die durch gegenseitige Beobachtung gesicherte Mäßigung der Ansprüche. Was heißt das für unsere Wettbewerbsordnung? Kann man Unternehmen zur Erhaltung der von ihnen als Ressourcen genutzten Gemeingüter verpflichten, und kann die Einhaltung dieser Verpflichtung von den Wettbewerbern selbst überwacht werden?

Ein Mythos verblasst

Die zentrale Stellung des Privateigentums in unserer Rechtsordnung ist beim »Bauernlegen« am Ende des Mittelalters entstanden. Bauernlegen nannte man die »Einziehung eines dienstpflichtigen Bauerngutes durch die das Obereigentum besitzende Gutsherrschaft«, wie es in Meyers Lexikon von 1924 trocken heißt. »Eingezogen« und »eingehegt« wurden auch die Allmenden, die von den Bauern gemeinsam genutzten Gemeindewiesen und -wälder. Sie wurden usurpiert, weil die lehnsrechtlichen Obereigentümer sich nicht mehr an den feudalistischen Gesellschaftsvertrag hielten, nach dem der Boden im Prinzip Gemeineigentum war, dessen Nutzung auf Zeit zugeteilt wurde: Die Bauern hatten das Land vom Grundherrn, waren ihm zinspflichtig und wurden von ihm geschützt; auch er hatte es seinerseits vom König zu Lehen und war ihm für öffentliche Aufgaben verpflichtet (Meyer-Abich 1996).

---

1 | Eine längere Fassung dieses Beitrags erschien in: *Aus Politik und Zeitgeschichte,* Beilage zur Zeitschrift *Das Parlament,* Ausgabe »Gemeingüter«, Nr. 28/2011, unter dem Titel *Die Welt als Allmende: Marktwirtschaftlicher Wettbewerb und Gemeingüterschutz.*

2 | Die ursprüngliche Bedeutung von Allmende war (nach Jakob und Wilhelm Grimm, Deutsches Wörterbuch, Bd. 1, Sp. 237, Nachdruck von 1854, München 1999) »der verein, die gemeinschaft freier männer, die sich in wald und weide zulängst erhielt«.

Dieser Gesellschaftsvertrag wurde in einem mehrere Jahrhunderte dauernden Prozess des Landraubs und der Landflucht aufgelöst;[3] aus der lehnsrechtlich gestuften Verantwortung wie aus der gemeinsamen Bewirtschaftung von Allmenden wurde das alleinige Verfügungsrecht, das absolute Privateigentum (von lat. privare »aneignen, rauben«). Dieses wurde nachträglich mit dem Mythos gerechtfertigt, der Einzelne sorge besser für eine Sache, wenn sie ihm privat gehöre und er sie vererben könne. Dabei waren die meisten Lehnspflichtigen vorher sorglich mit dem Land umgegangen, die gemeinsame Nutzung hat in der Regel keineswegs zur Übernutzung der Ressourcen geführt. In Nischen haben die Allmenden selbst in Mitteleuropa überlebt; doch das hat den Mythos vom Privateigentum nicht relativiert.

Immerhin konnte der 2009 an Elinor Ostrom verliehene Nobelpreis in den Herrschaftsanspruch dieses Mythos eine Bresche schlagen. Das nimmt nicht wunder, denn die Verknappung naturgegebener Ressourcen macht es zu einer Überlebensfrage, dass für die Erhaltung unserer Lebens- und Produktionsgrundlagen bessere Verfahren angewandt werden als Markt oder Staat.

Der Markt (der Wettbewerb zwischen Privateigentümern) ist nach bisheriger Auffassung allein dazu bestimmt, Produktion und Kauf *privater* Güter zu fördern. Werden diese knapper, so steigen die Preise. Dies schafft einen Anreiz dafür, dass mehr produziert und verkauft wird, worauf die Preise wieder sinken. Unproblematisch ist das jedoch nur, wenn genug von den Dingen verfügbar ist, die für Produktion und Entsorgung gebraucht werden, wie Energiequellen, Rohstoffe und Depotflächen. Wo diese erschöpflich sind, versagt heute der Markt vor der Aufgabe, Gemeingüter rechtzeitig zu schonen, das heißt begrenzte Mengen zuzuteilen, sie in Stoffkreisläufen wiederzugewinnen oder durch erneuerbare zu ersetzen.

Der Staat wiederum ist zwar für die Produktion und Verwaltung *kollektiver* Güter geschaffen, aber bisher so organisiert, dass er dieser Aufgabe mit Anordnungen und bürokratischer Kontrolle von oben nach unten nachkommt. Der Erfolg ist zweifelhaft, vor allem, wenn die Gemeingüter jedermann zugänglich sind. Diese zu erhalten gelingt am besten aus einem Bewusstsein gemeinsamer Verantwortung für das jeweilige Gut. Individuell verantwortliches Handeln kann man aber nicht durch Befehle ersetzen. Es muss ermöglicht und gefördert werden.

Die Übernutzung der Gemeingüter

Das bisherige Wirtschaftswachstum basiert seit einem halben Jahrhundert in katastrophalem Maße auf der Übernutzung der Gemeingüter. Sie verursacht unter anderem Klimaerwärmung und Rohstoffverknappung, die Zerstörung fruchtbarer Böden und die Dezimierung der Fischvorkommen. »Übernutzung« bedeutet: Regenerierbare Ressourcen werden schneller aufgezehrt, als sie nachwachsen; nicht regenerierbare Ressourcen schneller verbraucht als wiedergewonnen oder durch die Entwicklung erneuerbarer Ressourcen ersetzt. Sie geschieht, weil Unternehmen, Behörden und Haushalte die notwendigen Aufwendungen unterlassen, um

3 | Siehe dazu die Beiträge von Peter Linebaugh und Hartmut Zückert in diesem Buch (Anm. der Hg.).

die von ihnen genutzten Ressourcen zu schonen, wiederzugewinnen oder zu ersetzen. Das erspart ihnen Kosten, aber unser gemeinsamer Reichtum wird dadurch dezimiert. Die Fachwelt nennt dies »Externalisierung«.

Im März 2011 hat Trucost im Auftrag der UN-gestützten Principles for Responsible Investment und der UNEP Finance Initiative in einer Studie allein die auf das Naturkapital abgewälzten Umweltkosten für 2008 auf rund elf Prozent des Weltsozialprodukts geschätzt (Trucost 2011). Setzt sich das »Business as usual« fort, sieht Trucost diese auf die Natur externalisierten Kosten bis 2050 auf 18 Prozent ansteigen. In mindestens solchen Größenordnungen werden Investitionen zur Erhaltung jener naturgegebenen Gemeinressourcen unterlassen, die bei der Erstellung des Sozialprodukts abgenutzt worden sind, wie der verschmutzte Boden über den Erdölquellen; die durch das Abklappen von Altöl und durch Ölverluste der Bohrinseln geschädigte Meeresflora; die vom »sauren Regen« mitgenommenen Wälder und vieles mehr. In dieser Schätzung sind die auf das *Sozial*kapital abgewälzten Kosten noch gar nicht enthalten, weder die Schädigung der menschlichen Gesundheit noch die Marginalisierung der durch Produktivitätssteigerung »überflüssig« gewordenen Arbeitskräfte oder die Folgekosten der Tatsache, dass junge Menschen keine Bildungs- und Beschäftigungschancen bekommen. Vermutlich geht man nicht fehl, wenn man dafür wenigstens neun Prozent des Weltsozialprodukts ansetzt, so dass die unterlassenen Investitionen zur Erhaltung des Natur- und Sozialkapitals zusammen heute einem Fünftel des Weltsozialprodukts entsprechen und bis 2050 auf nahezu ein Drittel anwachsen. Diese Zahlen führen uns das Ausmaß des Substanzverzehrs unserer gemeinsamen Lebens- und Produktionsgrundlagen vor Augen. Ein Prozess, in dem der Absatz der Produkte und die Gewinne der Unternehmen überhöht, aber die Gemeingüter entwertet werden.

Der Mythos des Privateigentums hat diese Übernutzung gefördert. So können Eigentümer laut Paragraph 903 des Bürgerlichen Gesetzbuchs mit ihren Sachen nach Belieben verfahren. Sie können aus ihrem Eigentum heraus auf Gemeinressourcen zugreifen: aus ihren Gärten auf den Boden und das Grundwasser darunter, die Vegetation darauf und den Luftraum darüber; aus ihren Schiffen auf die Flora und Fauna der Meere; aus ihren Produktionsanlagen auf die Atemluft, das Klimasystem und die menschliche Gesundheit. Von einigen Ausnahmen abgesehen hindert sie niemand daran, das, was uns allen gemein ist, Jahr für Jahr zu entwerten. Das ist die Botschaft der Trucost-Schätzungen.

Das Allmendeprinzip bei globalen Gemeingütern

Die heute übernutzten Gemeingüter gehören meist zur Kategorie der noch im vorigen Jahrhundert als »Freie Güter« betrachteten »Open Access Resources« oder »Global Commons« (im Folgenden »globale Gemeingüter«), die wie die Atmosphäre, das Klimasystem, die Weltmeere oder das Internet einer unbegrenzten Anzahl von Nutzern zugänglich sind. Die Bezeichnung »Allmende« dagegen verband man bisher eher mit der Bewirtschaftung von »Common Pool Resources« oder »Local Commons« (»lokalen Gemeingütern«), also mit der Wahrnehmung des gemeinsamen Eigentumsrechts einer meist lokal begrenzten Anzahl von Nutzern an einem Stück Land oder Wald, an einer Bewässerungsanlage oder einem Fischteich. Der Begriff

war ursprünglich auf die Selbstverwaltung solch lokaler Güter begrenzt, auf nutzerdefinierte Regeln maßvoller Inanspruchnahme, auf gegenseitige Überwachung und auf Sanktionen gegen Übertretung der Regeln. Diese Begrenzung auf das Lokale lag im Grunde daran, dass es eine erhaltende Bewirtschaftung globaler Ressourcen noch gar nicht gab, von einer Regelung des Fernhandels ganz zu schweigen. Hätte es sie gegeben, so wäre manche Umweltzerstörung, wie man sie zum Beispiel an den verkarsteten Flächen um das Mittelmeer ablesen kann, unterblieben (Weeber 1990).

Heute wird das Wort Allmende auch auf die von den Nutzern (mit-)bestimmte Verwaltung globaler Gemeingüter angewendet (Helfrich 2010: 9) – im Gegensatz etwa zum rein staatlich verordneten Ressourcenschutz durch Reservate oder Zwangsabgaben.[4] Und das hat seine Berechtigung. Warum sollte das Prinzip der Mäßigung durch gegenseitige Überwachung nicht auch globale Gemeingüter effektiver vor Übernutzung schützen als das Befehlsprinzip? Wolfgang Sachs hat die Versuche, ein internationales Klimaregime zu etablieren, als einen Prozess beschrieben, aus einer bis dato »Open Access Resource« eine globale Allmende zu machen, ein globales Gemeingut (Sachs 2009).

Gewiss kann für globale Gemeingüter nur der Staat, ein Staatenbund wie die EU beziehungsweise eine internationale Organisation wie die WTO oder eine der UNO-Gliederungen die Regeln festlegen; wogegen die Regeln für lokale Gemeingüter auch durch Vereinbarungen zwischen den Nutzern fixiert werden können. Doch hier endet der Unterschied.

Es mag provokant erscheinen, doch die Einhaltung der Regeln kann auch für globale Gemeingüter durchaus von den Nutzern selbst überwacht werden. Staatliche Bürokratien können diese Aufgabe meist weder effizient noch effektiv erledigen. Die Überwachung durch Nutzer jedoch kann dezentral erfolgen: zum Beispiel als Nebeneffekt der laufenden Geschäfte von Konkurrenten und Abnehmern, die das gleiche Gemeingut unmittelbar oder mittelbar auch nutzen. Sie kann in allen das Gefühl »Dies ist meine/unsere eigene Angelegenheit« wachhalten und gibt niemandem Anlass, sich innerlich gegen Fremdbestimmung aufzulehnen.

In die Bewirtschaftung landes- oder weltweiter Gemeingüter würde ein Selbstverwaltungselement getragen, das umso effektiver wäre, je mehr lokale und regionale Netzwerke sich bildeten: Verbände, Kammern, Ausschüsse und Initiativen, die sich einem Gemeingut verpflichtet fühlen. Die Nutzer (hier: Wettbewerber) selbst wären das potentielle Subjekt des »Monitoring« (Ostrom), das aktiv würde, sobald es ein Motiv dazu gibt. Und das gibt es, wenn die Nutzer ihre Teilhabe an den Gemeingütern durch Übernutzung gefährdet sehen und wenn es zudem eine wirksame Möglichkeit gibt, Sanktionen zu verhängen oder einzuklagen. Doch dafür muss sich in unserer Gesetzgebung einiges ändern.

Konturen eines gemeingütersensitiven Wettbewerbsrechts

Wie die Nutzer der Gemeindewiese ihre privaten Schafe auf die Weide schicken und gemeinsam darauf achten, dass es nicht zu viele werden, so können auch die

4 | Welche Konflikte etwa Naturschutzgebiete auslösen, ist im Beitrag von Ana de Ita in diesem Buch nachzulesen (Anm. der Hg.).

Zugriffe aus dem Privateigentum auf ein globales Gemeingut durch die Pflicht eingeschränkt sein, das Gut nur im Rahmen seiner Regenerationsfähigkeit zu nutzen oder es im Maß der Abnutzung wiederherzustellen oder zu ersetzen. Diese Pflichten – nennen wir sie Rationierungs- und Reinvestitionspflichten – fehlen in der Wettbewerbsordnung. Weil sie fehlen und weil oft auch spezielle Vorschriften etwa des Umwelt- oder Mieterschutzes nicht existieren oder nicht durchgesetzt werden, zwingt der Wettbewerb die Unternehmen, Kosten auf Gemeingüter abzuwälzen. Weil es im Wettbewerbsrecht nicht untersagt ist, Erhaltungsaufwendungen zu unterlassen, ist die Unterlassung normale Praxis. Wer sie nicht befolgt, riskiert, von anderen auskonkurriert zu werden.

Eine Häufung von Spezialvorschriften für jedes Gemeingut und jeden Wirtschaftsbereich wäre schwerlich geeignet, das zu ändern. Der hohe bürokratische Aufwand und die permanente staatliche Kontrolle dürften kaum Zustimmung finden, geschweige denn Finanzierung. Anders sähe es aus, wenn die Marktteilnehmer generell auf Rationierung und Reinvestition verpflichtet würden und wenn sie selbst – die Unternehmen, die Konsumenten und die Institutionen der Zivilgesellschaft – die Chance bekämen, die Einhaltung dieser Pflichten zu überwachen. Dann gäbe es *ein* Grundprinzip für die Behandlung der Gemeingüter. Sie würden im Ganzen als Allmende behandelt, und daraus folgend auch jedes einzelne.

Das zu realisieren ist möglich, ohne gleich die Externalisierung von Kosten zu verbieten, denn das wäre ein Eingriff in die Eigentumsrechte, der im Bürgerlichen Gesetzbuch festgeschrieben werden müsste. Ein erster Schritt aber wäre, das Verschweigen von Externalisierungen in die durch das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) verbotenen Handlungen aufzunehmen (Scherhorn 2005). Ein neuer Absatz 12 in § 4 UWG müsste bestimmen, dass derjenige unlauter handelt (und deshalb von einem Wettbewerber auf Unterlassung in Anspruch genommen werden kann), der sich dadurch einen Wettbewerbsvorteil verschafft, dass er Maßnahmen unterlässt, die zur Erhaltung eines von ihm genutzten Gemeingutes notwendig sind, die Unterlassung aber den Abnehmern verschweigt.[5] Das entspricht dem eigentlichen Sinn des Rechts des lauteren Wettbewerbs. Schließlich soll es verhindern, dass Unternehmen die Nachfrager durch bloß vorgespiegelte eigene Leistungen für sich gewinnen. Ein stillschweigend durch Schädigung von Gemeingütern erreichter Preis- oder Qualitätsvorsprung ist in diesem Sinn nicht weniger vorgespiegelt als etwa eine Täuschung durch irreführende Werbung. Die Wettbewerbsordnung diskreditiert sich selbst, wenn sie weiterhin zulässt, dass Substanzverzehr an Gemeingütern wie eine erwünschte Marktleistung behandelt wird.

Gilt das Verschweigen der Externalisierung als unlauter, so können externalisierende Unternehmen – auch Importeure – verklagt werden, weil sie den Nachfragern suggerieren, dass der durch Abwälzung von Kosten erlangte Vorsprung auf besserer Marktleistung beruht. Das UWG ermöglicht solche Klagen sehr effektiv: Über die Zentralstelle zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs (die sogenannte »Wettbewerbszentrale«) werden benachteiligte Konkurrenten (hier:

5 | Eine entsprechende Formulierung müsste auch in die »Schwarze Liste« der EU-Richtlinie 2005/29 über unlautere Geschäftspraktiken im Binnenmarktverkehr aufgenommen werden.

Unternehmen, die sich daran gehindert fühlen, die Kosten zu internalisieren) an den Verfahren beteiligt. Diese können besser als jede Behörde beurteilen, wieweit die beanstandeten Wettbewerbsvorteile auf Externalisierung von Kosten beruhen. So könnten Marktteilnehmer die Überwachung des Gemeingüterschutzes selbst übernehmen. Sie würden damit indirekt auch an der Festlegung der Allmenderegeln beteiligt. Denn der Tatbestand des Externalisierens von Kosten bzw. des Unterlassens gemeinguterhaltender Maßnahmen kann im Gesetz nur als unbestimmter Rechtsbegriff formuliert werden, ähnlich wie auch der Eigentumsbegriff im BGB unbestimmt geblieben ist. Was darunter subsumiert wird, wird nach und nach durch Gerichtsurteile, Verordnungen und Gesetzeskommentare festgelegt. Wird also das Verschweigen der Externalisierung inkriminiert, verhindert dies im Grunde zugleich die Externalisierung. Denn welches Unternehmen macht schon gern öffentlich, wie es die Gemeingüter schädigt?

Damit nicht in jedem Fall auf ein Gerichtsverfahren gewartet wird, sondern Unternehmen sich freiwillig zur Internalisierung von bisher abgewälzten Kosten entschließen und auch ihre unmittelbaren Konkurrenten dafür gewinnen können, ist eine flankierende Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)[6] geboten. Das GWB verbietet in § 1 solche Vereinbarungen, weil sie Kartellcharakter haben, doch es lässt immerhin in § 5 Verabredungen zur Rationalisierung zu. Folglich kann auch für Internalisierungsabsprachen eine Ausnahme vom Kartellverbot gelten.

Durch diese Gesetzesänderungen würde ein Element der Allmende in die marktwirtschaftliche Ordnung eingefügt. Es würde im Sinne des Grundgesetzartikels 14.2 (»Eigentum verpflichtet«) die Wettbewerber dazu befähigen, künftig die Erhaltung der Gemeingüter zu *erzwingen*, die sie nach bisheriger Rechtslage *verhindern* müssen. Ist das Verschweigen des Substanzverzehrs verboten, so kann es nicht ausbleiben, dass im Interesse der Rechtssicherheit auch dieser selbst untersagt wird. Dazu muss in § 903 BGB die freie Verfügbarkeit des Privateigentums nicht nur durch entgegenstehende Rechte Dritter, sondern auch durch die Erhaltung der Gemeingüter begrenzt werden. Bisher wird Art. 14.2 vorrangig als Sozialbindung des Eigentums aufgefasst, aber noch nicht als Naturbindung (Bosselmann 2002). Die vorgeschlagene Erweiterung des lauteren Wettbewerbs und des Bürgerlichen Rechts wird das Privateigentum auch an den fairen Umgang mit naturgegebenen Gemeingütern binden – und das, so ist zu hoffen, keineswegs nur zur Wahrung des Verwertungsinteresses, sondern auch, um die eigenen Rechte unserer natürlichen Mitwelt zu wahren.

In diesem Sinn kann die Bewegung für die Gemeingüter[7] als »Kampagne für die Inkraftsetzung des Artikels 14.2« gesehen werden (Greffrath 2010).

6 | Und analog dazu von Art. 81 (3) des EU-Vertrags bzw. Art. 101,3 des Lissabon-Vertrags.

7 | Die Bewegung für die Gemeingüter (siehe dazu auch Scherhorn 2011) wird seit Mitte 2011 ergänzt durch eine Kampagne für Nachhaltigen Wettbewerb. Diese hat den Namen Gemeingüter – Nehmen&Geben und wirbt für die Änderung der Wettbewerbsordnung im oben skizzierten Sinn. Näheres unter http://www.nehmenundgeben.de.

Literatur

Bosselmann, Klaus (2002): »Die Erd-Charta«, in: *Natur und Kultur*, 3/1, 2002, S. 71.

Greffrath, Matthias (2010): »Lob des Staates. Wohlstand durch Teilen – viele streiten bereits dafür. Jetzt braucht es Gesetze«, in: *die tageszeitung*, 03.03.2010.

Grimm, Jakob und Wilhelm (1999): Deutsches Wörterbuch, Bd. 1, Sp. 237, Nachdruck von 1854, München.

Helfrich, Silke (2010): Vorwort zu Elinor Ostrom: Was mehr wird, wenn wir teilen. Vom gesellschaftlichen Wert der Gemeingüter, München.

Meyer-Abich, Klaus Michael (1996): »Mit-Eigentum und Würde der Natur im Zeitalter der Wirtschaft«, in: Roßnagel, Alexander/Neuser, Uwe (Hg.): Reformperspektiven im Umweltrecht, Baden-Baden, S. 19-38.

Sachs, Wolfgang (2009): »Climat Change«, in: Dokumentation eines Internationalen Strategietreffens auf Schloss Crottorf, online unter: http://www.archive.org/details/crottorf-commoners (Zugriff am 17.02.2012).

Scherhorn, Gerhard (2005): »Markt und Wettbewerb unter dem Nachhaltigkeitsziel«, in: *Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht*, 2/2005, S. 135-154.

Scherhorn, Gerhard (2011): »Was uns noch nützt. Die bessere Welt als Privatsache? Vom Sinn und von den Zielen der Commons-Bewegung«, in: *Süddeutsche Zeitung*, 26.08.2011.

Trucost (2011): Universal Ownership. Why Environmental Externalities Matter to Institutional Investors, online unter: http://www.trucost.com/publications (Zugriff am 02.10.2011).

Weeber, Karl-Wilhelm (1990): Smog über Attika. Umweltverhalten im Altertum, Zürich.

Gerhard Scherhorn (Deutschland) war Rektor der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg und bis zu seiner Emeritierung 1998 Professor für Konsumtheorie und Verbraucherpolitik an der Universität Hohenheim. Von 1996 bis 2003 leitete er die Arbeitsgruppe Neue Wohlstandsmodelle am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie sowie bis 2005 die Forschungsgruppe Nachhaltiges Produzieren und Konsumieren.

Die Atmosphäre als globales Gemeingut

Ottmar Edenhofer, Christian Flachsland und Bernhard Lorentz

Wettbewerb und private Eigentumsrechte haben den Kapitalismus des 19. und 20. Jahrhunderts entfesselt und damit ein nie dagewesenes Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum ermöglicht. Dieses Wachstum basierte auf einem Lotteriegewinn: der Entdeckung von Kohle-, Öl- und Gasbeständen (Sombart 1928: 122). Bis weit in das 18. Jahrhundert fristete die Menschheit der nördlichen Hemisphäre ein kümmerliches Dasein. Sie war abhängig vom Licht- und Wärmestrom der Sonne. Nahrung, Futter, Wärme und mechanische Energie wurden mehr oder weniger direkt aus Biomasseproduktion, Wasserkreisläufen oder mit Hilfe von Windkraft gewonnen. Unzureichende Nahrungsmittelproduktion, Kriege und Krankheiten warfen die Wirtschaft immer wieder auf ihr Subsistenzniveau zurück. Mit der Entdeckung der Kohle und ihrer Nutzung in den Dampfmaschinen industrieller Betriebe konnte die Menschheit auf einen Vorrat gespeicherter Sonnenenergie zurückgreifen, der ihr wie über Nacht ein Vermögen zuspielte. Dank dieses Vermögens emanzipierte sie sich von den Launen der Natur und trieb den Aufbau eines physischen Kapitalstocks voran. Die Verbrennung fossiler Ressourcenbestände im globalen industriellen Metabolismus nutzte dabei die Atmosphäre als kostenlose Deponie für das Abfallprodukt CO_2.

Heute erkennen wir, dass die Speicherfähigkeit dieser Deponie begrenzt ist. Auf Übernutzung könnte die Atmosphäre mit einem gefährlichen und potentiell katastrophalen Klimawandel reagieren. Die Klimaökonomen haben also die Rolle des Spielverderbers: Sie rechnen der Menschheit vor, dass die Kohlenstoffschuld höher sein könnte als das Vermögen der Ressourcenbestände. Was einst als Lotteriegewinn betrachtet wurde, wird nun zur Belastung.

Rüttelt der Klimaschutz an den Grundpfeilern der Moderne?

Wird die Menschheit nun, wenn sie auf die Nutzung von Kohle, Öl und Gas verzichten muss, wieder auf ihr Subsistenzniveau zurückgeworfen? Mehr als einmal wurde der Weltklimarat (IPCC) verdächtigt, er rüttle an den Grundpfeilern der Moderne. Große Konzerne boten ein Heer von Strategen auf, die den Klimawandel als Schwindel entlarven wollten, der nichts anderes sei als ein Angriff auf die moderne freiheitliche Zivilisation. In das historische Gedächtnis der Menschheit hat sich ein einfacher Zusammenhang eingebrannt: Alle Länder, die durch die

Industrialisierung reich geworden sind und die Armut überwinden konnten, nutzten dafür Kohle, Öl und Gas. Ohne fossile Energieträger kein Wohlstand! Sollte es aber auch wahr sein, dass die Eisschilde abschmelzen, der Regenwald austrocknet, die Ozeane versauern, Bangladesch häufiger überschwemmt wird und die Ernten in Simbabwe vertrocknen, weil wir zu viel fossile Energie nutzen, dann stehen wir vor einer scheinbar tragischen Entscheidung: Gefährlicher Klimawandel oder gefährliche Emissionsminderung; Klimaschutz ohne Wirtschaftswachstum oder Wirtschaftswachstum ohne Klimaschutz?

Daher ist eine zentrale Frage der globalen Klimapolitik, ob eine Entkopplung von Wohlstand und Emissionen möglich ist. Manche Beobachter aus der Umweltbewegung hoffen, Klimaschutz würde unausweichlich und automatisch aus Marktmechanismen resultieren: die begrenzten Vorräte von Kohle, Öl und Gas würden zu steigenden Rohstoffpreisen führen, die den raschen Umstieg auf Erneuerbare Energien und Energieeffizienz erzwingen. Das ist jedoch eine Illusion. Es lagern noch etwa 15.000 Milliarden Tonnen CO_2 im Boden, besonders in Form von Kohle, die zur Erzeugung von Elektrizität, Wärme und durch Verflüssigung sogar als Transportkraftstoff verwendet werden kann. Die Hoffnung, die Erneuerbaren Energien könnten rasch billiger werden als Kohle, Gas und Öl, ist gefährlich. Denn diese Hoffnung könnte verhindern, dass es zu weiteren klimapolitischen Anstrengungen kommt. Zwar hat es bei den Erneuerbaren Energien in den letzten Jahren deutliche Kostenreduktionen gegeben. Derzeit macht ihr Anteil am globalen Primärenergieverbrauch aber nur zwölf Prozent aus, wobei etwa die Hälfte davon auf die Nutzung traditioneller Biomasse entfällt (IPCC 2011). Zweifellos werden die Preise für fossile Energieträger irgendwann steigen und die Kosten für Erneuerbare fallen. Die Frage ist nur: Kommt dieser Strukturwandel schnell genug? Die Antwort nahezu aller Szenarienrechnungen aus dem IPCC (2011) lautet: Nein.

Daher müssen die globalen Emissionen für einen effektiven Klimaschutz durch Politikmaßnahmen beschränkt werden. Szenarienrechnungen zeigen nämlich auch, dass bei einem kosteneffizienten Umbau des globalen Energiesystems und der Nutzung von Energieeffizienzmaßnahmen, Erneuerbaren Energien und der Abscheidung und Einlagerung von CO_2 (CCS) die globalen BIP-Verluste auf wenige Prozent begrenzt sind (IPCC 2011). Allerdings steigen die Kosten des Klimaschutzes, wenn bestimmte Technologien wie die Erneuerbaren Energien – darunter insbesondere Biomasse –, aber auch CCS nicht zur Verfügung stehen (Edenhofer et al. 2010a). Der nächste Sachstandsbericht des Weltklimarates wird im Jahr 2014 einen umfassenden Überblick zu den derzeit laufenden Forschungen zu diesen Fragen veröffentlichen.

Die Atmosphäre als globales Gemeingut

Der Wohlstand des 21. Jahrhunderts wird durch die nachhaltige Bewirtschaftung globaler Gemeingüter bestimmt werden. Dies ist für die Zukunft unserer Wirtschaftsordnung eine neue Herausforderung. Selbst dann, wenn alle von einer nachhaltigen Nutzung der globalen Gemeingüter profitieren, besteht ein Anreiz, dass sich einige Staaten als Trittbrettfahrer verhalten. Denken alle so, wird aus

individueller Schläue kollektive Dummheit. Kooperation wird damit zur Überlebensbedingung der Menschheit.

Die Atmosphäre ist insofern ein globales Gemeingut, als sie eine Senke für CO2 und andere Treibhausgase ist. Derzeit wird sie wie ein Niemandsland benutzt, das heißt: Sie steht unbeschränkt jedem kostenlos zur Verfügung. Ozeane und Wälder sind durch den globalen Kohlenstoffkreislauf eng mit der atmosphärischen Senke gekoppelt und entziehen ihr einen Teil des anthropogenen CO2. Sie sind daher ebenfalls globale Gemeinschaftsgüter. Interessanterweise fungieren Ozeane und Wälder auch in anderen Hinsichten als Global Commons: etwa als Quellen von Biodiversität, endlichen Mineralien oder Fischbeständen. Diese Commons stehen durch verschiedene globale Prozesse unter Druck: die Atmosphäre und die Ozeane durch die Einlagerung von CO2, die Wälder durch steigende Nahrungsmittel- und Bioenergiepreise. Durch unbeschränkten Zugang werden diese Deponien überstrapaziert.

Die Klimakonferenz von Durban im Jahr 2011 war ein weiterer Versuch, diesen neuen Knappheiten Rechnung zu tragen. Zwar konnte kein verbindlicher Fahrplan für globale Emissionsreduktionen vereinbart werden. Durban hat aber gezeigt, dass ein weltweites Bewusstsein hinsichtlich der gefährlichen Übernutzung globaler Gemeingüter existiert und dass die Lösung dieser Frage eine Herausforderung für die Staatengemeinschaft darstellt. Dabei lässt sich das Governance-Problem des Global Commons Atmosphäre wie folgt skizzieren (Edenhofer et al. 2011): Um das Zwei-Grad-Ziel mit mittlerer Wahrscheinlichkeit zu erreichen, dürften nur noch etwa 750 Milliarden Tonnen Kohlendioxid in der Atmosphäre deponiert werden. Auch ein weniger ehrgeiziges Ziel erlaubt nur einige Hundert Milliarden Tonnen zusätzlich. Bei 33 Milliarden Tonnen globaler CO2-Emissionen im Jahr 2010 – Tendenz steigend – lässt sich leicht ausrechnen, dass die Deponie in wenigen Dekaden voll ist. Die Nutzung fossiler Energieträger muss also global gedeckelt werden. Das aber führt zu Verteilungskonflikten. Wenn ein Großteil ihrer Kohlenstoffressourcen im Boden bleiben muss, kommt Klimapolitik für die Besitzer von Kohle, Öl und Gas einer Entwertung ihres Vermögens gleich. Außerdem müssen die knappen atmosphärischen Nutzungsrechte zwischen Afrika, China, den USA und anderen Weltregionen fair verteilt werden (Edenhofer et al. 2010). Auch ist zu klären, wie viele Rechte kommenden Generationen zugestanden werden. Angesichts all dieser Schwierigkeiten ist es eher erstaunlich, dass international überhaupt um ein Abkommen gerungen wird.

Ist also die effiziente und gerechte Nutzung von Gemeingütern zum Scheitern verurteilt? Elinor Ostrom ist zu dem Schluss gekommen, dass Gruppen auf *lokaler* Ebene durchaus effektive Nutzungsregeln durchsetzen können (Ostrom et al. 1994). Dieser Nachweis steht jedoch auf globaler Ebene bislang noch aus.

Es wäre gefährlich, mit einem ehrgeizigen Klimaschutz zu warten, bis es eine Weltregierung gibt, die eine Regulierung des Klimaproblems nach dem Muster nationalstaatlicher Politiken vornehmen würde. Eine Weltregierung wird es in absehbarer Zeit nicht geben. Aber die Bewirtschaftung globaler Gemeingüter ist darauf auch nicht angewiesen. Erforderlich sind vielmehr Politikmaßnahmen auf internationaler, nationaler, regionaler und lokaler Ebene. »Multilevel Governance« ist das Stichwort, das durch die Nobelpreisvergabe an Elinor Ostrom erneute Aufmerksamkeit gewon-

nen hat (Ostrom 2011).[1] Es geht um die Frage, welche Ebene für welchen Bereich zuständig sein sollte und wie sie effektiv miteinander verzahnt werden können.

Die internationale Ebene ist unabdingbar, um den völkerrechtlichen Rahmen abzustecken, in dem die einzelnen Nationalstaaten Verpflichtungen übernehmen. Die Grundsätze der Lastenverteilung, die Unterstützung von Entwicklungsländern und die deliberative Koordination aus dem internationalen Trittbrettfahrerproblem heraus sollten auf dieser Ebene verankert werden.[2]

Auf nationaler Ebene können Subventionen für fossile Energieträger – weltweit immerhin noch rund 400 Milliarden US-Dollar im Jahr 2010 (IEA 2011) – abgebaut und zur Förderung lernender Erneuerbarer Energien verwendet werden. Deutschland kann mit einer erfolgreichen Energiewende zeigen, dass sich Wohlstand und Emissionswachstum entkoppeln lassen.

Auf regionaler Ebene planen zum Beispiel Kalifornien, Australien und zahlreiche große Provinzen in China die Einführung des Emissionshandels nach europäischem Vorbild. Für die Umwelteffektivität der Systeme wird dabei die Wahl der absoluten Obergrenze für Emissionen zentral sein.

Auf lokaler Ebene könnten Städte durch öffentlichen Nahverkehr und Umbau der Gebäudeinfrastruktur ihre Emissionen senken. Allein durch die bereits gebauten Energie- und Transportinfrastrukturen werden bei normaler Nutzungsdauer in den nächsten 50 Jahren 496 Milliarden Tonnen CO_2 emittiert werden (Davis et al. 2011). Damit wird deutlich, dass für den Aufbau zusätzlicher fossilbasierter Infrastrukturen nur wenig Spielraum verbleibt.

Ein zwischenstaatliches Abkommen bleibt unabdingbar, sonst können regional eingesparte Emissionen immer zu einem Mehrverbrauch in anderen Ländern führen. Es wäre aber das Ende der Klimapolitik, wenn wir mit den guten Umsetzungsbeispielen bis zum Abschluss eines globalen Abkommens warteten. Solche Beispiele könnten vor allem den Schwellenländern zeigen: Emissionsminderungen führen nicht zu sinkendem Wohlstand.

Erst langsam wird uns bewusst, dass globale Gemeingüter für die Menschheit ein Vermögen sind, das zu verschleudern fatal wäre. Wir sind Treuhänder dieses Vermögens und damit Treuhänder der kommenden Generationen. Wir haben die Aufgabe, so zu investieren, dass wir dieses Vermögen mehren oder wenigstens erhalten. Aber wenn es darum geht, dass die Menschheit ein festes Kohlenstoffbudget aufteilen muss, dann droht hier ein Null-Summen-Spiel. Der Gewinn des einen Landes ist der Verlust des anderen Landes. Dies ist auch der Grund, warum manche Beobachter extrem pessimistisch sind, was die Möglichkeiten einer ambitionierten zwischenstaatlichen Klimapolitik anbelangt. Das Null-Summen-Dilemma kann nur überwunden werden, wenn es gelingt, die Weltwirtschaft durch einen klugen Transformationsprozess zu dekarbonisieren.

---

1 | Siehe dazu insbesondere den Beitrag von Helen Markelova und Esther Mwangi in diesem Buch (Anm. der Hg.).

2 | Prue Taylor plädiert in ihrem Beitrag mit ähnlichen Argumenten für die Aufwertung des Prinzips des Gemeinsamen Erbes der Menschheit (Anm. der Hg.).

Landkarten des Wissens

Für die Bewältigung dieser Aufgabe fehlt uns noch das notwendige Wissen: Es bedarf eines besseren Verständnisses der wirtschaftlichen Wachstumsmuster in industrialisierten wie in Schwellen- und Entwicklungsländern. Die Analyse des Aufbaus von »harten« Infrastrukturen wie Stromnetzen, Straßen und Wohnungen ist dabei ebenso wichtig wie jene von »weichen« Infrastrukturen wie Ausbildung und Gesundheitseinrichtungen. Insbesondere Investitionen in harte Infrastruktur sind langlebig und legen den Emissionspfad für mehrere Dekaden fest (IEA 2011).

Konkret stehen wir vor der Frage, wie wir heute in China, Indien und Afrika urbane Infrastrukturen aufbauen können, ohne die globalen Emissionen dauerhaft drastisch zu erhöhen. Durch die internationale Arbeitsteilung zwischen räumlichen Agglomerationen wird nicht nur der Export und Import von Waren und Kapital bestimmt, sondern auch der Export von CO2 und Rohstoffen (Peters et al. 2011). Wie kann etwa sichergestellt werden, dass der internationale Handel nicht auch zu einer Verschleuderung regionaler Gemeingüter führt? Um diese Probleme angehen zu können, müssen wir besser verstehen, wie effektive subsidiäre Governance auf verschiedenen Ebenen funktionieren könnte.

Wir brauchen Landkarten des Wissens, die gangbare Wege der nachhaltigen Bewirtschaftung globaler Commons und damit verbundener Nutzungsdynamiken aufzeigen und dabei Risiken und Unsicherheiten im Lichte verschiedener Wertvorstellungen erkunden. Diesen Versuch will das Ende 2011 gegründete Mercator Institut für globale Gemeinschaftsgüter und Klimawandel (Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change, MCC) wagen. Die Landkarten, die das neue Institut in Kooperation mit seinen Partnern erstellen wird, werden das Reisen nicht ersetzen, und sie werden auch nicht vor den Überraschungen des Reisens schützen. Aber ohne Landkarten dreht man sich leicht im Kreis oder endet im Sumpf.

Literatur

Davis, Steven J./Caldeira, Ken/Matthews, H. Damon (2010): »Future CO2 Emissions and Climate Change from Existing Energy Infrastructure«, in: *Science* (329) 5997, S. 1330-1333.

Edenhofer, Ottmar N. et al. (2010a): »The Economics of Low Stabilisation: Model Comparison of Mitigation Strategies and Costs«, in: *The Energy Journal*, Volume 31 (Special Issue 1), The Economics of Low Stabilization, S. 11-48, IAEE.

Edenhofer, Ottmar/Lotze-Campen, Herrmann/Wallacher, Johannes/Reder, Michael (Hg.) (2010b): Global, aber gerecht: Klimawandel bekämpfen, Entwicklung ermöglichen, München.

Edenhofer, Ottmar/Flachsland, Christian/Brunner, Steffen (2011): »Wer besitzt die Atmosphäre? Zur politischen Ökonomie des Klimwandels«, in: *Leviathan* 39 (2), S. 201-221.

IEA – Internationale Energieagentur (2011): World Energy Outlook 2011, Paris.

IPCC (2011): IPCC Special Report on Renewable Energy Sources and Climate Change Mitigation, Cambridge (UK)/New York (USA).

Ostrom, Elinor/Gardner, Roy/Walker, James (1994): Rules, Games, and Common Pool Resources, Ann Arbor.

Ostrom, Elinor (2011): »Handeln statt Warten: Ein mehrstufiger Ansatz zur Bewältigung des Klimaproblems«, in: *Leviathan* 39 (2), S. 267-278.

Peters, Glen P./Minx, Jan C./Weber, Christopher L./Edenhofer, Ottmar (2011): »Growth in Emission Transfers via International Trade from 1990 to 2008«, in: *Proceedings of the National Academy of Sciences* 108 (21), S. 8533-8534.

Sombart, Werner (1928): Der moderne Kapitalismus. Historisch-systematische Darstellung des gesamteuropäischen Wirtschaftslebens von seinen Anfängen bis zur Gegenwart, Bd. III: Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus. Erster Halbband, München und Leipzig.

Ottmar Edenhofer (Deutschland) ist Professor für Ökonomie des Klimawandels, einer der profiliertesten Klimaforscher Deutschlands und designierter Direktor des Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC). Er ist zudem Chefökonom und Vizedirektor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung und Mitglied des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC).

Christian Flachsland (Deutschland) hat Politikwissenschaften und Volkswirtschaft studiert und promoviert. Er ist Koordinator des Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC) in der Gründungsphase und wird dort Coleiter der Arbeitsgruppe Assessment und Wissenschaftliche Politikberatung sein.

Bernhard Lorentz (Deutschland) ist promovierter Historiker und Jurist und seit 2008 Geschäftsführer der Stiftung Mercator. Im Stiftungsbereich ist er seit 2000 tätig, unter anderem war er Geschäftsführer der Vodafone Stiftung und Executive Director der Hertie School of Governance. Seit 2007 lehrt er als Gastdozent am Institut für Kultur- und Medienmanagement der Freien Universität Berlin Stiftungsmanagement und Stiftungsstrategie. 2011 wurde er zum Honorarprofessor bestellt; http://www.stiftung-mercator.de/

Stromallmende: Wege in eine neue Industriegesellschaft[1]

Julio Lambing

Die Entstehung der zentralisierten Stromversorgung

Die moderne Energiewirtschaft wurde von Beginn an von Unternehmen geprägt. Sie spielten bei der Entwicklung, Verbreitung und kommerziellen Nutzung der elektrischen Technik eine führende Rolle. Dabei setzte sich in komplexen technologischen wie politischen Auseinandersetzungen ein zentralistisches und zugleich vernetztes Erzeugungsmodell durch. Die Logik der »Economies of Scale«[2] und des Verbrauchsausgleichs beschreibt die technologische Rationalität dieses Prozesses: Je größer und je diversifizierter die Menge der Stromabnehmer ist, desto eher führt das unterschiedliche Verbrauchsverhalten dazu, dass sich Spitzen in der Leistungsnachfrage ausgleichen; und je größer die Produktionsanlagen zur Stromerzeugung, desto effektiver kann Strom produziert werden und desto geringer sind die Kosten je erzeugter Kilowattstunde. Entsprechend versorgt ein großes Kraftwerk über das Stromnetz eine Vielzahl an Stromabnahmestellen.

Rund ein halbes Jahrhundert lang galt in allen Industrieländern die Doktrin, dass der Stromversorger innerhalb seines Versorgungsgebiets frei von Konkurrenz agieren können muss. Dafür wird im Gegenzug bei Preispolitik und Investitionen behördlich kontrolliert oder gesteuert, oder er muss sich sogar in öffentlicher Hand befinden. Die Stromwirtschaft schlug also den Weg einer hierarchischen, hoch vermachteten und geldwirtschaftlich basierten Fremdversorgung ein.

1 | Dieser Artikel wäre ohne Sebastian Gallehr nicht möglich gewesen. Ihm sowie Stefan Ulreich, Helmuth Groscurth, Daniel Dahm und Marian Bichler bin ich zu großem Dank für wertvolle Hinweise bei der Ausarbeitung dieses Beitrags verpflichtet.

2 | Der Begriff bezieht sich auf Kostenvorteile, die durch die Ausweitung einer Unternehmung entstehen können. In diesem Fall sinken die Kosten je produzierter Einheit eines Gutes, je größer die Produktionsanlage ist. Das kann zum Beispiel daran liegen, dass die größere Produktionsanlage effizienter arbeitet, die Einkaufspreise der Rohstoffe bei größerer Abnahme sinken oder Zinskosten bei der Kapitalbeschaffung geringer werden.

Ab den 1980er-Jahren begann eine Umstrukturierung der energiewirtschaftlichen Industrie. Im Zuge der Liberalisierung und Privatisierung der Strommärkte wurden die Gebietsmonopole aufgelöst. Die Stromversorger sollten sich dem Wettbewerb stellen und die vertikal integrierten Verbundunternehmen hinsichtlich der unterschiedlichen Ebenen des Stromgeschäfts (Stromproduktion, Übertragung und Verteilung) entflochten werden. Das Ziel: Das Netz sollte jedem Anbieter diskriminierungsfrei zur Belieferung der Kunden zur Verfügung stehen, weshalb Stromproduzenten und Netzbetreiber zumindest rechtlich, aber möglichst auch in der Eigentümerschaft zu trennen waren. Die Stromverbraucher sollten selbst entscheiden, von wem und unter welchen Konditionen sie Strom beziehen. Damit verband sich die Hoffnung, dass der Wettbewerb einen schnelleren Umbau der Energieversorgung hin zu kostengünstigerer und bedarfsgerechter Strukturen ermöglichen könne. Man erwartete mehr Kostentransparenz, den Abbau von Überkapazitäten im Kraftwerksbereich, eine Preisreduktion und mehr ökologische Innovationen.

Der globale Klimawandel, dessen Gefahren seit den 1990er-Jahren zunehmend ins öffentliche Bewusstsein dringen, zeigt jedoch auch die Grenzen des liberalisierten und privatwirtschaftlich verfassten Strommarkts. Die verbrennungsbasierte Energieerzeugung führte nicht nur zu einer beispiellosen Ausplünderung fossiler Ressourcen, die künftigen Generationen fehlen, sondern auch zur bisher größten menschengemachten Bedrohung des ökologischen Systems. Um den Klimawandel effektiv einzudämmen, müssen nach einem breiten Konsens der klimawissenschaftlichen Gelehrtengemeinschaft die weltweiten CO_2-Emissionen bis 2050 mindestens halbiert sein und die Industriestaaten ihre Emissionen um 80-95 Prozent reduzieren. Ökologisch und sozial nachhaltig ist dieses Ziel im Elektrizitätssektor nur dann zu erreichen, wenn neben enormen Verbrauchseinsparungen in allen Bereichen auch eine Vollversorgung mit Strom aus Erneuerbaren Energien durchgesetzt wird. Zudem sind wir zu einer erheblichen Reduktion unseres sonstigen Ressourcenverbrauchs gezwungen. Eine Vielzahl biologischer Systeme (Meere, Böden, Urwälder, Tier- und Pflanzenwelten) ist durch unser Verbrauchsverhalten massiv gefährdet. Die Bevölkerungen der Industrieländer verbrauchen darüber hinaus wesentlich mehr der weltweit verfügbaren Ressourcen und belasten mit ihren umweltschädlichen Emissionen weit mehr die ökologischen Speicherstätten des Planeten, als es ihnen gemäß ihrem Bevölkerungsanteil zusteht.

Die alten europäischen Stromversorgungssysteme beruhten letztendlich auf der Zielvorgabe, jede noch so abgelegene menschliche Siedlung mit Strom zu versorgen. Entsprechend befanden sich Netze und Produktion in Europa meist in öffentlicher Kontrolle und wurden selbst als Güter der Allgemeinheit angesehen. Eine politische Steuerung der wirtschaftlichen und technologischen Aktivitäten war also im Prinzip und im direkten Durchgriff möglich. Auf dem liberalisierten Strommarkt fehlt dem einzelnen Unternehmen jedoch eine intrinsische Motivation, sich um anderes als den maximalen Unternehmensgewinn zu kümmern. Stromunternehmen *können* von ihrem Geschäftszweck her kein Interesse an wirklicher Reduktion des gesamtgesellschaftlichen Stromverbrauchs haben. Politisch gesetzte Zwänge zur Stromeinsparung, Kostenreduzierung oder Minderung von Kohlendioxidemissionen treffen somit auf ein Gewinnstreben, das versuchen wird, alle legalen Mittel zur Umgehung dieser Zwänge zu nutzen. Zudem zeichnet

sich in den liberalisierten Strommärkten ein grundsätzliches Investitionsproblem ab, wenn es um die Errichtung neuer Erzeugungsanlagen und Stromnetze geht, die für eine Vollversorgung mit grünem Strom notwendig sind. Die Verführung, bestehende technische Infrastruktur maximal lange zu nutzen, anstatt auf langfristige Neuinvestitionen zu setzen, ist groß.

Das Design einer allmendebasierten Stromversorgung

Ähnlich wie am Beginn der flächendeckenden Stromversorgung stehen wir heute wieder an einem Scheideweg: Wir können und müssen wählen, wie unsere Stromversorgung künftig verfasst und strukturiert sein soll. Die Liberalisierung des Strommarkts hat verkrustete Strukturen in Produktion und Verteilung aufgebrochen und sie durchlässiger gemacht, schuf aber auch neue Beschränkungen bei der Bekämpfung des Klimawandels und der Senkung des Ressourcenverbrauchs. Doch wenn wir schon mit Rückgriff auf die Gemeinressourcen Sonne, Wind und Wasser unsere Energieversorgung betreiben müssen, kann es dann nicht sein, dass die Perspektive der Commons auch für die Organisation der Stromwirtschaft selbst wertvolle Impulse zu liefern vermag – jenseits oder in Ergänzung von staatlichen und privatwirtschaftlichen Ansätzen?

In Anlehnung an die von Elinor Ostrom vorgeschlagenen grundlegenden Designprinzipien[3] ließe sich die elementare Struktur einer Stromallmende wie folgt beschreiben: Die bisher übliche, binäre Nutzungsstruktur von Käufer/Verkäufer (oder bei staatlicher Organisation: Behörde/Stromabnehmer) würde durch eine Nutzergemeinschaft ersetzt, deren Mitglieder sich sowohl als Stromverbraucher wie als Stromerzeuger begreifen. Der Umfang der genutzten Strominfrastruktur und der Kreis der Nutzungsberechtigten müssten dabei klar definiert sein. Die Verhaltensmuster, die Menge der Strombezieher und die energetische Intensität privater wie gewerblicher Aktivitäten bestimmen den Stromverbrauch, die benötigte Leistung und damit die Dimensionierung von Kraftwerken und Stromnetzen innerhalb dieser Allmende. Je weniger Strom die Nutzer verbrauchen, umso weniger müssen sie erzeugen. Ein Abwägungsprozess muss also erfolgen: Auf der einen Seite stehen die Entfaltungsmöglichkeiten und Erleichterungen für Haushalt und Gewerbe durch die Nutzung elektrischer Geräte, die jedoch den Stromverbrauch und die notwendige Erzeugungskapazität beeinflussen; auf der anderen Seite müssen sowohl die Investitions- und Unterhaltungskosten für Stromerzeugung und -netz bedacht werden als auch die Belastungen durch den lokalen und globalen Ressourcenverbrauch.[4]

Wenn hier eine optimale Balance geschaffen werden soll, muss ein reiches Set an Verfahren, Fertigkeiten und Verhaltenseinstellungen eingeübt werden, die die Pfle-

3 | Siehe den Beitrag von Ryan T. Conway sowie die Zusammenfassung der Designprinzipien von Elinor Ostrom im Kasten auf S. 53/54 in diesem Buch (Anm. der Hg.).

4 | Dazu zählen zum einen der direkte Landschaftsverbrauch und die Landschaftsbeeinträchtigung durch den Aufbau von Erzeugungsanlagen und entsprechender Netzinfrastruktur, zum anderen die globalen Folgen durch die Herstellung der ganzen elektrischen Anlagen.

ge einer solchen Stromallmende sichern. Dafür werden Regeln notwendig sein, sowohl zum Verbrauch wie zur Erzeugung, Verteilung und Bereitstellung des Stroms. Sie müssen fein aufeinander abgestimmt sein und zugleich die lokalen sozialen, natürlichen und technologischen Bedingungen berücksichtigen. Die Nutzer sind diesen Regeln und Bedingungen nicht einfach ausgeliefert, sondern sie gestalten sie mit. Der angemessene Umgang mit Stromverbrauch und -erzeugung wird von den Nutzern selbst oder von ihnen gegenüber rechenschaftspflichtigen Personen überwacht, die Verletzung von Regeln und Standards wird durch abgestufte Sanktionen geahndet, die von der Nutzergemeinschaft als sozial vernünftig und maßvoll angesehen werden. Wenn Konflikte auftreten, sollten sie am besten unmittelbar und auf lokaler Ebene zur Klärung gebracht werden. Das setzt unmittelbare Kommunikation der Nutzer untereinander voraus. Öffentliche Behörden müssen eine solche kleinteilige Selbstorganisation ihrerseits anerkennen und einen Vertrauensvorschuss in ihre Funktionstüchtigkeit und Fähigkeit zur Selbstregulierung gewähren.

Drei Faktoren erschweren es, solche idealen Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften zu bilden und die Stromerzeugung und -versorgung in die Nutzergemeinschaften zurückzuholen. Zum einen verlangt der Bau neuer Erzeugungskapazitäten erhebliche finanzielle Mittel. Das gilt gerade für die erneuerbaren Energien, denn die meisten dieser Technologien sind, bezogen auf die erzeugte Kilowattstunde Strom, immer noch teurer als die fossile Großtechnologie. Zweitens sorgen Eingriffe in die Landschaft (etwa für Strommasten, Windkraftanlagen oder Agrarmonokulturen) dafür, dass der Kreis der betroffenen Menschen sich ausweitet. Drittens drängen die technischen Vorteile von Stromnetzen zu einer Ausweitung der Nutzergemeinschaft, denn je mehr Strombezieher bedient werden, umso geringer ist die benötigte Kapazität der Stromerzeugungsanlage je Bezugsstelle.

Der Effekt des letzteren kommt allein dadurch zustande, dass Menschen zu unterschiedlichen Zeitpunkten Staubsauger, Toaster oder Saunaanlagen anschalten. Je größer das Netz, desto weniger Druck muss aufgebaut werden, um Nachfragespitzen durch zusätzliche Erzeugungskapazitäten zu vermeiden. Gerade diese aus Effizienzgründen notwendige Netzstruktur der Stromerzeugung legt andererseits jedoch die Vergemeinschaftung nahe. Der energetische Selbstversorger braucht keine Allmendewirtschaft, doch wer die umfassende Senkung des Verbrauchs endlicher Rohstoffe in sein Kalkül fasst, wird Stromnetze und damit energetische Nutzergemeinschaften als Allmende verstehen und aufbauen müssen.

Hybride Allmendeformen in der bestehenden Elektrizitätslandschaft

Ist ein solches Design realistisch? In einem dezentralen, auf erneuerbare Energien ausgerichteten Konzept liegt es tatsächlich nahe, dass lokale Gruppen Stromerzeugungskapazitäten errichten und Einfluss auf das kollektive Verbrauchsverhalten nehmen. Es ist im liberalisierten Strommarkt auch jederzeit möglich, lokale Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften auf den Weg zu bringen. Der Markt lässt offen, wer Strom einspeist, wer ihn abnimmt und wie das Verhältnis zwischen beiden gestaltet ist. Faktisch sind jedoch aufgrund der wirtschaftlichen, politischen und technischen Vorstrukturierung unserer Energieinfrastruktur nur hybride Formen möglich, zumindest im ersten Schritt.

Energiegenossenschaften sind ein Beispiel für eine Annäherung an ein Allmendedesign der Stromversorgung. In Europa ist in den letzten Jahren neben vielen anderen Finanzierungsmodellen eine Vielzahl an Genossenschaften entstanden, die sich die Bekämpfung des Klimawandels und die Finanzierung von Ökostromanlagen zum Ziel genommen haben. Dem Allmendekonzept am nächsten kämen dabei Konstruktionen, bei der einerseits die Genossenschaft sowohl Besitzer und Betreiber der Erzeugungsanlagen als auch des Stromnetzes und andererseits die Stromkunden Mitglied der Genossenschaft und damit Entscheidungsbefugte über die Infrastruktur wären. Von diesem Ideal existieren in der Realität eine Menge Abweichungen.

Die Elektrizitätswerke Schönau sind eines der raren Beispiele, bei dem die Genossenschaftler sowohl Stromerzeugung als auch Stromnetz besitzen, allerdings gilt dies nicht für die rund 120.000 über ganz Deutschland verteilten Stromkunden, denn die Zahl der Genossenschaftler ist viel kleiner und liegt bei rund 650.

Die 30.000 Stromkunden der belgischen Genossenschaft ecopower sind zugleich Genossenschaftsmitglieder und damit in Besitz von Erzeugungsanlagen. Ein beachtlicher Teil von ihnen war in Planungen von Erzeugungsanlagen involviert. Das Netz ist nicht in ihrem Besitz, die Leistungen des Stromnetzbetreibers werden im Rahmen des normalen Strommarkts abgefragt. Beachtenswert sind zudem die vielen Erzeugergenossenschaften für Photovoltaikanlagen, die einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen lokaler Erzeugung und Verbrauch herstellen, indem sie den Strom zum Eigenverbrauch verwenden. Die meisten sonstigen Erzeugergemeinschaften können einen solchen Zusammenhang nur rechnerisch herstellen, das heißt, die Betreiber von Ökostrom-Produktionsanlagen erzeugen zwar oft Strom in einer Menge, der ihren Eigenbedarf stillen würde, verkaufen ihn de facto jedoch auf den Markt oder mit Einspeisevergütungen an die Allgemeinheit.

Die lokale Nähe der Erzeugung veranschaulicht unmittelbar die Wirkung des Stromverbrauchverhaltens. Noch anschaulicher – und zudem differenzierter steuerbar – wird dieses durch die Etablierung von Smart Grids und Smart Metering, deren Entwicklung und Etablierung derzeit vorangetrieben werden.[5] Je besser der tatsächliche Energieverbrauch zu jedem Zeitpunkt ermittelt werden kann und je mehr Informationssysteme es Kleinverbrauchern ermöglichen, sich über die aktuelle Nachfrage- und Kapazitätssituation zu informieren, desto mehr können die Nutzergemeinschaften ihr Verhalten steuern. Auch die Zusammenstellung von sogenannten »Einsparkraftwerken« rückt in Reichweite – also der ko-

5 | Der Begriff »Smart Grid« bezieht sich auf die intelligente Steuerung und Abstimmung von Kraftwerken, Bestandteilen des Stromnetzes und Verbrauchsstellen bis hin zu einzelnen elektrischen Geräten in Betrieben und Haushalten. Dabei werden moderne Internet- und Kommunikationstechnologien genutzt, um eine fluktuierende Stromproduktion aus Wind und Sonne schnell auszugleichen oder den Stromverbrauch auf die jeweils aktuelle Kapazitätssituation automatisch anzupassen. »Smart Metering« bezieht sich auf intelligente Stromzähler, die zeitgenaue und aktuelle Informationen über den Stromverbrauch einer Abnahmestelle erfassen und an den Stromversorger elektronisch weiterleiten. Auch Stromampeln, die einem Verbraucher durch Lichtsignale oder Text Informationen über die aktuelle Leistungssituation im Netz liefern, gehören zu diesem Technologiebereich.

ordinierte gemeinsame Verzicht auf Leistungsabfrage in einem definierten oder sogar vorausgesagten Zeitraum. Smart-Grid-Technologien ermöglichen es zudem, unterschiedliche Anlagen aufeinander abzustimmen oder ausgewählte Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften wirtschaftlich miteinander zu vernetzen. So ist ein mehrstufiges Regelungssystem möglich: Überkapazitäten der einen Gemeinschaft können mit Nachfragespitzen der anderen Gemeinschaft abgeglichen werden, und durch eigene Bilanzkreise entsteht ein virtuelles Netz im Netz.

Die Möglichkeiten zum Monitoring und Steuern des Erzeugungs- und Verbrauchsverhalten der Nutzergemeinschaft werden enorm gesteigert, wenn sie selbst für diese Prozesse zuständig sind. Für die Frage der Selbstbestimmung spielt die Verfügung über diese Technologien eine entscheidende Rolle. Wer wird in der Lage sein und das Recht haben, entsprechende technische Einrichtungen zu installieren? Wer wird die Kontrolle über ihre Funktionsweise haben? Wer wird sie anwenden können und damit zum Beispiel Zugriff auf persönliche Verbrauchsdaten oder sogar die Funktionsweisen einzelner Haushaltsgeräte haben? Schon hat bei Smart Metering und bei Smart Grid der Wettlauf zwischen Open-Source-Lösungen und offenen Standards auf der einen oder geschlossenen, proprietären Ansätzen auf der anderen begonnen. Die bürgerrechtliche Frage, wer die Datenhoheit hat, schickt sich an, auch in der Energiepolitik zum Gegenstand politischer Konflikte zu werden. Die Ergebnisse dieser Auseinandersetzungen sind für die Funktionalität von Stromallmenden entscheidend.[6]

Das Erstarken des kommunalen Versorgungsgedankens deutet einen weiteren Pfad zur Wiederaneignung der Stromwirtschaft an. Mit dem Auslaufen von Tausenden Konzessionsverträgen bis 2016 zwischen Kommunen und Verteilnetzbetreibern ist eine Rekommunalisierungswelle erkennbar, bei der die Kommunen die wirtschaftlichen Chancen einer lokalen Versorgung nutzen wollen und die Bevölkerung eine höhere Gemeinwohlbindung und Nähe des Stromversorgers wünscht. Seit 2007 sind in Deutschland bereits rund 40 Stadtwerke neu gegründet worden, wobei die Neugründung der Hamburger Stadtwerke besonders spektakulär war.

Offene Fragen

Annäherungen an eine Allmendestruktur der Stromversorgung sind also durchaus erkennbar. Die Politik sollte sie schon deshalb unterstützen, weil sie die ganzheitliche Rationalität der Ressourceneinsparung ebenso fördern wie sie die Energiewende vorantreiben. Dennoch bleibt eine Vielzahl von Fragen zu klären. Die wichtigste betrifft das Stromnetz. In den bisher beschriebenen Ansätzen dient es als Absicherung für Verbrauchs- und Erzeugungsschwankungen, die die beschriebenen Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften nicht abdecken können. Bei unsteter Erzeugung durch Windkraft und Photovoltaik ist das besonders relevant. Das Hochspannungsnetz wie das regionale Niederspannungsnetz werden dann als externer Dienstleister gebraucht.

6 | Beispiele für Erstes sind etwa das mySmartGrid-Projekt des Fraunhofer-Instituts ITWM, das OpenADR der kalifornischen Lawrence Berkeley National Laboratory oder die Total Grid Community (http://www.totalgrid.org [Zugriff am 17.02.2012]).

Aus Gründen des Ressourcenverbrauchs wie aus wirtschaftlichen Gründen ist es unsinnig, konkurrierende Stromnetze aufzubauen. Stromnetze sind ein natürliches Monopol. Einen sinnvollen Wettbewerb zwischen unterschiedlichen Akteuren wird es hier nicht geben, die Entdeckungsfunktion des Marktes zur Entwicklung der effizientesten Lösung greift ebenso wenig wie eine Disziplinierung durch Kunden, die auf die Konkurrenz ausweichen. Der jetzige deutsche Trend zur Privatisierung der Verbundnetze[7] kann nur mit massiver Kontrolle und Regulierung einhergehen, wenn die Monopolsituation durch die Eigner nicht missbraucht werden soll.

Ein Übertragungsnetz als Allmende würde bedeuten, dass dessen Nutzer gemeinsam über die Nutzung, den Ausbau und den Unterhalt des Netzes entscheiden, so wie dies bei den frühen ländlichen Elektrifzierungsgenossenschaften der Fall war. Eine besondere Schwierigkeit ergibt sich aus der pyramidalen, hierarchischen Struktur des Stromnetzes: Der Strom wird von der oberen Spannungsebene nach unten verteilt. Viele Millionen Abnahmestellen, aber auch alle vernetzten Stromproduzenten müssten dann repräsentativ oder unmittelbar in die Gestaltung des Netzes einbezogen werden. Die Systemdienstleistungen zur Netzstabilisierung erfolgen dabei zentral. Ein Verbundnetz in öffentlicher Trägerschaft, das durch politische Gremien gesteuert wird, scheint hier prima facie sinnvoller.

Auch für Technologien, die überschüssig produzierten Strom aus Wind und Sonne speichern, um ihn bei Bedarf einzusetzen, muss erst noch geprüft werden, ob Allmendekonzepte sinnvoll sind. Bei leitungsgebundenen Verfahren wie der künstlichen Erzeugung von Methangas (sogenanntes »Windgas«) steht ein breites Gasnetz in privatem oder öffentlichem Besitz zur Verfügung. Es sind großtechnische Anlagen mit hoher Kapitalintensität, entsprechend schwierig wird die Frage der Verfügungsrechte und der Betreuung zu klären sein. Hinsichtlich der Gaserzeugungsanlagen und angeschlossenen Blockheizkraftwerke zur Verstromung des Gases greifen die oben beschriebenen Modelle vermutlich ohne weiteres. Für neue eigenständige Wasserstoffnetze dürfte ein solcher Ansatz aufgrund seiner technischen Komplexität, Größe und Kapitalintensität dagegen nur schwer einsetzbar sein.

Alle hier aufgeführten Ansätze, sofern sie annäherungsweise realisiert wurden, sind geldwirtschaftlich basiert. Bei den Genossenschaften ermöglicht zwar die Trennung der Stimmrechte von der Einlagenhöhe, dass das Prinzip »ein Nutzer – eine Stimme« umgesetzt werden kann. Ihre stromwirtschaftlichen Binnenverhältnisse regeln sie jedoch über normale Geldströme. Vor allem in kleinteiligen überschaubaren Versorgungsmodellen könnte es jedoch auch sinnvoll sein, kapitalschwachen Mitgliedern das Einbringen nichtmonetärer Leistungen zu ermöglichen (etwa in Form von Arbeitskraft und Aufgabenwahrnehmung), die dann zu Strombezugsrechten oder Anteilen an der Genossenschaft führen. Anschlussmöglichkeiten an andere Wirtschaftsweisen wären Regionalwährungen, die als Realde-

7 | Zwei der vier Verbundnetze sind mittlerweile vollständig oder teilweise an Unternehmen in privater Hand verkauft, nur eines befindet sich zurzeit noch unter der vollständigen Kontrolle öffentlicher Institutionen Deutschlands (EnBW).

ckung ihres Wertes Strombezugseinheiten einsetzen. In Deutschland laufen erste Versuche dazu an, das bekannteste ist das japanische WAT-System.[8]

Die sozialen Folgen solcher Aneignungsprozesse eines Kernbestandteils unserer Industriegesellschaft können enorm sein. Wie kaum ein anderer Industriezweig war die Stromwirtschaft in den letzten 130 Jahren im Spannungsfeld zwischen Staat und Markt und in großen zentralistischen Strukturen gefangen. Es ist jedoch noch unklar, wie sich unsere Haltung gegenüber der industriellen Fremdversorgung durch Staat oder Markt verändern wird, wenn wir gerade hier neue Organisationsformen und damit auch neue zwischenmenschliche Verhältnisse eingehen.

Literatur

Byrne, John et al. (2009): »Relocating Energy in the Social Commons Ideas for a Sustainable Energy Utility«, in: *Bulletin of Science, Technology & Society* 29 (2), S. 81-94.

Granovetter, Mark/McGuire, Patrick (1998): »The Making of an Industry – Electricity in the United States«, in: Callon, Michel (Hg.): The Laws of The Markets, Oxford, S. 147-173.

Hughes, Thomas Parke (1983): Networks of Power: Electrification in Western Society, 1880-1930, Baltimore.

Volz, Richard (2010): Stand und Entwicklungsmöglichkeiten von Bürgerenergiegenossenschaften in Deutschland, online unter: http://www.projektwerkstatt.de/topaktuell/utopie/emanzipation_durch_partizipation.pdf (Zugriff am 04.12.2011)

Julio Lambing (Deutschland) engagiert sich theoretisch wie praktisch für eine gemeingüterorientierte Industriegesellschaft. Dazu greift er sowohl auf moderne Technologien als auch auf alternative Lebensstile, Subkulturen und Wissenssysteme zurück. Zudem ist er Geschäftsführer des internationalen Wirtschaftsverbands European Business Council for Sustainable Energy (e5).

8 | Siehe unter: http://www.watsystems.net/watsystems-translation/german.html (Zugriff am 17.02.2012).

Das Scheitern der Bodenprivatisierung

Zum überfälligen Kurswechsel in der Entwicklungspolitik

Dirk Löhr

Die andere Globalisierung

Wird von »Globalisierung« gesprochen, wandern die Assoziationen unweigerlich zu den ausschweifenden und von der Realwirtschaft abgehobenen Finanzmärkten. Weniger im öffentlichen Bewusstsein ist jene Globalisierung, die sich über eine Vereinheitlichung bestimmter Institutionen über den gesamten Erdball vollzieht – ich spreche von der Institution des Privateigentums und den Strategien der Privatisierung. Treibende Kräfte dieser Entwicklung sind neben den »üblichen Verdächtigen« – IWF, Weltbank und WTO – durchaus auch die Träger der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit (EZ).

Für die Bodennutzung und die Bodenrechte sieht das folgendermaßen aus: Durch Formalisierung, Spezifizierung (Präzisierung von Teilrechten) und Individualisierung der Eigentumstitel sollen Landkonflikte gemindert, die Effizienz der (Land-)Märkte erhöht, Sicherheit hinsichtlich der Landrechte hergestellt und Zugang zu Krediten ermöglicht werden. Man unterstellt dabei eine Weiterentwicklung der Eigentumsrechte weg von nicht formalisierten oder gemeinschaftlichen Formen hin zu Privateigentum (Platteau 1996). Damit werden jedoch gleichsam andere Formen als das Privateigentum als »minderwertige Vorstufen« disqualifiziert.

Die Privatisierungsstrategie der nationalen und internationalen staatlichen EZ blieb nicht ohne Kritik. Allen voran die zu Umwelt- und Menschenrechtsfragen arbeitenden Nichtregierungsorganisationen wenden ein, dass Privateigentum an Grund und Boden de facto Ausschluss bedeute, der vor allem die ökonomisch und sozial Schwachen trifft. Verlust der Lebensgrundlagen, Zwangsvertreibungen und Zwangsumsiedlungen sind nur einige Diskussionspunkte. Ein besonderer Dorn im Auge ist diesen Akteuren der quasi totalitäre Geltungsanspruch, der kaum Raum für etwas anderes als Privateigentum vorsieht. Die vielfältigen Commons-Institutionen, die seit jeher die Sicherung des Zugangs zu Land regelten, geraten hier aus dem Blick und unter die Räder.

Die Kritik wird innerhalb der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit zwar zunehmend zur Kenntnis genommen. Sucht man jedoch im »Institutionenshop« nach konzeptionellen Alternativen, so wird man bislang kaum fündig.

Anatomie der Eigentumsrechte

Wieso diese Fixierung auf das Privateigentum? Aus juristischer Sicht gewähren Eigentumsrechte vor allem die Möglichkeit, andere Personen von der Einwirkung auf einen Gegenstand auszuschließen. Zudem kann man grundsätzlich mit Gegenständen im Eigentum machen, was man will. Dies unterlag jedoch bei Grund und Boden von jeher starken Einschränkungen durch das öffentliche Recht, etwa das Baurecht. Aus ökonomischer Perspektive kann Eigentum als ein Bündel von mehreren Teilrechten gesehen werden, welches das Recht auf Nutzung (*usus*), auf Fruchtziehung, also Nutznießung (*usus fructus*), auf Veränderung (*abusus*) und auf Veräußerung (*ius abutendi*) umfasst. Das Privatisierungsdogma wurde nun insbesondere von der aus den USA stammenden Property-Rights-Schule vorangetrieben (Demsetz 1967). Die Property-Rights-Theoretiker betonen, dass in erster Linie das Nutzungs- und das Fruchtziehungsrecht sowie das Veräußerungsrecht gekoppelt und abgesichert werden müssten. Nur so ließen sich denjenigen, welche die Kosten für die Investitionen aufbringen, auch die Erträge zuweisen (Feder/Feeny 1991). Investitionen in Anpflanzungen, Gebäude und Ähnliches würden stimuliert, und Übernutzungserscheinungen, wie sie Garrett Hardin mit seiner *Tragedy of the Commons* beschrieb, könnten vermieden werden. Abgesehen von der verwirrenden Fehletikettierung – Hardin beschrieb tatsächlich eine Tragödie des Open Access, dabei zeichnen sich Commons gerade durch eine Zugangsregulierung aus – klingt dies zunächst durchaus einleuchtend. Allerdings wird ein wichtiger Aspekt in der einschlägigen Literatur regelmäßig unterschlagen: Das Fruchtziehungs- und Veräußerungsrecht umfasst bei Grund und Boden eben nicht nur die Früchte aus den sogenannten »Improvements« wie Anpflanzungen oder Bebauung; der allergrößte Teil des Bodenwertes erklärt sich vielmehr aus Lagevorteilen, Vorteilen in der Bewirtschaftungsintensität oder auch Qualitätsvorteilen gegenüber Flächen, die gerade noch kostendeckend bewirtschaftet werden können. Ökonomen nennen das »Differentialrenten«. Oftmals sind diese Vorteile rein zufallsbedingt, in den meisten Fällen werden Bodenwerte jedoch von der Gemeinschaft geschaffen (beispielsweise durch Umplanungen oder Infrastrukturinvestitionen, die sich auf die Lage von Grundstücken auswirkt). Ein großer Teil der betreffenden Kosten – je nach Ort und Umstand in unterschiedlicher Höhe – wird ebenfalls von der Gemeinschaft getragen. Dazu gehören Planungs- und Infrastrukturkosten oder Verzichtskosten für alternative öffentliche und private Nutzungen. Im Gegensatz zu Nutzen- und Kostenverteilung bei den »Improvements« fallen also beim Privateigentum am eigentlichen Boden Nutzen und Kosten auseinander. Bodenrenten und Bodenwertzuwächse werden privatisiert, die damit zusammenhängenden Kosten weitgehend von der Gemeinschaft getragen. Das Auseinanderfallen von Nutzen und Kosten ist der Treiber für eine Vielzahl gravierender Fehlentwicklungen wie »Land Grabbing«[1] und »Rent Seeking«, nicht nur in Ländern der Dritten Welt (Löhr 2010).

1 | Vergleiche dazu auch den Beitrag von Liz Alden Wily in diesem Buch (Anm. der Hg.).

Das bisher gezeichnete Bild ist allerdings unvollständig. In Entwicklungsländern findet man häufig einen Dualismus zwischen Privateigentum und staatlichem Eigentum vor. Hinsichtlich des staatlichen Eigentums ist sorgfältig zu unterscheiden: Auf der einen Seite soll der Zugang zu Schutzgebieten geregelt werden, bei denen es sich zum Teil um ehemalige Commons handelt, die im Zuge der Formalisierung des Landrechtes diesen Charakter verloren; allerdings besitzt der Staat oftmals nicht die Kapazität – mitunter auch nicht den Willen –, um den Zugang tatsächlich wirksam zu kontrollieren. Auf der anderen Seite handelt es sich um Konzessionen, die meist an Privatunternehmen zum Zwecke der wirtschaftlichen Ausbeutung vergeben werden. In Kambodscha zum Beispiel machen »Economic Land Concessions« auf sogenanntem »State Private Land« mittlerweile ca. 25 Prozent der Agrarflächen aus. Hinzu kommen großflächige anderweitige Ausbeutungskonzessionen. Obwohl formell Staatseigentum, tragen diese Konzessionen in ökonomischer Hinsicht nahezu sämtliche relevanten Merkmale von Privateigentum. Sogar das Abusus-Recht ist oftmals faktisch in privater Hand, wenn etwa Schutzgesetze für Wälder von den Inhabern der betreffenden Konzessionen ignoriert werden und der Staat dies toleriert. Im Unterschied zum Privateigentum werden die betreffenden Konzessionen nicht über den Marktpreis, sondern über den Staat zugewiesen – oftmals im Rahmen einer völlig intransparenten, manchmal politische Günstlinge bevorzugenden Vergabe. Abgesehen von den häufig fälligen Schmiergeldern müssen anders als bei Privateigentum keine Anschaffungskosten entrichtet werden; die Konzessionsgebühren sind oftmals lachhaft niedrig, der Privilegiencharakter ist offensichtlich.

Die Walze der »Privatisierung« rollt: Rent Seeking und State Capture

Institutionen, die die Privatisierung von Bodenrenten und Bodenwertzuwächsen auf Kosten der Gemeinschaft zulassen, verführen zu Rent Seeking. Der Staat wird vielerorts von Landspekulanten und Landgrabbern vereinnahmt, häufig sogar durch Vertreter dieser Gruppen verkörpert. Bedürftige werden ihrer Lebensgrundlagen beraubt, Gemeinressourcen werden »eingefriedet«, die Landkonzentration schreitet voran. Dieser Aneignungsmechanismus zugunsten der Elite wird, wenngleich nicht bewusst gefördert, doch entwicklungspolitisch toleriert. In der Bevölkerung findet dies indessen wenig Rückhalt. Die Agenda kann daher nur – auf Kosten der Gewaltenteilung – über eine gestärkte Exekutive und – auf Kosten der unteren Ebenen – über einen gestärkten Zentralstaat durchgesetzt werden. Die Entwicklungszusammenarbeit gebärdet sich an dieser Stelle schizophren, wenn sie einerseits Good Governance (eine gute Regierungsführung) fördert und fordert, andererseits jedoch Freibriefe für Rent Seeking (Privateigentum an Grund und Boden) institutionalisiert.

Sie versteht sich häufig als Exporteur »privater Landtitel« – also eines »Produkts«, das schon im mitteleuropäischen Kontext nicht richtig funktioniert. Ungenutzte und untergenutzte Grundstücke, Zersiedelung, systematische Schieflagen bei planerischen Abwägungen zugunsten einflussreicher Investoren und vieles mehr sind nur einige Punkte aus einer langen Liste von Fehlleistungen der westlichen Blaupause (Löhr 2010). Allerdings werden die Auswüchse in den westlichen

Staaten durch eine weitgehend gefestigte Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit unterbunden. In den meisten Entwicklungsländern mit ihrer schwachen Governance ist das nicht der Fall.

One size fits all?

Formalisiertes Privateigentum an Grund und Boden ermöglicht – wie dargestellt – die private Aneignung von Bodenwert und Bodenrente. Oftmals wirkt dabei allein schon das Verfahren der Formalisierung diskriminierend: Die Elite kann mit der neuen Klaviatur gut umgehen, sie hat Zugang zu juristischer Beratung und Beziehungen zu den staatlichen Entscheidungsträgern. Hingegen weiß die – oftmals wenig oder gar nicht alphabetisierte – Landbevölkerung meist nicht, wie ihr geschieht, wenn plötzlich Landtitel geltend gemacht werden. Auch und gerade dort, wo Land als Commons begriffen und institutionalisiert, herkömmlicherweise aber nicht durch formalisiertes Recht geregelt wurde, unterstützt die staatliche Entwicklungszusammenarbeit die Zerschlagung der Commons. Weil ein Verständnis der Prozedur, finanzielle Mittel und politische Kontakte fehlen, haben die Betroffenen meist keine Möglichkeit, ihre oftmals sehr alten Ansprüche zu verteidigen. Nun basiert das Recht grundsätzlich auf gegenseitiger Anerkennung; ohne diese hat es keine Legitimation. Mangels allgemeiner Anerkennung des formalisierten, zum Verlust der Lebensgrundlagen der »Schwachen« führenden Rechts findet oft ein Aufeinanderprallen von Rechtssystemen statt: Das Recht der Gewinner (formalisiertes Recht) steht gegen das Recht der Verlierer (traditionelles Gewohnheitsrecht, über das auch Commons geregelt werden). Viele Staaten rutschen durch dieses Aufeinanderprallen in einen Zustand der – de facto – Anarchie, was in einen Zustand des – de facto – Open Access münden kann. Die Folge ist möglicherweise eine »Tragedy of the Anticommons« (Fitzpatrick 2006).[2]

Ökonomische und soziale Folgen

So verwundert es nicht, dass in vielen Fällen die Ergebnisse der Privatisierung hinter den Erwartungen zurückbleiben. Land wandert keinesfalls wie erwartet zum »besten Wirt«, sondern in die Hände von Spekulanten. Die Folge: Das Land bleibt oft ungenutzt. »Bestenfalls« wandert es in die Hände von Agribusiness-Unternehmen, also zu zahlungskräftigen Gruppen. Lebens- und Wirtschaftsformen mit geringer Zahlungsfähigkeit müssen weichen. Die Vielgestaltigkeit, die für einen gesunden sozialen und wirtschaftlichen Organismus essentiell ist, wird reduziert. Die Kapitulation traditioneller Wirtschafts- und Lebensformen geht häufig mit Migration in die Städte oder in periphere Regionen einher. Das Eindringen der Vertriebenen in die Peripherie bei Abwesenheit wirksamer Zugangskontrollen führt dann oft zu einer weiteren Degradierung natürlicher Ressourcen, die ehemals Commons-Charakter hatten. Ein beredtes Beispiel dafür ist die Provinz Pailin in Kambodscha, wo rund 50 Prozent des Urwaldes in den letzten Jahren vernichtet

2 | Die Tragik der Anti-Allmende beschreibt Michael Heller in diesem Buch (Anm. der Hg.).

wurden. Die entstandenen landwirtschaftlichen Flächen werden zudem allmählich entwertet.

Soweit wirtschaftliche Konzessionen erteilt werden, geschieht das oft über den Zentralstaat. Die regionale oder lokale Ebene wird meistens nicht konsultiert. Nicht selten werden eigentlich vorgeschriebene Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen entweder gar nicht oder nur unzureichend durchgeführt. Die Konsequenz sind überlappende Landrechte, die zu Streitigkeiten führen. Die Konzessionäre versuchen in der Regel nicht, diese Streitigkeiten im Einvernehmen mit der betroffenen Bevölkerung zu lösen. Stattdessen wenden sie sich an den Zentralstaat, der ihnen die betreffende Konzession ja erteilt hat. Bisweilen werden dann derartige Landkonflikte über den Einsatz von Polizei oder Militär »bereinigt«. Die ihrer Lebensgrundlage beraubten Menschen reihen sich in den Strom der landlosen Migranten ein.

Paradigmenwechsel in der Entwicklungspolitik

Angesichts des Desasters, das die Privatisierungsagenda in vielen Entwicklungsländern zurückgelassen hat, sind mittlerweile sogar dessen Befürworter spürbar zurückhaltend geworden. Allerdings ergeht man sich in Ad-hoc-Modifikationen – wie der Forderung nach Einzelfallbetrachtung – des Privatisierungsparadigmas, ohne dass dieses bislang grundsätzlich in Frage gestellt wird. Aus meiner Sicht sind für einen solchen Paradigmenwechsel die folgenden Aspekte konstitutiv:

- Eine neutrale Planung muss Raum für die Vielgestaltigkeit von Lebens- und Wirtschaftsformen gewährleisten. Dies betrifft auch und gerade Formen mit geringer Zahlungsfähigkeit, die für den sozialen Zusammenhalt und die ökologische Funktionsfähigkeit von unschätzbarer Bedeutung sein können. Ein Nebeneinander von formalisiertem Recht und Gewohnheitsrecht ist anzustreben. Dies kann beispielsweise über die Vergabe kollektiver Landtitel für Gemeinschaften unterstützt werden, in denen traditionelles Recht Anwendung findet. Rechtsbeziehungen zu Außenstehenden sollten allerdings über das formalisierte Recht abgewickelt werden.
- Damit der Staat eine neutrale Planung gewährleisten und Raum für Formen jenseits der kapitalistischen Verwertungslogik bereitstellen kann, muss er möglichst frei von der Einflussnahme von Sonderinteressen sein. Die Verflechtung privater Sonderinteressen mit staatlichen Institutionen sollte kriminalisiert werden – was allerdings auch bei den westlichen »Vorbildern« meist nicht der Fall ist.
- Kampf dem Rent Seeking bedeutet auch, dass Bodenrente und Bodenwertzuwächse so weit wie möglich zugunsten der Gemeinschaft abgeschöpft werden (Entkapitalisierung des Bodens). Dies kann durch eine intelligente Ausgestaltung des Leasing- oder Grundsteuersystems geschehen. Klar ist, dass diese Forderung in Ländern, deren politische Entscheidungsträger mit Großgrundbesitz und Bauunternehmern eng verbunden sind, nicht einfach durchzusetzen ist.
- Ebenso sollte der Staat subsidiär ausgestaltet werden, und untere staatliche Ebenen müssten mehr Kompetenzen (zum Beispiel bei der Landverteilung) zuge-

wiesen bekommen. Die Dezentralisierung der Macht ist freilich das Gegenteil dessen, was sich einige Staatslenker wünschen.

Um die dargestellte Agenda verfolgen zu können, muss die Entwicklungszusammenarbeit hart gegen den Wind segeln. Es ist an der Zeit, dafür den Kompass zu justieren.

Literatur

Demsetz, Harold (1967): »Toward a Theory of Property Rights«, in: *The American Economic Review* 57(2), S. 347-359.

Feder, Gershon/Feeny, David (1991): »Land Tenure and Property Rights: Theory and Implications for Development Policy«, in: *The World Bank Economic Review* 5(1), S. 135-153.

Fitzpatrick, Daniel (2006): »Evolution and Chaos in Property Rights Systems: The Third World Tragedy of Contested Access«, in: *The Yale Law Journal* 115, S. 996-1048.

Löhr, Dirk (2010): »The Driving Forces of Land Conversion – Towards a Financial Framework for Better Land Use Policy«, in: *Land Tenure Journal* (FAO), Juni 2010, S. 61-89.

Platteau, Jean-Philippe (1996): »The Evolutionary Theory of Land Rights as Applied to Sub-Saharan Africa: A Critical Assessment«, in: *Development and Change* 27, S. 29-86.

Dirk Löhr (Deutschland) ist Ökonom und Professor am Umwelt-Campus Birkenfeld. Sein Forschungsschwerpunkt ist Eigentumsrechte und Land. Löhr arbeitet als Berater für Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit. Seit vielen Jahren ist er Vorsitzender der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.

Die komplexe Konstruktion der Utopie

Ein Blick auf die Initiative Yasuní-ITT

Alberto Acosta

> Der vernünftige Mensch passt sich der Welt an; der unvernünftige besteht auf dem Versuch, die Welt sich anzupassen. Deshalb hängt aller Fortschritt von unvernünftigen Menschen ab.
> *George Bernard Shaw*

Mythen zu brechen wird immer eine komplexe Aufgabe sein. Der sogenannte Realismus bremst Veränderungen aus. Die Nutznießer von Privilegien, die von diesen Veränderungen betroffen sein könnten, leisten Widerstand. Deshalb hatte die Idee, das Öl in der Amazonasregion im Boden zu lassen, von Anfang an Kritiker. Wir wussten, dass es schwierig werden würde, eine Schneise durch die nationalen und internationalen Öl-Interessen zu schlagen, und dass alles getan würde, um das innovative Potential dieses revolutionären Ansatzes zu diskreditieren.

Und tatsächlich: Seit die Initiative Yasuní-ITT (das Kürzel ITT steht für die Felder Ishpingo, Tambococha und Tiputini) Anfang 2007 auf die Tagesordnung gekommen war, wurden Zweifel laut. Der Vorschlag, bei Erhalt eines international finanzierten solidarischen Ausgleichsbetrags nicht nach den 850 Millionen Barrel Schweröl im Yasuní-Nationalpark zu bohren, verblüffte. 20 Prozent der Ölreserven eines Landes in einer ölsüchtigen Wirtschaft unberührt zu lassen, kam einer Art Vollzeitwahnsinn gleich. Aber so verrückt die Idee auch schien, sie gewann Anhänger und Kraft.

Die Initiative beruht auf vier Säulen bzw. Absichten: erstens, die auf dem Planeten einzigartige Artenvielfalt zu erhalten – der Yasuní-Nationalpark beherbergt die größte bislang von Wissenschaftlern registrierte Artenvielfalt pro Quadratkilometer; es gibt dort so viele Baum- und Straucharten wie in ganz Nordamerika; zweitens, das Gebiet und das Leben der indigenen Völker zu schützen, die in freiwilliger Isolation leben (die Tagaeri, die Taromenane und vermutlich auch die Oñamenane); drittens, im Interesse der gesamten Menschheit Klimaschutz zu betreiben; viertens, in Ecuador einen ersten Schritt in ein postfossiles Zeitalter zu gehen. Und als fünfte Säule, so könnte man annehmen, böte sich die Möglichkeit,

dass wir – als Menschheit – konkrete und institutionelle Antworten auf die globalen Probleme finden, die aus dem Klimawandel resultieren.

Die Machbarkeitsstudien, die abschätzen sollten, wie leistungsfähig dieser Vorschlag im Vergleich zur Förderung des Öls ist, kamen zu ermutigenden Schlussfolgerungen. Selbst wenn man die enormen ökologischen und sozialen Folgen, die die Ölförderung mit sich bringt, beiseitelassen würde, ist die Option, das Öl im Boden zu lassen, attraktiver als seine Förderung. Zudem eröffnete sie ein Szenario, von dem alle einen Nutzen hätten: Ecuador und die internationale Gemeinschaft.

Ein Vorschlag, der aus Widerstand entsteht

Die Initiative, die Ölförderung auszusetzen, geht auf keinen »Ideengeber« zurück. Sie hat keinen »Eigentümer«, sondern wurde Schritt für Schritt in der Zivilgesellschaft entwickelt. Der Vorschlag entstand in den Köpfen derjenigen, die im Amazonasgebiet die Verwüstungen durch die Ölförderung erlitten hatten, noch bevor sich die Präsidentschaftskandidatur von Rafael Correa im Jahr 2006 ankündigte. Dennoch war die Akzeptanz der Initiative durch Correa und die darauf folgende Unterstützung der Regierung ganz entscheidend. Correa ist es zu verdanken, dass aus der Idee, die Förderung des ITT-Erdöls in Frage zu stellen, tatsächlich Politik wurde.

Zu Beginn des Jahrtausends gab es zunehmend Widerstand in den Gemeinden des Amazonasgebietes, bis er sich zu einer rechtlichen Auseinandersetzung von internationaler Bedeutung formte. Bekannt geworden ist der sogenannte »Jahrhundertprozess«, den die indigenen Gemeinschaften und jene Gemeinden führten, die von der Öl-Förderung durch Chevron-Texaco betroffen sind.[1] Der Widerstand der Sarayaku-Kichwa-Gemeinde in der Provinz Pastaza konnte Bohrungen durch die Compañía General de Combustibles (CGC) in Block 23 verhindern, obwohl das Unternehmen die bewaffnete Rückendeckung des Staates besaß. Diese Gemeinschaft, die auf aktive internationale Solidarität zählen konnte, erreichte bei der Interamerikanischen Menschenrechtskommission im Juli 2004 eine wegweisende Entscheidung. Die Kommission plädierte für zahlreiche Maßnahmen zugunsten der Sarayaku. Im Jahr 2007 hat die ecuadorianische Regierung die Resolution der Interamerikanischen Menschenrechtskommission schließlich akzeptiert.

---

1 | Der Prozess gegen den Ölkonzern begann 1993, zunächst gegen Texaco und, nach der Übernahme der Texaco, gegen Chevron. Die Gerichte in den USA erklärten sich für »nicht zuständig«. Anschließend wurde in Ecuador verhandelt. Die Indígenas klagten den Konzern an, im Laufe seiner 20-jährigen Tätigkeit in Ecuador (1971-1991) mit Rohöl und Blei verseuchtes Förderwasser in die Flüsse des Amazonasgebiets geleitet zu haben. Diese Abwässer und zahlreiche Lecks an Pipelines führten nach Angaben der Ankläger zu Erkrankungen bei der Bevölkerung. Im Februar 2011 fiel das Urteil: Der Konzern solle sechs Milliarden Euro Schadensersatz zahlen. Das Unternehmen müsse für die Folgen der Ölförderung durch die damalige Texaco haften. Chevron ging davon aus, dass das Urteil in den USA nicht durchsetzbar sei. Doch im September 2011 entschied ein US-Berufungsgericht in New York, dass das Unternehmen die Strafe zu zahlen habe. Ob Berufung eingelegt wird, ist bei Redaktionsschluss nicht bekannt (Anm. der Hg.).

Weil der Widerstand der Betroffenen nicht nachließ, schälte sich allmählich die Figur eines Ölfördermoratoriums im südlich-zentralen ecuadorianischen Amazonasgebiet heraus. Die Forderung, die bereits in verschiedenen Foren ausformuliert wurde, fand im Jahr 2000 Eingang in das Buch *Ecuador nach dem Öl* (Acosta 2000). Ein Jahr später diskutierte eine Gruppe, die mit dem Thema der Auslandsschulden befasst war, ob dieser Vorschlag nicht die Möglichkeit einer historischen Einigung mit internationalen Gläubigern mit sich bringen könnte: Man könne den Auslandsschuldendienst aussetzen und im Gegenzug den Amazonas erhalten. Alle Forderungen wurden zusammengetragen, woraus der Vorschlag entstand, das Yasuní-Öl als Teil eines breiter angelegten Öl-Moratoriums nicht auszubeuten. Die Idee wurde schließlich in einem Positionspapier von Oilwatch[2] im Juni 2005 konkretisiert und eroberte die nationale politische Debatte. Sie wurde als Yasuní-ITT-Initiative bekannt, und als solche fand sie schließlich Eingang in das Regierungsprogramm 2007-2011 des Movimiento PAÍS (heute Alianza PAÍS),[3] das 2006 während des Wahlkampfs des jetzigen Präsidenten Rafael Correa verfasst wurde.

Das Wesen einer revolutionären Initiative

Mit der Initiative Yasuní-ITT würde man die Emission von 410 Millionen Tonnen CO_2 verhindern. Ecuador erwartet im Gegenzug einen finanziellen Beitrag der internationalen Gemeinschaft; diese kann auf diese Weise ihren Teil der Verantwortung übernehmen, je nach Anteil an der Umweltzerstörung, die sie, insbesondere die wohlhabenderen Gesellschaften, auf diesem Planeten zu verantworten hat. Die Initiative schlägt vor, dass alle Völker der Welt ihre Beziehung zur Natur in tief greifender Weise verändern, indem sie zur Gründung einer neuen globalen Rechtsinstitution nach dem Prinzip der globalen Umweltgerechtigkeit und nach dem Grundsatz der gemeinsamen Verantwortung für die globalen Gemeingüter einen Beitrag leisten. Diese Institution entspräche weder den Interessen einer bestimmten Nation noch privaten Interessen, sie ist vielmehr so gestaltet, dass sie als treuhänderische Einrichtung Verantwortung für das trägt, was allen Menschen gemeinsam gehört: die Atmosphäre und die biologische Vielfalt. Dies geht weit über die Logik einer internationalen Zusammenarbeit hinaus, die sich als »Entwicklungshilfe« versteht.

2 | Oilwatch ist ein internationales Netzwerk, das die Auswirkungen der Erdölförderung insbesondere in tropischen Ökosystemen beobachtet und analysiert (Anm. der Hg.).

3 | Movimiento PAÍS (auch: Acuerdo PAÍS; PAÍS als Abkürzung für Patria Altiva i Soberana, dt. »Aufrechtes und Souveränes Vaterland«) ist eine politische Bewegung und Sammelpartei Ecuadors, die acht Organisationen, unter ihnen die von Rafael Correa gegründete Alianza PAÍS, umfasst. Sie stellte mit ca. 70 Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit in der Verfassunggebenden Versammlung Ecuadors 2007/2008 und bis zu den Wahlen im Jahr 2009 im neuen Parlament. Zu ihrem Führungsgremium gehören neben Rafael Correa der Vizepräsident Lenín Moreno und der Autor dieses Beitrags (Anm. der Hg.).

Der schwierige Kurs der Kühnheit

Die Wege, die dieser Vorschlag seit seiner Landung auf dem offiziellen Parkett genommen hat, waren verschlungen. Es gab Fortschritte und Rückschläge, Erfolge und Widersprüche, Beifall und Streitigkeiten. Das Interessante und das eigentlich Überraschende ist, dass diese Idee, die einigen so weit hergeholt schien, Wurzeln geschlagen hat. Kurz nach dem offiziellen Start haben sich die ermutigenden Stimmen rasch vervielfältigt, im Ausland mehr als in Ecuador. Die Chance, dass sich etwas herauskristallisieren würde, was bisher undenkbar erschien, brach sich Bahn: in der gesellschaftlichen Debatte, in Parlamenten und einigen Regierungen.

Hier muss die frühzeitige Unterstützung aus Deutschland Erwähnung finden. Vertreter aller Fraktionen des Bundestages sprachen sich im Juni 2008 zugunsten der ITT-Initiative aus und baten die deutsche Regierung um Unterstützung. Deshalb traf die Entscheidung von Dirk Niebel, Minister des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, im September 2010 wie ein Schlag ins Gesicht.[4] Die Ablehnung des deutschen Ministers des zuständigen Ressorts verringerte die Chancen auf mehr Unterstützung, denn viele potentielle Beitragszahler hatten ein solides deutsches Engagement vorausgesetzt. Mit dieser ministeriellen Entscheidung hat sich offenbar die Mentalität eines Kleinkrämers durchgesetzt, nicht jene des hellsichtigen Staatsmannes.

Auch in Ecuador waren die Wege verschlungen. Der Vorschlag, den der damalige Minister für Energie und Bergbau zu Beginn der Präsidentschaft Correas formuliert[5] hatte, kollidierte mit dem Wunsch des geschäftsführenden Präsidenten von Petroecuador, das Öl so schnell wie möglich zu fördern. Hinter dem Rücken des Ministers, der zugleich im Vorstand von Petroecuador saß, unterschrieb der Geschäftsführer sogar Vereinbarungen mit ausländischen Unternehmen. Die Konfrontation wurde auf Intervention von Präsident Correa geschlichtet, der am 31. März 2007 in einem ungewöhnlichen Procedere die verschiedenen Argumente des Petroecuador-Vorstandes anhörte.[6] An diesem Tag wurde die Möglichkeit, das Rohöl im Boden zu lassen, sehr konkret als Erstoption genannt, *sofern* die internationale Gemeinschaft mindestens die Hälfte der Gelder beitragen würde, die im Falle der Förderung generiert würden. Angesichts der Möglichkeit, dass diese Initiative scheiterte, wurde Option B skizziert: das Öl zu fördern. Seitdem schwelt der Konflikt zwischen beiden Optionen mit unterschiedlichen Graden an Intensität.

---

4 | Dirk Niebel (FDP), seit 2007 Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, befürchtet eine »negative Präzedenzwirkung« der Yasuní-ITT-Initiative. Er rechtfertigte im November, als der Haushaltsausschuss noch einmal abschließend zum Thema tagte, seine definitiv ablehnende Haltung im Newsletter des Ministeriums in Form eines persönlichen Briefes mit folgenden Worten: »Nicht alles, was gut gemeint ist, funktioniert auch gut.« Niebels Begründung, warum Yasuní-ITT nicht gut funktioniert und es anderer Instrumente bedürfe: »Belohnt wird das Unterlassen der Ölförderung, nicht etwa aktiver Waldschutz oder der Schutz der indigenen Bevölkerung« (Anm. der Hg.).

5 | Die Rede ist vom Autor dieses Beitrags (Anm. der Hg.).

6 | Siehe unter: http://www.eluniverso.com/2007/03/31/0001/9/305E542800554246A91F36CF7BF1D1AD.html (Zugriff am 17.02.2012).

Später, in einem ständigen Hin und Her, erlebte die Initiative große Momente sowie Augenblicke wachsender Zweifel. Präsident Correa erntete Beifall, als er die Möglichkeit, den Amazonas auf diese Weise zu schützen und größere negative Folgen für die globale Umwelt zu vermeiden, bei den Vereinten Nationen, in der OPEC, auf dem Weltsozialforum und anlässlich zahlreicher internationaler Gipfeltreffen vorstellte. Doch derselbe Präsident hat zu stark deutlich gemacht, dass es um ein Entweder-oder geht, dass also ohne internationale Finanzierung das Öl gefördert würde – ein Hauch von Erpressung lag in der Luft und schürte Bedenken.

Im Jahr 2010 definierte die ecuadorianische Regierung die Bestimmung der Einnahmen, die sich aus dem Modell ergeben würden. Die Mittel würden von der UN kontrolliert[7] und fünf Zwecken zukommen: der Transformation der ecuadorianischen Energieversorgung durch die Entwicklung alternativer Energiequellen, der Pflege von Schutzgebieten und Wiederaufforstung, nachhaltiger sozialer Entwicklung vor allem in den Amazonasgebieten und Investitionen in die Technologieforschung.

Auch in der Zivilgesellschaft begann eine profunde und intensive Diskussion, im Inland wie im Ausland. Dank dieser Debatte wich der ursprüngliche Vorschlag, in dem von »Entschädigung« oder »internationalen Spenden« die Rede war, der These des gemeinsamen Beitrags als Grundprinzip globaler Umweltgerechtigkeit. Schließlich ist offensichtlich, dass man nicht für etwas Kompensation bekommen kann, das man ohnehin zu tun verpflichtet ist: nämlich globalen Umweltschutz zu leisten. Die Debatte konnte zudem verdeutlichen, dass es viele Finanzierungsmöglichkeiten gibt und nicht alles durch den Emissionshandel gelöst werden kann, wie selbst die Verhandlungsdelegation der ecuadorianischen Regierung bisweilen annahm.

In dem Maße, wie das Projekt Erfolge verzeichnete, provozierte es auch feindliche Reaktionen. Selbst Präsident Correa versetzte ihm einen herben Schlag. Als einziger Regierungschef der Welt, der einen avantgardistischen Vorschlag gegen die globale Erwärmung in der Hand hatte, und ohne argumentative Not riskierte er eine Konfrontation auf dem Klimagipfel der Vereinten Nationen in Kopenhagen im Dezember 2009. Nachdem er das Protokoll des internationalen Treuhandfonds bereits unterzeichnet hatte, änderte er in letzter Minute seine Meinung. An seiner Erklärung, die auch gegen potentielle Beitragszahler zum Fonds gerichtet war, zerbrach die Yasuní-ITT-Verhandlungsdelegation, und der Außenminister reichte seinen Rücktritt ein. In der Luft lag der Verdacht, dass Öl-Interessen eine sehr wichtige Position besetzt hatten ...

Paradoxerweise lernten viele Menschen in Ecuador die Initiative erst durch diese Erklärungen des Präsidenten und die daraus entstandene Situation kennen.

---

7 | De facto ist der Treuhandfonds für Yasuní beim Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) angesiedelt. Ziel war, ein von den nationalen Interessen unabhängiges Gremium mit der Verwaltung des Fonds zu betrauen. Regierung und Zivilgesellschaft sind im Rat des Fonds vertreten. Die Vereinbarung wurde am 3. August 2010 unterzeichnet (Anm. der Hg.).

Das Projekt am Wendepunkt

Wir brauchen klare Signale, damit die Yasuní-ITT-Initiative Realität werden kann. Wir brauchen Kohärenz und Konsistenz des staatlichen Handelns. Es liegt an Präsident Correa, die Probleme zu überwinden, die er selbst mit verursacht hat, und seine erneute und verstärkte Unterstützung zu beweisen. Er sollte sich dazu verpflichten und sicherstellen, dass die Yasuní-ITT-Initiative zumindest während seiner Amtszeit nicht angerührt wird.[8] Ebenso wenig sollten mit der Erdölexploration und -förderung verbundene Aktivitäten am Rande des betreffenden Gebiets zugelassen sein. Und die Regierung könnte anderen Bedrohungen des Yasuní (Entwaldung, illegaler Holzeinschlag, Besiedlung, illegaler Tourismus) Einhalt gebieten und die Verkehrsachse Manta-Manaos als Teil von IRSA unterbinden.[9] Wichtig wäre zudem, auszuloten, ob in Peru ein ähnliches Verfahren in benachbarten Feldern angewendet werden kann. Die Gebiete befinden sich in direkter Nachbarschaft zu ITT und bergen nur etwa ein Drittel der Reserven, die sich unter ecuadorianischem Territorium befinden. Eine derartige Ausweitung der Initiative könnte sicherstellen, dass ein viel größeres Gebiet mit ähnlich herausragender Biodiversität geschützt würde. Und auch dort leben Völker, die bislang keinen Kontakt zur Außenwelt haben.

Trotz allem hat Yasuní ITT zufriedenstellende Ergebnisse gebracht, noch bevor es richtig Realität wird. Das Thema bekam in den nationalen wie internationalen Debatten mit seinen vielen Facetten Raum. Und in Ecuador gibt es Menschen, die mit den schlagkräftigsten Argumenten dafür plädieren, das Öl auch ohne internationale finanzielle Beteiligung im Boden zu lassen. Diese Option C könnte über die strikte Einhaltung der Verfassung umgesetzt werden, denn Erdölförderung könnte in diesem Gebiet nur auf Antrag des Präsidenten der Republik geschehen und nur im Anschluss an eine »Erklärung des nationalen Interesses« durch die Nationalversammlung, die – falls sie das für angemessen hält – ein Referendum durchführen kann. Das letzte Wort hätte demnach das ecuadorianische Volk.

Der wahre Garant für den Erfolg der Yasuní-ITT-Initiative ist das Engagement der Zivilgesellschaft in Ecuador und weltweit. Nur sie kann sich dieses Lebensprojektes annehmen. Eine Menge Öl, die die Menschheit in nur neun Tagen verbrauchen würde, nicht zu fördern, könnte die menschliche Begegnung mit der Natur in ein neues Licht setzen; es würde den engen Horizont sowie egoistische und kurzfristige Sichtweisen aufbrechen und dazu beitragen, dass viele solcher Initiativen weltweit gedeihen: Wir brauchen zwei, drei, viele Yasunís!

Anmerkung der Herausgeber (Stand: 23.12.2011): Gestartet war Yasuní-ITT mit der Maßgabe, einen Fonds über 350 Millionen US-Dollar einzurichten. Nach vier Jahren waren aber nur 70 Millionen zugesagt. Die Zahlen wurden stets nach unten korrigiert, der Stichtag immer wieder verschoben. Inzwischen hat die Strategie Ecuadors eine wich-

8 | Demnach mindestens bis 2013; Correa kann sich jedoch um eine weitere vierjährige Amtszeit bewerben (Anm. der Hg.).

9 | Zu IIRSA siehe auch das Gespräch mit Gustavo Soto Santiesteban in diesem Buch (Anm. der Hg.).

tige Wende genommen. Nicht nur Beiträge der internationalen Gemeinschaft werden eingeworben, sondern auch solche der ecuadorianischen Bevölkerung und von privaten Unternehmen sowie öffentlichen Einrichtungen. Im Jahr 2011 startete die Kampagne »Yasunízate« (etwa: Yasunisier Dich!), mit der alle Methoden der Mitteleinwerbung ausprobiert werden sollten: ein Dollar pro Kopf, Kampagnen in Bildungseinrichtungen und vieles mehr.

Literatur

Acosta, Alberto (2000): El Ecuador post-petrolero, Quito.

Alberto Acosta (Ekuador) ist Wirtschaftswissenschaftler. Er lehrt und forscht an der Facultad Latinoamericana de Sciencias Sociales (FLACSO). Von Januar bis Juni 2007 war er Minister für Energie und Bergbau, danach Präsident der Verfassung gebenden Versammlung und Abgeordneter bis Juli 2008.

Equitable Licensing – den Zugang zu Innovationen sichern

Christine Godt, Christian Wagner-Ahlfs und Peter Tinnemann

Ergebnisse der öffentlich-finanzierten Forschung müssen für alle zugänglich sein – das gilt vor allem für lebenswichtige Medikamente. Im Kern beruht dieser Grundsatz auf zwei Prinzipien: Erstens, medizinische Versorgung und das Recht auf eine gesunde Umwelt sind Menschenrechte, die dem Einzelnen einen Anspruch auf Teilhabe geben; zweitens, Forschung ist in der Medizin und in den Umweltwissenschaften in wesentlichen Teilen öffentlich finanziert, womit Ansprüche an die Ziele und die Verfügbarkeit der Ergebnisse verbunden sind. Das hier vorgestellte Lizenzmodell »Equitable Licensing« hat zum Ziel, den Zugang zu lebensnotwendigen Medikamenten zu sichern, die durch öffentliche Förderung entstanden, aber patentgeschützt sind. Es hat damit Modellcharakter für die Absicherung sozialer Ansprüche an öffentlich geförderte Forschung unter den Bedingungen des modernen, patentgeschützten Technologietransfers.

»Equitable Licensing« (»Gerechte Lizenzen«) wurde erstmals 2001 in der Diskussion um die Versorgung Südafrikas mit AIDS-Medikamenten entwickelt (Stevens/Effort 2008). Es versetzt Forschungseinrichtungen in die Lage, aktiv auf die Entwicklung und Vermarktung ihrer Ideen Einfluss zu nehmen, und reagiert auf eine zentrale Herausforderung moderner Medizin in der globalisierten Welt: Nicht nur gibt es eine allseits beklagte Forschungslücke in Bezug auf Krankheiten, die vergleichsweise wenige Menschen, vor allem in armen Regionen der Welt, betreffen (sogenannte »vernachlässigte Krankheiten« wie Malaria, Tuberkulose, Schlafkrankheit etc.). Von größerer Bedeutung ist, dass verfügbare Arzneien für viele Patienten nicht zugänglich sind, weil es sie entweder nur zum Weltmarktpreis gibt oder weil arme Staaten von der Industrie aus Sorge vor der Rückführung in hochpreisige Märkte – wo sie die »Preise verderben« – nicht beliefert werden.

Equitable Licensing und seine Geschichte

Der Begriff »Equitable Licensing« wurde 2001 an der Universität Yale geprägt. Diese hatte dem Pharmaunternehmen Bristol-Myers Squibb (BMS) für die Nutzung ihres Patents am HIV-Wirkstoff d4T (Stavudine) eine Exklusivlizenz vergeben. d4T war bereits in den 1960er-Jahren am Detroiter Krebsforschungsinstitut als Wirkstoff gegen Krebs entwickelt worden. In den 1980ern fanden Tai-Shun Lin und

William Prusoff an der Universität Yale heraus, dass der Wirkstoff gegen AIDS einsetzbar ist. Ihre Forschungen waren mit Mitteln der U.S. National Institutes of Health und von Bristol-Myers Squibb finanziert. Im Jahr 1986 meldete die Yale-Universität ein (Anwendungs-)Patent für die Therapie von HIV-Infektionen an, das ihr 1990 erteilt wurde. Die Nutzungserlaubnis gab sie jedoch exklusiv dem Unternehmen Bristol-Myers Squibb. BMS brachte 1994 das Medikament Zerit® auf den Markt. Wie damals üblich wurde das Produkt weltweit zu einem einheitlichen Preis vermarktet. Dementsprechend kostete eine Tagesdosis Zerit® im Jahr 2001 pro Patient 11,97 Euro, also 4.369,05 Euro pro Jahr – für afrikanische Patientinnen und Patienten ein unerschwinglicher Preis.

Nachdem der Wirkstoff von der Weltgesundheitsorganisation auf die Liste der lebenswichtigen Medikamente gesetzt worden war, schlug die Organisation Ärzte ohne Grenzen Alarm und forderte preissenkende Maßnahmen. Im Februar 2001 bat sie die Universität Yale, auf das südafrikanische Patent zu verzichten. Die Universität sah sich jedoch aufgrund des Vertrages mit BMS daran gehindert. Daraufhin intervenierten die Studierenden der Universität und brachten William Prusoff dazu, im März 2001 einen Beitrag für die *New York Times* zu schreiben. Aufgrund des öffentlichen Drucks trat die Universität an BMS heran, das Unternehmen möge die Preise reduzieren. BMS lenkte ein und zeichnete im Juni 2001 einen Vertrag mit dem führenden südafrikanischen Generikahersteller Pharmacare, der daraufhin den Wirkstoff in einheimischer Produktion herstellen konnte. Aufgrund der Preiskonkurrenz vor allem zum indischen Konkurrenten CIPLA fiel der Preis für d4T im Laufe eines Jahres um 96 Prozent. Erst diese Entwicklung ermöglichte es Ärzte ohne Grenzen, die AIDS-Programme im südlichen Afrika auszuweiten.

Eine ähnliche Vereinbarung wurde zwischen dem Pharmaunternehmen Gilead, dem Rega Institute for Medical Research an der Katholischen Universität Leuven (Belgien) und dem Institut für Organische Chemie und Biochemie in Prag für das Medikament Tenofovir getroffen, dem Wirkstoff der AIDS-Medikamente Viread® und Truvada® (Van Overwalle 2009: 239).

Ausgehend von diesem einfachen Modell, das Preissenkung durch Wettbewerb erzielt, wurde das Konzept des Equitable Licensing weiterentwickelt. Inzwischen gibt es verschiedene Typen dieser »Gerechten Lizenzen«, die entweder dem Lizenznehmer direkte Versorgungspflichten auferlegen oder, indirekt durch den Verzicht auf Patentdurchsetzung in bestimmten Ländern, eine heimische, preisgünstige Herstellung von Medikamenten ermöglichen. Die Universität Berkeley hat das Konzept in ihr Socially Responsible IP Management Program aufgenommen. Private Firmen wie Boehringer Ingelheim griffen es für einseitige Selbstverpflichtungen auf, den Patentschutz in bestimmten Ländern nicht durchzusetzen (sogenannte »non-assert«). Die Universität Edinburgh nahm 2009 ein »policy statement« mit der Verpflichtung an, Patente in Entwicklungsländern nur einzuklagen, wenn es unbedingt notwendig sei. Das gelte auch für ihre industriellen Partner.[1]

1 | Siehe unter: http://www.med4all.org/fileadmin/med/pdf/Edinburgh_Essential_Medicines_Position_Statement_2009.pdf (Zugriff am 17.02.2012).

Was als Debatte an der Yale University begann, führte zur Gründung der Universities Allied for Essential Medicines (UAEM), die weltweit zahlreiche Mitgliedsgruppen hat. UAEM entwickelte das erste Modell einer Equitable License und regte 2006 die Unterzeichnung des Philadelphia Consensus Statement an, mit dem sich Universitätsvertreter zur sozialen Verantwortung ihrer Einrichtung bekennen.[2]

Der Begriff »Equitable Licensing« ist weitgehend synonym mit Begriffen wie »Humanitäre Lizenzen«, »Gerechter Zugang« oder »Weltweiter Zugang« (»Equitable Access«, »Global Access«), zu einem gewissen Grade auch mit »Preisdifferenzierung« (»differential pricing«) oder »Zwei-Säulen-Preisgestaltung« (»two-tired pricing«). Er unterscheidet sich aber in fünf Aspekten von anderen Lizenzinstrumenten, die ebenfalls den Zugang zu Medikamenten erleichtern sollen.

- Equitable Licenses bauen auf Verträgen auf (zwei- oder mehrseitige Konsortialabkommen). Sie unterscheiden sich damit von Zwangslizenzen[3], die einseitig vom Staat dekretiert werden.
- Der Gegenstand des Vertrags ist der Transfer von Wissen in eine Richtung, aus der Forschungseinrichtung hin zur Industrie im Rahmen von Lizenzen oder langfristig angelegten Kooperationen. Damit unterscheidet sich Equitable Licensing von komplexen Lizenzmodellen wie Clearinghouses[4], Patent Pools[5] oder Informationsplattformen[6].
- Der Begriff »Equitable License« ist auf Transferformen von Wissenschaft zur Industrie beschränkt. Verträge zwischen Wettbewerbern sind nicht für Equitable Licensing geeignet.
- Ebenso wenig sind einseitige Erklärungen und Angebote von Firmen, wie die »non-assert pledges«, als Equitable Licensing zu bezeichnen, denen es an der Einflussnahme durch die öffentlichen Forschungseinrichtungen fehlt.
- Schließlich haben Equitable Licenses eine umrissene Zielgruppe, so dass allgemeine und unspezifische Transfers nicht als solche qualifiziert sind wie etwa

2 | Siehe unter: http://www.essentialmedicine.org/ (Zugriff am 17.02.2012).

3 | Zwangslizenzen sind Benutzungsrechte, die der Staat aus Gründen einer öffentlichen Notlage, an einen Wettbewerber vergibt (nationale Grundlage in Deutschland: § 24 PatG; im internationalen Rahmen: Art. 31 TRIPS).

4 | Clearinghouses sind Einrichtungen, die für ein spezifisches Technologiefeld die Serviceleistung des Austauschs und der Bündelung von Lizenzen anbietet, ohne Exklusivität und Bilateralität wie beim Patentpool, ausführlich dazu G. v. Overwalle (2009).

5 | Wie etwa der 2008 von UNITAID eingerichtete Pool. UNITAID wurde 2006 durch fünf Staaten gegründet, um den Zugang zu Medikamenten für HIV/AIDS, Malaria und Tuberkulose zu verbessern, siehe unter: http://www.unitaid.eu/en/The-Medicines-Patent-Pool.html.

6 | ChEMBL Neglected Tropical Disease, Website zu Komponenten der Malaria-Kontrolle, Man Tsuey Tse, in: *Nature Reviews*, Vol. 6/2010.

- die neuen Creative- Commons-Initiativen[7], die auf die Entwicklung »Grüner Technologien« gerichtet sind (Hall/Helmers 2010).[8]

Equitable Licensing und Technologietransfer

Equitable Licensing baut auf den Strukturen des modernen, eigentumsgestützten Technologietransfers von Universitäten zur Industrie auf – eine Entwicklung, die weltweit als »post Bayh-Dole« bezeichnet wird. Der »Bayh-Dole-Act« von 1980[9] war das Herzstück eines Gesetzespakets, dem das US-amerikanische Wachstum der Informations- und Biotechnologien in den 1980er-Jahren zugeschrieben wird. Es weist den Universitäten das Patenteigentum an Erfindungen zu, die aus staatlich geförderten Projekten entstehen. Zuvor stand das Patenteigentum aus staatlich geförderten Forschungen der US-Regierung zu. Dieses Gesetz legte den Grundstein für einen Boom von Firmengründungen aus Universitäten heraus (»Start-ups«) und es stieß neue Kooperationsformen zwischen Wissenschaft und Industrie an, die die Grundlagenforschung auf Produktentwicklung hin orientierte (Cohen et al. 2002: 1-23). Das Vorgehen wurde weltweit kopiert.

Die Bayh-Dole-Philosophie hat ein gewandeltes Verständnis von Grundlagenforschung angestoßen. Zuvor galt Grundlagenforschung als »anwendungsfern«, ohne konkrete Produktorientierung. Spätestens seit »Bayh-Dole« gilt jedoch auch für die Grundlagenforschung, dass ihre Förderung insbesondere dann sinnvoll ist, wenn sie zur Entwicklung von Produkten beiträgt, die die Verbraucher »haben wollen«. Zentraler Baustein dieser Philosophie ist der Patent-Mechanismus. Er erlaubt frühe Investitionen in neue Technologien, da diese im Nachhinein über den Monopolpreis wieder eingespielt werden können. Allerdings versagt der Mechanismus, wenn es an Nachfrage fehlt. Dies ist unter anderem bei Krankheiten der Fall, die entweder nur wenige oder nur wenig zahlungskräftige Patienten betreffen. In diesen Feldern wird weder genügend Forschung betrieben noch die Versorgung sichergestellt – selbst wenn im Prinzip Medikamente zur Verfügung stehen. In diesen Fällen sprechen die Ökonomen von »Marktversagen«, das staatliches Engagement erforderlich macht.

Es gibt einerseits die klassische Forschungsfinanzierung und andererseits Anreizsysteme, wie das seit 2010 existierende »priority voucher« für humanitäre Zwecke des US-PTO[10] (das eine vorzugsweise Bearbeitung von Einsprüchen er-

7 | Mehr zu Creative-Commons-Lizenzen schreibt Mike Linksvayer in diesem Buch (Anm. der Hg.).

8 | Wie zum Beispiel die »Eco-Patent Commons« (http://www.wbcsd.org/ [Zugriff am 17.02.2012]), dazu kritisch allerdings Hall/Helmers 2010.

9 | 35 U.S.C. (United States Code) § 200, § 212, eingeführt durch 37 C.F.R. (Code of Federal Regulations) 40.

10 | Das United States Patent and Trademark Office (PTO oder USPTO) mit Sitz in Alexandria (Virginia) ist die Patentbehörde der USA und dem Handelsministerium unterstellt. Es vergibt die Patente für angemeldete Erfindungen und ist für die Etablierung von Marken- und geistigen Eigentumsrechten verantwortlich (Anm. der Hg.).

möglicht) oder das »priority voucher« der US-FDA[11], das seit 2008 vorzugsweise für die Genehmigung von Produkten, die für Entwicklungsländer von Bedeutung sind, eingesetzt wird. (Ebenso können regierungsunmittelbare Forschungszentren gegründet werden, wie etwa das im Dezember 2010 beschlossene und im Juni 2011 budgetierte neue National Center for Advancing Translational Sciences (NCATS) unter dem Dach der US-National Institutes of Health.)

Equitable Licensing *ergänzt* diese staatlichen Interventionen, insbesondere die Forschungsförderung, indem es die steuerfinanzierte Förderung von Wissenschaft in konkrete Verantwortung und Pflichten der Institutionen und Wissenschaftler überführt. Diese Verantwortung wird vertraglich an den Industriepartner weitergegeben, der in die Produktentwicklung investiert. Somit reagiert das Instrument sowohl auf Situationen des »Marktversagens« als auch auf die persönliche und institutionelle Verantwortung, die mit steuerfinanzierter Förderung einhergeht.

Eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Integration von Equitable Licensing in den Aufgabenkatalog der Technologietransferstellen (Universitäten und Forschungseinrichtungen) ist die Honorierung dieses Engagements. Bislang wird die Leistung der Technologietransferstellen allein an der Zahl der Ausgründungen und der Höhe des finanziellen Rückflusses aus dem Rechteverkauf, den Lizenzgebühren und den Unternehmensbeteiligungen gemessen. Die Verhandlung umfangreicher Vertragswerke, die auf den Verwertungsprozess für Medikamente Einfluss nehmen und diesen begleiten, ist in der Praxis ein aufwändiger Prozess. Die Leitungen der Forschungseinrichtungen müssen verstehen, dass Equitable Licensing einen erheblichen Renommeegewinn erwirken kann.

Hieraus folgt zweierlei: Eine Erfindung darf nicht allein deshalb einem Industriepartner zugesprochen werden, nur weil er die höchste Lizenzgebühr verspricht. Zweitens muss die Einrichtung daran interessiert sein, dass ihr das Eigentumsrecht langfristig zusteht.[12]

Dies erfordert, dass beide, Forschungseinrichtungen und Industriepartner, den Nutzen des Equitable Licensing für sich erkennen und neue Kriterien für die Honorierung dieser innovativen Form des Technologiemanagements entwickeln. Carol Mimura, Technologiemanagerin der Universität Berkeley, spricht sich deshalb für die Bewertung mit nichtökonomischen Wohlfahrtsgewinnen aus, wie etwa dem Gewinn für den Ruf der Universität und der eingesparten Kosten für das Gesundheitssystem (Mimura 2010: 293). Zur Quantifizierung greift sie auf Kriterien der Gesundheitsökonomie zurück, wie DALYs (Disease Adjusted Life Years) und QUALY (Quality Adjusted Life Years).[13] Auch wenn diese Ansätze der Ver-

11 | Die Food and Drug Administration (FDA) ist die Behördliche Lebensmittelüberwachung und Arzneimittelzulassungsbehörde der Vereinigten Staaten. Sie ist dem Gesundheitsministerium unterstellt (Anm. der Hg.).

12 | In den USA ist die Übertragung von Patenteigentum, das aufgrund öffentlich finanzierter Förderung entstanden ist, grundsätzlich unzulässig.

13 | Beide Konzepte sind Methoden der Quantifizierung von Lebensverlängerung und Lebensqualitätsverbesserung, die in der Medizin, Soziologie und der Ökonomie Anwendung finden. Das DALY-Konzept wurde erstmals 1993 im Welternährungsbericht der Weltbank benutzt. Zur Methode siehe Murray 1994.

feinerung bedürfen, so zeigen sie doch, dass führende Forschungsuniversitäten erkannt haben, dass ihre Ziele nicht mit der isolierten Gewinnorientierung von Unternehmen identisch sind. Jede einzelne Institution kann diesen Prozess auf unterschiedliche Weise voranbringen. Die Grundsätze, die eine Institution auf sich anwenden will, gehören in eine Lizenzpolitik, auf die sich die Mitarbeiter in den Technologietransferbüros berufen können.

Equitable Licensing in Deutschland

In Deutschland geht der eigentumsgestützte Technologietransfer auf die sogenannte »Verwertungsinitiative« des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) von 2002 zurück. Ihr politisches Ziel war die Förderung der Verwertung von Wissen, das in den Universitäten geschaffen wird, durch den Aufbau eines professionellen Transfermanagements. Kernstück der Initiative war die Zuweisung des Patenteigentums an die Universitäten, das zuvor unmittelbar den Professoren zustand. Hierin unterscheidet sich die deutsche Verwertungsinitiative grundlegend vom US-Vorbild. Dort wurde das Patenteigentum, das zuvor nach staatlicher Förderung dem Staat zustand, erstmals 1980 den Universitäten zugeordnet. Diese Zuordnung wurde allerdings an ein Verbot des Eigentumstransfers gebunden. In Deutschland gab es andersartige, gewachsene Strukturen des Technologietransfers, der insbesondere an den Technischen Universitäten gepflegt wurde. In der Regel kam es dabei sehr früh zur Aufgabe der Eigentumsrechte durch die Professorinnen und Professoren; oft wurden die Patente bereits durch die Unternehmen angemeldet. Im Gegenzug wurde Forschung finanziert, Studierende fanden eine Anstellung, Abschlussarbeiten wurden innerbetrieblich betreut. Den entscheidenden Wandel hat die Verwertungsinitiative auf institutioneller Ebene angestoßen. In den vergangenen zehn Jahren waren Politik und Universitäten im Wesentlichen mit dem Aufbau der Technologietransferstellen beschäftigt. Aufgrund des mangelnden Übertragungsverbots führten die Beteiligten ihre vorhandenen Verwertungsmuster des Patentverkaufs oder der Vorababtretung fort, oder sie übernahmen die gewinnorientierten Lizenzvertragsmuster der Industrie. Ersteres hat eine verzerrende Wirkung auf die tatsächliche Verwertungsbilanz der Technologietransferstellen zur Folge. Letzteres verdeckte lange, dass die Universitäten zwar »verwerten« sollen, aber durch ihre neue Aufgabe nicht zu profitorientierten Unternehmen geworden sind. Das fehlende Übertragungsverbot führt bis jetzt noch zu einer Verzerrung der Patentstatistiken. Erst langsam wächst das Selbstverständnis der Universitäten, dass sie (auch) einen anderen Auftrag zu verteidigen haben. Dieser Wandel wird durch eine neue Initiative des BMBF gestärkt: Erstmals verlangte man in der Ausschreibung eines Forschungsprogramms 2011 von den Fördernehmern, sich mit der Möglichkeit des »Equitable Licensing« auseinanderzusetzen (BMBF 2011).

Nicht ein spezifisch deutsches, aber ein wichtiges Element von »Equitable Licensing« ist die besondere Motivation von Wissenschaftlern. Dass diese von zentraler Bedeutung für bahnbrechende Entwicklungen ist, hat jüngst eine Fallstudie am Beispiel des Medikaments Miltefosin gezeigt. Miltefosin kann gegen den Erreger der Leishmaniose eingesetzt werden (Wagner-Ahlfs et al. 2010). Die Studie belegt,

dass erst der persönliche Einsatz von Wissenschaftlern langfristig bahnbrechende Ergebnisse ermöglicht und entgegen kurzfristigen Management-Entscheidungen erfolgreich sein kann; sie zeigt: Der Patentschutz ist im Verhältnis zur Schaffenskraft der Wissenschaftler zweitrangig. In diesen Konstellationen kann Equitable Licensing die Ambitionen der Forscher für den Verwertungsprozess in langfristige Vertragsbindungen überführen.

Equitable Licensing – eine pragmatische Annäherung an das Prinzip der Commons

Equitable Licensing ist ein Konzept, um Wohlfahrtsziele zu erreichen. Das von Christine Godt und Tina Marschall (2010) entwickelte modulare Konzept kann mit unterschiedlichem Anspruch (Gold-, Silber-, Bronze-Standard) umgesetzt werden. Die öffentlich frei zugänglichen Leitlinien übersetzen das jeweils anvisierte Niveau in konkrete Vertragsklauseln. Es gibt nicht »die« Modelllizenz.

Equitable Licensing ist demnach ein pragmatisches Beispiel für die Umsetzung öffentlicher Ansprüche an die Forschung als Commons. Es ist pragmatisch, weil es auf die derzeitige Realität der patentierten Forschungsergebnisse aufbaut. Es verlangt keinen freien, öffentlichen Zugang. Was zählt, ist das erreichte Ziel: im Fall des med4all-Projekts zum Beispiel der verbesserte Zugang zu Medikamenten für diejenigen, die dies benötigen. Ausgangspunkt ist die steuerfinanzierte Forschung: Aus der öffentlichen Förderung erwächst öffentliche Verantwortung. Aus diesem Grund kann Patenteigentum nicht unbeschränkt sein. Es unterliegt den Erwartungen, die die öffentliche Hand mit der (Projekt-)Förderung verband.

Equitable Licensing verspricht drei Neuerungen: Erstens kann die Versorgung ganz praktisch durch vertragliche Verpflichtung sehr viel konkretere Formen annehmen. Zweitens erlaubt das Konzept die aktive Beteiligung neuer Akteure: Forschungsinstitutionen, einzelne Wissenschaftler, Nichtregierungsorganisationen, Technologiemanager und die Industrie können sich dafür einsetzen, dass die Früchte ihrer Forschung die Verbraucher erreichen. Das Konzept geht von einer Verpflichtung der öffentlich geförderten Einrichtungen aus, sich im Forschungstransfer zur Industrie aktiv für die öffentlichen Interessen einzusetzen. Drittens begründet und zeigt es, dass »die Interessen der Allgemeinheit« nicht, wie im klassischen Staatsverständnis, allein durch den Staat wahrgenommen werden müssen (etwa in Form von Zwangslizenzen). Vielmehr sind die Eigentümer und die vertraglichen Nutzer der Öffentlichkeit auch *direkt* verpflichtet. Damit wird der Anspruch aktualisiert, Forschung als Commons zu erhalten.

Literatur

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF 2011): Förderkonzept Vernachlässigte und armutsassoziierte Krankheiten, Berlin.

Cohen, Wesley M./Nelson, Richard R./Walsh, John P. (2002): »Links and Impacts: The Influence of Public Research on Industrial R&D«, in: *Management Science* 48, S. 1-23.

Godt, Christine (mit Unterstützung von Tina Marschall) (2010): Equitable Licensing – Lizenzpolitik & Vertragsbausteine, online unter: http://www.med4all.or (Zugriff am 05.12.2011).

Godt, Christine (2011): »Equitable Licenses in University-Industry Technology Transfer«, GRUR Int., S. 377-385.

Hall, Bronwyn H./Helmers, Christian (2010): Innovation in Clean/Green Technology: Can Patent Commons Help? Diskussionspapier für das Jahrestreffen der EPIP in Maastricht (Niederlande), 20.-22. September 2010.

Mimura, Carol (2010): »Nuanced Management of IP Rights: Shaping Industry-University Relationships to Promote Social Impact«, in: Dreyfuss, Rochelle C./First, Harry/Zimmerman, Diane L. (Hg.): Working within the Boundaries of Intellectual Property, Oxford, S. 293.

Murray, Christopher J.L. (1994): »Quantifying the Burden of Disease: The Technical Basis for Disability-Adjusted Life Years«, in: *Bull World Health Organ* 72(3), S. 429-445.

Stevens, Ashley/Effort, April E. (2008): »Using Academic License Agreements to Promote Global Social Responsibility«, in: *Les Nouvelles – Journal of the Licensing Executives Society Intl'*, S. 85-101.

Van Overwalle, Geertrui (2009): Gene Patents and Collaborative Licensing Models, University of Leuven, University of Tilburg; auch http://www.gilead.com (Zugriff am 23.11.2011), mit mehreren Presseerklärungen.

Van Overwalle, Geertrui (2010): »Designing Models to Clear Patent Thickets in Genetics«, in: Dreyfuss, Rochelle C./First, Harry/Zimmerman, Diane L. (Hg.): Working within the Boundaries of Intellectual Property, Oxford, S. 305-323.

Wagner-Ahlfs, Christian (2009): »Gesundheitsforschung für wen? Die gesellschaftliche Verantwortung von Hochschulforschung«, in: *Forum Wissenschaft*, S. 52-54.

Wagner-Ahlfs, Christian/Wolf, Jennyfer (2010): »Miltefosin – Eine Fallstudie, wie öffentliche Erfindungen für arme Länder verfügbar gemacht werden können«, in: *Chemotherapie Journal*, Vol. 19, Nr. 3, S. 63-69.

Christine Godt (Deutschland) ist Professorin der Rechtswissenschaften an der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg. Sie arbeitet im Bereich des Europäischen und Internationalen Wirtschaftsrechts und zu Intellektuellen Eigentumsrechten.

Christian Wagner-Ahlfs (Deutschland) ist Chemiker, Campaigner und Redakteur. Seine Aktivitäten für die BUKO-Pharma-Kampagne konzentrieren sich auf den weltweiten Zugang zu lebensnotwendigen Medikamenten. Das Projekt http://www.med4all.org hebt die Verantwortung öffentlich finanzierter Forschung hervor.

Peter Tinnemann (Deutschland) ist promovierter Mediziner und lehrt und forscht im Bereich Globale Gesundheit am Institut für Sozialmedizin, Epidemiologie und Gesundheitsökonomie der Charité Universitätsmedizin Berlin. Forschungsschwerpunkte: Zugang zu Medikamenten, soziale Gerechtigkeit, Sozialmedizin. Mitglied von MSF und IPPNW.

Peer-to-Peer-Stadtplanung: Aus Erfahrung lernen

Neuere Entwicklungen in der Stadtplanung

Nikos A. Salingaros und Federico Mena-Quintero

Nach Jahrzehnten zentralisierter Stadtplanung, die die jeweils lokalen Bedingungen und die vielfältigen Bedürfnisse der Nutzer unberücksichtigt ließ und die Commons finanziellen Interessen opferte, sind die Muster der Raumgliederung, die die Entstehung erfolgreicher und den Menschen angemessener Stadträume ermöglichten, in Vergessenheit geraten. Der Verlust jenes gemeinsamen Wissens, das es den Menschen einst ermöglichte, menschenfreundliche Lebensräume ohne viel formelle Planung zu bauen, war zweifellos beträchtlich.

Im 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts wurden die Städte im Wesentlichen großräumig und zentral geplant. Es kamen verschiedene Methoden des Entwerfens in Mode, die explizit versuchten, traditionelle Bauformen und -techniken, die für Hunderte oder Tausende von Jahren genutzt worden waren, zu vermeiden. Dies diente oft ausschließlich dem Zweck, »nicht das Gleiche zu machen wie in der Vergangenheit«. Die prominentesten Figuren in Architektur und Stadtplanung waren die sogenannten »Stararchitekten« – bekannte Planer, deren Gebäude ins Auge fallen und deren Neuartigkeit das wichtigste Verkaufsargument war und ist.

Neben dem Bau von Gebäuden verwirklichten die Stadtplaner nach dem Zweiten Weltkrieg auch eine Reihe formalistischer Ideen, die die »Stadt als Maschine« ansahen, und sie schufen eine gesetzliche Grundlage von Bauvorschriften, um die modernistische Transformation der Städte abzusichern.

So führte die aufkommende Massenproduktion des 20. Jahrhunderts zu einer am Auto orientierten Stadtentwicklung, die es zunehmend erschwerte, zu Fuß von einem Ort zum anderen zu kommen. Profitorientiertes Bauen schuf Gebäudeformen, deren Nachteile mittlerweile allgemein bekannt sind: Wolkenkratzer mit maximaler Nutzfläche, deren Form das Stadtgefüge zerstört, Häuser von der Stange, die individuellen Bedürfnissen nicht gerecht werden, und Büroviertel, die weit von den Wohngebieten der Angestellten entfernt sind.

Die Bewegung des »Neuen Urbanismus« (engl. »New Urbanism«) wollte eine menschlichere Alternative zur modernistischen Stadtplanung entwickeln, die sich hinsichtlich der Entfernungen, Räume und Geschwindigkeiten an Maschinen und Industrieproduktion orientierte. Zu den Zielen des Neuen Urbanismus gehören begehbare Gemeinschaften, in denen Menschen auch ohne Auto leben, arbeiten und gesellig sein können; eine flexible Zonierung, die eine Mischung aus Arbeit, Industrie

und Wohnen ermöglicht; sowie wohlproportionierte Gebäude, die stark auf traditionelle Formen und Techniken zurückgreifen. In Europa wird eine ähnliche Bewegung einfach als »traditionelle Stadtplanung« bezeichnet. Beiden Stadtplanungskonzepten ist gemein, dass sie die betroffenen Menschen in die Planung ihrer Wohngegend einbeziehen, statt große Gebäudekomplexe hinzustellen und den Bewohnern oder Nutzern wenig oder gar keinen Einfluss auf deren Gestaltung zu geben.

Trotzdem sind auch New Urbanism bzw. traditionelle Stadtplanung noch zentral und großflächig geplant, anstatt die Initiative für das Bauen tatsächlich den Endnutzern selbst zu überlassen. Es ist ein Problem unserer Zeit, in der die existierenden Finanzierungsmethoden großflächige Projekte begünstigen. Eine Verzerrung hin zur Top-down-Umsetzung ergibt sich zudem aus dem pragmatischen Wunsch des Neuen Urbanismus, zum vorhandenen System anschlussfähig zu bleiben, anstatt ganz von vorne zu beginnen. Um dezentrale Stadtentwicklung zu fördern, veröffentlichten Anhänger des New Urbanism im Jahr 2003 den »Smart Code« von Duany Plater-Zyberk (DPZ), der kostenlos im Internet heruntergeladen werden kann. Dabei handelt es sich um ein Archiv von Messwerten und detaillierten Entwurfsvorlagen für den Bau einer am menschlichen Maß orientierten Stadt, die sich grundlegend von den modernistischen Stadtplanungs-Vorschriften unterscheidet, die heutzutage gesetzlich verankert sind.

Vieles weist darauf hin, dass Menschen an verschiedenen Orten der Welt die Dominanz des modernistischen Denkens in der Stadtplanung beenden wollen. Politische Bewegungen in Europa haben das Thema aufgegriffen, sie nehmen eine aktive Rolle in der Stadterneuerung ein. An vielen Orten der Welt wurden hässliche Hochhausblocks abgerissen und durch menschenfreundlichere Gebäude ersetzt, die unter Beteiligung örtlicher Gruppen entwickelt wurden. Dafür war ein scharfer Bruch mit der Machtgrundlage und Denkhaltung erforderlich, die noch dem bürokratischen (und autoritären) Top-down-Weltbild anhängt. Allerdings stufte man auch vielerorts unmenschliche Gebäude mit Hilfe gesetzlicher Vorgaben als »Baudenkmäler« ein, um dauerhaft jene Symbole zu erhalten, die von professionellen Architekten und Planern so geliebt wurden.

Stadtplanung auf Augenhöhe

Hier kommt nun die P2P-Stadtplanung ins Spiel. Diese Bewegung bringt verschiedene Richtungen der Stadtplanung zusammen, die seit Jahren getrennt voneinander daran arbeiteten, das Entwerfen zu einem gemeinsamen Prozess mit den Nutzern zu machen: Da gibt es Anhänger des New Urbanism, die in den USA kommerzielle Projekte der neotraditionellen Stadtarchitektur entwickeln; Anhänger des Architekten Christopher Alexander, der mit seinem Buch *Eine Muster-Sprache* die Mustertheorie begründete;[1] Stadtaktivisten und andere. Nach und nach bringen auch Fachleute aus anderen Bereichen ihr Wissen ein, sofern dies angemessen ist. Das können etwa Permakulturalisten sein, die produktive Ökosysteme entwerfen, in denen Menschen in Harmonie mit Pflanzen und Tieren leben können. Sie bringen ein tiefes praktisches Verständnis der engen Verbin-

1 | Siehe dazu auch den Beitrag von Franz Nahrada in diesem Buch (Anm. der Hg.).

dung zwischen Mensch und Natur ein. Oder es sind Spezialisten für regionale Bautraditionen und energiesparendes Bauen oder resiliente Gemeinschaften[2], die »von Grund auf« selbständig bleiben wollen.

In der P2P-Stadtplanung gestalten Menschen ihre eigenen Lebensräume, indem sie frei verfügbare Informationen und Techniken nutzen. Entsprechend der Bewegung der Freien und der Open-Source-Software soll die Planung der eigenen Lebens- und Arbeitsumgebung auf offenen Entwurfsregeln basieren statt auf »geschlossenen« Bauvorschriften, die von einer dafür zuständigen Behörde festgelegt werden. Open-Source-Richtlinien in der Stadtplanung müssen demnach offen für Veränderungen und Anpassungen an lokale Bedingungen und individuelle Bedürfnisse sein: So sind beim DPZ-»Smart Code«[3] Anpassungen an lokale Bedingungen nicht nur möglich, sondern bei der Umsetzung fest eingeplant; daher kann man den Code, trotz der kommerziellen Grundlage vieler Projekte des »Neuen Urbanismus«, zur P2P-Stadtplanung zählen.

Diese neue Art, über Städte nachzudenken, fördert die Wiederaneignung des gemeinschaftlichen Stadtraums. Schließlich war ein bedeutendes Phänomen der Stadtplanung im 20. Jahrhundert die bewusste Zerstörung des öffentlichen Raums, da der freie Raum um freistehende modernistische Gebäude oft als ungestaltet und feindselig empfunden wurde. Er wird damit für die Gemeinschaft nutzlos. Attraktiver öffentlicher Raum wurde durch privat kontrollierten Raum in Einkaufszentren ersetzt. Der für die Interaktion von Bürgern so wesentliche öffentliche Raum (der auch Grundlage gemeinsamer sozialer Werte ist) wurde damit privatisiert, neu verpackt und den Menschen wieder zurückverkauft. P2P-Stadtplanung kehrt diese Entwicklung um.

Partizipation in Architektur und Stadtplanung

Zentral geplante Lebenswelten werden oft ausschließlich auf dem Reißbrett entworfen und nach den vorgegebenen Parametern gebaut, ohne dass es Raum für Anpassungen oder Vorschläge der Nutzer gäbe. Besonders misslungene Beispiele sind Ergebnis spekulativen oder größenwahnsinnigen Bauens, wie etwa in Brasilia[4] oder beim 1972 abgerissenen Wohngebiet Pruitt-Igoe in St. Louis/Missouri. Von oben angeordnete Entscheidungen bestimmten die Zugangsmöglichkeiten zu sozialem Wohnungsbau und Bauten der öffentlichen Hand; sie entschieden über die Machtverteilung im städtischen Raum. Dennoch gab es immer eine kleine Schnittmenge zwischen P2P-Denkern und Stadtplanern, die partizipatorische Elemente außerhalb des offiziellen Planungssystems förderten. Diese Interventio-

2 | Vgl. den Beitrag von Rob Hopkins in diesem Band (Anm. der Hg.).

3 | Der »Smart Code« ist eine Vorlage für eine Bauordnung, die unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an lokale Bedingungen angepasst werden soll. Er beruht auf den Prinzipien der »Smart Growth«-Bewegung und des »Neuen Urbanismus« und kann im Internet in editierbarer Form heruntergeladen werden (http://transect.org/codes.html [Zugriff am 17.02.2012]).

4 | Siehe dazu auch den Beitrag von Josh Tenenberg in diesem Buch (Anm. der Hg.).

nen waren jedoch meist nicht von Dauer, da es schwierig ist, in Stadtstrukturen wirklich einzugreifen.

Erfolgreiche Stadtplanung hat viel mit Lebensqualität und Nachhaltigkeit zu tun. Die Vorlieben der Menschen können entweder durch Biophilie (die Präferenz für natürliche Umwelten) oder durch die Mode (mit manchmal verhängnisvollen Konsequenzen) bestimmt sein. In der modernen oder postmodernen Architektur stand die visuelle Wirkung des fertigen Objekts im Vordergrund. Im Gegensatz dazu sagt P2P-Stadtplanung genauso viel zum Prozess der Planung wie zum Aussehen des Endprodukts, welches anpassungsfähig sein muss und menschliche Dimensionen haben sollte. P2P-Stadtplanung ist durch eine Reihe von Eigenschaften und Zielen gekennzeichnet, die weit über Architektur und Stadtentwicklung hinausgehen. Prinzipien guter Stadtplanung und Architektur sind gut vermittelbar und für den Durchschnittsbürger meist ohne weiteres verständlich, aber sie sind nicht immer offensichtlich. Beispielsweise muss man sorgfältig erklären, wie genau ein Netz aus Fußgängerwegen in autoorientierte Städte geflochten werden kann und dass dadurch kein Verkehrschaos entsteht, sondern dass mit der Verringerung des Gesamtverkehrs ein gutes Ergebnis für alle erzielt wird. Entwicklungsfähiges Design umfasst einen Prozess, bei dem Schritt für Schritt veränderte Anforderungen und Nutzerbedürfnisse einbezogen werden, die ein vorgefertigter Entwurf zwangsläufig ignoriert.

Beispielsweise kann ein Architekt mit den Bedingungen einer bestimmten Region vertraut sein und daher wissen, dass ein Dachüberstand von 80 cm ausreicht, um ein Stockwerk von drei Meter Höhe vor Regen zu schützen, wobei er die durchschnittliche Belastung durch Wind und Regen berücksichtigt. Ein in seinem Handwerk erfahrener Baumeister weiß, welche Materialien und Techniken für den Bau eines solchen Dachüberstands in regionstypischen Formen erforderlich sind. Der spätere Bewohner des Hauses wird daran interessiert sein, Fenster und Wände vor Regen zu schützen, und vielleicht mit entscheiden wollen, welche Fenster verbaut werden: Wenn sie nach außen geöffnet werden sollen, dürfen sie natürlich nicht gegen das überstehende Dach stoßen. Daher ist es wichtig, eine direkte Kommunikation zwischen Nutzern, Bauherren, Entwerfenden und allen, die mit dem Umfeld des Gebäudes zu tun haben, herzustellen.

Unsere hypothetisch regenreiche Region wird nun vielleicht ähnliche Probleme haben wie entsprechende Regionen in anderen Teilen der Welt. P2P-Stadtplanung bringt daher auch diese geographisch getrennten Menschen miteinander in Kontakt, so dass sie voneinander lernen können. Das Prinzip von Versuch und Irrtum kommt seltener zur Anwendung, wenn Planer fragen können: »Wer weiß, wie man Fenster und Dachüberstände baut, die für diese Art von Klima geeignet sind?« – und auf Erfahrung beruhende Antworten bekommen.

So können auch größere Probleme angegangen werden. Anstatt abstrakter, philosophisch klingender Aussagen wie »Die Form der Stadt muss den Geist der Zeit widerspiegeln« oder »Fenster müssen in Form einer Vorhangfassade gestaltet werden« – Warum eigentlich? – können wir nach Beispielen für Städte suchen, die human und lebenswert sind. Wir können dann die dort umgesetzten guten Ideen an die örtlichen Bedingungen anpassen und dabei auf das Wissen all jener Menschen zurückgreifen, die an P2P-Planungsprozessen teilnehmen.

Bauunternehmen könnten dadurch Ansehen gewinnen, dass sie ständig mit den Nutzern ihrer »Produkte« kommunizieren, anstatt einfach etwas in die Landschaft zu setzen, das hinterher von niemandem wirklich gemocht und gepflegt wird. Bislang war es nicht vorgesehen, dass Bewohner Veränderungen an Gebäuden vornehmen, die die »Signatur« eines Architekten tragen, nicht einmal an den unattraktiven Wohnblocks, in denen sie aus finanziellen Gründen leben müssen. Dagegen legt die P2P-Stadtplanung Wert darauf, dass die Menschen ihre Wohnumgebung entsprechend ihren Bedürfnissen verändern können, anstatt sich ausschließlich auf einen Architekten zu verlassen, der nicht einmal dort lebt.

P2P-Stadtplanung kann man sich wie einen informellen wissenschaftlichen Bauprozess vorstellen: Nimm das veröffentlichte Wissen einer Person, verbessere es und veröffentliche das Ergebnis wieder, so dass andere Menschen dasselbe tun können. Erfahrungsbasiertes Entwerfen basiert auf einem wachsenden Repertoire an wissenschaftlichen Experimenten, die positive oder negative Wirkungen der gebauten Umwelt auf Psyche und Wohlbefinden der Menschen dokumentieren.

Ein wesentliches Merkmal von Projekten des Neuen Urbanismus ist eine sogenannte »Charrette«, wobei in einer ein- bis zweitägigen öffentlichen Präsentation durch die späteren Nutzer Verbesserungsvorschläge eingebracht werden; allerdings kommt dieses Verfahren manchmal nur oberflächlich zum Einsatz. Im besten Fall ist eine Charrette viel mehr als eine Meinungsumfrage. Es ist ein undogmatischer Lernprozess, ein Dialog zwischen Stakeholdern, der schließlich zu einer Einigung und zu einem tieferen Verständnis bei allen Beteiligten führt.

Chancen für Randgruppen

Einige Anhänger sehen P2P-Stadtplanung als einen Weg, marginalisierten Menschen Einfluss auf die Gestaltung ihres Lebensumfelds zu geben. Das ist richtig, aber es ist noch nicht alles. Ein P2P-Prozess hat nämlich die Aufgabe, spontane individuelle Vorlieben und Vorstellungen vieler zusammenzubringen und auf ein erreichbares gemeinsames Ziel auszurichten. Das ist ein weiterer wichtiger Unterschied zwischen guten und schlechten städtischen Bauformen: Nur die ersteren fördern soziokulturelle Kontakte; schlechte Bauformen können beispielsweise dazu führen, dass Nachbarn nie miteinander ins Gespräch kommen.

Marginalisierte Menschen und Minderheiten können große Kraft daraus schöpfen, eigene Wohnsiedlungen günstig zu bauen und zugleich zu wissen, dass sie etwas Gutes bauen. Dieses Prinzip wurde bereits in mehreren Ökodörfern in Mexiko verwirklicht, die mit lokalen Baumaterialien und komplett in Eigenregie entstanden sind. In der Folge entsteht – ähnlich wie das mit Freier oder Open-Source-Software in Dritte-Welt-Ländern geschehen ist – eine lokale Expertise, auf der lokale Wirtschaftsprozesse aufbauen können und durch die das ganze Land bereichert und schließlich in die Lage versetzt wird, seine Probleme selbst zu lösen. Das Ziel muss sein, die gebaute Umgebung so zu gestalten, dass Menschen, die jetzt auf Grund ihres sozialen Status marginalisiert sind, die Teilhabe ermöglicht wird.

P2P-Stadtplanung liefert somit den Schlüssel für die Integration von zwei Prozessen: erstens großflächige Planung, die erforderlich ist, um die Infrastruk-

tur einer gedeihenden Stadt zu schaffen; zweitens informelle (und meist illegale) selbstgebaute Siedlungen, wie sie in Entwicklungsländern unkontrolliert wuchern.

Widerstand gegen P2P-Stadtplanung

P2P-Stadtplanung will Macht und Wissen des etablierten Architekturbetriebs an die einfachen Leute übertragen. Dies entspricht nicht den kurzfristigen finanziellen Interessen der derzeit Mächtigen. Entwicklungsländer, die Planung und Bau selbst übernehmen, können große Mengen an Geld sparen, wenn sie darauf verzichten, bekannte Architekten zur Planung ihrer Städte anzustellen.

Es kann kaum genug betont werden, welch eine radikale Veränderung eine lokale, geteilte Wissensbasis mit anpassbaren Entwürfen und Bauanleitungen – also P2P-Stadtplanung – im Vergleich zur undifferenzierten Massenproduktion von Gebäuden darstellt, die den internationalen Stil von Stadtplanung im 20. Jahrhundert bestimmte. Dieser Stil förderte eine zentralisierte Industrie auf Kosten örtlicher Baugruppen und nachbarschaftlicher Selbsthilfe; er ignorierte lokale Anpassung und traditionelle Techniken und zog P2P-Stadtplanung als Alternative gar nicht erst in Betracht.

Doch da P2P auf den Prinzipien des Teilens und gemeinsamer internetgestützter Initiativen basiert, können die Informationsblockaden (beispielsweise durch Architekturmagazine) mit Hilfe jener Techniken, die zunächst für das Teilen von Information und Software entwickelt wurden, mittlerweile umgangen werden. P2P-Stadtplanung ist daher mehr als nur eine Ansammlung von Ideen, ihr Gelingen hängt wesentlich von allgemein zugänglichen Tausch- und Kommunikationsmitteln ab und ist auf Lern- und Informationskanäle angewiesen, die nicht in der Hand multinationaler Unternehmen sind. Zwar konzentrieren sich die Neuen Urbanisten auf Privatleute und geschäftliches Bauen, während die P2P-Aktivisten einen commonsorientierten Ansatz verfolgen; beide haben jedoch gemeinsam, dass sie Open-Source-Regeln für eine auf den Menschen ausgerichtete Architektur und Stadtplanung verwenden.

Obwohl oft das Gegenteil behauptet wird, ist die Gefahr durch unangepasste und energieverschwendende Bauformen und Gestaltungsweisen heute genauso stark wie direkt nach dem Zweiten Weltkrieg. Damals wurden historische Stadtkerne abgerissen und Menschen in gefängnisartige Hochhäuser gepfercht, der psychotischen Vision des »geometrischen Fundamentalismus« folgend, der simple geometrische Formen wie Kubus, Pyramide und rechteckige Blöcke zur Grundlage der Bauformen macht. Diese Entwicklung spielte eine entscheidende Rolle für die städtische Entfremdung. Am Zeitgeist orientierte Architektur- und Städtebauprojekte gewinnen Wettbewerbe und Preise, ignorieren aber das menschliche Maß, indem sie der gebauten Umwelt gigantische Formen in kostspieliger Hightech-Architektur aufzwingen. Diese überteuerten Projekte werden durch zentralisierte Machtstrukturen durchgesetzt.

Bewegungen wie der »Landscape Urbanism«[5] wollten diese Praxis durch die Einfügung schöner »grüner« Räume verbessern, wodurch aber leider nur eine Maskierung der grundlegend naturfeindlichen Muster erreicht wurde, die sich schon in den Formen der Hightech-Gebäude ausdrückt. Die in dieser Bewegung entstandenen Gärten sind wunderschön, und die Gebäude passen sich in Computergrafiken und Magazinbildern gut in sie ein, doch die Gebäude selbst stecken in denselben unzugänglichen, industrieartigen Formen. Zudem wird durch die Anlage großer, relativ unzugänglicher wilder Gärten der verfügbare Stadtraum, den die Bewohner frei nutzen können, zusätzlich eingeschränkt.

Eine Neuausrichtung der Stadtplanung, die die Nutzer konsequent mit einbezieht, hat also weitgehende soziale und politische Implikationen. Es ist durchaus möglich, dass nicht nur gesellschaftliche Veränderungen zu einem neuen Denken über Stadtplanung führen, sondern dass der Prozess auch umgekehrt abläuft. Die Formfindung einer Stadt, die ein harmonisches, fußgängerfreundliches und humanes Zusammenleben ermöglicht, muss sich dabei aus einem tiefen soziokulturellen Veränderungsprozess speisen – sonst bleibt sie eine bloße Nachahmung des Altbekannten.

Nikos A. Salingaros (USA) ist Mathematikprofessor an der Universität Texas in San Antonio und ein Pionier der P2P-Stadtplanung. Er ist Autor von 120 wissenschaftlichen Artikeln und sieben Büchern, darunter *Principles of Urban Structure* und *A Theory of Architecture*.

Federico Mena-Quintero (Mexiko) ist Softwareentwickler und Mitbegründer des Gnome-Projektes. Gnome ist eine intensiv genutzte freie Software, die für eine graphische Benutzeroberfläche sorgt. Er beteiligt sich auch an den Freien Workshops für Kunst und Technologie, ein mexikanisches Projekt zur Entwicklung freier Technologien für Permakultur und lokale Produktion.

5 | Der »Landscape Urbanism« ist eine in den späten 1990er-Jahren entstandene Bewegung, die Stadtplanung als Organisation einer Landschaft versteht und die Grenzbereiche zwischen Stadtplanung, Landschaftsplanung und Architektur untersucht; Vertreter sind beispielsweise Charles Waldheim, James Corner und Mohsen Mostafavi.

The future is not some place we are going to,
but one we are creating. The paths to it are not found,
but made; and the activity of making them changes both
the maker and the destination.

Die Zukunft ist kein Ort, auf den wir zugehen, sondern einer,
den wir erst erschaffen. Die Pfade dorthin werden nicht ge-
funden, sondern gemacht – und dieses Machen verändert den
Macher nicht weniger denn das Ziel.
Peter Ellyard

Epilog

Der Karren ist festgefahren, und doch kommt alles in Bewegung.

BANGKOK, 25. AUGUST 2011. Die Luft liegt wie ein feuchtwarmes Laken über der Stadt. Das leise Brummen der Klimaanlage begleitet die Akademiker und Aktivisten, die sich im Auditorium der Chulalongkorn-Universität zur »Rethinking-Property-Konferenz« versammeln. Die vorwiegend asiatischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer lassen sich von der Idee inspirieren, die berühmte Eigentumsfrage aus Sicht der Commons aufzurollen, die damit unversehens in den Blickpunkt der Tagung geraten.

BERLIN, 28. NOVEMBER 2011. In der Bundeshauptstadt ist es frisch, aber für die Jahreszeit viel zu warm. Einige der wichtigsten deutschen Klimaforscher haben es nicht eilig, zur UN-Klimakonferenz (COP 17) ins südafrikanische Durban zu fliegen. Stattdessen geben sie just am Tag der Eröffnung der COP 17 eine Pressekonferenz in Berlin, um der Öffentlichkeit das auch in diesem Band vorgestellte Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC) zu präsentieren. Ottmar Edenhofer, designierter Direktor des Instituts, erklärt auf eine Nachfrage zur Praktikabilität des Commons-Ansatzes: »Man kann nicht vernünftig konkret werden, wenn man bei den regulativen Leitideen schon Fehler gemacht hat«. Doch genau dies sei in den letzten Jahrzehnten geschehen. Deshalb muss sich auch die Klimaforschung der Frage widmen, was »Commons« als regulative Leitidee bedeuten und was das für die Nutzungsrechte der Menschen heißt.

PORTO ALEGRE, 24. JANUAR 2012. Eine drückende Hitze lastet auf der zubetonierten Innenstadt, deren Straßen wie leergefegt sind. Es ist Januar und Sommerpause. Etwa 100 Menschen aus sozialen Bewegungen und unabhängigen Think Tanks sind zu einem Dialog innerhalb des Thematischen Sozialforums in die südbrasilianische Wiege des Weltsozialforums geladen. In 17 Arbeitsgruppen denken sie zur Vorbereitung auf den Erdgipfel (Rio+20), der Mitte des Jahres in Rio de Janeiro stattfindet, über alternative Konzepte und Strategien nach: alternativ sowohl zum marktfundamentalistischen Ansatz als auch zu einer top-down-konzipierten Green Economy. Vermutlich wird auch Rio+20 zeigen: Die Leitidee der multilateralen Regulierung für mehr Ressourceneffizienz kann kaum garantieren, dass die Nutzungskonflikte um Gemeinressourcen gelöst werden. Dem stehen einerseits

die realen Macht- und Rechtsverhältnisse entgegen und andererseits die Verhaftung dieser Idee im Markt-Staat-Duopol. Ein neues Paradigma brauche man, heißt es in Porto Alegre, neue Formen der Demokratie und einen neuen Governance-Ansatz. Die Zusammenfassung der einwöchigen Arbeit präsentiert die Commons als eine Grundlage für eine Governance und eine Praxis, die ökologische wie soziale Probleme gleichermaßen zu lösen in der Lage sind.

PARIS, 26. JANUAR 2012. Die Stadt steht kurz vor einer grimmigen Kältewelle. Der französische Politiker Kader Arif tritt vorzeitig von seiner Funktion als Berichterstatter des Europaparlaments für das Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA) zurück. Er kommentiert seine Entscheidung mit den Worten: »Ich möchte den gesamten Vorgang, der zur Unterzeichnung dieses Abkommens geführt hat, auf das Schärfste anprangern: [...] Dadurch wurden dem Europäischen Parlament die Rechte genommen, seine Meinung auszudrücken und die berechtigten Forderungen der Bürgerinnen und Bürger als Argument vorzubringen. [...] ich [...] alarmiere hiermit die Öffentlichkeit von dieser inakzeptablen Situation. Ich werde nicht an dieser Maskerade teilnehmen.«[1] Mit akribischer Energie und einem unverhohlen diskriminierenden Prozessdesign wurde das Abkommen, das wie andere in diesem Band analysierten Vertragswerke tief in unseren Alltag eingreift, bis zur Absegnungsphase unter Verschluss gehalten. Für uns war der öffentliche Aufruhr gegen ACTA daher weniger überraschend als die Deutlichkeit der Worte von Kader Arif. Trotz der bitteren Kälte überall in Europa gab es gegen ACTA und gegen diese Art der Politik zahlreiche Proteste auf den Straßen Europas. Besondere Akzente hat die Bürgerbewegung in Polen gesetzt.

KAPSTADT, 27. JANUAR 2012. Menschen aus vielen Orten rund um das Kap legen die vier Kilometer vom Athlon-Stadion zum Rondebosch Commons gemeinsam zurück. Drei Tage lang wollen sie diesen Ort besetzen – einst ein reales, heute ein Pseudo-Commons –, um Probleme zu diskutieren, mit denen sie täglich konfrontiert sind: Wohnraum, Landnutzung, Vertreibungen, Übergriffe der Polizei und zunehmende Segregation.[2] Ein Commons existiert nicht, so sagen sie, wenn es nur ein Name ist. Bei ihrer Zusammenkunft auf dem Rondebosch Commons geht es daher um die Frage, wie Commons zurückzugewinnen sind. »Take back the Commons« heißt die Kampagne, mit der sich die Bewegung der Öffentlichkeit präsentiert.[3] Ihre Prinzipien: »Wir sind Communities. Wir sind alle Leaders. Wir schließen alle ein. Wir sind konstruktiv. Wir müssen nicht nur die Welt, sondern uns verändern. Wir fordern unser Recht auf Commons! Wir pflegen eine Kultur

1 | Für den gesamten Wortlaut der Erklärung siehe: http://de.wikipedia.org/wiki/Kader_Arif (Zugriff am 19.02.2012).

2 | Zitiert nach Christopher McMichael, siehe unter: http://www.mahala.co.za/reality/take-back-the-common/ (Zugriff am 21.02.2012).

3 | Siehe unter: http://www.csc.za.net/takethecommon/ (Zugriff am 21.02.2012).

des Sorgetragens und Teilens.« Das scheint zu viel. Es kommt zum massiven Eingreifen der Polizei. 42 Menschen werden am selben Tag festgenommen.[4]

ROM, 11. FEBRUAR 2012. Ein Blizzard legt die Ewige Stadt lahm. Sie präsentiert sich so schneeweiß wie selten und so photogen wie immer. Im traditionsreichen Teatro Valle friert das Publikum in exklusiver Lage zwischen Pantheon und Piazza Navona. Die Theaterleute halten das Valle seit nunmehr acht Monaten besetzt. Sie reklamieren ihr Valle als *bene comune* (ein Commons). Praktisch und institutionell. Das Valle ist seit der Besetzung kein Theater, »zu dem man einfach geht, um sich ein Ticket zu kaufen und die Show anzusehen«, sagt der Theatertechniker und Mitbesetzer Valerio, denn: »Die wirkliche Show findet vor der Show statt.« Im Ideenaustausch, der gemeinsamen Arbeit, den Workshops und Gesprächen, die durch das Leben und die Körper der Beteiligten gehen. Irene ist Photographin am Valle. Auch sie versteht es, Dinge ins Bild zu setzen: »Es könnte heute sehr wichtig sein, dass wir lernen zu verstehen, dass alles unser ist. Auch die Probleme!«[5] In diesen romverschneiten Tagen öffnet sich das Valle für Neues. Unter anderem für europäische Commons-Netzwerke. Wie wäre es, wird auf der Theaterbühne gefragt, wenn wir Commons-Prinzipien konsequent in unseren europäischen Rechtsrahmen einschreiben? Die Bühne bevölkert sich mit internationalen Gästen – ACTA-Aktivisten aus Polen und Bulgarien, Stadtforscherinnen aus Spanien, italienische Rechtsprofessoren, Berater der Europäischen Kommission, Piraten aus Deutschland und viele mehr. Eine Europäische Commons-Charta[6] soll auf den Weg gebracht werden, denn ab April 2012 können auch auf europäischer Ebene Gesetzgebungsverfahren durch die Bürger initiiert werden. Die Charta-Kampagne geht unter anderem auf die Wissenschaftler des IUC (International University College) zurück, ein rechtswissenschaftliches Institut der Universität Turin für Postgraduiertenstudierende aus aller Welt. Das College hatte bereits 2011 das Wasserreferendum in Italien unterstützt, bei dem sich unglaubliche 27 Millionen Menschen für »Wasser als Gemeingut!« aussprachen. Nicht immer ist die Verbindung zwischen den aktuellen Bewegungen und der Commons-Debatte so offensichtlich. Daher trägt auch das soeben zitierte Video (Fußnote 5) mit Stimmen aus dem Teatro Valle den Titel »Occupying the Commons«. Es verweist damit einerseits auf das traditionelle Recht der Commoners, sich gegen Einhegungen zu wehren und die Zäune wieder einzureißen, und andererseits auf die Occupy-Bewegung.

NEW YORK, 16. FEBRUAR 2012. An diesem Band werden gerade die letzten Zeilen geschrieben. Die Ascencion-Kirche in Brooklyn ist anlässlich der Eröffnung des dreitägigen Occupy Wall Street Forum on the Commons gut gefüllt. Das Forum wird online-offline veranstaltet, damit es in New York und überall zugleich stattfinden kann. Bereits seit vergangenem Herbst hatte die Occupy-Bewegung

4 | Siehe unter: http://mg.co.za/article/2012-01-30-charges-against-occupy-rondebosch-protesters-withdrawn (Zugriff am 21.02.2012).

5 | Zitiert nach »Occupying the Commons«, produziert von Saki Bailey, siehe unter: http://www.commonssense.it/s1/?page_id=938 (Zugriff am 19.02.2012).

6 | Siehe unter: http://www.commonssense.it/ (Zugriff am 19.02.2012).

Commons-Aktivisten in den Zuccotti-Park, das NewYorker Hauptquartier der Protestaktionen, geladen. Commons und Occupy-Bewegung verbindet mehr als der Grundgedanke bzw. das Einstehen dafür, dass Demokratie selbst als Commons zu verstehen, zu erstreiten und zu pflegen ist. Demokratie entsteht nur und immer wieder in sozialer Praxis. Commons-Prinzipien, die Coproduktion von Commons und eine entsprechende Governance-Perspektive, so könnte die Schlussfolgerung aus diesem Band und dem New Yorker Forum lauten, sind prädestiniert, eine Perspektive für die 99 Prozent aufzuzeigen.

Das Bedürfnis danach, mit engagiertem Optimismus der offiziellen Ratlosigkeit und dem bleiernen Stillstand zu begegnen, ist groß. Wir erleben den Beginn einer internationalen Commons-Bewegung.

Silke Helfrich, im Februar 2012

Sachregister

Allmende 13, 15f., 22, 32-37, 53, 57, 74, 76, 81, 85f., 92-98, 108, 108, 111, 132, 135, 144-154, 158-164, 166, 172, 203, 230, 242, 254f., 268-271, 273f., 278-281, 309, 343, 359f., 362-365, 375, 393-395, 407, 421, 424, 435, 466-471, 479, 481-485, 490
Architektur 22, 106, 122-126, 147, 255, 260, 277, 350, 416, 421, 508-511, 513f.
Atmosphäre 17, 92, 101, 103, 146, 203, 225, 268f., 289, 399, 422, 424, 426, 428, 473-475, 477, 495
Ausschließbarkeit 80, 86, 89, 104, 408
Autor 15, 24, 31, 38, 41, 44, 46, 50, 56, 65, 68, 78, 87, 91, 96-98, 128, 132, 141, 144-146, 152, 157, 191, 195, 205, 222, 226, 229, 232, 235, 243, 250, 255, 261, 272, 277, 284, 297, 329, 341, 347, 349, 354, 356, 358-360, 363, 377, 386, 391, 395-397, 411f., 425, 446, 449, 455, 461, 495f., 514

Bergbau 168f., 190, 196-201, 211, 338, 496, 499
Biodiversität 57, 182, 201, 220, 223, 433, 475, 498
Boden 31f., 39, 61, 85, 96, 101, 111, 132, 134, 141, 146, 151-153, 159, 161, 168-171, 173, 179f., 189, 199, 211f., 244-247, 268, 270f., 289f., 300, 313, 328, 323, 422, 426-428, 431, 433, 456, 466-468, 474f., 480, 487-491, 493f., 496, 498
Buen Vivir 197, 230, 238, 335-340

Code 36, 67, 117, 120, 123, 135, 221, 344-346, 348, 367-369, 386, 388, 402, 413, 423, 447, 451, 503, 509f.
Commoning 13f., 19, 21-23, 58, 60, 62f., 67, 81, 102, 122, 124-127, 129, 138, 145, 219, 221, 223, 229, 231-234, 263-266, 337, 340, 354, 385
Commonsbasierte Peer-Produktion 65, 352, 365, 404, 450
Community 22f., 50, 175, 219, 232, 235, 264, 266, 269, 289, 291, 308, 321, 325, 327, 334, 347, 349-352, 355, 367-369, 376, 387, 393, 399f., 403, 424, 444f., 451-453, 463f., 484
Copyright 31, 113, 115, 120, 122, 253, 349, 354-357, 359-361, 408, 413
Creative Commons 16, 258, 265, 347, 350, 358-365, 375, 386, 503

Digital Rights Management 222, 410

Eigentum 15, 18, 20-22, 31, 33, 35f., 49, 56, 63, 67, 70-73, 75-77, 80, 89, 91-96, 98f., 102f., 105, 117, 124, 126, 132, 136, 145, 147, 150, 152f., 158-163, 166-170, 173, 175, 186, 220f., 239, 242, 251-257, 268f., 273f., 285-291, 309f., 312, 322, 333, 340, 346, 350, 355, 369, 378f., 389, 397, 400, 402, 405-408, 410, 412, 419, 423, 427-429, 431, 435, 443-448, 450, 459, 465-468, 470-473, 480, 487-490, 492, 494, 503-507, 516
Einhegung 16, 20f., 33f., 67, 72, 75, 81, 102, 104, 116, 143, 145-147, 149,

151-156, 158-161, 166f., 184f., 188, 192-194, 218f., 221-223, 229, 231, 242, 254, 258f., 382, 423, 430, 518
Emanzipation 44, 70, 228, 233, 392, 402f., 386
Enclosure 33, 67, 75, 78, 145f., 153, 155-157, 161, 244
Energie 17, 32, 34, 45f., 48f., 80, 82, 84, 90f., 100-103, 123f., 129, 131-135, 139, 141, 178, 185, 189f., 193, 199, 211, 216, 219, 234, 244, 275, 280, 294, 299f.,306, 321, 324-326, 337f., 347, 379f., 382-384, 393, 403, 421, 467, 472-477, 479-484, 486, 496f., 499, 510, 513, 517
Entwicklung 20f., 23, 45, 47-49, 52, 61f., 65, 70, 72, 75, 82, 92, 96, 102-104, 106, 108, 110, 112f., 118f., 123, 126, 128-130, 135, 146, 162, 169, 172, 176, 182-184, 189f., 193f., 196f., 199, 202, 205-207, 209-211, 213, 215-217, 221, 230-234, 238, 242, 244-247, 251, 256f., 266, 274, 284, 297, 299, 302-308, 312, 318, 329, 331, 334f., 337f., 340, 345f., 349, 351, 358, 360, 362-365, 367, 373f., 376, 378-380, 382-385, 388, 390-394, 399, 401f., 406f., 410, 412, 418, 421, 424, 426, 428, 430-432, 436, 438, 441, 450, 456-458, 460, 467, 476f., 479, 483, 485-492, 495-497, 500f., 503-505, 508-511, 513f.
Equitable Licensing 500-507
Exklusivität 33, 86, 89f., 502

Fairness 19, 21, 62-64, 67, 70, 418, 420, 432
Finanzkrise 17, 22, 171, 187f., 196
Fischerei 16, 20, 55, 163, 174, 220, 313f., 320, 420, 434, 441, 443f.
Freie Software 22, 43, 64, 223, 345-350, 352, 355, 360, 362, 366-374, 387, 389, 391, 404, 447, 514
Fülle 13, 16, 34, 66, 74, 131-141, 149, 170, 218, 242, 268, 273f., 315, 319, 352, 357, 392, 397f., 451

Geld 18, 39-42, 48, 56, 62, 71f., 74, 107f., 110f., 124, 130, 136, 138, 140, 145f., 149, 155, 160, 174, 179, 181, 184, 186-188, 202, 216, 226f., 231, 241, 277-284, 293, 330f., 350, 364, 369, 371f., 384, 393f., 401, 452, 461, 479, 485, 489, 496, 513
Gemeineigentum 33, 49, 75, 92f., 95f., 99, 150, 158, 163, 170, 287, 289, 350, 400, 402, 466
Gemeingüter 13, 15, 35f., 55, 58, 70, 72, 76, 85-87, 90f., 92, 99-101, 104f., 107-109, 111f., 132, 148, 163f., 185, 196, 199, 211, 215, 218, 223, 244, 255, 257-261, 265, 269, 279, 286, 321, 349f., 353, 406, 466-472, 474-477, 486, 495
Gemeinressource 22, 53-55, 64, 90, 99, 101f. 104, 115, 158, 163, 211, 218f., 223, 244f., 249, 259, 407, 409, 435, 439, 466, 468, 481, 489, 516
Gemeinsames Erbe der Menschheit 106, 163, 420, 426, 428
Gemeinschaft 16, 19, 21, 35-37, 43, 46, 48f., 51-53, 55, 57-59, 63-66, 73-77, 89, 95, 100, 103-105, 109, 111, 116, 118f., 125-127, 133, 137f., 141, 145, 147f., 150, 152f., 158f., 161-163, 168-171, 173-175, 177, 188, 190f., 193f., 196-198, 200, 202, 205, 210, 218-221, 223, 229-234, 236-242, 245-250, 254, 256-258, 267-273, 275-278, 280-282, 284, 486-493, 300, 302, 304, 306, 309-312, 317, 319, 321-329, 335-340, 344, 346, 349, 357, 363, 367, 370, 388, 390-395, 403, 410, 419, 421, 424, 428, 429, 434-438, 441, 444-447, 451f., 456-458, 460-463, 466, 475, 477, 480-484, 487-489, 491, 494-496, 499, 508, 510
Genossenschaft 82, 127, 161-163, 282, 286f., 316, 318, 434, 483, 485f.

Gentechnologie 177, 182
Gerechtigkeit 19, 62, 70f., 75, 78, 175, 202f., 206, 230, 233, 237, 240, 280, 289, 291, 390, 398, 403, 430, 495, 497, 507
Gesellschaft 13f., 16, 18f., 23, 32f., 37, 41-44, 63, 65, 68, 70f., 75, 79-81, 83f., 89-91, 93, 97, 102f., 105-116, 118f., 124, 126, 130, 138, 149f., 160, 162, 171, 183-185, 189, 193f., 203, 205f., 211, 213f., 219, 221, 223, 226-229, 232, 236, 238-242, 260, 265-267, 269-272, 276-278, 280, 284, 286., 289, 291, 296, 299f., 302-304, 312, 314, 329, 335, 337, 343f., 354, 355-359, 362, 365f., 372-378, 389-391, 393f., 397-403, 405, 409, 412, 417, 419-421, 432, 443f., 447, 452f., 466f., 470, 472, 479f., 486, 492, 494-498, 507, 514
Gesundheit 35, 80f., 83, 101, 103, 105, 141, 147, 179, 181, 186, 203, 234, 238, 240, 251, 255f., 265, 276, 280, 292-294, 306, 326, 331f., 384, 417, 468, 477, 501, 504, 507
Governance 19, 22, 54f., 57, 67, 100f., 103, 105, 120, 129, 148, 195, 227, 235, 249, 265, 327, 363f., 397, 416-423, 425, 441, 450-452, 455-457, 459-463, 465, 475, 477f., 489f., 517, 519

Homo oeconomicus 21, 32f., 40f., 43f., 56, 59, 63, 66, 74, 76, 87, 242, 267, 269

Infrastruktur 17, 20, 45, 73, 103, 132f., 138, 153, 172, 187f., 191, 193f., 210f., 218, 223, 317f., 323, 326, 338, 351-353, 371-373, 376, 388, 391, 393f., 399, 422, 449, 451f., 460, 476f., 481-483, 488
Innovation 13, 15f., 22, 39f., 47, 89, 92, 96, 98, 100f., 129f., 160, 232, 239, 242, 263, 274, 289, 297, 326f., 334, 369, 375, 378-380, 382-384, 392, 394, 397-400, 402, 404, 406, 419, 421, 423f., 444, 449, 480, 500, 507
Institutional Analysis and Development Framework (IAD) 436-439, 441, 445f.
Institutionen 13, 17, 19, 22, 51f., 54-56, 70f., 73, 75-77, 82, 87, 95, 99-102, 104f., 108f., 111, 118, 125-127, 136, 138, 161, 163, 172, 186, 189, 192-195, 232, 238-240, 245, 259, 261, 264, 313, 319, 321, 325f., 329, 364, 384, 387, 389-391, 398-400, 409, 411, 419-421, 434-441, 443f., 447, 449, 455-457, 459-463, 470, 485, 487, 489, 491, 504, 506

Kapital 17, 33, 75, 119, 124f., 145, 155, 157, 167, 171f., 185-188, 190f., 216, 226-234, 279, 286, 289, 338, 340, 351, 376, 397, 400-402, 417, 422f., 452f., 468, 473, 477, 479, 485
Kapitalismus 17f., 20, 23, 34, 43, 58f., 72, 143, 146, 185-187, 193, 195, 209, 227, 233f., 270, 335, 353, 393, 398, 401, 418, 424, 473, 478
Klima 32, 45-47, 49, 108, 139, 141, 192, 197, 199, 223, 246f., 250, 270, 323, 332, 334, 426, 431, 433, 445, 459, 467-469, 472-478, 480f., 483, 493f., 497, 511, 516
Knappheit 33, 35, 46, 66f., 77, 127, 132, 135-138, 140, 204, 242, 270, 378, 397f., 451, 475
Kommune 82, 236, 238, 271, 273, 312, 318, 344, 375, 393, 484
Konfliktmanagement 331
Konkurrenz 31, 33-37, 41, 43, 60f., 67, 74, 85, 160, 233, 269, 278, 401, 442, 479, 485, 501
Konsumismus 109
Kooperation 13, 15, 23, 25, 30f., 33-36, 40f., 43, 51f., 55, 60f., 63, 67, 74f., 78, 92, 95, 105, 125, 127, 140, 227, 232, 234, 265, 269f., 297, 300, 305, 311, 346, 349f., 377, 390f., 394, 400f., 427, 451-453, 462, 475, 477, 502f.

Krise 17f., 22, 46-49, 71, 77f., 96, 108f., 147, 162, 167, 171f., 185, 187f., 192f., 196, 202, 227-229, 231f., 234, 238, 282, 288f., 291, 300, 382, 403, 418, 425
Kultur 16, 19-23, 36f., 39f., 43, 50, 53, 75, 78, 90, 93, 100-103, 109-111, 124-126, 133f., 146, 156, 162f., 177-180, 182, 195f., 198f., 203, 208-214, 222-224, 227f., 234, 240, 242, 250, 255, 257f., 264f., 267f., 274f., 277, 286, 299f., 308, 310, 318, 335-337, 340, 344, 347, 350, 355, 357-360, 362, 364, 370, 375, 385, 389, 391f., 394, 399f., 403f., 408f., 411, 416, 420, 425f., 431, 433, 443-449, 456, 472, 478, 482, 486, 509, 512, 514, 517

Land 15-17, 21f., 45-49, 61-64, 67, 70, 72, 75f., 78, 80-82, 86, 90, 91, 93, 99, 101, 104, 106-108, 112, 118, 134, 136-138, 141f., 144, 146-151, 153, 155-157, 159-164, 166-175, 187-189, 196-199, 202-205, 207-213, 215f., 238-242, 247-249, 267, 273, 289-291, 309-312, 321, 324, 327, 336, 340, 344-347, 399, 424, 435, 466-468, 487, 491
Landgrabbing 187, 220, 231
Landwirtschaft 46, 108, 137, 141, 147, 160, 162, 170, 173, 177f., 182, 184f., 187-189, 191, 197-199, 201, 212, 222, 268, 270f., 274, 303, 323, 330, 336, 346, 380, 424, 458, 491
Luft 70, 89, 97, 102, 105, 107f., 114, 132, 134, 136, 158, 163, 203, 216, 242, 246, 259, 273, 300, 376, 405, 409, 468, 497, 516

Markt 14-23, 25, 33, 45, 57-65, 70-74, 78-81, 85, 87, 89f., 92, 94-97, 99f., 102f., 107, 110, 135, 137, 146, 164, 167, 169, 171f., 175, 182, 184-196, 198, 203, 211, 218, 220, 224f., 227, 229-233, 237f., 246f., 249, 252f., 255, 257, 267, 269, 274, 280, 286, 288f., 291, 313-317, 324, 326, 336, 338-340, 346, 350, 352, 356f., 364f., 367, 378-383, 387, 392, 394f., 399-402, 405-408, 410-412, 416-423, 425, 430, 435, 443-446, 451-453, 466f., 470-472, 474, 480-483, 485-487, 489, 500f., 503f., 516f.
Markt-Staat-Duopol 17-19, 23, 517
Medikamente 92, 215, 221, 251f., 279, 398, 500-504, 506f.
Menschenrecht 70, 75, 102, 203, 236, 245f., 405, 416-419, 422, 425, 487, 494, 500

Nachbarschaft 122, 154, 229, 232, 234, 237, 268, 276, 300, 306-308, 440f., 498
Nachhaltigkeit 21, 45, 47-49, 77, 101, 123f., 175, 177, 195, 233, 247, 274, 280, 314f., 320, 339, 390, 406, 410, 430, 456, 460, 472, 511
NATO 259-261
Natur 13, 16f., 19-21, 30, 32-38, 41, 56, 59f., 66, 73, 75-77, 80, 85-87, 90, 101, 103, 108-111, 118f., 125, 127f., 130-132, 134, 138f., 148, 150-152, 157f., 160, 163f., 170f., 182, 185-188, 190, 192f., 196, 198, 201-205, 211f., 215f., 218f., 222f., 230, 237, 239, 242, 244, 246, 248-250, 265, 267-270, 277-279, 290, 305, 307f., 310, 313, 323f., 326f., 329f., 332, 336f., 340, 352f., 362, 369, 390, 395, 398-400, 406, 408, 416-420, 422-427, 429, 431, 433, 438f., 441, 443-448, 455-464, 467-469, 471-473, 482, 485, 490, 495, 498, 502, 510f., 514
Naturschutz 30, 170, 248-250, 399, 420, 469

Öffentliche Güter 76, 80, 82, 85, 88, 90, 103f., 444
Öffentlicher Raum 295, 510
Ökonomie 15, 22f., 32-36, 42, 56f., 59, 65, 71, 74, 80, 99, 108, 110f., 137, 141, 150, 209, 226, 235, 268, 271, 275, 281, 320, 344, 357, 368, 394, 397,

399-401, 405f., 409, 412, 416, 440, 453, 465, 477f., 504, 507
Open Source 35, 37, 52, 128, 132, 268, 350, 367, 369, 372, 383f., 400, 404, 444, 446, 452, 484, 510, 512f.

Partizipation 13, 183, 215, 231,233, 259, 268, 457, 459f. 463, 486, 510
Patente 30f., 37, 96, 124, 127, 218, 221, 251f., 255f., 378-384, 397, 424, 444, 501, 503-506
Peer Governance 397, 421, 450-452
Peer to Peer 16, 67, 72, 229, 349, 397, 399, 421, 508
Permakultur 50, 133f., 277, 300, 509, 514
Privateigentum 22, 67, 70-73, 75, 77, 92-94, 99, 102f., 105, 150, 161, 168, 255, 273, 290, 309f., 312, 350, 423, 466-468, 470f., 487-490
Privatisierung 13, 16, 18, 78f., 81, 83f., 92-94, 100, 107, 169f., 191, 202, 215, 279, 286, 403, 422, 430, 480, 485, 487-491

Raum 13, 16, 18f., 22f., 31, 35, 43, 53, 73, 81, 83, 88, 90f., 101, 111, 114, 116, 123, 126, 130, 132, 134, 140, 167, 177, 180, 187-189, 192-194, 207, 209, 212, 217-220, 223, 226, 229f., 234, 237, 239f., 242, 248, 257-260, 267, 269, 271, 273, 275f., 285, 288-291, 293, 295-297, 302, 318, 323, 332, 336f., 339, 344, 378, 380, 391-394, 417, 420, 427-431, 433, 437, 445, 455, 456, 459, 461, 468, 476f., 484, 487, 491, 498, 508, 510, 514, 517
Resilienz 45-49, 280, 301, 456
Ressource 16f., 19f., 22, 29, 33-35, 37, 48, 53-55, 58, 60-67, 71, 74f., 77, 85, 90-97, 99-106, 115-118, 122, 125f., 129, 131, 134-139, 149, 152, 158, 163, 169, 171f., 184-188, 190, 192-194, 196f., 202-204, 210f., 214f., 217-220, 222f., 228, 231f., 238, 244-247, 249, 254, 256, 259f., 264, 270f., 275, 277, 279, 282, 299f., 306-308, 310, 312-315, 317, 319, 323f., 326, 328f., 331f., 334, 338, 340, 346, 349, 351-353, 356, 368, 371, 382, 384f., 392-394, 399, 401f., 405-407, 409, 416, 419-422, 424, 426-432, 435f., 439, 441, 443f., 446-448, 455-463, 466-469, 473, 475, 480f., 484f., 489f., 516
Rivalität 33, 64, 80, 85f., 89f., 104, 314, 319, 447, 451
Rohstoff 16, 20, 47, 132f., 167, 184-191, 193, 196, 216, 244-247, 338, 340, 467, 474, 477, 479, 482

Saatgut 90, 139, 160, 177f., 181, 222f., 250, 254-256, 258, 268, 271, 344-347, 398
Selbstorganisation 19, 21, 54, 62f., 67, 84, 141, 194, 257, 287, 330, 482
Selbstverwaltung 162f., 239, 293, 322f., 363, 469
Shared Space 295-297
Social-Ecological 436, 441
Soziale Bewegungen 44, 79, 102, 206, 211, 227, 286, 336
Staat 14f., 17-19, 22f., 25, 54, 57, 59, 64f., 70-85, 87f., 92-95, 100-106, 111, 119, 121, 126, 146, 161f., 164, 169-173, 177, 179, 185, 191, 193f., 196, 198, 200, 203-205, 207-209, 211, 216, 220f., 229, 236, 238-240, 242, 245-249, 251-253, 256f., 259-261, 274, 277, 280, 288f., 293, 309-314, 316, 318f., 321-323, 325f., 331f., 336-340, 346, 359, 378, 380, 383f., 393, 398f., 401f., 414, 416-433, 435f., 444f., 447, 457-463, 466f., 469f., 472, 474-476, 480f., 486f., 489-492, 494, 496, 498, 500, 502-506, 517
Stadt 16, 46-49, 76, 82-84, 90, 111, 113, 123, 136f., 149, 151f., 156, 164, 168f., 197, 201, 204f., 207, 209-211, 216, 225, 232f., 236, 239, 265, 267-277, 285-289, 291, 296, 299f., 303-308, 314, 316, 328, 330, 332, 345, 351, 357,

375-377, 385, 434, 459, 476, 484, 490, 508-514, 516-518
Staudämme 191, 198, 206-211, 213, 215-217, 245
Subsistenz 104, 107-111, 137, 149f., 154, 206, 210f., 213, 230f., 234, 237, 268, 272, 420, 473
Systems Framework (SES) 436

Technik/Technologie 16, 20, 67, 96, 103-105, 112-119, 121, 125f., 131, 133, 141, 147, 177, 179, 181f., 190, 202, 212, 118, 222f., 244f., 247, 253, 274, 299, 304, 307, 326, 330, 344f., 356f., 360, 365f., 369, 378-384, 390, 393, 405, 409f., 418, 424, 427f., 444, 446, 474, 478, 482-486, 497, 500, 502-506, 508-511, 513-518
Tragik der Allmende 74, 76, 93f., 97, 148, 158, 164, 421, 435
Tragik der Antiallmende 98
Transition Town 46, 50, 188, 277, 299, 301, 424
Trust 22, 101, 103, 105f., 110, 203f., 289-291, 399, 403, 423f., 432, 464

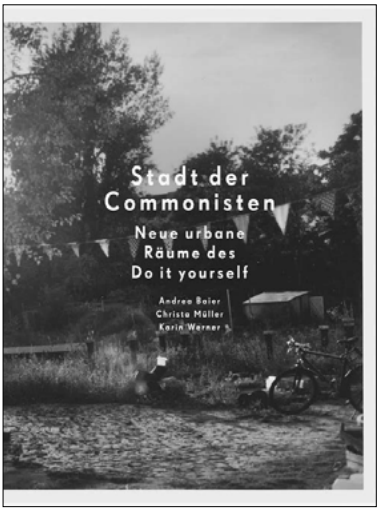
Übernutzung 64, 92-94, 97, 152, 161, 219, 269, 274, 328f., 332, 399, 406, 409, 447, 466-469, 473, 475, 488
Umweltschutz 102, 199, 202, 208, 217, 233, 245, 306, 319, 324, 416, 418, 431, 497
Unternutzung 64, 92-94, 96f.
Urban Gardening 111, 267f., 271f.
Urheber 16, 20, 222, 253, 349, 354f., 357-362, 397, 405, 408, 410-412, 423, 443f.
Urheberrecht 16, 20, 222, 253, 349, 354f., 357-362, 397, 405, 408, 410-412, 443f.

Vereinnahmung 22, 102, 219, 227, 229, 231, 233, 463

Wald 17, 20, 33, 35, 67, 72, 90, 99-101, 103, 132f., 147, 150, 152, 159-162, 168-170, 173f., 185, 192, 198, 201f., 208, 211f., 215f., 223, 242, 245, 248, 277, 310, 321-327, 382, 420, 430, 457, 461f., 465f., 468, 474f., 480, 489f., 496, 498
Wachstum 15, 17-19, 33, 35, 42, 47, 49, 52, 55, 67, 105, 108-111, 115, 124, 132, 150, 169f., 172, 175, 198, 202, 214f., 217, 222, 227f., 275, 279, 283, 300, 302f., 305, 307f., 353, 394, 397, 401, 416, 456, 467, 473f., 476f., 503
Wasser 20, 29f., 33, 60, 67, 70, 78-80, 82, 84-86, 89f., 99, 101-103, 105, 107, 114, 117, 127, 131f., 136, 146, 151, 153, 158f., 169f., 174f., 185, 191, 196-198, 201-205, 207-212, 215, 217, 234, 242, 244-247, 249, 268, 300, 304, 310, 314, 316-318, 321, 323, 326-332, 336, 339, 379-381, 383f., 393f., 405-407, 409, 422, 424, 427, 434f., 456-458, 460, 462, 468, 473, 481, 485, 494, 518
Wettbewerb 17, 34, 41, 44, 51, 74, 77, 79, 104, 124, 126, 186, 193, 228, 233, 252, 271, 279, 367, 378f., 399, 423, 466f., 469-473, 480, 485, 501f., 513
Widerstand 112f., 119, 143, 152, 156, 172, 193, 198f., 206-208, 210, 212-217, 219, 228f., 237f., 241, 248f., 251, 272, 300, 402f., 411, 418, 456, 493-495, 513
Wissen 13f., 20, 25, 67, 70, 75, 77, 85, 90, 92, 100-102, 108f., 124-127, 129, 131-133, 135, 138, 141, 146, 150, 163, 177, 199, 203, 220f., 223, 238, 254f., 265, 268, 271, 277, 302, 306, 343-347, 353, 359f., 362-365, 372, 374, 375-378, 383, 391-395, 398f., 402f., 405-413, 424, 438, 440f., 443f., 446-449, 451, 477, 502, 505, 508f., 511-513
Wissensallmende 132, 135, 146, 163, 255, 268, 343, 359f., 362-365, 393-395, 424

Zeit 13-16, 18, 20f., 23f., 31-33, 42f., 48f., 52, 67, 71, 79, 81, 83, 86, 88, 93, 101, 113, 117-119, 124, 130, 132, 140, 142, 145, 146, 151-153, 155, 166-168, 174, 177f., 181, 189, 191, 198f., 203-207, 213, 216, 223, 226, 231-233, 238-240, 242, 245, 250, 252, 256, 260, 267, 269f., 275, 278f., 282f., 285f., 288, 293, 296, 302f., 306f., 311, 316, 318, 323, 329, 331f., 337, 339, 345, 348, 352, 357, 361, 363, 375f., 378, 380, 382, 390-394, 397, 403, 406, 410, 416, 420, 434f., 443, 445f., 448, 452, 455f., 459, 466f., 472, 475, 478, 482-484, 492, 493, 496, 498, 509, 511, 513, 516f.

Urban Studies bei transcript



Andrea Baier, Christa Müller, Karin Werner

Stadt der Commonisten

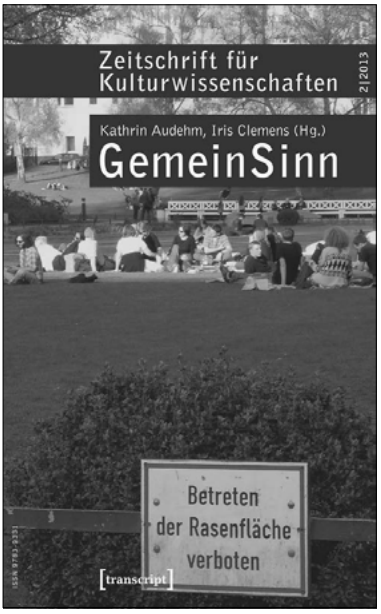
Neue urbane Räume des Do it yourself

2013, 232 Seiten, kart., 450 farb. Abb., 24,90 €,
ISBN 978-3-8376-2367-53

■ Es ist nicht mehr zu übersehen: Eine neue Generation von Do-it-yourself-Aktivisten nutzt die postfordistische Stadt als Labor für soziale, politische, ökologische und ästhetische Experimente. Ob im Gemeinschaftsgarten oder im FabLab, ob in Offenen Werkstätten oder bei Tausch-Events – überall hinterfragen die Protagonistinnen und Protagonisten das Verhältnis von Konsum und Produktion, Sie problematisieren den Warencharakter der Dinge und des in ihnen eingeschlossenen Wissens.
Dieser anspruchsvolle Bildband kombiniert visuelle Streifzüge durch die neuen urbanen Räume des Selbermachens mit anregenden Zeitdiagnosen. Die Beiträge veranschaulichen: Die jungen Urbanen setzen nicht auf Opposition, sondern folgen dem Bedürfnis nach »echter Demokratie«, indem sie (Atmo-)Sphären des Teilens und Tauschens schaffen. Sie praktizieren kollaborativen Konsum und bespielen den öffentlichen Raum nach Commonisten-Art.

www.transcript-verlag.de

Zeitschrift für Kulturwissenschaften



Kathrin Audehm,
Iris Clemens (Hg.)

GemeinSinn

Zeitschrift für Kulturwissenschaften, Heft 2/2013

2013, 136 Seiten, kart., 8,50 €,
ISBN 978-3-8376-2322-2

■ Gemeinsinn ist und bleibt aktuell: Sowohl der westliche Zusammenhang von Bürgersinn und sozialem, politischem oder kulturellem Engagement als auch immer komplexer werdende Relationen zwischen Lokalem und Globalem sorgen für ein anhaltendes Interesse. Darüber hinaus stellt sich die Frage, wie Migrations- und Flüchtlingsbewegungen bzw. kulturelle Diaspora auf Gemeinsinn rekurrieren. Und inwiefern fordern jene Solidaritätshandlungen, die sich auf in prekären Verhältnissen von Migration oder Illegalität lebende Gruppen beziehen, den Gemeinsinn der Mehrheitsgesellschaft heraus?
Die Beiträge dieser Ausgabe der Zeitschrift für Kulturwissenschaften geben Antworten.

www.transcript-verlag.de